

L 70000
54
1917
9/11 - 30/11
Schulwesen
5.

Militärische Vorbereitung der Jugend.

1.

Seit Ende August 1914 besteht in Deutschland eine militärische Vorbereitung der Jugend, und noch heute ist die Bedeutung dieser Einrichtung selbst in den Kreisen, deren besondere Aufgabe die Mitwirkung bei der Durchführung dieser im vaterländischen Interesse dringend notwendigen Maßnahme sein sollte, nicht allgemein bekannt. Die militärische Vorbereitung der Jugend wird oft verwechselt mit dem Jungdeutschlandbund, mit den Wandervogel- und Pfadfindervereinen und den vor Ausbruch des Krieges an vielen Orten bestehenden Jugendwehren, während sie ihrem Wesen nach von diesen Organisationen trotz einiger ähnlicher Züge grundverschieden ist.

Das wesentlichste Merkmal der seit August 1914 bestehenden militärischen Vorbereitung der Jugend ist die Tatsache, daß diese Neugründung nach einem Erlaß des Königl. Preuß. Kriegsministeriums vom 2. März 1915 eine militärische Einrichtung und nicht, wie die anderen Organisationen, eine Vereinstätigkeit ist.

Die militärische Vorbereitung der Jugend soll nach den Bestimmungen des einleitenden gemeinsamen Erlasses des Königl. Preuß. Ministers des Krieges, des Innern und der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten in der Weise durchgeführt werden, daß ohne Ausnahme irgend eines Zwanges möglichst viele Jugendliche vom 16. Lebensjahre ab zur Teilnahme an den Übungen herangezogen werden. Die Grundlagen dieser Übungen, der Lehrstoff, wurden vom Königl. Preuß. Kriegsministerium in Form von "Richtlinien" bekanntgegeben, die Oktober 1915 durch "Erläuterungen und Ergänzungen" vervollständigt wurden.

Die Ausbildungsgebiete, die auf Grund der kriegsministeriellen Vorschriften in den Übungsplan aufzunehmen sind, lassen sich in zwei Hauptgruppen teilen: Übungen, die in der Turnhalle und auf freien Plätzen bei Turnhallen innerhalb des Ortsgebietes betrieben werden können, und Übungen, die im Freien, im Gelände abgehalten werden müssen.

Zu der ersten Gruppe der Übungen sind zu rechnen: Ordnungsübungen, theoretischer Unterricht über die Reichswehrmacht, über Feld-, Wach- und Lagerdienst, Erzählungen kriegsgeschichtlichen Inhalts, Maß und Gewicht, planmäßige Charakterbildung und nicht zuletzt das Wehrturnen. Unter Wehrturnen sind zu verstehen turnerische Übungen, die für den Heeresdienst besonders wichtig sind. Dazu gehören Übungen im Gilboten- und Hindernislaufen, im Kriechen (Kobben), Klettern, Schlenkern, Stoßen und Springen, sowie überhaupt alle Übungen zur Stärkung der Rückenmuskeln (Gepäckbelastung) und Beinmuskeln.

Zu den Übungen, die in der freien Natur betrieben werden müssen, gehören hauptsächlich Gelände- und Marschübungen, Unterricht in der Gelände-Kennntnis und Benutzung, Übungen im Entfernungsmaßstab, Pionierdienst, im Ueberwinden von Hindernissen, im Erkundungs- und Meldebewesen und die Erklärung und Übung des Vorpostendienstes.

Daß die Einrichtung der militärischen Vorbereitung der Jugend bei einem erheblichen Teile des deutschen Volkes unbekannt und unbeachtet geblieben ist, muß in der Hauptsache dem Umstande zugeschrieben werden, daß der Zweck der militärischen Jugendvorbereitung nicht von allen Bevölkerungskreisen erkannt und gewürdigt wird. Hier ist zunächst besonders

einer sehr verbreiteten Voreingenommenheit zu begegnen. Die militärische Vorbereitung der Jugend hat nicht den Zweck, Parteipolitik zu betreiben. Alle Parteien sollen von ihnen umfaßt und durch sie geschult werden. Jede parteipolitische Vereinnahmung, jedesverhandlich also auch jede chauvinistische Bewegung ist ausdrücklich untersagt. Das Ziel, das sich die militärische Vorbereitung der Jugend gestellt hat, die Erziehung und Wehrhaftmachung unserer Jugend zur erfolgreichen Abwehr der über Deutschland herein- gebrochenen schweren Kriegsbedrängnis, dieses Ziel können alle deutschen Jungens erreichen, ohne Unterschied des Standes ihrer Eltern oder der eigenen Gesellschafts- oder Parteizugehörigkeit, nicht nur zum Nutzen des deutschen Vaterlandes, sondern — und darauf kommt es hauptsächlich für jeden einzelnen an — in eigenem Interesse zur persönlichen Förderung und Selbsterhaltung.

Der gesamte Übungsplan für die militärische Jugendvorbereitung verfolgt den Endzweck, eine Grundlage zu schaffen für den Heeresdienst. Deshalb ist jede Soldatenspielerlei, jede Übung rein militärischer Dienstzweige, wie Schießen, Parade-marsch und jeder Drill aus dem Übungsplan ausgeschlossen. Der Jungmann soll lernen, seinen Körper und Geist voll in der Gewalt zu haben, zu Mut und Entschlossenheit soll er sich unter sachgemäßer Anleitung selbst erziehen; die militärische Vorbildung soll die Ausdauer und namentlich den Willen stärken. Dem Jungmann muß die Bedeutung des Begriffes der Pflichterfüllung in Fleiß und Blut übergeben. Er soll im schwer zu leitendem Alter zum selbstbewußten Menschen erzogen werden, zum verantwortlichen Mitglied des schwer bedrängten Staates. Dieses Verantwortungsbewußtsein soll ihn stark und widerstandsfähig machen zur freudigen Uebernahme der großen und schwereren Aufgaben, die ihm im Heeresdienst übertragen werden. Die Vorteile, die ein Jungmann gegenüber anderen, nicht durch die Schule der militärischen Vorbereitung der Jugend hindurchgegangenen Kollegen zum eigenen Nutzen durch seine sachgemäße Vorbildung genießt, sollten besonders die vielen Väter wohl bedenken, die es nach zweieinhalbjähriger Kriegszeit immer noch versäumen, ihre Jungens zur regelmäßigen Teilnahme an den Übungen anzuhalten.

Erziehung und Wehrhaftmachung für den Heeresdienst bedeutet aber zugleich Wehrhaftmachung für die Lösung der gewaltigen Aufgaben, die gerade unserer Kriegsjugend im ganzen späteren Leben harren werden. Auch darin liegt ein großer Segen der militärischen Vorbereitung der Jugend.

11. I. 1917

Die Schulen Wiens in der Kriegszeit.

(Siehe „Der Abend“ vom 22. Dezember 1916.)

2. Unterricht und Erziehung.

Während des Krieges wurde die Regelung des Unterrichtes in den städtischen Schulen dreimal umgestaltet. Im ersten Kriegsjahre wurde das Turnen in den zweifach und dreifach besetzten Schulen Wiens ganz abgeschafft, auch der Geometrieunterricht an Bürgerschulen; die Zahl der Unterrichtsstunden in den naturwissenschaftlichen Fächern wurde herabgesetzt, sogar ein Teil der Religionsstunden wurde gestrichen.

Der letztgenannte Schönheitsfehler des Unterrichtsplanes wurde aber am Beginn des zweiten Schuljahres infolge einer Beschwerde der Kirchenbehörde behoben, dagegen wurde der Turnunterricht erst im 3. Kriegsjahre wieder aufgenommen. Die Einschränkung des naturwissenschaftlichen Unterrichtes besteht aber weiter.

Fast gleichzeitig mit der Aufhebung des Turnunterrichtes kam übrigens ein Erlaß, welcher die Einführung des militärischen Turnens in den Schulen vorschrieb; die Lehrerschaft hat ihn natürlich zu den übrigen gelegt.

Auch sonst regte sich der Reformeifer unserer Schulbehörden, obwohl die starke Belastung der Lehrerschaft durch die Arbeiten in den Brotkommissionen die Kriegszeit sicherlich nicht als die für Neueinführungen geeignetste Zeit erscheinen ließ. Es wurden z. B. Lehrspaziergänge vorgeschrieben. Wenigstens einmal wöchentlich sollten die Schulkinder, auch im Winter, in den Straßen spazieren geführt werden. Die Museen wurden nämlich bei Kriegsbeginn geschlossen, das Rathausmuseum ist überhaupt noch nicht wieder eröffnet worden. Die Besuchsstunden der endlich wieder eröffneten Hofmuseen sind aber so festgesetzt, daß die Schulkinder sie nicht besuchen können. Unter solchen Umständen blieb also nichts übrig als die Spaziergänge in den staubigen Straßen, namentlich in jenen Bezirken, welche zu wenig öffentliche Gärten haben. Die Lehrspaziergänge entfallen natürlich, wenn die Kinder nicht kommen. Die meisten Eltern lassen ihre Kinder nicht teilnehmen, weil sie sie zu Hause brauchen. Trotzdem es allgemein bekannt wurde, daß sich die Teilnahme der Kinder an den Lehrspaziergängen nicht erzwingen läßt, wurden dieselben immer wieder bei Schulbeginn angeordnet. Schließlich verlangte man freilich nur die Eintragung der Spaziergänge in das Klassenbuch und verzichtete auf das Spazierengehen der Kinder. Das ist doch gewiß eine sonderbare Reform.

Die Klassenbücher werden überhaupt nette Kriegsendenken sein. Da verlangte z. B. ein Schulinspektor, daß nicht bloß alle Schulaufsätze sich mit dem Kriege beschäftigen, sondern daß auch der Unterricht in allen Lehrgegenständen kriegsgemäß gestaltet werde. Natürlich mußte das Klassenbuch über diese Gestaltung Auskunft geben. Als nun bei der Behandlung der Nagetiere ein Fachlehrer sich nicht zu raten wußte, was er darüber in das Klassenbuch einzutragen habe, schlug ihm eine Kollegin vor, er solle einschreiben: „Nagetiere — Kriegshamster“. Um das Kriegsmäßige kräftiger hervortreten zu lassen, mußte bei diesen Eintragungen laut Vorschrift rote Tinte verwendet werden.

Mit solchen Kindereien plagte man nur die Lehrpersonen einzelner Bezirke. Alle Lehrpersonen Wiens aber mußten in ihren Klassen Spargel einführen. Vor dem Kriege galten viele pädagogische Gründe gegen die Geldsammlungen in der Schule; während des Krieges fand man plötzlich, daß arme Kinder sich alle Tugenden aneignen, wenn sie ihre Heller in die Sammelbüchse werfen. Im dritten Kriegsschuljahre wurde sogar verlangt, daß die Lehrer über die Beiträge der einzelnen Kinder genaue Eintragungen machen und besondere Sammelbögen ausfüllen.

Eine pädagogische Neuerung war auch die Heranziehung der Kinder zu Geldsammlungen auf der Straße. Ob der Beschluß der Damen von der Zentralstelle „Frauenhilfsaktion im Kriege“, keine Sammlung mehr zu fördern, bei welcher Schulkinder herangezogen werden sollen, diese Neuerung wieder beseitigen wird, bleibt abzuwarten. Frau Gertha v. Sprung hat sich durch ihre Anregung zu diesem Beschlusse ein großes Verdienst um die Wiener Schulkinder erworben.

Alle Erlässe, welche während der Kriegszeit den Schulen zukamen, kann man natürlich schon aus Raumrücksichten nicht besprechen. Die pädagogische Presse spricht mit Recht von einem Trommelfeuer, dem die Lehrpersonen im Hinterlande ausgesetzt wurden. Noch bedrohlicher ist freilich die Zukunft. Man will neue Lehrpläne, neue Lesebücher beschreiben und in der jetzigen Kriegsstimmung festlegen, wie man in der folgenden Friedenszeit die Kinder unterrichten soll. In einigen Landbezirken wollte man sogar während des Krieges neue Lesebücher einführen, und es kostete viel Mühe, die Schulbehörden anderen Sinnes zu machen. (Schluß folgt.)

13./I. 1917

Militärischer Unterricht an den Zivilmittelschulen.

Wien, 13. Januar.

Ueber Antrag des Armeoberkommandos und im Einvernehmen des Kriegsministeriums mit den Ministerien für Landesverteidigung, dann mit Zustimmung des Unterrichtsministeriums ist, wie „Ereignis Militärblatt“ meldet, die Einföhrung militärischer Disziplinen in den Unterricht der österreichischen und ungarischen Zivilmittelschulen in Aussicht genommen. In diesen Schulen hätten Offiziere (in Ungarn nur solche ungarischer Staatsbürgerschaft) — unbeschadet ihres militärischen Dienstes — allwöchentlich ein bis zwei Stunden Vorträge über militärische Gegenstände zu halten, wogegen ihnen eine Remuneration im Höchstmaß jährlicher 400 K. (in Ungarn 384 K.) zugesichert werden soll. Für diese Verwendung kämen nicht nur invalide Offiziere, sondern auch sonstige individuell in jeder Beziehung für die Erteilung des in Rede stehenden Unterrichtes geeignete Offiziere, die nur vorübergehend (8 bis 10 Monate) frontdienstuntauglich sind, in Betracht. Nebst der sprachlichen Eignung (in Oesterreich deutsch und Beherrschung der betreffenden Landessprache, in Ungarn vollkommene Beherrschung der ungarischen Sprache) sollten diese Offiziere womöglich sich bereits in entsprechend gesetztem Alter befinden und außer ihrer persönlichen militärischen Erfahrung über entsprechendes Mitteilungs- und Vortragsvermögen verfügen.

Was den Unterrichtsstoff anbelangt, so wäre das nachstehend skizzenhaft zusammengefaßte Material folgende: Heeresorganisation: Erläuterung a) gemeiner Begriffe, prinzipielle Begründung für die Aufstellung der Formationen und deren Zusammensetzung; Zweck und gesetzliche Basis; Bewaffnung und sonstige Bedürfnisse; Aufnahme

von nur wenigen und nur der notwendigsten zahlenmäßigen Daten. Wirken der Armee: Vollständige Belehrung bei Erläuterung der Regeln des Felddienstes in Zusammenhang mit dem Dienstreglement zweiter Teil. Die Elemente des Felddienstes. Kriegsgeschichtliche Episoden: Begeisternde Beispiele aus dem gegenwärtigen Kriege unter Erläuterung der neuesten Kampfmethoden; volltümliche Hebung des patriotischen Geistes durch leichtfaßliche Darstellung hervorragender Waffentaten jener Truppenkörper und Einzelpersonen im gegenwärtigen Kriege, welche dem dem Standort der Schule entsprechen. Ergänzungsbeitrag a) a) ammen. Freie Vorträge über aktuelle Fragen in militärischer Beleuchtung. Leichtfaßliche Erläuterung des Wesens unserer Kriegskarten und der konventionellen Zeichen; Anfertigen von Skizzen.

Späterer Schulbeginn?

Auf Ansuchen des Schulamts der Stadt Dresden hat der sächsische Kultusminister verfügt, daß die Schulen morgens eine Viertelstunde später beginnen.

Unser pädagogischer Mitarbeiter schreibt uns: Die Verkehrs-schwierigkeiten in Groß-Berlin haben in letzter Zeit erheblich zugenommen. Ihre Wirkungen erstrecken sich bereits bis in die Schulen hinein: niemals sind so viele Verspätungen wie jetzt vorgekommen. Schüler, die früh die elektrische Bahn benutzen müssen, entschuldigen sich, wenn sie den Anfang der Stunde versäumen, daß gerade ihre Bahn ausgefallen ist oder daß sie infolge des Ausfalles der vorigen überfüllt war. Alle Ermahnungen, früher zu fahren, fruchten nichts, weil das Haus nun einmal gerade auf diese Zeit eingestellt ist und die Jungen, wenn sie schon früher gehen, ohne Frühstück zur Schule kommen müssen.

Bedeutend schlimmer steht es mit denen, die die Vorortbahnen benutzen. Hier macht der Fortfall eines Zuges nicht eine Viertelstunde wie bei der elektrischen Bahn, sondern mitunter eine volle Stunde aus. Da die Schüler aber pünktlich erscheinen sollen, so muß ein früherer Zug gewählt werden, die ganze Familie wird gestört und die Jungen kommen schon zur Schule, wenn das Gebäude noch nicht geöffnet ist. Nun besteht bei den meisten Schulen die Bestimmung, daß erst zehn Minuten vor Beginn des Unterrichtes die Schüler das Schulgrundstück betreten dürfen. Die Folge davon ist, daß sich die Jungen auf der Straße herumtreiben und ihre Zeit nutzlos verbringen.

Beker aber herrscht um 8 Uhr, namentlich im Zentrum der Stadt, noch völlige Dunkelheit. Auch der geschickteste Lehrer wird kaum eine ganze Stunde ohne Benutzung des Schreibheftes, des Buches oder der Wandtafel auskommen. Läßt er nun das Licht nicht anstecken, so geht alles Lesen und Schreiben auf Kosten der Gesundheit der Augen seiner Schüler. Wird aber Licht angesteckt, so verträgt sich das schwer mit den Mahnungen der verschiedenen Magistrats, mit der Kohle und dem Gas recht sparsam umzugehen.

Auch in Friedenszeiten schon machte sich beim Großstädter die Neigung geltend, möglichst spät in die Nacht hinein zu wachen. Die Kinder müssen dann in der Familie dabei sein, und der Erfolg ist, daß namentlich nach Sonntagen die Stunde zwischen 8 und 9 recht unfruchtbar wird. Es wäre wirklich zu wünschen, daß das Ministerium wenigstens in Berlin den Unterricht um eine halbe Stunde hinauszöbe. Irgendwelche Schwierigkeiten würden sich dadurch nicht ergeben. Die Kurzstunden sind seit langer Zeit an allen Schulen eingeführt, so daß selbst bei späterem Schulanfang die Schüler nach einer Arbeitszeit von fünf Stunden doch schon um ein Uhr entlassen werden können.

Die Schulen Wiens in der Kriegszeit.

(Siehe „Der Abend“ vom 22. Dezember und 11. Jänner.)

3. Lehren und Lehrerinnen.

Mehr als 2000 Lehrer Wiens *) sind eingerückt und Aushilfslehrerinnen, die auf Kriegsdauer angestellt sind, versehen an ihrer Stelle den Schuldienst. Nicht bloß aus Niederösterreich, aus allen deutschen Kronländern kamen Lehrerinnen nach Wien; auch ältere Mädchen, die schon die Hoffnung aufgegeben hatten, jemals angestellt zu werden, wandten sich wieder dem Lehrberufe zu.

Um diese neu eintretenden Lehrerinnen einigermaßen in die pädagogische Gedankenwelt einer modernen Großstadt einzugewöhnen, wäre die Veranstaltung außerordentlicher Bezirkslehrerkonferenzen gewiß anzuraten gewesen. Die Schulbehörde unterließ aber sogar die Einberufung der gesetzlich vorgeschriebenen Bezirkslehrerkonferenzen und ersetzt diese durch Schulleiterbesammlungen, in welchen die Äußerungen der Inspektoren keinen Widerspruch zu erwarten haben.

Vor dem Kriege durften die Lehrerinnen in den Knabenschulen nur auf der Unterstufe unterrichten. Während des Krieges stellte man junge Lehrerinnen auch in der vierten und fünften Volksschulklasse, und zwar nicht bloß tüchtige, die mit den Klassen fertig wurden, sondern leider in einzelnen Fällen auch solche, die den verwilderten Knaben nicht gewachsen waren. Es wäre doch leicht, in solchen Fällen Abhilfe zu schaffen und die Klasse einer tüchtigen Lehrkraft zu überweisen, aber an solche Umsicht fehlt es bei uns auch in der Friedenszeit.

Auf Dankbarkeit dürfen die Helferinnen in der Not nicht rechnen. Auch in der Kriegszeit beschloß der Stadtrat, einige Leiterstellen an Mädchenschulen nur durch männliche Lehrkräfte zu besetzen. Wählerfang!

Wie man die Lehrer und Lehrerinnen Wiens während des Krieges ausnützt und darben läßt, ist allgemein bekannt. Man übervorteilt sie auch durch ungenügende Stellenausschreibungen und durch unregelmäßige Auszahlung verschiedener Bezüge.

4. Die Lernbücher.

Vor dem Kriege wurden die Namenbücher alljährlich durchgesehen und die beschädigten Bücher vom Buchbinder gebrauchsfähig gemacht. Seit Kriegsbeginn entfällt die Buchbinderarbeit und die Schulkinder müssen oft genug zerrissene und schlechte Schulbücher benutzen. Man spart. Wie der Lehrer, der solche Bücher dulden muß, die Kinder zur Ordnung und Reinlichkeit erziehen soll, ist seine Sache.

Ein Lernbuch der Bürgerschule ist freilich auch in der langen Kriegszeit rein, fast wie neu geblieben, nämlich das Sprachbuch. Es ist so schlecht, daß sich keine Lehrkraft in Wien findet, die es von den Schülern benutzen läßt. Es wird nur immer am Anfang des Schuljahres ausgegeben und am Ende des Schuljahres eingesammelt. Das war aber schon in der Friedenszeit allgemeiner Brauch.

Der Schulbücherverlag hat den Schulen Kriegsanhänge beschert. Die literarischen Berater dieses Verlages sind bezüglich der deutschen Bücher gute Patrioten, aber sehr schlechte Musikanten; sie sind jedenfalls den höchsten Mitarbeitern vorzuziehen, die bekanntlich auch schlechte Patrioten sind.

5. Das warme Frühstück in den Schulen.

In Spenden fehlt es nicht und auch die Höhe der Spenden ist befriedigend. Aber einstweilen wurde die Einführung des warmen Frühstücks nur an 90 Schulen versucht; auch in diesen Schulen erhielten nicht alle Kinder, die sich gemeldet haben, das Frühstück und die Lehrer haben Mühe, die abgewiesenen Kinder auf bessere Zeiten zu verweisen. Der Milchmangel erschwert natürlich die Herstellung des Frühstücks. Aber man hätte die Kinder auch durch eine warme Suppe zufriedenstellen können. Bei der Auswahl der Schulen hat man auch nicht immer an die ärmsten gedacht, sondern jene vorgezogen, in deren Nähe sich die Herstellung des Frühstücks leichter sichern ließ. Wann wird der erste Versuch zu Ende sein und wann wird über das Ergebnis des Versuches berichtet werden?

In Wien gibt es überhaupt keinen amtlichen Schulbericht. In Berlin wird alljährlich ein eingehender Schulbericht veröffentlicht, auch in der Kriegszeit. Ein Berichtszwang scharft den Sinn für Ordnung und Fortschritt.

Militärische Vorbildung der Jugend.

Das Kriegsministerium veröffentlicht im Armeeverordnungsblatt vom 13. Januar 1917 nachstehende kaiserliche Kabinettsorder an den Kriegsminister:

Ich habe von Ihrem Bericht über den Stand der militärischen Vorbildung und über den erfreulichen Verlauf der vom Kriegsministerium in diesem Herbst veranstalteten Wettkämpfe im Wehrtunnen mit Genugtuung Kenntnis genommen.

Es erfüllt Mich mit großer Freude, daß die zum Seeresdienst heranstehenden jungen Männer in einer Zeit, in der alle Kräfte auch in der Heimat aufs Höchste angespannt sind, ihre geringe Freizeit der Kräftigung und Stählung des Körpers widmen in dem Bewußtsein, damit eine vaterländische Pflicht zu erfüllen.

Ich ermächtige Sie, Preußens Jungmannschaft für den bisher gezeigten Eifer und die erzielten guten Leistungen Meine Anerkennung auszusprechen. Ganz besonders aber ersuche Ich Sie, den Vertrauensmännern, Kompagnieführern, Zugführern und Ausbildern, sowie den beteiligten Jugendpflegeorganisationen Meinen königlichen Dank für ihre aufopfernde Arbeit und die wertvollen Dienste, die sie damit dem Vaterlande bisher geleistet haben, zum Ausdruck zu bringen.

Großes Hauptquartier, den 8. Januar 1917.

gez. Wilhelm.

Das Kriegsministerium bestimmt hierzu im wesentlichen folgendes:

1. Die militärische Vorbildung ist eine von der Jugendpflege scharf getrennte, militärdienstliche Einrichtung.

2. Zur Unterstützung der Vertrauensmänner und zur Abhaltung von Führerkursen haben die königlichen stellvertretenden Generalkommandos (das königliche Generalkommissariat) je nach dem Umfange des Geschäftsbereichs des Vertrauensmannes bis zu zwei geeignete inaktive Offiziere ehrenamtlich zu gewinnen oder dauernd g. v. Offiziere des Friedensstandes oder Beurlaubtenstandes zu kommandieren.

In erster Linie kommen hierfür solche Offiziere in Betracht, die schon früher auf dem Gebiet der Jugendpflege tätig gewesen sind.

3. Auf die Gewinnung ärztlicher Berater, insbesondere amtlich bestellter Jugendärzte, wird hingewiesen.

4. Die Bestellung der Kompagnie-(Zug-)führer und -Ausbilder erfolgt durch den Vertrauensmann. Sie sind dabei ausdrücklich zu verpflichten, die Ausbildung nach den Bestimmungen der Seeresverwaltung zu betreiben.

Schulen, Vereine, Jugendpflegevereine usw. können Vorschläge für die Wahl der Führer und Ausbilder machen.

5. Beim Mangel an Kompagnie-(Zug-)führern und -Ausbildern beantragen die Vertrauensmänner beim stellvertretenden Generalkommando die ausfallsweise Kommandierung von kriegsbeschädigten Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften.

6. Die Vertrauensmänner, Führer und Ausbilder werden erneut nachdrücklich auf ein enges Zusammenarbeiten mit den Zivilbehörden, den Schulen, der Geistlichkeit, den staatlichen Jugendpflegeausschüssen und den freien Vereinen hingewiesen.

Zur Vereinfachung bei den Verhandlungen mit der Geistlichkeit über Sonntagsübungen empfiehlt es sich, eine den jeweiligen örtlichen Verhältnissen entsprechende Übungszeit im voraus ein für allemal festzusetzen. Für ausgedehntere Übungen (z. B. Marschübungen) ist für jeden Einzelfall ein Einvernehmen mit der Geistlichkeit besonders herbeizuführen.

7. Jede Ueberanstrengung der Jungmannen (z. B. große Marsche mit Gepäckbelastung) ist verboten. Übungen bei Dunkelheit sollen der jungen Mannschaft nicht den Schlaf kürzen und sind daher auf die Dämmerungs- und Abendstunden zu beschränken.

8. Von großer Wichtigkeit ist die Erhaltung und Schaffung geeigneter Übungsplätze und Übungsmittel. Die erzielten Erfolge lassen mit Bestimmtheit die Erwartung zu, daß die beteiligten Kreise bei tatkräftiger Unterstützung durch die staatlichen und kommunalen Behörden unserer Jugend die notwendigen Übungsplätze — ganz besonders vor den Toren der Großstädte — sowie die erforderlichen Übungsmittel im Interesse der Ertüchtigung und Wehrhaftmachung der Jugend schaffen werden. In der Winterzeit werden sich in den Flecken und Städten zahlreiche Säle usw., auf dem Lande vielfach Dielen und entleerte Scheunen für die Zwecke des Wehrtunens nutzbar machen lassen.

Militärische Vorbildung.

Von

Professor Dr. Paul Hilbrandt.

Zur militärischen Jugendvorbereitung sind zahllose Wünsche geäußert worden, die als schätzbares Material einstweilen wohl in dem Archiv des Kriegsministeriums ruhen werden. Das Mahnwort Müllers-Meinungen „Wir brauchen ein Reichsjugendwehr-gesetz“, das so hervorragenden Wert auf die Ausbildung der sittlichen, geistigen und körperlichen Eigenschaften unserer Jugend legt, wird seine Freunde und Anhänger besonders stark vermehrt haben; drängen doch die Erfahrungen der letzten Zeit geradezu zu einer gesetzlichen Lösung der wichtigen Frage der Heranbildung unserer Jugend zum Waffendienst. Gewissermaßen als Auftakt und Vorbereitung des kommenden Gesetzes hat das Kriegsministerium Bestimmungen erlassen, die einzelne Richtlinien zu erkennen geben. Vor allem ist zu begrüßen, daß ein scharfer Schnitt zwischen allen dem Kultusministerium unterstellten Arten der Jugendpflege und der dem Kriegsministerium untergeordneten militärischen Vorbereitung gemacht ist. Wir wissen jetzt durch die Verlautbarung des Kriegsministeriums, daß die militärische Vorbereitung eine rein militärdienstliche Einrichtung ist. Leise klingt bei dieser Bestimmung bereits als Unterton die von vielen dringend gewünschte Verpflichtung zur militärischen Vorbereitung mit, während die Jugendpflege auf dem Boden der Freiwilligkeit erwachsen ist und auch nur dort fortbestehen kann.

Von den verschiedenen Seiten ist die Verpflichtung zur Vorbereitung der Jugend für den Heeresdienst gefordert worden. Selbst da, wo die Jugend mit Lust und Liebe bei der Vorbereitung war, haben sich immer gewisse Schwierigkeiten bei Versäumnissen der Übungen usw. gezeigt; man wußte nie, ob man unentschuldigtes Fernbleiben bestrafen sollte oder nicht. Es wäre erfreulich, wenn in dieser Frage hierüber Klarheit durch gesetzliche Regelung geschaffen würde.

Eine zweite außerordentlich wichtige Bestimmung ist die, daß die Bestellung der Kompanie-(Zug-)Führer und Ausbilder durch den Vertrauensmann bei den Regierungspräsidenten erfolgt und daß die Ausbilder auf die „Erläuterungen und Ergänzungen zu den Richtlinien für die militärische Vorbereitung der Jugend“ verpflichtet werden sollen. Wenn es sich um eine rein militärische Einrichtung handelt, so wird auch die Militärbehörde das Recht und die Pflicht haben müssen, die Leiter der Übungen auf ihre Fähigkeiten hin zu prüfen und die Gewähr zu übernehmen, daß durch sie die Jugend ordnungsmäßig vorbereitet wird. Ungeachtet dessen können die Schulen und die in Betracht kommenden Vereine Vorschläge für die Wahl der Führer machen.

Es ist ferner gefordert worden, daß die Ausbildung nur Offizieren übertragen werde. Das Kriegsministerium hat diesen Vorschlag wohl nicht in Betracht ziehen können, weil zurzeit hierfür die Kräfte nicht zur Verfügung stehen. Der Grundsatz ehrenamtlicher Tätigkeit wird auch heute noch von der Behörde aufrecht erhalten — die Lehrer, im besonderen die Turnlehrer und die Turnwarte von Vereinen werden sich der militärischen Vorbereitung auch fernerhin vornehmlich annehmen. Dagegen sollen, wenn nötig, aus hilfsweise kriegsbeschädigte Offiziere usw. auf Antrag zu Verfügung gestellt werden.

Die außerordentlich wichtige Abhaltung von Führerkursen sollen künftighin inactive oder nichtfelddienstfähige Offiziere übernehmen, vor allem solche, die schon früher in der Jugendpflege tätig gewesen sind. Daß diese Führerkurse notwendig sind, bedarf keines Beweises; in ihnen wird sich auch die Brauchbarkeit der vorgeschlagenen Führer der Jugendkompagnien am besten herausstellen.

Endlich sind grundsätzlich zwei Bestimmungen des Erlasses von Bedeutung: Einmal werden die Sonntagsübungen nicht abgelehnt. Es war auf die Wahrscheinlichkeit von Zusammenstößen mit der Geistlichkeit warnend hingewiesen worden; namentlich in katholischen Gegenden schienen die Hindernisse unübersteigbar. Das Kriegsministerium empfiehlt nun dauernde Inanspruchnahme einer bestimmten, den örtlichen Verhältnissen angepaßten Tageszeit. Wie es auch im übrigen auf ein enges Zusammenarbeiten mit den Behörden, den Schulen usw. hinweist, so sollen diese Zeiten im Einverständnis mit der Geistlichkeit angelegt werden. Bei Entgegenkommen von beiden Seiten werden sich die Schwierigkeiten beheben lassen. Dieser Umstand ist aber außerordentlich wichtig, denn nur wenn auch am Sonntag geübt werden kann, ergibt sich die Möglichkeit, höhere und niedere Schulen in innigere Berührung zu bringen.

Das Kriegsministerium hält ein für allemal daran fest, daß Soldatenspielererei und Drill aus den Übungen verbannt sein müssen. Vor der Reizung der Jugend, mit Holzwaffen zu egerzieren, mit Schleppsäbeln zu kommandieren und wie richtige Soldaten Ehrendarstellungen zu empfangen und zu geben, ist Hor in den Erläuterungen und Ergänzungen zu den Richtlinien gewarnt worden. Das Kriegsministerium hat infolgedessen die Richtlinien, deren Inhalt noch zu sehr auf die rein technische militärische Ausbildung hindeuten schien, fast völlig aufgehoben und auf die „Erläuterungen und Ergänzungen“ als richtunggebend hingewiesen. Damit im Einklang steht auch, daß auf das schärfste jede Ueberanstrengung der Jungmänner verboten wird.

Der Wehrgeist in der Mittelschule.

Die Einführung des militärischen Unterrichtes.

Die Mittelschüler sollen militärischen Unterricht erhalten. Vom Armeeeoberkommando ist es angeregt, das Kriegsministerium hat die Anordnung getroffen, und nun sind die Schulvorstände bereits davon unterrichtet, daß die jungen Wissenschaftsbeflissenen auch militärische Unterweisung bekommen werden. Etwas ganz anderes ist da geplant, als was wir bereits in der Form der militärisch organisierten, exerzierenden, manövrierenden, Schlachten schlagenden, militärisch oder zivilistisch kommandierten Schuljugend kennen, und da und dort mit dem Wohlbehagen gesehen haben, das uns der Anblick der heiteren Jugend immer gewährt, und besonders, wenn sie nach strammen Regeln auftritt, gar wenn sie den ihrer harrenden Ernst des militärischen Drills vorwegnimmt. Ein Kinderlied dämmert in der Erinnerung auf, dessen eine Strophe lautet:

Aus dem Soldatenspiel, wobei
Man jetzt noch scherzt und lacht,
Selbst aus dem kleinen Eins, Zwei, Drei,
Wird einst noch Ernst gemacht.

Jahwoh! Und was für ein Ernst! Bis zum Trommelfeuer, Handgranaten- und Bajonettangriff. Aber um keinerlei Soldatenspiel handelt es sich da bei dem erwähnten neuen Schulgegenstand, sondern um etwas ganz anderes, um eine Lehre, ein Wissen, einen ganz unbezweifelbaren, tüchtigen Ernst. Ob dieser militärische Unterrichtsgegenstand auch bestimmt ist in das Zeugnis aufgenommen zu werden, und so unter Umständen die Liste des kräftigen „Genügend“ und des gefürchteten „Nicht genügend“ zu vermehren, das wissen wir nicht, das ist derzeit wohl überhaupt noch nicht entschieden.

Es werden also gemäß den zu erwartenden näheren Bestimmungen der Kriegsverwaltung geeignete Personen des Militärstandes, vermutlich in Ruhestand befindliche Offiziere in den Mittelschulen Vorträge halten über die Beschaffenheit unserer Wehrmacht. Die Art der verschiedenen Waffen, die Gliederungen, die Einteilungen in die Bezirke und Kommanden, Kenntnis der wichtigsten militärischen Bezeichnungen, die Elementar-begriffe des Festungswesens, wohl auch des Schieß- und Fliegerwesens, dann einige Kunde von unserer Marine, von der Militärgeographie, später in Verbindung mit Modellen, Demonstrationen, vielleicht auch Ausflügen, Besuchen militärischer Anstalten, Abhaltung leichter Übungen, so etwa mag man sich den Lehrplan dieses vorbereitenden Wehrunterrichtes denken. Allzu schwer wird man es den Mittelschülern gewiß nicht machen, denn diese kindliche und jüngerliche Jungmannschaft ist geplagt genug, was ja den Militärbehörden bekannt ist. Die Herren haben ja selbst mit oft genug sorgenbeschwerter Seele die Mittelschulbänke gedrückt. Geringer aber wissen wir bestimmt, daß die ganze Mittelschuljugend diese Einführung in die Wissenschaft vom Soldatenwesen mit einem Eifer und einem Zuge aufnehmen wird, wie der Magnet den Stahlfstab. In dem jungen Gemüt ist die Romanistik des Soldatenstandes ungetrübt, und selbst das Herumkriechen in einem feuchten Schützengraben und auch der Anblick einer Anzahl Verwundeter vermag die hochfliegende, besetzte Vorstellung nicht abzuschrecken, wie der Knabe, einmal zum jungen Helden erwachsen, an der Spitze seiner todesmutigen Reiter dahinstürmen werde zu Sieg und Triumph.

Aber auch die nüchternen, die ganz unbeschwingt angelegten Naturen werden und sollen den Einrichtungen unseres Wehrwesens lebhaftes Aufmerksamkeits entgegenbringen. Werden es, weil sich ihrem aufnahmefähigen Verständnis da eine Welt der anregendsten, spannendsten, wichtigsten Tatsachen erschließt, sollen es, aus dem sehr einfachen und einleuchtenden Grunde, weil ja doch

in Jahr und Tag der Soldatenrock auch ihnen angemessen wird, und es da auf alle Fälle sehr von Vorteil für sie ist, wenn sie zumindest die allgemeinen Begriffe des Soldatentums sich angeeignet haben, mit dem ersten Schritt in den Kasernenhof nicht gleich in eine wildfremde Welt treten. In Preußen ist diese militärische Vorbildung der studierenden Jungmannschaft unter Aufsicht des Kriegsministeriums schon bis zu Wettkämpfen im Wehrtürnen fortgeschritten, ist also schon zu beträchtlichem Ernst gediehen, an dem Kaiser Wilhelm kürzlich in einem Kabinettsbefehl an den Kriegsminister besonders die Kräftigung des Körpers und das Bewußtsein, eine vaterländische Pflicht zu erfüllen, belobt.

Da wären wir also wieder bei dem Kernpunkt unserer ganzen Schulverfassung, der geistigen und sittlichen Grundlagen unseres Schulwesens, angelangt. Jedes große Ereignis in der Welt belehrt uns immer wieder eindringlich darüber, daß die Schule die Stufe zur Einführung in die Wirklichkeiten des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens sein soll. Der junge Mensch soll lebensfähig, lebenskräftig, lebenswissend gestaltet werden, das Leben soll mit seinen Strahlen alle Schulstufen durchleuchten. Allen Respekt vor der Aoristform des griechischen Verbiums, gebührende Ehrfurcht vor dem geheimnisvollen Abrakadabra der chemisch-physikalischen Bezeichnungen und der Kenntnis der babylonisch-assyrischen Dynastien und Kulturformen. Aber, von anderen lebendigen Dingen der Gegenwart und des praktischen Daseins abgesehen, so ist es doch gewiß vorteilhaft, wenn der jugendliche Gelehrte sich auch vertraut macht mit dem Unterricht zwischen einem Artilleristen und einem Kavalleristen, mit dem heimischen Wehrsystem, mit den Anforderungen der Ableistung der Wehrpflicht, wenn er einen Ueberblick über unsere Wehrverfassung gewinnt. Es kommt der Zeitpunkt, da der dröhnende Ruf des Vaterlandes an den Jüngling ergeht, da er den Schulpad mit der Waffe vertauschen muß, da er sein Wissen, sein Können, seinen Leib und sein Leben dem Vaterland darbringen muß. Da spricht denn nun alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß der junge Mensch die in der Schule erworbenen militärischen Einführungskenntnisse viel besser wird verwerten können, als den Aorist und das Auswendiglernen der von Heine so genannten alten Porzellanpagodenkaiser. Gilt das Leben mit gewaltigen Sturmschritten vorwärts, so darf die Schule sich nicht selbstzufrieden in den gewohnten Grenzen und Umfriedungen halten. In eiserner Zeit muß auch der Erzklang in die Schulen hineindringen. So erfordert es das Leben. Wer da aber dem Wahn huldigen mag, es werde dem mörderischen Waffentosen des Weltkrieges die erlöste Zeit folgen, da die Arsenale in Friedentempel umgewandelt, Leopard und Lamm einträchtig neben einander haufen werden, der ist ein Dichthäuter, durch dessen Ueberzug selbst die Lehren des ungeheuersten aller Kriege nicht durchdringen. Länder und Männer werden fortan noch wehrfähiger sein müssen, als sie es bisher waren. Eine traurige Wahrheit, aber sie muß unseren Knaben und heranreifenden Jünglingen zum Bewußtsein kommen.

B. Deverbo.

22. I. 1917

17

* (Die österreichische Mittelschule nach dem Kriege.) Ueber voransichtliche Reformen des österreichischen Mittelschulwesens nach dem Kriege hielt kürzlich Regierungsrat Professor Dr. Albert Zipper im Wissenschaftlichen Klub einen interessanten, gemeinverständlichen Vortrag. Der Weltkrieg, so leitete der Pädagog ein, werde im öffentlichen Leben und auf allen Gebieten, die in der öffentlichen Interessensphäre stehen, eine derartige Umwälzung hervorbringen, daß man von einer alten Epoche vor dem Weltkrieg und einer neuen nach dem großen Ereignisse sprechen werde. Die Reform der Schule

ist schon häufig zum Gegenstand eingehender Erörterung geworden, doch könne man hier, wie beispielsweise auch in der Medizin, keine gewagten Experimente machen, da diese zum unersehlichen Schaden einzelner Individuen ausfallen könnten; aus diesem Grunde gehen auch reformatorische Fortschritte auf pädagogischem Gebiete nur sehr langsam vorstatten. Die Einwirkungen des Krieges auf die Mittelschule würden nur in dem Maße reale Folgen haben, als sie den bestehenden Rahmen nicht sprengen. Der Krieg verlangt wohl eine Aenderung des Mittelschul-Lehrplanes, aber nur nach dem Grundsatz, den wir für das Leben und nicht für die Schule lernen, denn im Kriege kommt die rasche praktische Beherrschung aller Kenntnisse jedem erst voll zum Bewußtsein. Der Krieg erzieht ein neues starkes Geschlecht und fordert von ihm Mut und Kraft, Selbstvertrauen und Entfagung. Diese Forderungen werden auch weiter im Frieden an die Menschheit gestellt werden. Die einzelnen Lehrgegenstände dürften nach der Meinung des Vortragenden folgende Reformen erfahren. Dem Turnen mit all seinen Nebenzweigen, den Leibesübungen, dem Schießen, Wandern usw., werde nach dem Satze: Ein gesunder Geist in einem gesunden Körper! auch nach dem Kriege großes Gewicht beigelegt werden. Ebenso werde die Hygiene, vielleicht in der Naturgeschichte oder auch im Lesestoff, weitestgehende Berücksichtigung finden. Die Naturgeschichte, die heute nur in zwei Lehrstunden wöchentlich unterrichtet werde, müsse in Anbetracht ihrer großen Wichtigkeit für Erkenntnis und Moral eine Erhöhung der Stundenzahl erfahren. Die Physik habe interessanten Gebietszuwachs erfahren, und zwar die Lehre von der Luftschiffahrt, den U-Booten, der Funkentelegraphie, der modernen Sprengstoffe und von allen technischen Neuerungen, die der Krieg mit sich brachte. Das Zeichnen und die Kunst der Handarbeit werden zur Schulung der Augen, die oft nur schauen, nicht aber „sehen“ können, sowie zur Fingerfertigkeit in größerem Maße geübt werden. Die Mathematik, der heute ein großer Raum im Lehrplan zur Verfügung steht, werde vielleicht Einschränkungen erfahren. In der Geschichte und Geographie werde man mehr Gewicht auf die Ereignisse der jüngsten Zeit und weniger auf die Kenntnis vergangener Epochen legen, da der praktische Mensch seine Zeit aus ihrer unmittelbaren Entwicklung lernen, zu verstehen und zu beurteilen habe. Im Sprachunterricht werde man großes Gewicht auf die volle Kenntnis und Beherrschung der Unterrichtssprache legen. Von den toten Sprachen sei der Bildungswert des Lateinischen über jeden Zweifel erhaben. Die griechische Sprache werde jedoch, bei aller Erhaltung der Erkenntnis für die ungeheure Bedeutung der griechischen Literatur und Kultur, aus dem Lehrplan auszuscheiden sein. Von den lebenden Sprachen soll, nach dem Vorschlag des Vortragenden, in unsrer vielsprachigen Monarchie, je eine der nationalen Sprachen in den Mittelschulen gelehrt werden, und zwar an zentralisierten Unterrichtsstätten für die einzelnen Sprachen. Dies würde, so endete Regierungsrat Zipper, das Verständnis für den Geist der einzelnen Nationen heben, Duldsamkeit für die Forderungen dieser Nationen wecken und so dem Wahnpruch unsres verstorbenen Kaisers „Viribus unitis“ zum vollen Siege verhelfen. Der Vortrag wurde mit großem Interesse aufgenommen.

22. I. 1917

Die militärische Vorbildung der Jugend.

Stuttgart, 21. Jan. (Priv.-Tel.) Ueber die Unterstellung von Jugendabteilungen von Turn-, Sport- und Jugendpflege-Organisationen unter die Oberleitung der stellvertretenden Generalkommandos zu Zwecken der militärischen Vorbildung der Jugend sind zwischen dem königlich preussischen Kriegsministerium und der Deutschen Turnerschaft nunmehr Vereinbarungen zustande gekommen. Danach ist die unterstellte Jugendabteilung verpflichtet, ihre Übungen dem zuständigen Vertrauensmann anzuzeigen. Auf dessen Erfordern haben die Jugendabteilungen mit Abteilungen der militärischen Vorbildung gemeinsam zu gemeinsamen Marschübungen und Übungen im Gelände zusammenzutreten. Die Unterstellung der Jugendabteilungen findet nur für die Dauer des Kriegszustandes statt. Zu den Übungen der militärischen Vorbildungen dürfen nur Mitglieder zugelassen werden, die das 16. Lebensjahr überschritten und das 22. noch nicht erreicht haben. Mitglieder der Jugendabteilungen müssen nach Maßgabe der vom Kriegsministerium erlassenen Bestimmungen zu dem Weerdienst vorgebildet werden. Des Weiteren wird Postgebührenfreiheit (jedoch nicht für Stadtpostsendungen) sowie die Ausstellung von Dienstleistungszeugnissen für die Führer und von Ausweisen für die Jungmänner sowie die Berücksichtigung von Wünschen bei Einstellung eines Truppenteils zugesprochen.

Praktisches zum Einheits- Schulstreit.

Von
Stadtschulrat Dr. Sidinger - Mannheim.

Bis jetzt ist die Frage der Einheitschule stets nur theoretisch behandelt worden; jetzt macht Stadtschulrat Dr. Sidinger einen praktischen Vorschlag zur Lösung der Vorschulfrage, die am Sonnabend im preussischen Abgeordnetenhaus besprochen wurde.

Immer wieder wird die Befürchtung geäußert, daß mit der Einheitschule eine Gleichheitschule geschaffen werden solle. Nun hat Tews, der Verfasser der im Auftrage des Geschäftsführenden Ausschusses des deutschen Lehrervereins veröffentlichten Schrift „Die deutsche Einheitschule“, dieser Forderung in der „Vossischen Zeitung“ folgenden Ausdruck gegeben: „Der deutsche Lehrerverein hat von allem Anfang an eine auf der Grundstufe gemeinsame öffentliche Schule, neben der Privatschulen bestehen können (eine Zwangseinheitschule wird also nicht gefordert), und auf dieser Grundlage eine nach Begabung und Bildungsziel sich verzweigende Schule, eben die organisch gegliederte Einheitschule vertreten, eine Schule, in der jedem Tüchtigen die Bahn zu den ihm erreichbaren Bildungsstufen freigemacht werden soll.“ Der deutsche Lehrerverein will also keine Einerleischule, am wenigsten in der Deutung, die nach einer Mitteilung in der Presse kürzlich ein süddeutscher Kultusminister der „Einheitschule“ gegeben haben soll, daß nämlich unter Beseitigung der Dreiteilung der Volksschule, der Höheren Schule und der Hochschule ein Zustand angestrebt werde, der von unten bis oben nur eine Schule kennt. Der Deutsche Lehrerverein fordert vielmehr ausdrücklich Vielgestaltigkeit der auf der Grundstufe sich aufbauenden Stufen, also: oberen Bestand der Volksschule, Fortbildungs- und Fachschule, Höhere Schule, Hochschule. Die Vertreter der Höheren Schule haben schließlich Veranlassung, gegen diesen allgemeinen Umriß der Einheitschule Widerspruch zu erheben; bedeutet er doch ein ausdrückliches Anerkenntnis des jetzt schon vorhandenen differenzierten Charakters der auf die Grundstufe folgenden Stufen unseres Schulwesens.

Bleibt also als einziger strittiger Punkt in der Einheitschulfrage nach der Seite der äußeren Organisation, die es mit der Gliederung der Schülermassen in Schulen, Schulformen, Schulstufen, Klassen usw. zu tun hat: wie soll die Grundstufe, der Unterbau der genannten Verzweigungen, gestaltet sein? Heißt hier: die eine öffentliche Schule besuchen so viel als einen in bezug auf Umfang und Schwierigkeit des Stoffes sowie Tempo des Fortschreitens gleichen Unterricht erhalten? Ich persönlich habe seit Jahren und auch kürzlich in der Diskussion einer organischen, d. i. lebensvollen, naturgemäßen Gliederung (Differenzierung) auch der Grundstufe das Wort geredet. Denn schon in den allerersten Jahren des Schulbesuchs treten, bedingt durch die Verschiedenheit des körperlich-geistigen Erbgutes (Hauptfaktor) sowie durch die Verschiedenheit der Umweltwirkungen quantitative Unterschiede im allgemeinen Denkvermögen sehr stark in die Erscheinung. Sie kommen zu zahlenmäßigem Ausdruck in dem hohen Prozentsatz der zwar schulpflichtigen, aber für den Unterricht noch unreifen Kinder, ferner in der amtlichen Abgangstatistik, nach welcher nicht einmal 50 Prozent der Volksschüler nach vollendeter Schulpflicht das Bollziel der Schule erreicht haben. Bei uniformem Unterrichtsbetrieb kann deshalb auf der Grundstufe die wichtigste Zusicherung der Verfechter der Einheitschule, daß in der von ihnen gewollten Organisation jeder Schüler in der seinen Anlagen und Kräften entsprechenden Weise gefördert werde, (schlechterdings nicht eingehalten werden. Die Einheitschule (Zukunftsschule) wird

Beshalb auch auf der Grundstufe differenziert sein oder sie wird überhaupt nicht sein. Auch Friedrich Paulsen, Wilhelm Wundt, Wilhelm Rein, Theob. Ziegler, Paul Ratorp haben die Differenziertheit auch der Grundstufe als etwas Selbstverständliches erklärt unter ausdrücklicher Gutmehrung des Prinzips des Mannheimer Schulsystems, das auf der Grundstufe neben den Normalklassen einerseits Förderklassen für die mäßig Schwachen und Hilfsklassen für die abnorm Schwachen, andererseits vom dritten Schuljahr ab Vorbereitungs-klassen für die höheren Lehranstalten vorsieht. In diesem Zusammenhang sei auch hervorgehoben, daß die in der neulichen Diskussion von Oberrealschuldirektor Neumann abgegebene zustimmende Erklärung sich einzig und allein auf die von mir unmittelbar vorher geforderte differenzierte Gestaltung der Grundstufe, nicht aber auf die Einheitschule schlechthin, bezogen hat.

Kann nun, wenn auch schon auf der Grundstufe Schüler gleichen Alters in verschiedenerlei Klassen unterrichtet werden, noch von „Einheitschule“ gesprochen werden? Ohne allen Zweifel dann, wenn wie im Mannheimer System die verschiedenerlei Klassen durch ein einheitliches Prinzip (höchstmögliche Entwicklung aller Grade und Arten der individuellen Leistungsfähigkeit) zusammengehalten werden und so ein natürliches (organisches) Ganzes bilden. Nun galt bis zur Lehrerverammlung in Kiel in dem offiziellen Kreise der Volksschullehrerschaft die uniforme Gestaltung der Grundstufe für sämtliche die eine öffentliche Schule besuchenden Kinder als selbstverständlich. Die von mir erhobene Forderung der differenzierten Gestaltung fand zwar die Zustimmung eines großen Teils der Versammlungsteilnehmer, aber eine blinde Erklärung des Deutschen Lehrervereins darüber liegt bis heute nicht vor. Um so erfreulicher ist, daß Tews in der erwähnten, vom Geschäftsführenden Ausschuss des Deutschen Lehrervereins autorisierten Schrift die Bildung von besonderen Abteilungen nach der Begabung bzw. nach den Leistungen auch auf der Grundstufe für zulässig erklärt, „gegebenenfalls“ auch die Bildung von besonderen Abteilungen für die später nach der höheren Schule übergangenden Schüler. Nun, der Fall ist heute gegeben durch den neuen Ministerialerlass über die Aufnahme in Sexta. Denn die darin aufgestellten Zielvorgaben für Deutsch und Rechnen decken sich ungenau mit dem Pensum, das der normale Volksschul-lehrplan den untersten vier, nicht drei Schuljahren zuweist. Wäre das Aufnahmealter für Sexta auf das vollendete zehnte Lebensjahr festgesetzt — dies läge auch im Interesse der höheren Schule — dann würde jeder tüchtige Schüler, und nur dieser hat die innere Anwartschaft auf den Lehrgang der höheren Schule, am Ende des vierten Schuljahres die Aufnahmeprüfung für Sexta bestehen. Boreerst muß man sich jedoch mit der Aufnahme schon nach vollendetem neunten Lebensjahr abfinden. Nicht angängig ist der Wunsch, das Lehrziel der unteren Klassen der Volksschule in der Weise hinaufzuschrauben, daß das bislang für vier Jahre Borgehene nunmehr in drei Jahren bewältigt werde; das wäre eine unverantwortliche Vergewaltigung der Mehrheit der Volksschüler. Bleibt also vorerst als vernünftgemäßer Weg, die entsprechend begabten Schüler in eine Anzahl von Parallelklassen zusammenzunehmen, um sie schon am Ende des dritten Schuljahres gut vorbereitet in die höhere Schule überführen zu können. Die Einrichtung solcher Vorbereitungs-

oder Übergangsklassen in der Volksschule hat sich, wie in Mannheim, so auch anderwärts bewährt, sie ist vom preussischen Kultusminister durch einen Erlass vom Jahre 1909 den Städten nahegelegt worden, und auf sie weist auch der neue Grundschulplan der Berliner Gemeindefschule hin. Es bedarf also nur des festen Willens, und der vorläufig erreichbare beste Ersatz der Vorschulklassen ist damit erreicht. Der Fortschritt ist offensichtlich. Für die Aufnahme in die Vorbereitungsklassen der Volksschule ist maßgebend nur die Leistungsfähigkeit der Kinder, nicht aber Stand, Rang und Vermögen der Eltern, wie bei den Vorschulen. Auf diese Weise wird dem Tüchtigeren von unten nicht mehr der Platz weggenommen durch einen weniger Tüchtigen von oben.

Eine erwünschte Bestätigung der Richtigkeit des Satzes, daß Tüchtigeren von unten nicht mehr der Platz weggenommen durch muß, ergibt sich aus einer von der Sekundarlehrer-Vereinigung in Basel 1913 herausgegebenen Denkschrift. Hier wird an der Befragungstatistik der uniform gestalteten allgemeinen Volksschule in Basel der Bankrott einer solchen Gestaltung zahlenmäßig nachgewiesen und daraus die Nutzenwendung gezogen: „Das Bestreben, allen Kindern der Volksschule den gleichen Unterricht nach Umfang und Inhalt zu bieten, war wohl gut gemeint, hat aber zu unbefriedigenden Resultaten geführt. Eine Volksschule darf erst dann Anspruch auf eine wahrhaft soziale, d. h. allen ihren Schützlingebefohlenen gerecht werdende Erziehungsanstalt erheben, wenn sie den geistig Regsamern höhere Ziele steckt und zugleich den weniger Begabten vermehrte Sorgfalt zuteil werden läßt.“

Begünstigungen für eingerückte Studenten. Unterrichtsminister Bela von Janfovich hat zwei Verordnungen erlassen, die besonders jene Studierenden interessieren, die Militärdienst leisten. In der einen Verordnung verfügt der Minister, daß allen den Jahrgängen 1892—1898 angehörenden Studierenden, die anlässlich der jetzigen Landsturm musterung für den Militärdienst als geeignet befunden wurden, drei Tage vor ihrem Einrücken auf Grund ihres in der ersten Hälfte des Schuljahres befundenen Fortschrittes, also ohne eine Prüfung ablegen zu müssen, ein Zeugnis über die Absolvierung jener Klasse ausgestellt werde, die sie während des Schuljahres absolviert haben. Jene Studierenden, die die achte Klasse absolviert haben, erhalten zur selben Zeit ein Maturitätszeugnis. Den bei der Musterung für geeignet befundenen Studierenden wird in der zweiten Hälfte des Studienjahres das Schulgeld, beziehungsweise die Maturitätstaxe erlassen. Der Minister ordnet ferner an, daß in der siebenten und achten Klasse ein wesentlicher Teil des Lehrstoffes in entsprechender Zusammenfassung von den Professoren bereits bis Ende Februar abzuschließen ist. Die zweite Verordnung des Unterrichtsministers bezieht sich auf die Zöglinge der Lehrerpräparanden. Im Sinne dieser Verordnung erhalten die zu den Jahrgängen 1892—1898 gehörenden Zöglinge der ersten, zweiten oder dritten Klasse, ohne eine Prüfung ablegen zu müssen, drei Tage vor ihrem Einrückungstermin ein Klassenzeugnis. Die für tauglich befundenen Zöglinge der vierten Klasse erhalten außer dem Klassenzeugnis auch das Lehrerdiplom, ohne daß sie eine Prüfung ablegen müssen. Die dem Jahrgang 1899 angehörenden Zöglinge der ersten und zweiten Klasse erhalten eine Woche vor ihrem Einrückungstermin ebenfalls, ohne eine Prüfung ablegen zu müssen, das Klassenzeugnis, während die im Jahre 1899 geborenen Zöglinge der dritten und vierten Klasse an einem einmonatlichen separaten Lehrkurs teilnehmen. Dieser Kurs beginnt am 1. Februar; nach seiner Absolvierung legen die Zöglinge eine Klassenprüfung ab. Wenn die Frequentanten der vierten Klasse die Prüfung mit Erfolg ablegen, werden sie zur Qualifikationsprüfung zugelassen. Diese Prüfungen müssen bis zum 28. Februar abgeschlossen sein. Diejenigen, die diese Prüfung mit Erfolg bestanden haben, erhalten ihr Klassenzeugnis, beziehungsweise ihr Diplom vor ihrer Einrückung.

In der zweiten Hälfte des Studienjahres haben die Präparandenzöglinge kein Schulgeld zu entrichten.

24. V. 1917

* **Gegen die Verlegung der Czernowitzer Universität.** Gegen die in letzter Zeit von verschiedenen Kreisen befürwortete Verlegung der Czernowitzer Universität, als deren künftiger Sitz Salzburg vorgeschlagen wird, haben die Vereine der Deutschen Galiziens in einer, dem Vorsitzenden der Tagung der Karpatendeutschen, Universitätsprofessor Dr. H. F. K a i n d l, übermittelten Kundgebung entschiedene Verwahrung eingelegt. In dieser Kundgebung wird darauf verwiesen, daß die deutsche Universität in Czernowitz seinerzeit zur Pflege des österreichischen Staatsgedankens und der deutschen Kultur errichtet worden ist. Es sei zu hoffen, daß sie nach der siegreichen Beendigung des Weltkrieges ihre Kultur Aufgabe auch weiterhin werde erfolgreich fördern können. Wir müssen daher alle auf die Verlegung der Czernowitzer Universität gerichteten Bestrebungen auf das Entschiedenste mißbilligen.

Leitsätze für eine Schulreform.

Obwohl in Oesterreich die Verhältnisse vielfach andere sind als im Deutschen Reiche, so ist es doch von Wert, den Standpunkt kennen zu lernen, welchen die berufenen katholischen Kreise des verbündeten Reiches zu den Schulreformbestrebungen, die sich dort bemerkbar machen, einnehmen. Wie kürzlich verlautbart wurde, hat die in der Versammlung des Augustinusvereins vom 22. November eingesetzte Kommission, bestehend aus den Herren Redakteur Sem.-Direktor a. D. Dr. Hoerber (Köln), Geheimrat Marx (Düsseldorf), Direktor Rheinländer (Hagen i. W.) und Prof. Wildermann (Reddinghausen) folgende Leitsätze für die Fortentwicklung des Schulwesens einhellig beschlossen:

I. Eine den Aufgaben des deutschen Volkes entsprechende Fortentwicklung und Vervollkommnung unseres gegenwärtigen Schulwesens ist eine dringende Notwendigkeit. Als Ziel des gesamten Schulunterrichts ist zu erstreben die Erziehung tüchtiger Staatsbürger auf religiös-sittlicher Grundlage. Die unter dem Schlagworte „Einheitschule“ von der Sozialdemokratie aufgestellten, zum Teil auch vom Deutschen Lehrerverein vertretenen Forderungen, insbesondere Simultanisierung, Verweltlichung und Verstaatlichung der Volksschule, Verbot der Privatschulen, reichsgesetzliche Regelung des Schulwesens, Gemeinschaftserziehung der Geschlechter werden abgelehnt.

II. Für die Fortentwicklung des Schulwesens werden folgende Mindestforderungen aufgestellt:

1. Die Volksschule als die Grundlage des gesamten Unterrichtswesens und als Bildungsanstalt für nahezu die Gesamtheit des Volkes ist in erster Linie zu heben und zu fördern, insbesondere durch Bereitstellung reichlicher Mittel für die Einrichtung und Ausstattung der Schulen; Bemessung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen in einer die individuelle Behandlung der Kinder gewährleistenden Weise; Errichtung besonderer Klassen für minder begabte Kinder und weiteren Ausbau des konfessionell zu gestaltenden Hilfschulwesens; schärfere Aussonderung der sittlich gefährlichen Schüler; Beschaffung der erforderlichen Lehrmittel und Einführung zweckdienlicher Lernmittel für alle Unterrichtsfächer, Erweiterung der Schulgesundheitspflege.

2. Die Lehrerbildung ist den Anforderungen der Neuzeit entsprechend in ihren wissenschaftlichen Grundlagen zu erweitern und zu vertiefen.

3. Die Lehrpläne der Volksschulen und der höheren Schulen sind so einander anzupassen, daß die Volksschüler nach der Befreiung aus der vierten in die fünfte Klasse ohne Prüfung und ohne Schwierigkeiten in die unterste Klasse der höheren Schulen übergehen können. Simultane Vorschulen sind zu verwerfen. Ueberhaupt sind die Vorschulen tunlichst einzuschränken. Jede Bevorzugung der eine Schule besuchenden Schüler ist zu befeitigen. Wünschens- und erstrebenswert ist es, daß jedes Kind die Volksschule besucht.

4. Die Mittelschulen sind konfessionell einzurichten und auf die Volksschule aufzubauen.

5. Die Fortbildungsschulen mit Pflichtbesuch sind allmählich auszudehnen auf die gesamte Jugend, soweit diese nicht höhere oder mittlere Schulen besucht. Ihr Lehrplan ist dem der Volksschule anzupassen. Sie sind in höherem Maße zu Erziehungsschulen auszugestalten, um so auch die erzieherische Aufgabe der Volksschulen fortzusetzen. Die religiöse Unterweisung ist als pflichtmäßiger Unterrichtsgegenstand in den Lehrplan aufzunehmen.

6. Das Berechtigungsverfahren ist neu zu regeln. Insbesondere muß die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst auch auf Mittelschulen und Fachschulen erworben werden können.

7. Die Möglichkeit, sich höhere Bildung zu verschaffen, muß für begabte Kinder der wirtschaftlich schwachen Bevölkerungskreise erleichtert werden, namentlich durch Bereitstellung möglichst reichlicher öffentlicher und privater Mittel, Einrichtung von Freistellen, Abmilderung des Schulgeldes nach den Einkommensverhältnissen der Eltern und dergleichen.

Diese Leitsätze dürften, so bemerkte die „R. V.“ hiezu, geeignet sein, eine feste Grundlage für die weitere Erörterung in Presse und Parlament zu bilden. Man wird von hier aus über etwa auftauchende Einzelfragen sich leichter verständigen können.

24. 7. 1918

• (Ein Vortrag des Landeschulinspektors Dr. Beder.) Im Sitzungssaal des alten Rathhauses hielt am 20. d. Landeschulinspektor Dr. A. Beder in Anwesenheit mehrerer Bezirksschulinspektoren und der versammelten Wiener Schulleiter einen Vortrag über erziehlische und unterrichtliche Aufgaben der Schule und über verschiedene pädagogische Zeitfragen. Er hob zunächst hervor, was die Schule unter den durch den Krieg herbeigeführten schwierigen Verhältnissen Großes geleistet hat, und beleuchtete sodann die Aufgabe der Schulleiter, denen gegenwärtig infolge der durch den Krieg gegebenen Heranbildung der Lehrer mehr als zuvor die Weiterbildung der jungen Lehrergeneration anheimgestellt ist. Diesbezüglich wurde auch in dem Vortrage die Wichtigkeit der Soziallehrerkonferenzen betont, die nun an Stelle der entfallenden Bezirkslehrerkonferenzen die Lösung pädagogischer Fragen zu übernehmen hätten. In ausführlicher Weise behandelte der Vortragende die Aufgaben der Schule auf dem Gebiete der Jugendfürsorge und nahm hierbei unsere Schullugend in Schutz gegen allerlei unter dem Schlagworte Verwahrlosung der Jugend erhobene Anklagen, indem er es als unberechtigt bezeichnete, von einzelnen Vergehungen Jugendlicher gleich auf die Verwahrlosung der jetzigen Jugend zu schließen. In fesselnder Form besprach der Vortragende das militärische Turnen in der Schule, indem er, ohne dem militärischen Drill und der Soldatenpielerei das Wort zu reden, doch den praktischen Wert des militärischen Turnens für die Mütigkeit der männlichen Jugend und für die erleichterte Heranbildung der künftigen Wehrkraft des Reiches betonte. Anschließend hieran wurde auch die Frage der Schülerausflüge und der Lehrspaziergänge behandelt, hierbei aber hervorgehoben, daß deren Durchführung bei den gegenwärtigen Verhältnissen sehr erschwert, oft sogar unmöglich sei. Mit dem Hinweis, daß die Arbeit der Lehrerschaft die Gewähr biete für die dem Reichsbolkschulgesetz entsprechende gedeihliche Heranbildung unserer Schullugend, schloß Landeschul-

inspektor Dr. Beder seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag.

24. I. 1917

Die Antwort der Czernowitzer.

Zur Frage der Univeritätsverlegung.

In einer dieser Tage veröffentlichten Zuschrift des Freiherrn W. v. Bissing (München) wurde die Anregung auf Uebersiedlung der Czernowitzer Univerität nach Salzburg unterföhrt. Gegen dieses Projekt wenden sich die nachstehenden Zeilen, die uns ein im politischen Leben seiner Heimat bekannter Bukowinaer, Herr Dr. S. Kagner, Advokat und Militärverteidiger in Czernowitz, namens einer größeren Anzahl seiner Landesleute und ehemaliger Hörer der Franciscio-Josephina, mit der Bitte um Veröffentlichung übersendet. Die Zuschrift lautet:

„Man empfiehlt die Verlegung der Czernowitzer Univerität nach Salzburg oder Brünn. Die zeitweilige Besetzung der Landeshauptstadt der Bukowina ist der Anlaß, daß einige wenige von denen, die an der Franciscio-Josephina als akademische Lehrer gewirkt haben, die Verlegung fordern. Als hauptsächlichster Grund wird angeführt, daß die Univerität ihren Zweck nicht erfülle, da Nichtdeutsche, die an der Univerität deutsche Bildung erlangten, dann das deutsche Element aus Schule und Amt verdrängten. Nicht die Erhaltung, sondern die Verlegung der Univerität liege also im Interesse des östlichen Deutschthums. Demgegenüber mögen einige Erinnerungen hier Platz finden. Die Haltlosigkeit der obigen Argumente wird aus ihnen von selbst hervorgehen.

In den achtziger Jahren ging von einer kleinen Schar Landesfremder eine Agitation aus, die gegen die Franciscio-Josephina gerichtet war. Ein Univeritätslehrer, der im akademischen Senat die Anregung aufnahm und die Verlegung der Univerität forderte, hatte einen kläglichen Mißerfolg zu verzeichnen. In Wien wurde diese Agitation übel bemerkt und der Antragsteller mußte seine Lehrkanzel verlassen; er wurde in den zeitlichen Ruhestand versetzt.

Die Bukowina hatte bei Eröffnung der Univerität ihr hundertjähriges Jubiläum der Zugehörigkeit zu Oesterreich begangen. Die Enthüllung des Austruidentmals und die Gründungsfeier der neuen Hochschule fielen zusammen. Ein Kulturfest war es, und jeder wußte es, daß die Franciscio-Josephina jene Bedeutung für den Osten hatte wie die Straßburger Hochschule für den Westen. Die Hochschule entsprach einem tatsächlichen Bedürfnis; der Landtag hatte die Errichtung der deutschen Hochschule gefordert, und ein Rumäne, Abgeordneter Dr. Tomasezuj — der erste Rektor —, war der Wortführer gewesen. Der Einfluß der Univerität auf die Bukowina und die Nachbarländer war denn auch ein segensreicher. Wohl bedurfte die Univerität dringend der Ausgestaltung, doch aber sind bis in die Tage des Weltkrieges die Worte wahr geblieben, die Josef Viktor Scheffel der jungen Hochschule in seinem berühmten Festgruß widmete:

Heil dir, gewaltig Oesterreich,
Heil Wissen dir im Osten,
In Sprachen bunt, im Geiste gleich,
Zieh'n wir am Bruth auf Posten.

Nun blühe, jüngster Musensitz,
Franciscio-Josephina!
Frau Muse lehrt in Czernowitz
Und schirmt die Bukowina!

Die deutsche Hochschule ist ein Posten deutscher Kultur im äußersten Osten der Monarchie, und dieser Posten darf nicht verlassen werden. Die Univerität in Czernowitz ist auch allen nichtdeutschen Völkern des Buchenlandes heilig. Bei völlig ungehinderter nationaler Entwicklungsmöglichkeit, die allen Völkern der Bukowina geboten wurde — in der Aera des Landesfürsten Prinzen Jochenlohe inaugurirt und von den Nachfolgern Baron Plehleben und Graf von Meran fortgesetzt —, blieb die deutsche Univerität, um die sich fünf Nationen einträchtig gruppierten, unangefochten. Die Bukowina löste auch in der neuen Landesordnung durch Einführung von vier nationalen Kurien, vollkommener als Mähren und vorbildlich für den Gesamtktaat, das Nationalitätenproblem. Es ist tatsächlich wahr, was R. E. Franzos vor 40 Jahren verkündet hat: daß es bloß zwei Länder in Europa gibt, wo die Vereinigung verschiedener Nationalitäten schon gelungen ist, die Schweiz und die Bukowina. Die Univerität ist das Wahrzeichen dieser Vereinigung der Völker des Buchenlandes. Die deutsche Sprache ist Amts- und Gerichtssprache und als Verständigungsmittel für so viele Nationen im Lande unentbehrlich. Der Bestand der Hochschule ist daher notwendig, auch für die Erhaltung des österreichischen Staatsgedankens. . . . So möge unsere Univerität auch weiterhin der Erhaltung der treuösterreichischen Gesinnung dienen, welche dieses Land stets maffellos bewahrt und in guten wie bösen Tagen glänzend bewahrt hat! So ungefähr lautete der Merkwürdigste

Wunsch im kaiserlichen Stühbrief der Franciscio-Josephina. Diese Gesinnung hat sich gerade während des Weltkrieges in glänzendster Weise geoffenbart, in diesen bösen Tagen, wo die Bukowina wiederholt das moskowitzische Joch ertragen mußte. Ein Vorschlag also, dieser Kulturoase im äußersten Osten der Monarchie das Bollwerk väterländischer Gesinnung, die Univerität, zu nehmen, wird daher wenig Beifall finden, weder bei den nichtdeutschen Völkerschaften noch bei den bodenständigen Deutschen der Bukowina. Die Anregung, so wohlmeinend sie sein mag, wird darum hoffentlich sehr bald, wie in den achtziger Jahren, der wohlverdienten Vergessenheit anheimfallen.“

Erleichterungen für Kriegsteilnehmer akademischer Berufe

Für die Kriegsteilnehmer, die sich in der Ausbildung oder Vorbereitung für akademische Berufe befinden, entstehen, je länger der Krieg dauert, um so größere Nachteile, sowohl was ihr Dienstalter anlangt, wie den Studien- und Ausbildungsgang. Um diese, wenn nicht zu beseitigen, so doch möglichst einzuschränken, sind von den zuständigen Behörden nach verschiedenen Richtungen hin geeignete Maßnahmen getroffen oder in Erwägung gezogen.

Durch Beschluß des Staatsministeriums ist bestimmt worden, daß den in den Staatsdienst tretenden Akademikern der Kriegsdienst auf ihr Dienstalter angerechnet werden soll. Das Dienstalter wird also vordatiert. Bezüglich des Studien- und Ausbildungsganges kommen Anordnungen in Betracht, die nicht nur den eine staatliche Anstellung Erwerbenden, sondern auch den in freie Berufe mit akademischer Vorbildung Uebergehenden zugute kommen. Es handelt sich hierbei um Verkürzung der Ausbildungszeit und der Studienzeit.

Für die Ärzte ist durch Beschluß des Bundesrats zugelassen, den Kriegsdienst auf das vorgeschriebene praktische Jahr anzurechnen, soweit nicht schon eine Anrechnung auf die Studienzeit stattgefunden hat.

Für solche, die Rechtsanwälte werden oder in den höheren Justiz- oder Verwaltungsdienst treten wollen, sollen durch die dem Landtage vorgelegten Gesetzentwürfe die Ressorts ermächtigt werden, den Vorbereitungsdienst wie die Zeit des Kriegsdienstes bis zu einem Jahr abzurufen.

Ebenso ist hinsichtlich der künftigen Dozenten eine Anrechnung des Kriegsdienstes auf die vorgeschriebene praktische Ausbildungszeit bis zu einem Jahr in Aussicht genommen.

Gleiche Anordnungen sind für den Vorbereitungsdienst der höheren Baubeamten in Vorbereitung.

Was die Verurückung des Kriegsdienstes für die Studienzeit durch eine Verkürzung anlangt, so wird erwogen, eine Aenderung der Reichsgesetzgebung herbeizuführen, die es ermöglicht, den Kriegsdienst bis zu einem Jahre auf das Studium der Juristen anzurechnen, wobei daran gedacht ist, die Semestervorlesungen durch Herbstferienkurse zu ergänzen und zu verstärken.

Für die studierenden Mediziner ist durch Bundesratsbeschluß die Anrechnung des Kriegsdienstes auf das Studium bis zu einem halben Jahre zugelassen worden, unter der Voraussetzung, daß nicht schon eine Anrechnung von Militärdienst gemäß § 7 oder § 23 der Prüfungsordnung für Ärzte stattgefunden hat. Gegenwärtig schweben Erwägungen, die anzurechnende Kriegsdienstzeit auf ein Jahr zu erhöhen.

Ebenso ist für die Studierenden der Zahnheilkunde die Anrechnung des Kriegsdienstes auf das Studium in Vorbereitung.

Für die Studierenden der Pharmazie ist die Anrechnung des Kriegsdienstes auf die Gehilfenzeit und für die Studierenden der Nahrungsmittelchemie die Anrechnung auf die vorgeschriebene praktische Tätigkeit in Erwägung gezogen.

Bei den Studierenden der Philosophischen Fakultät und bei den Theologen kann eine Verkürzung der Studienzeit nicht wohl in Frage kommen, weil diese jetzt schon nach den gemachten Erfahrungen nicht ausreicht. Hier wird daher darauf zu sorgen sein, daß die Kriegsteilnehmer möglichst mit der gesetzlichen Mindestzeit von sechs Semestern auskommen.

Was schließlich die Studierenden der Technischen Hochschulen anbelangt, so ist Anrechnung des Kriegsdienstes auf das Studium bis zur Dauer eines Semesters zugelassen.

Im übrigen werden sämtliche Fakultäten und Hochschulen sich bemühen, den Kriegsteilnehmern ihr Studium zu erleichtern, namentlich auch die zu fordern, deren Studium durch den Krieg unterbrochen worden ist, und die dadurch vieles von dem früher Gelernten vergessen haben. Die größere Reife, der gesteigerte sittliche Ernst, das erhöhte Verantwortlichkeitsgefühl und der verstärkte Eifer des Lernens, den man von den jungen Leuten erwarten kann, die aus dem Felde heimkehren, wird dabei helfen.

Was für den Kriegsdienst bestimmt ist, kann zwar nicht ohne weiteres auch für den vaterländischen Hilfsdienst gelten. Für diesen werden besondere Bestimmungen getroffen werden müssen. Auch hier aber wird das Bestreben dahin gehen, nach Möglichkeit die Nachteile auszugleichen, die junge Leute erleiden, die dem Vaterlande dienen.

28. I. 1917

Abgabe von Universitätsvorlesungen.

Infolge Beheizungsschwierigkeiten.

Wie uns das Rektorat der Universität mitteilt, entfallen wegen Beheizungsschwierigkeiten morgen Montag und übermorgen Dienstag die Vorlesungen im Hauptgebäude der Universität.

30. / I. 1917

Um die Verkürzung des juristischen Studiums.

Ueber die Beschlüsse, die in einer zu Eisenach abgehaltenen Konferenz von Vertretern der deutschen Juristenfakultäten über die Stellung der Fakultäten zur Frage des Rechtsstudiums der Kriegsteilnehmer gefaßt worden sind, haben in den letzten Wochen die Zeitungen verschiedentlich ungenau, zum Teil geradezu falsche Mitteilungen gebracht. Wir sind in der Lage, den Wortlaut der auf jene Frage bezüglichen Beschlüsse wiederzugeben.

I. „Die Fakultäten sind bei aller Anerkennung der schwierigen Lage, in der sich die Kriegsteilnehmer befinden, doch der Meinung, daß eine Herabsetzung der Studiendauer auf fünf oder gar vier Semester im Interesse der Kriegsteilnehmer selbst nicht wünschenswert ist.

II. Für den Fall, daß trotzdem eine Herabsetzung der Studiendauer von den entscheidenden Stellen ins Auge gefaßt werden sollte, wollen sich die Fakultäten indes der Pflicht nicht entziehen, die Vorschläge zu machen, die ihnen verhältnismäßig am besten erscheinen.

1) Von der reichsgesetzlich vorgeschriebenen Studiendauer dürfen unter keinen Umständen mehr als zwei Semester gekürzt werden.

2) Als Ersatz für jedes ausfallende Semester soll ein achtwöchiger Herbstferienlehrgang für Kriegsteilnehmer eingerichtet werden. Dieser Lehrgang soll als das fehlende Semester gerechnet werden.

3) Den Kriegsteilnehmern, denen die Herabsetzung der Studiendauer gewährt ist, muß nach bestandener erster Justizdienstprüfung Gelegenheit gegeben werden, die Lücken ihrer theoretischen Bildung durch Teilnahme an Lehrgängen zu ergänzen, die an den Universitäten oder in Verbindung mit ihnen zu veranstalten sind.

4) Der Erlaß von Studiensemestern ist nur soweit zu gewähren, als der Student durch Kriegsteilnahme unter Berücksichtigung der Vorteile ersparter Primanerzeit und der ersparten Friedensdienstzeit ein oder zwei Semester verdoren hat.

5) Die Fakultäten gehen bei diesen Vorschlägen von der Voraussetzung aus, daß die Verkürzung der Ausbildungszeit in erster Linie bei der praktischen Vorbereitungszeit eintritt.“

Wiener Universität.

Bei dem Empfange der Huldigungsdeputation der Universitätsrektoren und der Dekane der selbständigen theologischen Fakultäten hielt der Rektor der Universität in Wien, Hofrat Professor Dr. Emil Reich eine Ansprache, in der er sagte:

Wir treten mit diesem Bekenntnisse unwandelbarer Dankbarkeit heute vor Eurer Majestät, um das Gelöbnis ehrfurchtsvoller, unerschütterlicher Treue zu erneuern und zugleich die untätigste Bitte zu stellen, Eurer Majestät geruhe in Weiterführung der glorreichen Ueberlieferungen des österreichischen Kaiserhauses als hochsinniger Schirmherr der Künste und Wissenschaften den österreichischen Universitäten auch in Zukunft die gleiche Huld und Gnade angedeihen zu lassen, deren wir unter der Regierung des erlauchten Vorgängers Eurer Majestät uns erfreuen durften. So erstaunlich dem Rückblickenden der Aufschwung der Universitäten seit 50 Jahren erscheinen mag, so ist die Aufwärtsbewegung doch noch lange nicht an dem Endpunkt oder auch nur an einem Ruhepunkt des Fortschreitens gelangt. Die ungeheure Triebkraft der Wissenschaft führt zu immer neuen Erkenntnissen, das dringende Verlangen, die Ergebnisse der gelehrten Forschung für

Weiland Seine Majestät, Mein verewigter Großoheim ist den Wissenschaften und Künsten stets ein Gönner gewesen und hat namentlich den Universitäten jene Einrichtungen gegeben, welche sie zu hoher Stellung im staatlichen Leben und zu großem Ansehen in der Gelehrtenwelt gebracht haben. Den Traditionen Meines Hauses folgend, werde Ich es als Meine vorzügliche Regentensorge betrachten, geistige Interessen und Bestrebungen zu unterstützen und zu fördern und Ich hege den festen Willen, daß auch künftig der innere und äußere Ausbau der hohen Schulen fortgeführt werde, damit sie sich als Stätten wissenschaftlicher Forschung und als Anstalten für das gelehrte Berufsleben in stets vollkommenerer Weise ihren Aufgaben widmen können: Dem Ringen nach Wahrheit und der Erziehung zur edelsten Sittlichkeit."

Der Kaiser an die Rektoren der technischen Hochschulen und Akademien.

Es folgte sodann der Empfang der Huldigungsabordnungen der technischen und montanistischen Hochschulen und der Akademie der bildenden Künste. Zuerst unterbreitete der Rektor der technischen Hochschule in Wien Prof. Dr. Bamberger namens der technischen und montanistischen Hochschulen die Huldigung und dann sprach der Rektor der Akademie der bildenden Künste in Wien, Maler Rudolf Vacher, dessen Rede in dem Gelöbnis gipfelte, daß die hohen Schulen der bildenden Künste im Einklange mit der Künstlerchaft ihre vornehmste Aufgabe darin erblicken, durch ihr Tun und Schaffen in Aller Herzen die Begeisterung für das Edle und Erhabene getragen von wahrer Liebe zum Vaterlande und zum angestammten Herrscherhause zu wecken und zu stärken.

Es antwortete der Kaiser:

"Es gereicht Mir zur Befriedigung, die Vertreter der Hochschulen technischer und künstlerischer Richtung vor Mir zu sehen. Wenn es eines Beweises bedurft hätte, welche große Bedeutung der Technik für die wirtschaftliche und die Wehrkraft des Reiches innewohnt, so hat der gegenwärtige Krieg diesen Beweis offensichtlich erbracht. Auch mit dem hoffentlich in nicht zu fernem Zeit zu gewärtigenden Frieden wird der technischen Arbeit ein weites, zugleich jedoch dankbares Feld erwachsen. Es wird der Heilung

zahlreicher, durch den Krieg geschlagener Wunden gelten: der opferfreudigen Bevölkerung soll wieder jener Wohlstand, sollen jene Lebensgüter zurückgewonnen werden, auf die sie berechtigten Anspruch hat; dem Staate werden zahlreiche Leistungen zur Lösung gewaltiger Aufgaben obliegen. Dazu bedarf es der immer vollkommeneren Hebung aller Schätze des Bodens und der stets gesteigerten Beherrschung der Naturkräfte.

Ich bin überzeugt, daß es der nimmermüden Schaffenskraft und stets bereiten Erfindungsgabe, welche sich in den Hochschulen technischer Richtung konzentrieren, beschieden sein wird, für alle diese Gebiete Wertvolles im Dienste des allgemeinen Wohles zu leisten. Die Pflege aber, welche die bildenden Künste an den Akademien zugleich in pietätvoller Anlehnung an die Vergangenheit wie in rastlosem Streben nach den Schönheitsidealen der Zukunft erfahren, verbürgt den lebenden und den kommenden Geschlechtern, daß ihr Dasein auch künftig jenes edlen Schmuckes nicht entraten wird, der in österreichischen Landen stets zu reicher Blüte gedieh.

Indem ich mit warmer Anerkennung der patriotischen Haltung und Hingabe, die Lehrer sowohl wie Schüler in dieser schweren Zeit an den Tag gelegt haben, gedenke, versichere Ich Sie und die Ihrer Leitung unterstehenden Hochschulen Meines dauernden Wohlwollens und kaiserlichen Schutzes."

die Hebung der geistigen und sittlichen Kräfte des Staates, für Volksgesundheit, Rechtspflege und allgemeine Wohlfahrt nutzbar zu machen, verlangt immer neue Anpassungen der Arbeitsweise und des Unterrichtsbetriebes, und wir sehen im Geiste voraus, daß der von der Zukunft geforderte Ausbau des Hochschulwesens im nächsten halben Jahrhundert unsere Universitäten ebenso hoch über den jetzigen Zustand hinausheben wird, wie es die Entwicklung der letzten 50 Jahre gegenüber der Zeit vor 1848 getan hat. Im gegenwärtigen Augenblick freilich stehen unsere Anstalten noch völlig in Bann und Pflicht der eisernten Notwendigkeiten des Krieges. Dreiviertel unserer Studentenschaft und ein großer Teil der jüngeren Lehrkräfte leisten Seeresdienste und erschütternd groß ist die Zahl derer, die ihren Opferrmut mit dem Heldentode besiegelten. Die im Hinterlande verbliebenen Angehörigen unserer Hochschulen betätigen sich nach Kräften in der Kranken- und Verwundetenpflege und in den mannigfachen Hilfsdiensten für die durch Kriegsnot in Bedrängnis Geratenen. Und neben der Mitarbeit an den Werken der allgemeinen Fürsorge sind wir neuerdings darangegangen, Einrichtungen zu schaffen, die in erster Linie den kriegsbeschädigten Akademikern zu neuen Lebensmöglichkeiten verhelfen sollen.

Wir erhoffen und bitten, daß Ihre Majestät die Kaiserin als hohe Schutzfrau aller Bestrebungen der Fürsorgetätigkeit auch diesem Hilfswerke zugunsten der akademischen Jugend ihre gnädige Anteilnahme zuwenden möge. Möge unter den Auspizien Eurer Majestät nach der harten Not der Gegenwart für den neu gefestigten Staat ein glückliches Zeitalter fruchtbarer Schaffens anbrechen, indem alles redliche Bemühen zu verdientem Lohne kommt und Kunst und Wissenschaften zu neuer Blüte gedeihen, den Völkern zum Heil und Segen, Eurer Majestät zu dauerndem Ruhme."

Der Kaiser über den Ausbau der Universitäten.

Der Kaiser erwiderte:

"Die patriotische Huldigung, welcher die Universitäten, Hochschulen und Fakultäten zugleich mit dem Gelöbnis unerschütterlicher Treue Ausdruck gegeben haben, erfüllt Mich mit aufrichtiger Genugtuung. Die Gegenwart hat den Wert und die Bedeutung der Wissenschaft für das Wohl und den Schutz des Staates und seiner Völker deutlich dargetan und hat zugleich auch ihre sittliche veredelnde Kraft stärker denn je offenbart.

Dankbar gedenke Ich der zahlreichen Angehörigen der Hochschulen, welche begeistert ins Feld gezogen sind, als uns trotz unserer langbewährten Friedensliebe der Kampf von unseren Feinden aufgezwungen wurde, und welche als Helden ihr Leben für die heilige Sache des Vaterlandes geopfert haben. Mit besonderer Befriedigung vernehme Ich, daß, abgesehen von den Vorkehrungen für die Pflege der verwundeten Studierenden Einrichtungen zugunsten der kriegsbeschädigten Akademiker getroffen wurden.

1. / II. 1917

Die Medizinerkurse.

An die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“:

Die Presse hat sich in letzter Zeit mehrfach mit den Verhältnissen derjenigen jungen Mediziner beschäftigt, die aus dem Felde beurlaubt werden, um ein abgekurztes Semester (Januar und Februar d. J.) zu absolvieren und im Anschluß daran die ärztliche Vorprüfung abzulegen. Da die gemachten Mitteilungen fast durchgängig in einigen Punkten unzutreffend sind, so darf ich wohl um die Aufnahme der nachstehenden Zeilen bitten.

Zunächst möchte ich die sehr erfreuliche Tatsache konstatieren, daß sich die jungen Leute (es sind hier gegen 20) in einer weit besseren Verfassung befinden, als man wohl hätte befürchten können. Nach meinem Eindruck, der von meinen Kollegen durchaus geteilt wird, sind die allermeisten frisch, lernbegierig und vollkommen arbeitsfähig und arbeitsfreudig ans Werk gegangen, so daß die Hoffnung auf ein ganz gutes Ergebnis der Prüfungen berechtigt erscheint. Selbstverständlich ist es geboten, schon im Hinblick auf die Kürze der Zeit, die Vorbereitung in jeder Weise zu erleichtern. Hier sind die dafür wünschenswerten Einrichtungen in jedem der sechs Examensfächer in der Form von Replikationskursen, Demonstrationen u. s. w. getroffen. Sind also, wie es in einer Korrespondenz Ihres Blattes heißt, Klagen über das Fehlen solcher Einrichtungen laut geworden, so können sie sich nicht auf die hiesige Hochschule beziehen.

Von allgemeiner Bedeutung ist der folgende Punkt. In jener Notiz hieß es, es sei einer Gruppe junger Mediziner infolge vielfacher falscher Auslegung der ergangenen Verordnung bis jetzt die Teilnahme unmöglich gemacht worden. Der Sachverhalt dürfte aber der umgekehrte sein. Die Anordnung des Feld-Sanitätschefs bestimmt (wenigstens in derjenigen Fassung, die uns amtlich bekannt geworden ist) lediglich die Beurlaubung derjenigen Herren, die vor dem Kriege vier Semester studiert hatten, worunter ein Militärs-Halbjahr, denen daher der Kriegsdienst nicht als ein Semester angerechnet werden darf, denen somit für die Zulassung zur Vorprüfung noch ein Semester fehlt. Die unteren militärischen Instanzen, von denen die Beurlaubung abhängt, haben aber in großem Umfange auch andere Kategorien beurlaubt, namentlich z. B. solche, die vor dem Kriege nur drei Semester studiert haben (ohne Diensthalbjahr), denen der Kriegsdienst als ein weiteres Semester gerechnet wird, und denen nun auch wiederum für die Zulassung zur Vorprüfung noch ein fünftes Semester fehlt. Falls also nicht, wie wohl kaum anzunehmen, noch eine andere, unserm Geschäftskreis nicht bekannt gegebene Verfügung existiert, so ist in der Regel die Anordnung des Feldsanitäts-Chefs nicht zum Nachteil der Sache zu eng, sondern, sicherlich zum Vorteil der Sache, zu weit, mindestens über ihren Wortlaut hinausgehend interpretiert worden. Wichtig ist aber, daß in die Dinge dadurch ein bedauerliches Maß von Unsicherheit und Inkonsequenz gekommen ist, das baldigt beseitigt werden sollte. M. E. wird dies nur so geschehen können, daß der Anordnung auch amtlich eine bedeutend weitere Ausdehnung gegeben wird. Der Herr Feldsanitäts-Chef hat sich, wie es scheint, von der Erwägung leiten lassen, daß von denjenigen Mediziner, die vor dem Kriege vier Semester studiert haben, diejenigen die eines davon dem Militärdienst gewidmet haben, nicht schlechter gestellt sein sollten als diejenigen, die dies nicht getan haben. Mit nicht geringerem Recht kann man geltend machen, daß diejenigen, die vor dem Kriege nur drei Semester studiert haben, hinsichtlich ihres ganzen Studienganges genau in der gleichen Lage sind, wie diejenigen, die außer diesen drei auch noch ein militärisches Diensthalbjahr haben, während dessen ja auch von wirklichem Studium meist keine Rede sein kann. Auf diesen Standpunkt haben sich, wie erwähnt, die beurlaubenden Militärbehörden meist gestellt. — Es ist jedoch auch an diejenigen zu denken, die schon vor dem Kriege den Bedingungen für die Zulassung zur Vorprüfung genügten. Formell benötigten diese zwar jetzt nur eines 8 bis 10 tägigen Urlaubs, um die Prüfung abzulegen; praktisch aber ist dies selbstverständlich unmöglich, da auch diese Herren, um sich

wieder einzuarbeiten und genügend vorzubereiten, einer Zeit von mindestens zwei Monaten bedürfen werden. Zu dieser Kategorie gehören namentlich auch alle diejenigen, die Ende Juli 1914 im Begriffe waren, die Vorprüfung abzulegen, aber durch die Mobilmachung daran verhindert, oder auch die schon begonnene Prüfung abzubrechen genötigt waren. Die Herren in dieser Lage sehen natürlich nicht ohne Zustimmung ihre um ein Semester jüngeren Kommilitonen die Vorprüfung erlebigen, während ihnen selbst die Erreichung dieses Zieles unmöglich ist. — M. E. sollte daher die Befristung ganz allgemein dahin getroffen werden, daß ein zweiwöchiger Urlaub allen denjenigen zu bewilligen sei, denen dadurch, im Hinblick auf formelle und auf praktische Verhältnisse, die Ablegung der Vorprüfung ermöglicht wird. Dem Sanitätsdienst könnte auf diese Weise eine vielleicht nicht große, aber doch auch nicht ganz unbedeutliche Zahl von Feldunterärzten zugeführt werden; außerdem würde berechtigten Wünschen der Billigkeit dadurch entsprochen. Leider wird es für die Teilnahme an den Anfang Januar begonnenen Kursen jetzt bereits zu spät sein.

Freiburg.

Prof. von Kries.

Vorsitzender der Kommission für die ärztliche Vorprüfung.

1. / 11. 1917

Sprachstudien. Eine Sprachlehrerin schreibt uns: Seit den ersten Tagen des beginnenden Bildungsstolzes gehörte es zu den unerbittlichen Forderungen an ein „junges Mädchen aus gutem Hause“, daß sie Französisch sprechen und Klavier spielen müsse. Von diesen Verlangen ist man auch heute noch nicht abgetrennt, nur haben sich in den „besseren Kreisen“ noch mancherlei Notwendigkeiten dazu gesellt. Ein modernes Kind lernt dort vom fünften Lebensjahr an Englisch, beginnt also zu einer Zeit, da die eigene Muttersprache noch lange nicht in ihrer vollen Ausdehnung vom Kind beherrscht wird. Mit zwölf bis dreizehn Jahren plappern diese kleinen Dämchen und Herrchen gewöhnlich geläufig Englisch und Französisch und haben jedes Gefühl für die Feinheiten und Schönheiten der deutschen Sprache verloren; es ist verwischt, verlöscht im Wust der Vokabeln und in der Hast der Velleferei. Der moderne Aufsatzunterricht mit seiner auf Alltagssprache gerichteten Tendenz tut das Seinige zu dieser Entwicklung, die zu einer unverkennbaren Ausdrucksarmut gerade bei jenen Kindern führt, denen eine Vorzugsbildung zugänglich ist. Aber auch im Lehrplan der sogenannten allgemeinen Schule ist in den letzten drei Klassen ein, allerdings nicht zwangsmäßiger, französischer Unterricht angelegt. Seine Resultate sind kläglich, steht doch lächerlich wenig Zeit zur Verfügung und fehlt doch den Kenntnissen jeder Zusammenhang mit dem Alltagsleben des Kindes. Gewiß soll gegen das Lernen fremder Sprachen nichts gesagt werden und sowohl Englisch wie Französisch sind schöne Sprachen, die eine reiche Literatur besitzen. Nur wäre sehr zu erwägen, ob unseren österreichischen Kindern nicht die Erlernung einer Landessprache dringender nötig wäre und mehr Nutzen brächte als die Sprachen jener fernen Reiche, in die sie doch nur ein seltener Zufall führt. Wer in Oesterreich eine slavische Sprache beherrscht (und damit den Schlüssel zu den andern besitzt), hat eine recht wertvolle Karte in der Hand, das wissen wir alle sehr genau, die wir Englisch und Französisch können und uns drei Stunden von Wien mit der Zeichensprache verständigen müssen. Auch Ungarisch zu lernen ist von höchster Bedeutung für das spätere Fortkommen, und von hundert Kindern, die in Wien aufwachsen, kommen vielleicht zwei nach England, aber sicherlich zehn nach Triest. Daß man als Kind jede Sprache ganz anders, selbstverständlicher und leichter lernt als später, muß nicht erst gesagt werden. Bei dieser Gelegenheit sei aber noch eines anderen Umstandes Erwähnung getan, der wohl nur einen Bruchteil der Wiener Schüler betrifft, aber dennoch Beachtung verdient als ausgesprochener Mißbrauch der Kinderkraft. Alle jüdischen Kinder werden von der dritten oder vierten Volksschulklasse an mit Hebräisch geplagt. Wenn sie es noch ordentlich, mit Wort- und Satzbau, Vokabeln und Grammatik lernen würden, dann könnte man sich wenigstens nach sprachtechnischer Hinsicht irgend etwas davon versprechen. Aber dazu reicht ja die Zeit nicht hin und so lernen die armen Kerlchen — namentlich die vielgeplagten Gymnasiasten — nur die Gebete plärren, deren Uebersetzung ihnen stückchenweise eingetrichtert werden muß. Da paßt nur das Wort aus dem „Nachsmann“ von Otto Ernst: es ist Menschenschinderei. Wieviel größer wäre der Nutzen, wenn solch ein Junge Tschechisch oder Italienisch in der nun nutzlos vergeubeten Zeit lernen wollte! Und so weit sind wir doch wohl alle schon in unseren religiösen Vorstellungen, daß wir dem lieben Gott zutrauen, auch Deutsch zu verstehen. Aus praktischen Gründen, nicht etwa aus engherzigem „Patriotismus“, sollten wir es alle in Oesterreich aber auch so weit bringen, uns über die zehn Gebote der vornehmen Welt hinwegzusehen und die Kinder erst eine Landessprache und dann eine zweite Weltssprache lernen zu lassen.

3. / 11. 1917.

Kriegsdienst und Studienjahre

Neue Bestimmungen des Bundesrats.

Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 1. Februar 1917 unter Aufhebung der bisher geltenden Bestimmungen beschlossen:

„Für die Anrechnung des Kriegsdienstes auf die Ausbildungszeit der Studierenden der Medizin, der Zahnheilkunde, der Tierheilkunde und der Pharmazie gelten künftig folgende Bestimmungen:

1. a) Den Studierenden der Medizin kann der Kriegsdienst bis zur Dauer eines halben Jahres auf die für die Zulassung zur ärztlichen Vorprüfung nachzuweisende Studienzeit angerechnet werden, wenn nicht schon eine Anrechnung von Militärdienst gemäß § 7 der Prüfungsordnung für Ärzte stattgefunden hat. Außerdem kann den Studierenden der Kriegsdienst bis zur Dauer eines halben Jahres auch auf die für die Zulassung zur ärztlichen Prüfung nach vollständig bestandener Vorprüfung nachzuweisende Studienzeit angerechnet werden, wenn nicht schon eine Anrechnung von Militärdienst auf diese Zeit nach § 23 der Prüfungsordnung für Ärzte stattgefunden hat. Die gemäß §§ 24, 25 der Prüfungsordnung nach vollständig bestandener Vorprüfung zurückzulegende Studienzeit von mindestens vier Halbjahren darf durch Anrechnung von Kriegsdienst nicht gekürzt werden.

1. b) Soweit der Kriegsdienst nicht auf die vorgeschriebene Studienzeit angerechnet worden ist, kann er auf das vorgeschriebene praktische Jahr angerechnet werden.

2. Den Studierenden der Zahnheilkunde kann der Kriegsdienst bis zur Dauer eines halben Jahres auf die für die Zulassung zur zahnärztlichen Prüfung nach vollständig bestandener Vorprüfung nachzuweisende Studienzeit angerechnet werden. Die gemäß § 25 der Prüfungsordnung für Zahnärzte nach vollständig bestandener Vorprüfung zurückzulegende Studienzeit von mindestens drei Halbjahren darf durch Anrechnung von Kriegsdienst nicht gekürzt werden.

3. a) Den nach der Prüfungsordnung vom 13. Juli 1889 zu prüfenden Studierenden der Tierheilkunde kann der Kriegsdienst bis zur Dauer eines halben Jahres auf die für die Zulassung zur tierärztlichen Fachprüfung nach vollständig bestandener naturwissenschaftlicher Prüfung nachzuweisende Studienzeit von vier Halbjahren angerechnet werden.

3. b) Den nach der Prüfungsordnung vom 24. Dezember 1912 zu prüfenden Studierenden der Tierheilkunde kann der Kriegsdienst bis zur Dauer eines halben Jahres auf die für die Zulassung zur ärztlichen Vorprüfung nachzuweisende Studienzeit angerechnet werden, wenn nicht schon eine Anrechnung von Militärdienst gemäß § 7 der Prüfungsordnung für Tierärzte stattgefunden hat. Außerdem kann den Studierenden der Kriegsdienst bis zur Dauer eines halben Jahres auch auf die für die Zulassung zur tierärztlichen Prüfung nach vollständig bestandener Vorprüfung nachzuweisende Studienzeit von vier Halbjahren angerechnet werden.

4. Den Kandidaten der Pharmazie kann der Kriegsdienst bis zur Dauer eines Jahres auf die gemäß § 35 der Prüfungsordnung für Apotheker nach vollständig bestandener pharmazeutischer Prüfung nachzuweisende zweijährige praktische Gehilfenzeit in Apotheken angerechnet werden.

5. Die Entscheidung über die Anrechnung des Kriegsdienstes gemäß Ziffer 1 bis 4 erfolgt durch den Reichskangler im Einvernehmen mit der zuständigen Landeszentralbehörde.

3./7. 1917.

Rechtsstudium der Kriegsteilnehmer.

Von

Wolfgang Heflinghausen.

Die Kriegsteilnehmer, die aus dem Felde zurückkehren, um das Rechtsstudium neu zu beginnen, oder es wieder aufzunehmen, sind zweifellos besonderer Hilfe bedürftig. Vor allem ist der Gedanke unerträglich, daß die Männer, die während des Krieges ihre Kraft im Heeresdienst dem Vaterlande gewidmet haben, durch diesen Zerverlust in Nachteil gegen die anderen geraten sollen, die trotz des Krieges in ihrem Berufe verblieben sind. Es kommt hinzu, daß die geistige Verfassung der aus dem Heeresdienst zurückkehrenden besonderer Aufmerksamkeit bedarf. Sie haben nicht nur viel positives Wissen verloren, das sie neu erwerben müssen, sondern die Gewöhnung an systematische geistige Arbeit überhaupt ist ihnen in langer Zeit abhanden gekommen, und daraus müssen ihnen Schwierigkeiten erwachsen. Es ist begreiflich, daß unter solchen Umständen von vielen Seiten in Fachzeitschriften wie in der Tagespresse besondere Maßnahmen gefordert werden, um den in das Studium zurücktretenden oder neu eintretenden Feldgrauen die Hilfe zu leisten, auf die sie Anspruch haben. Es haben darüber ja auch bereits Beratungen der Universitätslehrer stattgefunden.

Vielfach wurde eine Verkürzung der Studienzzeit für die Kriegsteilnehmer gefordert. Man weist darauf hin, daß diese jungen Leute kostbare Lebenszeit für ihren bürgerlichen Beruf verloren haben, und daß es nicht angeht, sie länger als dringend nötig mit Vorbereitungen hinauszuhalten. Derartige Vorschläge berühren aber das dringende Interesse des Staates und der Gesamtheit an zuverlässig und allseitig ausgebildeten Juristen. Es ist unter keinen Umständen zulässig, daß dieses Interesse durch das an sich selbstverständliche Wohlwollen gegenüber den Privatinteressen der Kriegsteilnehmer Schaden leide. Ein solcher Schaden wäre jedoch mit jeder Verkürzung der Studienzzeit ganz gewiß verbunden. Sind doch bereits seit langem weitreichende Bestrebungen im Gange und gewichtige Stimmen dafür eingesezt worden, daß das Rechtsstudium überhaupt einer Verlängerung von drei auf vier Jahre bedürfe. Bei der ständig wachsenden Menge der zu verarbeitenden Stoffe, angesichts der mit Recht stark gesteigerten Anforderungen an die allgemeine und insbesondere auch volkswirtschaftliche Ausbildung der Juristen aller Art war und ist diese Forderung sicher wohl begründet. Nun tritt der jugendliche Kriegsteilnehmer mit seinen besonderen geistigen Behinderungen an das Studium heran, also unter Bedingungen, die noch ungünstiger sind, als sie der aus der Schule entlassene junge Mensch in Friedenszeiten mitbringt. Wie soll man da noch mit gutem Gewissen für ihn eine Verkürzung der sonst schon zu kurzen Studienzzeit befürworten können. Davon muß für diejenigen, die das Studium erst nach dem Kriege beginnen wollen, ganz und gar abgesehen werden.

Bleiben die anderen, deren Studium der Krieg unterbrochen hat. Für sie liegen die Dinge aber noch ungünstiger. Hatten sie ein oder zwei Semester hinter sich, so werden sie nach dem üblichen Verlauf des Studentenlebens noch nicht gar so viel Rechtswissenschaft in sich aufgenommen haben. Ihnen bleiben noch vier Semester vorgeschriebener Studienzzeit, um das ganze Gebiet so gut wie völlig von neuem aufzuarbeiten. Daß ihnen von dieser Zeit nichts erlassen werden kann, ist selbstverständlich. Es ist sogar anzunehmen, daß die Mehrzahl nicht imstande sein wird, das Ziel in der vorgeschriebenen Zeit zu erreichen. Ältere Studenten vollends, die nur noch drei oder weniger Semester zu studieren hatten, können unmöglich in verkürzter Zeit gleichzeitig den geforderten Zuwachs an Kenntnissen und Durchbildung erwerben und die durch den Krieg entstandenen Lücken wieder ausfüllen.

3. II. 1917

Studienereleichterungen für Mediziner.

Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 1. Februar 1917 unter Aufhebung der bisher geltenden Bestimmungen beschlossen: Für die Anrechnung des Kriegsdienstes auf die Ausbildungszeit der Studierenden der Medizin, der Zahnheilkunde, der Tierheilkunde und der Pharmazie gelten künftig folgende Bestimmungen:

- 1) a. Den Studierenden der Medizin kann der Kriegsdienst bis zur Dauer eines halben Jahres auf die für die Zulassung zur ärztlichen Vorprüfung nachzuweisende Studienzeit angerechnet werden, wenn nicht schon eine Anrechnung von Militärdienst gemäß § 7 der Prüfungsordnung für Ärzte stattgefunden hat. Außerdem kann den Studierenden der Kriegsdienst bis zur Dauer eines halben Jahres auch auf die für die Zulassung zur ärztlichen Prüfung nach vollständig bestandener Vorprüfung nachzuweisende Studienzeit angerechnet werden, wenn nicht schon eine Anrechnung von Militärdienst auf diese Zeit nach § 23 der Prüfungsordnung für Ärzte stattgefunden hat. Die gemäß §§ 24, 25 der Prüfungsordnung nach vollständig bestandener Vorprüfung zurückzulegende Studienzeit von mindestens vier Halbjahren darf durch Anrechnung von Kriegsdienst nicht gekürzt werden.
 - b. Soweit der Kriegsdienst nicht auf die vorgeschriebene Studienzeit angerechnet worden ist, kann er auf das vorgeschriebene praktische Jahr angerechnet werden.
- 2) Den Studierenden der Zahnheilkunde kann der Kriegsdienst bis zur Dauer eines halben Jahres auf die für die Zulassung zur zahnärztlichen Prüfung nach vollständig bestandener Vorprüfung nachzuweisende Studienzeit angerechnet werden. Die gemäß § 25 der Prüfungsordnung für Zahnärzte nach vollständig bestandener Vorprüfung zurückzulegende Studienzeit von mindestens drei Halbjahren darf durch Anrechnung von Kriegsdienst nicht gekürzt werden.
- 3) a. Den nach der Prüfungsordnung vom 13. Juli 1889 zu prüfenden Studierenden der Tierheilkunde kann der Kriegsdienst bis zur Dauer eines halben Jahres auf die für die Zulassung zur tierärztlichen Fachprüfung nach vollständig bestandener naturwissenschaftlicher Prüfung nachzuweisende Studienzeit von vier Halbjahren angerechnet werden.
 - b. Den nach der Prüfungsordnung vom 24. Dezember 1912 zu prüfenden Studierenden der Tierheilkunde kann der Kriegsdienst bis zur Dauer eines halben Jahres auf die für die Zulassung zur tierärztlichen Vorprüfung nachzuweisende Studienzeit angerechnet werden, wenn nicht schon eine Anrechnung von Militärdienst gemäß § 9 der Prüfungsordnung für Tierärzte stattgefunden hat. Außerdem kann den Stu-

derenden der Kriegsdienst bis zur Dauer eines halben Jahres auch auf die für die Zulassung zur tierärztlichen Prüfung nach vollständig bestandener Vorprüfung nachzuweisende Studienzeit von vier Halbjahren angerechnet werden.

- 4) Den Kandidaten der Pharmazie kann der Kriegsdienst bis zur Dauer eines Jahres auf die gemäß § 35 der Prüfungsordnung für Apotheker nach vollständig bestandener pharmazeutischer Prüfung nachzuweisende zweijährige praktische Gehilfenzeit in Apotheken angerechnet werden.
- 5) Die Entscheidung über die Anrechnung des Kriegsdienstes gemäß Ziffer 1 bis 4 erfolgt durch den Reichsanzeiger im Einvernehmen mit der zuständigen Bundeszentralbehörde.

*

— Senatspräsident a. D. Geheimer Oberjustizrat Erich v. Reden, früherer nationalliberaler Reichstagsabgeordneter für Lüneburg-Winsen, ist in Hannover, wie uns von dort gedrchtet wird, im 77. Lebensjahre verstorben.

7. II. 1917

(Die Kriegsarbeit der Wiener Schuljugend.) Zu diesem von uns schon mehrfach behandelten Thema erhalten wir von geschätzter Seite eine Zuschrift, die unseren Erwägungen beipflichtet, im übrigen aber die Frage in eine neue Beleuchtung rückt. Der Einsender betont eingangs seine Zustimmung zur Heranziehung der reiferen Schuljugend zu Schneefäuberungsarbeiten, macht aber einen Einwand, dessen Logik nicht von der Hand zu weisen ist. Denn es ist gar nicht unwesentlich, wenn behauptet wird, daß die körperliche Anstrengung den Appetit der Jugend zum peinigenden Hunger steigert und dieser Umstand gerade in der Zeit der schwierigen Brot- und Lebensmittelbeschaffung peinliche Rückwirkungen hat. Eine noch größere Aufmerksamkeit wäre, laut dem Einsender, der dürftigen Ausstattung mit Kleidern und Schuhen der jungen Leute zu widmen. Gewiß muß von den behördlichen beauftragenden Organen, soweit es nützt, für eine hinreichende, gegen Erkältungen schützende Bekleidung, für die Unmöglichkeit einer finanziellen Schädigung sowie für eine erleichterte Lebensmittelbeschaffung der in Anspruch genommenen Schüler vorgesorgt werden. Da diese Ermahnungen beherzigenswert sind, seien sie also der Öffentlichkeit übergeben. Kosten, die sich heute nur der Wohlhabendsten leisten kann, dürfen den Nichtbemittelten selbstverständlich nicht erwachsen. Die Eltern, die ihre Zustimmung zur Verwendung ihrer jungen Söhne geben, geben sie wohl oft nicht mit der erforderlichen Ueberlegung, vor allem aber im Vertrauen auf die Fürsorglichkeit der behördlichen Auftraggeber.

8./II. 1917

Zulassung der einrückenden Rechtshörer zu den Staatsprüfungen.

Wie amtlich verlautet, hat der Unterrichtsminister eine Verfügung getroffen, wonach jenen Rechtshörern, die auf Grund der jüngst durchgeführten Musterungen im laufenden Wintersemester zur militärischen Dienstleistung einrücken, Gelegenheit geboten wird, sich jener Staatsprüfung, vor deren Ablegung sie stehen und die sie normgemäß erst zu Beginn des Sommersemesters 1917, beziehungsweise am Schlusse des Wintersemesters 1916/17 abzulegen hätten, noch vor ihrer Präsentierung zur aktiven Militärdienstleistung oder in den ersten Wochen ihres Militärdienstes zu unterziehen. Nähere Auskünfte über diese Ausnahmsverfügung erteilen die Dekanate der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultäten.

Einschränkung des Hochschulbetriebes.**Die Abgabe der Universitätsvorlesungen.**

Vom Rektorat der Wiener Universität erhalten wir folgende Mitteilung:

„Wegen der Schwierigkeiten der allgemeinen Kohlenversorgung entfallen die Vorlesungen und Übungen an der theologischen, juristischen und philosophischen Fakultät der Wiener Universität vom 9. d. anfangen bis einschließlich Mittwoch den 21. d. Die Prüfungen nehmen ihren Fortgang.“

Abgabe der Vorlesungen.

Wie wir erfahren, hat gestern im Unterrichtsministerium eine Konferenz stattgefunden, an der außer dem Vertreter des Ministeriums die Rektoren sämtlicher Wiener Hochschulen teilgenommen haben. Gegenstand der Beratung war die Frage, ob es zweckmäßig erscheint, in Anbetracht der gegenwärtigen Kohlenknappheit und der mehrfach bereits getroffenen Sparmaßnahmen auch die Vorlesungen an den Wiener Hochschulen zeitweilig zu unterbrechen, um durch Schließung der Hörsäle zur Kohlenersparnis mit beizutragen. Im Laufe der Beratung wurde übereinstimmend festgestellt, daß es sich vor allem darum handeln müßte, durch ein vorübergehendes Unterlassen der regelmäßigen Kohlenzufuhr zu den Hochschulen gewisse Quantitäten von Kohle für den Bedarf und Konsum der Allgemeinheit frei zu bekommen. Es wurde hierbei darauf hingewiesen, daß die Universität allein innerhalb der nächsten vierzehn Tage bei der jetzt herrschenden Kälte 90.000 Kilogramm Kohle verbrauchen würde und daß der Bedarf sämtlicher Wiener Hochschulen innerhalb der nächsten vierzehn Tage schätzungsweise eine Viertelmillion Kilogramm Kohle ausmachen dürfte.

Die Konferenz führte zu dem prinzipiellen Beschluß, die Vorlesungen an den Wiener Hochschulen von dem Tage anfangen, an dem die bereits vorhandenen Kohlenvorräte zur Neige gehen und Ergänzungen nötig wären, bis zum 21. d. einzustellen.

Schon heute wird mit dieser Maßnahme die Wiener Universität als größte Kohlenkonsumentin den Anfang machen. Doch werden die Kliniken im Betrieb bleiben. Ebenso wird der Lesesaal bei der Bibliothek in Betrieb erhalten. Die Schließung der Hörsäle wird sich im wesentlichen auf das Hauptgebäude der Universität beschränken. Auch das physikalische und das botanische Laboratorium sowie beide chemischen Laboratorien werden geschlossen.

In den nächsten Tagen werden die Technische Hochschule, die Hochschule für Bodenkultur und die Tierärztliche Hochschule mit ähnlichen, je nach dem Stande der speziellen Kohlenversorgung sich richtenden Maßnahmen vorgehen.

9. II. 1917

Weitere Verfügungen hinsichtlich des Schulbetriebes.

Amlich wird verlautbart: „Mit Rücksicht auf die gegenwärtig herrschenden Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung hat der Unterrichtsminister die Landes Schulbehörden ermächtigt, an jenen Mittelschulen und sonstigen mittleren Lehranstalten, an denen die Aufrechterhaltung des Unterrichtes im Hinblick auf die Beheizung auf Schwierigkeiten stößt, zunächst die jetzt beginnenden Semestral-Ferien nach Bedarf bis zum 20. Februar auszu dehnen. An diesen Schulen kann auch nach diesem Tag der Unterricht ausgesetzt bleiben, solange dies bei Bedachtnahme auf die für die Kohlenversorgung maßgebenden lokalen Verhältnisse nötig sein sollte, doch ist der Unterricht sofort wieder aufzunehmen, sobald die Umstände es gestatten. Auch an den Volks- und Bürgerschulen können von den Landes Schulbehörden die wegen Knappheit des Heizmaterials nötigen Unterbrechungen des Unterrichtes verfügt werden, doch ist an diesen Schulen zu trachten, den Unterricht, nötigenfalls in zusammengezogenen Klassen so lange als nur irgend tunlich aufrechtzuerhalten, damit die Nachteile vermieden werden, die den Schülern aus dem Wegfall der ihnen in der Schule gewährten Objsorge erwachsen könnten.“

16. II. 1917

(Das Trimester.) Die „Frankfurter Zeitung“ erörtert die Frage, was mit den aus dem Felde zurückkehrenden Universitäts Hörern geschehen soll. Die Studenten hat der Kriegsdienst aus den Studien herausgerissen, und sie werden natürlich alle Kräfte anspannen müssen, um das Versäumte nachzuholen. Um die Zeit besser auszunützen zu können, wurde nun vorgeschlagen, das Studiengeld möge in drei Teile, in Trimester, geteilt werden. Auf die Anregung, die sich namentlich mit den Studenten der Medizin in ausgedehnter Maße beschäftigt, antwortet der Hallenser Physiolog Professor Doktor Emil Ueberhalben: „Es ist ganz selbstverständlich, daß alles getan werden muß, um die aus dem Felde zurückkehrenden Studenten so weit als nur möglich zu fördern. Gleichzeitig wird man darauf bedacht sein müssen, ihre Ausbildung auf eine möglichst solide Grundlage zu stellen. Die Versuchung liegt nahe, das Studium zeitlich so stark als nur möglich einzuzengen. Das darf jedoch in keinem Falle auf Kosten der unbedingt notwendigen Ausbildung geschehen. Es wird ganz unmöglich sein, das gestellte Problem generell zu lösen. Das Studium der Medizin stellt andre Anforderungen als z. B. das Studium der Theologie, der Jurisprudenz usw. Jede einzelne Fakultät wird besondere Maßnahmen treffen müssen. Mir scheint im Einklang mit dem Verfasser des betreffenden Artikels, daß man sehr viel Zeit gewinnen kann, indem man die an und für sich viel zu ausgedehnten Ferien ausnützt. Es ist kein Geheimnis, daß die Anfangs- und Schlusstermine der Semester nicht eingehalten werden. Nicht der Lehrer, sondern der Student diktiert im allgemeinen Anfang und Ende der Ferien. 28 Wochen umfassen im Jahre die beiden Semester. Diesen stehen rund 24 Wochen Ferien gegenüber. Mancher Student verlängert diese von

sich aus noch ganz erheblich. Das führt zu ungesunden Zuständen. Der Lehrer ist genötigt, mit Hast sein Pensum zu erledigen. Eine starke Einschränkung der Ferien ist unbedingt notwendig. Es wäre von allergrößter Bedeutung, wenn man einen Teil der großen Ferien für praktische Übungen ausnützen könnte. Man könnte die praktischen Kurse, in denen der Lehrer dem Studenten persönlich viel näher tritt, in die großen Ferien verlegen und dafür Sorge tragen, daß der Student zwei oder drei Monate lang sich ausschließlich in Anatomie oder Physiologie vertieft. Die Kriegsteilnehmer könnten in diesen Kursen ganz gut so weit gefördert werden, daß sie mindestens ein Semester gewinnen. Es ist ganz selbstverständlich, daß der Lehrer gern Opfer bringen wird und, bis die Kriegsteilnehmer erst wieder über die schwierigste Zeit hinaus sind, weder Mühe noch Zeit scheuen wird, um diese in die Ferien verlegten Kurse so weit auszugestalten, daß gleichzeitig der wesentlichste Inhalt der Vorlesung zur Verarbeitung kommt.“ — Geheimer Rat Professor Dr. Schwalbe (Charlottenburg) meint, daß die Ersparnis für die Hörer der Medizin bei Einführung von Trimestern während des ganzen Studiums nur neun Monate betragen würde. „Um dieses geringen Vorteils wegen das Altes zu kürzen, würde an sich schon nicht verlohnen. Dazu kommt aber, daß der Verkürzung der „offiziellen“ Ferien, wie der Verfasser schon selbst zugestehet, wesentliche Bedenken entgegenstehen. Die Professoren brauchen die Ferienruhe, um wissenschaftliche Studien ungestört von Unterricht, Prüfungen und dergleichen zu Ende zu führen. Die Medizinstudierenden bedürfen der Ferien in den ersten Semestern, um das gehäufte neue Material zu verarbeiten, in den klinischen Semestern, um durch Kurse, Familienärztigkeit an Kliniken und Krankenhäusern usw. den Universitätsunterricht zu ergänzen. Was der Verfasser erstrebt: Ersparnis an Zeit und an Ausgaben, läßt sich auch bei der bisherigen Ordnung erreichen, wenn die offiziellen Ferien wirklich eingehalten werden. Daß sich auch im Rahmen der jetzigen Semestereinteilung durch Verkürzung einzelner theoretischer Vorlesungen für die Medizinstudierenden Zeit erübrigen läßt, erscheint mir unzweifelhaft. Dieser Gewinn sollte aber der praktisch-ärztlichen, insbesondere technischen Ausbildung zugute kommen. Eine Einschränkung dieses Teiles des Lehrganges würde zum Schaden der Kranken ausfallen.“

Die Gesundheit der Jugend im Kriege.

Tagung des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege.

Heute vormittag begann die 15. Tagung des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege, unter dem Vorsitz von Geheimrat Abel (Jena), mit der Neuwahl des Vorstandes. Zum Vorsitzenden wurde Stadtschulrat Wehrhage (Hannover) gewählt. Bedauert wurde die geringe Teilnahme der Lehrerschaft an den Bestrebungen des Vereins. Der erste Verhandlungsgegenstand betraf den Einfluß des Krieges auf die Gesundheit der Jugend. Die Stadtschulärzte Dr. Thiele (Chemnitz) und Dr. Bachauer (Mugsburg) hatten sich in die Berichterstattung über das Thema in der Weise geteilt, daß jener über die Schuljugend, dieser über die Säuglinge, Kleinkinder und die schulenlassene Jugend sprach.

Dr. Thiele konnte feststellen, daß bisher trotz der langen Dauer des Krieges ein wesentlicher Einfluß der durch ihn bedingten Schwierigkeiten auf die Gesamtheit der Schuljugend nicht zu beobachten ist. Ein Grund der überraschend günstigen Gesundheitsverhältnisse ist einmal das gesteigerte Einkommen der in der Munitionsindustrie beschäftigten Arbeiter und ferner die durch die Kriegsfürsorge fast überall eingerichtete unentgeltliche ärztliche Behandlung der Kriegerfamilien. Den günstigen Umständen stehen aber auch ungünstige gegenüber, hervorgerufen durch die Fabrikarbeit der Mütter und der Kinder selbst. Auch der Mangel an Seife wirkt ungünstig auf den Gesundheitszustand der Kinder, daher die vielen kränklichen Kinder.

Am ungünstigsten wirken natürlich die Ernährungsverhältnisse auf die Entwicklung des Kindes, aber erst seit 1916. Trotzdem sind auch in diesem Jahre die Gewichtsabnahmen nicht sehr erheblich, erheblicher nur bei Kindern der wohlhabenderen Klassen, da die Zugusernährung fortgefallen ist. In Chemnitz sind bei den Konfirmanden Gewichtsabnahmen durch Wiegungen zu Ostern und Weihnachten festgestellt worden. Die Mädchen schneiden dabei besser ab als die Knaben. Die Kinder der Kleinbeamten und Lehrer haben es schwerer, ihren Gewichtsstand zu erhalten, als die der Arbeiter. Die Körpergewichtsabnahmen sind bisher als unbedenklich anzusehen. Thiele schloß seine Ausführungen damit, daß auf dem Lande, selbst in dem Bedarfsachsen, von einer Ernährungsnot der Kinder keine Rede sein kann, daß hauptsächlich die Großstadtkinder davon betroffen werden. Er wünscht den Schulkindern als Hindenburgspende die Bewilligung von Quarz, Käse und Milch und Ferienaufenthalt auf dem Lande.

Dr. Bachauer kommt auf Grund seiner eigenen und den in der Literatur niedergelegten Untersuchungen zu dem Schluß, daß die Säuglinge und Kleinkinder bis jetzt gar nicht oder kaum merklich in ihrer Entwicklung gehemmt worden sind. Bei den Schulentlassenen zeigt sich seit 1916 eine viel häufigere und stärkere Gewichtsabnahme, die man nicht mehr den physiologischen Schwankungen zurechnen kann. Eine Zulage für diese Altersklassen ist unbedingt erforderlich.

In der Erörterung wurden aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands Berichte über die Körperwägungen bei den Schulkindern abgestattet. Sie lauten alle bis jetzt noch merkwürdig günstig, z. B. aus Braunschweig, Dresden, Leipzig, Berlin, über die Dr. Lewandowski berichtet. Er hat mehrere Schulen ganz untersucht und festgestellt, daß die Widerstandskraft gegen Krankheit nicht verringert ist, daß die Schulrekruten 1914 und 1916 in bezug auf ihr Gewicht keinen Unterschied zeigten, und daß die Wägungen seiner Schulkinder 1915 25 v. H. Gewichtszunahme, 60 v. H. Abnahme zeigten, dagegen 1916 41 v. H. Zunahme und 43 v. H. Abnahme aufwiesen. Von den Schulentlassenen, die sich zur militärischen ordereitigung der Jugend untersuchen ließen, waren 3—5 v. H. untauglich. Aus Köln und Schöneberg wird besonders von dem prachtvollen Gesundheitszustand der Säuglinge berichtet. Eine Massenüberfiedlung der Volksschulkinder der oberen drei Klassen auf das Land wird demnächst, wie Stadtrat Rabnow erwähnte, in die Wege geleitet werden.

Der zweite Verhandlungsgegenstand betraf die Notwendigkeit der schulärztlichen Ueberwachung für die gesamte deutsche Jugend und über Ausbau nach dem Kriege. Stadtarzt Prof. Dr. Gastpar-Stuttgart, Rektor Höhne-Berlin und Prof. Dr. Koller-Darmstadt berichten darüber. Zum Teil decken sich die Ausführungen mit den Forderungen, die in der gestrigen Tagung der Vereinigung der Schulärzte aufgestellt wurden. Wir wollen nur hervorheben, daß die obligatorische Anstellung für alle Volks-, Mittel- und Fortbildungsschulen für die männliche und weibliche Jugend in Stadt und Land sowie an allen höheren Lehranstalten für dringend notwendig erklärt wird. Und daß nach dem Kriege bei der Versorgung der Kriegsentwurzelten Jugend bei der militärischen Vorbereitung der Jugend und bei der Förderung hervorragend begabter Knaben und Mädchen die Schulärzte beratend mitzuwirken haben.

17./II. 1917

Die Brotbezugskarte als Unterrichtsgegenstand. Seit kurzem ist in den Fortbildungsschulen für kaufmännische Handelslehrlinge die neue Brotbezugskarte als Lehrgegenstand auf den Unterrichtsplan gesetzt. In den gegenwärtigen Zeiten, wo Lehrlinge in Konsumgeschäften oft einen großen Teil der Kundenbedienung zu besorgen haben, kam es darauf an, die jungen Leute rechtzeitig mit den zu beachtenden Vorschriften vertraut zu machen. Die Vorträge in den Fortbildungsschulen werden von Brotkommissionsmitgliedern (Lehrern) abgehalten.

Die Aufgaben des Schularztes.

Gesetzliche Einführung des schulärztlichen Dienstes.

Die gestrige Tagung der Vereinigung der Schularzte Deutschlands, die sich im Hygienischen Institut der Berliner Universität zusammensanden, eröffnete der neue Vorsitzende Geheimrat Dr. Debbelke-Breslau — er ist an Stelle des verstorbenen Prof. Leubuscher gewählt — mit dem Hinweis, daß die Absicht bestehe, auch in Preußen den schulärztlichen Dienst, nach dem Vorgehen anderer Bundesstaaten, gesetzlich zu regeln. Aus diesem Grunde hielt es die Vereinigung für angebracht, eine Ansprache über die Mindestforderungen an den schulärztlichen Dienst herbeizuführen. Ein Bericht des Stadtschularztes Dr. Steinhäus-Dortmund leitete sie ein.

Er fordert eine regelmäßige Ueberwachung der hygienischen Einrichtungen des Schulhauses, insbesondere der Klassenräume, die wenigstens einmal oder zweimal jährlich zu erfolgen hat. Was die Hygiene der Schule selbst betrifft, so sind die Schulkinder ärztlich zu untersuchen und durch regelmäßige Klassenbesuche ein- bis zweimal jährlich die kränklichen Kinder zu ermitteln und die Schüler, die unter zahnärztlicher Ueberwachung stehen nachzuuntersuchen. In regelmäßigen Sprechstunden — mindestens alle 14 Tage im Schulhause — soll den Kindern, auch den Eltern ärztliche Beratung durch den Schularzt zuteil werden. Nützlich sind Reihenuntersuchungen der höheren Schulklassen in 4 oder 8 Schuljahre. Daneben ist es Pflicht des Schularztes, alle ärztlichen und Wohlfahrtseinrichtungen den schulpflichtigen Kindern nutzbar zu machen. Endlich hat der Schularzt bei der Unterrichtshygiene mitzuwirken und die Schulverwaltungen zu unterstützen, soweit dabei ärztliche Gesichtspunkte in Betracht kommen. Es handelt sich dabei um geeignete Abwechslung in den Unterrichtsgegenständen, um eine Uebermüdung der Kinder zu verhüten, die Größe der Unterrichtspausen usw.

Um alle diese Leistungen in einwandfreier Weise zu erfüllen, ist eine besondere Ausbildung der Schularzte erforderlich, die an den Universitäten, den Akademien für praktische Medizin oder in besonderen Fortbildungskursen auch an anderen Orten zu erfolgen hat.

Ausführlich wurde das Berichts- und Formularwesen besprochen und schließlich ein Ausschuss eingesetzt, der einen einheitlichen Ueberwachungsschein, eine einheitliche Jahresberichtstabelle und eine einheitliche Dienstamweisung in Vorschlag bringen soll. Als selbstverständlich wurde auch angesehen, daß der für die Volks- und Bürgerschulen einheitlich geregelte schulärztliche Dienst entsprechend an den höheren Lehranstalten und den Fortbildungsschulen einzuführen ist, wie es in verschiedenen Bundesstaaten schon geschehen ist. An der Erörterung beteiligten sich Ministerialdirektor Richter, Geheimrat Abel-Jena und Dr. Lewandowski-Berlin.

18. 7. 1917

Die Vorbildung der Ingenieure.

Geh. Reg.-Rat Prof. Miethe, der den Lehrstuhl für Photochemie an der Technischen Hochschule bekleidet, beschäftigt sich in den „Zeit- und Streitfragen“ mit der Frage nach der besten Ausbildung des jungen, technisch-wissenschaftlichen Nachwuchses. Welche der Mittelschulen bereitet ihn am besten vor, Gymnasium, Realgymnasium oder Oberrealschule? Miethe zieht zur Entscheidung dieser Frage die Ergebnisse der Vorprüfung sowie der Diplomprüfung an der Berliner Technischen Hochschule in den Jahren 1911 bis 1913 heran. Bei der Vorprüfung haben die Absolventen des Realgymnasiums der Zahl nach am besten abgeschnitten, dann kamen die der Oberrealschule und an letzter Stelle die des humanistischen Gymnasiums. Bei der zwei Jahre später stattfindenden Diplomprüfung standen die Absolventen des Gymnasiums und des Realgymnasiums einander etwa gleich und ließen die Oberrealschüler weit hinter sich. Miethe verkennet nicht, daß der Erfolg des Gymnasiums zum Teil darauf beruht, daß aus ihm den technischen Hochschulen eine Auslese von Schülern zufließt. Noch wichtiger ist, daß sich bei dem so wenig auf die Naturwissenschaften hinweisenden Charakter des Gymnasiums nur die seiner Abiturienten der technischen Hochschule zuwenden werden, die durch innere Gründe, in erster Linie besondere Begabung zum naturwissenschaftlich-technischen Studium getrieben werden. Die Erfahrung, daß die Gymnasialabiturienten, besonders in späteren Semestern, durchschnittlich geistig regsamere, begabtere und arbeitsfreudigere sind als ihre Kameraden aus der Reihe der Realabiturienten, drängt sich jedem Hochschullehrer auf. Trotz dieses Urteils leidet Miethe durchaus nicht an einer Ueberschätzung des Gymnasiums. Er kann sich dem Eindruck nicht verschließen, daß besonders das Gymnasium gerade diejenigen geistigen Qualitäten nicht ausbildet, oder besser gesagt unterdrückt, die der Naturwissenschaftler in besonders hervorragendem Maße besitzen muß: Beobachtungsgabe, anschauliches Denken, Raumbildung und Phantasie. Das ist offenbar der Fluch des wesentlich formal gerichteten Unterrichtes unserer gebildeten Jugend, und die Hochschule hat ihre liebe Not, um aus ihren Studierenden wissenschaftliche Techniker zu machen, denen plastisches Denken die Vorbedingung aller erfolgreichen Arbeit sein muß. Die erstaunliche Unkenntnis vieler unserer Abiturienten in bezug auf das tägliche Leben, der willkürliche, oft geradezu bizarre Ausschritt von Wissensstoff, der ihnen aus der unendlichen Mannigfaltigkeit des Wissenswerten gegeben worden ist, ist beklagenswert. Hier bessernde Hand anzulegen, bleibt noch immer, trotz aller gewiß wertvollen Fortschritte, Aufgabe der Zukunft. Es muß erkannt werden, daß die sogenannte klassische Bildung an sich ebenso sehr Stückwerk ist wie die naturwissenschaftliche.

18. II. 1917

Volksstümliche Universitätskurse der Wiener Universität. In einer Zeit, die wie die jetzige so vielfache Veränderungen in der Verteilung und Bewertung des menschlichen Besitzes gebracht hat, lohnt es sich, einmal einen Blick auf die Stellungnahme unserer Bevölkerung gegenüber dem Erwerb geistiger Güter zu werfen. Ein passendes Beispiel dafür gibt die Statistik der volkstümlichen Universitätskurse. Um das Wesentlichste vorwegzunehmen, sei bemerkt, daß im ersten Kriegsjahr das bereits fertiggestellte Normalprogramm in Voraussicht des kommenden Zustandes ganz abgesetzt wurde und an Stelle dessen lediglich auf die Interessen der Kriegszeit bezügliche Themen unter dem Titel „Volkstümliche Kriegskurse“ angesetzt wurden. Sie hatten einen überraschend großen Erfolg, soweit man aus der Frequenz auf einen solchen schließen kann. Nur hat sich allmählich die Berechtigung und die Notwendigkeit ergeben, obwohl noch mitten im Kriegs, die Kurse in ihrem Inhalt aus dem Kriegszustand wieder in den Friedenszustand zurückzuführen, und dies mit einem glänzenden Erfolg. Das Vortragsprogramm 1916/17, das zur größeren Hälfte erledigt ist, unterscheidet sich von den früheren Vortragsjahren nur durch eine geringere Anzahl von Kursen, was mit dem Mangel an Vortragenden und an entsprechenden Räumen in erster Linie erklärt ist. Ueberraschend ist die Besucherzahl dieser Kurse. Nur einige wenige Zahlen zum Vergleich: In den zwanzig Jahren des bisherigen Bestandes wiesen die volkstümlichen Universitätskurse die größte Besucherzahl in der ersten der bekanntlich sechswöchigen Serien des Jahres 1905/1906 aus. Sie betrug bei 18 Kursen 3232 Besucher (Durchschnitt des einzelnen Kurses 179). Demgegenüber stehen die bisher abgeschlossenen Ergebnisse der ersten Serie 1916/17 mit 11 Kursen und 3770 verkauften Eintrittskarten (Durchschnitt des einzelnen Kurses 343) und der zweiten Serie mit 13 Kursen und einer Besucherzahl von 3855 (Durchschnitt des einzelnen Kurses 297). Diese Steigerung muß als eine recht erfreuliche bezeichnet werden.

18.7.1917

Tagung des deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege.

Der deutsche Verein für Schulgesundheitspflege hielt gestern im großen Hörsaal des hygienischen Instituts der Universität seine 15. Tagung ab, die wichtige Fragen der Erziehung und Kräftigung der heranwachsenden Jugend zum Gegenstande hatte. Zahlreich waren Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden erschienen. Die Reichsregierung vertrat der Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Bumm.

Der Vorsitzende, Geheimrat Professor Dr. Abel-Jena, bezeichnete es als hervorragende Zukunftsfrage, daß jedes einzelne Glied der heranwachsenden Jugend ungehemmt sich entwickeln könne, um einmal im Leben seinen Platz auszufüllen und die Verluste durch den Krieg wettzumachen. Der erste Verhandlungsgegenstand betraf die Einwirkung des Krieges auf die Gesundheit der Jugend. Stadtchirurg Dr. Thiele-Chemnitz besprach die Schwierigkeiten, welche durch den Krieg in der Erziehung, Gesunderhaltung und Ernährung der Schuljugend hervorgerufen sind. Dahin gehören neben Ernährungsfragen Kohlenmangel, Seifenmangel, ungenügende Kleidung u. a. Besonders tadelnswert ist infolge mangelnden Verantwortungsgefühls Erwachsener unzeitige und unzweckmäßige Kinderarbeit. Im allgemeinen hat sich erwiesen, daß Mädchen besser durchhalten als Knaben. Die Forderung des „Städtetages“, der heranwachsenden Jugend größere Mitrationen zukommen zu lassen, verdient ernste Beachtung. Befördert muß der Sommeraufenthalt der Kinder auf dem Lande werden. Vaterländischer Hilfsdienst erster Ordnung ist heute: die Ueberwachung der Gesundheit der Schuljugend.

Dr. Bachauer-Augsburg führte dazu aus: Ueber die Frage, ob durch den Krieg eine gesundheitliche Beeinflussung der Säuglinge und Kleinkinder stattgefunden hat, sind bisher nur spärliche Veröffentlichungen erfolgt. Die hierüber vorliegenden Berichte stimmen darin überein, daß Säuglinge und Kleinkinder bis jetzt gar nicht oder kaum merklich in ihrer Entwicklung gehemmt worden sind. Bezüglich der schulpflichtigen Jugend im Alter von 16 bis 17 Jahren liegen Beobachtungen vor, daß bei ihr eine geringe Gewichtsabnahme bemerkbar ist. Diese ist als einfacher Verbrauch der Fettreserven aufzufassen und darf vorerst im Zusammenhang mit der Frische und Leistungsfähigkeit der jungen Leute als nicht sehr bedeutsam erachtet werden.

Der zweite Verhandlungsgegenstand betraf die

Notwendigkeit der schulärztlichen Ueberwachung

für die gesamte deutsche Jugend und ihren Ausbau nach dem Kriege. Dazu führte Stadtdiater Professor Dr. Gastpar-Stuttgart aus: Der schulärztliche Dienst hat sich auf die gesamte Jugend zu erstrecken, soweit sie auch nur einen Teil des Tages in Schulen und schulähnlichen Anstalten untergebracht ist, auch auf die Fortbildungsschulen und alle Jugendorganisationen. Besonderes Gewicht ist zu legen auf die Schaffung von Einrichtungen, durch

welche die bei den Kindern festgestellten Krankheiten und Schwachzustände beseitigt werden können. Hierher gehören Beiträge der Gemeinden mit den behandelnden Ärzten, mit Postkliniken, Schaffung und Betrieb von Ferienkolonien, Soolbädern, Luft- und Sonnenbädern, Walderholungsstätten u. a. m. Bei allen diesen Bestrebungen sollen Schulschwester mitwirken. Die Kosten können zum Teil von den Versicherungsanstalten und Ortskrankenkassen getragen werden, ein erheblicher Beitrag der Gemeinde wird nicht zu umgehen sein. Für besonders bedürftige Gemeinden wären Staatsbeiträge vorzusehen. — Rektor Höhne-Berlin trat für die obligatorische Anstellung von Schulärzten an sämtlichen Schulen und Lehranstalten ein.

In die Vorträge knüpfte sich ein lebhafter Meinungsaustausch. Präsident des kaiserlichen Gesundheitsamtes, Geheimrat Dr. Bumm, hat mit Freuden aus den Berichten entnommen, daß bis zum Ende 1916 der Gesundheitszustand der Jugend ein guter war. Wenn sich die Verhältnisse jetzt etwas ungünstiger gestaltet haben, so wird alles geschehen müssen, um ungünstige Einwirkungen auf die Entwicklung unseres Nachwuchses fernzuhalten. Wichtiger noch als die Säuglingsfürsorge ist die für unsere heranwachsende Jugend, auf die sich unsere nächste Zukunftshoffnung stützt. Sie hat noch schwieriger unter den Verhältnissen zu leiden als die Erwachsenen, und ihr muß besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden. Die Anregung, der Stadtjugend in reichem Maße frische Landluft zuteil werden zu lassen, ist zu begrüßen. Ich habe schon im vorigen Sommer dem Reichsminister von diesen Bestrebungen Kenntnis gegeben und er hat sämtliche Bundesstaaten darauf hingewiesen. Namentlich muß man an die schwächere Stadtjugend denken. Wenn nun die Absicht besteht, sogar Massenverschiebungen aus der Stadt auf das Land vorzunehmen, so werden die Bundesregierungen diese segensreichen Bestrebungen kräftig unterstützen. Von meiner Seite wird alles getan werden.

H. g.

20. / 11. 1917

Die Wehrhaftmachung der Jugend.

Otto Glöckel hat in einer Broschüre, welche die merkwürdigsten Zensurerlebnisse durchzumachen hatte, die neue Kriegsmode, die Militarisierung der Jugend, von allen Seiten beleuchtet.

Allerdings soll die Jugend wehrhaft gemacht werden; aber es ist nicht ihre Sache, Gewehrgriffe zu lernen. Sie soll gestärkt werden und gesunden durch Besserung der sozialen Zustände und durch soziale Maßregeln, welche geeignet sind, die hygienischen und sozialen Mißstände zu mildern. Charakter und Geist sollen entwickelt und gefestigt werden. Eine gute Volksschule ist die beste Vorbereitung für den Vaterlandsverteidiger, der weiß, wofür er kämpft und eine ihrer Verantwortlichkeit bewußte und zur Initiative fähige Persönlichkeit in den Dienst der Gesamtorganisation stellen kann. Allerdings muß auch der Körper ertüchtigt werden; dazu dient ein guter Turnunterricht, der seit einem Jahrhundert zu den Forderungen aller Fortgeschrittenen gehört. Aber die Volksschule ist keine Berufsschule, auch keine Schule für den Soldatenberuf, sondern eine Schule der allgemeinen geistigen und körperlichen Bildung, auf der sich erst die Berufsbildung aufbauen kann. Der Staat wird auch aus dem Weltkrieg lernen müssen, daß er seine Bürger nicht zu einzelnen ihm bequemen Tätigkeiten drillen kann, sondern daß er um so stärker ist, auch militärisch, je höher der gesamte Kulturstand seiner Bürger ist. L. M. H.

20. 11. 1917.

Schulerfatz.

Noch immer sind in Groß-Berlin eine Reihe von Schulen geschlossen. Amtlich und privat wird man deshalb gut tun, sich mit der Frage zu befassen, wie man die Schüler durch Beschäftigung anderer Art vor Langeweile und Schlimmerem schützt. Aus Lehrerkreisen wird der „Vossischen Zeitung“ geschrieben:

„Wir haben voll Erstaunen gehört, wie tüchtige Arbeit die höheren Schüler beim Schneeschoppen geleistet haben. Sollte nicht auch auf anderen Gebieten ihre Leistungsfähigkeit verwendbar sein? Viele Groß-Berliner Schulen sind heute noch geschlossen, und es ist — z. B. in Wilmersdorf — noch gar nicht abzusehen, wann sie wieder geöffnet werden. Die jungen Leute, namentlich die Schüler der höheren Klassen, werden wohl schwerlich von ihren Lehrern für die Zeit Ferienaufgaben erhalten haben. Sie sitzen jetzt zu Hause herum, ohne zu wissen, womit sie ihre Zeit ausfüllen sollen. Und doch arbeitet alles um sie her und strebt sich an seine kleinen Teilen nützlich zu machen für des Vaterlandes Wohl.

Fortdauernd kommen von den öffentlichen Betrieben, jetzt namentlich von der Post, Klagen über Lücken im Personal und mangelhafte Kräfte. Sollte nicht ein Sekundaner oder Primaner einer höheren Behörde instande sein, Pakete richtig zu bestellen? Es bedürfte nur einer gewissen Elastizität in der Organisation der Behörde, um den Schulen Gelegenheit zu geben, ihre Kräfte im Dienst des Vaterlandes zu üben. Die Behörften, die augenblicklich brach liegen, ihr Gehalt aber weiter beziehen, braucht man gewiß nicht zu mahnen, daß es ihre Pflicht ist, sich im Dienste der Öffentlichkeit zu betätigen. Allerdings wird wohl mit einer freundlichen Aufforderung in all diesen Fällen wenig getan sein; die Schüler werden am besten zur Hilfeleistung gebracht werden, wenn sie, wo es angeht, unter Anleitung und Aufsicht ihrer Lehrer arbeiten.“

In der „Deutschen Jugend“, Korrespondenz für Jugendpflege und militärische Jugendvorbildung lesen wir: Es ist anzunehmen, daß die Schüler der oberen Klassen der höheren Lehranstalten Berlins, die wegen Kohlenmangels zeitweilig geschlossen wurden, wie in anderen Großstädten zur Leistung von Kriegshilfsdiensten (Schneeschoppen, Posthilfsdienst, Abrollen von Gütern, Botengänge für Behörden, Kohlenabschren, Aktienbeförderung, Meldebienst, Hilfeleistung bei der Verteilung der Lebensmittel usw.) verpflichtet werden. In Leipzig z. B. haben die Leiter der höheren Lehranstalten eine Bekanntmachung erlassen, nach der sich die Primaner und Sekundaner der Königl. und städtischen höheren Lehranstalten sowie die Schüler der ersten Klasse der städtischen Realschulen am 16. Februar zur Leistung von Kriegshilfsdiensten, mit entsprechender Kleidung versehen, in ihrer Schule einzufinden hatten. Die Freiwilligkeit, die ja doch nur immer Halbhelten und Unzuträglichkeiten herbeiführt, ist also ausgegeben worden.

Auch für die Berliner Gemeindeschulen sind allerlei Kriegsmahnahmen vorgesehen. So sollen mehrere Schulen ein Gebäude benutzen. Der Turnunterricht soll möglichst aufrechterhalten werden. In den Turnhallen und Kulan sollen belehrende Lichtbildervorträge stattfinden. Ferner sollen die Kinder unter Leitung von Lehrern und Lehrerinnen ohne Benutzung der Eisenbahn Spaziergänge unternehmen. Im Anschluß daran werden ihnen leichte Aufgaben gestellt, die die Klassenleiter am nächsten Tage prüfen.

24. II. 1917

Das Problem der sogenannten Einheitschule.

Vortrag von Oberstudienrat Dr. Kerscheneiner.

In den Erörterungen darüber, welche Wege eine Reform unseres Schulwesens zu gehen habe, um sich zu einem möglichst „idealen“ zu entwickeln, spielt das Schlagwort „Einheitschule“ eine große Rolle. Es war deshalb überaus reizvoll, einen der bekanntesten Wortführer in den Fragen der deutschen Schulreform über den Begriff Einheitschule und über die damit verknüpften Probleme sprechen zu hören: Oberstudienrat Dr. Kerscheneiner aus München, der gestern in einem vom „Akademisch-sozialen Ausschuß“ veranstalteten Vortragsabend seine Gedanken über „die Probleme der sogenannten Einheitschule“ darlegte. Er betonte das „sogenannte“, denn was man mit Einheitschule gemeinhin bezeichnet, soll in Wirklichkeit nicht etwa ein einzige Schule für alle sein, sondern im Gegenteil ein in seinen einzelnen Gliedern sehr verschiedenes Gebilde, das aber von einem Einheitsystem beherrscht wird, dergestalt, daß zwar bis zu einem gewissen Alter eine gemeinsame Schule alle umfaßt, die sich dann aber in besondere Schulen verzweigt, entsprechend der Begabung der einzelnen Schüler. Der Uebertritt in die besonderen Schulen soll erst geschehen, wenn die geistige Individualität des Kindes sich zu entwickeln beginnt, was nach den Erfahrungen des Vortragenden erst einige Zeit vor dem Eintritt in die Pubertät geschieht.

Es würde zu weit führen, den sorgfältig gegliederten Ausführungen Dr. Kerscheneiners hier bis in die Einzelheiten zu folgen. Deshalb seien, soweit der Raum es zuläßt, einige Hauptpunkte herausgegriffen. Was Dr. Kerscheneiner als erste Grundbedingung für ein künftiges Schulwesen fordert, deckt sich mit dem Ausspruch „Freie Bahn jedem Tüchtigen!“ Keine soziale Schranke darf den hochbegabten Armen von der höheren und höchsten Bildung ausschließen, wie es jetzt in Deutschland mit wenigen Ausnahmen durch das System der privilegierten nur gegen ein namhaftes Schulgeld offenstehenden höheren Schulen der Fall ist.

Der Plan der Einheitschule im gedachten Sinne geht den Weg der Berufsfähigkeit, geht von der Idee der Individualität und von der Idee der subjektiven Kultur aus. Er weist der Seele den Weg durch die Kulturgüter hindurch zu sich selbst, zur vollentfalteten Einheit der Persönlichkeit! Das herrschende System hingegen geht von einem objektiven Begriff der Kultur aus, von einer Aneignung allgemein anerkannter Kulturgüter, durch deren Besitz der Mensch zum Gebildeten wird. — Der erste Grund Kerscheneiners für das Einheitsystem ist ein pädagogischer, nämlich der: man kann den Menschen nur mit jenem Kulturgut wahrhaft bilden, das seiner „Seelenstruktur“ entspricht. Zu diesem pädagogischen Grund kommt ein soziologischer: Ein jeder Mensch hat die Pflicht, seine ideale Persönlichkeit auszugestalten, wie es seine Anlagen nur irgend zulassen. Dieser Grundpflicht entspricht das Grundrecht, daß die Gemeinschaft ihm die Möglichkeit gibt, diese Ausbildung auch wirklich zu vollziehen. Dieser wird erreicht durch die verschiedenen, den Befähigungen angepaßten Zweiges des Einheitschulsystems. Die Hauptformen der Befähigung sind die des theoretischen, nach dem „Warum“ der Dinge fragenden Menschen, und die des praktischen Menschen mit dem „Wozu“ auf den Lippen. Für beide Individualitäten gibt es keine „Einheitsnahrung“ des Geistes, weshalb das Einheitsystem den verschiedenen Seelenstrukturen in einem gewaltigen, der Idee der Individualität angepaßten Schulwesen Rechnung tragen muß.

Die Probleme hierbei sind: Wie wird man dem Einzelindividuum gerecht, wie der Verschiedenheit und wie schließlich der Gemeinschaft? Gelöst werden sie, wenn weitreichende Gelegenheit zur Förderung auch der praktischen Begabung von vornherein gegeben wird; wenn die Möglichkeit besteht, die mehr praktisch Veranlagten auch zu den theoretischen Problemen zu führen, was durch „technische Gymnasien“ geschehen soll; wenn die oberen Klassen nach der sich immer mehr steigenden Entfaltung gestaltet werden; wenn die notwendigen Verbindungsglieder zwischen den einzelnen Zweigen geschaffen werden und schließlich: wenn durch höhere Abend Schulen hochbegabten Armen die Möglichkeit gegeben wird, sich im Rahmen ihrer praktischen Begabung jene höhere Bildung zu verschaffen, die auch ihnen den Weg zu den Hochschulen usw. öffnet. Die jetzigen Schulen sind gute Schulen für den Erwerb geistiger Kenntnisse und Eigenschaften, aber sie sind keine Schulen für die rechte Verwertung dieser Gaben, nicht bloß im egoistischen Sinne, sondern für deren rechten sozialen Gebrauch. Keine, wenn auch noch so intelligenten intellektuellen Egoisten sollen erzogen werden, sondern Menschen voll sozialer Hingabe, mit praktisch humaner Vielseitigkeit. Das sind Gedanken, zu denen sich nicht nur die Reformen von heute bekennen, sondern schon Pestalozzi, Fichte und Goethe bekennen!

Dr. Kerscheneiner will, wie er zum Schluß ausführte, diese Ziele nicht durch radikalen Umsturz, sondern durch allmähliche Umgestaltung des geschichtlich gewordenen Schulwesens erreicht sehen. Grundforderung bleibt dabei Zugänglichkeit dieses Bildungsweges ohne Abhängigkeit von dem Vermögen, das Schulgeld zu zahlen.

25. / I. 1917

* **Die Czernowitzer Universität.** Die Czernowitzer Burschenschaft „Teutonia“ veröffentlicht gegen die vielfach erörterte Absicht einer Verlegung der Czernowitzer Universität folgende Erklärung: „Die deutsche Universität in Czernowitz ist zur Pflege des österreichischen Staatsgedankens und der deutschen Kultur errichtet worden. Wir betrachten diese Universität auch gegenwärtig als einen unserer wertvollsten Stützpunkte und sind überzeugt, daß sie nach der siegreichen Beendigung des Weltkrieges ihre Kulturaufgaben auch weiterhin erfolgreich wird fördern können. Jeder Rückzug eines deutschen Postens wäre besonders in dieser Zeit ein verderbbringender und nie gut zu machender Fehler. Wir mißbilligen daher auf das entschiedenste alle darauf gerichteten Bestrebungen.“

25./II. 1917

Ein deutsches Studentenparlament.

Es scheint, als wenn die deutschen Studenten im Begriff sind, ihre Einigkeit zu entdecken. Auf den Fernstehenden machte das akademische Leben bisher immer den Eindruck, als feierte unser altes Erbübel des Sondergeistes und der Rassenbildung hier seine ungestörte Feste, als wäre die Studentenschaft blind für die Gemeinsamkeit ihrer Interessen und Aufgaben. Der Eingeweihte wußte indessen, daß die scharfen Gegensätze zwischen den einzelnen Gruppen politische Wurzeln hatten, daß sich in den akademischen Kämpfen eines jeden Zeitalters die Kulturkämpfe der künftigen führenden Geister vorbereiteten. Während die meisten Berufsgruppen unseres staatlichen Lebens sich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammenschlossen oder auch in sich selbst befriedeten, spielte dieser Punkt im öffentlichen Dasein der Musensohne nur eine unbedeutende Rolle. Man würde nun aber zuviel behaupten, wenn man die gesamte bunte Zerrissenheit in der Organisation der 60 000 Studierenden lediglich auf Rechnung politischer Grundunterschiede setzte; vieles Unausgeglichene muß dem in jugendlichem Drang über das Ziel hinaus-schießenden Selbstbewußtsein der einzelnen zugeschoben werden. Das Freiheitsgefühl der eben zur Selbständigkeit erwachten Persönlichkeit verträgt nur schwer Unterordnung unter die Notwendigkeiten eines großzügigen Zusammen-schlusses.

Durch den Krieg hat diese Lage in wesentlicher Hinsicht eine Aenderung erfahren; der politische Zündstoff ist, wenn auch nicht verschwunden, so doch durch andere, näherliegende Aufgaben zum großen Teil aus dem Wege geräumt. Dafür hat sich plötzlich der gebieterische Zwang eingestellt, die soziale Zusammengehörigkeit der Studierenden, ihr gemeinschaftliches wirtschaftliches Programm zu betonen und nach außen hin durchzusetzen. Das Schlagwort von der Neuorientierung war für die akademische Zukunftsentwicklung in den beiden letzten Kriegsjahren zu einer Kernfrage geworden, deren Bedeutung auch von den verantwortlichen Kreisen mehr und mehr erkannt wurde. Es handelt sich darum, die Aussichten für das Fortkommen in akademischen Berufen zu untersuchen und günstiger zu gestalten, zumal die überwiegende Mehrzahl der Studierenden schon jetzt nahezu drei Jahre durch den Krieg verloren hat, und nach dem Kriege ein plötzlicher, ungeheurer Zudrang zu allen höheren Bildungsanstalten und Berufsmöglichkeiten zu erwarten ist.

In der richtigen Würdigung dieser Tatsachen hat sich eine zahlreiche Vertreterschaft vieler Hochschulen nach Frankfurt a. M. begeben, um dort ein deutsches Studentenparlament vorzubereiten und die Grundzüge seiner Arbeitspläne vorzubereiten. Man darf außerordentlich gespannt sein, welche Erfolge diese Tagung an das Licht bringen wird, ob insbesondere der Zusammenschluß der einzelnen Universitätsausschüsse gelingen wird, denn an starken Reibungsflächen fehlt es auch jetzt keineswegs. Die Stadt Frankfurt ist altgeweihter Boden parlamentarischer Einigungsversuche; leider sind nur die Erinnerungen daran für uns Deutsche wenig erfreulich. Wie es einst dem deutschen Bundesparlament in Frankfurt ergangen ist, kann es dieser Studententagung leicht auch ergehen: man kann leicht mit hohen und begeisterten Reden eine Fülle von Vorschlägen und Gedanken leuchten lassen, darüber aber die praktisch greifbaren Ziele aus dem Auge verlieren. Mögen sich die Studenten das Schicksal der Sitzungen in der Paulskirche zur Lehre werden lassen, mögen sie weniger reden und mehr handeln. Dieses Handeln muß sich aber auf die gegenwärtig brennenden Aufgaben beschränken und sich auf die Zwecke richten, in denen eine Einigung möglich ist, also auf den sozialen Zusammenschluß. Gerät die Erörterung in das Fahrwasser der Politik oder dessen, was die jungen Feuerköpfe für Politik halten, so kann man das Schicksal des Studentenparlamentis schon heute voraussagen: es wird ohne Sang und Klang in alle Winde zerflattern. Beschränkt es sich aber auf Stellungnahme zu den sozialen Zukunftsfragen, die gewissermaßen in der Luft liegen, so werden die Früchte sehr willkommen sein.

Dr. Sch.

26. II. 1917

* Die Erlernung der Nationalitätensprachen durch die Deutschösterreicher. Bekanntlich hat der Deutsche Klub in Wien in den letzten Wochen eine Rundfrage veranstaltet, um die Stellungnahme der deutschen Kreise Oesterreichs zur Frage der Erlernung der österreichischen Nationalitätensprachen durch die Deutschösterreicher klarzustellen. Am 13. d. ist das überaus reichhaltige Material, das durch die Beantwortung der Fragebogen zustande gekommen ist, durch eine mündliche Erörterung geschlossen worden. Nach einer Eröffnungsansprache des Klubobmannes Universitätsprofessor Dr. R. Geyer leitete der Vorsitzende Hofrat Dr. v. Wettstein die Verhandlungen unter allseitiger Zustimmung mit der Erklärung ein, daß die Möglichkeit einer sachlichen Erörterung der Frage durch die Voraussetzung eines baldigen Inslebenretens der deutschen Staats- und Verkehrssprache gegeben sei. Dieser Erklärung schloß sich auch der Berichterstatter Direktor Dr. v. Wotawa an. Auf Grund seiner Ausführungen und der der folgenden Redner ergab sich übereinstimmend die Anschauung, daß eine weitgehende Förderung der Erlernung aller österreichischen Nationalitätensprachen in Zukunft Platz greifen sollte, daß aber eine Schablonierung in dieser Frage sehr unglücklich wäre, dabei vielmehr auf die Bedürfnisse und den nationalen Charakter der einzelnen Landschaften (nicht Länder) sowie auf die einzelnen Schularten Rücksicht zu nehmen sein werde. Die Ergebnisse der Rundfrage und ihrer Beratung werden der Regierung in einer Denkschrift überreicht werden.

Hamburgs Volksschule am Scheidewege.

In der Versammlung des Vereins Hamburger Rektoren am Donnerstag, 22. Februar, hielt Herr Rektor *Harbeck* einen Vortrag über das Thema: „Hamburgs Volksschule am Scheidewege“, dem er folgende Leitfäden zugrunde legte:

I. Die politische und die wirtschaftliche Lage des Deutschen Reiches fordert gebieterisch eine gesteigerte Entwicklung und Entfaltung der gesamten geistigen und sittlichen Volkskraft.

II. Die Verwirklichung dieser Forderung ist wesentlich bedingt durch einen zeitgemäßen Ausbau des Schulwesens, ganz besonders der Volksschule als der allgemeinsten Bildungsanstalt.

III. Für den inneren Ausbau der Schulen wird die Richtung bestimmt: A. Durch eine starke Betonung der nationalen Bildungsgüter und Bildungsziele. B. Durch ein bewußtes Hervorheben der in dem ständigen Anwachsen der Staatspflichten und der Staatsrechte gegebenen staatsbürgerlichen und sozialpolitischen Probleme.

Ziel des äußeren Ausbaues ist:

A. Die organische Verbindung aller der Jugendbildung dienenden Schulen zu einer harmonischen Einheit. B. Eine Gliederung der Schulen in dem Sinne, daß jedem Kinde nach Möglichkeit eine durch Maß und Richtung seiner Anlagen bestimmte Ausbildung zuteil wird.

IV. Für Hamburg ist zu fordern: A. Die höheren Schulen betreffend: 1. Beseitigung jeglichen Vorrechts der Vorschulen beim Eintritt in die Sekta. 2. Erwägung der Fragen: a) ob nicht statt des Französischen das Englische als erste Fremdsprache einzuführen sei, b) ob nicht der Beginn des fremdsprachlichen Unterrichts um ein Jahr hinauszuschieben und wie sonst eine Verminderung dieses Unterrichts herbeizuführen sei. 3. Bemessung des Schulgeldes nach dem Einkommen der Eltern.

B. Die Volksschule betreffend: Ausgestaltung nach folgenden Richtlinien: 1. Bei der Aufnahme in die siebte Klasse sind die Kinder in körperlicher und geistiger Hinsicht auf ihre Schulfähigkeit zu prüfen. Kinder, deren Schulfähigkeit nach dem Urteil des Direktors und des Schularztes feststeht, sind für ein Jahr vom Besuch der Schule zu befreien. 2. Die zurückgestellten Kinder sind, sofern nicht der Schularzt im Einzelfalle dagegen Bedenken erhebt, besonderen Schulkindergärten zu überweisen, in denen sie körperliche Pflege und geistige Anregung erhalten. Schulgemäßer Unterricht ist ausgeschlossen. 3. Die Kinder der siebten Klassen, die nach dem Urteil des Lehrers und des Direktors das Klassenziel im ersten Jahre nicht erreichen, also mit Abschluß des ersten Schuljahres nicht versetzungsfähig sein werden, sind für das Winterhalbjahr vom Besuch der Schule auszuschließen und ebenfalls den unter 2 genannten Schulkindergärten zuzuweisen. 4. Kinder, die nach dem Urteil des Lehrers und des Direktors wegen schwacher Befähigung über die vierte Klasse der Volksschule nicht hinauskommen werden, sind rechtzeitig der Hilfschule zuzuführen. Diese Ueberweisung kann schon nach Ablauf des ersten Schuljahres stattfinden, muß aber spätestens mit vollendetem vierten Schuljahr erfolgen. 5. Die Hilfschule ist als selbständige Bezirksschule entsprechend auszubauen; sie ist sechsstufig. 6. In der Normalschule tritt nach der vierten Klasse eine Differenzierung der Kinder ein. Kinder, die bis dahin regelmäßig versetzt worden sind, erhalten fortan auch Unterricht in der englischen Sprache. Die übrigen aber treten in einen Klassenzug ohne fremdsprachlichen Unterricht ein. Ausnahmen sind zuzulassen für den Fall, daß die Nichtversetzung in anderen Ursachen als mangelnder Befähigung ihren Grund hat. 7. Für die am fremdsprachlichen Unterricht beteiligten Kinder tritt nach weiteren zwei Jahren eine abermalige Differenzierung ein, indem die unter ihnen, deren Befähigung hinreichend erscheint, um in weiteren drei Schuljahren das Ziel der neunstufigen preussischen Mittelschule zu erreichen, in einen besonderen Klassenzug, den dreistufigen Oberbau der Volksschule, eintreten. Hier wird Französisch als zweite Fremdsprache gelehrt.

C. Beide Schulkarten betreffend: Ablehnung besonderer Uebergangsklassen, da diese ihrer inneren Natur nach als unpädagogisch, des zweifelhaften Erfolges wegen als unpraktisch, bei sachgemäßer Schulorganisation

als überflüssig, im ganzen aber als eine ernste Gefahr für die gesunde Entwicklung der Volksschule zu bezeichnen sind.

Diese Leitfäden wurden in der von etwa 60 Rektoren besuchten Versammlung, in der auch acht Mitglieder des Bürgerchaftlichen Ausschusses zur Beratung des Antrages *Funke* betreffend Uebergangsklassen, anwesend waren, einstimmig angenommen.

28. II. 1917

Nochmals die Salzburger Hochschulfrage.

In Nr. 47 der Unterhaltungsbeilage nimmt Herr Dr. Wolfgang Hofmann das Wort zu dem Plan der Verlegung der Universität Czernowitz nach Salzburg; seine Ausführungen scheinen mir einige Gegenerwägungen notwendig zu machen. Der Herr Verfasser stimmt einer zeitweiligen Verlegung der Hochschule nach Salzburg zu, die Wiederherstellung der Universität Czernowitz für die Zeit nach dem Kriege erscheint indessen auch ihm nicht weiter erwägenswert. In diesem letzten Punkt stimmen wohl auch alle Kenner der Verhältnisse überein, der Standpunkt wurde auch bereits in Nr. 20 der „Täglichen Rundschau“ ausführlich begründet. Fragt sich also nur, wo die Hochschule ihre dauernde Niederlassung finden soll. Nun erscheinen mir die Bedenken gegen den Salzburger Universitätsplan aus verschiedenen Gründen nicht stichhaltig. Wenn man behauptet, eine akademische Bildungsstätte in Salzburg schädige die anderen Universitäten der Alpenländer, so scheint mir folgendes dagegen zu sprechen: Die Bedeutung der Universität Innsbruck für das ausgesprochen deutsche Kulturleben ist leider niemals sehr groß gewesen, die nationalistische Bewegung hat trotz aller stürmenden Anläufe dort kaum einen festen Boden gewonnen, weil der geistige Luftzug von jenseits des Brenner in völkischer und weltanschaulicher Hinsicht stark dorthin herüberwehte. Die Beziehungen zwischen Innsbruck und der reichsdeutschen Akademikerschaft sind immer die denkbar loosesten gewesen, jede andere deutsch-österreichische Hochschule hat den Anschluß an den deutschen Gemeinschaftsgedanken besser gefunden. Dafür, daß Salzburg in ganz anderer Weise das mitteleuropäische Kulturband knüpfen würde, sorgt schon der seit anderthalb Jahrzehnten in der Deutschbewegung so rührige Salzburger Hochschulverein. Ein Wettstreit zwischen Salzburg und Graz käme überhaupt nicht in Betracht, da die Grazer Studentenschaft sich aus den südlicheren Kronländern zusammensetzt und ihre geistigen Germanisierungsaufgaben sich vorwiegend in der Richtung nach Triest bewegen. Der Vergleich von Innsbruck, Graz und Salzburg mit dem deutschen Universitätsviereck Würzburg, Frankfurt a. M., Gießen und Marburg ist außerordentlich weit hergeholt und paßt nicht auf österreichische Verhältnisse, denn was Mitteldeutschland an Hochschulen vielleicht zuviel hat, das hat Deutsch-Österreich zu wenig. Die Universität Wien muß vor allem entlastet werden, denn ihre Bildungs-

einrichtungen reichen für den Andrang schon längst nicht mehr entfernt aus. In Salzburg ist der Boden für die Wiedererstehung der ehemaligen bayerischen Universität schon lange und sehr glücklich vorbereitet worden. Es besteht außerdem die Möglichkeit, daß sich die katholische Kirche in Salzburg eine private Hochschule für antimodernistische Zwecke gründet, wofür schon Millionen gesammelt sind. Ohne den politischen Burgfrieden zu verletzen, darf man behaupten, daß eine staatliche Universität dem Wesen der kommenden Zeit mehr entspricht als ein einseitiges Privatunternehmen, dem der Stempel eines kulturellen Internationalismus an die Stirn geschrieben stände. Herr Dr. Hofmann macht noch den Vorschlag, die Universität in ein Gebiet zu verlegen, in dem das Deutschtum besonders gefährdet ist. Nun hat aber gerade Czernowitz gezeigt, daß deutsche Wissenschaft in solchen Gegenden nicht recht gedeihen kann. Die neue deutsche Hochschule Österreichs muß auf altem deutschen Kulturboden stehen, wenn sie nicht, wie Prag, auf den Ueberlieferungen eines halben Jahrtausends ruhen kann. Die Universität Salzburg muß jeder willkommen heißen, der die Zukunft des deutsch-nationalen Geistes auch vom österreichischen Standpunkt aus würdigt und bedenkt, daß drüben auch noch andere Kräfte bei der Arbeit sind.

Dr. Sch.

Die Verlegung der Universität Czernowitz nach
Salzburg.

Wir erhalten folgende Zuschrift: „Hoch-
geehrte Schriftleitung! Herr Hofrat Prof. Dr.
Eugen v. Philippovich berichtet im
Morgenblatt der „Zeit“ vom 25. d., daß ihm
Herr Prof. Dr. Hans v. Frisch eine Denk-
schrift der deutschen Professoren
der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät
in Czernowitz überreicht hat. Deren Verfasser
habe seit 1893 nichts von einem für das Deutsch-
tum und für die Monarchie wertvollen Wirken
der Universität in Czernowitz gehört. Als nicht
minder ungünstig werden die Verhältnisse und
die Beschaffenheit der Hörerschaft dargestellt.
Ohne gegen den Zweck der Denkschrift Einspruch
zu erheben, stelle ich fest, daß ich von einer
Denkschrift der deutschen Professoren der rechts-
und staatswissenschaftlichen Fakultät in Czerno-
witz erst durch Ihr geehrtes Blatt erfahren habe.
Ich bitte diese Zeilen freundlich zu veröffent-
lichen. In ausgezeichnetester Hochachtung Dr.
Karl Adler, o. ö. Professor des österreichischen
Privat- und Handelsrechtes an der k. k. Franz
Josef-Universität Czernowitz, derzeit in Wien.“

1. III. 1917

Schule und soziale Jugendpflege.

Die Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens hielt eine Arbeitsversammlung ab, in der der Proponent, Herr v. Borstel, zunächst der verstorbenen Mitglieder J. Schwarjan, Aug. Sievers, J. C. Petersen und der auf dem Felde der Ehre gefallenen Mitglieder Br. Fischer und Wilh. Heuer gedachte. Dann hielt Frä. Dr. Bäumer einen Vortrag über das Thema „Die Verbindung von Schule und sozialer Jugendpflege als Aufgabe des sozialpädagogischen Instituts Hamburg“; die Leitsätze dieses Vortrages haben wir bereits veröffentlicht. Die Rednerin ging aus von der Deutschrift der hamburgischen Schulsynode zum neuen Unterrichtsgesetz, die die Schaffung vollständiger Schulverwaltungskörper fordert, denen auch die soziale Jugendfürsorge obliegt. Das könne dadurch geschehen, daß die Funktionen der Jugendfürsorge an die Schule fest angegliedert werden, daß die Lehrerschaft selbst diese Funktionen amtlich übernimmt und gemeinsam mit den Berufsarbeitern in dieser Fürsorge arbeitet. Vorbedingung einer wirkungsvollen Verbindung der Schule und der sozialen Jugendfürsorge ist eine veränderte Lehrerbildung, die das Verständnis des sozialen Lebens, seiner bestimmenden Mächte und seiner Erscheinungsformen, seiner Entwicklung und Organisation berücksichtigt. Dann stellte die Rednerin die Aufgaben und Ziele des hier zu Ostern zu begründenden sozialpolitischen Instituts dar. In einem zweijährigen Kursus will eine soziale Frauenschule die Erkenntnis der allgemeinen Voraussetzungen des sozialen Lebens vermitteln und den Willen und die Kräfte für eine soziale Jugendpflege entwickeln. Geschichte, Bürgerkunde, Volkswirtschaftslehre, Pädagogik, Psychologie und Kulturpflege (Pflege der allgemeinen Kunst im Sinne Lichtwarks) sind Fächer dieser Frauenschule. Daran schließt sich das sozialpädagogische Institut, das in der Art der Universitätsseminare in fünf Gruppen, Sozialpolitik, Volksgesundheitspflege, Jugendfürsorge, kirchliche Gemeinde- und Vereinsgemeinschaft und Allgemeine Fürsorge die sachliche Einzelbildung in der Jugendpflege geben will. In diesem Institut ist der Anfang geboten, dessen Ausgestaltung von den pädagogischen Kreisen abhängig ist, die Pädagogik psychologisch zu vertiefen und zugleich der praktischen Volkserziehung zu dienen. So wird eine Vereinheitlichung der Jugendberziehung und Jugendpflege erzielt.

In der Besprechung dieses Vortrages betonte Herr Schlunz, ein Anhänger der freien Jugendbewegung, die Bedeutung der Jugendbewegung für die soziale Jugendfürsorge; Herr Schumann warnte davor, die soziale Jugendfürsorge in der Schule in bürokratische Fesseln zu schlagen, und Herr Carl Göhe befürwortete aus dem Gesichtspunkte, daß die einzelne Schule zu einer Lebensgemeinschaft werden müsse, ihre Verbindung mit der sozialen Jugendfürsorge und beantragte folgende Entschliebung:

Die Gesellschaft der Freunde usw. erachtet die organische Verbindung von sozialer Jugendpflege und Schule für notwendig; sie beauftragt ihren Vorstand, mit der Leitung des sozialpädagogischen Instituts über die Mittel und Wege einer solchen Verbindung in Beratung zu treten.

Die Annahme dieser Entschliebung erübrigte eine Abstimmung über die Leitsätze der Rednerin.

1. / III. 1917

*** Der Wiener Volksbildungsverein im Kriege.** Nach mehr als dreißigmonatiger Kriegstätigkeit kann der Wiener Volksbildungsverein im 30. Jahre seines Bestandes auf Erfolge hinweisen, die jeden Freund und Förderer der wahren Volksbildung mit Genugtuung erfüllen muß. Wenn der Wiener Volksbildungsverein wie gleichstrebende Vereine am Kriegsbeginn vor einer äußerst kritischen Lage stand, so kann jetzt gesagt werden, daß es nicht nur gelungen ist, alle Betriebszweige aufrecht zu erhalten, sondern einzelne derselben im fortwährenden Weltkriege zu einer ungeahnten Blüte zu bringen. Dies gilt insbesondere vom Vortrags-, Vorlesungs- und Konzertwesen, das mit wertvoller und selbstloser Unterstützung der hervorragendsten Kräfte sich in jedem Sinne ergebnisreich gestaltete. Bemerkenswert ist ferner, daß die über ganz Wien verteilten Volksbibliotheken, die jedem Mitglied des Vereins mit einem Jahresbeitrag von nur 2 Kronen frei zugänglich sind, dank der modernen Ausgestaltung und Ausstattung mit den neuesten Büchern

einen Lejerzuspruch aufweisen, wie er noch niemals in Friedenszeiten zu verzeichnen war. So ist, um nur zwei Beispiele zu erwähnen, in der Landsträßer Volksbibliothek die Summe der Entlehnungen von Ende Jänner 1916 bis Ende Jänner 1917 um nahezu 25.000, in Ottakring in derselben Zeit um nahezu 45.000 Bände gestiegen. Trotz des Krieges dauert auch die Arbeit des Jugendschriftenausschusses fort, dessen Auswahlbibliothek in den gastlich zur Verfügung gestellten Räumen des „Concordiaklubs“ im Börsegebäude von allen, die um gute und sorgfältig ausgewählte Lektüre der Jugend aller Altersklassen besorgt sind, andauernd starke Nachfrage findet. Fern von seinen jahungsmäßigen Aufgaben betreibt der Wiener Volksbildungsverein in der Ueberzeugung, daß niemand sich während des Krieges den humanitären Aufgaben des Hinterlandes entziehen dürfe, seit Kriegsbeginn in seinem Volksbildungshaus einen Kinderhort, der täglich von 120 bis 150 Kindern von Gefallenen, Verschollenen und Arbeitslosen Beschäftigung unter Aufsicht von Lehrpersonen und die Mahlzeiten bietet. Nach allem darf der Wiener Volksbildungsverein, die weitere Unterstützung vorausgesetzt, hoffen, auch weiterhin durchhalten zu können.

1. III. 1917

Drohender Lehrermangel!

Vom Reichsratsabgeordneten Franz Jesser, Mitglied des Landes Schulrates in Mähren.

In einer der letzten Sitzungen der deutschen Sektion des mährischen Landes Schulrates wurde vom Referenten auf den drohenden Mangel an männlichen Lehrkräften hingewiesen, der unmittelbar nach dem Kriege, noch mehr aber in den nächsten Jahren fühlbar werden wird. Der letzte Jahrgang der Lehrerbildungsanstalt zählt selbstverständlich überall kaum mehr Schüler als Finger an einer Hand sind. Auch der vorletzte Jahrgang ist durch die Einrückungen der jungen Leute stark gelichtet. Wenn wir uns nun die Zahl gefallener und dienstuntauglicher Lehrer vor Augen halten und dazu die Zahl jener jungen Lehrer und Lehramtskandidaten zählen, die zum Lehrberufe nicht mehr zurückkehren werden, weil sie die Laufbahn des Berufsoffiziers eingeschlagen haben, und wenn wir endlich damit rechnen, daß nach dem Kriege all die vielen Lehrer, die ihre Dienstzeit vollendet haben, in den Ruhestand treten werden, so ist die bange Frage wohl berechtigt: Wie soll den gesteigerten Anforderungen an die Erziehung der männlichen Jugend Rechnung getragen werden? Denn daß nach dem Kriege die Intensität des Unterrichtes und der Erziehung gesteigert werden muß, ist leicht zu begründen. Alle Berufe, vom Bauer, Arbeiter und Gewerksmann bis zum Akademiker und Großunternehmer werden durch den rücksichtslosen wirtschaftlichen Wettbewerb der Staaten untereinander zur Anspannung aller Kräfte genötigt sein. In jedem Berufe wird die letzte Kraft herausgeholt werden müssen. Eine der ergiebigsten Quellen dieser Kraft ist Unterricht und Erziehung an den Volks- und Bürgerschulen, sei es, daß sie unmittelbar für das Leben vorbereiten, sei es, daß sie die Vorschule für höhere Schulbildung abgeben.

Wir werden die Zahl der Schulen und der Schulklassen nicht nur nicht verringern können,

sondern werden sie vermehren müssen. Aber auch über die allgemeine Schulpflicht hinaus werden an den Lehrerstand neue und erhöhte Ansprüche gestellt werden durch das Fortbildungsschulwesen, durch die Mitarbeit an der gesteigerten Jugend- und Kinderfürsorge und anderem mehr.

Der Lehrermangel droht uns nicht nur für die nächsten zwei bis drei Jahre nach dem Kriege, sondern für viel längere Zeit — denn auch der allerjüngste Nachwuchs in der ersten Klasse der Lehrerbildungsanstalten ist ungenügend — ungenügend schon bei normaler Entwicklung, daher erst recht bei der durch den Krieg bewirkten abnormalen. Es gilt daher, einer weiteren Verschlechterung dieser Verhältnisse vorzubeugen und den Zufluß geeigneter Jünglinge zu den Lehrerbildungsanstalten zu steigern. Wir haben eine völkische Pflicht zu erfüllen; denn unsere völkische Leistungsfähigkeit ist vor allem durch die Volksschule bedingt. Der Ersatz der fehlenden Lehrer durch Lehrerinnen wird in den ersten Jahren unvermeidlich sein — er kann aber nur als Notbehelf angesehen werden. Dauernd kann die Erziehung der männlichen Jugend nicht in weibliche Hände gelegt werden.

Wie vermehren wir den Zugang zu den Lehrerbildungsanstalten? Ein sehr großes Kontingent stellen noch immer die Lehrersfamilien — ein anderes die begabten Söhne mittelloser Eltern, welche die Kosten eines längeren Studiums nicht aufbringen können. Sie stammen hauptsächlich aus kleinen Städten und vom flachen Lande und bringen von Haus aus die meisten Vorbedingungen mit, die für die dauernde Einwurzelung eines Landschullehrers notwendig sind. Ein hochherziger Beschluß des Deutschböhmisches Landeslehrervereins zugunsten der Lehrerkriegerwaisen leitet uns zu einer dritten Quelle wertvollen Nachwuchses — zu den zahlreichen begabten Waisen nach gefallenen Kriegern. In allen drei Fällen aber ist die Vermehrung der Stipendien und die Organisation der Studienunterstützung dringend nötig. Staat und Land müssen vorangehen — die anderen autonomen Körperschaften, ganz besonders die Landgemeinden, welche zuerst die Lehrernot zu spüren bekommen werden, müssen nachfolgen. Warum sollten zum Beispiel die Raiffeisenkassen nicht einen Betrag aus ihren Ueberschüssen einem Stipendienfonds des Genossenschaftsverbandes ihres Landes widmen dürfen? Diese Kassen haben der Lehrerschaft einen Teil ihrer Erfolge zu verdanken — sie nützen nur sich selbst, wenn sie einen tüchtigen Landlehrerstand erhalten helfen. Die nationalen Schutzvereine wiederum sollten sich vor allem die Organisation der Studienunterstützung in den Sätzen der Lehrerbildungsanstalten angelegen sein lassen, was natürlich das Zusammenarbeiten mit den Lehrerorganisationen voraussetzt.

Die Lehrerschaft selbst aber kann das beste an der Sache tun, indem sie die ihr geeignet erscheinende Jugend auf diesen Weg weist. Sie hat früher mit Recht vor diesem Berufe warnen müssen. Heute sind die Lehrergehälter und Vorordnungsverhältnisse zu teilweiser Zufriedenheit der Lehrerschaft in den meisten Ländern geregelt, so daß die Hauptursache der Gegenagitation ausgeschaltet ist. Es wäre sehr wünschenswert, wenn sich die deutschen Abgeordneten der Landtage mit den Lehrerorganisationen und allen anderen in Betracht kommenden Faktoren in Verbindung setzen würden, um den gangbarsten Weg zur Behebung des drohenden Notstandes zu suchen. Die Zeit drängt — denn nur wenige Monate trennen uns vom Schulschluß. Schon der nächste erste Jahrgang der Lehrerbildungsanstalten muß eine erhöhte Schülerzahl aufweisen.

Vorbereitungen zur Verstaatlichung der niederen Schulen.

Wie wir erfahren, hat das Finanzministerium dieser Tage die vorbereitenden Maßnahmen zur Verstaatlichung der Volks- und Bürgerschulen wieder aufgenommen. Die zu diesem Zweck bereits im Jahre 1907 gesammelten Daten haben infolge der inzwischen erfolgten Vermehrung der Schulen und der Erhöhung der Lehrerbezüge mannigfache Veränderungen erfahren. Deshalb wurden nun die Landesschulräte neuerdings aufgefordert, eine Zusammenstellung der Auslagen ihrer Volks- und Bürgerschulen, der Bezüge der aktiven und pensionierten Lehrerschaft vorzuliegen. Für Niederösterreich dürfte sich eine Summe von ungefähr 40 Millionen Kronen ergeben. Von

informierter Seite wird uns des Weiteren hierzu mitgeteilt, daß diese vorbereitenden Maßnahmen zwar mit der gebotenen Dringlichkeit betrieben werden, daß jedoch an eine Verwirklichung des Planes erst bei der Wiedereröffnung des Parlaments zu denken ist. Die Schulen, deren Lasten bisher auf den autonomen Körperschaften ruhten, sollen dann verstaatlicht werden. Diese Frage ist nicht nur in politischer, sondern auch ganz besonders in finanzieller Hinsicht von schwerwiegender Bedeutung.

2. III. 1917

Militärische Vorbereitung der Jugend.

IV.

Organisation im Bereiche des 9. Armeekorps.

Die oberste Heeresleitung der militärischen Vorbereitung der Jugend innerhalb des 9. Armeekorps liegt in den Händen einer dem stellvertretenden Generalkommando unmittelbar unterstellten militärischen Dienststelle, der Oberleitung der militärischen Vorbereitung der Jugend im Bereiche des 9. Armeekorps, deren Diensträume sich in Hamburg, Grindelallee 126, befinden.

Nach Maßgabe der politischen Abgrenzungen ist für die Durchführung der Organisation und Leitung der Korpsbereich in acht Bezirke eingeteilt worden, deren Grenzen mit denjenigen der preussischen Regierungsbezirke und der Bundesstaaten übereinstimmen. Der Regierungsbezirk Stade ist wegen seiner verwaltungspolitischen Zugehörigkeit zur Provinz Hannover dem stellvertretenden Generalkommando des 10. Armeekorps unterstellt worden. Der preussische Regierungsbezirk Schleswig ist mit Rücksicht auf seine große Ausdehnung zur Erleichterung der Leitung in zwei Bezirke, Schleswig-Holstein (Sitz Kiel) und Südholstein mit Herzogtum Lauenburg (Sitz Altona) geteilt worden. Zu diesen sechs Bezirken kommen die folgenden sechs Bezirke der zum Korpsbereich gehörenden außerpreussischen Bundesstaaten: Mecklenburg-Schwerin (Sitz Schwerin), Mecklenburg-Strelitz (Sitz Rostock), Fürstentum Lübeck, zum Großherzogtum Oldenburg gehörig (Sitz Malente-Grensmühlen), Hamburg, Bremen und Lübeck. Die Leitung dieser Jugendbezirke liegt in den Händen älterer inaktiver Offiziere, die als „Vertretermänner für die militärische Vorbereitung der Jugend“ ehrenamtlich tätig sind. Jüngere Offiziere stehen den Bezirksleitern als Stützen besonders für die Ausbildung der örtlichen Leiter und der Kompanie- und Zugführer hilfreich zur Seite.

Im Bereiche des 9. Armeekorps bestehen zurzeit gegen

250 Jugendkompanien

mit ungefähr 20 000 Jungmännern und 600 Leitern und Führern. Die Zahl der Jungmänner ist im Verhältnis zu der Zahl der sämtlichen für die militärische Vorbereitung der Jugend in Frage kommenden jungen Leute als klein zu bezeichnen; doch erscheint sie unter Berücksichtigung der Grundzüge der Freiwilligkeit der Beteiligung und der Tatsache, daß die älteren Jungmänner fast ausnahmslos zum Heeresdienst eingezogen sind, in einem sehr erfreulichen Lichte. Gerade die Tatsache, daß trotz der Einziehung der älteren Jungmänner die meisten Jugendkompanien nicht nur in unverminderter Anzahl fortbestehen, sondern sich

vielfach sogar vergrößert haben, beweist das immer weiter um sich greifende Verständnis aller Bevölkerungsklassen für den hohen Wert und die Bedeutung der militärischen Vorbereitung der Jugend. Nur mühten, wo allerorten jetzt auch die Schulen die Notwendigkeit dieser Vorbereitung erkannt haben und an ihrer Durchführung bestens mitwirken, auch die kaufmännischen, industriellen und gewerblichen Kreise ihre Jugendlichen aufs nachdrücklichste zum Eintritt in die Jugendkompanien anhalten, um so mehr, als infolge des früheren Geschäfts- und Lebensschlusses ausreichende Zeit zur Verfügung steht.

Zu der Zahl der eigentlichen Jugendkompanien kommt im Bereiche des 9. Armeekorps eine große Zahl von Verbänden, die die militärische Vorbereitung der Jugend betreiben, ohne besondere, den militärischen Leitungen in gleicher Weise wie die Jugendkompanien unterstellte Jugendabteilungen aufzustellen. Hierzu gehören in erster Linie die bei den höheren Schulen Hamburgs ins Leben gerufenen Wehrtunabteilungen. In diesen Abteilungen wird den sämtlichen Schülern der Oberklassen der hamburgischen höheren Lehranstalten in genauer Befolgung des vom kgl. Preussischen Kriegsministerium gegebenen Bildungsplanes eine dem Dienst in den Jugendkompanien entsprechende Vorbildung für den Heeresdienst gegeben. Die Wehrtunabteilungen sind in Erweiterung des vorgeschriebenen Turnunterrichts als Lehrplanmäßiges Pflichtfach in den Schulunterricht der Lehranstalten aufgenommen. Durch ständige Fühlungnahme mit der militärischen Oberleitung sind die Wehrtunabteilungen in stand gesetzt, dem Vaterlande durch Wehrhaftmachung der sämtlichen nach Maßgabe ihres Alters und ihrer Gesundheit zur Mitwirkung befähigten Schüler, soweit sie nicht schon Jugendkompanien angehören, einen außerordentlich wertvollen Dienst zu erweisen.

Die von den Fortbildungsschülern und den Schülern der höheren Lehranstalten und Lehrerbildungsanstalten aufgestellten Jugendkompanien nehmen im Rahmen der Organisation der militärischen Vorbereitung der Jugend im Bereiche des 9. Armeekorps dieselbe Stellung ein wie die von den Jugendpflegevereinen, Turnvereinen, Schwimmvereinen und Sportvereinen gebildeten, der militärischen Oberleitung unterstellten Jugendkompanien. Den den militärischen Leitungen nicht unmittelbar unterstellten Wehrtunabteilungen oder Turnrügen können, da eine Verpflichtung für die dauernde, planmäßige Durchführung der vom kgl. Kriegsministerium vorgeordneten Übungen nicht übernommen ist, und diese Abteilungen nicht in gleicher Weise wie die Jugendkompanien zu vaterländischen Hilfs- und Arbeitsdiensten von den militärischen Leitungen herangezogen werden können, die den Jungmännern zustehenden Rechte und Vergünstigungen, wie amtliche Teilnahmebescheinigung, Ueberweisung von Soldaten, freie Bahnfahrt usw., für ihre Mitglieder nicht eingeräumt werden. Um so wünschenswerter erscheint die Eingliederung möglichst aller bestehenden Jugendabteilungen, die sich die militärische Vorbereitung der Jugend als Ziel gesetzt haben, in den Rahmen der vom kgl. Kriegsministerium geschaffenen Einrichtung; sie wird sich bei beiderseitigem freudigen Entgegenkommen sicherlich erreichen lassen.

Die drei großen Gefahren für die wirkungsvolle, zweckmäßige militärische Vorbereitung der Jugend bestehen in Soldatenspielererei mit Felddienstabungen in rein äußerlicher Aufmachung ohne praktische Anleitung des Einzelnen und Paraden, Drill der Jugend mit Kunstüberranstrengungen und stummsinniger, rein automatischer Befolgung militärischer Kommandos, deren Nichtigkeit in manchen Fällen angezweifelt werden muß, und endlich in gemüthlichem Schlendrian. Diesen Gefahren zu begegnen und den mit diesen Fehlern behafteten Jugendkompanien den richtigen Weg zu weisen, ist eine der wesentlichsten Aufgaben der militärischen Leitungen. Im Bereiche des genannten Armeekorps erhalten die sämtlichen militärische Vorbildung der Jugend be-

Volkschulfragen im Reichstagsgebäude

Sitzung vom 3. März.

Am Bundesratsstisch: v. Trost zu Solz.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnete die Sitzung um 10 Uhr 16 Minuten.

Die zweite Lesung des Staatshaushalts wird bei dem Kultusstatut mit dem Kapitel der Volksschulen fortgesetzt.

Abg. Otto (Op.):

Zum erstenmal beraten wir dieses Kapitel ohne meinen verstorbenen Parteifreund Ernst, der sich stets mit warmer Liebe der Sache der Volksschule angenommen hat. Ehre seinem Andenken! Auch sonst hat der graufame Tod reiche Ernte gehalten. Fast 11 000 Lehrer, Seminaristen und Präparanden haben den Heldentod für das Vaterland erlitten. Die Zahl greift uns ans Herz. Wir erkennen an, daß die Unterrichtsverwaltung alles mögliche getan hat, um einen geregelten Volksschulbetrieb aufrechtzuerhalten. Sie konnte es aber nur, weil sie von der zurückgebliebenen Lehrerschaft dabei aufs eifrigste unterstützt worden ist. Vor allem ruhte auf der Landlehrerschaft in dieser Zeit eine schwere Arbeit, die einem stillen Heldentum gleichkam. In erhöhtem Maße wurden Lehrerinnen herangezogen. Als Kriegsmaßnahme war das unbedingt notwendig und die Arbeit der Lehrerinnen hat für die Volksschule gute Früchte getragen. Es wird aber eingehend zu prüfen sein, ob diese vermehrte Verwendung von Lehrerinnen auch nach dem Kriege beibehalten werden oder ob man wieder auf das bisherige Zahlenverhältnis zurückgehen soll. Auf keinen Fall dürfen Lehrerinnen kriegsbeschädigten Lehrern vorgezogen werden. (Sehr richtig!) Kriegsuntaugliche Seminaristen sollte man nach Möglichkeit aus dem Heere herausziehen und wieder ihrer beruflichen Ausbildung zuführen. Erst recht müssen wir uns der Interessen der im Felde stehenden Lehrer annehmen und sie von allen Sorgen möglichst zu befreien suchen. Der Minister hat im Ausschuß mit Recht hervorgehoben, daß es jetzt geboten sei, auch die Hilfe der Volksschüler im Dienste des Vaterlandes anzunehmen, die Schulinteressen müßten da zurücktreten. Damit sind wir einverstanden. Die Volksschüler können sich bei leichten landwirtschaftlichen Arbeiten sehr nützlich machen.

Im Augenblick ist Brot nötiger als Bildung.

Die Selbstverwaltung hat sich während des Krieges auf fast allen Gebieten des öffentlichen Lebens als ein Segen erwiesen, auch auf dem Gebiete der Schule. (Sehr richtig links.) Man sollte daher erwägen, ob man sie nicht noch erweitern kann. Viele brachliegenden Kräfte können dann für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden. (Sehr richtig links.) Mit Genugtuung haben wir von der Erklärung des Ministers Kenntnis genommen, daß wegen der Kohleferien keine Verkürzung der Sommerferien eintreten soll. Entgegen einem Erlaß des Ministers werden im Regierungsbezirk Aöstin die Lehrer ihrem Beruf entzogen, müssen an Gekangsturen und an Kreis Konferenzen teilnehmen, obwohl sie dafür keine Entschädigung bekommen. Da während der Abwesenheit dieser Lehrer kein Ersatz da ist, erleidet der Unterricht der Kinder eine erhebliche Einbuße. Besonders lebhaftes Klage wird über das Verhalten eines Kreis Schulinspektors in Hinterpommern geführt, der den Lehrern eine direkt unwürdige Behandlung zuteil werden läßt. (Hört! Hört! links.) Der Minister sollte hier Wandel schaffen und dafür sorgen, daß seine Erlasse auch befolgt werden. Nicht einverstanden sind wir mit dem Erlaß des Ministers, der die Zahl der Religionsstunden auf der Oberstufe der Mittelschulen von zwei auf drei wöchentlich erhöht. Der Erlaß soll auf dringenden Wunsch kirchlicher Behörden herausgegeben sein. (Hört! Hört! links.) Unter dieser Vermehrung der Religionsstunden muß entweder Deutsch oder Naturkunde leiden. 45 Jahre ist es mit zwei Religionsstunden gegangen und jetzt sollen es auf einmal, ohne daß die Lehrerschaft es gewünscht hat, drei Stunden werden. Wir bedauern, daß in dieser Zeit der Schulwagen nach rückwärts geschoben wird. (Sehr richtig links.) Wir halten den gegenwärtigen Augenblick nicht für geeignet, einen allgemeinen Ausgleich in der Schullastenverteilung vorzunehmen. Wir stehen vor einer gründlichen Umgestaltung unseres gesamten Steuersystems und sollten daher auch den Lastenausgleich einweisen zurückstellen. In der Frage der Teuerungszulagen für Volksschullehrer sind die Verhältnisse in den letzten Tagen noch schlimmer geworden. (Hört! Hört! links.)

Die Notwendigkeit der Schulreform.

Wir müssen nach dem Kriege zu einer Neugestaltung aller Dinge kommen und dazu gehört nicht zuletzt, unseren Kindern bessere Daseinsbedingungen zu verschaffen, als wir sie haben. Kann das aber mit der bisherigen Schulorganisation erreicht werden? Kann bei den jetzigen Schulverhältnissen jeder, ohne Rücksicht auf Herkunft und Vermögen sich die Ausbildung erwerben, die nach seinen Anlagen bei ihm wünschenswert wäre? Ich beantworte diese Frage mit einem glatten Nein. (Sehr richtig links.) Unser Volk hat entsetzliche Verluste erlitten, zahllose Intelligenzen sind vernichtet worden. Unsere Zukunftshoffnungen, die Blüte unserer Jugend, ist dahingerafft. In den ungeheuren wirtschaftlichen Kämpfen nach dem Kriege, die in erster Linie auch mit geistigen Waffen geführt werden müssen, brauchen wir alle geistigen Kräfte, Männer und Frauen. Dann aber muß die freie Bahn für alle Tüchtigen geschaffen sein. Ist diese freie Bahn möglich bei der heutigen Schulverfassung? Ich muß diese Frage mit einem glatten Nein beantworten. (Sehr richtig links.) Aus diesem Verhältnis ergibt sich mit innerer Notwendigkeit, daß die nationale Einheitschule oder der oben Gleichmacherei, keine Schule der Gleichheit, Weltlichkeit und Unparteilichkeit. Wer Einheitschule ist nicht Gleichheit. Die Einheitschule will kein Gelehrtenproletariat schaffen, sie will nur unser gesamtes Unterrichtswesen einheitlich organisieren und jedem Kinde eine feinen geistigen Anlagen entsprechende Ausbildung gewähren. Dieses Lebensziel ist für alle Schulen das gleiche. Das hat auch der Minister anerkannt. Volksschule und höhere Schulen wollen die Entwicklung aller in unserem Volke schlummernden geistigen Kräfte. Alle Schularten erstreben eine nationale Erziehung, und diese nationale Erziehung ist in ihren letzten Zielen die gleiche für Volksschule und höhere Schulen und muß sich gründen auf die nationale Einheitschule. Darin ist sich die ganze Lehrerschaft einig und eine Schulreform gegen den Willen der Lehrerschaft wäre eine Unmöglichkeit. (Sehr richtig links.) Der Uebtritt besonders befähigter Volksschüler in die höheren Schulen muß ganz wesentlich erleichtert werden.

Kultusminister Dr. von Trost zu Solz:

Die Frage einer Reform der Schulverwaltung wird bei der jetzt schwebenden Reform der allgemeinen Verwaltung mitberücksichtigt werden. Im übrigen liegen jetzt anormale Zeiten vor. Da ist es nicht zu verwundern, wenn die Maschinerie des Schulbetriebes einmal nicht ohne jede Hemmung funktioniert. Schularbeit ist Friedensarbeit. Unsere Schule hat sich im allgemeinen den schwierigen Verhältnissen des Krieges vortrefflich angepaßt. Andere Schuljugend und unsere Lehrerschaft haben sich in großem Umfang in den Dienst der Allgemeinheit gestellt, ganz besonders in ländlichen Gebieten. Das wird auch weiter geschehen. Ob es möglich sein würde, im Sommer die Schule zu schließen und dafür den Schulbetrieb im kommenden Winter um so intensiver zu gestalten, erscheint mir zweifelhaft. Natürlich muß den Schülern weitgehend Urlaub gegeben werden, um in der Landwirtschaft zu helfen. Das ist überall zu sehen. Sonst hätte in manchen Gegenden die Kartoffelernte nicht

eingetragen werden können. Weisung, die die Lehrer auf das Feld gezogen. Diese Interessen gehen jetzt vor die Schulinteressen. Vieles sind bereits Kinder aus den Städten und Industriebezirken im Sommer auf das Land verbracht worden. Die Landleute waren anfangs zögernd und ablehnend, haben aber nachher die Kinder wochenlang behalten und an vielen Orten hat sich ein gutes Verhältnis ergeben. Wir sind damit beschäftigt, die Angelegenheit für dieses Jahr noch in stärkerem Maße zu organisieren. Das wird durch dieselben Vereine geschehen, die in vorigen Jahre dafür tätig gewesen sind. Die nachgeordneten Behörden sollen ihre Tätigkeit nach Möglichkeit unterhalten. Für die im Felde befindlichen Lehrer sind Schritte getan worden, um Nachteile von ihnen nach Möglichkeit fernzuhalten. Auch für die im Felde befindlichen Seminaristen werden besondere Vorbereitungsstellen auf die erste Lehrprüfung eingerichtet werden.

Besondere Anerkennung verdienen auch die Beamten der Schulverwaltung, namentlich die Kreis- und Ortschulinspektoren. Sie haben die schwierigsten Verhältnisse ordnen müssen, die der Krieg in den Schulen herbeigeführt hat. (Beifall.) Die Kreisschullehrerkonferenzen können auch im Kriege förderliches wirken. In der letzten Zeit habe ich eine ganze Menge von Seminarlehrern zu Kreis Schulinspektoren ernannt, da gerade eine längere Tätigkeit als Seminarlehrer eine sehr gute Vorbereitung dafür ist.

Es ist wieder von einer Einheitschule gesprochen worden. Die früheren scharfen Gegensätze sind inzwischen zu einem guten Teil überbrückt worden. Noch vor zwei, drei Jahren standen sich die Ansichten scharf gegenüber. Wenn der Vorredner aus meinen gestrigen Ausführungen ein Entgegenkommen für seine Ideen entnehmen zu können glaubte, so sind zu einer Verständigung die Grundlagen eigentlich schon in der Umänderung der Bezeichnung gegeben, die er heute empfohlen hat, indem er nicht mehr von der nationalen Einheitschule, sondern von einer nationalen Schule einseitig sprach. Das wollen wir alle, darüber kann man sich sehr wohl verständigen, daß ein gewisser Zusammenhang zwischen allen unseren Schulen bestehen muß, und daß wir diesen Zusammenhang stärken müssen, soweit das möglich ist, ohne den Zweck der einzelnen Schularten und Schulgattungen zu beschränken oder zu gefährden. Wer wollte da nicht die Hand mit ans Werk legen? Auch aus den Worten des Vorredners Klang doch hervor, daß man auch gegen gewisse grundsätzliche Auffassungen, die bezüglich der Volksschule in weiten Kreisen unseres Volkes und auch auf vielen Bänken dieses Hauses bestehen, nicht angehen will.

Die Heimatkunde nach dem Kriege.

Eine Betrachtung zu unserem Mittelschul-
unterricht von Direktor Dr. Julius Mayer.

Die Lehrstoffverteilung in Geographie ist für die I. Klasse unserer Mittelschulen nicht so, daß der heimatkundliche Unterricht auf eine genügend breite Grundlage gestellt werden könnte. Die Grundbegriffe werden ja allerdings durch die Betrachtung der nächsten Umgebung der Schule gewonnen, sobald jedoch das Kartenlesen halbwegs geübt ist, beginnt die nach meinem Empfinden weit über das Fassungsvermögen des Durchschnittschülers hinausgehende Globuslehre und bald darauf geht im Fluge durch die ganze Welt. Noch viel übler steht die Sache in der Geschichte, wenigstens in den Realschulen. Da muß in der I. Klasse die Geschichte der Orientalen, Griechen und Römer abgehandelt werden, freilich unter besonderer Berücksichtigung der Sagen. 2 1/2 Monate muß man sich dabei ohne Karte behelfen, weil erst um diese Zeit das Kartenlesen im geographischen Unterricht gelehrt wird. Und dann diese Qual mit den fremden Namen! Man wird ja freilich viele Namen streichen und häufig in dem Stile „es war einmal ein König“ erzählen, immerhin machen die verbleibenden noch genug Mühe. Der Inhalt ist allerdings, da er sich häufig auf Kampf und Streit bezieht, der Jugend meist recht genehm, aber andererseits meines Erachtens nicht ganz unbedenklich, da die Griechen über die Ehe wesentlich anders als wir dachten. Wäre es nicht besser, auf dieser Stufe — heimische Sagen zu erzählen und heimische Geschichte zu betreiben? Heimische Geographie und heimische Geschichte, am Schlusse bis zu einer kurzen Uebersicht über den Gesamtstaat fortgeführt, sollte das Hauptziel des Geographie- und Geschichtsunterrichtes in der I. Klasse sein, das auch durch den Stoff des deutschen Lesebuches möglichst zu fördern wäre.

Auch in den höheren Klassen soll die Geographie und Geschichte fremder Gebiete nicht so sehr um ihrer selbst willen betrieben werden, sondern um Vergleichs- und Erläuterungsstoff für das heimische abzugeben. So scheint mir z. B. zur richtigen Erfassung der Entwicklung unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen und innerpolitischen Verhältnisse eine eingehendere Kenntnis der allmählichen Gestaltung des athenischen Staates unerlässlich. Wir müssen uns, meine ich, immer vor Augen halten, daß die Schüler das, was wir ihnen in der Schule übermitteln, größtenteils nur auf Grund des Autoritätsglaubens aufnehmen. Nur in der Heimat kann der Schüler das Mitgeteilte selbst prüfen, ja hier kann jeder einzelne zur wirksamen Sammlung heimatkundlichen Stoffes herangezogen werden. Richtig gestellte Fragen werden die Schüler zur Beobachtung veranlassen, so daß sie nicht mehr achilos und gleichgültig an gewohnten Dingen vorbeigehen. Die Achillosigkeit gegen das Alltägliche, Heimische gilt allerdings nicht bloß von Schülern, sondern leider auch von vielen Erwachsenen, denn viele haben zwar Augen, aber sie sehen nicht. Das beobachten, denken und selbständig urteilen Lernen ist der erste praktische Gewinn des heimatkundlichen Unterrichtes. In einer Zeit, wo für viele die Frage der Nützlichkeit von dem Standpunkte der klingenden Münze beurteilt wird, muß diese Schärfung des Denkvermögens als besonders wichtig angesehen werden. Anderen wird freilich der ideale Wert der Heimatkunde höher gelten, der darin besteht, daß im allgemeinen die Wertschätzung der Heimat um so größer wird, je genauer man sie kennen lernt, wenn sie einem zu einem lieben guten Bekannten wird. Die Kenntnis der Heimat ist die beste Grundlage der Heimatliebe, auf der die meisten anderen staatsbürgerlichen Vorzüge der Menschen beruhen.

Wenn aber bei fortschreitendem Unterrichte die Kenntnis der Heimat immer sorgfältiger wird, wenn insbesondere ein Bild der Entwicklung des wirtschaftlichen und politischen Lebens und der gegenwärtigen

Verhältnisse geboten wird, so ergibt sich als Schlußstein des heimatkundlichen Unterrichtes wieder ein sehr praktischer Gewinn. Die Beantwortung der Fragen: Inwiefern sind wir in unserer Lebensführung auf Nachbargebenden angewiesen, inwiefern auf das Ausland, wie können wir uns vom feindlichen Auslande frei machen? dürften am Schlusse einer richtig durchgeführten Heimatkunde nicht fehlen. Denn sie werden nur verbessern, auch die Mängel, welche uns anhaften, einer genaueren Würdigung zu unterziehen. Die Betrachtung des Wirtschaftslebens unserer Heimat in früheren Zeiten wird uns erkennen lassen, daß unsere Altvordern in wirtschaftlicher Hinsicht im allgemeinen viel selbständiger waren als wir, ja, sein mußten, schon mit Rücksicht auf die Unzulänglichkeit der Verkehrsmittel. Daher war man auch ehemals in der Durchführung von Verproviantierungsmaßregeln viel gewandter. Die Steigerung des Verkehrs hat uns immer abhängiger von fremden Gebieten gemacht. Der Weltkrieg hat uns genötigt, wieder größtenteils zum alten, in sich geschlossenen Wirtschaftsbetrieb zurückzukehren. Eine genaue Kenntnis der alten Verproviantierungsmaßregeln hätte uns manche fehlerhafte und schädliche Versuche erspart. So gab es im 16. und 17. Jahrhundert im Eisen- und Proviantwesen unserer Alpenländer zwar auch Höchstpreise, aber in Verbindung mit dem Lieferungs-
zwang!

Je unabhängiger wir uns in wirtschaftlicher Hinsicht vom Fremden machen wollen, desto mehr sind wir auf uns selbst angewiesen, was bei richtiger Durchführung der Maßregeln zur wechselseitigen Achtung der Stände, die in der Heimat zu einem Ganzen verbunden sind, führen, und den elenden Kastengeist, der uns vielfach beherrscht, beseitigen muß.

Heute ist ein solcher Betrieb der Heimatkunde, der natürlich auch viel statistisches Material erfordert, in den Schulen noch kaum durchführbar. Landes- und Schulinspektor Dr. Anton Becker pflegt mit sehr großem Erfolg unter der Lehrerschaft der Volks- und Bürgerschulen Wiens den Betrieb der Heimatkunde, und so ist zu hoffen, daß hier die künftige Generation die Heimat genauer kennen werde, als die schon erwachsene. Aber auch in dieser brauchte das Interesse bloß in entsprechender Weise geweckt zu werden. Universitätskurse, manche Vereine wirken bereits in dieser Richtung, doch muß dabei immer darauf geachtet werden, daß der Stoff der jeweiligen Mehrzahl der Zuhörer verständlich dargeboten werde. Die Darbietungen über den gleichen Gegenstand, z. B. über die Beeinflussung des Landschaftsbildes durch den Menschen werden in einem Vortrage im Verein für Landeskunde in Niederösterreich in Wien anders sein müssen als in St. Peter i. d. Au oder in Groß-Gollenstein. Auch in der Urania hat Dr. Becker für heimatkundliche Lichtbildervorträge lebhaftes Interesse erweckt. Könnte man aber nicht auch von Seite der Unterrichtsbehörden die verschiedenen Kinos in Wien und auf dem Lande verhalten, ab und zu statt aufregender und mindestens für die Jugend unpassender Dramen Heimatbilder mit entsprechender Erläuterung zu bringen? So könnte dieses weitverbreitete Volksbildungsmittel dazu benützt werden, daß auch nach der schrecklichen Kriegszeit das Dichterwort wahr bliebe: „Ja, der Dösterreicher hat ein Vaterland und liebt's und hat auch Urjach', es zu lieben“.

H. III. 1917

Die Aufgaben der Schule nach dem Kriege.

GN. Bürgerschuldirektor Andreas Maher sprach am letzten Mittwochabend des Neubauer Wählervereines über die Aufgaben, welche der Schule nach dem Kriege harren. Die Schulfrage interessiert heute nicht allein diejenigen, die mit der Schule zu tun haben, oder deren Kinder noch die Schule besuchen. Redner wies namentlich auf die Zeiten der Inkraftsetzung des Reichsvolksschulgesetzes hin, durch das der sittlich-religiösen Erziehung in der Schule eine große Gefahr entstand. Die Feinde der Religion, die Freimaurer und ihr Anhang hatten es damals schon beinahe dazu gebracht, daß die Religion, die Christusbilder und Kreuztische ganz aus der Schule hinausgeworfen werden und dieser Geist erfäße einen großen Teil der Lehrerschaft. Erst die Gesetze-Novelle konnte der religiösen Verwüstung noch Einhalt gebieten. Der Redner stellte schließlich für die Schule nach dem Kriege folgende Forderungen auf: Aufmerksam gemacht und belehrt durch die hohe Sterblichkeit der Kinder im ersten Jahre (von 100 Kindern 20) erhöhte Sorge für die Pflege der Säuglinge und körperliche Ausbildung der Kinder; gesunde Wohnungen, natürliche und ausreichende Ernährung. Es ist gefehlt, erst dann Tuberkulosenheime zu bauen, bis die Jugend schon siech ist, man muß richtig vorbeugen, durch gesunde Wohnungen und gute Kost, daß die Jugend nicht tuberkulös wird. Ferner müssen Kinderheime und Tagesstätten, Ferienkolonien, auch Krippen, Horte usw. errichtet, Bewegung und Arbeit im Freien gepflegt werden. Auch nach der Schule soll die Führung des Kindes nicht aus der Hand gegeben werden; sie soll in den Jugendhorten, Jugendwehren u. dgl. ihre praktische Fortsetzung finden. Eine schöne Kriegseinrichtung der Schule: die Schüler-Kriegsgemüsegärten sollen auch nach dem Kriege in die Friedenszeit als ständige Einrichtung der Schule mit hinübergenommen werden, da sie sich als nützliche wie auch praktische, lehrreiche und anregende Betätigung der Jugend erwiesen haben.

Neben der körperlichen Erziehung der Jugend muß auch ihre sittlich-religiöse Erziehung sowie der vaterländische und nationale Geist gehoben werden. Die Liebe zu Gott, Kaiser und Vaterland muß wieder mehr der Jugend eingeprägt werden, dazu brauchen wir aber auch gute, deutsche und österreichisch geschriebene Lehr- und Lesebücher. Der Weltkrieg bietet Stoff genug, um unserer Schuljugend die Größe Oesterreichs in Wort und Bild vorzuführen. Niemals aber dürfen unsere deutschen Lesebücher so vaterlands- und volksfremd geschrieben werden wie vor dem Kriege. Für die Schule nach dem Kriege fordern wir aber auch strengere Disziplinar-mittel, denn der Krieg hat uns eine starke Verrohung der Jugend gebracht, die teils durch den lückenhaften Unterricht, die durch Verhältnisse oft bedingte zeitliche Selbstständigkeit vieler Kinder, wie auch durch den Kinounfug entstanden ist. Nur durch ausreichende Strafmittel kann die Achtung vor den Eltern und den Vorgesetzten, vor der Schule, vor der Kirche und vor den Behörden erhalten werden. Es sollen auch mehr Zwangserziehungsanstalten gebaut werden und fehlgeratene Kinder gleich anfangs zur wirklichen Besserung und Erhaltung für die Gesellschaft dort untergebracht werden, nicht erst bis sie wirkliche Laugenichtse, Diebe usw. geworden sind, die nur schwer mehr auf den rechten Weg gebracht werden können.

Als weitere Forderungspunkte stellte Direktor Maher noch auf: Hebung des Sprach- und Rechenunterrichtes durch mehr Sprachübungen und mündliche Rechnen, Einschränkung des theoretischen Unterrichtes, Betonung der Selbsttätigkeit, Aneiferung zur Arbeit usw. Der Vortrag, dem zahlreiche Mandatäre und ein großer Lehrerkreis beimohnten, wurde mit großem Beifall aufgenommen.

9. III. 1917

Auszeichnungen und Beeidigungen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner überreichte gestern im Rathause eine Reihe von Auszeichnungen. Vorerst überreichte der Bürgermeister Diplome an die Armenräte des 8. Bezirkes Alfons von Koscielni, Anton Löw, Karl Lubenow, Dr. Karl Tige; an die Armenräte des 16. Bezirkes Gottlieb Gödel, Leopold Großmann, Georg Hoyer, Josef Knap, Hans Ritschauer, Leopold Seif, Adolf Schinle, Johann Schtopany und Bezirksrat Franz Tichy, sowie an die Ortsschulräte des 9. Bezirkes Raimund Daniel, Oberbaurat Dr. Franz Kavau, Ludwig Liebing und Bezirksrat Ludwig Pelzer. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hielt an die Ausgezeichneten eine Ansprache, in welcher er ausführte: In diesen harten Zeiten ist die arme Bevölkerung arg bedrängt und der Begriff Armut steigt immer höher und höher. Was unter normalen Verhältnissen noch als ausreichend zur Lebenshaltung galt, ist durch die Ereignisse längst überholt und immer mehr Bevölkerungsschichten ziehen ein in den Kreis derer, die wir als minderbemittelt der sozialen und charitativen Hilfe würdig erachten müssen. Mit tiefem Bedauern sehen wir, wie unsere Jugend verwildert und wie sich Erscheinungen zeigen, die ich gerade in unserem lieben Wien nicht für möglich gehalten hätte. Der Schuldienst ist durch die Kriegsverhältnisse reduziert und auch andere Umstände bringen es mit sich, daß die Kinder nicht jene Erziehung genießen, die ich für den Aufbau der Gesellschaft in künftigen Zeiten für notwendig erachte. Lassen Sie sich nicht abhalten, auch weiter Ihre Kräfte in den Dienst der Schule zu stellen, so Gott will kommen wir ja doch in absehbarer Zeit in andere Zeiten, wo wir in Friedenswerken wieder aufbauen können zur Ehre und Ansehen und zum Ruhme unserer geliebten Vaterstadt. Nach der Angelobung von neuen Mitgliedern der Mitternachtskommission nahm Bürgermeister Dr. Weiskirchner im GemeinderatssitzungsSaale die Beeidigung neuernannter Bürger vor.

8-

0

-

12. III. 1917

Abhaltung der Verständigung zwischen Stadt und Land.

Anlässlich des Vortrages Elisabeth Böhm über die Frau in Stadt und Land wurde im Kreise der Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs („RoHö“) die Abhaltung vollständiger landwirtschaftlicher Kurse und Vorträge beschlossen und eine diesbezügliche Eingabe an die Hochschule für Bodenkultur gerichtet. Nunmehr teilt das Rektorat in einem außerordentlich interessanten Schreiben an die „RoHö“ mit, daß das Professorenkollegium dieser Hochschule die angestrebte Verständigung zwischen Land und Stadt, besonders die Aufklärung der Frauen über die

das warmste begrüße und gerne bereit sei, nach Maßgabe der Verhältnisse an dieser Aktion mitzuwirken.

Besüglich der Abhaltung vollständiger Kurse wird angeregt, mit der „Deutscher Landwirthe-Gesellschaft für Österreich“ in Fühlung zu treten, welche im innigsten Kontakt mit der Hochschule für Bodenkultur steht.

Das Professorenkollegium der Hochschule für Bodenkultur ist der Ansicht, daß eigentlich jede Frau mit Rücksicht auf die Verwendung der landwirtschaftlichen Produkte in der Küche und auf die Erfüllung der Ansprüche einer richtigen Ernährung mit den Elementen der Landwirtschaft vertraut sein sollte und empfiehlt, daß in den Bürgerschulen und Mädchen-Fortbildungs- und Mittelschulen die Grundbegriffe der landwirtschaftlichen Produktion und der Ernährung gelehrt werden.

Die Hochschule für Bodenkultur empfiehlt für Frauen neben der Abhaltung von Vorträgen und in Verbindung mit denselben den praktischen Unterricht auf dem Wege der Demonstration und Übung in einem landwirtschaftlichen Betriebe. Zu diesem Zwecke solle die „RoHö“, die durch die Errichtung einer Geflügelfarm ja schon einen Schritt in dieser Richtung gemacht hat, eine entsprechend geeignete Wirtschaft erwerben oder pachten, in welcher eine Zahl von Frauen durch eine geeignete Lehrkraft, zum Beispiel durch eine für das Lehramt an landwirtschaftlichen Schulen geprüfte Persönlichkeit in die landwirtschaftliche Praxis eingeführt würde. Die Hochschule für Bodenkultur stellt zum Zwecke einer Probe ihre Versuchswirtschaft in Groß-Enzersdorf der „RoHö“ in der Weise zur Verfügung, daß etwa drei bis vier Frauen dort unter noch zu bestimmenden Modalitäten in die landwirtschaftliche Praxis eingeführt werden. Das Professorenkollegium meint, das Einberufen und Zusammenwirken von Produktion und Konsumtion ist eine wichtige Voraussetzung für Bezug und Absatz.

Weg und Ziel, wie sie das Schreiben des Rektorates andeuten, sollen getreulich angestrebt werden. Die Abhaltung vierwöchentlich landwirtschaftlicher Kurse (dreimal wöchentlich je zwei Stunden) zur Abhaltung der Verständigung zwischen Stadt und Land, veranstaltet von der „RoHö“ im Einberufen mit der Hochschule für Bodenkultur und der Deutschen Landwirthe-Gesellschaft für Österreich, sind in Vorbereitung begriffen. Herr Professor Dr. Ostermann („Deutscher“) hat es freundlich übernommen, das Programm auszuarbeiten und sich mit den Referenten ins Einberufen zu setzen. Die Angelegenheit der praktischen kleinen Studiengruppe in Groß-Enzersdorf ruht in den Händen des der ganzen Verständigungsfrage und dem Aufklärungsproblem so wohlgesinnten Referenten Herrn Hofrat Professor Dr. von Liebenberg.

*) Vormerkung für diese Kurse von Mädchen und Frauen in Wien und in unseren Ortsgruppen sind an die Kanzlei, 1. Bz., Albelungengasse 7, Abteilung „Landwirtschaftliche Kurse“ zu richten.

Mit der Leitung der „Deutscher“ sind auch bezüglich ihrer Abteilung „Bezug und Absatz“ sowohl für Wien als auch für alle Ortsgruppen Verhandlungen im Zuge.

Landarbeit höherer Schüler.

Von

Prof. Dr. Paul Hilbebrandt.

In einem Augenblick, in dem die Frühjahrsbestellung des Landes dringend Hilfskräfte erheischt, wendet sich der Unterrichtsminister durch die Vermittlung der höheren Schulen an die Opferwilligkeit der Eltern. Ihre Söhne sollen sich, soweit sie das 16. Lebensjahr vollendet haben und körperlich genügend entwickelt sind, an den landwirtschaftlichen Hilfsarbeiten beteiligen. Zum Durchhalten gehört augenblicklich vor allen Dingen die Ermöglichung starker landwirtschaftlicher Erzeugung, also die Unterstützung der Landwirtschaft durch Arbeitskräfte. Das Opfer kommt auch wieder Eltern und Kindern dadurch zugute, daß die Städte besser versorgt werden können.

Der Minister hat, wohl in der Voraussetzung, daß der Hilfsdienst schon mit dem Anfang des März beginnen könnte, bestimmt, daß das Verfehrzeugnis vorzeitig ausgestellt werden könnte. Der landwirtschaftliche Dienst wird jedoch voraussichtlich erst gegen Ende des März beginnen, wo die Verfehrung schon vorbei ist. Dagegen könnten die Schüler, die die Verfehrung schon vorbei ist, erreicht haben, nach dem Wortlaute der Verfügung die Notreiseprüfung machen. Allerdings erhalten sie das Reisezeugnis erst zu dem Zeitpunkt, an dem sie bei weiterem Besuch der Anstalt die Prüfung abgelegt haben würden, unter der Voraussetzung, daß sie bis dahin im landwirtschaftlichen Dienst geblieben sind. Noch wichtiger wird diese Bestimmung werden, wenn, wie zu erwarten steht, auch bei der Sommerernte Schüler zur Beteiligung aufgefordert werden.

Den jungen Leuten werden gesunde Unterbringung und Verpflegung und freie Hin- und Rückfahrt in Aussicht gestellt. Dringend zu wünschen wäre, daß ihnen ein ihren Leistungen entsprechender Tagelohn gezahlt würde, damit nicht etwa die Meinung Platz greift, es handele sich um eine Ausnutzung der jugendlichen Kräfte.

Die jungen Leute sollen in größeren Trupps zusammenbleiben: sie können deshalb nur größeren Gütern zugeteilt werden. Eine Ueberweisung an einzelne Bauern würde außerordentlich gefährlich sein: Nicht nur, daß die größeren Besitzer viel eher und besser für Unterkunft und Nahrung sorgen können — gewisse sittliche Gefahren werden bei ihnen auch gar nicht in Frage kommen, die bei einem Kleinbetriebe recht nahe lägen.

Die schwierigste Frage wird die der Beaufsichtigung sein. Die Kolonne muß fest zusammengehalten werden, deshalb hebt auch das Provinzialschulkollegium hervor, daß sie innerhalb der Schulzeit bleiben müsse. Am besten wäre es, wenn die Jugendorganisationen, also der Wandervogel oder die militärische Vorbereitung, die Führer stellten: junge Leute, die schon dafür ausgebildet sind und denen ihre Kameraden gehorchen müssen. Tun sie es nicht, so werden sie eben kurzer Hand nach Hause zurückgeschickt. Als oberste Instanz für Berufungen von der einen oder anderen Seite würde dann vielleicht ein Lehrer genügen, der sich tageweise an den verschiedenen Plätzen aufhielte und die Streitigkeiten schlichtete. Es wäre ja doch auch denkbar, daß einmal ein Führer unrecht hätte. Auch dieser müßte dann unauffällig entsetzt werden. Streitigkeiten zwischen der Kolonne als solcher und der Gutsherrschaft, Beschwerden usw. müßten ebenfalls vom Lehrer, natürlich das nötige Taktgefühl und die nötige Energie vorausgesetzt, geregelt werden. Die Lehrkräfte, die durch die Verfehrung der Schüler auf das Land im Dienste entlastet werden, sind natürlich auch anderweitig zum Hilfsdienst heranzuziehen.

Die Beschaffung der notwendigen Kleidung, namentlich dauerhafter Anzüge fällt dem Elternhause zur Last. Die jungen Leute werden am besten tun, sich für die Landarbeit draußen Holzschuhe anzuschaffen, die billig und außerordentlich dauerhaft sind. Im übrigen würden auch ihre Stadttiefel nicht allzu sehr leiden, weil sie ja durch den weichen Boden viel weniger abgenutzt werden als durch das Straßenpflaster.

Dringend eingeschärft aber muß den jungen Leuten werden, daß es sich nicht nur um ein Vergnügen sondern um eine sehr ernste Arbeit handelt, die sie im Interesse des Vaterlandes zu verrichten haben. Die wohlthätigen Folgen des Lebens in der freien Luft, der körperlichen Arbeit und des naturgemäßen, gesunden Lebens werden sich an unseren Jungen hoffentlich recht wirksam zeigen, und so mancher von ihnen, der jetzt recht bleich ins Leben hineinschaut, wird mit roten Pausbacken zurückkommen. Gerade deshalb aber sollten die Meldungen bei der Schule sofort und recht zahlreich einlaufen.

18. III. 1917

Die Frauen an der Wiener Universität im Kriege.

Aus einer Unterredung mit Professor Dr. Reisch,
Rektor der Wiener Universität.

Schon vor Ausbruch des Krieges stieg die Zahl der an den Universitäten inskribierten weiblichen Hörer von Jahr zu Jahr. Es gab noch in der Öffentlichkeit verschiedentlich ein Für und Wider gegenüber dem Frauenstudium, ja es gab sogar erhitzte Debatten. Diese währten auch zu Beginn des Krieges, zumal man anführte, daß der Umstand zu berücksichtigen sei, daß die Studenten jetzt ihr Studium nicht fortsetzen könnten, da sie draußen im Felde dem Ruße des Vaterlandes gefolgt sind. Nun sind aber die beiden Fakultäten unserer Universität, die philosophische und medizinische, den Frauen ungehindert zugänglich, während der Zutritt zur juristischen Fakultät für sie vorderhand verwehrt ist. Nach dem Kriege ist zu erwarten, daß sich diese Frage eher noch zuspitzen wird.

Während des Krieges ist die Zahl der studierenden Frauen an der Universität — wie auch an allen übrigen österreichischen und reichsdeutschen Universitäten — bedeutend gestiegen. Auch nach dem Kriege wird es sicherlich eine große Anzahl von Frauen geben, die genötigt sein werden, sich durch Berufsarbeiten ihren Unterhalt zu sichern, weil es weniger verheiratete Frauen geben wird. Andererseits muß auch vermieden werden, daß den aus dem Felde zurückkehrenden Studenten die Stellen vorweg genommen werden. Allerdings ist anzunehmen, daß nach dem Kriege — besonders im medizinischen Beruf — für Männer wie für Frauen Raum genug sein wird. Es wird gleich nach dem Krieg eine Fülle von Arbeiten da sein, zu deren Ausführung man nicht genug Leute haben wird. Es ist jedenfalls interessant, daß auch die reichsdeutschen Universitäten einen Aufschwung in der Zahl der studierenden Frauen haben. Im Wintersemester 1914/15, also im ersten Kriegsjahr, hatten von 18.000 Studierenden an allen deutschen Universitäten 3800 Frauen inskribiert, im Herbst 1916, also im dritten Kriegsjahr, studierten bereits von 12.650 Hörern 5620 Frauen. Wo auch draußen ist die Zahl der studierenden Frauen außerordentlich gewachsen, das Zahlenverhältnis hat sich auch draußen in ungefähr gleichem Maße wie bei uns verschoben. Im großen und ganzen dürfte in der Zeit nach dem Krieg durch die großen Verluste und großen Bedürfnisse für die studierenden Männer und Frauen Platz genug sein. Besonders entsprechen die an der medizinischen Fakultät studierenden Frauen den Anforderungen voll. Am heftigsten dürfte der Kampf dann entbrennen, wenn die Frauen auch auf die juristische Fakultät werden zugelassen werden wollen, denn hier werden sie eine tatsächliche Konkurrenz darstellen.

Nun lassen wir die Zahlen sprechen:

Während im Friedenssemester Winter 1912/13 auf der Wiener medizinischen Fakultät von 2505 ordentlichen Hörern nur 152 Frauen waren, stieg die Zahl der studierenden Frauen auf derselben Fakultät im ersten Kriegsemester — Winter 1914/15 — auf 320 von nur 1470 Hörern. Absolut ging natürlicherweise die Zahl der inskribierten Mediziner von nun an zurück und erreichte mit 1053 Hörern im Sommersemester 1916 einen noch nicht dagewesenen Tiefstand. Davon waren aber schon 410 Frauen. Ähnlich auf der philosophischen Fakultät, der zweiten für die Frau bis jetzt zugänglichen. Die korrespondierenden Zahlen sind: Wintersemester 1912/1913 von 1902 ordentlichen Hörern 285 Frauen; 1. Kriegsemester, Winter 1914/1915, von 1338 Hörern schon 497 Frauen und im letzten Sommersemester (1916) von nur 1017 Hörern nicht weniger als 481 Frauen. Zusammen: Im Friedenssemester Winter 1912/1913 waren an der Wiener Universität in den beiden Fakultäten (einschließlich der außerordentlichen Hörer, wie medizinischen Frequentanten und Pharmazeuten) 5762 inskribierte Hörer und davon 736 Frauen. Im ersten Kriegsemester — Winter 1914/1915 — fiel die Zahl auf 3292 Inskribierte, wovon aber bereits 994 Frauen sind, und im letzten Sommersemester 1916 sind es nur noch 2394 inskribierte Hörer und davon nicht weniger als 1033 — also fast die Hälfte von 21 1000

19. III. 1917

*** Die Wiener Volksbildungsarbeit im Kriege.** Nach mehr als dreimonatiger Kriegstätigkeit kann der Wiener Volksbildungsverein im dreißigsten Jahre seines Bestandes auf Erfolge hinweisen, die jeden Freund und Förderer der Volksbildung mit Freude erfüllen müssen. Wenn der Wiener Volksbildungsverein wie gleichstrebende Vereine am Kriegsbeginn vor einer äußerst kritischen Lage stand, so kann jetzt gesagt werden, daß es nicht nur gelungen ist, alle Betriebszweige aufrecht zu erhalten, sondern auch einzelne im Weltkrieg zu ungeahnter Blüte zu bringen. Dies gilt insbesondere vom

Vortrags-, Vorlesungs- und Konzertwesen, das sich mit wertvoller und selbstloser Unterstützung der hervorragendsten Kräfte in jedem Sinne ergebnisreich gestaltete. Bemerkenswert ist ferner, daß die über ganz Wien verteilten **B o I S s h i b I i o t h e k e n**, die jedem Mitglied des Vereines mit einem Jahresbeitrag von nur 2 Kronen frei zugänglich sind, dank der modernen Ausgestaltung und Ausstattung mit den neuesten Büchern einen Leserspruch aufweisen, wie er niemals in Friedenszeiten zu verzeichnen war. So ist, um nur zwei Beispiele zu erwähnen, in der **Landstraber Volksbibliothek** die Summe der Entlehnungen von Ende Jänner 1916 bis Ende Jänner 1917 um nahezu 25.000, in **Dittling** in derselben Zeit um nahezu 45.000 Bände gestiegen. Trotz des Krieges dauert auch die Arbeit des **Jugendchriftenausschusses** fort, dessen Auswahlbibliothek in den gaslich zur Verfügung gestellten Räumen des „**Concorbia**“-Aubs, seitens aller, die um gute und sorgfältig ausgewählte Lektüre für die Jugend aller Altersklassen besorgt sind, andauernd starke Nachfrage findet. Fern von seinen sachungsmäßigen Aufgaben betreibt der **Wiener Volksbildungsverein**, in der Ueberzeugung, daß sich niemand während des Krieges den humanitären Aufgaben des Hinterlandes entziehen dürfe, seit Kriegsbeginn in seinem Volksbildungshause einen **Kinderhort**, der täglich 120 bis 150 Kindern von Gefallenen, Verschollenen und Arbeitslosen Beschäftigung unter Aufsicht von Lehrpersonen und die Mahlzeiten bietet.

Die Staatschule.

(Von einem Abgeordneten.)

Durch den Krieg sind tiefe Schäden und Mängel des österreichischen Volksschulwesens augenscheinlich geworden. Daher erscholl zuerst aus der Armee im Feld der Ruf nach gründlicher Verbesserung und vor allem nach Beseitigung der Kronlandsbehandlung unserer Volks- und Bürgerschulen. Das Problem ist nicht etwa neu, es stand schon lange auf der Tagesordnung der Beratungen der Lehrerschaft Oesterreichs. Aber außer den berufsmäßigen Teilnehmern kümmerte sich fast niemand darum, nicht einmal die zunftmäßigen Politiker. Von nun ab kann sich jedoch kein Mensch in öffentlicher Stellung um die Frage herumdrücken, denn sie ist zu einer der wichtigsten des Staates geworden, ihre richtige Lösung gehört mit unter die Lebensbedingungen unserer staatlichen Zukunft. Es erheben sich viele Stimmen für die Abschaffung der bisherigen Länderautonomie, weil — so wird behauptet — ein starker Staat auf der

alten Kronlandsgrundlage nicht bestehen könne. Dagegen wird von den Vertretern der Autonomie eingewendet, daß die Selbstverwaltung der Länder denn doch ihre großen Vorzüge habe und sich mit der Stärkung der Zentralgewalt wohl vereinbaren ließe. Beide Teile treffen sich aber in der Forderung, daß der Staat das gesamte Schulwesen in die Hand nehmen müsse. Selbst die stärksten deutschen Autonomisten können sich der Berechtigung dieses Begehrens nicht verschließen. Es entspringt aus den Lehren des Krieges; wer die Rückständigkeiten in unserem Kulturleben beseitigen, wer ein festgegründetes Oesterreich will, kann nicht anders, als sich für die Verstaatlichung der Volks- und Bürgerschule zu erklären.

Der Deutschösterreichische Lehrerbund, in dem die Meinungen bis vor dem Kriege ebenfalls nicht geklärt und sehr geteilt waren, hat sich in der vorjährigen Tagung in Linz für die Verstaatlichung als eine der ersten Bedingungen zur Gesundung und Kräftigung Oesterreichs nach dem Weltkriege ausgesprochen und legt jetzt in einer Denkschrift die Gründe dar, welche für die damalige Entschliebung maßgebend gewesen sind. Es wird zunächst der alte, aber in Vergessenheit geratene Grundsatz in Erinnerung gebracht, daß die Schule, das gesamte öffentliche Bildungswesen ein Politikum ist und bleibt. Nur wenn der Staat mit aller Umsicht und Lokkraft Erziehung und Unterricht regelt, nur dann kann er allen Staatsbürgern jene Bildung vermitteln, die der jeweilige Kultur- und Rechtsstandpunkt fordert. Auf diesem Grundsatz beruht unser Reichsvolksschulgesetz. Leider hat sich der Staat gerade auf diesem Gebiete die Macht einwinden lassen, Länder und Gemeinden nahmen die Schule für sich in Anspruch, ohne daß sie in der Lage sind, zur Bestreitung der Kosten die nötigen Mittel aus eigenem aufzubringen. Daher gestaltete sich die Pflege der Schule ganz ungleich, daraus erklären sich die verschiedenartigen Ergebnisse des Volksschulunterrichtes, von der durchaus modernen Ausbildung der Jugend bis zum zurückgebliebensten Analphabetismus.

Die erwähnte Denkschrift weist auch auf die große Verschiedenheit in der Besoldung und disziplinarer Behandlung der Lehrerschaft hin. Wenn irgendeine Aenderung auf diesen Gebieten notwendig wird, dann wird sie in Oesterreich an siebzehn Stellen beraten und auf ebensoviele verschiedene Weisen geregelt. Mit Zug und Recht erklärt deshalb der Lehrerbund: „Die Feststellung der Grundsätze für das Volksschulwesen in Oesterreich durch ein Reichsgesetz, durch den Staat, hat in der Durchführung durch die Länder fast die vollständige Grundsatzlosigkeit gezeitigt. Die bestehende Kompetenzverteilung zwischen Reich und Land hat eine Zerfahrenheit geschaffen, die niemals durch die geographische, ethnographische oder kulturelle Verschiedenheit der Kronländer begründet werden kann, und die eine unheilvolle Unruhe und Zerrissenheit in Lehrerschaft und Schule, und damit in die Bildung und Gesinnung der Bevölkerung trägt.“

Mit aller Entschiedenheit vertritt die Denkschrift die Einführung der nationalen Autonomie im Schulwesen. Die nationale Autonomie würde im Gegenteil den Prozeß der Zerklüftung, der durch den Krieg aufgedeckt worden ist, weiter fortsetzen, nur die Verstaatlichung, die einheitliche Führung der Schule vermag ihm zu steuern und den Staatsgedanken überall wachzurufen. Die Leitung des Lehrerbundes wendet sich an alle deutschen politischen Parteien in der Erwartung, daß sie die von der gesamten deutschen Lehrerschaft erhobene Forderung nach der Staatschule hören und mit allem Nachdruck vertreten werden.

Bekanntermaßen beschäftigt sich die Regierung schon seit längerer Zeit mit dieser ungemein schwierigen Frage. Sie wird gelöst werden, weil sie gelöst werden muß zum Besten des Staates und seiner Völker! Auch vom Reichsrat darf verlangt werden, daß er sich nach seinem Zusammentreten baldigst damit befasse. Es wäre eine schöne und denkwürdige Aufgabe für alle Parteien, und alle Völker würden ihnen danken bis in die fernsten Tage.

24. III. 1917

Berliner Schulen für Hochbegabte. Man schreibt uns: Die Stadt Berlin beabsichtigt noch in diesem Jahre neue Schulformen einzuführen, die den Aufstieg von Hochbegabten aus der Volksschule in die höheren Schulen ermöglichen sollen. An die sieben Pflichtklassen der Berliner Volksschulen, also nicht an die achte Oberklasse, soll sich ein Realgymnasium anschließen, das in sechs Jahren zur Reifeprüfung führt. Diese Anstalt soll besonders begabten Schülern aller Volksschulen offen stehen. Nach dem zweiten Schuljahr dieses Realgymnasiums wird sich ein

humanistischer Kursus abzweigen, der in vier Jahren zur Reifeprüfung eines humanistischen Gymnasiums führt. Die Lehrpläne sind ähnlich gedacht wie bei den Reformgymnasien. Außerdem wird eine verkürzte Realschule ins Leben gerufen werden, in die ebenfalls besonders begabte Volksschüler aufgenommen werden. Diese Schule soll in dreijähriger Ausbildung mit einem Lehrplan der Realschule die Schüler für gewerbliche Fächer, als Handwerker, Kaufleute und Industrielle Vorbilden, so daß sie beim Austritt aus der Schule als Lehrlinge in gewerbliche Betriebe eintreten können. Im letzten Schuljahr wird ein besonderer Kursus für Buchführung und kaufmännische Kunde eingeführt. Diese Schule kann außerdem die Reife gewähren für die Obersekunda der Oberrealschule. Die Aufnahme in die Schulen erfolgt ohne Unterschied, ob der Schüler Schulgeld bezahlen kann oder nicht. Die Zahl der Freistellen ist nicht begrenzt. Außerdem werden freie Lehrmittel gewährt werden. Bedürftigen und würdigen Schülern kann nach einjährigem Besuch der Schule ein Stipendium von 300 Mark jährlich gewährt werden.

Der Autogrammbettel.

Die Belästigungen der Heerführer.

Vor kurzem wurde ein an den Wiener Bürgermeister gerichtetes Schreiben des Adjutanten Hindenburgs veröffentlicht, in dem darauf verwiesen wurde, daß an die Adresse des Feldmarschalls zahllose Bitten um Autogramme, besonders aus Wiener Schülerkreisen eintreffen, und daß Hindenburg natürlich nicht in der Lage sei, diesen Bitten zu willfahren. Es mögen daher weitere solche Schreiben, die nur Zeitverlust und zwecklose Mühe verursachen, unterlassen werden. In den Wiener Volks- und Bürgerschulen wurde über Antrag des Bürgermeisters daraufhin die Schulpflicht entsprechend belehrt und ihr eingeschärft, diesen Unfug in Zukunft bleiben zu lassen.

Nun erhalten wir von maßgebender Stelle die folgende Mitteilung:

Die Bitten von Schülern und Schülerinnen an hervorragende Persönlichkeiten der Armee um Autogramme können nachgerade bereits als Unfug bezeichnet werden, der eine Steigerung nicht verträgt. Abgesehen von der Belästigung einzelner besonders beschäftigter Persönlichkeiten bringt die Unsitte der Autogrammbettelei auch eine unverzeihliche Mehrbelastung der vielgeplagten Feldpost und einen unnötigen Papierverbrauch in Zeiten des Papiermangels mit sich. In diesem Sinne nachdrücklich aufklärend zu wirken, wäre Pflicht der Eltern und Lehrer! Die Jugend bezeige den Führern in großer Zeit ihre Verehrung durch Nachahmung ihres Beispiels und durch Mitarbeit am vaterländischen Werke im Rahmen der kindlichen Kraft, nicht aber durch gedankenlos und rein mechanisch niedergeschriebene Autogrammbitten.

Zeitung.

1917
27 März**Kriegsbeschädigte Abiturienten.**

Von

Prof. Dr. Paul Hilbebrandt.

Im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium ging gestern der erste Kriegsbeschädigten-Kursus zu Ende. Alle 7 Teilnehmer bestanden die Reifeprüfung.

Der Entschluß des preußischen Kultusministers, den Kriegs-Primanern erst nach einem abgekürzten Kursus und anschließender Reifeprüfung das Reifezeugnis zu geben, steht fest. Es lag nahe, wenn man die Einwürfe der Gegner beurteilen wollte, die nach süddeutschem Muster die Verleihung des Reifezeugnisses ohne Lehrzeit verlangten, die Kurse zu besuchen, die jetzt in Berlin und Charlottenburg für Kriegsbeschädigte errichtet sind. Für Gymnasiasten findet ein Lehrgang im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium statt, für Realgymnasiasten im Kaiser-Wilhelm-Real-Gymnasium, für Oberreal-Schüler an der Siemens-Ober-Realschule.

So gar nicht schulmäßig geht es in diesen Lehrgängen her. Zwar — der Lehrer sitzt auf dem Katheder und die Schüler vor ihm — in einem Kursus sehr richtig nicht auf Bänken, sondern auf Stühlen an großen Tischen — aber weder in den Formen, noch im Inhalt findet man das „Schulbankdrücken“, dessen Furchterlichkeit die Kursusgegner immer schwarz in schwarz malen. „Herr Müller, wollen Sie freundlichst übersehen! Bitte, sagen Sie, ob Sie vorbereitet sind!“ Ist das vielleicht die Sprache eines babelschwingernden Schulmeisters? Und auf der andern Seite dieselbe Höflichkeit. Die Zeit im Felde hat eben den jungen Leuten den Wert auch dieser Neuherlichkeiten gezeigt und sie vor allem gelehrt, hinter dem Lehrer den Menschen zu sehen, dessen Bereitwilligkeit, ihnen zu helfen, sie stets im vertrauten Gespräch anerkennen. Das Verhältnis zum Lehrer ist völlig verändert; sie wissen, daß der Zweck der Kurse ist, sie allmählich wieder an geistige Arbeit zu gewöhnen, und sie sind reif genug, zu verstehen, daß ihnen diese Wohltat ohne die Wiedergewinnung einer Reihe von Einzelkenntnissen nicht zuteil werden kann.

Aber so viel Widerstände sich ihnen dabei entgegenstellen — auch gegen ihre eigene Körperlichkeit, die ihnen Schmerzen bereitet, müssen sie ankämpfen, das Bohnen in den Lazaretten erschwert weiter ein ruhiges Arbeiten — die jungen Leute lernen mit Freude und mit Erfolg. Nicht nur ihre Lehrer, auch sie selber haben davon eine bestimmte Empfindung — ich habe gerade darüber mit sehr vielen unter ihnen gesprochen. Sie wissen, daß, als sie aus dem Felde kamen, sozusagen tabula rasa in ihrem Geist war, und daß sie unter der Anleitung ihrer Lehrer hauptsächlich durch Selbstarbeit mit einer Schnelligkeit vorwärts kamen, die sie selbst überraschte. Sie sprechen mit Freude davon, wie ihnen Lateinisch oder Französisch von früh auf in Fleisch und Blut übergegangen waren, daß sich beide Sprachen nun wie von selbst wieder hineinfinden, und wie sie durch eigene Lektüre in den großen Geschichtswerken neue Gedanken fanden.

Dazu ist natürlich ein Unterricht nötig, der vom Schulmäßigen nach Möglichkeit abweicht. Den erhalten die jungen Leute. In allen Anstalten sind die Lehrer ausgewählt, die für diese Form die geeignetsten sind und sich mit besonderer Lust und Liebe der Kriegsbeschädigten annehmen. In Deutsch, Geschichte und Religion werden in freier Form die allgemein interessierenden Gedankengänge entwickelt; jeder, der sich auf diesem Gebiet zu Hause fühlt, redet mit, ohne daß bei der starken Selbstdisziplin der jungen Leute ein Durcheinander zustande kommt. Aber auch da, wo nun einmal Einzelkenntnisse unter allen Umständen wieder erworben werden müssen, wird nach Möglichkeit nicht „gepaukt“, sondern immer wieder verstandesgemäß entwickelt und das Interesse hervor-

Die Führung des Titels „Ingenieur“.

Regelung durch eine kaiserliche Verordnung.

Amtlich wird mitgeteilt:

In dem morgigen Reichsgesetzblatte wird eine kaiserliche Verordnung über die Berechtigung zur Führung der Standesbezeichnung „Ingenieur“ verlautbart.

Wer darf den Titel führen?

Vom Zeitpunkte des Inkrafttretens der Verordnung sind zur Führung der Standesbezeichnung „Ingenieur“ nur solche Personen berechtigt, die an einer inländischen Hochschule technischer Richtung (Technische Hochschule, Montanistische Hochschule, Hochschule für Bodenkultur) ihre Studien vorchriftsmäßig vollendet und die vorgeesehenen Prüfungen abgelegt haben. Zur Vermeidung von Härten trifft die Verordnung Uebergangsbestimmungen, durch welche den hochschulmäßig nicht voll vorgebildeten Angehörigen des technischen Standes die Möglichkeit der rechtmäßigen Führung der Standesbezeichnung „Ingenieur“ geboten wird. Angesichts der hervorragenden Leistungen der Technik im jetzigen Kriege werden dem Kreise der hochschulmäßig vorgebildeten Personen des technischen Berufes auch bestimmte Kategorien von Offizieren, Artillerie- und Marineingenieure usw., welche ihre technische Ausbildung an militärtechnischen Instituten, beziehungsweise Kursen erworben haben, angereicht. Endlich ist die Berechtigung zur Führung der Standesbezeichnung „Ingenieur“ noch solchen Personen zugestanden, welche gleichwertige ausländische technische Studien aufzuweisen haben.

Die Uebergangsbestimmungen.

Was die die bisherigen Verhältnisse berücksichtigenden Uebergangsbestimmungen anbelangt, so handelt es sich hauptsächlich um zwei Gruppen, denen die Verordnung eine im wesentlichen gleichmäßige Behandlung angedeihen läßt: Es sind dies solche Personen, welche zwar eine hochschulmäßige Vorbildung besitzen, ohne daß dieselbe aber der jetzt bestehenden Studienordnung entsprechend oder völlig abgefallen ist, und Personen, die zwar keine Hochschule technischer Richtung besucht, jedoch ein Mittelschulstudium an einer Bauerschule, an einer höheren Gewerbeschule anderer Fachrichtung oder an einer sonstigen gleichgestellten Anstalt zurückgelegt und eine entsprechende Praxis aufzuweisen haben. Diesen Personen wird unter gewissen Bedingungen die Führung der geschützten Standesbezeichnung „Ingenieur“ gestattet, bezw. vom Minister für öffentliche Arbeiten anerkannt werden können. Die Bestimmungen sind von dem Gedanken tunlichster Schonung der bestehenden Verhältnisse getragen, und die beteiligten Kreise können hienach auch mit Zuversicht auf eine dementsprechend wohlwollende Handhabung derselben rechnen.

Da der Gebrauch der Standesbezeichnung „Ingenieur“ von nun ab grundsätzlich nur auf solche Personen beschränkt bleiben wird, die hiezu auf Grund der kaiserlichen Verordnung berechtigt sind, sind vom Zeitpunkte des Inkrafttretens dieser Verordnung alle Dienstitel, in welchen das Wort „Ingenieur“ in irgend einer Verbindung vorkommt, — mit Ausnahme jener innerhalb des Heeres- (Landwehr-) Verbandes, bezw. des Verbandes der Kriegsmarine — unzulässig und müssen daher beseitigt werden.

Im morgigen Reichsgesetzblatte wird gleichzeitig eine ministerielle Kundmachung, betreffend die Einbringung von Gesuchen um Berechtigung zur Führung der Standesbezeichnung „Ingenieur“ verlautbart. Mit dieser Kundmachung wird bestimmt, auf welche Weise die nach §§ 3 bis 5 der gleichzeitigen kaiserlichen Verordnung vom 14. März 1917, betreffend die Berechtigung zur Führung der Standesbezeichnung „Ingenieur“, einzubringenden Gesuche zu verfassen und zu instruieren sind. Besonders hervorzuheben wäre, daß nicht vorchriftsgemäße Gesuche ohne weiteres verworfen zurückgewiesen werden.

* Ein Vortrag des Husarenobersten Dichtl v. Jörgenreuth. Am 23. d. abends hielt der auf dem Gebiete der militärischen Jugendfürsorge bekannte k. k. Husarenoberst Alois Dichtl v. Jörgenreuth, Inspezier der der Kavallerie, im Zeichensaal der Knabenbürgerschule, 15. Bez., Friedrichplatz 4, einen interessanten Vortrag über „Ziel- und Schleuderübungen“ an den Volks- und Bürgerschulen. Vorsitzender Professor Dr. Willibald Kammel, k. k. Bezirksschulinspektor, eröffnete die Versammlung und konnte außer dem Vorstand der Abteilung für Schulangelegenheiten, Magistratsrat Josef Schaufler, zahlreiche Direktoren, Oberlehrer und Lehrer des sechsten Inspektionsbezirktes begrüßen. Oberst Dichtl v. Jörgenreuth zeigte in seinem Vortrag, mit welsch einfachen, doch zweckentsprechenden Mitteln es möglich sei, Auge und Hand unserer Jugend fürs Vaterland zu üben, den Willen zu stählen, zur Selbstzucht anzuleiten und damit unsere Jugend für den militärischen Beruf vorzubereiten; das Heer bedürfe gegenwärtig aller im Vaterlande erzeugten Kriegswerkzeuge, die militärische Vorbereitung der Jugend dürfe aber deshalb, weil man z. B. die Mittelschüler und die Jungen der Bürgerschule dormalen nicht mit einer genügenden Anzahl von Gewehren ausstatten könne, nicht ins Stocken geraten. Der Herr Oberst führte die zum überwiegenden Teile von ihm selbst erdachten oder verbesserten Lernmittel in äußerst anschaulicher Weise vor: so die Visierhilfe, die Ziellatte, Ziellöffel usw. Wurden im ersten Teile des Vortrages die Zielübungen mit Hilfe der erwähnten Hilfsmittel erschöpfend behandelt, so leitete der Herr Oberst, die Formen des modernen Nahkampfes mit der Kriegsführung früherer Zeiten vergleichend, zu dem zweiten Teile, den „Schleuderübungen“, über. Die vorgezeigten „Sandgranaten“, bestimmt für Schülerübungen, hergestellt aus Grobleinen, gefüllt mit Wolle, Sägespänen und dergleichen, versehen mit Griff oder Schlinge, können zu mannigfaltigen und prächtigen Jugendspielen Verwendung finden. Durch die Einstreuung historischer Rückblicke wurde der Vortrag sehr spannend gestaltet und fand begeisterte Aufnahme. Magistratsrat Schaufler versicherte, daß die Gemeinde Wien alles aufbieten werde, um nach der vorgezeigten Richtung hin die Wehrfähigkeit der Jugend zu stärken. Hofrat Niegler und k. k. Bezirksschulinspektor Dr. Rudolf Richter waren zu ihrem großen Bedauern verhindert, dem Vortrage beizuwohnen.

3. IV. 1917

Ein Urania-Zweighaus in Mariahilf.

Die Errichtung einer neuen Volksbildungsstätte.

Bürgermeister Dr. Weistirchner gab, wie uns mitgeteilt wird, dem Präsidenten der Urania Dr. Kessler unter Anerkennung der Bedeutung des Instituts für das geistige Leben Wiens den Entschluß bekannt, dem Gemeinderat die Ueberlassung des an der linken Seite der Mariahilferstraße von der inneren Gürtelstraße gelegenen freien Platzes an die Urania zur Errichtung eines Zweighauses vorzuschlagen. Dr. Weistirchner sicherte zugleich der Durchführung des von den Bezirksvertretungen Mariahilf und Neubau angeregten Bauprojektes seine vollste Unterstützung zu.

Die an der Mariahilferstraße neu zu begründende Volksbildungsstätte, welche dem Bildungsbedürfnisse der breiten Schichten der westlichen Bezirke dienen soll, wird zugleich einen architektonischen Abschluß der Mariahilferstraße gegen den Mariahilfergürtel bilden. Das zu erbauende Zweighaus, welches das Stammhaus in allen Dimensionen übertreffen wird, soll einen großen Saal für 800 Personen, einen kleineren Saal für 400 Personen, mehrere Kursäle und Lehrzimmer von geringererem Fassungsraum und ausgedehnte Leserräume, endlich einen Saal für Versammlungen enthalten.

Die Durchführung des Bauprojektes hängt noch von der Erlangung der hierzu nötigen bedeutenden Mittel ab. Selbstverständlich wird mit dem Bau keinesfalls vor dem Wiedereintritt des Friedens begonnen werden.

Eine technische Hochschule in Stobelew.

Die Gründung des kriegsgefangenen Wiener
Ingenieurs Willfort.

Der Oesterreichische Ingenieur- und Architektenverein hat zwei interessante, vom 2. und 24. Jänner dieses Jahres datierte Berichte seines kriegsgefangenen Vereinssekretärs Dr. Fritz Willfort, des bekannten Wiener Ingenieurs, erhalten. Doktor Willfort teilt mit, daß eine von ihm in Stobelew geschaffene technische Hochschule bereits 300 Hörer aufweist. Es werden von hervorragenden Kräften Vorträge über höhere Mathematik, graphische Statik, Festigkeitslehre, Baumechanik, Brückenbau, Volkswirtschaftslehre, Buchhaltung, Redeschrift, Rechtsfolgen und andere Wissensfächer abgehalten.

5. IV. 1917

91

Militärische Vorbildung der Jugend.

In einer Mitteilung, die durch die Presse ging, ist behauptet worden, der Erlaß vom 29. 12. 1916 über die Unterstellung von Jugendabteilungen, von Turn-, Sport- und Jugendpflegeorganisationen unter die stellvertretenden Generalkommandos räume der Deutschen Turnerschaft eine Sonderstellung gegenüber den übrigen Jugendverbänden ein. Hierzu sei auf folgendes hingewiesen: Allerdings baut der Erlaß die Neuregelung der Beziehungen der Jugendpflegeverbände zur militärischen Vorbildung der Jugend auf eine Vereinbarung mit der Deutschen Turnerschaft auf. Der Grund hierfür liegt aber lediglich darin, daß die Deutsche Turnerschaft mit einem entsprechenden Vorschlag an das Kriegsministerium herorgetreten ist. Ihre Bevorzugung gegenüber andern Jugendpflegeverbänden ergibt sich nicht daraus. Der Erlaß betont vielmehr in Ziffer I B und C ausdrücklich die Gleichstellung aller Jugendorganisationen einschließlich der Deutschen Turnerschaft. Vollständig irrig ist ferner die Bemerkung in der Pressenotiz, daß die Unterstellung der Jugendabteilungen unter die Generalkommandos zur Folge habe, daß die Führer militärische Vorgesetzte der Jungmannen würden. Die militärische Vorbildung bezweckt keine militärische Ausbildung, sondern eine Vorbildung der Jungmannen für den Heeresdienst. Sie ist also kein Militärdienst, sondern eine Erziehungsmaßnahme. Der Führer steht daher zu den Jungmannen in dem vertraulichen Verhältnis eines Erziehers. Wenn die militärische Vorbildung als militärdienstliche Einrichtung in den Verfügungen des Kriegsministeriums bezeichnet ist (Erlaß vom 8. 1. 1917 A. B. Bl. 1917 Seite 13 Ziffer 1), so wird damit das Verhältnis der Führer zu den Jungmannen in keiner Weise berührt. Durch diese Bezeichnung wird nur zum Ausdruck gebracht, daß die militärische Vorbildung der Jugend eine von der Jugendpflege scharf getrennte Einrichtung ist, die lediglich unter der Leitung des Kriegsministeriums und der mit dieser Aufgabe betrauten militärischen Stellen steht. Diese Ausführungen mögen dazu beitragen, die zu dem Erlaß vom 29. 12. 1916 in der Presse geäußerten Ansichten richtigzustellen und die erhobenen Bedenken zu beseitigen. Dann wird der Erlaß den beabsichtigten Zweck erreichen und der weiteren Förderung der übereinstimmenden Interessen der militärischen Vorbildung der Jugend und der Jugendpflegeorganisationen am besten dienen.

Prüfungsurlaube für Mediziner.

Jenen derzeit für die Erlangung des Doktorats beurlaubten Mediziner, die mindestens das zweite Rigorosum vollständig abgelegt haben und denen von dem betreffenden Dekanat der medizinischen Fakultät bestätigt wird, daß sie längstens bis 15. Mai 1917 den Grad eines Doktors der gesamten Heilkunde voraussichtlich erlangen können, kann, wie „Streffleurs Militärblatt“ meldet, eine Urlaubsverlängerung in der unbedingt nötigen Dauer bewilligt werden. Die Urlaubsbauer für den einzelnen ist jedoch nach der Zahl der noch abzulegenden Teilprüfungen des dritten Rigorosums zu bestimmen und darf keinesfalls über den 15. Mai 1917 zugestanden werden. Jene Mediziner, die in der Zeit des bisher bewilligten Urlaubes von zehn Wochen das zweite Rigorosum noch nicht vollständig abgelegt haben und die vorgenannte Dekanatsbestätigung nicht bebringen können, sind von den betreffenden Garnisonsspitalern sofort zu ihren Ersatzkörpern einrückend zu machen. Die Ersatzkörper sind von dem Grunde der Einrückung gleichzeitig mit dem Beifügen zu verständigen, den betreffenden Mediziner mit der nächsten Marschformation zur Armee ins Feld abzuenden.

8. IV. 1917

Das Wiener Volksbildungswesen im Kriege.

Man zerbricht sich jetzt viel den Kopf darüber, in welcher Weise das ungeheure Erlebnis des Weltkrieges Sinn und Gemüt der Menschen in der Front und im Hinterland gewandelt hat. Eine allgemeine Antwort auf die Frage wird sich auch in Zukunft nur schwer und in der Gegenwart gar nicht geben lassen. Die Einwirkungen werden nach Zeit und Ort und Umwelt verschieden sein und eine Resultierende wird sich erst aus der Feststellung einer Anzahl von Teilbeobachtungen ziehen lassen. Als eine solche Teilbeobachtung mögen die folgenden Feststellungen über das Wiener freie Volksbildungswesen im Kriege dienen.

Im Anfang herrschte in allen Kreisen die Ueberzeugung vor, daß niemand Lust und Zeit und Geld für Bildungszwecke haben werde, und alle Bildungsanstalten bemühten sich, dem vorausgesetzten Wunsche des Publikums entgegenzukommen und diejenige Art von Belehrung zu bevorzugen, die aktuelles Interesse zu haben schien, oder wenigstens an aktuelle Gegenstände anzuknüpfen. Die Universität ließ sogenannte Kriegskurse abhalten, indem sie ein Programm aufstellte, durch welches unmittelbar nützliche Belehrungen vermittelt wurden, wie zum Beispiel über Verhütung der Geschlechtskrankheiten, über Volksleiden im allgemeinen, oder Gegenstände wissenschaftlich erörtert wurden, zum Beispiel wirtschaftliche Kriegsfragen und dergleichen. Diese Kurse waren anfänglich gut besucht; doch konnte man schon im zweiten Jahre und noch mehr im dritten die Beobachtung machen, daß sich das Interesse des Publikums für derartige Vorlesungen allmählich abflumpfte und immer mehr wieder den Kursen allgemeiner Art zuwendete, die wieder gelegentlich eingeführt wurden. Die Beobachtung wurde im dritten Jahre, als wieder ein normales Programm durchgeführt wurde, vollständig bestätigt. Im Jahre 1912/13 wurden 93 Kurse mit 9300 Hörern, im Jahre 1913/14 wurden 91 Kurse mit 9200 Hörern in Wien abgehalten; im ersten Kriegsjahre entfielen auf etwa ein Drittel der bisherigen Kurszahl etwa 5800 Hörer; im Jahre 1915/16 aber auf 40 Kurse schon 7700 Hörer und in diesem Jahre wird in ungefähr 50 Kursen eine Hörerzahl von etwa 12.000 erreicht werden. Kurse wie Biologie oder antike Philosophie wurden von 500, über Goethe sogar von 800 Personen besucht.

Das gleiche Bildungsbestreben der Bevölkerung während des Krieges drückt sich in den Zahlen der Bücherentlehnungen der Volksbibliotheken aus. Die Zentralbibliothek weist in ihren Jahresberichten im letzten Friedensjahre 1913 4.7 Millionen, im Kriegsjahre 1915 aber 5.3 Millionen Entlehnungen aus, während in der gleichen Zeit die Zahl der wissenschaftlichen Entlehnungen von 1 Million auf 1.24 Millionen gestiegen ist. Die ausgewiesene Zahl der Leser stieg von 28.000 auf 35.000. Im Jahre 1916 dürfte die Gesamtzahl der Entlehnungen sogar auf 7 Millionen gestiegen sein. Nicht minder bezeichnend sind die Zahlen, die der Wiener Volksbildungsverein in seinen 13 Bibliotheken aufzuweisen hat, die zum Teil von ärmeren Bevölkerungsschichten als die Zentralbibliothek benützt werden. Vergleicht man die Summe der Entlehnungen im Monat Jänner 1916 mit der im gleichen Monat dieses Jahres, so ergibt sich eine Steigerung von mehr als 200.000, während die Zahl der Leser um 2400 gestiegen ist. In der einen Bibliothek Ottakring allein stieg die Zahl der Monatsentlehnungen von mehr als 108.000 auf mehr als 153.000, also um nahezu 45.000 Bände.

Eine Ergänzung zu diesem Bilde bieten die Statistiken der beiden Wiener Volkshochschulen. Beide mußten aus Sparsamkeitsrücksichten die Zahl der Kurse derart einschränken, daß in den Kriegsjahren statt an sechs nur noch an drei Wochenabenden Vorlesungen und Unterrichte abgehalten wurden. Ein großer Teil ihrer Mitglieder ist eingetroffen; aber an ihrer Stelle sind andere eingetreten, so daß der Ausfall in der Statistik unerheblich erscheint und jedenfalls eine namhafte Abschwächung dieser Großbetriebe — auch in den fremdsprachigen Unterrichten — nicht eingetreten ist. Das Volksheim zählte in den beiden letzten Friedensjahren 2000 bis 2100 lernende Mitglieder, die durchschnittlich zwei bis drei Kurse (je einer oder zwei Stunden in der Woche) besuchten. Ihre Zahl sank im Kriegsjahre 1914/15 auf 1316, um im zweiten Kriegsjahre trotz Einschränkung der Kurse auf 1734 und im laufenden Vortragjahr auf mehr als 1800 anzusteigen. — Im Volksbildungshause — gemeint ist natürlich das des Wiener Volksbildungsvereines, denn die „Atania“ hat sich den Namen erst zu Kriegsbeginn beigelegt — wirkten die gleichen ungünstigen Umstände. Die Zahl der Kursbesucher fiel allerdings im ersten Kriegsjahre von 1712 auf 965, hielt sich aber seither ungefähr auf gleicher Höhe.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Gerade während des Krieges sind im Hinterland viele Zurückgebliebene der Volksbildung gewonnen worden. Wenn die aus den Schützengräben zurückkommen, nachdenklich geworden über das, was sie erlebt haben, werden sie ihre alten Bildungsstätten wieder aufsuchen und andere nach sich ziehen. Dann müssen die Volksbildungsorganisationen ihre Tore weit offen halten, um den geistigen Hunger zu befriedigen.

Ludo M. Hartmann.

8. IV. 1917

Keine „Tadelzettel“ wegen Papiermangels. Das Osterfest bringt den „Bennälern“ eine frohe Botschaft: Es wird in Zukunft keine „Tadelzettel“ mehr geben, die herrschende Papiernot hat dieser peinlichen Einrichtung ein vorläufiges Ende bereitet. „Es werden“ — wie man uns mitteilt — „mit Rücksicht auf die Papiernot Tadelbriefe nur dann ausgeschiedt, wenn ein Schüler in mindestens drei Gegenständen nicht entsprochen hat. Weiter wird von den Eltern keine Bestätigung verlangt, daß der Tadelbrief eingelangt ist. Schüler, die in einem oder zwei Gegenständen nicht entsprechen, müssen ihren Eltern mündlich darüber berichten. Die Schulleitung setzt voraus, daß die Schüler dies auch tun.“ Die Nachricht wird nicht verfehlen, in Gymnasiastentreisen freudige Genugtuung zu wecken, denn der Tadelbrief, auch „Konferenzzettel“, „Zensurschwarz“ genannt, hat den jungen Leuten seit Jahr und Tag viele bittere Stunden bereitet. Nun hat ihn der Krieg hinweggesetzt und Tausende von Mittelschülern werden aufatmen. Freilich, sie müssen den Eltern mündlich Bericht erstatten und werden dies, wie die Schulleitungen erwarten, auch tun. Jedenfalls hat eine mündliche Berichterstattung, die zugunsten des Mitschülers gesarbt sein darf, bei weitem nicht jene katastrophale Wirkung auf Papas Gemüt, wie die amliche Kürze des Tadelbriefes. Die Bennäler können demnach mit dem guten Tausch, den sie gemacht haben, vollauf zufrieden sein und minder sorgenvoll als bisher der nächsten Konferenz entgegensehen.

[Die Wohlfahrtschule der Stadt Köln.] In seinem als Sonderabdruck der Zeitschrift *Öffentliche Gesundheitspflege* (Bieweg & Sohn, Braunschweig) erschienenen Aufsatz „Die soziale Hygiene im Dienste der Wohlfahrt“ macht der medizinische Beigeordnete der Stadt Köln, Prof. Dr. Krautwig, über die kurz vor Kriegsausbruch in unserer Stadt eingerichtete Wohlfahrtschule nähere Angaben, die bei der lebhaften Anteilnahme weiterer Kreise an der Entwicklung der sozialen Hygiene von allgemeinerem Interesse sein werden. Den Anstoß zur Gründung der in schneller Entwicklung begriffenen Schule gab zunächst der eigne Bedarf der Stadt Köln an ausgebildeten Fürsorgerinnen, besonders für die Säuglings- und die Tuberkulosefürsorge, denen sich später die Fürsorge für Kleinkinder, für Geistesranke und Trinker und für Krüppel sowie eine Wohnungsinspektion zugesellte. Nachdem beim Kriegsausbruch der erste Kurs der Schule notgedrungen abgebrochen und den Schülerinnen die Ablegung des Notexamens ermöglicht worden war, mußte die Schule im nächsten Jahre trotz allen Kriegsschwierigkeiten wieder eröffnet werden, ein Beweis für die dringende Notwendigkeit dieser sozialen Einrichtung. Die seitdem ausgebildeten Fürsorgerinnen haben in Köln selbst, aber auch darüber hinaus in der ganzen Provinz und im Reich gute Stellungen gefunden und sich durchgehends bewährt. Die Schule beschränkt sich zurzeit noch auf die Ausbildung in sozial-hygienischen Berufen. Die Schülerinnen haben bedingungsgemäß vor der Aufnahme ein Jahr lang die staatliche Krankenpflegechule besucht, viele von ihnen die Krankenpflegechule an der Lindenburg in Köln, deren ausgezeichnete Einrichtung nicht nur eine gründliche Ausbildung in der Pflege selbst, sondern auch fürsorgerische Kenntnisse zum Kampf gegen Säuglings- und Tuberkuloseerbllichkeit vermittelt. Eine monatelange praktische Mitarbeit in allen wichtigeren Fürsorgestellen sowie in den Bureaus der Armenverwaltung und der Krankenkassen erleichtert den Anwärterinnen die theoretische Beherrschung des Vorlesungsstoffs ohne Zweifel ganz erheblich. Eine Reihe von weiteren Vorträgen der Wohlfahrtschule aber ist nicht durchlaufend, sondern berührt nur in wenigen Stunden wichtige Gebiete nachbarlicher „Fakultäten“. Das gilt besonders für Vorlesungen rein sozialer und rein pädagogischer Art; die Schülerinnen sollen mit diesen Lehrgegenständen wenigstens einigermaßen bekannt gemacht werden, damit sie ihren Blick weiten und gegebenenfalls in der Praxis bei einschlägigen Fällen den richtigen Weg zu deren Erledigung einzuschlagen wissen. Prof. Krautwig erinnert daran, daß berufene Beurteiler in der bei der Kölner Schule geübten Beschränkung der Ausbildung auf das sozialhygienische Fach, die mit der Einengung des Lehrstoffs eine gründlichere Durchbildung ermöglicht, einen Vorzug erblicken; er ist wohl mit Recht der Ansicht, daß die nächsten Jahre schwerlich selbständige, große Stellungen von hoch ausgebildeten, akademischen Kreissozialbeamtinnen in nennenswerter Zahl bringen werden, und daß vielmehr ein großer Bedarf an Orts- und Kreisfürsorgerinnen, also an Damen mit verhältnismäßig einfachem Wirkungskreis, zu decken sein wird. Durchaus zustimmen wird man ihm, wenn er betont, daß man eine mehrere Jahre und entsprechende große Geldopfer in Anspruch nehmende Ausbildung Schülerinnen, die später eine mit etwa 1800 bis höchstens 3000 M. entlohnte Tätigkeit ausüben sollen, nicht wohl zumuten darf, ohne bei der Mehrzahl von ihnen Enttäuschungen und Unzufriedenheit mit der erreichten Stellung befürchten zu müssen. So ist es durchaus zu billigen, daß man sich auf der Kölner Schule mit einem Lehrgang von anderthalb Jahren begnügt, während allerdings zur Aufnahme in die Schule die Absolvierung eines Lyzeums oder eine sonstige genügende Allgemeinbildung und die Ablegung der staatlichen Krankenpflegeprüfung oder der Nachweis einer gleichwertigen Ausbildung vorgeschrieben ist. Die von der Regierung anerkannten großen praktischen Erfolge der Kölner Wohlfahrtschule, für die Prof. Krautwig in seiner

Schrift eine Reihe beweiskräftiger, zahlenmäßiger Belege bringt, zeigen, daß man hier auf dem rechten Wege ist.

10. IV. 1917

* Die Bestimmungen über die Zulassung zum Notabiturium haben wieder einmal eine Aenderung erfahren, indem alle diejenigen Unterprimaner, die jetzt die Reise für Oberprima erhalten und bis zum 1. April das hilfsdienstpflichtige Alter von 17 Jahren erreicht haben, zum Abschlußexamen zugelassen und, nachdem sie das Examen bestanden haben, bis zu dem Zeitpunkt beurlaubt werden, zu dem sie in regelrechtem Gang die Schule verlassen könnten; Vorbedingung für diese Beurlaubung ist, daß sie sich freiwillig zum Hilfsdienst melden bzw. die Annahme eines solchen Hilfsdienstes nachweisen. Hierzu wird uns geschrieben:

Ob es richtig ist, die Schüler in dieser Weise, ohne daß dazu eine genügende Notwendigkeit gegeben ist, dem Unterricht vorzeitig zu entziehen, mögen die Schulmänner beurteilen. Wenn aber die freiwillige Annahme eines Hilfsdienstes die Vorbedingung für die Zulassung zum Notabiturium ist, dann ist nicht einzusehen, warum man nur diejenigen Schüler zulassen will, die am 1. April 17 Jahre alt sind, aber allen Schülern der Oberprima, die nach dem 1. April dieses Alter erreichen, diese Vergünstigung nicht mehr zuteil werden lassen will. Im allgemeinen dürfte doch anzunehmen sein, daß Schüler, die in diesem Alter bereits die Oberprima erreichen, nicht zu den schlechtesten Schülern gehören, vielmehr nach ihren Leistungen eher zur Abschlußprüfung berechtigt sind, als mancher der älteren Schüler. Daß die Arbeitsfreude solcher zurückgesetzten Schüler durch diese schablonenhafte Behandlung nicht gefördert werden kann, wird jeder verstehen, der diese Dinge mit gerechtem Sinn betrachtet. Wahrscheinlich wird man entgegenhalten, daß mit dem 1. April die Zeit für die freiwillige Meldung zum Hilfsdienst abläuft; es kann diesem Einwurfe entgegengehalten werden, daß auch Schüler, die am 1. April 17 Jahre alt sind, aber noch keinen Hilfsdienst angenommen haben, zum Examen zugelassen werden, sobald sie auch nach diesem Termin einen Hilfsdienst gefunden haben. Warum sollen da nun die Oberprimaner, die kurz nach dem 1. April dieses Alter erreichen und zu jeder Zeit einen Hilfsdienst nachweisen können, nicht zugelassen werden? Die in solcher Durchführung der erlassenen Bestimmungen liegende Ungerechtigkeit sollte doch vermieden werden, um nicht in der heutigen Zeit schon in die jungen Herzen einen Keim der Unzufriedenheit zu legen, der in späteren Jahren ein freudiges Zurückdenken an die Schulzeit verhindern und die Quelle großen Mißvergnügens sein kann. Glaubt man zu solchen vorzeitigen Abschlußprüfungen Anlaß zu haben, so verfähre man doch folgerichtig und erhalte damit in unserem jungen und sicherlich nicht unthätigsten Nachwuchs die Freude an der Arbeit; das würde hier geschehen können, wenn alle nach Oberprima versetzten Schüler entweder sogleich ohne Rücksicht auf das Alter oder aber nach Erreichung des 17. Lebensjahres nach Annahme eines Hilfsdienstes zum Notabiturium zugelassen werden. Hoffentlich erhält die jetzige Bestimmung baldigst eine dahingehende Ergänzung oder Aenderung.

Schulbeginn ohne Schüler.

Das Sommersemester auf dem Lande.

Morgen ist Schulanfang. Ein recht kurzes halbes Jahr beginnt, das sechste seit Kriegsbeginn. Bitten schon die vorhergehenden unter den mannigfachen Schwierigkeiten, die der Krieg mit sich gebracht hat, so ist das im verschärften Maße bei dem kommenden der Fall. Ein großer Teil der Schuljugend wird morgen oder doch schon in nächster Zeit die „Studien“ nicht in der Schule selbst, sondern auf dem Lande fortsetzen. Manche Klassen werden „aus Mangel an Teilnehmern“ aufgehoben werden: kurz — die Herstellung des Stundenplans und seine Durchführung wird ganz besonderen Schwierigkeiten begegnen.

Die Sommerzeit wird dabei wenig mitsprechen, um so weniger, als nach einem Ministerial-Erlaß ein Anfang um 7 Uhr ausgeschlossen ist, also alle Schulen um 8 Uhr den Unterricht beginnen.

Der vortreffliche Gedanke, unsere Großstadtkinder in den Zeiten schwierigster Ernährung aufs Land zu senden und durch Hilfeleistungen, die sie dort nach Maßgabe ihrer Kräfte tun sollen, für die Landwirtschaft zu wertvollen Helfern werden zu lassen, ist von allen Seiten aufs lebhafteste begrüßt worden. Wie es scheint, ist auch die Organisation bei den Volks- und Mittelschulen von den Gemeinden und von interessierten Vereinen in der glücklichsten Weise gefördert worden. Anders dagegen steht es mit den höheren Schulen. Hier bestehen augenscheinlich Schwierigkeiten, deren die Behörde nicht hat Herr werden können.

Im Februar schon beschäftigte sich der Kultusminister mit dieser Angelegenheit. Sein Erlaß, der bei vielen die an sich nicht unberechtigte Vermutung aufkommen ließ, daß es sich beim landwirtschaftlichen Dienst höherer Schüler um eine Art „Hilfsdienst“ handle, bestimmte dementsprechend gewisse Vergünstigungen für den Fall des Eintritts. Da sich aber die Sache bis in den März hinein verzögerte, fielen diese fort, und so blieb nur die „dringliche“ Auf-forderung an Eltern und Schüler, die Sache zu fördern.

Nun aber zeigten sich die Schwierigkeiten der Organisation. Die Forderungen der großen Grundbesitzer — auf die man in erster Linie gehofft hatte — ihnen Schüler zu stellen, blieben aus; nur die Besitzer kleinerer Güter, also die Bauern, meldeten sich. Die Behörde aber hatte von Anfang an auf dem Standpunkt gestanden, daß die Schüler sittlicher und sonstiger Gefahren wegen nur auf die großen Güter verteilt werden sollten. Sie mußte nun Schritt für Schritt auch die Verendung auf Bauerngüter zugeben. Die Beaufsichtigung durch die mitgehenden Lehrer soll nun so erfolgen, daß die Schüler ein gemeinsames Quartier beziehen, aus dem sie täglich zur Arbeit ausrücken, und daß die Lehrer tagsüber an den Arbeitsstätten inspizieren.

Noch gar nicht einheitlich geregelt ist die Organisation, die Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht setzen soll. Es sollte eine Zentrale geschaffen werden, bei der sich im Bedarfsfalle die Bauern eventuell telegraphisch melden können, um von ihr sofort Schüler zu erhalten. Leider ist die Behörde diesen Weg nicht gegangen — sie will vielmehr, daß die einzelnen Bauern sich an die Direktoren selber wenden. Ob das möglich und durchführbar ohne eine solche Zentrale ist, vermag man schwer zu beurteilen.

Insmerhin — an der Bereitwilligkeit unserer Schüler, sich am landwirtschaftlichen Dienst zu beteiligen, ist trotz dieser Schwierigkeiten nicht zu zweifeln. Wenn von beiden Seiten, auch von den Landwirten selber, im richtigen vaterländischen Sinne zusammengearbeitet wird, so wird auch das kommende Schulhalbjahr die Jungen fördern und zwar jetzt ganz buchstäblich im Sinne des alten Wortes: non scholae, sed vitae discimus!

17./10. 1917

Charlottenburgs Fürsorgerinnenschule.

Mit der Errichtung der städtischen Wohlfahrtschule für Fürsorgerinnen, über deren Einweihungsfeier wir bereits berichtet haben, hat die Stadt Charlottenburg einen wichtigen Schritt auf dem Gebiete der öffentlichen Wohlfahrtspflege getan. Charlottenburg ist damit dem Beispiel von Köln gefolgt, das im Jahre 1915 die erste derartige Schule errichtete. — Im Mittelpunkte der praktischen Arbeit steht im Lehrplan der Schule die Kinderfürsorge. Dies entspringt der Bedeutung, die die Erhaltung unseres Nachwuchses für den Bestand der Volkstrafe in der Zukunft Deutschlands erlangt hat, und der Erkenntnis, daß neben dem Kampf gegen den Geburtenrückgang die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit stehen muß. Hierbei legt die Schule den Hauptwert auf praktische Ausbildung. In Wäckerheimen, Säuglingskliniken, Fürsorgestellen für Säuglinge und Kleinkinder, in der Arbeit der Schulfürsorge, in Krippen und Horten werden die Fürsorgerinnen mit der praktischen Durchführung des Kinderschutzes gründlich vertraut gemacht. Eine nicht zu kurze Zeit ist auch für die Ausbildung in der Tuberkulosefürsorge vorgesehen. Die Ausbildung, für die insgesamt ein Jahr vorgesehen ist, erfolgt zum Teil in geschlossenen Anstalten, Wohlfahrts-einrichtungen Charlottenburgs, so im „Auguste-Viktoria-Haus zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reiche“, ferner im Charlottenburger Krankenhaus für Geburtshilfe usw. Bekannte ärztliche und in der Fürsorge-Tätigkeit bewährte Persönlichkeiten haben in Vorlesungen die theoretische Ausbildung übernommen. Auch die Befähigung zahlreicher Groß-Berliner Wohlfahrts-einrichtungen ist für die Sonnabend Nachmittage und Sonntage vorgesehen. Auch zu den durch den Krieg bedeutend gestiegenen Aufgaben auf dem Gebiete der Krüppelfürsorge sollen die Fürsorgerinnen herangebildet werden. Der Zweck der Schule ist es, Fürsorgerinnen auszubilden, die in Städten und Gemeinden im Dienste der behördlichen Wohlfahrtsfürsorge für sämtliche Fürsorgezweige tätig sind.

**Gewerbliche Unterrichtskurse
für Kriegerfrauen und Kriegertöchter.**

Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat an die Dienststellen seines Bezirkes kürzlich eine Verfügung gerichtet, die u. a. folgende Ausführung enthält:

„Infolge der gesteigerten Heranziehung der männlichen Bevölkerung zum Heeresdienst ist in zahlreichen Fällen die geschäftliche Leitung gewerblicher Betriebe deren Frauen und Töchtern zu gefallen. Diese sind dabei oft vor Aufgaben gestellt, denen sie nicht ohne weiteres gewachsen sind, wie die Führung der Bücher und Rechnungen, die Erledigung des Geschäftsbriefwechsels, der Verkehr mit Banken, Genossenschaften und anderen Einrichtungen der Geldwirtschaft. Um solchen Frauen und Mädchen eine Anleitung zur Erfüllung dieser Aufgaben zu bieten, sind bereits an mehreren Orten nachahmenswerte Veranstaltungen getroffen.

Ich ersuche, nach Benehmen mit den Vertretungen der beteiligten Erwerbszweige, insbesondere den Handwerkskammern und Innungen, zu prüfen, ob es zweckmäßig und möglich ist, über das bisher etwa schon Veranlagte hinaus durch Veranstaltung von Kursen den gewerblich tätigen Frauen und Töchtern von Kriegsteilnehmern die Erfüllung der ihnen durch die Zeitverhältnisse zugefallenen Aufgaben zu erleichtern. Das Gegebene wird dabei im allgemeinen sein, solche Kurse an die gewerblichen und kaufmännischen Fach- und Fortbildungsschulen anzulehnen. In Betracht kommen insbesondere (sei es nach oder nebeneinander) Kurse in Buch- und Rechnungsführung, kaufmännischem Briefwechsel, Bankverkehr, Wechsel- und Scheckkunde.

Nach Friedensschluß wird es in erster Linie darauf ankommen, die heimkehrenden Krieger in die Stellen im wirtschaftlichen Leben wieder einrücken zu lassen, die sie früher innegehabt hatten. Dies hat zur Voraussetzung, daß zahlreiche Frauen die während des Krieges eingenommenen Arbeitsplätze räumen. Daneben wird allerdings auch mit der Möglichkeit zu rechnen sein, daß in einzelnen Erwerbszweigen eine gegen die Zeit vor dem Kriege verstärkte Ruhbarmachung der weiblichen Arbeitskraft sich als notwendig erweist. Auch hier wird sich mithin die Gelegenheit bieten, eine Fürsorge für die Kriegerfrauen und Kriegertöchter, unter Umständen auch für andere auf den Erwerb angewiesene weibliche Personen zu betätigen. Ich ersuche deshalb, prüfen zu lassen, welche Einrichtungen des gewerblichen Unterrichtswesens gegebenenfalls für die Vorbereitung auf die wirtschaftliche Betätigung in Gewerbe und Handel herangezogen werden können. In erster Linie würden hierfür die gewerblichen Fachschulen für die weibliche Jugend in Betracht kommen. Außerdem würde zu erörtern sein, inwieweit die bestehenden Kurse an den übrigen Fachschulen, besonders an den Handwerker- und den Handelsschulen, sich zur Zulassung von weiblichen Personen eignen, wie umgekehrt auch die Zulassung von männlichen Schülern zu einzelnen Lehrgängen für die weibliche Jugend in Frage kommen kann.“

22./IV. 1917

Die Jugend und der vaterländische Hilfsdienst.

Im Interesse der Ausnutzung der Einrichtungen zur militärischen Vorbildung der Jugend für den vaterländischen Hilfsdienst hat das preußische Kriegsministerium ein Merkblatt herausgegeben, in dem es heißt:

Die gegenwärtige Zeit erfordert höchste Anspannung aller Kräfte. Eine stärkere Heranziehung der städtischen Schuljugend zu Hilfsarbeiten, namentlich in landwirtschaftlichen und gärtnerischen Betrieben wird vom Kriegsamt dringend empfohlen. Eine Hilfeleistung der Jugendlichen wird aber nur dann von Erfolg sein, wenn sie planmäßig geordnet und geleitet wird. Die Einrichtungen zur militärischen Vorbildung der Jugend bieten für die Ordnung der Hilfsstätigkeit der Jugendlichen vom 16. Jahre an einen geeigneten Rahmen. Im Regierungsbezirk Düsseldorf ist die Bildung von Hilfskommandos Jugendlicher auf der Grundlage der Jugendkompanien, namentlich für die Aushilfe in der Landwirtschaft in den Ferien mit gutem Erfolge erprobt worden. Das Kriegsamt hat die Unterlagen über die Düsseldorfer Einrichtung den Generalkommandos und den Kriegswirtschaftsämtern zur Beachtung bei etwa zu treffenden Maßnahmen überwiesen. Der Herr Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten hat ebenfalls die Heranziehung der Jugendlichen der höheren Schulen nach Düsseldorfer Muster empfohlen. Das Kriegsministerium übersendet daher den stellvertretenden Generalkommandos (dem Generalkommissariat) Abschriften: a) der vom Kriegswirtschaftsamt in Koblenz aufgestellten „Leitfäden für die Bildung von Frühjahrsbestellungs- und Erntekommandos durch die Jugendkompagnien“, b) einer „Dienstsanweisung für die Führer der Frühjahrs- und Erntekommandos der Jugendkompagnien.“ Hierzu wird bemerkt:

1. Die militärischen Vertrauensmänner wollen die zur Ausnutzung der Arbeitskraft der Jungmänner für den vaterländischen Hilfsdienst erforderlichen Maßnahmen treffen, insbesondere Erörterungen anstellen, ob sich in den Ferien Jugendabteilungen ihres Bezirks zu Hilfsarbeiten, namentlich auf dem Lande nach Düsseldorfer Muster zusammenstellen lassen. Allgemeine Anweisungen verbietet die Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse. Ein Zusammenwirken von militärischer Vorbildung und Schule ist unbedingtes Erfordernis. Soweit die Jungmänner bereits durch andere Einrichtungen (besonders die Schulen) zu Hilfsarbeiten herangezogen werden, ist von besonderen Maßnahmen der militärischen Vorbildung Abstand zu nehmen.

2. Die Führer und Leiter der Jugendabteilungen der militärischen Vorbildung der Jugend werden ersucht, durch entsprechende Aufklärung und Belehrung die Mitarbeit der Jungmänner im vaterländischen Hilfsdienst in die Wege zu leiten, insbesondere Jungmänner, die durch Berufswechsel ihre volle Zeit dem vaterländischen Hilfsdienste widmen oder sich in ihrer Freizeit zur Verfügung stellen wollen, ihre Unterstützung bei den erforderlichen Schritten angedeihen zu lassen. Die Beaufsichtigung und Anleitung von Jugendabteilungen bei ihrer Tätigkeit im vaterländischen Hilfsdienst durch die Führer und Leiter der militärischen Vorbildung, sowie die Übernahme der Führung von Ernte- usw. Hilfskommandos ist dringend erwünscht. Soweit Leiter und Führer dafür ihre ganze Arbeitskraft einsetzen, werden sie anderweit zum vaterländischen Hilfsdienst nicht herangezogen.

3. Die für die militärische Vorbildung abgeschlossenen Unfall- und Haftpflichtversicherungsverträge kommen für die Betätigung der Führer und Jungmänner im vaterländischen Hilfsdienst nicht in Betracht. Vielmehr unterliegen die Jungmänner je nach ihrer Beschäftigung den Bestimmungen der reichsgesetzlichen Arbeiter- und Angestelltenversicherung.

4. Jungmänner und Führern ist ihre Betätigung im vaterländischen Hilfsdienst auf den ihnen beim Eintritt ins Heer auszustellenden Bescheinigungen zu vermerken.

5. Die Übungen zur militärischen Vorbildung der Jugend sind, soweit es die Freizeit der Jungmänner und ihre Tätigkeit im vaterländischen Hilfsdienst zuläßt, in gleicher Weise wie bisher abzuhalten.

23./IV. 1917

Wiener Schulfragen.

Kinderfürsorge auf allen Gebieten. — Das warme Frühstück und die Brotbeschaffung. — Selbsthilfe der Lehrerschaft. — Das Ernährungsamt in der Klasse. — Spartage und Sammeltätigkeit in der Schule. — Kriegspatenschaft und Schuljugend. — Das Kind für das Kind.

Im Vordergrund des Wiener Schulwesens steht die Kinderfürsorge, die dank der eifrigen Mitarbeit der Lehrerschaft trotz der allgemeinen Not erfreuliche Fortschritte macht. Täglich melden sich neue Kinder zur Ausbeisung und zum warmen Frühstück, die auch nach kurzer Prüfung der Sachlage die schriftliche Anweisung bekommen, damit sie schon vom nächsten Tage an ihr Frühstück oder Mittagessen bekommen. Zu beklagen ist nur, daß nicht alle Kinder an manchen Frühstückstagen ihr Stück Brot erhalten, auch mit Marken nicht. Und da ist es wieder die Lehrerschaft, welche fürsorglich eingreifen kann. Ein Wort des Lehrers genügt in der Klasse, daß die besser situierten Kinder ihren armen Mitschülerinnen Brot mitbringen. In einer Schule auf der Wieden hat sich unter den Kindern eine Fürsorgeaktion im eigenen Wirkungskreise gebildet, so eine Art Ernährungsamt, das großartig funktioniert. Man höre und staune: Ein Kind kommt zu spät, weil es sich um Kartoffeln anstellen mußte.

„Und wieviel hast du bekommen?“ fragt die Lehrerin. Das Kind schweigt verlegen und — weint. „Also nichts, vielleicht auch kein Frühstück?“ und zur Klasse gewendet spricht die Lehrerin weiter: „Wir werden mit ihr teilen, nicht wahr?“ Nahezu reichen die Mädchen Brot her. „Braab“ — sagte die Lehrerin und nimmt einigen ein Stück ab — „die andern kommen morgen daran, und wer etwas Besonderes tun will, kann auch einen Erdapfel bringen.“

Da lachen sie und klatschen freudig in die Hände. Und am nächsten Morgen hatte die Müller sechs Kilogramm Kartoffeln. Dabei blieb es aber nicht, denn von nun an gab's jeden Tag eine andre Ueberraschung an Gemüsen und andern Ueberbleibseln aus der Küche der guten Leute, die ja bekanntlich nicht immer die reichsten sind.

Das ist ein Gegenstück zu dem offiziellen Spartag, der seit zwei Jahren an den Wiener Schulen eingeführt ist. Es sind bereits ganz namhafte Beträge abgeführt worden und ein Teil davon kam auch der Jugendkriegsfürsorge zugute. In jeder Schule wurde der von den Kindern abgeführte Beitrag in einem Sammelbuche von der betreffenden Lehrperson bestätigt, und damit hatte es sein Bewenden. Nun wurde in letzter Zeit eine behördliche Verfügung getroffen, die ein ganz berechtigtes Aufsehen hervorrief. Es soll von nun an in jeder Klasse ein Bogen aufliegen, aus dem ersichtlich ist, welche Kinder und wieviel jedes einzelne Kind spendete. Nun ist gerade in dieser Sache kein Zwang geübt worden, weil es doch freiwillige Spenden sind, andererseits gibt es Bezirke mit so armer Bevölkerung, daß jeder Heller, der gebracht wird, ein Opfer bedeutet, dessen Größe nicht nach der Menge abzuschätzen ist. Welchen Zweck soll nun diese Aufzeichnung verfolgen? Wer soll eigentlich kontrolliert werden? Vielleicht die in Eid und Pflicht stehende Lehrperson oder die Kinder selbst, die ein gutes Werk ausüben, oder jene Kinder, die zu arm sind, um etwas zu spenden? Im großen

ganzen bedeutet diese Verfügung eine ganz gewaltige Mehrarbeit für die Lehrpersonen; denn wenn man bedenkt, daß manches Kind im Laufe des Monats oft acht- bis zehnmal einige Heller bringt, die es sich abgedarbt hat, dann muß ebenso oft der Bogen in die Hand genommen und dies genau eingetragen werden. Der Schluß ist aber derselbe, es ist am Spartag trotzdem nicht mehr da als sonst. Leider muß festgestellt werden, daß das Ergebnis der Spartage abnimmt. Da liegen aber die Ursachen nicht an den Kindern und an der Schule, sondern ganz wo anders; wenn man aber der Meinung ist, auf solche Weise das Ergebnis zu erhöhen, so dürfte dies kaum der für die Schule passende Weg sein, weil hier alle Kinder, ob arm oder besser gestellt, durchaus gleichgehalten werden müssen. Der Bezirkschulrat hat sich übrigens aus pädagogischen Gründen gegen die Verwendung dieser Druckform ausgesprochen, welche nun als unbeschriebenes Blatt ein sprechendes Dokument aus der Zeit der Papiernot bleibt. „Schade um die schöne Tabelle,“ soll ihr Erfinder gesagt haben, und reichte sie zu den übrigen.

Die Sammeltätigkeit durch die Schüler hat auch sonst schöne Ergebnisse erzielt. Dem jüngsten Versuch mit den Küchenabfällen an einigen Wiener Schulen wird die allgemeine Einführung folgen. Gerade so wie auf dem Lande das Einsammeln von Beeren, Nüssen, Brennnesseln, Kräutern, Pilzen, Erdbeerblättern sich bewährt hat. Aber der Nutzen könnte viel größer sein, wenn alles zusammenhilft. Aus diesem Grunde werden jetzt eigene Kurse für die Leiter der Exkursionsabteilungen abgehalten und die reiferen Schüler an der Hand guter Abbildungen der zu sammelnden Wald- und Flurprodukte entsprechend belehrt, so daß die Sammeltätigkeit gleich im Frühjahr mit Erfolg einsetzen kann. Auch werden schon jetzt Vorbereitungen für die Uebernahme, Verarbeitung oder den Vertrieb der gesammelten Waldschätze getroffen. Bisher hat es an geeigneten Uebernahmestellen gefehlt. Die stramme Durchführung aller hiezu nötigen Maßnahmen sichert uns so reichliche neue Nahrungsmittel, daß die Feinde den Gedanken, uns auszuhungern, endgültig aufgeben müssen. Bei der außerordentlich weittragenden Bedeutung der Maßnahmen des Volksernährungsamtes kann die Mitwirkung aller Lehrer anstalten mit ihrer intelligenten Millionenernährung gar nicht zu hoch eingeschätzt werden. Mit Recht wird die Mobilisierung der Schule für die Zwecke des Volksernährungsamtes für die wichtigste Anordnung auf dem Gebiete der Mehrerzeugung von Lebensmitteln gehalten.

Zur Kinderfürsorge gehört auch die Kriegspatenschaft, die namentlich in den Mädchenschulen ihre Werbetätigkeit mit Glück entfaltet hat. Heute zutage, wo die Welt in schrecklichster Weise zur Ueber gelassen wird, steigt das einzelne Menschenleben hoch im Werte, und jetzt erst kommt es der großen Menge zum Bewußtsein, was es heißt, im Kinde das kostliche Gut des Staates zu schützen. Hatten wir vorher goldene, eiserne und papierene Zeitalter, so bricht jetzt das Zeitalter des Kindes an, und zwar bei allen Völkern der Erde. In all dem Wirken und Streben, die der Erhaltung und Sorge für das Kind innewohnt, liegt ein ungemein tiefer greifender Gemütsfaktor, der die ganze Menschheit weicher und gefühlvoller machen muß. Das ist der einzige sicher zum Frieden führende Zweck, der die gesamte Menschheit in Wälder beherrschen wird und muß. So ist auch jede Tätigkeit, die auf diesem Gebiete eingreift, ein gewaltiger Schritt zum näheren Frieden. In Mädchenschulen wird heute neben der großen Kriegsfürsorge auch fleißig für die Kleinsten gearbeitet. Da werden Häubchen und Zäckchen, Hemden, Windeln, Strümpfe, Leibbinden usw. mit einer Liebe und Sorgfalt unter der Anleitung der wackeren Handarbeitslehrerinnen gearbeitet, daß man seine helle Freude daran hat. Manche Klassen arbeiten daran, mehrere Kinder vollständig auszustatten, und mit welcher Lust, mit welchem Eifer sich unsere Kinder in diese Arbeit teilen, das muß man sehen. Nicht bald ist ein so glücklicher Griff gemacht worden wie diesmal. Das ist einmal eine Tätigkeit, die unsern Kindern Vergnügen macht. „Das Kind für das Kind!“ heißt jetzt das Schlagwort für unsere kleinen Arbeiter,

25./IV. 1917

Der Krieg und die Zukunft der Wiener medizinischen Fakultät. Wie in akademischen Kreisen verlautet, haben die Erfahrungen, welche der Weltkrieg hinsichtlich der Wundbehandlung, Seuchenbekämpfung, hygienischer Maßnahmen usw. im überreichlichen Maße geboten hat, im Schoße des Professorenkollegiums der Wiener medizinischen Fakultät die Frage nach einer gründlichen Umformung des heutigen medizinischen Unterrichtes aufgeworfen. Hinsichtlich desselben ist es zwischen den einzelnen Mitgliedern der Fakultät bereits wiederholt zu einem Meinungsaustausch gekommen und der bekannte klinische Professor Dr. August Fraenkel hat in einer von ihm verfaßten, im offiziellen Organ der Fakultät veröffentlichten Abhandlung bereits die Grundlinien bezeichnet, auf welchen sich die geplante Reform zu bewegen hätte. Der Gelschte tritt mit Rücksicht auf die Kriegserfahrungen zuerst für eine Individualisierung des medizinischen Unterrichtes ein. Er redet dem Numerus Clausus nicht das Wort, meint aber, daß wenn die Zukunftszurückwirkend gut ausgebildet in die Praxis kommen sollen, eine nochmalige Erweiterung aller Universitätskliniken und Errichtungen von vermehrten Lehrkanzeln auf allen Gebieten der Heilkunde unerlässlich sein werden. Was die Erweiterungen der Kliniken anlangt, so würde sich in der nächsten Nähe der neuen Kliniken auf der Area des heutigen Offiziersspitales für die Wiener Garnison, sowie dem den Anforderungen der Neuzeit schon längst nicht mehr entsprechendem Garnisonsspital in der Van Swieten-gasse ein sehr geeigneter Bauplatz ergeben, dessen Erwerbung keine besonderen Schwierigkeiten verursachen würde, weil die Militärbehörde ohnehin die Errichtung eines neuen, großen Spitales an der Peripherie der Stadt plant. Auch die Besetzung der neu zu errichtenden Lehrkanzeln mit hierzu berufenen Kräften würde eine besondere Anstrengung nicht verursachen. Weiter wäre auch mit dem System der heutigen Prüfungen zu brechen. Nach der jetzt geltenden Rigorosenordnung seien die wenigen Prüfungskommissäre viel zu sehr überlastet, als daß sie sich durch ihre Prüfertätigkeit ein wirklich getreues Bild von dem Wissen des betreffenden Kandidaten machen könnten. Schließlich tritt Professor Dr. Fraenkel auch dafür ein, daß den schon in der Praxis stehenden Ärzten bei den immer mehr sich häufenden Forschungsergebnissen auf medizinischem Gebiete durch eigene Universitätsvorlesungen bequeme Gelegenheit geboten werden muß, sich immer auf der Höhe ihrer Wissenschaft zu erhalten.

26. IV 1917

Ein neues Unterrichtsgesetz.

Der Ausschub der Bürgerschaft, der sich mit dem Antrag Junge, betreffend die Schaffung von Uebergangsklassen für den Uebertritt vesfähiger Volksschüler in die Realschulen zu beschäftigen hatte, forderte in dem letzten, aber gewiß nicht schlechtesten Punkte seines Antrages die Vorlage eines neuen Unterrichtsgesetzes. Man darf annehmen, daß die Oberschulbehörde, die ja die Vorgänge in Preußen, insbesondere in Berlin, wie die Arbeiten des Deutschen Ausschusses für Erziehung und Unterricht kennt, sich schon lange mit diesen bedeutungsvollen Fragen beschäftigt hat und daher die Anregung des bürgerlichen Ausschusses auf wohl vorbereiteten Boden fallen wird.

Die Geschichte des Unterrichtswesens in Hamburg ist, wenn man von dem ersten frühlichen Anfang, der allerdings auch sechs Jahre zu seiner Vollendung bedurfte, aber wenigstens für seine Zeit vorbildlich war, dem Erlaß des Gesetzes betreffend des Unterrichtswesens vom 11. Novbr. 1870, absieht, sehr wenig erhellend. Schon dieses Gesetz selbst brachte manche Enttäuschungen mit sich; so vermehrte man, um nur eines zu erwähnen, die Ordnung des staatlichen Mädchenschulwesens oder richtiger die Einrichtung staatlicher höherer Töchterschulen, denn für die Volksschulen war die Angelegenheit ja geordnet. Ebenso bedauerte man das Fehlen der Unentgeltlichkeit des Unterrichtes, das 1888 die preussische Regierung als das „Korrelat der Schulpflicht“ bezeichnete. Es war daher kein Wunder, wenn sich schon sehr bald der Wunsch nach Reformen geltend machte. Nachdem schon einige Änderungen vorangegangen waren, richtete die Bürgerschaft im Jahre 1889 an den Senat ein Ersuchen, betreffend Änderung des Gesetzes; erst nach elf Jahren kam der Senat darauf zurück: in der Sitzung der Bürgerschaft vom 24. Januar 1900 wurde ein Gesetz, betreffend das Unterrichtswesen und ein anderes über die wissenschaftlichen Anstalten vorgelegt, die die Bürgerschaft gemeinschaftlich am 4. und 18. April beriet, um die von Dr. Wolfson scharf kritisierte, von Johs. Halben als „sehr dürftig“ und von Beit als Verfeinerung des Systems „Stammann-Hoche“ bezeichnete Vorlage einem Ausschub zu überweisen. Schon im Juni 1901 berichtete der Ausschub und stellte den Antrag, die Oberschulbehörde, wie folgt zusammenzusetzen: drei Mitglieder des Senats, zehn von der Bürgerschaft gewählte Mitglieder mit sechsjähriger Amtsdauer und zwar so, daß nach 3 Jahren die Hälfte auszuscheiden hatte. Um die Wende des Jahres 1901 beriet die Bürgerschaft darüber. Eine Menge Änderungsanträge waren gestellt. Der Ausschub war der Meinung, daß nur, wenn erst die Zusammenfassung der Oberschulbehörde geändert sei, eine gründliche Durchberatung der ganzen Materie möglich sei. Die Bürgerschaft erklärte sich mit diesem Grundsatz einverstanden und nahm am 15. Januar 1902 die Ausschub-Anträge an.

Am Anfang 1903 erwiderte der Senat, daß er es nicht für richtig halten könne, „die Materie dergestalt zu teilen, daß zunächst über die öffentlichen Organe des Unterrichtswesens und später erst über die materiellen Obliegenheiten dieser Staatsverwaltung Verständigung gesucht werde.“ Die Erwiderung ging an den bestehenden Ausschub, der nunmehr beantragte, den Antrag des Senats auf Erlaß eines Gesetzes betr. das Unterrichtswesen abzulehnen. Die Bürgerschaft schloß sich ihrem Ausschub an, und wenn Herr Dr. Nodde dabei auch die Hoffnung aussprach, „daß die große Aufgabe des Unterrichtsgesetzes nicht ad kalendas graecas zurückgeschoben sein möchte“, so ist das in der Tat doch geschehen, denn man muß in den Verhandlungen von Senat und Bürgerschaft bis 1909 blättern, bis der Gegenstand wieder auf der Tagesordnung erscheint. Erst in dem genannten Jahre stellte der Senat den Antrag, eine Senats- und Bürgerschaftskommission zur Beratung über die Zusammenlegung der Oberschulbehörde einzusetzen. Am 27. Oktober 1909 stimmte die Bürgerschaft dem Vorschlage zu. Inzwischen hatte Herr Stolten die Aufhebung des Schulgeldes an den Volksschulen beantragt; sein Vorschlag wurde einem Ausschub überwiesen, der die Ablehnung des Antrages befürwortete, dafür aber eine Änderung der §§ 38 und 39 des Unterrichtsgesetzes mit einer Abfindung des Schulgeldes in Vorschlag brachte. Lange beriet die Bürgerschaft — wie über alle Schulanträge — auch über diesen. Am 24. November 1909 wurde Stolten's Antrag abgelehnt und der Ausschubantrag in der Form eines Antrages Geh angenommen, nach dem das Schulgeld nach dem Einkommen der Eltern abgestuft wird.

Die Gemischte Kommission berichtete 1910 und schlug eine neue Zusammenfassung der Oberschulbehörde vor. Zunächst, wie bisher, drei Mitglieder des Senats, dann 12 bürgerliche Mitglieder, davon zwei als Delegierte der Finanz-Deputation, eins als Mitglied der Bau-Deputation, die an-

deren neun in freier Wahl, ferner drei vom Senat erwählte Schulaufsichtsbeamte und endlich vier Vertreter der Schulsynode, die darin in besondere Wahlkörper zerlegt wurde. Der Senat erklärte sich mit den Beschlüssen der Bürgerschaft, die im wesentlichen mit dem der Kommission übereinstimmen, einverstanden. So ist denn unsere Oberschulbehörde seit 1910 zusammengesetzt, die Hoffnung aber, daß sich in dieser Zusammenfassung das Gesetz über das Unterrichtswesen leichter beraten lassen werde, wie es damals Herr Dr. Dücker aussprach, hat sich nicht erfüllt. Das oft erwünschte Gesetz über das Unterrichtswesen, über das die Oberschulbehörde gewiß schon vielfach beraten hat und das in den Erörterungen der Bürgerschaft der Schulsynode, der Gesellschaft der Freunde usw. oft besprochen wurde, ist bisher noch nicht erschienen, und daher war es durchaus gerechtfertigt, wenn jener Bürgerschafts-Ausschub den Senat um „möglichst baldige“ Vorlage eines neuen Unterrichtsgesetzes ersuchte. A. D.

26. IV. 1917

Vergünstigungen für höhere Schüler.

Ein Erlass des Kultusministeriums.

Der Kultusminister hat in einem zusammenfassenden Erlass über die Vergünstigungen für höhere Schüler folgendes bestimmt: Regelrecht in die Oberprima versetzte Schüler können zur Notreiseprüfung zugelassen werden, sobald sie infolge der Einberufung ihrer Jahresklasse den Einberufungsbefehl erhalten haben. Das Reisezeugnis erhalten sie bei der Einstellung. Regelrecht nach Unterprima, Obersekunda und Untersekunda versetzten Schülern darf im gleichen Falle das Notreisezeugnis für die folgende Klasse gewährt werden, wenn sie die Reise zum regelmäßigen Termin erreicht hätten. Beide Bestimmungen gelten auch für Schüler, die als Fahnenjunker eingestellt werden, sofern Angehörige ihrer Jahresklasse schon eingestellt sind.

Schüler, die als Fahnenjunker oder zur Laufbahn der höheren Marinebaubeamten oder Zahlmeister vor Einberufung ihrer Jahresklasse eintreten, können, wenn sie regelrecht nach Oberprima bezw. Unterprima versetzt sind, vom 1. Juni ab zur Notreiseprüfung zugelassen, beziehungsweise vorzeitig nach Oberprima versetzt werden. Ausgenommen von diesen Vergünstigungen sind Schüler, die als Kriegsfreiwillige eintreten oder vor Einberufung ihrer Jahresklasse und vor Erreichung der regelrechten Primarreise als Fahnenjunker eintreten. Nur solche Obersekundaner, die ihre Aufnahme für die Seeoffizierlaufbahn nachweisen, dürfen vom 1. Juni ab für Unterprima als reis anerkannt werden, auch wenn ihre Jahresklasse nicht einberufen ist. Schüler über 17 Jahre, die durch Vermittlung ihres Direktors in den vaterländischen Hilfsdienst eintreten, werden ohne Zeugnis beurlaubt und erhalten Reise und Zeugnis für die nächste Klasse, wenn ihre Alterskameraden soweit gekommen sind, vorausgesetzt daß sie dann noch im Hilfsdienst stehen. Haben Schüler die regelrechte Versetzung nach Oberprima erreicht, so sind sie vor Eintritt in den vaterländischen Hilfsdienst zur Notreiseprüfung zuzulassen. Ihr Zeugnis erhalten sie später, müssen aber, falls sie früher aus dem Hilfsdienst ausscheiden, zur Schule zurückkehren. Bedingung ist, daß sie durch das Kriegsamt aufgefordert sind. Beim landwirtschaftlichen Dienst ist zur Erlangung der entsprechenden Vergünstigung die Vermittlung durch die Schule erforderlich. Die Schüler müssen ebenfalls über 17 Jahre alt sein und für längere Zeit im Landwirtschaftsdienst bleiben. — Als Folgerung für die Notreiseprüfung scheint sich zu ergeben, daß in ihr lediglich die Kenntnisse der Unterprima verlangt werden können.

28. IV. 1917

Der Aufstieg der Begabten.**Wichtige Neuerungen im Berliner Schulwesen.**

In der gestrigen Magistratsitzung sind die Pläne über Neugründung von Schulen und Aufstieg der begabten Knaben eingehend erörtert worden. Es wird, die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung vorausgesetzt, das Sophien-Gymnasium nach dem Nordosten verlegt und an seiner Stelle im Zentrum der Stadt eine Oberrealschule eingerichtet werden. Eine zweite Oberrealschule soll ihren Platz in der Nähe des Schillerparkes finden.

Das Köllnische Gymnasium wird allmählich in eine Schule für Begabte umgewandelt werden, die sich auf die erste Klasse der Gemeindeschule in einem sechsjährigen Kursus aufbaut, und zwar in der Form eines Realgymnasiums, von dem sich nach zwei Jahren ein Gymnasium abspaltet. Ein Abschnitt für das Einjährige ist hier nicht vorgesehen; wer mit dem Einjährigen-Zeugnis ins Leben treten will, kann eine neue verkürzte Realschule besuchen, die in drei Jahren das Pensum erledigt und mit dem Friedrichs-Gymnasium verbunden werden soll, zugleich aber den Anschluß an eine der bestehenden Oberrealschulen Gewähr leistet. Nur wirklich hochbegabte Schüler sollen in diesen beiden neuen Anstalten aufgenommen werden. In reichem Maße sind Freistellen, in geeigneten Fällen auch freie Lehrmittel und bei besonderer Würdigkeit und Bedürftigkeit ein Zuschuß von 300 M. im Jahre vorgesehen. — Auch eine Präparanden-Anstalt und ein Stadtseminar ist für diejenigen Knaben, die sich dem Lehrerberuf widmen wollen, in Aussicht genommen; doch ist diese Gründung vorläufig noch nicht spruchreif.

3. 7. 1917

Die Salzburger Universitätsfrage.

• Wien, 2. Mai. Von der Hauptleitung des Salzburger Hochschulvereins geht uns folgende Zuschrift zu: „Auf Grund eines zwischen Freiheitlichen und den Klerikalen

Salzburgs eingegangenen Kompromisses nahm eine Salzburger Abordnung am 23. April eine Audienz beim Kaiser, um diesem die Bitte nach Wiedererrichtung der einst unter der weltlichen Regierung der Erzbischöfe bestandenen staatlichen Universität in Salzburg vorzutragen. Den Berichten über die Audienz fügten mehrere Zeitungen eine Schilderung über das Zustandekommen des Kompromisses an, die nicht zutreffend ist, insofern der Salzburger Hochschulverein, beziehungsweise dessen Hauptleitung, als Teilnehmer an dem Kompromiß genannt wurde. Die Hauptleitung hat weder in Angelegenheit der Errichtung einer staatlichen Universität in Salzburg noch in irgendeiner anderen Sache mit einzelnen Klerikalen Persönlichkeiten oder Klerikalen Kreisen weder unmittelbar noch durch Mittelpersonen Fühlung zu nehmen versucht. Sie hat an feinen wie immer gearteten Verhandlungen mit Klerikalen teilgenommen oder sie gutgeheißen. Sie war auch nicht am Zustandekommen der Audienz beteiligt und wurde durch die Zeitungsnachrichten über die Audienz vollständig überrascht. Nach wie vor hält die Hauptleitung an dem hohen Ziele fest, den Klerikalen Machtbestrebungen auf dem Gebiet des Hochschulwesens mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Sie wird scharfe Wache halten, damit die neugeplante staatliche Universität in Salzburg, falls sie wirklich zustande kommen sollte, nicht auf Grund des geschlossenen Kompromisses ein Hort des Klerikalismus werde. Nie wird sich die Hauptleitung dazu hergeben, ein Kompromiß zu schließen mit jenen, deren Bestrebungen sie in ehrlicher, fester Ueberzeugung zu bekämpfen hat.“

H. IV. 1917

Verlegung der Sommerferien an den Wiener Volksschulen.

Die Gemeindevertretung von Wien hat beschlossen, an maßgebender Stelle vorstellig zu werden, daß die Hauptferien an den Wiener Volks- und Bürgerschulen heuer auf die Zeit vom 1. Juli bis 31. August verlegt werden.

Ansichten eines Schulmannes über die Ferienverlegung.

Der Beschluß des Wiener Stadtrates bezieht sich, wenigstens seinem Wortlaute nach, nur auf das Jahr 1917, und es ist natürlich, daß zuerst ein Versuch gemacht wird, wie sich die Wirkungen dieser Vorverlegung der Ferienzeit stellen werden. Allerdings muß vorausgeschickt werden, was auch bei der Einführung der Sommerzeit gesagt wurde, daß die durch den Krieg stark verschobenen sozialen Verhältnisse aller Belange des öffentlichen und des privaten Lebens ein ganz klares Bild über die Folgen einer solchen halbmonatigen Verziehung der Schulferien nicht zulassen. Auch die ganz abnormalen meteorologischen Verhältnisse des dritten Kriegsjahres widerstreiten jeder Wahrscheinlichkeitsrechnung im gegenwärtigen Augenblick darüber, in welchem Monat heuer die größte Hitze des Jahres fallen wird und wie man von diesem Gesichtspunkte aus die schulfreie Zeit der Jugend festlegen sollte.

Im allgemeinen ist aber die Maßregel gewiß zu begrüßen und wird in den Kreisen der Eltern wie nicht minder der Lehrerschaft sympathisch aufgenommen werden, denn schon seit langem besteht eine Strömung, die Ferien in den Volksschulen früher beginnen zu lassen, als es bis jetzt der Fall war. Die erste Septemberhälfte läßt trotz Sommerzeit das Stürzwerden des Tages schon deutlich fühlbar werden, die Luft wird rauh und die Möglichkeit des Aufenthaltes der Kinder im Freien wesentlich eingeschränkter als im Juli und August. Die erste Julihälfte dagegen bringt mit die längsten Tage des Jahres und erfahrungsgemäß auch bereits Temperaturen, die namentlich in der großen Stadt dem Unterricht der Kinder nicht förderlich sind.

Zu diesen allgemeinen Gesichtspunkten gesellt sich für das heurige Jahr noch die Ueberlastung der Lehrer, deren starke Ermüdung erst gestern in dem Handschreiben des

Kaisers an den Unterrichtsminister anerkannt worden ist, dadurch, daß viele Wiener Schulgebäude gegenwärtig ihrer ursprünglichen Bestimmung entzogen sind und die dadurch hervorgerufene Unterrichtsmethode Lehrer und Schüler stärker in Anspruch nimmt als der normale Betrieb. Ein abschließendes Urteil wird sich natürlich erst nach den Ferien fällen lassen und damit wird sich auch die Frage beantworten, ob der Versuch die nächsten Jahre wiederholt werden soll oder nicht.

• Gegen die Preiserhöhung der Schulbücher.
In Folge der steten Steigerung der zur Herstellung der Bücher erforderlichen Materialien wird eine wesentliche Erhöhung der Lehrbücher beabsichtigt. Im Interesse der thunlichen Einschränkung der beabsichtigten Erhöhung hat nun gestern im Unterrichtsministerium unter dem Vorsitz des Ministers J a n o v i c h eine Konferenz stattgefunden, an der nebst den Staatssekretären und den Leitern der kompetenten Sektionen die Vertreter der Verleger und Papierfabriken, der Unterrichtsbehörden, die Präsidenten der pädagogischen Vereinigungen, die Delegirten der Staatsbeamtenvereine und ein Sachverständiger des Handelsministeriums theilnahmen. Die auf der Tagesordnung stehende Frage wurde nach allen Seiten erörtert. Bezüglich der Sicherung des Schulbücherbedarfs für das nächste Jahr sollen mehrfache Verfügungen getroffen werden.

Brünner Urania. Aus Brünn wird uns berichtet: Der Deutschmährische Volksbildungsverein hat jüngst beschlossen, ein „Volksbildungshaus Brünner Urania“ zu gründen und es bereits im Oktober dieses Jahres zu eröffnen. Ein eigener, entsprechend eingerichteter Bau kann erst nach dem Siege in Angriff genommen werden; vorläufig wird die Brünner Urania ihre Tätigkeit in Mieträumen entfalten. Die wissenschaftliche Leitung wurde Professor Dr. Simon übertragen, welcher den Gedanken zur Gründung der Brünner Urania gegeben und an der Hand der in der Wiener „Urania“, dem Wiener Volkshaus und Volksbildungshaus gesammelten Eindrücke einen eingehenden Entwurf ausgearbeitet hat. In allen Kreisen der Brünner Gesellschaft wird dem zukünftigen Mittelpunkt populärwissenschaftlicher und künstlerischer Pflege lebhaftes Interesse entgegengebracht und tatkräftigste Unterstützung in Aussicht gestellt.

8.7. 1917

Die Schulen für Schulzwecke.**Rückgabe der für Militärzwecke überlassenen Gebäude.**

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat am 10. v. M. an den Ministerpräsidenten nachstehendes Ersuchen gerichtet:

„Als in den Ferien des Jahres 1914 der Weltkrieg entbrannte, stellten die Gemeinde Wien und der Wiener Bezirksschulrat in Erkenntnis der Notwendigkeit, daß für die Unterbringung der mobilisierten Soldaten und in späterer Folge der Kranken und rekonvaleszenten Krieger in ausreichendem Maße und zweckmäßigster Weise Vorsorge getroffen werden müsse, eine namhafte Zahl von Schulgebäuden für Militärzwecke zur Verfügung. Trotz diesem Ausfall von Unterrichtsstätten sollten die betroffenen Schulkinder auch nicht für kurze Zeit ohne Unterricht belassen werden und es wurde daher von den Schulfaktoren zu Rotbefehlen gegriffen, um die Schuljugend wenigstens einige Stunden täglich in den für Unterrichtszwecke verfügbar gebliebenen Schulen zu sammeln, beziehungsweise zu unterrichten. Die hiefür getroffenen Maßnahmen (Wechsel-, Halbtags-, Drittelunterricht) hätten für die anfänglich angenommene Kriegsdauer zur Not ausgereicht. Nun stehen wir aber bereits im 33. Kriegsmonat.

Die Kinder aus den armen Bevölkerungsschichten sind, da die Väter zumeist eingezogen sind, die Mütter einem Erwerb nachgehen oder sonst wie den Unterhalt für ihre Familien zu beschaffen suchen müssen, die ganze Zeit über, während welcher sie nicht in der Schule sind, sich selbst überlassen. Ein solcher Zustand ist geeignet, einen unheilvollen Einfluß auf Zucht und Sitte der Kinder auszuüben. Abgesehen von der bei einem Teil der Jugend zutage tretenden Verwilderung darf nicht außer acht gelassen werden, daß die ganze Schuljugend, die Jahre hindurch nicht mehr mit dem lehrplanmäßigen Wissen ausgestattet wird, eine nicht wieder gutzumachende Einbuße erleidet.

Gemeinde und Bezirksschulrat ersehen nun kein anderes Mittel, um der Gefahr, die für die Zukunft der Kinder und der menschlichen Gesellschaft überhaupt einen immer bedrohlicheren Umfang annimmt, wirksam zu begegnen, als daß sobald wie möglich der volle Schulbetrieb wieder aufgenommen werde. Auf Grund eines einstimmigen Beschlusses des Bezirksschulrates Wien richte ich daher an die Regierung die Bitte, es wolle mit allem Nachdruck auf die Militärverwaltung eingewirkt werden, daß mit aller Beschleunigung — wenn auch nach und nach — und unter Berücksichtigung der für die Wiederinstandsetzung bei den jetzigen Verhältnissen nötigen Zeit derart rechtzeitig die Schulgebäude benutzungsfähig zurückgegeben werden, damit der volle und ungestörte Schulbetrieb mit Beginn des kommenden Schuljahres (September 1917) aufgenommen werden könne.“

8.7. 1917

itung.

1917
8. Mai

Die Berliner Begabenschulen.

Von

Prof. Dr. Paul Hildebrandt.

Mit bemerkenswerter Schnelligkeit werden die Pläne Stadtschulrat Reimanns in die Wirklichkeit umgesetzt. Im Anfang des Winters hörte man vom Entwurf, dann munkelte man von Verhandlungen im Ministerium und jetzt redet man bereits von der entscheidenden Vorlage an die Stadtverordneten — in zwei Wochen ungefähr, wenn der Lehrplan fertig vorliegt, wird die Versammlung im Roten Hause ihr Ja und Amen dazu sagen. Adann wird das altherwürdige Köllnische Gymnasium verantwortlich für das neue „Höchstbegabten-Gymnasium“ und „Realgymnasium“ zeichnen. Die Stundenverteilung liegt bereits vor.

Eins soll vorweg gesagt werden: Es handelt sich nicht etwa um einen neuen Durchschnittsaufstiegsweg oder um eine Reform, die nun schleunigst so und so viele Städte der Hauptstadt nachmachen sollen — nein, Geheimrat Cassel hat das schon mit erfreulicher Deutlichkeit im Landtag ausgesprochen: Diese Schule ist auf Berliner Verhältnisse zugeschnitten. Sie ist geboren aus dem Wunsche, höchstbegabten Volksschulkindern und nur ihnen einen besonderen Weg zum Studium zu bahnen. Mit dem 13. Jahr werden sie von ihren Rektoren und Lehrern vorgeschlagen. Das „wesentliche Ziel der Volksschule“ haben sie dann erreicht und es ist nun „Gelegenheit geboten, die Zöglinge ein Jahr bis zur Vollendung ihrer gesetzlichen Schulpflicht auf Begabung und Lebentüchtigkeit zu untersuchen. Ganz ausgezeichnet! Denn nach einem Jahre, während dessen die Knaben in der Anfangsklasse der neuen Schule wöchentlich 10 Stunden Latein gehabt haben, wird es sich zeigen, ob nicht etwa doch ein Irrtum vorgelegen hat. Wenn sie dann nach der übereinstimmenden Meinung des Lehrerkollegiums doch den Ansprüchen nicht genügen, haben sie keine Zeit verloren — sie treten ins Leben über ohne jeden Verlust. Eine unleugbar sehr geschickte Maßnahme!

Die Aufsicht wird dafür sorgen müssen, daß streng genug verfahren wird. Es ist keine Ausnahmeschule — da müssen auch außerordentliche Anforderungen gestellt werden. Die Rektoren und Lehrer werden es sich sehr genau überlegen, wenn sie vorschlagen. Die Lehrer der Begabenschule wirken bei der Auswahl nicht mit.

Im zweiten Jahr folgt als neue Sprache Französisch mit 6 Stunden, im dritten im Juge des Gymnasiums Griechisch mit 8, in dem des Realgymnasiums Englisch mit 6 Stunden, im vierten endlich freiwillig Englisch oder Hebräisch im Gymnasium mit 2 Stunden. Man sieht, eine gehörige Belastungsprobe für die Begabung, eine Probe, die dadurch kaum leichter wird, daß das Höchstmaß der Klassenbesetzung mit 30 Schülern festgestellt ist. Aber zweifellos hat die Allgemeinheit ein Interesse daran, daß Höchstbegabte einen besonderen Weg für sich haben.

Es gibt auch einen anderen, grundsätzlich von dem hier eingeschlagenen verschiedenen Weg des Aufstiegs der Begabten, den einen allmählich immer feineren Siebung; im Mannheimer und Kieler System ist er am folgerichtigsten durchgeführt: Allgemeine Volksschule, Absonderung Begabter in Förderklassen, die zu den höheren Schulen führen — in Mannheim eine Uebergangsklasse mit anderthalbjähriger Dauer, die aus der zweitobersten „Sprachenklasse“ der Volksschule, also einer Klasse, in der sich schon gesiebte Begabungen vorfinden, in die Obertertia einer Oberrealschule führt, in Kiel nach drei Volksschulklassen drei Mittelschulklassen, Siebung in Begabtenklassen und Uebergang nach drei weiteren Jahren in die Untersekunda. Die Berliner Schule will ohne Uebergang und ohne allmähliche Siebung einen Oberbau auf die Volksschule setzen, sie will lokale Bedürfnisse befriedigen, nicht eine allgemeine Reform unseres Unterrichtswesens in die Wege leiten.

Dabei darf nicht vergessen werden, daß Berlin in seinen im Sexta und Quinta fremdsprachlosen Realschulen schon seit langen Jahren die Möglichkeit eines Aufstiegs der Volksschüler anstelle

9. IV. 1917

* Die Kriegsjahre der Universität. Die Budapestener Universität hatte im Jahre vor dem Kriege 7518 Hörer, darunter 564 Frauen. Im ersten Kriegsjahre sank die Zahl auf fast die Hälfte, auf 4920 Hörer, herab, die Zahl der Frauen stieg jedoch auf 627. Im zweiten Kriegsjahre gab es blos 3136 Hörer, darunter 759 Frauen. Im gegenwärtigen Studienjahre hat die Universität 3532 Hörer, darunter 1036 Frauen. Die Zahl der männlichen Hörer ist also von 92.49 auf 70.67 Prozent gesunken, die der weiblichen Hörer jedoch von 7.51 auf 29.33 Prozent gestiegen. Die Zunahme der Zahl der weiblichen Hörer ist besonders auf der medizinischen Fakultät eine bedeutende; hier gab es im Studienjahre 1913/14 nur 175, gegenwärtig aber 417 weibliche Hörer. Auf der philosophischen Fakultät ist die Zahl der weiblichen Hörer von 260 auf 443, die der Hörerinnen der Pharmazie von 22 auf 40 gestiegen. Die Zahl der Promotionen weist ebenfalls eine stetige Abnahme auf. Im ersten Kriegsjahre wurden 874 Kandidaten zu Doktoren promoviert, diese Zahl sank im zweiten Kriegsjahre auf 512 herab. Im ersten Semester des gegenwärtigen Studienjahres wurden 202 und im zweiten Semester bisher 135 Kandidaten promoviert. Seit Kriegsbeginn gab es insgesamt 1588 Promotionen, darunter 814 Ärzte. 51.52 Prozent der Promovierten gingen aus der Reihe der Kriegsarzte hervor.

Eine katholische Universität in Salzburg.

Aus akademischen Kreisen schreibt man uns:

Durch die Presse ging kürzlich die Nachricht, in Salzburg solle eine Universität gegründet werden. Daran ist soviel zutreffend, daß Bestrebungen bestehen, im Anschluß an die in Salzburg bestehende theologische Fakultät eine auch für einen Teil der weltlichen Professuren konfessionell gebundene Hochschule zu errichten. Nicht etwa nur in dem Sinn, daß die Tatsache einer bestimmten Konfessionszugehörigkeit für die Uebertragung bestimmter Professuren gefordert würde. Bis vor kurzem waren solche Reste älterer Zeiten bei einzelnen alten Stiftungsprofessuren auch an deutschen Universitäten noch nicht beseitigt, und hier und da ist dies vielleicht noch jetzt der Fall. Wo es etwa noch besteht, ist das vom Standpunkt einer rein wissenschaftlichen Auslese der Bewerber unbedingt abzulehnen, und die Beseitigung ist auch überall im Gange. Aber solche Bestimmungen bedeuten keine innerliche konfessionelle Bindung des Lehrers. In Salzburg soll aber die kaiserliche Ernennung für nicht weniger als fünf von den weltlichen Professuren an die vorhergehende Zustimmung des Erzbischofs gebunden werden, also: eine „missio canonica“ in aller Form bestehen. Eine solche Hochschule wäre natürlich keine „Universität“, die irgendwelche Aussicht hätte, von akademischen Körperschaften als gleichberechtigt angesehen und als vollwertig behandelt zu werden. Angeblich soll ein Salzburger katholischer Verein Mittel hergeben und die bisherige deutsche Universität Czernowitz dorthin verlegt werden. Dieser würde damit freilich eine schwere Degradation drohen. Der Plan entstammt den Erwerbsinteressen lokaler Salzburger Kreise. Die Behauptung dieser Interessenten: ein Ministerium eines süddeutschen Bundesstaats und sogar ein reichsdeutscher Staatssekretär seien vorher um Zulage des Anerkennnisses der Gleichberechtigung gegangen worden und hätten zugestimmt, entspricht schwerlich den Tatsachen. Eine solche Zustimmung würde übrigens einer solchen konfessionellen Anstalt nie dazu verhelfen können, daß ihre Zöglinge für die Promotion an Volluniversitäten oder ihre Graduierten für die Habilitation an solchen als qualifiziert angesehen würden. Darüber können außerakademische Instanzen nichts verfügen.

Die Freistunden der Schuljugend.

Beachtenswerter Vorschlag eines Polizeinspektors.

Mit Rücksicht auf das in der letzten Zeit, insbesondere aber an schulfreien Tagen überhandnehmende Herumlungen großer Schulknaben in den Straßen Wiens, sah sich der Polizeirevierinspektor des Bezirkes Hernals Herr Viktor Jakubovský veranlaßt, dem Obmann des Ortsschulrates H. B. kais. Rat Kretschek eine Anregung zu geben, durch die die Knaben einerseits eine für ihren Geist und körperliche Kraft nützliche Arbeit und Erziehung erhalten würden, andererseits sich in recht vaterländischer Weise betätigen könnten.

Die Anregung des geachteten Polizeifunktionärs geht dahin, daß die Lehrkräfte der städtischen Volks- und Bürgerschulen über Anordnung der Schulbehörde mit den größeren Schülern an schulfreien, schönen Tagen in den Wienerwald Ausflüge unternehmen sollten, auf denen die Knaben die wildwachsenden Gemüsearten, wie auch verschiedene Kräuterpflanzen unter Anleitung und Aufsicht der Lehrpersonen sammeln könnten. Die gesammelten Gemüse und Kräutergattungen könnten zu einem bedeutend billigeren Preise an die Bevölkerung und Heilanstalten abgegeben werden, das Reinerträgnis dieser Unternehmungen solle zugunsten der Kriegswaisenkinder oder sonstigen Kriegsfürsorgestellen verwendet werden; während die Knaben für ihre Tätigkeit eine von den Einnahmen abrechenbare Mahlzeit, ähnlich wie das Kriegsbrühstück, erhalten könnten. Durch diese Arbeit würden die Kinder praktischen Unterricht in der Botanik und eine gute Erziehung erhalten, den Lebensmittel- und Arzneimangel lindern helfen, der Bevölkerung billige Nahrungsmittel verschaffen und unseren armen Kriegswaisenkindern eine schöne Summe zuführen. Wie wir erfahren, wurde diese Anregung an den zuständigen Stellen mit großem Interesse entgegen genommen.

10. IV. 1917

Pflichten des Freisinnigen.

Im Monatskalender der „Freien Schule“, Ausgabe für Mai, haben wir nur zu berechtigte Klagen über das geringe Pflichtgefühl mancher, die sich mit den Lippen freisinnig nennen.

Über 60.000 Freiheitliche waren schon — von Jahr zu Jahr wechselnd — im Rahmen unserer Organisation. Wenn wir sie jetzt alle beisammen hätten, wäre Geld genug da, um Deutschösterreich agitatorisch zu durchhackern und zum Arger unserer schwarzen Freunde gründlich auf den Kopf zu stellen. Der Kuckuck soll sie holen, die nicht bei der Stange bleiben können, die nicht wissen, daß Erfolge nur aus Fähigkeit, Treue, Fleiß und Hingabe an eine Sache erwachsen können, in deren Herzen nur ein rasch zusammensinkendes Strohflecken aufblüht, und auch die, die von diesen 60.000 mehr als

40.000 wieder haben zurückziehen lassen ins Land der Philtäer, „weil's eh mir nuht“, „weil's zu wenig Sensation gibt“.

Jetzt aber muß es anders werden. Kein altes Mitglied der „Freien Schule“ mehr verloren gehen! Zu Jahresbeginn muß ein großes Ringen um die Mitgliedschaft der alten Anhänger beginnen — und weil wir heuer schon mitten im Jahr drinnen sind, um so schneller, um so energischer. Denkt dabei auch an jene, die Kriegsstimmung und Kriegsnot von unserer Seite gerissen, überträgt auf sie alle die heilige Überzeugung, daß jetzt ein Kampf um Freiheit und freiheitliche Einrichtungen anheben wird wie nie zuvor.

Und wenn ihr die organisierte Kampfteilnahme der alten Freunde gesichert habt, dann sorgt auch heuer wieder für eine ausgiebige Vergrößerung unserer Kampfcharen, damit wir im Lichte der heubrechenden Morgenröte des Friedens mit den Kampfgenossen allüberall marschieren können gegen den alten Feind!

Zur Wendung in der Salzburger Universitätsfrage

wird von freirechtlicher Seite in einem Salzburger Bericht an die „Deutschnat. Korr.“ folgendes erklärt: Die Bemühungen auf Wiedererrichtung einer Hochschule in Salzburg — die einstige Benediktiner-Universität ist bekanntlich unter bayerischer Herrschaft im Jahre 1810 zugunsten der Universität Landshut aufgelassen worden — reichen genau ein Jahrhundert zurück. Die letzte Aktion in dieser Angelegenheit war der Vorschlag des im Jahre 1901 vom Abg. Dr. Schwegler gegründeten „Salzburger Hochschulvereines“, der Czernowitzer Universität in Salzburg einen schönen und sicheren Standort zu geben. Die Regierung erklärte jedoch auf diese Forderung unter gar keinen Umständen eingehen zu können. Da tauchte eines Tages die Frage auf, ob es nicht möglich wäre, im Einvernehmen mit dem katholischen Universitätsverein das angestrebte Ziel zu erreichen, um in der schönen Grenzstadt Salzburg eine alma mater erstehen zu sehen. Als Vorbild dienten dabei eine Anzahl reichsdeutscher Universitäten, an denen seit Jahren ähnliche Verhältnisse herrschen, wie sie jetzt für Salzburg gedacht sind. Die Verhandlungen gingen ziemlich glatt vor sich und das erste greifbare Ergebnis dieses Kompromisses war der Empfang der Vertreter beider Parteien durch den Kaiser. Die einzelnen Punkte des Übereinkommens sind bis jetzt nicht verlautbart worden, es steht aber fest, daß es sich um ein Übereinkommen handelt, dessen sich keiner der beiden Vertragschließenden zu schämen hat, weil

irgend ein grundsätzlicher Standpunkt nicht aufgegeben erscheint. Andererseits ist die Errichtung einer Hochschule in Salzburg für die Stadt von so außerordentlicher kultureller und wirtschaftlicher Bedeutung, daß der Widerspruch, der von sozialdemokratischer Seite gegen das Übereinkommen erhoben wird, nur insofern zu verstehen ist, als die Sozialdemokraten jede Verständigung zwischen den deutschbürgerlichen Parteien mit scheelen Augen ansehen. Sobald die Möglichkeit gegeben sein wird, die einzelnen Vertragspunkte des Kompromisses zu verlautbaren, wird der Beweis erbracht werden, daß Salzburg nur dieser eine Weg offen stand, um zu seinem Ziele zu gelangen. (Wozu nur ergänzend zu bemerken wäre, daß mit den Sozialdemokraten bekanntlich auch freisinnige Elemente vom Schlage des Baron Hoch und Professor Grammer und die ihnen gleichwertige liberale Presse Lärm schlugen.)

13. / V. 1917

Eine Kundgebung der Vereinigung deutscher Hochschullehrer.

Wien, 12. Mai.

Die Vereinigung deutscher Hochschullehrer, Ortsgruppe Wien, hat in ihrer heute abgehaltenen Versammlung bezüglich der Salzburger Universitätsangelegenheit folgende Resolution beschlossen:

„Mit Rücksicht auf die Zeitungsnachrichten über die Bedingungen, unter denen eine Universität in Salzburg errichtet werden soll, sieht sich die Vereinigung deutscher Hochschullehrer Wiens veranlaßt, folgendes zu erklären: Angesichts der immer mehr in den Vordergrund tretenden Bestrebungen, anderen Faktoren als den Professorenkollegien der Hochschulen und den zuständigen staatlichen Behörden Einfluß auf die Besetzung von Professuren an den Hochschulen zu verschaffen, legt die Ortsgruppe Wien der Vereinigung deutscher Hochschullehrer gegen eine derartige Durchbrechung des geltenden Rechtes auf das entschiedenste Verwahrung ein. Sie erwartet vom Staate, daß er diese Bedrohung der Grundlagen, auf denen sich der Ruhm und die Unabhängigkeit der deutschen Hochschulen aufgebaut hat, nicht fördern wird.“

Militärische Vorbereitung der Jugend.

Vom 27. bis 29. April hat in Berlin auf Veranlassung des Kriegsministeriums ein Ausbildungskursus für Hilfs-offiziere der Vertrauensmänner für die militärische Vorbildung der Jugend stattgefunden. Dazu waren nicht nur aus Preußen, sondern auch aus allen Bundesstaaten Vertreter erschienen.

Nachdem Geheimrat Nahm über die Ziele, Aufgaben und Organisation der allgemeinen Jugendpflege im Sinne des Erlasses von 1911 gesprochen, verbreitete sich der Major im Kriegsministerium Starwiese über die besondere militärische Vorbildung. Weitere Vorträge behandelten die Verwaltungsmaßnahmen, die Tätigkeit des Vertrauensarztes, die sehr wichtige Aufklärung der Jungmänner und ihrer Angehörigen über die Kriegs- und wirtschaftliche Lage, die Jungmänner und ihre Führer nach Eigenart und Behandlungsweise, die Tätigkeit der Hilfs-offiziere.

Die praktischen Unterweisungen beschäftigten sich in drei Kursen mit dem Wehrtunnen, wobei eine erfreuliche Zusammenarbeit des Militärs und der Landesturnanstalt zum Ausdruck kam, mit den militärisch einschlägigen Nöchern und mit der Vorführung von Spielen.

Die ganze Veranstaltung zeugte wieder von dem hohen Wert, den die militärische Vorbildung für die körperliche, geistige und sittliche Erziehung unserer Jugend im allgemeinen und als Vorschule für unseren Heeresnachwuchs im besonderen hat. Darum kann den jungen Leuten und ihren Eltern nur immer aufs neue dringend geraten werden, sich diese ausgezeichnete Erziehungsmöglichkeit ausgiebig zu Nutzen zu machen.

11. V. 1917

ng.

1917
14. Mai

Die Salzburger Univeritätsfrage

Aus österreichischen Hochschulkreisen wird uns geschrieben:

Es ist auf den ersten Blick auffallend, daß der kirchlichen Partei die Errichtung einer katholischen Universität in Oesterreich bisher nicht gelungen ist. Man sollte glauben, daß es dem begüterten und einflußreichen Episkopat Oesterreichs, seinen reichen Klöstern, dem mächtigen Adel im Vereine mit der weitverzweigten christlich-sozialen Partei ein Leichtes sein müßte, die notwendigen Geldsummen aufzubringen. In Belgien ist zu Löwen, in der Schweiz zu Freiburg eine katholische Hochschule entstanden, und Nordamerika zählt eine stattliche Reihe ähnlicher Lehranstalten. Als der österreichische Episkopat im November 1900 in aller Form den Beschluß faßte, in Salzburg eine Universität zu gründen, dafür die Genehmigung des Heiligen Stuhls einzuholen und alle Gläubigen zu Geldsammlungen aufzufordern, schien das Werk gesichert. Seitdem sind aber nur wenige Millionen Kronen eingeflossen, eine Summe, die vielleicht für die Gründungskosten langen würde, aber für die Erhaltung einer Hochschule völlig unzureichend wäre. Wie man hört, sind die Förderer des Unternehmens von ihrer ursprünglichen Absicht abgekommen und haben sich mit dem Gedanken befreundet, den gesammelten Betrag als Zuschuß für eine in Salzburg zu errichtende Universität dem Staate abzutreten, unter dem Vorbehalt gewisser Rechte für die kirchliche Behörde, in erster Linie für den zuständigen Erzbischof von Salzburg, der noch aus den Zeiten des Heiligen Römischen Reiches den stolzen Namen eines Primas von Deutschland führt. Ein Ausgleich also zwischen Staat und Kirche, der so gedacht ist, daß der Staat fast alle Geldmittel beistellen soll, während die Kirche auf die Auswahl der Professoren und den Geist der Lehrer Einfluß üben will. Indessen werden die Eiferer wohl auch das Bedenkliche des Mittelwegs nicht verkennen, da bei der Unsicherheit aller irdischen Dinge, bei dem demokratischen Zug unserer Zeit doch wieder eine Epoche kommen kann, in der die Staatsverwaltung sich wieder von einem freien Geiste anhaugen läßt.

Die Ursache des Einlenkens der unblegsamsten aller Parteien liegt in den ihr gegenwärtig angenehmen staatlichen Zuständen, unter denen sie wächst und gedeiht, ohne sich erst Bollwerke gründen zu müssen. Es gibt in Oesterreich keinen irgendwie nennenswerten Lehrer und Forscher kirchlicher Gesinnung, der nicht auf eine staatliche Lehrstelle auch an den weltlichen Fakultäten rechnen kann. An den theologischen Lehranstalten besitzt ausschließlich die auf dem Unfehlbarkeitsdogma und dem Syllabus gegründete Lehre eine Stätte, und zu Innsbruck ist die theologische Fakultät den Jesuiten überantwortet, die von da in den letzten Jahrzehnten eine Heerschar ergebener Schüler in alle deutschen Lande ausgesendet haben. Es wird glaubhaft versichert, daß in der Jesuitenfakultät zu Innsbruck die Gründung einer eigenen katholischen Hochschule zu Salzburg als Zeichen des Mißtrauens gegen die eigenen Leistungen angesehen wird. Sodann steht es fest, daß manche Bischöfe es überhaupt gerne vermeiden, die jungen Theologen an die Universität zu schicken, sondern es vorziehen, sie ausschließlich in den Seminarien auszubilden zu lassen. Das Erstehen einer besonderen katholischen Universität ist, alles in allem genommen, nicht daran gescheitert, daß der kirchlichen Partei die finanziellen Kräfte fehlen, sondern weil in ihr selbst der Wille dazu nie besonders stark war.

Um so schönere Aussichten eröffnen sich der Kirche, wenn in Salzburg eine staatliche Hochschule gegründet werden sollte, an der wichtige Lehrkanzeln nur mit Billigung des Erzbischofes besetzt werden dürfen. Man spricht von fünf Stellen an den weltlichen Fakultäten und nennt als solche die Kanzeln der Philosophie, Geschichte, Kunstgeschichte, des Staatsrechts und merkwürdigerweise auch der Biologie. Ob diese Nachricht in den Einzelheiten genau ist, läßt sich nicht verbürgen, in der Hauptsache aber wird sie nicht zu bestreiten sein. Das eine wäre eine Neuerung im österreichischen Hochschulwesen, die auch in der Konfordszeit nach 1855 ihres Gleichen nicht hatte. Einfluß hatte die Kirche in Oesterreich immer — daß der Staat jedoch, sei es durch förmlichen

Zur Frage der Verlegung der Schulferien.

Samstag hatte Bürgermeister Dr. Weiskirchner in einer Audienz beim Unterrichtsminister Freiherrn v. Sussarek Gelegenheit, den einstimmigen Beschluß des Bezirksschulrates Wien zu vertreten, dem auch der Wiener Stadtrat zugestimmt hatte, wonach die Hauptferien der Volks- und Bürgerschulen auf die Zeit vom 1. Juli bis 31. August verlegt werden, und daß dieselbe Maßnahme auch an Mittelschulen und anderen ähnlichen Lehranstalten eintrete. Die Forderung nach Verlegung der Hauptferien beschäftigt schon seit Jahren sowohl die Fachkreise als auch die breite Öffentlichkeit. Zweifellos sind die Monate Juli und August die heißesten des Jahres, daher einem geregelten Unterrichte und einem günstigen Unterrichtserfolg am abträglichsten. Die Frage, ob die Zeit vom 1. bis zum 15. Juli oder die vom 1. bis 15. September für den Unterricht wertvoller sei, kann ohnweiters zugunsten der letzteren Zeit entschieden werden. Dabei hat in vielen Haushaltungen auch der Umstand Schwierigkeiten hervorgerufen, daß die Mittelschüler vielfach infolge zeitlicher Maturitätsprüfungen bereits Anfang Juli vom Unterrichte frei waren, während Volks- und Bürgerschüler erst am 15. Juli in Ferien gehen konnten. Die k. k. Bezirksschulinspektoren haben sich für die Verlegung der Hauptferien, nicht aber für eine Verlängerung derselben auf zehn Wochen ausgesprochen, da es kaum denkbar sei, eine solche Verlängerung durch Einschränkung der Ferialtage im Laufe des Schuljahres hereinzubringen. Der Unterrichtsminister nahm die Bitte des Bürgermeisters wohlwollend entgegen und versprach deren Behandlung, wobei er diese allerdings für den nächsten Schuljahr als kaum durchführbar erklärte.

Die Salzburger Universität.

Ein österreichischer Universitätsprofessor schreibt uns:

In Ihrem geschätzten Blatt brachten Sie am 10. d. M. eine Zuschrift: „Eine katholische Universität in Salzburg.“ Zur Aufklärung bitte ich folgenden Bemerkungen Raum zu geben. Die Zuschrift beruht nicht auf authentischen Quellen, sondern auf bloßen Gerüchten. Richtig ist, daß zwischen Vertretern der freiheitlichen und klerikalen Parteien in Stadt und Land Salzburg in der Universitätsfrage ein Kompromiß geschlossen wurde, dessen Einzelheiten im geeigneten Augenblick veröffentlicht werden sollen. Soviel aber kann heute schon gesagt werden, daß es sich nicht um eine „katholische Universität“, um eine „konfessionelle Anstalt“ handelt, sondern um eine vollwertige staatliche Hochschule mit Wahrung der Vorschlagsrechte der einzelnen Fakultäten. Unwahr ist die Behauptung, daß die bisherige deutsche Universität Czernowitz nach Salzburg verlegt werden solle. Von Czernowitz ist im ganzen Kompromiß nicht die Rede. Also kann der dortigen Hochschule auch keine „schwere Degradation“ drohen. Ebenso ist unwahr, daß von den Interessenten ein Ministerium eines süddeutschen Bundesstaates und sogar ein reichsdeutscher Staatssekretär um Zusage des Anerkenntnisses der Gleichberechtigung angegangen worden seien. Dazu lag umso weniger ein Anlaß vor, als über diese Gleichberechtigung ja nicht der mindeste Zweifel bestehen kann. Endlich liegen dem Universitätsprojekt keineswegs nur „die Erwerbsinteressen lokaler Salzburger Kreise“ zu Grunde, deren Bedeutung und Berechtigung übrigens durchaus nicht geleugnet werden soll. Salzburg macht nur seinen geschichtlichen Anspruch auf die Wiederherstellung einer Hochschule geltend, die es zwei Jahrhunderte lang besessen hat, deren Restitution ihm schon vor 100 Jahren durch ein Kaiserwort in Aussicht gestellt wurde. Und weit über die Grenzen Salzburgs hinaus wird die neue Universität, deren Errichtung die kaiserliche Kundgebung vom 23. April verheißt, die kulturelle und politische Position des Deutschtums in Oesterreich stärken.

Sierzu bemerkt unser Gewährsmann:

Die Angaben der vorstehend in der heute leider üblich gewordenen Art scheinbar energisch angefochtenen, in Wahrheit näher bestätigten Zuschriften beruhen auf eingehenden Mitteilungen eines österreichischen Universitätsprofessors. Wenn die Frage einer Verlegung der Universität Czernowitz, welche seinerzeit mit den Anstoß zu der Erörterung der Salzburger Neugründung gegeben hatte, jetzt aus dieser Kombination ausgeschaltet worden sein sollte, so wäre das erfreulich für Czernowitz, aber zur Beurteilung der Salzburger Pläne selbst natürlich gleichgültig. Daß der Kompromiß der Parteien jene Zusammenhänge nicht erwähnt, ist natürlich durchaus glaubhaft. Die Behauptung, daß zwei deutsche leitende Staatsmänner vorher sondiert worden seien und „zugestimmt“ hätten, ist, wie wiederholt festgestellt sei, von klerikalen Interessenten unter genauer Bezeichnung der Persönlichkeiten aufgestellt worden. Obwohl nun auch in Oesterreich die klerikalen stets „früher aufzustehen“ pflegen als ihre „freiheitlichen“ Partner, beweist dies, wie gern zugegeben sei, die Wahrheit der Behauptung nicht, welche demgemäß in der angefochtenen Zuschrift auch als „hoffentlich unrichtig“ bezeichnet worden war. Daß aber über die Gleichberechtigung der konfessionellen Kompromißhochschule ohnehin „nicht der mindeste Zweifel“ bestehe, ist eine etwas naive Behauptung. Denn darüber haben, soweit die innerakademischen Verhältnisse in Betracht kommen, ausschließlich die Lehrkörper der 3 Universitäten das letzte Wort. Nicht aber jene Interessenten und angeblich „freiheitlichen“ Parteien in Stadt und Land (1) Salzburg, welche sich konfessionellen Ansprüchen unterworfen haben, um „historischen Rechten“ und vor allem — der „Bedeutung und Berechtigung“ lokaler Erwerbsinteressen gerecht zu werden. Denn nicht zu bestreiten versucht die Entgegnung den entscheidenden Punkt: daß für (soviel bekannt, nicht weniger als fünf) weltliche Professuren, darunter gerade diejenigen von der allergrößten allgemeinen Bedeutung, die kaiserliche Ernennung des Kandidaten an die vorherige Zustimmung des Erzbischofs geknüpft werden soll. Eine solche Hochschule mag formal staatlich organisiert werden und sich „Universität“ nennen, wie es die Sektenschulen in Amerika ja auch tun, — sie ist selbstredend keine „vollwertige“ Universität und wird von Volluniversitäten auch als solche nicht anerkannt werden. Daß übrigens derartige ganz gewöhnliche Parteihandelsgeschäfte sich gar noch herausnehmen, sich mit „Kaiserworten“ zu decken und vollends sich mit der pathetischen Etikette zu schmücken: „Stärkung der kulturellen und politischen Position des Deutschtums in Oesterreich“ (dessen Stellung an ausnahmslos allen anderen durch die illoyale Konkurrenz der Salzburger Neugründung betroffenen österreichischen Universitäten und Universitätsorten bedroht ist, als gerade in Salzburg!), das ist vielleicht das Bedauerlichste an der ganzen Sache.

Ein Protestbeschluß einer Wiener Sektion des österreichischen Hochschullehrerverbandes liegt dem Vernehmen nach bereits vor.

Lob unserer Lehrerschaft.

Vizebürgermeister Hof nahm im Beisein der beiden administrativen Referenten des k. k. Bezirksschulrates Wien, Obermagistratsrat Arzt und Magistratssekretär Paul, am 20. d. im Gemeinderatssitzungsloale die Angelobung von 135 provisorischen Lehrern und Lehrerinnen 2. Klasse und 25 Lehrerinnen für weibliche Handarbeiten vor. W. Hof richtete an die erschienenen Lehrpersonen eine Ansprache, in der er sagte: „Ihnen obliegt es, die Kinder mit den nötigen Kenntnissen und Fertigkeiten auszustatten, welche sie brauchen, um im Lebenskampfe bestehen zu können. Damit ist aber Ihre Tätigkeit nicht erschöpft. Denn gleich wichtig ist es, die Kinder sittlich-religiös zu erziehen, ihren Charakter zu stärken und die in ihnen ruhenden guten Anlagen und Fähigkeiten zu beleben und auf das kräftigste zu fördern. Sie haben auch die Pflicht, alles daran zu setzen, daß in den jungen Herzen die Liebe zu unserem angestammten Kaiserhause und unserem teuren Vaterlande geweckt, genährt und erhalten wird, daß die Kinder zu wahren Patrioten erzogen werden und daß in ihnen niemals das Bewußtsein erlischt, daß sie Kinder der deutschen Stadt Wien sind. Die große Zeit, die wir durchleben, hat die Notwendigkeit gezeitigt, daß die Lehrerschaft über den Rahmen ihrer sonstigen amtlichen Tätigkeit hinaus zum Wohle der Bevölkerung und zur Obsorge für die Kinder herangezogen werde. Seit vielen Monaten stehen so die Lehrer und Lehrerinnen Wiens Tag für Tag im Dienste der Allgemeinheit. Wenn ich nur kurz Ihrer Tätigkeit bei dem Lebensmittelbezuge, ihres vorbildlichen opferwilligen Patriotismus bei den Kriegsanleihezeichnungen und bei der Sammlung von Geld- und Liebesgabenpenden für unsere gesunden und kranken Helden, ihrer Fürsorge um die Jugend, außer dem Unterrichte, und der Erziehung in den Schulstunden, gedenke, soll es mir erlaubt sein, von dieser Stelle aus zu betonen, daß die Lehrerschaft das Vertrauen, das in allen diesen Belangen in sie gesetzt wurde, voll und ganz gerechtfertigt hat, davon Zeugnis gebend, daß sie in dem gewaltigen Ringen, das die ganze Welt in Atem hält, mehr als ihre Pflicht erfüllt. Möge ein gütiges Geschick uns und allen, die eines guten Willens sind, bald einen gerechten, dauernden Frieden schicken, in welchem es uns gegönnt ist, zur Ehre und zum Ruhme unseres Vaterlandes alle jene Werke des Friedens auszubauen, welche gegenüber den Anforderungen des Krieges zurückstehen mußten. Auch an die Lehrerschaft werden nach dem Kriege weitere verantwortungsvolle, aber auch beglückende Aufgaben herantreten, die auf sich zu nehmen und mit der ganzen Kraft des Wissens und Könnens zu erfüllen, ihre heilige Pflicht sein wird. Darum arbeiten Sie, meine jungen Damen und Herren, an der Seite Ihrer älteren Kollegen und Kolleginnen mit, unentwegt und unbedrossen, insofern und insoweit Vaterland und Vaterstadt Ihre Kräfte in so außerordentlicher Weise in Anspruch zu nehmen bemüht sein werden. — Hierauf verlas Oberkonmissär Gantsch die Angelobungsformel, worauf die Lehrpersonen das vorgeschriebene Gelöbniß ablegten.

Schulschluß an Mittelschulen.

Zeugnisverteilung am Donnerstag, 28. Juni.

Der Unterrichtsminister hat die Anordnung getroffen, daß an den Mittelschulen und Mädchenlyzeen, an den Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten sowie an den kommerziellen und nautischen Schulen wegen der gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnisse der Unterricht schon **D o n n e r s t a g** den 28. Juni statt mit dem vorgeschriebenen Julitermin abgeschlossen und die Zeugnisverteilung vorgenommen wird, sofern an diesen Anstalten der Unterrichtsbetrieb keine längere, die Erreichung des Lehrzieles behindernde Unterbrechung erlitten hatte.

Für jene Anstalten, an welchen der Unterricht infolge **R o h l e n m a n g e l s** oder anderer Hindernisse in einem solchen Maß **u n t e r b r o c h e n** war, daß zur Bewältigung des vorgeschriebenen Lehrstoffes eine weitere Fortsetzung des Unterrichtes erforderlich ist, wird wegen des Schulstoffes fallweise nach Anhörung der Landesschulbehörden die Entscheidung getroffen werden.

26. V. 1917

Deutsche Kommandosprache bei den Übungen der tschechischen Mittel- schüler.

Ein Erlass des böhmischen Landes Schulrates.

Prag, 25. Mai. (Privattelegramm.)
Wie die „Narodni Listy“ meldet, hat der böhmische Landes Schulrat an die Direktionen aller tschechischen Gymnasien, Realgymnasien, Realschulen und Lehrerbildungsanstalten in Böhmen einen Erlass gerichtet, in welchem es heißt: Das Ministerium für Kultus und Unterricht macht unter Hinweis auf seinen Erlass vom 2. Juni 1915 betreffend die militärische Vorbereitung der reiferen Jugend im Einvernehmen mit dem Ministerium für Landesverteidigung vom 6. März d. J. darauf aufmerksam, daß bei allen Übungen die gemäß des vorerwähnten Erlasses vorgenommen werden und bei denen ein militärisches Kommando und Fachausdrücke gebraucht werden müssen, diese in strenger Uebereinstimmung mit den militärischen Vorschriften und in der Dienstsprache des Heeres anzuwenden sind. Es sind daher auch an Anstalten mit einer andern Unterrichtssprache als der deutschen die Kommandos und Fachausdrücke, die sich bei den Übungen ergeben, in der deutschen Sprache als der Dienstsprache des Heeres in ähnlicher Weise, wie es schon bei den Schützengraben eingeführt ist, zu gebrauchen. Die Kommandos und Fachausdrücke sind jedoch den Schülern in der Unterrichtssprache zu erläutern, in welcher auch alle übrigen bei den Übungen erforderlichen Erklärungen und Hinte zu erteilen sind.

*** Statistisches über die österreichischen Universitäten.** Das Ministerium für Kultus und Unterricht veröffentlicht einen Ausweis über den Besuch der österreichischen Universitäten im verflossenen Wintersemester. Hiernach weist die Universität **Wien** eine Gesamtsumme von 3940 Studierenden aus. Davon entfallen 194, und zwar 178 ordentliche, 16 außerordentliche Hörer auf die theologische, 1084, nämlich 983 ordentliche, 93 — darunter 35 Hörer der Staatrechnungswissenschaft — außerordentliche Hörer und 8 Hospitantinnen auf die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät. An der medizinischen Fakultät waren im Wintersemester 1916/17 566 Hörer und 502 Hörerinnen als ordentliche, 15 Hörer und 7 Hörerinnen als außerordentliche, sowie 7 Hospitantinnen, also insgesamt 1097 Studierende inskribiert. Der philosophischen Fakultät gehörten 504 Hörer und 601 Hörerinnen als ordentliche, 221 Hörer (23 Lehramtskandidaten für das Realschulwesen,

30 Pharmazenten, 33 Frequentanten und 135 Sonstige) und 239 Hörerinnen (27 Pharmazentinnen, 32 Frequentantinnen und 180 Sonstige) als außerordentliche, also insgesamt 565 Studierende an. Die Universität **Jnnbruck** zählt 671 Studierende. Die Universitäten in **Graz** 853, in **Prag** (deutsch) 724, (tschechisch) 2302, in **Lemberg** 1223, in **Krakau** 1854. Insgesamt wurden die österreichischen Universitäten im Wintersemester 1916/17 von 11.567 Studierenden frequentiert. Von dieser Gesamtzahl entfallen auf die theologischen Fakultäten 1070, auf die rechts- und staatswissenschaftlichen 3341, auf die medizinischen 3130 und auf die philosophischen Fakultäten 4026, die Universität in **Cernowitz** vermochte im Wintersemester 1916/17 wegen der Kriegereignisse den Unterrichtsbetrieb nicht aufzunehmen.

Die Salzburger Universität.

Die „Hochschulnachrichten“ gegen die „senilen Mächten“
kulturrämpferischer Gegner.

Im letzten Heft der halbamtlichen Münchener „Hochschulnachrichten“ läßt sich deren Herausgeber Dr. Paul v. Salvisberg in München, ein überzeugter Protestant, der in Hochschulfragen immer eine vornehme Haltung eingenommen hat, vernehmen wie folgt:

Es haben die führenden Männer und Parteivertreter des Salzburger Landes den bisherigen unerspriechlichen Kampf aufgegeben und sich im Wege gesinnungsehrlicher Uebereinkunft für eine Verfassungsform ihrer Universität entschieden, die sich in verschiedenen deutschen Staaten bereits bemährt hat und neuerdings erst in Gent unter ganz besonderem Hinweis auf die unumgänglich notwendige Mitwirkung der verschiedenen politischen und konfessionellen Richtungen bei der Ausgestaltung nationaler Kulturideale in die Erscheinung getreten ist. Artverwandt soll sich die Erneuerung der alten fürsterzbischöflichen Alma mater Salisburgensis zu einer von modernem Geiste gegenseitiger Duldsamkeit getragenen „Kaiser-Karl-Universität“ in der Weise vollziehen, daß an die dort seit Alters bestehende katholisch-theologische Fakultät die drei weltlichen Schwesterfakultäten angegliedert werden. Der Kaiser wurde durch eine Abordnung des Landes sofort von diesem Ergebnis verständigt. Er begrüßte diesen „Bund gegenseitigen Vertrauens und gegenseitiger Treue“, der in der Stunde staatlicher Bedrängnis und völkischer Besorgnis das Wohl von Heimat und Nation rüchhaltlos über alle trennenden Sonderbestrebungen stellt, als eine Kulturtat, umleuchtet vom Morgenrot einer neuen Zeit.

Bereits vor 16 Jahren, als die sogenannten „Vorausetzungslosen“ gegen die Professur Spahn und bald darauf gegen die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät in Straßburg wüteten und nach akademischen Maigesetzen riefen, jährieten die „Hochschulnachrichten“: „Unsere Universitäten und die Wissenschaft stehen viel zu hoch und auf viel zu festem Grund, als daß sie von konfessionell oder parteiisch befangenen Lehrmeinungen etwas zu fürchten hätten.“ Bei aller Toleranz ist man zwar in Salzburg noch keineswegs über alle Wirrsale und Gemmnisse hinaus. Bereits erklärt der liberale Hochschulverein die auffallende Erklärung, daß er weder direkt noch indirekt mit dem ohne sein Wissen erfolgten Kompromiß etwas zu schaffen habe, sondern „nach wie vor“ entschlossen sei, „den klerikalen Machtbestrebungen auf dem Gebiete des Hochschulwesens mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten“. Spricht hier offensichtlich eine gewisse Bitternis und das Gefühl der Zurücksetzung des bei den stattgehabten Verhandlungen scheinbar nicht nach Erwarten berücksichtigten Vereines mit, so darf man andererseits doch erwarten, daß sich diese Erklärung nicht auch gegen die nunmehrige Entwicklung der Dinge richte. Die Salzburger Hochschulfrage ist letzten Endes denn doch eine viel zu wichtige Landesache, als daß sie auf Gebeih und Verderb zu einer Vereinsangelegenheit gemacht werden könnte. Namentlich wenn — wie aus dem Protokolle herausklingt — dieser Verein auf seinem unversöhnlichen Standpunkt beharren und jedes zeitgemäße Kompromiß ablehnen sollte. Auf solch intransigenten Standpunkt stellt sich in der „Frankf. Ztg.“ 128/10. V. 17. auch ein akademischer Einsender, der den lediglich „Erwerbs-

interessen lokaler Salzburger Kreise“ entstammenden Universitätsplan einer „konfessionell gebundenen Hochschule“ (huh!) vom Standpunkte rein wissenschaftlicher Auslese kaltlächelnd ablehnt. Das seien „Reste älterer Zeiten“, deren Beseitigung „überall im Gange ist“, was zwar weder in Straßburg noch Gent der Fall, aber der braunen Lisel um so besser ins Geläute paßt.

Sollten in Salzburg wirklich — wie jener Einsender wichtigtuertisch andeutet — fünf Lehrstühle für Katholiken vorgesehen sein, so ändert die Zahl an der Daseinberechtigung verschiedener Lehrmeinungen gar nichts. Die Bezugnahme auf die — Missio canonica dagegen ist ein seniles Mäzchen, womit solchen das voraussetzungslose Gruseln beigebracht werden soll, die nicht wissen, daß die Missio canonica lediglich für akademische Lehrer in Betracht kommt, welche die höheren Weihen haben, d. h. Geistliche sind. Ist Kollege Spahn vielleicht daran gebunden? Im übrigen ernennt auch in Oesterreich der Kaiser und nicht die Kurie die Hochschullehrer. Gleichmaßen erweist sich der Banustrahl, mit dem der Einsender gegen Salzburg schon merkbar wackelt, als ein pensionierter Theaterblitz, denn Anerkennung und Gleichberechtigung bleiben künftighin keiner Hochschule versagt, die brauchbare Staats- und Weltbürger heranbildet und deren Professoren selber ernst nehmen, was sie lehren.

Ein Aufruf des Wiener Volksbildungsvereins. In einem Aufruf wendet sich der Wiener Volksbildungsverein an die Öffentlichkeit mit der Mahnung, daß die Erhaltung des Vereins für die kommende schwere, aber hoffnungsvolle Zeit eine ernste, dringende Pflicht ist, und mit der Aufforderung zur Mitarbeit und Unterstützung an alle, die dem am härtesten geprüften und

sich aufopfernden Volke die Mittel zur geistigen Veredelung und Verwertung seiner Kräfte gewähren wollen und können. Der Verein weist darauf hin, daß der Wiederaufbau der durch den Krieg gestörten Lebensverhältnisse, der Begründung einer neuen gemeinstaatlichen Kultur nur durch fortschreitende geistige Hebung der Massen, durch Verbreitung ernstlicher Bildung und durch die Befähigung aller Volksgenossen zur Anteilnahme an den geistigen Bestrebungen und Errungenschaften erreicht werden können. Davon werde auch der erhoffte neue Aufschwung des Wirtschaftslebens abhängen. Dem Ziele, neue Möglichkeiten geistiger Erhebung zu erschließen, um damit die Leistungsfähigkeit jedes Einzelnen zu kräftigen, hat der Volksbildungsverein seit mehr als dreißig Jahren gedient. Die von ihm begründeten Volksbibliotheken umfassen 200.000 Bände, 6000 Vorträge wurden veranstaltet, die Schundliteratur wirksam bekämpft, durch Konzerte, Theateraufführungen und Rezitationen den für alles Gute dankbaren Sinn der breiten Volksschichten veredelnd erfreut, das eigene Volksbildungshaus errichtet, in dem Unterrichtskurse und Unterhaltungsabende fürs Volk abgehalten werden und für diese Zwecke im ganzen bisher drei Millionen Kronen ausgegeben. Er dient keiner Partei, sondern dem Volk und dem Staat, indem er darauf hinarbeitet, daß die geistige Kluft, welche Besitzende und Besitzlose trennt, überbrückt und alle vorhandenen reichen Kräfte aller zum Wohle der Allgemeinheit gehoben und entfaltet werden.

Krieg und Schule.

Von Ministerialrat Dr. Josef v. Brattenberg,
Vizepräsidenten des niederösterreichischen Landes-
schulrates.

Daß die jengenden Flammen des Weltbrandes auch die Schule nicht verschonen würden, war von allem Anfang klar, nur über den Umfang und die Stärke der Einwirkung mag sich mancher den größten Täuschungen hingeeben haben, besonders am Kriegsbeginn, der in die Ferienzeit 1914 fiel.

Die tausende zu den Waffen gerufenen Lehrkräfte, die zahlreichen für Militärzwecke in Anspruch genommenen Schulgebäude schienen anfänglich überhaupt die Wiederaufnahme des Unterrichts auszuschließen, aber nach Ueberwindung des erstarrten Schreckens der ersten Wochen trat die Sorge um die Erziehung der Jugend wieder in ihre Rechte und erzwang die Eröffnung der Schulporten und die Wiederaufnahme des Unterrichts trotz aller Schwierigkeiten und Geminnisse.

Die Wirkungen des Weltkrieges auf die Schule bis in die letzten Phasen zu verfolgen, mag ein verlockender und dankbarer Stoff für spätere friedliche Zeiten sein. Jetzt, wo der Brand noch nicht verlöscht ist, das ermatende Feuer noch jeden Moment wieder zur größten Heftigkeit sich steigern kann, mögen nur einige wenige, besonders in die Augen stechende, mit dem Kriege unmittelbar im Zusammenhang stehende Einwirkungen herausgehoben werden.

Der gleich bei Kriegsbeginn an die Schule ergangene Ruf, sich in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen, wurde von ihr mit Begeisterung aufgenommen. Die Errichtung des Schülerhilfskorps ermöglichte eine geregelte Tätigkeit der Mitwirkung bei den Erntearbeiten, Transporten, im Bahnhofslabedienst und bei ähnlichen Verrichtungen. Mit der männlichen Jugend mitteilerte die weibliche in allerlei vaterländischen Werken.

Die zweimalige Woll- und Kartuschsammlung, durch die mehr als eine Million Soldaten gekleidet und viele Flüchtlinge aus dem Norden und Süden mit dem Nötigsten versehen werden konnten, die vorzüglich organisierte Kriegsmetallsammlung, die Millionen an Werten lieferte, die Rote Kreuzwoche und die Kriegspatenschaft, die Schulaktion „Weihnachten im Felde“ mit Spenden für 635.000 Mann, der Handarbeitsunterricht im Dienste der Kriegsfürsorge, der in Niederösterreich allein 1½ Millionen Wäschestücke der Heeresverwaltung zuführte, die Zeichnung der Kriegsanleihe in den Schulen, die bei den drei letzten Zeichnungen in Niederösterreich mehr als 44 Millionen Kronen eintrug, die Schaffung der Kriegsgemüsegärten der Schulen, durch die in Wien mehr als 220.000 Quadratmeter bisher brachliegender Boden fruchtbar gemacht wurden, und die zahlreichen anderen Sammlungen, die stets vom Lehrpersonal und der Schuljugend mit Feuereifer durchgeführt wurden, sind nie verblässende Beweise voller Erfassung der Bedürfnisse der Zeit und der Notwendigkeit gemeinnütziger Tätigkeit.

Schon im Frieden war in letzter Zeit die Betonung des erziehlischen Momentes durch Gewöhnung an Arbeit und Unterordnung, sowie die körperliche Erleichterung in den Vordergrund gerückt worden, aber erst der Krieg hat Geist und Kraft der Jugend in dieser Richtung voll entfaltet und für die großen Gedanken und Aufgaben der eisernen Zeit empfänglich gemacht.

Die volle Ausnützung dieser Strömung hätte aber geordnete Schulverhältnisse zur Voraussetzung gehabt, so aber konnte infolge der durch Einberufung zur militärischen Dienstleistung oder für Zwecke der Volksernährung der Schule entzogene Lehrer oft nur mit Mühe und Not ein verkürzter, durch zusammengezogene Klassen weniger wirksamer Unterricht aufrecht erhalten werden.

Am härtesten trafen diese Verhältnisse wohl jene Kinder von Volks- und Bürgerschulen, denen schon vor Kriegsausbruch die Schule die einzige Heim- und Erziehungsstätte gewesen.

Die durch die Schulverwaltung und andere öffentliche und private Faktoren entfaltete Jugendfürsorgeleistung hat sicherlich viele erfreuliche Erfolge gezeitigt, Hunger gestillt, Not gelindert und Werke der Barmherzigkeit geleistet, aber sie konnte den nachteiligen Einfluß des stets unterbrochenen Unterrichtes, der Ueberfüllung der Klassen, der vielen Abhaltungen oder der gelegentlich des Anstehens zur Erlangung von Lebensmitteln oder Kohle auf die Jugend einwirkenden Aeußerungen, die auch die geistigen Kräfte beeinflussende Unterernährung und Nervenregungen selten ganz wettmachen, und so wurde die Klage über den geringen Fortschritt im Lernen, über Verrohung und Zügellosigkeit der Schuljugend zu einem oft gebrauchten Schlagwort.

Doch die Kundigen, die mitten in der Sache stehen, wissen, wie viele Leid- und Lastträger unter den Kindern sind, die aus eigenem Willen Schwere auf sich genommen haben und sich mutig und opferwillig in den Dienst der Gemeinamkeit stellen. Die Förderung der staatsbürgerlichen Erziehung hat einen bedeutungsvollen Inhalt bekommen, und die Jugend hat die Tapferkeit im täglichen Leben schätzen gelernt.

Wie sehr durch die Einberufung der Schüler aus den Mittelschulen, die in den obersten zwei Klassen mindestens zwei Drittel beträgt, das Gesamtbildungsniveau herabgesunken, läßt sich heute noch schwer ermaßen, aber sicherlich wird es sich insbesondere auch für die Lehrerbildungsanstalten als notwendig erweisen, durch nachfolgende, besondere Ausbildungs- und Ergänzungskurse vorhandene Lücken auszufüllen, denn Kriegsmatura und vier- bis sechswöchiger Schulbesuch, vereint mit den Ablenkungen großer Ereignisse, können doch fleißige Vorbereitung auf Reifeprüfung und tägliches Unter-

richt und ruhiges Studium nimmermehr ersetzen.

In Niederösterreich ist etwa ein Drittel aller Lehrkräfte unter den Waffen, in den Volks- und Bürgerschulen ließ sich zum Teil wohl durch weibliche Kräfte Ersatz schaffen, insbesondere in den Städten. Wien zum Beispiel hat derzeit 3350 weibliche Lehrkräfte, um rund 2000 mehr als vor dem Kriege.

Besonders schwierig gestalteten sich die Schulverhältnisse für jene polnischen, ruthenischen, italienischen, slowakischen, rumänischen Schüler, die nach den Kriegereignissen Wien übersiedelten.

Welche Fülle von Arbeit die Vorforgere für die stets schwankende, aber zumeist doch 5000 überschreitende Zahl von verschiedenbrachigen Schülern, die in zahlreichen Beschäftigungsläufen Unterricht in der Muttersprache erhalten, Prüfungen ablegen dürfen, kann ein Ueingekehrter kaum ermessen, denn niemals gab es früher ähnliches.

Trotzdem die Sorge um das tägliche Brot für die Kinder den Eltern und Instituten Tag für Tag ernstere Schwierigkeiten bereitet, die Ueberbürdung der Lehrpersonen wächst, geht heute doch der Schulbetrieb schon so ziemlich geordnet weiter, das Erziehungsziel steht klarer denn je vor Augen, und jeder Schüler, der lernen will und sich redlich müht, kann ohne Verlust von Jahren sein Zeugnis erlangen.

Wenn auch die Summe des Wissens gegenüber dem früheren zurückstehen dürfte, so hat die Jugend doch vieles an Ernst und Reife gewonnen; auch bleibt das Verhältnis von Wissen und Können anderen Ländern gegenüber gleich, denn auch sie haben gelitten, vielleicht in noch höherem Maße.

Die jetzt durch Not erzwungene höchste Kraftentfaltung bürgt auch für später größere Leistungsfähigkeit, sie ist und wird aber nur zu danken sein der Aufopferung der Lehrpersonen, diesen Helfen der Selbstlosigkeit, die ihre Kraft leider nicht höher verlaufen dürfen, so sehr sie auch an Wert gestiegen ist.

4./VI. 1912.

Das höhere Schulwesen Berlins.

Die Berliner Stadtverordneten werden sich am nächsten Donnerstag mit einer tief in das Berliner Unterrichtswesen einschneidenden Aenderung im höheren Schulwesen beschäftigen, nachdem sowohl die zuständige Deputation wie der Magistrat sich schon längere Zeit mit dieser Frage sehr eingehend beschäftigt haben. Im Vordergrund steht dabei das Ziel, den Aufstiege der Begabten zu fördern und durch Neuerrichtung von höheren Schulen eine steuerkräftige Bevölkerung in den nördlichen Stadtteilen festzuhalten und deren Zuzug zu befeben. Diesen Zwecken soll zunächst die Verlegung des Sophiengymnasiums in der Weinmeisterstraße nach dem Kurischen Platz im Nordosten und die Errichtung einer neuen Oberrealschule im Gebäude des Sophiengymnasiums dienen. Die Verlegung des Sophiengymnasiums und die Errichtung der Oberrealschule sollen allmählich erfolgen. Auf eine Vorschule glaubt der Magistrat nicht verzichten zu können. Es hat sich nämlich gezeigt, daß beim Fehlen von Vorschulen sofort Privatschulen errichtet werden, und daß Berlin die Vorschulen solange beibehalten muß, wie solche in den Vororten bestehen. Wollte man in Berlin die Vorschulen beseitigen, dann würde man damit zweifellos die Abwanderung der Steuerzahler begünstigen, statt ihren Zuzug zu fördern.

Sodann soll auf dem Wedding in der Nähe des Courbièreplatzes eine neue Oberrealschule mit zunächst einer Sexta und der 3. Vorschulklassen zu Michaelis eröffnet werden. Hand in Hand soll mit diesen Plänen die Umwandlung des Köllnischen Gymnasiums in der Inselstraße in eine Schule für besonders befähigte Gemeindeschüler erfolgen. Der Berliner Magistrat steht der Frage der Einheitschule noch skeptisch gegenüber. Er beabsichtigt indes den Aufstiege der Begabten zu fördern, damit jeder wahrhaft Tüchtige hier Gelegenheit bekommt, seine Anlagen auszubilden. Das Köllnische Gymnasium soll nun absterben, um, den Bedürfnissen unserer Zeit entsprechend, in anderer Form wieder aufzuerstehen. Der Name, das Kollegium, die Eigenschaften und Rechte der juristischen Person bleiben, nur der Aufbau der Anstalt soll geändert werden. Besonders begabte Schüler sollen in sechs Jahren die Reife für die Universität erlangen und zwar auf gymnasialem und realgymnasialem Wege. Ein abschließender Einschnitt für das Einjährige ist im Lehrplan nicht vorgesehen. Die Auswahl der Schüler trifft die zuständige Deputation auf Eingabe der Eltern nach Vorschlag der Direktoren und Begutachtung durch den Schularzt, gleichgültig, ob Schulgeld (140 M.) bezahlt wird oder nicht. Eine besondere Kommission wird von den Knaben sich persönliche Eindrücke verschaffen. Vom Jugendamt, das in Aussicht genommen ist, sollen diese Knaben auf Charakter und Wesen geprüft werden. Diese Prüfung soll während eines Aufenthaltes in einem Ferienheim geschehen. Hierfür steht das bekannte Wandlitzheim zur Verfügung. Diese neue Anstalt wird Ostern und Michaeliszöten erhalten. Sie soll zum 1. Oktober d. J. eröffnet werden.

Ferner soll das Friedrichs-Gymnasium in eine einzögige Anstalt umgewandelt und in seinen Räumen in der Abrechtstraße eine verkürzte Realschule errichtet werden. Das benachbarte königl. Französische Gymnasium dürfte in absehbarer Zeit als Internat, wie das Joachimthalsche nach auswärtig verlegt werden. Die neue Realschule wird den Namen „K a e m p f - S c h u l e“ erhalten und soll besonders befähigten und zum Studium der technischen Fächer geeigneten Knaben den Anschluß an die Oberrealschule sichern. Gleichzeitig soll sie aber auch hervorragenden Knaben durch vorbereitende Schulung dem Handel, der Industrie und dem Handwerk zuführen. Das Schulgeld wird nur 80 M. betragen bei zahlreichen Freistellen. Diese weitaussehenden Pläne erfordern natürlich viel Kosten. Es ist daher eine sehr eingehende Beratung zu erwarten, die erst in einem besonderen Ausschusse zum Abschluß kommen dürfte.

8. / VII. 1912.

Die Schule für Hochbegabte.

Auß der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Im Mittelpunkt der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung stand die großzügige Schulvorlage des Magistrats, über die bereits mehrfach berichtet wurde. Im allgemeinen wurde sie verbienlich als eine vortreffliche Arbeit des Stadtschulrats Dr. Reimann begrüßt. Sie wird voraussichtlich in der Ausschußberatung nicht sehr stark verändert werden, und Berlin wird nach ihrer Annahme eine ganz besondere Versuchsschule für Hochbegabte besitzen.

Dr. Weiz als Wortführer der Sozialdemokratie rühmte der Vorlage gegenüber die Einheitschule, von der er sich den Aufstieg des ganzen Volkes versprach. Es ist das Ansichtssache: die einen wollen die Schule lediglich nach pädagogischen Gesichtspunkten aufgebaut wissen, die anderen nach sozialen. Die ersten verlangen bei der Einheitschule erst den Nachweis, daß durch sie — wie man sie sich immer denken mag — die Entwicklung der Volksschulen und der höheren Schulen nicht leiden wird — die anderen wollen ihren Grundsatz verfolgen, selbst wenn derartige Rücksichten dabei fallen sollten.

Die Forderungen Dr. Weiz (Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Gewährung von Beihilfen für arme Schüler, ja auch für die Eltern wegen des entgehenden Arbeitsverdienstes der Kinder) dürften selbst reichen Gemeinwesen wie Berlin, Schöpfungen, die in dieser Richtung liegen, unmöglich machen. Einzelne nicht grundsätzliche Anstände der sozialdemokratischen Fraktion sagte Dr. Reimann ausdrücklich zu, im Ausschuß noch einmal durchprüfen lassen zu wollen.

Der zweite Punkt, der fast sämtlichen Rednern Anlaß zur Bemerkung gab, war die Belassung der Vorschule an dem nach dem Kurischen Platz verlegten Sophiengymnasium. Auch hier handelt es sich um ein grundsätzliches außerpädagogisches Bedenken: man glaubt, daß die Vorschule Ständeschulen sind und daß ihre Aufhebung die Annäherung der verschiedenen Berufsclassen zuwege bringen würde. In der „Vossischen Zeitung“ ist das Für und Wider dieser Frage vielfach behandelt worden: es wird darauf ankommen, ob man glaubt, daß in dem jugendlichen Alter bis zu zehn Jahren eine Beeinflussung des ganzen Lebens eintreten kann. Auch diese Frage ist also Glaubenssache.

Nur eine Begründung sollte aus der Erörterung verschwinden: die Vorschulgegner sollten nicht behaupten, daß die Vorschule aus Ständesrücksichten geschaffen worden ist; sie ist hervorgegangen aus der Beobachtung, daß die in die Sexta höherer Schulen eintretenden Schüler einer besonderen Vorbildung, und nicht der Gemeindeforschulvorbildung bedürften. Die Zeit wird lehren, ob Gemeindeforschüler nach dreijährigem Besuch der Schule und nach einem Ergänzungskursus imstande sind, den Sexta-Unterricht mit Erfolg zu besuchen.

Hi.

Vorsteherstellvertreter Cassel gedenkt zunächst in warmen Worten des verstorbenen Stadtverordneten Goldschmidt, so wie des im Alter von 94 Jahren gestorbenen Herrn Schacko.

Ferner legt der Magistrat der Versammlung die neuen Allgemeinen Versicherungsbedingungen und den Gefahrenrentarif der städtischen Feuerzozietät vor, die nach eingehenden Beratungen in der Deputation fertig gestellt, den beteiligten Interessentengruppen zur Aeußerung mitgeteilt und vom Magistrat genehmigt worden sind.

Stadtverordneter Bissing (Fr. Fr.) beintragt, die Versicherungsbedingungen an einen Ausschuß zu verweisen. Stadtverordneter Dr. Rosenfeld (Soz.): Wir sollten hier nicht nur die Interessen der Hauswirte vertreten, zumal sie jetzt sogar dazu übergehen, die Mieten zu erhöhen.

Stadtverordneter Zahn (L.) erklärt, nur ein kleiner Verein im Norden habe den Versuch gemacht, seinen Mitgliedern Mieterhöhungen zu empfehlen.

Stadtverordneter Rosenfeld (Soz.) stellt fest, daß das Bestreben der Hausbesitzer, Mieterhöhungen durchzusetzen, teilweise von Erfolg begleitet gewesen ist.

Nach weiterer Debatte wird der Antrag auf nochmalige Ausschußberatung des § 17 abgelehnt, die Magistratsvorlage da-

zu angenommen. Die Versicherungsbedingungen werden einem Ausschuß überwiesen.

Es folgt die schon bekannte Vorlage betr. Aenderungen im höheren Schulwesen für die männliche Jugend.

Der Magistrat ersucht um folgende Beschlusfassung: „Die Zustimmung der königlichen Aufsichtsbehörde vorausgesetzt, wird

1. das Sophien-Gymnasium in den Nordosten an den Kurischen Platz verlegt und zunächst in Mieträumen untergebracht; im alten Gebäude eine Oberrealschule errichtet,
2. am Wedding eine neue Oberrealschule errichtet,
3. das Köllnische Gymnasium in eine Schule für besonders befähigte Gemeindeforschüler umgewandelt,
4. das Friedrichs-Gymnasium in eine einzügige Anstalt umgewandelt und in seinen Räumen eine verkürzte Realschule errichtet.

Stadt. Cassel beantragt, die Vorlage dem Ausschuß zu überweisen, der bereits die Mädchenschulreform berät. Wir halten die Vorschulen für überflüssig. Es ist viel besser, wenn die Kinder aller Stände den ersten Unterricht in der allgemeinen Volksschule erhalten. Das wird auch zur Hebung der Volksschulen selbst führen. Der Magistrat sollte mit den Vororten in Verhandlungen treten, ob sie diesen sozialpolitischen Fortschritt nicht mitmachen wollen. Die Einheitlichkeit der Erziehung wird durch diese Vorlagen in erfreulichster Weise gefördert. (Lebhafter Beifall.)

Stadt. Dr. Weiz (Soz.): Wir erkennen an, daß die Vorlage in der Richtung des Zieles des Aufstieges der Begabten liegt, freilich hier mehr der Ueberbegabten, während die Gesellschaft das Hauptinteresse an der Hebung der Massen hat. Uns erscheint daher die Einheitschule als die Grundlage der gesamten Volksbildung. Die Vorlage hat im Magistrat eine Verböserung erfahren, gerade in sozialer Beziehung. Sehr kleinlich und engherzig ist die Vorschrift, daß lediglich bei den Freischülern die „Würdigkeit“ geprüft werden soll. Dieser Begriff ist lauschulartig. Unerhört ist das Verlangen, daß bei der Aufnahme der Freischüler und derer die Schulgeld bezahlen, ein Unterschied gemacht werden soll.

Stadt. Dr. Knauer (Fr.): die neue Vorlage macht der Schaffensfreudigkeit und dem Arbeitseifer des neuen Stadtschulrats alle Ehre. Erwägungswert wäre die Frage, ob Berlin nicht auch dazu übergehen sollte, ein Reformgymnasium zu errichten. Schwierig wird die Auswahl der Schüler hierfür sein, und ebenso die Auswahl des Lehrpersonals. Die Prüfung auf gesittetes Wesen darf sich nicht nur auf die Freischüler beschränken, sie muß auch bei den Schülern stattfinden, die Schulgeld bezahlen. — Die Roempler-Realschule sollte einen Oberbau erhalten, der begabten Volksschülern den Uebergang in das Seminar ermöglicht.

Stadtschulrat Dr. Reimann bestreitet, daß die Vorschule als Bildungshemmnis wirkt. Die Verhandlungen mit den Vororten darüber werden kaum zum Erfolg führen. Daß die Prüfung der Würdigkeit zur politischen Niederheit führen könnte, ist ausgeschlossen. Die Frage des Reformgymnasiums soll erneut geprüft werden.

Nach weiterer kurzer Aussprache geht die Vorlage an den Ausschuß, der die Mädchenschulreform berät.

Begabtenschulen in Schöneberg?

Die fortschrittliche Fraktion der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat um eine Vorlage zur Erlangung von Berechtigungen für die Mittelschule und zur Erleichterung des Uebergangs der Mittelschüler an höhere Lehranstalten. Auch soll der Magistrat versuchen, in Anlehnung an die Berliner Förderungsversuche für Volksschüler ähnliche Einrichtungen zu treffen. — Vielleicht sollte man erst die Erfolge der Berliner Versuche abwarten, ehe man einen Weg beschreitet, der nur auf Berliner Verhältnisse zugeschnitten erscheint.

Räumung der Schulgebäude vom Militär!

Die Juni-Mitteilungen des Zentralvereines der Wiener Lehrerschaft enthalten folgenden Aufsatz:

„Der Zentralverein der Wiener Lehrerschaft hat in seiner letzten Hauptleitungssitzung auf die unerläßliche Notwendigkeit hingewiesen, im nächsten Schuljahre wieder den vollen Unterrichtsbetrieb aufzunehmen. Der nun schon drei Jahre währende eingeschränkte Halbtags- oder Dritteltagsunterricht verhindert ganz außerordentlich die geistige Ausbildung der Schulfugend; er verminderte nicht bloß das Wissen und Können in den drei Schuljahren des Krieges, sondern er beeinträchtigt fortwirkend den Bildungsgang durch alle Schuljahre, da der Unterrichtsstoff ohne entsprechende Vorbildung nicht geistig aufgenommen und verarbeitet werden kann. Die wenigen Schulhalbtage reichen auch nicht hin, das Interesse und die Mitarbeit der Schüler ununterbrochen festzuhalten; die vielen freien Halbtage entfremden die Kinder der Schule und lenken sie immer wieder von ihren ernstesten Schulpflichten ab. Es zeigt sich allgemein die betrübliche Erscheinung, daß die Jugend beim verkürzten Unterricht viel weniger Fleiß und Aufmerksamkeit entwickelt und daher viel weniger leistet; von Jahr zu Jahr sinkt jetzt das erreichbare Maß in der geistigen Ausbildung der Schulfugend.“

Der eingeschränkte Schulbetrieb hat zweifellos auch die Gewissenhaftigkeit im Schulbesuche untergraben, die Schulversäumniszahlen sind erschrecklich hoch geworden. Eine Schulversäumnis fällt aber jetzt doppelt ins Gewicht: das Kind verliert jedesmal gleich einen ganzen Tag und bleibt in der Regel, da der verkürzte Unterricht keine Zeit für gründliche Wiederholungen zuläßt, geistig zurück, denn ein Nachholen des Versäumten ist unter diesen Verhältnissen jetzt ausgeschlossen.

Der halbtägige Schulbetrieb, der den Kindern übermäßig viel freie Zeit läßt, ist vor allem auch mit einer Ursache, daß die sittliche Verwahrlosung der Jugend so besorgniserregenden Umfang annimmt; ihr kann nur gesteuert werden, wenn die Schule die Kinder wieder regelmäßig vor- und nachmittags beschäftigt. Soll also das heranwachsende Geschlecht nicht geistig und sittlich verwahrlosen, dann muß im nächsten Schuljahre unbedingt wieder der normale Schulbetrieb einsetzen. Der Staat wird nach dem Kriege sogar eine erhöhte Leistungsfähigkeit jedes einzelnen beanspruchen müssen, um in dem wirtschaftlichen Wettbewerb der Staaten bestehen zu können; er darf daher die geistige Ausbildung des Nachwuchses auch im Kriege nicht vernachlässigen. Auch die Militärbehörden werden im Interesse der Wehrmacht die körperliche, geistige und sittliche Erziehung des Volkes durch den eingeschränkten Schulbetrieb nicht weiter hemmen lassen und werden gewiß durch rechtzeitige Räumung der Schulgebäude die Wiederaufnahme des vollen Schulbetriebes im kommenden Schuljahre ermöglichen.“

Die Militärverwaltung könnte sich jetzt endlich bequemen, ihre Absichten in dieser Frage bekanntzugeben. Weder die Disziplin der Soldaten würde darunter leiden noch der Feind darunter irgend welchen Vorteil ziehen, wenn man sich herbeilassen wollte, uns zu sagen, woran wir sind. Die Schulzustände spotten schon jeder Beschreibung.

Die Förderung begabter Schüler.

Aus der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde kürzlich der Erwartung Ausdruck gegeben, daß auch die Vororte sich der Förderung begabter Gemeindeschüler angelegen sein lassen und ebenfalls an den Abbau der Vorschulen gehen würden. In Schöneberg ist man bereit, Berlin auf dem eingeschlagenen Wege zu folgen.

Den dortigen Stadtverordneten lag gestern ein Antrag der Liberalen Fraktion vor, der sich auf den Uebergang von Mittelschülern in höhere Lehranstalten bezog und den Magistrat ersucht, in Erwägung zu ziehen, ob die von der Stadt Berlin beabsichtigte Förderung begabter Schüler der Volksschule nicht auch für Schöneberger Kinder im Verein mit Berlin oder anderen Nachbargemeinden durchführbar ist.

Stadtv. *Beste r* bedauerte, daß sich der Magistrat noch nicht mit dieser Angelegenheit befaßt hat, obwohl Anregungen aus der Mitte der Versammlung heraus bereits gegeben worden seien. Es sei ein Mißstand, wenn die Schüler der Mittel- und der Gemeindeschulen keine Möglichkeit haben, in höhere Schulen überzugehen. Die Art der Schulerneuerung, die Berlin durchführt, würde für Schöneberg zu teuer werden, weil die genügende Schülerzahl für eine selbständige besondere Uebergangsschule nicht vorhanden sei. Man sollte aber mit Berlin verhandeln, ob nicht Schöneberger Schüler die Berliner städtischen Einrichtungen mitbenutzen können.

Oberbürgermeister *Dominicus* wandte ein, daß die Annahme, der Magistrat habe in dieser Sache noch nichts getan, durchaus irrig sei. Die Vorarbeiten für einen neuen, weiteren Aufbau der Mittelschule seien bereits beendet und bezüglich der begabten Gemeindeschüler habe sich der Magistrat bereits mit Oberbürgermeister *Bermuth* ins Einvernehmen gesetzt und auch Entgegenkommen gefunden. Die gleichen Bestrebungen beider Gemeinden würden dadurch noch enger verknüpft werden. Die Versammlung stimmte nach einer kurzen Besprechung dem Antrage zu.

Lebhafte Verwunderung erregte eine Mitteilung des Stadtverordneten *Sicher* (Sog.), daß es den städtischen Angestellten, die ihr Frühstück in den Räumen der Volksküche im Rathaus einnehmen, verboten sei, sich dort zu setzen. Sie müßten an den Wänden stehen. Die Stadtverordneten gaben ihrem Erstaunen darüber Ausdruck, daß sich über diese Anordnung noch niemand beschwert habe, und beschlossen die Vertagung der Besprechung, weil der zuständige leitende Beamte in der gestrigen Versammlung fehlte.

13. IV. 1917

142

Wer ist Ingenieur?

Der Streit um die Standesbezeichnung.

Der „Mitteluropäische Verband akademischer Ingenieure“ schreibt uns: Die in Nr. 295 der Beilage zur Vossischen Zeitung mitgeteilte „Erklärung“ des Vereins deutscher Ingenieure darf nicht unwidersprochen bleiben, da sonst der Irrtum um sich greifen könnte, als seien auch die Vereine der akademisch gebildeten Ingenieure der Auffassung dieses Vereines. Das Gegenteil trifft zu. Der Mitteluropäische Verband akademischer Ingenieurvereine, Gruppe Deutschland, dem als Gesamtverband die führenden deutschen Berufsvereine der akademisch gebildeten Ingenieure angehören, begrüßt die in Oesterreich getroffene Regelung als einen Fortschritt und fordert deren sinngemäße Übertragung auf das Deutsche Reich. Die Unterstellung, als handle es sich darum, „eine neue privilegierte Kaste“ zu schaffen, entbehrt jeder sachlichen Grundlage. Nicht um etwas Neues handelt es sich, sondern um die Verbesserung einer in unsere Rechtsordnung längst übergegangenen Einrichtung. Es handelt sich lediglich um einen ergänzenden Schutz der bereits gesetzlich festgelegten Bezeichnung „Diplom-Ingenieur“, die aber, entgegen ihrem Zwecke, nicht unterscheidungskräftig ist und deshalb auch von den österreichischen akademisch gebildeten Technikern abgelehnt wurde. Gänzlich abwegig ist die Heranziehung des heute allerdings populären Schlagwortes „Dem Tüchtigen freie Bahn“, denn non ingens einem Eingriff in die Gewerbefreiheit ist bei der Forderung der akademischen Berufsvereine nach einem eindeutigen Namensschutz auch mit keinem Worte die Rede.“

Ein bulgarisches Studentenheim in Wien.

Gründung eines Vereines zur Errichtung eines Konvikts.

Im Unterrichtsministerium fand gestern auf Einladung des Unterrichtsministers Dr. v. Sussarek eine Versammlung hervorragender Persönlichkeiten des staatlichen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens statt, die den politisch und kulturell wichtigen Beschluß faßte, durch die Begründung eines Studentenheims der bulgarischen Jugend die Gelegenheit zur Ausbildung an den Stätten der Wissenschaft in Wien zu schaffen. Der Oesterreichische Verein zur Errichtung eines Konviktes für bulgarische Studenten in Wien wird die Mittel und die Einrichtungen hiezu zur Verfügung stellen. Die Vorarbeiten wurden im Unterrichtsministerium geleistet.

Der Verlauf der Versammlung.

Die Versammlung leitete Unterrichtsminister Dr. v. Sussarek, der mit Geheimen Rat Dr. Cwiklinski, Hofrat Dr. Maurus und Sektionsrat Ritter v. Wojtech erschien. Anwesend waren ferner der bulgarische Gesandte Doktor T. Tschew, Botschafter Graf Mensdorff, Botschafter a. D. Prinz Franz Lichtenstein, Gesandter Freiherr v. Mitlag und Sektionschef v. Typen, ferner Landmarschall Prinz Alois Lichtenstein mit dem Landesauschußweiser Grafen Colloredo-Mannsfeld, Minister a. D. Dr. v. Engel, aus den Kreisen der Wissenschaft die Direktoren der Wiener Hochschulen Hofrat Reich (Universität), Samberger (Technik), Seitner (Hochschule für Bodenkultur) sowie die Herrenhausmitglieder Hofrat v. Eißelsberg und Hofrat v. Wettstein. Für das Handelsministerium Hofrat Dr. Simeons, für den Bürgermeister Magistratsdirektor Dr. Nüßtern, aus Bank- und Industriekreisen Generaldirektor Kestranek, die Präsidenten v. Minkus und Dr. Brettauer, die Direktoren Alexander Wiener, Maxin v. Krasny und Philipp Broch, Generalrat Baron Springer, Generalsekretär Dr. Schwarz, Oremialpräsident Kornel Spiger, Kammersekretär Dr. Pistor und andere. Obersthofkammerer Graf Berchtold hat eine Begrüßung gehalten.

Minister Dr. v. Sussarek führte in einer Begrüßungsansprache aus, die zu begründende Organisation zielt auf die Stärkung und Vertiefung unserer hochentwickelten Beziehungen zu den hundert Bulgarien. In treuer Waffenbrüderschaft kämpfen die bulgarischen Helben an der Seite unserer tapferen Heere. Noch immer ertönt der Arm der Waffen, aber wir müssen doch in diesem Zeitpunkt schon der Friedensaufgaben gedenken und die Bedingungen des zukünftigen Zusammenlebens vorbereiten. Zur Waffenbrüderschaft und der wirtschaftlichen Annäherung tritt die Erkenntnisgemeinschaft. Diesen festeren Weg zu betreten, liegt außerordentlich nahe; denn wir Oesterreicher verfügen über Kulturgüter in Menge und Fortschritt, daß wir den Wettbewerber mit niemandem zu scheuen haben. Beim geistigen Gütertausch waren wir seit altersher die Gebenden. Wir wollen nun jenen jungen Leuten aus Bulgarien, die ihre Kenntnisse an den österreichischen Unterrichtsanstalten vertiefen wollen, den Weg zu den höchsten Kulturgütern der Menschheit ebnen und sie an der Hand der Meister bis zu jenen Punkten bringen, von wo aus sie, auf eigenen Füßen stehend, selbst weiterstreben können. Nicht gerade eine voraus bestimmte Menge des Wissens soll dem einzelnen eingeprägt werden, sondern es sollen seine Entwicklungsfähigkeiten geweckt werden. Das Konvikt soll hiezu die Vorbedingungen schaffen helfen.

Das vaterländische Ziel, das der Verein verwirklichen soll, hat bereits vielfache Zustimmung erlangt. Es ist ein günstiges Anspiz, daß sich zuerst Kaiser Karl mit einem sehr namhaften Beitrag an die Spitze der Gründer gestellt hat.

Studienbegünstigungen für die Bulgaren.

Der Minister läßt hierauf Geheimen Rat Sektionschef Dr. Cwiklinski zu näheren Auseinandersetzungen über die Ziele des Vereines ein. Sektionschef Dr. Cwiklinski knüpft an die Erörterung der natürlichen Mission der Monarchie zur Pflege intimer Beziehungen zu den Balkanländern an und hebt hervor, daß kulturelle Beziehungen die Verbindungen der Staaten mindestens ebenso schätzen wie wirtschaftliche und politische. Die Unterrichtsverwaltung hat bereits verschiedene Maßnahmen für die geistigen Bestrebungen der bulgarischen Jugend vorgelehrt, die vor dem Kriege mit Vorliebe die Hochschulen in Frankreich und Rußland besuchten, während die Zahl der bulgarischen Hörer in Wien unbedeutend war. Sowohl in Oesterreich wie in Bulgarien wünscht man hierin eine Aenderung. Zu diesem Zwecke hat die österreichische Unterrichtsverwaltung bereits angeordnet, daß die in Kriegsdiensten stehenden bulgarischen Studenten an unseren Hochschulen die gleichen Begünstigungen genießen, wie unsere eigenen Studenten. In der nächsten Zeit werden

auch die bulgarischen Abiturienten nach dem Wunsche ihrer Unterrichtsverwaltung an unseren Hochschulen zugelassen werden. Die Errichtung eines bulgarischen Seminars und die Einführung eines staatswissenschaftlichen Doktorats, das die Bulgaren erwerben können, wird gleichfalls erwogen. Ferner wird ein in Druck befindliches Werk über die Wiener wissenschaftlichen Institute ins Bulgarische übersetzt werden als Wegweiser für Studien und Prüfungen. Hiezu soll nimmehr auch die materielle Hilfe für unbemittelte junge Bulgaren kommen, die in das Wiener Konvikt entsendet werden. Das Konvikt soll für Hochschüler, Exportaladmiter und Hörer von Hochschulen, nicht aber für Mittelschüler bestimmt sein. Sie sollen dort unentgeltlich verpflegt werden, Vorzorge für ihre fachliche geistige Ausbildung finden, ohne daß die akademische Freiheit der jungen Leute unterbunden wird.

Sektionschef Cwiklinski bespricht dann noch die finanziellen Fragen der Gründung, erläutert die Statuten des Vereines und schließt mit dem Wunsche, daß bulgarische und österreichische Studenten, die künftigen Jahre in ihrer Heimat sich

einander in ihrer Jugend nähern und daß sie die Gemeinsamkeit des Kampfes für die kommenden Friedenszeiten sichern mögen. Die Gründung der Studienanstalt soll nicht bloß eine schöne Geste, sondern ein dauerndes Zeugnis bewährter Bundestreue sein. Sie verdiene darum das Interesse aller Söhne der österreichischen Bevölkerung.

Ansprache des Gesandten Dr. Tschew.

Nach den beiden Programmreden sprach der bulgarische Gesandte Dr. Tschew dem Unterrichtsminister und der Versammlung namens seines Landes und seines Conventans den besten Dank für die Initiative aus, in Wien, diesem Zentrum hoher Kultur und wissenschaftlichen Lebens, ein derartiges Institut für die studierende Jugend Bulgariens zu errichten. Er sei überzeugt, daß die seine Vaterland mit der mächtigen und getreuen bundesgenössischen Monarchie verknüpfen, sich durch diese gemeinsamen geistigen Bestrebungen noch weiter befestigen und vertiefen werden. Die enge Freundschaft, die der Krieg knüpfte, wird weiter dauern in den ruhigeren Zeiten der kulturellen Arbeit. Dabei wird eine große Rolle unseren jungen Leuten zufallen, die sich zu Pionieren einer möglichst großen Annäherung auf geistigem Gebiete zwischen den beiden alliierten Ländern entwickeln werden. Er spricht nochmals den herzlichsten Dank seines Vaterlandes für die bundesfreundlichen Gesinnungen aus. Er werde seinem König ausführlich über dieses erfreuliche Ereignis berichten.

Ansprache des Botschafters a. D. Prinzen Franz Lichtenstein.

Botschafter a. D. Prinz Franz Lichtenstein rühmte in einer herzlichen Ansprache die hervorragenden Eigenschaften des bulgarischen Volkes, das der treue Bundesgenosse der Monarchie in diesem großen Ringen sei. Es ist ein geniales Volk unter einem genialen Herrscher. Er wisse aus eigenem Studium die alte bulgarische Zivilisation zu schätzen. Das bulgarische Volk hat die älteste Kultur auf dem Balkan, und wenn es, abgesehen von seiner Universität, heute noch nicht über alle Säulen verfügt, die einem so hochentwickelten Volke und dem Stande seiner Kultur entsprechen, so ist daran lediglich die Unterbrechung schuld, die seine Geschichte erlitten hat. Wenn jetzt in Wien ein Heim für die bulgarischen Studenten entstehen soll, so sollen die jungen Bulgaren hier mit ihren österreichischen Kollegen in engster Fühlung kommen und zugleich den beständigen Verkehr mit ihren Landsleuten pflegen können. So wie wir die größten Hoffnungen an das Bündnis der beiden Monarchien knüpfen, die uns die Zuversicht des Sieges geben, so können wir auch in dem Bündnisse mit dem bulgarischen Volk, das so Großes geleistet hat, einen Schritt der kulturellen Entwicklung sehen.

Direktor Wiener der Bodenkreditanstalt würdigte die Wichtigkeit des Unternehmens für die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Monarchie und Bulgarien. Die jungen Leute, die hier unser wirtschaftliches kulturelles Leben kennen lernen werden, werden in Zukunft stets unsere Freunde sein. Das Institut, dem er angehört und wohl auch die anderen hier vertretenen Kreise des wirtschaftlichen Lebens werden sich deshalb die eifrigste Förderung der Studienanstalt angelegen sein lassen.

Landesauschußweiser Graf Colloredo gab den Sympathien des Landes Niederösterreich Ausdruck.

Erläuterungen im gleichen Sinne gab namens der Stadt Wien in Vertretung des Bürgermeisters Magistratsdirektor Dr. Nüßtern und für die Handelskammer Sekretär Dr. Pistor ab, der aus seiner eigenen Kenntnis des Landes die großen Vorzüge des bulgarischen Volkes rühmte.

Auf Antrag des Referenten, Geheimrates Dr. Cwiklinski, wurden Beschlüsse gefaßt, die die Gründung des Konviktes und die Konstituierung eines provisorischen Kuratoriums betreffen. Es wurde ein Komitee gewählt, an dessen Spitze als Präsident Minister Dr. Baernreither tritt, und dem ferner angehören: Botschafter a. D. Prinz Lichtenstein, Oberkammerer Graf Berchtold, Bürgermeister Doktor Weiskirchner, Sektionschef Dr. Cwiklinski, Hofrat Dr. Maurus, Generaldirektor Kestranek und Bankdirektor Broch.

15./VII. 1917

Die Ausschußberatungen der Berliner Schulreform.

Gestern abend trat der zur Vorberatung der Magistratsvorlagen über die Berliner städtischen Schulreformen eingesezte Ausschuß zusammen. An den sehr eingehenden Beratungen beteiligten sich die beiden Stadtschulräte Dr. Fischer und Dr. Reimann. Die Frage der Errichtung von neuen Vorschulen, der Weiterausbau der aus der Volksschule sich entwickelnden Realschulen durch Gründung neuer Oberrealschulen und die Errichtung eigener Anstalten für Begabte mit besonderen Lehrplänen standen im Vordergrund der Beratungen. Die Vorlagen des Magistrats wurden mit einigen Aenderungen angenommen und zum Berichterstatter der Schuldirektor Dr. Knauer gewählt. Dieser hatte mit seinen Freunden folgenden Antrag gestellt, der die Zustimmung aller fand:

„Wir beantragen, den Magistrat zu ersuchen, in einer besonderen Vorlage die „Raemp-Realschule“ so auszugestalten, daß die mit der erlangten Reife abgehenden Schüler Aufnahme in ein Lehrerseminar finden können.“

Mit 10 gegen 4 Stimmen wurde folgender Antrag zum Beschluß erhoben: „Das Sophien-Gymnasium in der Weinmeisterstraße wird ohne die Vorschule abgebaut werden, ebenso wird bei der neuen Errichtung der Oberrealschule in der Weinmeisterstraße und auf dem Wedding von der Einrichtung einer Vorschule Abstand genommen.“

Sodann wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: „Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, durch Verhandlungen mit den Vororten darauf hinzuwirken, daß der Abbau der Vorschulen in Groß-Berlin angebahnt wird.“

Ein Antrag, der Freischule, kostenlose Lehrmittelüberweisung und Unterhaltungsbeihilfe für bedürftige Knaben forderte, wurde zurückgezogen, nachdem erklärt worden war, daß entsprechenden Anträgen in weitgehendem Maße stattgegeben werden soll. Schließlich wurde noch folgender Antrag angenommen: Zur Vorlage über die Aufstiegsmöglichkeiten für Mädchen: „Der Deputation für die äußeren Angelegenheiten und höheren Lehranstalten soll Vollmacht gegeben werden, hochbegabte Volksschülerinnen bei nachgewiesener Bedürftigkeit vom 14. Lebensjahr ab für den Besuch des Lyzeums usw. neben Freischule und freien Lehrmitteln eine jährliche Unterhaltungsbeihilfe von 300 M. zu gewähren mit der Maßgabe, daß wie bei den Knabenschulen keinerlei konfessionelle oder parteipolitische Rücksichten Platz greifen sollen.“

Die Berliner Begabenschulen.

Erörterung im Berliner Lehrerverein.

In der gestrigen Versammlung des Berliner Lehrervereins im Lehrervereinshaus hielt Rektor Ruthe einen Vortrag, in dem er sich mit den Berliner Begabenschulen befaßte. Er legte Zeitsätze vor, die besonders sich mit der Frage der „Auslese der Tüchtigen“ beschäftigten. Diese soll nach seinem Vorschlag auf Grund der Vorschläge der Direktoren, Lehrer und Schulärzte durch einen Ausschuss erfolgen, in der auch einige mit der Begabungspsychologie und „Diagnose vertraute Oberlehrer und Lehrer sitzen. Ferner soll die Prüfung des sittlichen Verhaltens und der Charaktereigenschaften bei den Freischülern unterbleiben. Endlich soll auch bei den Mädchen die Zahl der zu gewährenden Freistellen nicht nach oben abgegrenzt werden.

In der Erörterung, an der u. a. Direktor Dr. Buchenau teilnahm, beschäftigte man sich hauptsächlich mit der schwierigen Frage der Begabtenprüfung, in der die sogenannten „Tests“ neben der fortlaufenden Beobachtung als gutes Hilfsmittel genannt wurden. Stadtschulrat Dr. Reimann sprach die Ueberzeugung aus, daß fast alle Schüler, die auf das Köllnische Gymnasium in seiner neuen Gestalt gehen würden, Freischüler sein würden. Die „Tests“ bei der Aufnahme bezeichnete er als einen Notbehelf: er glaube, daß viel mehr Schüler von den Direktoren vorgeschlagen würden, als aufgenommen werden könnten. Da sollte dann unter Heranziehung des Schulpsychologen Dr. Piotrowski die Auswahl auf Grund der Tests erfolgen. Im übrigen betonte er, daß die Stadt Berlin für die Schüler ihrer Begabenschulen auch nach bestandener Reifeprüfung durch Gewährung von Beihilfen sorgen würde, die namentlich in erster Linie für sie vorbehalten bleiben müßten. Vielleicht könne man eine Bestimmung treffen, daß diese Schüler nach Erreichung eines entsprechenden Einkommens die aufgewandten Gelder zurückzahlen sollten.

Die Zeitsätze Ruthe's wurden von der Versammlung nicht angenommen, weil sie zu sehr ins Einzelne gehen und den Verein auf undurchführbare Forderungen festlegen würden. Als dann eine Entschliebung vorgelegt wurde, in der die Berliner Begabenschulen als der erste Schritt zur Einheitschule aufgeföhrt wurde, wurde darauf aufmerksam gemacht, daß der Berliner Magistrat in der Vorlage an die Stadtverordneten-Versammlung gerade gegen die Forderungen der Einheitschulfreunde Stellung genommen habe.

Endlich wurde einstimmig eine Entschliebung angenommen, in der unter Anerkennung der Verdienste der städtischen Schulbehörden gewünscht wurde, daß im Schulwesen Berlins nun auch die „weitergehenden Forderungen“ des Berliner Lehrervereins „für die Einheitschule Berücksichtigung finden“ möchten.

Ein Konvikt für bulgarische Studierende in Wien.

Mit eine Folge des ungeheuren Erlebnisses, das uns Oesterreichern dieser Krieg bedeutet, ist die Art und Weise, wie sich bei uns die Empfänglichkeit für alles Bulgarische gesteigert hat. Als Bulgarien im Jahre 1878 in die Reihe der europäischen Staatengebilde eintrat, schien es unserm Empfinden noch erbenfern zu sein. Nur wenige wußten von dem Lande, die allerwenigsten von seinen Teuten, und es berührte die Phantasie noch wie ein unverständliches Wagnis, als sich ein deutscher Fürstensohn zur Übernahme des junggezimmernten Thrones entschloß. Muß man sagen, was wir seit jener Zeit alles hinzugelernt haben, und wie ganz anders heute das Gefühl antwortet, wenn man von Bulgarien spricht? Es fesselte den romantischen Sinn, als es mit seinen jungen Generalen und seinen jungen Heeren einst bei Slivica die erste Probe der Kraft ablegte, die in seinem Volke steckt. Es überraschte noch mehr und erzwang die lebendigste Teilnahme, als es, mit seiner eisernen Trias: Stambulow, Radoslawow und Tomschew, an der Spitze sich dem Jarentum nicht beugen wollte, und, als kleines Volk, zum erstenmal in Europa den Beweis erbrachte, daß man vor dem Diktat selbst einer Riesenmacht nicht zu erzittern brauchte. Wie der junge Staat unter der

großartigen Führung König Ferdinands sich dann immer stärker konsolidierte und sieghafter seinen Aufstieg fortsetzte, das gehört ja alles bereits unsrer engsten Zeitgeschichte an. Heute weiß es jeder, daß in dem bulgarischen Volk sich eine Summe von Intelligenz, Kraft, politischem Bewußtsein und kulturellem Streben birgt, die es zu einem ebenso großen und willkommen zu heißenden Faktor macht für seine Freunde, als zu einem Element, das mit seinem niederwerfenden Ungeßüm sich seinen Feinden auf Hundert Schlachtfeldern furchtbar erwiesen hat.

Nun ist mitten unter uns in Wien ein Gedanke entstanden, den man mit Rücksicht auf alle die hier berührten Momente gewiß allgemein begrüßen und aus eben der tiefen Sympathie heraus willkommen heißen wird, die uns mit unsern treuen bulgarischen Mitbürgern verbindet. Als vor ungefähr einem Jahre aus der hiesigen Orientalischen Akademie ein eigener Lehrstuhl für bulgarische Sprache und Literatur geschaffen wurde,

war es so bezeichnend, daß sich förmlich am ersten Tage schon die Hörer hiesfür in überraschend großer Zahl gemeldet hatten. Zweierlei sprach sich darin aus: nämlich der Drang, dieses bulgarische Volk, dem man sich so nahe fühlt, in seiner Sprache und seinen Dichtern kennen zu lernen, und dann die Erwägung, wie wichtig für unsern Kaufmanns- und Handelsstand ist, sich jede Brücke nutzbar zu machen, die zu Bulgarien hinüberführt. Mit ein Schritt auf diesem Wege ist es nun, den der neue Gedanke von der Schaffung eines bulgarischen Komitees in Wien darstellt, der vor einigen Tagen von einer Reihe von illustren Rednern so treffend beleuchtet wurde und dessen Bedeutung nun auch in dem hier veröffentlichten Aufruf einen so kräftigen Ausdruck gefunden hat. Die studierende Jugend Bulgariens war jahrzehntelang nur nach Ländern und Städten gewandert, von wo sie — manches Kapitel der bulgarischen Geschichte erzählt davon — am allerwenigsten das heimbrachte, was dem Lande nützlich, dem Bildungstreben wie dem Unabhängigkeitssinn seines Volkes förderlich war.

Soll es, wenn der Krieg zu Ende sein wird, wieder so werden? Es genügt, die Frage aufzuwerfen, um dieser Idee mit einem

hellen Gruß zu antworten, die da von dem Verfasser des Antrages mit je weiser politischer Voraussicht ausgesprochen wird. Die Sache ist so einfach und ist fast einem Kolumbusei vergleichbar: Rufen wir die bulgarische Jugend zu uns, sagen wir ihr, daß sie hier unter treuen Freunden und Verbündeten sein wird; machen wir sie zu unsern lieben Gästen, und braucht man zu zweifeln, daß sie gern und freudig die österreichischen Bildungsstätten aufsuchen wird; zu denen sie es näher hat, als wie früher zum Beispiel nach Petersburg, und die ja wohl auch nach ihrem wissenschaftlichen Range und dem an ihnen waltenden freien Geiste wahrlich nicht hinter den russischen Universitäten zurückstehen?

Der Aufruf!

In den gewaltigen Kämpfen, welche die Monarchie gegen eine übergroße Zahl von Feinden zu bestehen hat, sind die Bulgaren mannhafte an unsre Seite getreten. In nie wankender Bundestreue und mit leuchtender Tapferkeit kämpften sie Schulter an Schulter mit unsern Soldaten.

In gerechter Würdigung und Anerkennung der so mit Blut besiegelten Freundschaft hat sich die österreichische Bevölkerung an der Fürsorge für die verwundeten und erkrankten Soldaten der bulgarischen Armeen in erhebender Weise beteiligt.

Nun gilt es, auch ein Werk des Friedens vorzubereiten, um für das geistige und kulturelle Zusammengehen der Völker der beiden Staaten neue Grundlagen zu schaffen und zu sichern. Zu diesem Zweck scheint es insbesondere wünschenswert, daß in Zukunft in erster Reihe Oesterreich die gastliche Bildungsstätte der studierenden Jugend Bulgariens werde. Dieser Wunsch hat den Gedanken gezeitigt, in Wien ein von einem österreichischen Kuratorium verwaltetes bulgarisches Studentenheim erstehen zu lassen.

Wir wenden uns daher an alle unsre Mitbürger, denen eine Vertiefung und Ausgestaltung unsrer Beziehungen zu dem politisch und kulturell mächtig aufstrebenden Volke der Bulgaren am Herzen liegt, dem Oesterreichischen Verein zur Errichtung und Erhaltung eines Konviktes für bulgarische Studierende in Wien als Stifter, Gründer oder ordentliche Mitglieder beizutreten.

Die Mittel zur Errichtung und Erhaltung dieses Konviktes können nur durch ein Zusammenwirken aller Schichten der österreichischen Bevölkerung aufgebracht werden, wie es sich in diesem Krieg glänzend bewährt hat.

So möge denn auch diese Schöpfung Oesterreichs als dauerndes kulturelles Bundesglied zwischen Oesterreich und Bulgarien recht bald ins Leben treten!

Wien, im Juni 1917.

Für das vorbereitende Komitee:

Prinz Franz von und zu Liechtenstein,
Vorsitzender.

Geopold Graf Berchtold,
Oberkammerer Sr. Majestät.

Dr. Ludwig Cwiklinski,
Sektionschef im k. k. Ministerium für Kultur und Unterricht.

Wilhelm Restraet,
Generaldirektor der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft.

Dr. Richard Weiskirchner,
Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Vorschulen.

Von

Prof. Dr. Paul Hildebrandt.

Die Mehrheit der Berliner Stadtverordneten scheint ins Lager der Vorschulgegner abzuschwenken. Nachdem schon in der vorigen Stadtverordnetenversammlung Geheimrat Cassel und Dr. Weyl sich in diesem Sinne ausgesprochen hatten, will der Ausschuß für die Begabenschulen beim Sophiengymnasium und der neuen Oberrealschule die Vorschulen streichen und verlangt Verhandlungen mit den Vororten über Abbau der Vorschulen überhaupt. Morgen wird die Vollversammlung hierüber befinden; deshalb soll hier eine kurze Zusammenfassung die Gründe für und wider die Vorschule vergegenwärtigen.

Der Kampf steht so, daß von der einen Seite pädagogische Gründe für, von der anderen politische Gründe gegen die Vorschulen angeführt werden. Man sucht aber natürlich einander die Waffen aus den Händen zu schlagen, und so kommen die Pädagogen auch auf das politische, die Politiker auch auf das pädagogische Gebiet.

Der politische Hauptvorwurf ist, die Vorschule sei eine „Standeschule“. Berufen sich die Pädagogen auf die Stigmata oder auf eigene Erfahrungen, wie Direktor Tropste in der letzten Berliner Stadtverordnetenversammlung auf die Wahrnehmungen in seiner Oberrealschule, so erwidern die Gegner, Standeschulen seien alle Lehranstalten, in denen Schulgeld erhoben wird. Da diese Begriffsbestimmung nicht widerlegt werden kann, so macht die andere Seite darauf aufmerksam, daß, wo Vorschulen fehlen, sich Privatschulen einstellen, die viel schlimmere „Standeschulen“ seien. Schon neuerlich wurde darauf hingewiesen, daß die königstädtische vorschullose Oberrealschule die Gründung einer Privatschule hervorgerufen hat, die reichen Gewinn abwirft. Die Politiker erklären solche Befürchtungen für überflüssig und verweisen auf Westfalen und Süddeutschland, wo keine Vorschulen vorhanden seien und trotzdem besonders viel Privatschulen nicht gegründet würden. Das erklären die Freunde der Vorschulen, was Westfalen betrifft, für falsch, und was Süddeutschland anlangt, aus den starken demokratischen Strebungen jener Gegenden.

Die Politiker erwidern hierauf: Nicht, weil Süddeutschland demokratischer ist als der Norden, bestehen dort keine Vorschulen, sondern umgekehrt: Weil dort keine Vorschulen bestehen, sind diese Gegenden demokratischer geworden. Schafft Ihr sie bei uns ab, so wird die gleiche Folge eintreten, vor allem aber wird die Volksschule gehoben, weil dann alle Kinder hineingehen und der Verkehr der Volksschichten untereinander viel inniger wird, auch ins höhere Alter fortwirkt.

Die Gegenseite erklärt, daß diese Folgerung falsch sei. Als Beweis führt sie die Simultanschule an, die konfessionelle und religiöse Streitigkeiten auch nie verhindert hätte. Da es sich also hier um Behauptungen handelt, die nicht bewiesen werden können, erklären nun die Politiker die Vorschulen seien Bildungsperren, und ihre Schüler bildeten hauptsächlich den Ballast, den die Mittelstufe der höheren Schulen erst wieder ausscheiden müsse. Der erste Punkt ist, wenigstens für Berlin durch statistische Erhebungen widerlegt: Es sind genügend freie Plätze in den Sexten vorhanden, aber die Volksschüler melden sich nicht. Für den zweiten hat soeben Oberlehrer Bernhardt im „Deutschen Philologenblatt“ den Beweis erbracht, daß in den Jahren 1902-7 im vorschullosen Westfalen durchschnittlich mehr Schüler vor der Untersekunda abgegangen sind als in Berlin mit seinen vielen Vorschulen.

Weshalb hängt denn aber der größte Teil der Pädagogen, auch die fortgeschrittensten, wie die Oberrealschuldirektoren an der Vorschule? Zunächst erhalten sie durch die Vorschulen gleichmäßig vorbereitete Schüler, während die Volksschüler von verschiedenen Anstalten kommen. Dann aber sind sie der Ueberzeugung, daß die künftigen Sextaner durch die auf die höhere Schule zugeschnittene Vorbildung besser eingeführt werden als durch die Volksschule, die grundsätzlich andere Ziele verfolgen soll, namentlich weniger Grammatik treibt. Nun hat ein Ministerialerlaß die Ziele der Vorschulen eingeschränkt, so daß sie durch einen dreijährigen Volksschulbesuch mit darauffolgendem, für Berlin bereits in Aussicht genommenen Vorbereitungskursus ebenfalls erreicht werden können. Hier besteht nun die Schwierigkeit, daß entweder die Volksschule von vornherein als Vorbereitungsschule für die höhere Lehranstalt aufgefäht und also nach ihr wesensfremden Zielen gerichtet wird: dann wird man allerdings durch diese Schädigung der in der Volksschule verbleibenden Schüler ohne Kursus mit 3 Jahren auskommen. Oder der Kursus setzt ein, dann verlieren die Schüler doch Zeit gegen die Vorschüler.

Diese Schwierigkeit wird dann behoben, wenn man, wie im Mannheimer System die ausgelesenen begabten Volksschüler nach dem zweiten Jahre bereits eine Sonderklasse durchlaufen läßt. Vom pädagogischen Standpunkt läßt sich dagegen nichts einwenden, und diese Sonderklasse bedeutet auch keine Standesklasse, weil sie unentgeltlich ist. Diesen Ausweg müßte Berlin bei einer grundsätzlichen Aufhebung der Vorschulen beschreiten.

Die Berliner Begabenschulen.

Annahme durch die Stadtverordneten-Versammlung.

Das Kernstück der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung bildete noch einmal die Vorlage über die Begabenschulen, über deren Annahme von vornherein kein Zweifel bestand. Trotzdem sprachen sowohl Geheimrat Cassel wie Dr. Weyl, beide in der Hauptsache über die Ausmerzungen der Vorschulen.

Dr. Weyl führte im Sinne des sozialdemokratischen Schulprogramms aus, daß, wenn es gelänge, alle Kinder auf die Vorschulen zu bringen, diese zweifellos mehr Interesse finden und schneller gehoben werden würden als jetzt. Wenn —! Daß bei einer grundsätzlichen Ablehnung der Vorschulen Privatschulen entstehen würden, daß diese nicht so gute Erfolge wie jene erzielen könnten — das will Dr. Weyl nicht sehen. Den Lehrern bekundete er das Vertrauen, daß sie imstande sein würden, ohne Schädigung der Volksschule und der höheren Schule auch ohne Vorschule auszukommen. Immerhin erklärte er — und das schien die Hauptsache — mit dieser Abschlagszahlung zufrieden zu sein.

Geheimrat Cassel mußte zugeben, daß sich in der liberalen Partei Freunde der Vorschulen befänden; er verwahrte sich aber dagegen, daß die Abschaffung der Vorschulen aus politischen Gründen erfolge: auch die Pädagogen hielten, wie der Erlaß des Kultusministers zeige, die Vorschule für entbehrlich. Demgegenüber muß doch darauf verwiesen werden, daß die Vorschulen lediglich pädagogischen Gründen ihre Entstehung verdanken, nämlich dem Streben, eine einheitliche, für die Erfordernisse der höheren Schulen vorgebildete Schülerklasse zu erhalten.

Es scheint, daß der Magistrat der Aufhebung der beiden in der Vorlage genannten Vorschulen zustimmen wird; wenigstens erhob Stadtschulrat Dr. Reimann keine Einwendungen. Dagegen hob der Berichterstatter hervor, daß bei diesen Vorschulen kommunalpolitische Rücksichten, namentlich auf die Vororte, die für eine Aufhebung nicht zu haben sein werden, nicht obwalteten: das läßt darauf schließen, daß der Magistrat schwerlich grundsätzlich in die Aufhebung von Vorschulen willigen wird. Hi.

Der Unterricht in Erdkunde nach dem Kriege.

Im Verein „Die Realschule“ hielt kürzlich Prof. Dr. Alois Müller einen Vortrag über die Lehren, die der Weltkrieg auf dem Unterrichtsgebiet der Erdkunde gezeitigt hat. Die Opfer, welche unsere Soldaten um der Heimat willen gebracht haben, müssen auch dazu führen, daß dem künftigen erdkundlichen Unterricht der Heimat mehr Beachtung geschenkt wird. Viel zu früh sind wir in dieser Beziehung in die Fremde enteilt, ohne daß sich unsere Jugend erst einmal in der Heimat ordentlich umzusehen verstand. Auch an die Lehrer der Erdkunde tritt gebieterisch die Forderung der Zeit heran, unsere Jugend wirtschaftlich denken zu lehren. Heute bauen Tausende von Städtern ihr Gemüse selbst, jedes Stückchen Boden wird verwertet, das ist die sittliche Kraft, die der Krieg wieder entfaltet hat, und sie darf in der Friedenszeit nicht verloren gehen. In Anlehnung an die Heimat muß die Schule diese wirtschaftsgeographischen Fragen behandeln, und zwar auf praktische Art und Weise in Feld und Flur, dort, wo das Kind sonst achtlos vorübergeht. Auf diese Weise werden auch Stadt- und Landleute einander näher gebracht und eine Verständigung zwischen Agrariern und Industriellen wird nicht ferne sein. Die Jugend darf nicht mit förmlichen Scheuklappen gegen die Wirklichkeit umgeben werden, wir müssen sie einen Blick auf die Bühne des Lebens werfen lassen und nicht warten bis sich das Volk, wie es der Weltkrieg brachte, selbst wirtschaftlich erzieht. Aufgabe der Schule muß es in Zukunft sein, diese bedenkliche Lücke in der Erziehung unseres Volkes auszufüllen. Mit der trockenen, in Paragraphen eingeteilten Bürgerkunde werden wir nicht viel erreichen; man vergesse nicht, daß staatsbürgerliche Bildung zum guten Teil auf sittlicher Grundlage, nicht auf bloß formalem Wissen beruht. Deshalb muß der Gedanke der staatsbürgerlichen Erziehung alle Unterrichtsstufen umfassen. Der Vortragende ist auch für Heranziehung guter Zeitschriften und Zeitungen sowie seminaristischer Behandlung von Aufsätzen wirtschaftlicher Natur, wodurch mehr getan sein wird als durch lange theoretische Erörterungen und systematische Heimatsstunden. Schon die Frühlingnahme des Unterrichts mit dem wirklichen Leben ist ein Erfolg. Mit der „Stubengeographie“ muß überhaupt aufgeräumt werden. Unsere Geographiestunden atmen zu viel Ratheberluft und die Jugend wird zu schulmäßig in die Natur eingeführt, der Schüler muß sich erst mühsam durch Abschnitte und Unterkapitel durcharbeiten. Verzichteten wir daher auf das schulgemäße Einführen, legen wir uns einen Reiseplan zurecht und ziehen wir mit den Jungen im Geiste hinaus in die Natur; dies regt die jungen

Herzen an, fördert ihre Selbsttätigkeit, indem der Junge lernt, das Kursbuch zu gebrauchen, Fahrpläne zu studieren, Eisenbahn und Schiffslinien zu kennen, das Automobilwesen, den Verkehr auf Seen und Flüssen; so gewinnt er Einblick in die Raumverhältnisse, sieht den Bauer bei der Arbeit, besucht Industrien usw. Wir erzählten der Jugend von den Ägyptern, Griechen und Römern, ihren Sitten und Gebräuchen, warum sagen wir ihnen nicht mehr von den edlen Zügen unserer deutschen Alpenländer? Warum mußten immer fremde Völker mit ihrer Sprache, ihren Sitten und Gebräuchen verhalten? Es muß uns förmlich die Schamröte ins Gesicht steigen, wenn wir bedenken, was wir alles den Engländern und Franzosen nachgemacht haben. Es ist notwendig, sagte Dr. Müller, künftig in unserem erdkundlichen Unterricht das ethnographische Moment stärker zu betonen. Die Rücksichtnahme auf das praktische Leben gebietet nicht zuletzt eine intensivere Behandlung der kartographischen Seite des erdkundlichen Unterrichtes. Die Zahl der Schüler, welche Spezialkarten schnell und sicher lesen können, ist gering. Wir müssen manchen rein gedächtnismäßigen Stoff über Bord werfen und so Raum und Zeit schaffen für ein intensives Unterweisen unserer Jungen im Kartenlesen. Jedenfalls darf es nicht mehr zutreffen, was der seiner Wissenschaft viel zu früh entriessene Professor Richter sagte: „Ist es nicht eine Schande, wenn der absolvierte Mittelschüler erst während seiner Militärzeit die Spezialkarte zum ersten Male in die Hand bekommt?“ Der Vortragende, dessen gebieterischen Ausführungen weicher Beifall folgte, forderte zum Schluß mehr Rücksichtnahme auf das Alltagsleben; das müsse unsere Losung für die Zukunft sein.

Die Kulturgüter.

Von Dr. Hans Söllwarth.

Zum Kriegsführen gehört in erster Linie Geld. Das haben uns nicht nur die Aufforderungen zur Zeichnung der Kriegsanleihen klargemacht, sondern es ergibt sich auch unwiderleglich aus einer Prüfung aller Faktoren, die auf den Gang der Kriegereignisse einen bestimmenden Einfluß ausgeübt haben.

Die ziffernmäßige Ueberlegenheit der Entente-mächte und ihre ungeheuren finanziellen Rüstungen ließen bei ihnen keinen Zweifel an dem raschen und leichten Sieg ihrer Waffen aufkommen. Doch schon die ersten Wochen des Krieges bewiesen, daß sie sich geirrt hatten, daß in ihrer Rechnung etwas nicht stimmte — und von Tag zu Tag wurde es klarer, daß sie einem Volke gegenüberstanden, das über Schätze verfügte, deren Wert sie nicht genügend gewürdigt hatten, und es entstand das Wort vom „deutschen Schulmeister“, dem Deutschland seine Siege zu verdanken habe. Vaterlandsliebe, Opferwilligkeit, Ausdauer, eine meisterhafte Organisation und Wertverteilung aller geistigen Errungenschaften und eine in der klaren Erkenntnis der feindlichen Motive wurzelnde Kriegsbegeisterung führten zur Entfaltung von Kräften, gegen die sich die „silbernen Kugeln“ Englands ohnmächtig erwieisen.

Die Wirkung war die, daß nun auf der ganzen Welt die idealen Werte im Kurs stiegen und alle Regierungen offen oder in camera caritatis sich an die Schaffung dieser Werte machten — allen voran und am radikalsten Rußland, das seine Armut auf diesem Gebiete am meisten zu fühlen bekommen hatte. „Reorganisation“ predigten die Staatsmänner und ein Wiederaufbau im einzelnen und im ganzen sollte in wenigen Monaten das Versäumte gutmachen.

Aber auch hier hatten sich die Gegner geirrt: zur Schaffung von idealen Gütern gehört Zeit. Die Jahrzehnte deutscher Kulturarbeit lassen sich im Kriege nicht mehr einholen, und sollte er noch so lange dauern. Deutschland hatte eben das Glück gehabt, rechtzeitig die Lehren seiner großen Denker zu befolgen. Diese hatten zwar für die ganze Welt gesprochen, waren aber von niemand gehört worden, während das deutsche Volk auch die „Rufen“ fremder Zungen zu sich einlud, um von ihnen zu lernen, was lernenswert war.

Und ferner: diese Errungenschaften kosten Geld, viel Geld. Ungeheure Kapitalien sind es, die Deutschland für sein Bildungsweesen und für soziale Zwecke im Laufe der Jahrzehnte angelegt hat — und mit diesen Summen führt es jetzt den Krieg und besteht siegreich gegen die englischen und französischen Banken. Das Geld entscheidet noch immer die Kriege, aber nicht durch seine Menge, sondern durch die Art seiner Verwendung. Darüber muß man sich klar sein, wenn man daran geht, Richtlinien für die Friedensarbeit zu suchen: gleich kostbar wie Geld für den Frieden wie für den Krieg sind kulturelle Werte; und diese haben außerdem noch eine Eigenschaft, die keiner anderen Kapitalanlage zukommt: sie tragen dem Staate tausendfache Zinsen — Deutschlands Reich-tum wuchs mit der Erziehung seines Volkes.

Besonders wichtig ist aber für Oesterreich, daß kulturelle Werte von Volk zu Volk übernommen werden können und daß der wichtigste Kultur-träger die Sprache ist. Unermeßliche Schätze liegen in den verschiedensten Nationen aufgespeichert. Diejenigen Deutschlands haben die Deutschen Oesterreichs gehoben, vermehrt und, so gut es ging — die Tschechen verhielten sich zu ihrem eigenen Schaden oft ablehnend — den anderen Völkern der Monarchie mit-

geteilt. Eine heilige Pflicht der anderen Nationen ist es jetzt, sich für alle Zukunft die gleiche Aufgabe zu stellen. In seiner Lage und in der Viel-gestaltigkeit seiner Bevölkerung liegt der Reichtum und die Zukunft Oesterreichs, in ihnen der Vorrang, den es vor allen anderen Staaten, besonders vor den national einheitlichen, sich erringen kann und muß.

In der bewußten Stärkung und Organisation aller nationalen Kräfte und in der Schaffung eines regen Austausches der von den einzelnen Völkern geschaffenen geistigen Werte muß die Grundlage für die Mission Oesterreichs, Kultur und Handlungsgüter dem Orient zu vermitteln, erkannt werden. Dann werden weit über die schwarzgelben Wälder hinaus die Wurzeln der Monarchie sich ausbreiten, aus unergründlichen Quellen werden ideale und wirtschaftliche Schätze hier zusammenfließen und in belebendem Ströme sich über alle Völker des Reiches ergießen. Von dem „Land, das ihre Sprache spricht“, werden dankbar die Nachbar-reiche lernen und die Zeit wird kommen, wo Oesterreich, das allein sie versteht und in dessen Wesen sie den besten Teil ihres eigenen wiedererkennen, ihnen als Vermittler willkommen und unentbehrlich und sein Frieden ein Hort des ihren sein wird. Der Anfang ist gemacht — der Krieg hat die trennenden Schranken niedergelegt. Sache der Staatsmänner ist es nun, darauf aufzubauen und darüber zu machen, daß nicht das kostbarste Juwel in der Krone Europas in glühende Splitter zerbröckelt, die sich in kein Diadem mehr einfügen ließen und an denen nur Kinder und Narren ihre Freude haben könnten.

Die Opfer des Krieges sind umsonst gebracht, wenn sich die berufenen Männer nicht rechtzeitig bestimmen und ihre Aufgabe voll erfassen: die aufbewahrung kultureller Auswertung seiner glücklichen nationalen Zusammen-fügung beruhende Erneuerung unseres Staates; dieses Oesterreich tragen die Helden an der Front im Herzen bei ihrem Kämpfen, Leiden und Sterben und so will es ein Herrscher gestalten, weise und seine Völker liebend und verstehend wie keiner noch.

19. VII. 1917

* Eine „Deutsche Forschungsanstalt für Lebensmittelchemie“. Der Münchener Forscher Geheimrat Professor Theodor Paul veröffentlicht im nächsten Hefte der „Süd-deutschen Monatshefte“, das ausschließlich der „Deutschen Landwirtschaft“ gewidmet ist, einen Aufruf, in dem er die Schaffung einer Deutschen Forschungsanstalt für Lebensmittelchemie als eine Forderung der neuen Zeit begründet. Er sagt u. a.:

Ganz Deutschland ist heute von dem Bestreben befeelt, das Vaterland möglichst unabhängig vom Auslande zu machen. Dies gilt in erster Linie für die Versorgung mit Lebensmitteln. Die Erfahrung der drei Kriegsjahre hat gelehrt, daß eine ausreichende Ernährung, selbst unter mancherlei Entbehrungen, nur möglich ist, wenn wir erstens jedes, auch noch so kleine Stückchen Land ausnützen, um nahrungsmittelspendende Pflanzen anzubauen, zweitens mit eiserner Strenge dafür sorgen, daß die Lebensmittelvorräte gleichmäßig zur Verteilung gelangen, und wenn wir drittens mit allen Mitteln darauf hinarbeiten, daß aus unseren Erzeugnissen der größtmögliche Nutzen gezogen wird. Die deutsche Landwirtschaft hat gezeigt, daß sie im wesentlichen imstande ist, die erste dieser drei Aufgaben zu erfüllen. Dabei hat sie es der chemischen Forschung zu danken, daß wir jetzt den unentbehrlichen Stickstoffdünger in beliebiger Menge aus der Luft zu erzeugen vermögen. Die beiden anderen Aufgaben sind dagegen noch keineswegs gelöst. Hier gilt es, die Versäumnisse einer langen, mit Ueberfluß gesegneten Friedenszeit nachzuholen. Eine umfassende Lösung der vorliegenden Fragen ist in erster Linie mit von der chemischen Forschungsarbeit zu erwarten, welche Landwirtschaft, Technik und Gewerbe zu ihren großen Erfolgen der letzten Jahrzehnte geführt hat. Zwar wird auch gegenwärtig schon in den Laboratorien der deutschen Hochschulen und in anderen Anstalten an der Lösung jener Fragen gearbeitet, aber gerade so, wie sich die Gründung von besonderen Forschungsanstalten auf anderen Wissensgebieten als notwendig erwies und bewährte, so muß auch eine „Deutsche Forschungsanstalt für Lebensmittelchemie“ errichtet werden. Aufgaben dieser Anstalt müssen u. a. sein: die Erforschung der chemischen Zusammensetzung der Lebensmittel und der bei ihrer Gewinnung stattfindenden Vorgänge, die systematische Bearbeitung der bei der Aufbewahrung und küchengemäßigen Zubereitung der Lebensmittel in Betracht kommenden chemischen Fragen. Außerdem wäre dem Studium der Verwertung der sogenannten Abfallstoffe bei der Herstellung und Verarbeitung der Lebensmittel besondere Sorgfalt zu widmen.

Ein Balkaninstitut an der Universität Graz.

In fast allen Ländern hat der Krieg eine starke geistige Bewegung ausgelöst, die aus zahlreichen politischen Gründen zur Pflege wirtschaftlicher Ausbreitung in der Welt auffordert und dafür jetzt schon Grundsteine legen will. Man ist zur Ueberzeugung gelangt, daß die Behauptung der Monarchie in der Weltwirtschaft, die Sicherstellung ihrer Einfuhr und Ausfuhr im internationalen Wettbewerb eine dringende Sorge ist.

Die juristische Fakultät der Grazer Universität hat sich daher in ihren letzten Sitzungen mit der Frage beschäftigt, auf welche Weise die Universität dazu beitragen kann, die Kenntnis des Auslandes und insbesondere des Balkans bei uns zu vertiefen und den Oesterreichern, die in das Ausland gehen, eine bessere Vorbereitung auf den Weg mitzugeben. In Deutschland sind während des Krieges bereits an verschiedenen Universitäten Gründungen ins Leben getreten. Deutschland ist uns bereits mit wissenschaftlicher Propaganda und praktischen Plänen vorangegangen. In Oesterreich hat bisher nur Wien sich ähnlich betätigt. Graz soll nun, auch sein Teil an der Bewegung haben.

Die Steiermark ist das deutsche Kronland, das sich am weitesten nach dem Balkan vorstreckt und das seit Jahrhunderten, seit den Zeiten unsrer ältesten steirischen Herzoge, Fühlung mit dem Balkan hat. Die Steiermark und ihre Hauptstadt bilden einen natürlichen Mittelpunkt für die Pflege neuer friedlicher österreichischer Ausdehnung auf der alten Völkerbrücke zum Orient. Die Grazer Universität hat schon vor dem Kriege eine stattliche Anzahl von Studenten aus dem Balkan angezogen; diese Beziehungen werden gewiß nach dem Kriege noch lebhafter werden. Aber die Wechselwirkung fehlte. Als Bildungsstätte für Deutsche, die nach dem Balkan gehen wollten und dafür eine besondere Vorbildung suchten, ist Graz bisher nicht hervorgetreten, obwohl die Grazer Universität über eine Reihe von Kennern des Balkans verfügt. Diese Lehrkräfte wollen sich nun in einem Balkaninstitut mit eigener Organisation zu gemeinsamer, planmäßiger Arbeit sammeln, um jedem, der sich auf dem Balkan betätigen will, eine besondere wissenschaftliche aber auch praktische Vorbildung mitzugeben.

Dem Zuge der Zeit folgend, soll das Institut, wenn es sich auch in enger Anlehnung an die Universität entwickeln wird, im wesentlichen eine Stätte für praktische sachliche Vorbereitung bilden. Neben Vortragskursen von Grazer Universitätslehrern sollen praktische Kurse und Übungen zur Einführung von Kaufleuten in die besonderen Verhältnisse der Balkanländer dienen. Praktische Sprachkurse sollen eine schnelle Erlernung der lebenden Sprachen des Balkans ermöglichen. Das Institut wird sich auch Verbindungen auf dem Balkan schaffen, die ihm die Möglichkeit geben werden, seine Mitglieder durch Gutachten und Auskünfte zu unterstützen. Die Wissenschaft findet ihre Rechnung durch die Veröffentlichung von Berichten und Abhandlungen. Aber auch durch diese Betätigungszweige und vor allem durch die wissenschaftlichen Vorträge, in denen die Rechtseinrichtungen, die Geschichte und Geographie, die allgemeine Kultur, die Wirtschafts- und Finanzlage auf dem Balkan behandelt werden, soll ein moderner Zug wehen: Das österreichische Interesse wird überall im Vordergrund stehen.

24./VII. 1917 157

Der Lehrplan des Instituts ist so ausgearbeitet, daß ein Teilnehmer an den Kursen des Instituts in einem Jahre sich für ein unter Umständen auch für mehrere Balkanländer eine gründliche sprachliche und sachliche Ausbildung verschaffen kann. Am Schlusse des Ausbildungsjahres werden Prüfungen veranstaltet. Der Erfolg soll durch ein Diplom bestätigt werden.

Die praktischen Vorarbeiten des Instituts sind so weit abgeschlossen, daß die Anforderungen zum Beitritt in kurzem versendet werden können. Es darf wohl mit Sicherheit angenommen werden, daß unsere Behörden dieser neuen Einrichtung warme Unterstützung angedeihen lassen werden. Den Bevölkerungskreisen, die in dieser schweren Zeit durch Glücksumstände von der Not des Krieges nicht in Mitleidenschaft gezogen sind oder gar aus den Erwerbsmöglichkeiten der Kriegskonjunktur reichen Nutzen gezogen haben, ist hier Gelegenheit geboten, für ein hohes, gleichzeitig geistiges und wirtschaftliches Interesse unsrer Monarchie durch tatkräftige Förderung einzutreten und damit sich ein bleibendes und bedeutungsvolles Verdienst um die wirtschaftliche und kulturelle Geltung Oesterreichs im Orient zu sichern.

Graz, 12. Juli 1917.

Prof. Dr. Adolf Denzl

* Einführung der magharischen Sprache in den Wiener Bürgerschulen. In der letzten Sitzung des Wiener Stadtrates brachte StR. Tomola nachstehenden Antrag ein: Das Unterrichtsministerium wird ersucht, einen Lehrplan für den Unterricht in der magharischen Sprache als nicht obligater Unterrichtsgegenstand an Bürgerschulen auszuarbeiten und kundzumachen. Das Unterrichtsministerium wird ferner ersucht, die Prüfungskommission für das Lehramt an Volks- und Bürgerschulen in Wien durch die Ernennung von Prüfungskommissären für die magharische Sprache zu ergänzen, damit die Möglichkeit geboten ist, staatl. lehrbefähigte Lehrpersonen für diese Sprache zu gewinnen. Der Antrag wurde der geschäftsmäßigen Behandlung zugewiesen. — Es ist sehr zu wünschen, daß der kluge Antrag auch durchdringe. Die nächsten Generationen jenseits und diesseits der Leitha, die sich in ihrer gegenseitigen Muttersprache verständigen werden können, werden sich näher kommen und viele Mißverständnisse, an welchen die Vergangenheit so überreich war, werden sicherlich wegbleiben.

Austauschschüler.

Von Dr. Fritz L. Mittau.

Vor dem großen Völkerringen hörte man ab und zu von Austauschprofessoren, im Kriege lernten wir den Begriff Austauschgefangene, Austauschverwundete usw. kennen: Etwas Neues war nun der Gedanke, Schüler auszutauschen. Nicht, daß es früher nie dazu gekommen wäre, Schüler anderwärts in Pension zu geben und dafür den fremden Knaben ins eigene Heim aufzunehmen. Diese Art Schüleraustausch wurde schon des öfteren geübt, mehr noch im Deutschen Reich, der Schweiz und Frankreich als bei uns. Es handelte sich dabei auch schon nicht nur um eine Art Sommerfrische von der Stadt aufs Land, sondern auch bereits um eine Art Studium des Auslandes, um Erlernung der fremden Sprache.

Heuer wurde nun eine Verbearbeitung im großen Stil eingeleitet, eine Reihe von sprachbegabten Mittelschülern von Wien nach dem benachbarten Ungarn zu senden, um ihnen dort die Möglichkeit zu bieten, die bereits erlernte magyarische Sprache zu vervollkommen oder aber ihnen gleich dort über die Anfangsgründe des Magyarischen auf leichteste Weise hinwegzuhelfen. In Wien bestanden seit 2 Jahren Kurse der magyarischen Sprache an Gymnasien und Realschulen, allerdings in sehr spärlichem Ausmaße. Diese Kurse finden nun das beste und schönste Behebungsmittel in der Aktion „Oesterreich für Ungarn: Subkomitee für den Schüleraustausch mit Ungarn.“ Der Vizepräsident dieses Komitees selbst lud Schüler auf sein oberungarisches Gut im Waagtal. Zu dieser persönlichen Einladung kam noch ein zweites: Es wurde mit dem Verband „Pro Transylvania“ ein Abkommen geschlossen, die Wiener Austauschschüler gerade in jenes Gebiet Ungarns zu senden, wo zwar magyarisch gesprochen wird, jedoch der Teil von Deutschen bewohnt ist. Auf Siebenbürgen, die Sachseniedlungen im Osten Ungarns, fiel die Wahl.

Die herrliche Naturschönheit, die gute, reine Luft, die Berge, die deutschen Bewohner und — nicht zuletzt — vielleicht auch die günstigere Versorgung mit den nötigsten Lebensmitteln waren Gründe für die gewiß glückliche Wahl. Im ungarischen Tiefland hätten sich die Wiener Jungen, die an Alpengipfel und Bergwälder so gewöhnt sind, vielleicht fremder gefühlt. Auch die Witterungsverhältnisse mögen dabei gewiß nicht ohne Bedeutung sein. Kurz und gut, das ganze Komitee hat heuer 70 Schüler aus Wiener Mittelschulen nach Siebenbürgen geschickt, um dort Magyarisch zu treiben. Unter der Leitung von zwei Wiener Mittelschulprofessoren sollen alle 8 Wochen im deutschen Siebenbürgen weilen und in das Wesen und Verständnis des Siebenbürger Sachsenentums und des ungarischen, magyarischen Volkes, seine Kultur und Sprache eindringen.

Zu diesem Zwecke wurden in den Städten des Aufenthalts der Jungen überdies 5 magyarische Sprachlehrer bestellt, die den Schülern täglich 1 bis 2 Stunden regelrechten Unterricht geben, ihnen durch Vorträge über Geschichte, Geographie, Volkstunde und Volkswirtschaft

des Magharentums und auch des Siebenbürger Sachsenentums einen allgemeinen Begriff des fremden Volkentums geben. Ueberdies werden an täglichen Ausflügen oder sonstigen Gelegenheiten bei Spiel und Sport Anfänge in magyarischer Sprechfertigkeit gemacht.

Der ganze Gedanke ist jedenfalls glücklich und beherzigungsvoll. Er ist ein kulturhistorisches Problem und philologisches Experiment. Im Sinne Mitteleuropas will man sich innerhalb dieses größeren Wirtschaftsgebietes kennen lernen und schätzen. Ähnlichen Ideen entsprang auch die jetzt geplante Schaffung eines Studentenheimes für bulgarische Studenten in Wien.

70 Schüler fuhren heuer am letzten Juni mittags am Ostbahnhof in Wien ab — in die Welt hinaus. Ein letzter Händedruck dem Vater, einen Kuß der Mutter, die so sorgsam dem Sohn noch in letzter Stunde Reisemundvorrat mitgegeben. Der Ostbahnhof war von einer kleinen Abschiedsfeier des Komitees überrascht worden, Reden wurden gehalten, Fahnen geschwenkt, die vier Sonderwagen des Zuges geschmückt — es fuhren gleichzeitig die „Wiener Kinder aufs Land“ nach Siebenbürgen und bald bewegte sich der lange Zug nach Osten. Die erste Fahrt ging bis Budapest, wo einen Tag und zwei Nächte Rast gehalten wurde. In einer neuen Bürgerschule waren die Reisenden Gäste der Stadt Budapest. Die Stadt wurde besichtigt und bewundert. Vor allem die Margareteninsel und Ofen, die alte Stadt gefiel den jugendlichen Besuchern. Von Budapest ging es weiter in direkter 24stündiger Fahrt quer durch die ungarische Tiefebene nach Siebenbürgen. Zum ersten Male sahen viele Wiener Kinder die Ebene, das Tiefland. Das Weite, Unübersehbare der ungarischen Puszta war ihnen ein ganz neuer Begriff. An den Wiener Wald mit seinen Bergen gewöhnt, an die Alpen, Subeten oder andere Berge, sahen sie hier nichts als Wiesen, Felder, ab und zu Wälder, vereinzelte Häuser, Weidevieh, Durchzugsflüsse, Teiche, zuweilen sogar verbrannte Weideplätze oder brennende Felder. Nach langer Fahrt kamen wir in die siebenbürgischen Berge, ein landschaftlich unjenseitigen Alpen so ähnliches Mittelgebirge. Die Bevölkerung sprach wieder deutsch und hatte ganz seltsame Trachten. In der ersten Station in Siebenbürgen, in Hermannstadt, übernachteten alle 70 Schüler in Schulen, Internaten oder bei einheimischen Familien. Die Hälfte der hergekommenen Jungen sollte nun hier in der schönen Sachsenstadt ihr Ferienquartier ausschlagen.

Ein zweiter Teil der Reisegesellschaft fuhr nach eintägiger Rast weiter und kam nach 5 stündiger Fahrt ans letzte Ziel, nach Schäßburg (Segesvár). Auch hier Sachsenansiedlungen, von den 11.000 Einwohnern 6000 Deutsche, 3000 Rumänen und 2000 Magyaren. Die Stadt ist reizend gelegen mit einer Oberstadt auf einem Schloßberge. Es liegt die Ansiedlung in einem Talkessel um den Berg herum und wird rings von Bergen und Wäldungen umsäumt. Die Witterungsverhältnisse sind frisch und angenehm. Die Stadt erinnert sehr an deutsche Städte wie Jena, Heidelberg, Rothenburg a. d. Tauber, auch an das österreichische Brud a. d. Mur mag man sich hier erinnert fühlen.

In liebenswürdigster Weise nahm sich die Gemeinde und die ganze Bevölkerung der Wiener Jugend an. Am ersten Tag schon fand alles so viel Entgegenkommen, daß man sich so heimisch fühlte, als wäre man bei lieben Verwandten. Eine Kolonie Leipziger Studenten der Mittelschulen weilt auch hier. Deutsche, Oesterreicher in Ungarn — das ist ein Weltbild im kleinen — in freundlicher Gemeinschaft. Hier werden Bausteine für die Zukunft Europas gelegt im Herzen der Jugend. Voll Selbstgefühl für alles Deutsche und mit Verständnis für das Magharentum bilden die Austauschschüler unsere Zukunft. Möge ihnen diese Zukunft erstrahlen als Leitern für ihr weiteres Leben, als Richtschnur für ihr ganzes Denken und Fühlen. Rationale Begeisterung im Verein mit Wertschätzung des guten Fremden. Das sei unser Ideal, das erstreben wir — möge uns der Erfolg bald edle Früchte zeitigen!

25. / IV. 1917

Die Zukunft der Volksbücherei.

Von Curt Bauer.

Neben den volkswirtschaftlichen Problemen, die uns die Zukunft Deutschlands nach dem Kriege zu lösen aufgeben wird, läßt aufs engste die Frage nach der **Volk s b i l d u n g** einher. Die sozialistischen Bewegungen haben bisher gezeigt, welche eine intime Wechselwirkung zwischen diesen beiden Aufgaben besteht, wie stark die Reife und Bildung des Volkes seine Stellung gegenüber staatsbürgerlichen Pflichten und Ansprüchen bestimmt. Fortbildungskurse, Vorträge und andere Veranstaltungen suchen seit langem auch den arbeitenden und gewerblichen Kreisen eine erhöhte Bildung zuzuführen. Als einer zu derartigen Zwecken geeignetester Weg erwiesen sich indessen immer mehr die Volksbüchereien. Sie sind sowohl hinsichtlich ihres Zieles wie ihrer Organisation wegen als der modernste Bildungshort weitester Berufsschichten anzusprechen. Die Freiwilligkeit ihres Besuches nimmt ihnen jeden die Massen abstoßenden Beigeschmack des Zwanges und der Tendenz. Ihre Arme greifen bereits in die frühe Jugend, über die Fortbildungsschule, den Beruf hinaus ins reife Alter. Unvermerkt fühlt sich hier der Erwachsene vom gleichen Stamme genährt, von dem er schon als Kind Anregungen schöpfte. Die verschiedensten Berufe und Bildungsschichten treffen in der Volksbücherei zu gemeinsamem Ziele zusammen: eine ausgleichende, verbindende Institution, der sich an weitgehender, aus selbstlosem Hintergrunde tretender Wirkung kaum eine andere auf sozialem Gebiet zur Seite zu stellen vermag.

Die im Frühjahr 1916 ins Leben gerufene und dem Zentralinstitut für Unterricht und Erziehung angegliederte Zentrale für Volksbücherei beginnt mit der Publikation ihrer Schriften, deren erstes Stück: „Die öffentliche Bücherei“ soeben erschien. Es sind sechs von Seiten der Zentrale Dr. Paul Ladewig herausgegebene Abhandlungen, die den brennendsten Fragen der gegenwärtigen Büchereibewegung gelten. Dem Nichteingeweihten ist es kaum bekannt, daß zwischen den Bibliothekaren wissenschaftlicher Bibliotheken und denen der Volksbüchereien ein starker Zwiespalt besteht, ein Gegensatz, der deshalb nicht rein interner Natur ist, weil er Mißstände fortbestehen läßt, die sich auch dem Anschaffungs- und Ausleihsystem mitteilen und dadurch die Dessenlichkeit interessieren. Dieser Frage wenden sich die Ausführungen Dr. Ladewigs zu. Ueber „Bücherei und Volksbildung“ schreibt Prof. Dr. G. Friß. Der verdienstvolle Leiter der Charlottenburger Volksbüchereien entwickelt hier einen außerordentlich kernigen Standpunkt zu den Volksbildungsbestrebungen unserer Zeit. Er stützt sich auf das Wort Richard Wagners: „deutsch sein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen zu betreiben“, ein edles Gut, in dem uns der eingedrungene Amerikanismus oftmals behinderte. Hier jedoch hat die Reform nach dem Kriege wieder ausmärgend zu wirken. Langsam vollzieht sich eine Umwertung des Begriffes „Bildung“, des „Gebildeten“ im Sinne einer höheren Schätzung des auf Selbsterziehung beruhenden Charakters, der Latkraft, der Weite des Blickes. Diesem Gange begegnet die moderne Volksbücherei durch das Streben nach Universalität. Sie muß noch mehr als bisher aus ihrer Isoliertheit herausgerissen werden und allen Zweigen des Wissens und der Berufsarbeit zu gute kommen. Dazu bedarf es vor allem auch der weitgehendsten staatlichen Unterstützung. Gerade die Selbstlosigkeit, mit der die Volksbildungsarbeit sich vollzieht, macht die Bibliothek- und Bücherhallenbewegung zur segensreichsten auf sozialpädagogischem Gebiet und brachte ihr, ohne selbst in den Vordergrund zu treten, das unbedingte Vertrauen der entgegengegesetztesten politischen Kreise ein. Der Verfasser berührt näher die wesentlichen Leitgedanken der Volksbildungsfrage und die Aufgabe, die der Bücherei darin zufällt.

Ein Kapitel „Bücherei und Volkswirtschaft“ hat Prof. Dr. J. Jastrow beigezeichnet. Er verlangt eine auch volkswirtschaftliche Vorbildung des Bibliothekars und damit überhaupt ausdehntere Beziehungen der Volksbücherei zum Volkswirtschaftsleben. „Die ganze volkswirtschaftliche Fruchtbarkeit werden die Volksbibliotheken erst dann entfalten können, wenn etwa in der Altersstufe zwischen 14 und 18 Jahren die Anleitung zur richtigen Fortbildung als hauptsächlichster Zweck dieser (Fort- und Fachbildungs-) Schulen betrachtet wird.“ Eine Anregung, die zweifellos für die Jugend des künftigen Deutschland von größter Bedeutung ist. Neuester seine Beobachtungen über die Beziehungen der Bücherei zum Museum enthält eine Abhandlung von Geheimrat Prof. Peter Jessen. Jedes Museum bleibt eine „Vorratskammer von Bruchstücken“, deren Lücken durch bildliches Anschauungsmaterial und das Wort ausgefüllt werden müssen. An dem großen Werke, das Volk von „Kennern und Dentern“ zu „Beobachtern und Gestaltern“ umzuformen, sollen die Büchereien mithelfen. Es handelt sich dabei um die Aufgabe, einerseits die Museen durch Wort und Bild zu unterstützen, andererseits mit diesen Mitteln zu ihrem Studium anzuregen. Diesen Anforderungen dürfte für Schulen und Lehrer eine Muster- und Leih-sammlung besten Bilderstoffes im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht nachkommen. — Dr. Erwin Ackermann vertritt in einem Aufsatz über „Jugendbücherei“, der von einem feinen Verständnis für die Seele des Kindes und ihrer Bedürfnisse zeugt, das betriebliche Aufgehen der Jugendbücherei in die Volksbücherei. Von größter Wichtigkeit für zeitgemäße Bibliotheksfragen erscheint indessen eine zweite Abhandlung desselben Autors „Werbemittel und Benutzertaktik.“ Ein Gebiet, das die zeitgemähesten Reformen anstrebt. Die Umgestaltung der Bücherei aus einem Aufbewahrungsort in einen Verbrauchsartikel hat sich nach und nach zur brennendsten Frage zugespitzt. Wichtiger als Vollständigkeit ist auch hier der Umfaß des Vorhandenen. Ein jedermann bequem zugängliches Warenhaus, das ist verwaltungs-

technisch das Vorbild der Volksbücherei, neben einer geschickt und kaum bemerkt aus dem Hintergrunde tätigen geistigen Leitung. Nicht mehr eine tote Sammlung, die erst gesucht sein will, sondern eine stets in lebendigem Fluß befindliche geistige Lebensquelle, die wirbt und anlockt. In dieser Hinsicht sind die Vorschläge Ackermanns besonders beachtenswert. Er verlangt für die Volksbücherei eine zwar vornehme, aber doch zeitgemäße, nachhaltige Reklame im Anzeigenteil sämtlicher großstädtischer Tageszeitungen, durch öffentlichen Anschlag. Ueberhaupt bildet die Pflege des Verhältnisses zur Tagespresse bei aller Art Veranstaltungen, die Einladung von Pressevertretern, Vereinen, Verbänden und Behörden das geeignetste Zugmittel. Vor allem jedoch eine einladende Ausstattung der Bibliotheksräume selbst. Ein wohlgeschultes Personal, das mit entgegenkommender Haltung eine unauffällige Leitung die Leser zu verbinden weiß, sind die ausschlaggebenden Momente in der Werbetätigkeit der Volksbücherei. Die Zentrale im Institut für Unterricht und Erziehung soll angehenden Bibliothekaren und Bibliothekarinnen Gelegenheit zu einer derart zweckentsprechenden Vorbildung geben. Die gleiche Stelle hat sich nach den Mitteilungen von Prof. Friß auch eine zentralisierte großzügige Buchkritik zur Aufgabe gestellt. Es würde dadurch für alle an volkserzieherische Fragen interessierte Kreise eine schnelle und gediegene Orientierung ermöglicht werden, die auch dem Buchhandel selbst zugute käme. Denn die moderne Volksbücherei will nicht nur zum Lesen, sondern auch zum Erwerb guter Bücher anregen helfen, die das Publikum als bleibenden Gewinn zu betrachten vermag.

27. VII. 1917

Die Beheizung der Schulen und der Kohlenmangel.

Der Wiener Stadtrat hat auf Antrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner einstimmig beschlossen, schon jetzt gegen den Plan, im Falle Kohlenmangels die städtischen Schulen im Winter zu schließen, entschiedene Verwahrung einzulegen, da im Falle eines solchen Notstandes nach seiner Ansicht die Schulen den Kindern über die übliche Schulzeit noch zur Verfügung gestellt werden müssen, eventuell auch die Turnsäle der Bevölkerung als Wärmestuben zu überlassen wären.

Der Bürgermeister wurde ersucht, dieser Anschauung des Stadtrates bei den kompetenten Regierungsorganen Geltung zu verschaffen.

Die „Rathauskorrespondenz“ meldet: In mehreren Tagesblättern sind Berichte über eine am 24. d. abgehaltene Sitzung im Rathaus erschienen, bezüglich welcher mitgeteilt wird: Gegenstand der Beratung bildete die Regelung grundsätzlicher Fragen für die Einführung von Kohlenkarten, daher unter andern auch die Frage der Rayonierung, die Aufrechterhaltung des Sadgeschäfts, die Versorgung der Abgabestellen mit Kohle und die Regelung des Abfahes bis zur Einführung der Kohlenkarte. Die Besprechung hatte rein informativen Charakter und hatte den Zweck, die Anschauung der Groß- und Kleinhändler über die Lösung dieser Frage kennen zu lernen. Beschlüsse wurden in der Versammlung nicht gefaßt. Es sind daher alle in den Blättern enthaltenen Nachrichten und Urteile über angebliche „Beschlüsse“ nicht zutreffend.

Die Beheizung der Schulen und der Kohlenmangel.

Der Wiener Stadtrat hat über Antrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner einstimmig beschlossen, schon jetzt gegen den Plan, im Falle Kohlenmangels die städtischen Schulen im Winter zu schließen, entschiedene Verwahrung einzulegen, da im Falle eines solchen Notstandes nach seiner Ansicht die Schulen den Kindern über die übliche Schulzeit noch zur Verfügung gestellt werden müssen, eventuell auch die Turnsäle der Bevölkerung als Wärmestuben zu überlassen wären. Der Bürgermeister wurde ersucht, dieser Anschauung des Stadtrates bei den kompetenten Regierungsorganen Geltung zu verschaffen.

28. VII. 1917

[Rückgabe städtischer Schulen.] Wie der Bürgermeister in der letzten Stadtratsitzung mitteilte, sind von 267 Schulen, welche für Bequartierungs- und Spitalszwecke von der Gemeinde beigestellt wurden, nunmehr 91 Schulen wieder zurückgestellt worden, die Freimachung weiterer 10 Schulen vom militärischen Belage ist in Aussicht gestellt. Es kann nun daran gegangen werden, die Schulgebäude gründlich zu desinfizieren, zu reinigen und instand zu setzen. Bei dem Mangel an Personal wird aber nur ein Bruchteil der rückgestellten Schulen schon im kommenden Schuljahr gebrauchsfähig sein. Der Stadtrat beschloß, dem Sekretär Dr. Hubmayer den Dank und die Anerkennung für seine erfolgreiche Dienstleistung bei den Verhandlungen mit den militärischen Stellen auszusprechen. — Bei diesem Referat sprach Stadtrat Schwer den Wunsch aus, daß dort, wo noch immer Wechselunterricht stattfinden muß, wenigstens nur Mädchenschulen davon betroffen werden und in den Knabenschulen ausschließlich der normale Unterricht eingeführt werde. — Stadtrat v. Steiner gab die Anregung, daß wissenschaftliche Einrichtungen, die vom Militär angebracht wurden, soweit sie für Unterrichtszwecke verwendet werden können, in den Schulen verbleiben.

28. VII. 1917

164

[Gegen die Unterbrechung der Ferien.] Ein Bürgerchuldirektor schreibt uns: Gegenwärtig wird in Schulkreisen viel von der Rückführung verwahrloster jugendlicher Personen auf den rechten Weg gesprochen. Eine der Hauptquellen der Verwahrlosung der Jugend ist aber das zeitweilige Aussetzen des Schulunterrichtes, wodurch die Knaben und Mädchen noch mehr Stunden im Tage hindurch der elterlichen Fürsorge und der Aufsicht durch die Lehrer entbehren. In den meisten Fällen ist der Vater des Kindes im Feld und die Mutter tagsüber in der Arbeit oder mit dem Haushalt und den kleineren Kindern so stark beschäftigt, daß sie sich der Erziehung der größeren wenig widmen kann. Und da soll noch die Schule im Winter aussetzen, so daß dadurch die Zeit der Fürsorge und Aufsicht durch die Lehrer entfällt. Die „Kohlenferien“ wären eine pädagogische Absurdität. Die Bewältigung des Lehrstoffes würde in Gefahr kommen, da die Kinder durch die lange Zeit eines Monats aus der Spannung des Lernens gerissen würden und es wohl längere Zeit dauern würde, um sie wieder in die richtige Verfassung zu bringen. Die winterlichen Ferien bieten weder den kleinen noch den größeren Kindern etwas. Ist die Kohlennot wirklich groß, dann entfallen auch die Vorträge, die der Volksbildungsverein, die „Arania“ und andere gemeinnützige Institutionen veranstalten, entfallen die Volkskonzerte, fehlen die Klassikeraufführungen in den Theatern, so daß auch in dieser Beziehung für die Bildung der Kinder des Volkes nichts geschieht. Dieser Ausfall trifft am meisten die Bürgerschüler und Schülerinnen sowie die Mittelschüler und Schülerinnen, die das Hauptkontingent der Zuhörer derartiger Vorträge bilden. Die Lektüre allein bildet keine genügende Beschäftigung für die Knaben und Mädchen, wobei für die Mädchen noch der Vorteil besteht, daß sie sich im Haus mit Hand- und Hausarbeiten beschäftigen können. Im Sommer bieten den Kindern des Volkes auch die Horte genügende Beschäftigung. Im Winter aber ist die Fortbetätigung stark eingeschränkt. In dankenswerter Weise hat sich der Wiener Stadtrat an die Spitze jener Bewegung gestellt, welche die Unterbrechung der Hauptferien und die Einführung einer winterlichen Feriatalzeit hintanhalten will. Der Stadtrat hat den Bürgermeister Dr. Weiskirchner, über dessen Antrag die einstimmige Stellungnahme der Stadtväter gegen die Schließung der Schulen im Winter erfolgt ist, ersucht, der Anschauung des Stadtrates, der gegen die „Kohlenferien“ entschiedene Verwahrung einlegt, bei den kompetenten Regierungsorganen Geltung zu verschaffen. Ja der Stadtrat ging sogar noch weiter. Er erklärt, im Falle einer Kohlennot ist die Schule den Kindern über die übliche Schulzeit hinaus zur Verfügung zu stellen, eventuell sind auch die Turnsäle der Bevölkerung als Wärmestuben zu überlassen. Der Stadtrat geht da wohl von der Ueberzeugung aus, je länger die Kinder der Aufsicht des Lehrers überantwortet sind, desto mehr sind sie vor den ungeheuren Gefahren der Großstadt für ihre physische Gesundheit und für ihre kindliche Psyche bewahrt. Im übrigen scheint die Regierung den Plänen bezüglich der Unterbrechung der Ferien nicht zugestimmt zu haben; denn im entgegengesetzten Falle müßten bereits Vorbereitungen zur Schuleröffnung getroffen werden, weil der Schulbeginn Vorarbeiten erfordert, die nicht übers Rnie gebrochen werden können und eine gewisse Zeit beanspruchen.

„Ungarisch in Oesterreich, Deutsch in Ungarn.“

Budapest, 29. Juli.

Lübliche Redaktion!

Soeben lese ich im Morgenblatte des Pester Lloyd vom 29. d. in einem Aufsätze Professor R. G. Szidons („Ungarisch in Oesterreich, Deutsch in Ungarn“): „Es kann hier nicht der Platz dafür sein, auch über die Vorbereitung unserer Mittelschulprofessoren zu sprechen. Universitätsprofessor Bleyer gestand, die Hörer fürs deutsche Fach stehen selbst mit den einfachsten grammatischen Regeln auf Kriegsfuß. Die Universität aber, wo größtenteils Philologie vorherrscht, kümmert sich wenig um richtiges Sprechen oder gar angemessene Behrweisen.“

Es möge mir gestattet sein, auf das Angeführte einiges ganz kurz, gewissermaßen im Lapidarstil, zu bemerken, um dem großen Publikum wenigstens heiläufig klar zu machen, worum es sich eigentlich handelt.

Vor allem muß die Selbstverständlichkeit festgenagelt werden, daß die Universität Wissenschaft treibt, daß also die deutschen Lehrstühle nicht nur „größtenteils“ und „vorherrschend“, sondern hauptsächlich und pflichtgemäß deutsche Philologie treiben. Nebenbei und soweit tunlich, sind sie auch auf richtiges Sprechen und angemessene Behrweisen bedacht: jenes jedoch sollten Hörer, die sich das Deutsche zum Fach wählen, aus der Mittelschule mitbringen, wie zum Beispiel der Mathematikbesessene die Kenntnis der vier Spezies; in diese aber müßten Lehramtskandidaten an irgendeiner Mittelschule von wissenschaftlich und methodisch gebildeten Schulmännern praktisch und theoretisch eingeführt werden. Fehlt das eine und geschieht das andere nicht, so trägt daran die Universität wahrlich die geringste Schuld!

Daß der deutsche Unterricht an unseren Mittelschulen schon seit vielen Jahren vollständig herabgekommen, einfach bankrott ist, ist Tatsache, eine Tatsache, die weder verschwiegen, noch verschleiert werden kann. Schuld daran sind die beiden Erzübel unseres ganzen, todkranken Mittelschulwesens, die auch in allen anderen Behrgegenständen jedes wirkliche, ernste Resultat unmöglich machen. Erstens die ganz unwürdige Behandlung unseres Oberlehrerstandes von seiten der Regierung sowohl in sozialer wie materieller Hinsicht; zweitens das gemeingefährliche Zusammenpferchen von sechzig bis siebzig Schülern in eine Klasse, und zwar auf jeder Stufe des Mittelschulunterrichts.

Für das Deutsche kommen dann noch zwei besondere Grundübel in Betracht. Das eine entstand dadurch, daß die deutsche Sprache vor etwa anderthalb Dezennien unglücklicherweise aus der Reihe der Reifeprüfungsgegenstände gestrichen wurde, wodurch sie naturgemäß zur Bedeutungslosigkeit, ich möchte sagen, zur Unverantwortlichkeit der Nebengegenstände herabsank. Das andere Übel besteht darin, daß Kinder, die des Deutschen bereits vom Elternhause her mächtig sind, mit solchen, die kein deutsches Wort je gehört haben, räumlich und methodisch in einen Topf geworfen werden. Es wird dann fast ausschließlich die sogenannte direkte, auf reine und, natürllich, primitivste Sprechübung eingestellte Methode angewendet, so daß letztere am Schlusse des Mittelschulunterrichts keinen deutschen Satz verstehen, der des Verständnisses wert wäre, die ersteren aber noch immer ihr Kinderstübendeutsch sprechen ohne jeden literarischen Geschmac, ja ohne jede grammatische Richtigkeit und Sicherheit.

Solange diese Erz- und Grundübel nicht radikal behandelt und durch einen entschlossenen Eingriff beseitigt werden, ist jede Behrplanrevision, jedes Unterrichtsprogramm, alles pädagogische Hin- und Herraten eitel Salbaderei. Wie so manches andere Problem, ist auch die Reform des Mittelschulunterrichts und so des Unterrichts der deutschen Sprache nichts weiter als eine einfache Geldfrage. Diese kann aber weder durch die Universität, noch durch Pädagogen und Schulmänner gelöst werden, sondern einzig und allein durch den — Finanzminister.

Der Lüblichen Redaktion

ergebentster

Univ.-Professor Dr. Jakob Bleyer.

[Die Rückgabe der Schulen.] Bürger-
 schuldirektorin Marie Schwarz sendet uns einige Bemerkungen
 gegen den Antrag des Stadtrates Schwer, man möge bei
 Räumung der für militärische Zwecke benützten Schulen den
 Unterricht an den Knabenschulen in vollem Ausmaße erteilen,
 daß wenigstens nur Mädchenschulen den verminderten Unter-
 richt erhalten. Dieses „nur“ für Mädchenschulen ist ein direkter
 Verstoß gegen die grundsätzlichen Bestimmungen unseres
 Reichsvolkschulgesetzes, das kein „nur“ für die weibliche Bildung

kennnt und nimmt sich doppelt sonderbar in einer Zeit aus, in
 der die Frauen zeigen mußten, was sie zu leisten imstande
 sind und was der Ernst der Zeit gerade von ihnen fordert.
 Wir Frauen wissen am besten selbst, daß für die verhältnis-
 mäßig so kurze Zeit, da das Gesetz die gleiche Sorge für die
 allgemeine Bildung des weiblichen Geschlechtes fordert,
 viel geschehen ist, daß aber vielleicht noch ebensoviel fehlt, um
 der weiblichen Eigenart und der weiblichen Bestimmung ganz
 und voll zu genügen, und wir hoffen, daß gerade die Kriegs-
 jahre auch in dem, was der Frau des Volkes die Haupt-
 aufgabe sein muß, zur Erkenntnis des Guten führen werden;
 denn Not lehrt bekanntlich nicht nur beten, sondern auch
 handeln. Das Mädchen viele Stunden des Tages der
 Straße überantworten, ist mindestens ein ebenso großes
 Unglück für die neue Generation, wie die mangelnde
 Beaufsichtigung der Knaben in der vielen Freizeit. Wenn
 also die Last weiter getragen werden muß, so wäre es die
 größte Ungerechtigkeit, nur die eine Hälfte unserer Bevölkerung,
 und zwar die sogenannte schwächere, sie tragen zu lassen. Wir
 Frauen fordern, daß die Bildungsmöglichkeit auf Grund der
 bestehenden gesetzlichen Bestimmungen den Mädchen wie den
 Knaben gleich zubemessen werde; wenn auch nicht auf dem
 Schlachtfeld, die Frauen haben auch fürs Vaterland ihr Herz-
 blut hergegeben und wollen ihre Mädchen gerüstet sehen für
 eine neue bessere Zeit.

3./VIII. 1917

Eine seltene Gelegenheit der Erlernung der Balkansprachen. In der Wiener k. k. Oeff. Lehranstalt für orientalische Sprachen werden alle Balkansprachen (das Albanische, Bulgarische, Neugriechische, Serbische und Türkische) sowie das Arabische, Persische und Russische gelehrt und es ist jedem, der mindestens 15 Jahre alt ist, wenn er auch nur die Volksschule durchgemacht hat, gestattet, die Anstalt zu besuchen. In Erkenntnis der Wichtigkeit dieser Schule gerade jetzt ist während des Schuljahres 1916/17 seitens der Unterrichtsverwaltung durch den Sektionschef Erz. Dr. Gwillinski, den jetzigen Leiter des Unterrichtsministeriums, und den Referenten Min.-Rat R. v. Goertingen eine Neuordnung der Anstalt durchgeführt worden. Es bestehen für den Unterricht zwei verschiedene Abteilungen: In der allgemeinen Abteilung werden die Schüler durch 6 Monate (November-April) in wöchentlich zweimal 2 Stunden rasch mit den für den ersten Aufenthalt im fremden Lande notwendigsten Kenntnissen ausgerüstet, die besondere Abteilung aber hat in 2 aufeinander folgenden Schuljahren durch 9 Monate (Oktober bis Juni) in wöchentlich 4 oder 6 Stunden eine gründlichere sprachliche Ausbildung und Bekanntschaft mit dem fremden Lande nur für die Zwecke des Verkehrs unter Verzicht auf Gelehrsamkeit zu vermitteln. Und dieser Unterricht wird von den staatlich bestellten Lehrern und Konversatoren an der allgemeinen Abteilung u. s. w. erteilt, für den Besuch der besonderen Abteilung ist nur ein ganz geringfügiges Schulgeld zu zahlen. Die Anstalt befand sich bis jetzt im 1. Bezirk, Hiegelgasse 19 und wird vom Oktober 1917 an im Gebäude des k. k. Staatsgymnasiums im 7. Wiener Gemeindebezirk (Randgasse 39) untergebracht sein. Heuer zählte die Anstalt im ganzen 390 Schüler und Schülerinnen verschiedener Alters aus allen Berufen und Ständen.

Gegen die „wilden“ Fachschulen.

Konzessionspflicht des privaten, gewerblichen und kaufmännischen Unterrichts.

Gegen Mißstände auf dem Gebiete des gewerblichen und kaufmännischen Unterrichts, die sich schon vor dem Kriege gezeigt und während des Krieges noch gesteigert haben, wendet sich eine Verordnung des Bundesrats vom 2. August.

Danach bedarf, wer künftig eine private Fach- und Fortbildungsschule betreiben oder leiten will, in der Unterricht in gewerblichen oder kaufmännischen Fächern erteilt werden soll, oder wer in einer solchen Schule unterrichten will, dazu der Erlaubnis der von der Landeszentralbehörde bestimmten Behörde. Wer in den genannten Fächern Privatunterricht zu erteilen beabsichtigt, bedarf dieser Erlaubnis ebenfalls, wenn den Umständen nach anzunehmen ist, daß der Unterricht gewerbsmäßig an Personen erteilt werden soll, die ihre Kenntnisse als gewerbliche oder kaufmännische Angestellte verwerten wollen. Die Erlaubnis ist zu versagen, wenn die sittliche Zuverlässigkeit des Nachsuchenden Bedenken berechtigt erscheinen läßt, oder wenn die erforderliche Befähigung nicht nachgewiesen werden kann, und schließlich, wenn der Besitz der zum einwandfreien Betriebe der Schule erforderlichen Mittel oder Räumlichkeiten nicht vorhanden ist. Die Erlaubnis kann auch versagt werden, wenn kein Bedürfnis für die Unterrichtserteilung besteht. Außerdem kann die Erlaubnis unter Bedingungen und auf Widerruf erteilt werden. Als Bedingung kann insbesondere die Unterlassung des gleichzeitigen Betriebes des Gewerbes eines Stellenvermittlers auferlegt werden. Auch die bestehenden Schulen bedürfen nach dem Inkrafttreten der Verordnung zur Fortsetzung des Betriebes über den 31. Dezember hinaus der Erlaubnis. Das Gleiche gilt von der Fortsetzung eines Konzessionspflichtigen Privatunterrichts. Die Beteiligten werden die Erlaubnis möglichst bald nachsuchen müssen, um sicher zu sein, daß sie innerhalb der bezeichneten Frist den behördlichen Bescheid darauf erhalten. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. Sie ist aber nur eine Kriegsmäßnahme und deshalb ist dem Reichstanzler die Befugnis vorbehalten, den Zeitpunkt ihres Außerkrafttretens zu bestimmen.

Wesentlich an der neuen Verordnung ist, daß die Erlaubniserteilung auch von der Bedürfnisfrage abhängig gemacht werden kann, und daß sich auch die bestehenden Schulen um Erlaubniserteilung zu bemühen haben. Wichtig ferner ist noch, daß die Erlaubnis unter Bedingungen und auf Widerruf erteilt werden kann. Die Landeszentralbehörden haben es hierdurch in der Hand, Bestimmungen über die Höchstzahl der Schüler, über den Nachweis der Lehrbefähigung, über die zum Schutze der Gesundheit und der Sittlichkeit der Schüler notwendigen Maßnahmen zu treffen. Sie können auch bestimmte Voraussetzungen für die Aufnahme der Schüler vorschreiben oder eine Mindestdauer der Lehrkurse verlangen und dergleichen mehr. Gegenüber den in den meisten Bundesstaaten bisher bestehenden Bestimmungen ist es neu, daß auch der gewerbsmäßig erteilte nicht schulgemäße Privatunterricht durch die Verordnung dem Erlaubniszwang unterstellt wird, soweit er die Ausbildung oder Weiterbildung technischer oder kaufmännischer Hilfskräfte bezweckt.

Vor allem ist die Bedeutung der Verordnung darin zu erblicken, daß dadurch, wenn auch unter Wahrung der den Einzelstaaten zustehenden Schulhoheit, gewisse grundlegende Bestimmungen zur Bekämpfung der auf diesem Gebiet hervorgetretenen wirtschaftlichen Schädigungen einheitlich für das Reichsgebiet getroffen werden.

8. VII. 1917

Serialkurs für Balkanunde.

Gestern hat die Ungarisch-Bosnische und Orientalische Wirtschaftszentrale ihren volkswirtschaftlichen und Sprachenserialkurs unter überaus großer Beteiligung eröffnet. Es hatten sich zu dem Kurse 215 Hörer gemeldet. Der Zweck dieses Kurses ist, für unsere natürlichste Aufgabe, den nahen Orient, im Kreise der Jugend Interesse zu erwecken, all jene, die im nahen Orient sei es in der nächsten Zukunft, sei es aber später auf volkswirtschaftlichem Gebiete tätig sein wollen, in die ernstesten wirtschaftlichen und Sprachstudien einzuführen.

Der Serialkurs wurde gestern abend in der Gartenschule der Hauptstadt auf dem Aréna-ut eröffnet. Aus diesem Anlasse haben sich die Mitglieder der Studienkommission nahezu vollständig eingefunden. Auch die hiesigen Vertreter der mit uns verbündeten Orientstaaten sind erschienen, und zwar seitens Bulgariens mit dem bisherigen Generalkonsul Nedkow, auch der neue Generalkonsul Stojanovics. Die beiden bevollmächtigten Minister wurden vom Auditorium mit begeistertsten Ehrenrufen begrüßt. Der abwesende türkische Generalkonsul sandte mit dem Sekretär Djevad Bei ein Begrüßungsschreiben. Das Unterrichtsministerium war durch Ministerialrat Dr. Ludwig Tóth, der Ackerbauminister durch Ministerialrat Béla Jsedényi, der Handelsminister durch Ministerialrat Ludwig Péterffy und Hofrat Oberstudien-Direktor Albert Bigh, der Minister des Innern durch Ministerialrat Dr. Johann Kampis vertreten. Seitens der Hauptstadt erschien Magistratsnotar Bucsanffy. Anwesend waren ferner die Univeritätsprofessoren Ignaz Goldziner und Heinrich Marczalli, der Präsident der Kulturzentrale Graf Paul Teleki, Abgeordneter Stefan B. Popovics, Hofrat Béla Schaad, die Generaldirektoren Jacques Kaniz und Wilhelm Heisler, Redakteur Béla Katona, Direktor Adolf Szénás. Namens der Orientalischen Wirtschaftszentrale eröffnete der Kopäsident Hofrat Anton Széács den Kurs in einer warm empfundenen Rede, indem er die Vertreter der Verbündeten türkischen

Sodann unterbreitet Direktor Dr. Koloman Balkányi das Programm des Lehrkurses und stellte die Professoren der einzelnen Sprachen vor. Die türkische Sprache lehrt der Konstantinopler Univeritätsprofessor Dr. Julius Meháros, zum Vortrag der bulgarischen Sprache hat das bulgarische Unterrichtsministerium den Univeritätsprofessor Tzonew beauftragt; die russische Sprache lehrt der russische Schriftsteller Mokrušov, die serbo-kroatische Sprache der Kanzlist der Zentrale Milivoj Pilija, die französische Sprache Professor Parent. Den zweiten Teil des Lehrkurses bilden die volkswirtschaftlichen Vorträge, in deren Folge ungarische, österreichische, deutsche, bulgarische und türkische Fachleute die Hörer in die volkswirtschaftlichen Verhältnisse des Orients einführen werden. Mit Rücksicht auf den Umstand, daß der überwiegende Teil der Hörer sich aus kommerziellen und industriellen Beamten rekrutiert, finden die Vorträge in den Abendstunden statt. Hierauf begann sofort die Serie der volkswirtschaftlichen Vorträge. Königlicher Rat Max Trebitsch, Direktorstellvertreter der Kön. Ung. Fluß- und Seeschiffahrt-L.G., hielt einen Vortrag über unsere Verkehrsinteressen auf dem Balkan. Er erörterte unseren Außenhandelsverkehr mit den Balkanstaaten den Ländern nach gruppiert und führte detailliert aus, daß unser Außenhandelsverkehr mit dem Balkan sowohl nach seiner Natur, als auch nach dem Bilanz-ergebnisse die Vorbedingungen zur Bereicherung des Landes enthalte. Der Vortragende schilderte sodann die Verteilung des Verkehrs auf die Eisenbahn, die Fluß- und die Seeschiffahrt und wies auf die Notwendigkeit hin, daß wir nach dem Kriege die Steigerung unseres Balkanverkehrs in erhöhtem Maße anzustreben haben, um so mehr, als hiezu die natürlichen Vorbedingungen gegeben sind. Die Hörer nahmen die Ausführungen des Vortragenden mit großem Interesse zur Kenntnis.

Die Serie der volkswirtschaftlichen Vorträge setzte heute der bulgarische Minister Theodor Nedkow fort, der die politische und wirtschaftliche Entwicklung Bulgariens mit hervorragender historischer Gelehrsamkeit darstellte. Der Vortragende zog zwischen der ungarischen und bulgarischen Urgeschichte eine Parallele, stellte sodann die Glanzperiode Bulgariens unter dem Zaren Simeon dar, warf einen Rückblick auf die Kämpfe mit den Nachbarvölkern, insbesondere mit dem eine geistige Unterdrückung Bulgariens aufstrebenden Byzanz. Den bitteren Jahrhunderten der Unterdrückung folgte dann das Zeitalter der nationalen Erwachung mit seiner reichen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten unter der Herrschaft des Zaren Ferdinand. Sodann schildert er noch die Eigenschaften des bulgarischen Volkes und entwickelte die großen Vorteile des gegenseitigen Kennenlernens und des intimeren Wirtschaftsverkehrs der bulgarischen und ungarischen Nation für beide Völker. Die Interessen Bulgariens liegen auf landwirtschaftlichem Gebiete. Ungarn kann von Bulgarien industrielle Rohprodukte erhalten, während die ungarischen Industrieprodukte durch die Steigerung der Konsumfähigkeit Bulgariens in diesem Lande einen stets wertvolleren Markt gewinnen. Andererseits kann die bulgarische Landwirtschaft jene Resultate, die Ungarn unter anderem auch auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Versuchswesens erreicht hat, zu ihrem Nutzen verwenden. Den gründlichen und spannend interessanten Vortrag nahm die Hörerschaft mit begeistertem Applaus auf.

Direktor Koloman Balkányi sprach dem Vortragenden im Namen der Zuhörer Dank aus und bat ihn, auch nach seiner Entfernung aus Ungarn uns sein Wohlwollen weiter zu bewahren.

und bulgarischen Regierungen, der ungarischen Regierung und der Hauptstadt, sowie der Bruderverorganisationen begrüßte. Redner wies auf die historische Rolle der ungarischen Nation hin, die in der Vermittlung zwischen West und Ost bestehe. Die Orientalische Wirtschaftszentrale trachte, schon im Laufe des Krieges die ungarischen Kaufleute und Gewerbetreibenden, insbesondere die jüngere Generation mit volkswirtschaftlichen und Sprachenkenntnissen auszustatten. Für diesen Zweck eröffne die Zentrale diesen Lehrkurs, dem die Hauptstadt mit verständnisvoller Zuorkommenheit ihre Gartenschule zur Verfügung gestellt hat. Schließlich spricht Redner die aus 200 Köpfen bestehende Hörerschaft zur Ausdauer an.

Ministerialrat Dr. Ludwig Tóth verdolmetscht den Gruß des Unterrichtsministers Grafen Albert Apponyi, der den Lehrkurs mit dem größten Interesse verfolgte und der auf die Pflege unserer kulturellen Beziehungen zu dem Orient großes Gewicht lege. Ministerialrat Béla Jsedényi begrüßt die Veranstalter und Hörer des Lehrkurses im Namen des Ackerbauministers und weist auf jene Schritte hin, die das Ackerbauministerium schon bisher getan hat, um unser Bruderverhältnis und unser Bündnis mit dem Orient, insbesondere mit der Türkei auch wirtschaftlich zu befestigen. Hofrat Oberstudien-Direktor Albert Bigh hebt im Namen des Handelsministers die Bedeutung des Lehrkurses insbesondere aus dem Gesichtspunkte des nach dem Orient hinstrebenden ungarischen Handels und der Industrie hervor. Graf Paul Teleki drückt im Namen der Kulturzentrale seine Freude über die Eröffnung des Lehrkurses aus. Bevollmächtigter Minister und Generalkonsul für Bulgarien Jwan Stojanovics verlißt dem Interesse Ausdruck, mit dem dieser Kurs von bulgarischer Seite begleitet wird, worauf der Konsulatssekretär Djevad Bei das warme Begrüßungsschreiben des türkischen Generalkonsuls Utub Bei überreichte.

9. VIII. 1917

171

* Lernet die Sprachen des Balkans und des nahen Ostens! Die Wiener k. k. Oeff. Lehranstalt für orientalische Sprachen ist berufen, bei der Ausgestaltung der Verbindung mit den Ländern des Balkans und des nahen Ostens eine bedeutende Rolle zu spielen; denn hier werden alle Balkansprachen (das Albanische, Bulgarische, Neugriechische, Serbische und Türkische) sowie das Arabische, Persische und Russische gelehrt und es ist jedem, der über 15 Jahre alt ist, wenn er auch nur die Volksschule durchgemacht hat, gestattet, die Anstalt zu besuchen. In Kenntnis der Wichtigkeit dieser Schule gerade jetzt ist vor kurzem eine Neuordnung der Anstalt durchgeführt worden. Nach dem nunmehr geltenden Lehrplane wird der Unterricht in einer durchaus auf die Bedürfnisse des Lebens eingerichteten Weise erteilt. An einen einstündigen grammatischen Unterricht durch einen Lehrer, der die Sprache auch wissenschaftlich beherrscht, schließt jedesmal eine Gesprächsstunde, von einer im fremden Lande aufgewachsenen Lehrkraft geleitet. Es bestehen zwei verschiedene Abteilungen: In der allgemeinen Abteilung werden die Schüler durch 6 Monate (November—April) in wöchentlich zweimal 2 Stunden rasch mit den für den ersten Aufenthalt im fremden Lande notwendigsten Kenntnissen ausgerüstet, die besondere Abteilung aber hat in zwei aufeinanderfolgenden Schuljahren durch neun Monate (Oktober—Juni) inwöchentlich vier oder sechs Stunden eine gründlichere sprachliche Ausbildung und Bekanntschaft mit dem fremden Lande nur für die Zwecke des Verkehrs unter Verzicht auf Gelehrsamkeit zu vermitteln. Dieser Unterricht wird an der allgemeinen Abteilung umsonst erteilt, für den Besuch der besonderen Abteilung ist nur ein ganz geringfügiges Schulgeld zu zahlen; nach der wöchentlichen Stundenzahl (vier oder sechs) ist ein- für allemal für den gesamten Unterricht während des Schuljahres in einer Sprache der Betrag von 8 oder 12 Kr. zu erlegen. Man erhält also bei einem jährlichen Schulgelde von 12 Kr. durch neun Monate wöchentlich sechs Stunden eines Sprachunterrichtes, den man sich sonst überhaupt kaum verschaffen kann. Die Anstalt befand sich bis jetzt im 1. Bezirk, Segelgasse 19. Da die Räume dort nicht mehr ausreichen, wird sie vom Oktober 1917 an im Gebäude des k. k. Staatsgymnasiums im 7. Wiener Gemeindebezirke (Randlgasse 39) untergebracht sein. Der Unterricht wird an Wochentagen zwischen 6 und 9 Uhr abends erteilt werden. Weitere Auskünfte gibt der Direktor Regierungsrat Dr. Friedrich Ladek, 7. Bezirk, Randlgasse 39, mündlich (bis Ende Juli und vom 10. September an Wochentagen von 11 bis 12 Uhr vormittags) oder schriftlich (Antwortkarte nötig). Voranmeldungen werden jetzt schon entgegengenommen. Heuer zählte die Anstalt bereits 390 Schüler und Schülerinnen verschiedenen Alters aus allen Berufen und Ständen.

Austauschprofessoren.

— Ein Beitrag zum „Vorschlag“. —

Der ausgezeichnete Artikel, den Dr. Friz L. Miklan am 5. August in diesem Blatte veröffentlichte, wird gewiß bei allen, die ein richtiges Verständnis für diese bedeutungsvolle Frage besitzen, viel Beifall gefunden haben.

Die Verwirklichung seines Vorschlages ist um so leichter, da es seit drei Jahren bereits „Austausch“-Professoren gibt. Ihre Anzahl und ihre Namen herauszufinden, ist für die Unterrichtsverwaltungen eine Leichtigkeit.

Seit der Mobilisierung dienen viele österreichische Mittelschulprofessoren bei ungarischen Regimentern, die alle während der Kriegszeit Gelegenheit hatten, Ungarisch zu erlernen. Sie leben im Kreise der Ungarn, lernen Land und Leute kennen. Sie verkehren nicht nur mit gebildeten ungarischen Offizieren, sondern auch mit dem einfachen Manne und gewinnen so Einblick in die Eigenarten aller Bevölkerungsschichten und die Unterschiede verschiedener Komitate.

Im Hinterlande lernen sie den Ungarn und die Ungarin kennen, das ungarische Lied, ungarische Musik, die unzertrennlich mit jedem Ungarn verbunden sind, lernen sie verstehen und lieben, ungarische Kunst, Literatur, Handel, Gewerbe, Landwirtschaft — alles.

Und ebenso der ungarische Offizier in Oesterreich.

Ich selbst kenne einen österreichischen Professor — Deutsch und Tschechisch sind seine Fächer —, der seit Kriegsbeginn bei einem ungarischen Regiment dient, viele Monate des Krieges mit Ungarn im Schützengraben verbrachte und ebenso viele Monate in einem ungarischen Städtchen im Hinterlande lebte. Er hat die Sprache so weit erlernt, daß er mit der Mannschaft ohne jede Schwierigkeit ungarische Schule hält und in Gesellschaft, wenn Ungarisch gesprochen wird, keinen Augenblick in Verlegenheit gerät. Einer seiner liebsten Kameraden im Regiment ist ein ungarischer Professor, dessen Lehrfächer Ungarisch und Deutsch sind. Wenn diese beieinander sind, spricht der Ungar Deutsch, der Oesterreicher Ungarisch. In Kürze geht der Oesterreicher wieder ins Feld ab. In seinem Feldkoffer liegen: eine ungarische Grammatik, ein Wörterbuch und einige Bändchen leichter, doch guter ungarischer Belletristik.

Doch — zwei Dinge sind nötig: der gute und starke Wille und ein fähiger, zielbewußter Organisator. Die Unterrichtsverwaltungen können in wenigen Tagen von den Mittelschuldirektoren Berichte erhalten, wieviele und welche Professoren für diesen Zweck in Betracht kommen und bei welchem Regimente sie dienen. Am nächsten Tage kann ein Aufruf an diese Professoren ergehen, in dem sie aufgefordert werden, in ihrer freien Zeit das Studium der ungarischen Sprache zu pflegen.

Einmal wird ja doch der Frieden kommen! Wenn diese Herren ihr Lehramt wieder antreten, haben sie ihre Austauschzeit bereits hinter sich.

Doch — zwei Dinge sind nötig: der gute und starke Wille der Unterrichtsverwaltungen und ein fähiger, zielbewußter Organisator!

Dr. Leo Mojzisek (Olmütz).

Das akademische Studium der Frau.

Aeußerungen des Hofrates Prof. Dr. R. v. Wettstein.

Vor einigen Tagen hielt an der Berliner Universität der Rektor Geheimrat Professor Dr. Ernst Bumm eine Festrede, in der er zur Frage des Frauenstudiums Stellung nahm. Nachdem er in seinen einleitenden Ausführungen zu dem Schluß gekommen war, daß die weibliche Intelligenz der männlichen durchaus ebenbürtig sei und die Frau im Kriege den Nachweis ihrer Brauchbarkeit in allen möglichen Stellungen erbracht habe, erklärte er, das Schwerkriegsrecht der Frage liege darin, ob die akademisch gebildete Frau das Gelernte auch im Leben, im Berufe verwenden könne. 60 Prozent der im Jahre 1908 in Berlin immatrikulierten Frauen seien nun dauernd in einem ihrem Bildungsgrad entsprechenden Berufe tätig. Der Rest habe zum Teil infolge Heirat, zum Teil infolge Krankheit, Unlust oder ungünstiger äußerer Umstände teils das Studium, teils schon den Beruf aufgegeben. Geheimrat Bumm erhebt Warnungen, die er „nicht künstlich konstruierte Einwände gegen das Frauenstudium, sondern Wirklichkeiten, die in der weiblichen Natur begründet sind“, nennt. Der Rektor ist der Anschauung, der Krieg mit seinem Anreiz zur Betätigung außer dem Hause habe die Neigung der Frau zum Studium ganz erheblich gesteigert. Wo rasche Entscheidungsfähigkeit und große Verantwortung in Frage kommen, passe die Frau nicht, es sei allerdings nicht zu übersehen, daß dann auch viele Männer nicht paßten. Die Zahl der Frauen habe sich an der Berliner Universität während des Krieges vervielfacht, so daß es aussieht, als würde das Frauenstudium „Mode“ werden. Den höchsten Dienst leistet die Frau sich, der Familie und dem Staate, wenn sie über ein ausgerichtetes Gehirn verfüge und Zeit genug zur Aufzucht einer zahlreichen Nachkommenchaft finde. All den Frauen, die das „heilige Feuer“ in sich fühlen, müssen selbstverständlich die Pforten der Universität weit offen stehen.

Auch bei uns in Wien hat das Frauenstudium während des Krieges stark zugenommen, wenn auch der Zuwachs nicht jenen Grad erreicht wie in Berlin. Im Jahre 1897, als eine Ministerialverordnung den Frauen die Insription an der philosophischen Fakultät ermöglichte, fanden drei Frauen den Mut, die Alma mater als ordentliche Hörerinnen zu beziehen. Im Studienjahre 1900/01 finden wir die ersten als ordentliche Studentinnen eingetragenen Frauen, deren Zahl sich damals auf zehn belief. Im letzten Friedens- und ersten Kriegsjahre 1914 finden wir die Zahl der Philosophinnen mit 314, die der Medizinerinnen mit 184 ausgewiesen. Die Gesamtzahl der Hörer betrug damals 10.441 Seelen. Während im Kriege die Hörerzahl naturgemäß sank, stieg die Zahl der weiblichen Studienteilnehmer von Jahr zu Jahr, und im Studienjahr 1916/17 finden wir die Zahl der Philosophinnen von 314 auf 602, die der Medizinerinnen von 184 auf 504 angewachsen. Die Gesamtzahl der Hörerschaft ist aber von 10.441 im letzten Friedensjahr auf 4118 gesunken.

Wie ist nach dem Gesagten die Frage des akademischen Frauenstudiums in Oesterreich zu beurteilen? Wir haben uns diesbezüglich an den Direktor des Botanischen Universitätsinstituts Hofrat Professor Dr. R. v. Wettstein gewendet, der bekanntlich im ersten Kriegsjahre Rector magnificus der Wiener Universität war, und ihn um seine Meinungsäußerung gebeten. Hofrat v. Wettstein führte folgendes aus:

„Ich kenne den Inhalt der Festrede des Geheimrates Bumm nur aus einem Zeitungsauszug, kann mich daher nur im allgemeinen zu dem Gegenstand seiner Ausführungen äußern. Gerade so wie im Deutschen Reich hat auch an unsern Universitäten in den letzten Jahren, insbesondere in den Kriegsjahren,

die Zahl der weiblichen Studierenden außerordentlich zugenommen. Die Kriegsjahre selbst sind nicht geeignet, um ein Urteil über die bisherigen Ergebnisse des Frauenstudiums zu gewinnen, denn erstens fanden gewiß viele Hörerinnen gerade so wie wir alle unter den mittelbaren oder unmittelbaren Einwirkungen des Krieges und zweitens hatten wir speziell an der Wiener Universität viele Studentinnen aus den Kriegsgebieten, deren Vorbildung und Studienbetrieb nicht immer einen Rückschluß auf jene Studentinnen zuläßt, die in normalen Zeiten unsere Hochschulen besuchten. Fasse ich die Erfahrungen der letzten Jahre vor dem Kriege zusammen, so muß ich feststellen, daß anfangs, in den ersten Jahren des Frauenstudiums, wirklich nur eine Auslese der begabtesten und strebsamsten Studentinnen die Hochschulen besuchten und diese in bezug auf Studierenerfolge den männlichen Studierenden durchaus gleichwertig waren. Auch später noch gab es stets Mädchen und Frauen von großem Talent und Eifer, welche allen Anforderungen durchaus entsprachen. Ich hatte beispielsweise in den letzten Jahren in meinem Institut einige Studentinnen, deren wissenschaftliche Tätigkeit eine überaus erfolgreiche war, und gleiches weiß ich von vielen Kollegen. Bedauerlich ist es, daß es bei Studentinnen noch häufiger als bei Studenten vorkommt, daß sie nach Absolvierung ihrer Studien dem Studiengegenstand kein oder nur geringes Interesse zuwenden.

Daneben bezogen aber in den letzten Jahren immer mehr Studentinnen die Universität, deren Begabung und sonstige Eignung wesentlich geringer war; das Frauenstudium hat sich eben eingebürgert, und gerade so wie bei Knaben der einmal durch den Eintritt in eine Mittelschule betretene Weg in der Regel zur Hochschule führt — unbekümmert darum, ob der Betreffende sich dann eignet oder nicht —, hat das Anwachsen des Mittelschulstudiums der Mädchen automatisch zur Füllung der Universitäten geführt. Dies hat vielfach eine Ernüchterung der Hochschullehrer gegenüber dem Frauenstudium bewirkt. Empfinden diese schon das Studium nicht entsprechend begabter und vorgebildeter junger Männer als ein, durch allgemeine Verhältnisse bedingtes und darum schwer vermeidbares Uebel, so hatten sie bei der Zunahme des Studiums analoger Mädchen den Eindruck eines nicht notwendigen und darum noch unangenehmeren Übels.

Das gewaltige Anwachsen des Frauenstudiums ist jetzt im Kriege, da die Frequenz der Hochschulen naturgemäß stark sank, weniger störend, es wird aber zweifellos bei Wiedertehr normaler Verhältnisse zu Uebelständen führen und es wäre darum an der Zeit, daß die kompetenten Kreise sich mit der Frage ernstlich befassen. Es wäre dies schon im Interesse der befähigten und tüchtigen Studentinnen selbst gelegen; es ist ja naturgemäß, daß die Zahl der akademischen Berufe für Frauen eine beschränkte bleiben wird; man sollte den Zutritt zu diesen Berufen den Besten vorbehalten und nicht diesen durch Förderung einer Überproduktion an Hochschulabsolventinnen eine alle hemmende Konkurrenz schaffen. Den geistig und körperlich ganz geeigneten Mädchen soll die Universität offenbleiben; Eltern und Lehrer, in deren Hand die Heranbildung der Mädchen liegt, sollten aber alles aufbieten, nicht voll geeignete von der Hochschule fernzuhalten; für diese wirkt das Hochschulstudium in mancher Hinsicht geradezu schädigend; von der hemmenden Wirkung, welche die Ueberfüllung der Hochschulen auch auf die männlichen Hörer ausübt, will ich dabei gar nicht weiter sprechen.

18. VIII. 1917

174

Umgestaltung des höheren Unterrichts.

Eine Eingabe an den Kaiser.

Der Vorstand des Vereins deutscher Ingenieure hat in Gemeinschaft mit den Vorständen des Vereins deutscher Chemiker, der Gesellschaft für deutsche Erziehung, des Vereins für das lateinlose höhere Schulwesen, des Deutschen Ausschusses für mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht, des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen und der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Düsseldorf, eine Eingabe an den Kaiser gerichtet, worin für die durch den Weltkrieg notwendig gewordene Weiterführung der Umgestaltung des höheren Unterrichts folgende Grundsätze unterbreitet werden:

Verstärkung des deutschen Unterrichts; Verstärkung des Geschichtsunterrichts unter Berücksichtigung der neueren und neuesten Geschichte, weniger Anwendungslernen von Geschichtszahlen als vertiefte Kenntnis der Verfassungsgeschichte, in erster Linie des eigenen Landes; Ausgestaltung des geographischen Unterrichts nach der heimatländlichen, verkehrspolitischen und wirtschaftlichen Seite; Ausdehnung und verstärkte Betonung des mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts, der hohe ideale Werte in sich schließt und in dieser Beziehung dem sprachlichen Unterricht in keiner Weise nachsteht; Förderung der Gestaltungskraft (Ausbildung von Auge und Hand); vermehrte Pflege körperlicher Übungen. Diese Forderungen werden kurz begründet. Bei dem Verlangen nach vertiefter Naturkenntnis wird nicht nur darauf hingewiesen, daß die Anwendung der Naturwissenschaften im Kriege wahrhafte Triumphe gefeiert hat, sondern auch betont, daß die vertiefte Naturkenntnis immer mehr ein wesentlicher und unentbehrlicher Bestandteil wahrer und echter Bildung geworden ist.

Die Unterzeichner bitten den Kaiser um Einberufung einer Schulkonferenz, an der Schulmänner der verschiedensten Richtungen und Schulfreunde aller Berufskreise aus ganz Deutschland teilnehmen sollen.

Vor dem neuen Schuljahr.

Erfahrungen und Befürchtungen der Lehrer.

Vier Wochen nur noch gibt es Ferien. Dann öffnen sich wieder die Pforten der Schulen für die fleißigen und für die faulen Schüler, den einen zur Freude, den anderen zum Unbehagen: Sie öffnen sich aber auch den Lehrern und Lehrerinnen wieder, von denen viele im Kriegsjommer auf ihre Ferien verzichteten und in den Mehl- und Brotkommissionen Dienst machten.

Wie wird sich der Unterricht im vierten Kriegsjahre gestalten, in einer Zeit, da die Lebensmittelfknappheit verschärft ist, da das „Anstellen“ um die notwendigen Lebensmittel, zu dem ja leider noch immer die Kinder verwendet werden, weiterhin anhält, da die Kohlennot wie ein Geheiß sich drohend aufrichtet?

Die Lehrer wissen auf all diese Fragen noch keine sichere Antwort. Aber eines wissen sie: die Schule wird im kommenden Jahr mehr denn je die Pflicht haben, den Hort und das Heim für die armen Kinder zu bilden, ihnen nicht nur Belehrung zu erteilen, sondern ihnen auch Obdach und Asyl zu sein.

Schon im vergangenen Schuljahre hat es sich gezeigt, von welcher Wichtigkeit die Schule als Aufenthaltort, als Beschäftigungsstätte und als ausgesprochenes Erziehungsheim für jene Kinder ist, deren Väter im Felde stehen und deren Mütter Berufen nachgehen. Diese Kinder wären alleamt Opfer der Straße geworden, wenn sich die Schule ihrer nicht angenommen hätte. Man hat schon im vorigen Jahre in den Schulen zu schulfreien Zeiten Beschäftigungskurse für diese armen Kinder eingeführt. Freilich konnte man diese Wohlthat regelmäßig nur jenen Kindern bieten, deren Eltern darauf sahen, daß die Kinder auch regelmäßig die Schule besuchten. Es geschah aber nur zu oft, daß Kinder unmotiviert der Schule fernblieben. Nachforschungen ergaben, daß diese Kinder von den beruflich verhinderten Eltern dazu verwendet wurden, sich stunden-, tage-, ja nächstelang um Kohlen, Fett, Fleisch u. dergl. anzustellen. Einen Zettel mit Krankheitsentschuldigung brachte das erschöpfte Kind dann am nächsten oder zweinächsten Tag in die Schule mit. Matt und müde, konnte es nur schwer dem Unterricht folgen, und schließlich erkrankte es wirklich.

So war der Schulbetrieb im dritten Kriegsjahr, wenn auch im allgemeinen an Volks- und Bürgerichulen gute Erfolge zu verzeichnen waren, doch durchaus kein normaler. Vermere Kinder, die in früheren Jahren zu den besten Schülern einer Klasse gehörten, litten in ihren Leistungen nach. Entweder war ihre Leistungsfähigkeit durch die geringere Ernährung beeinflusst oder litt ihr Fortgang unter den vielen Abwesenheiten oder, was bei manchen vorkam, fehlte ihnen der frühere stärkere Einfluß der Eltern.

Die Vermahrlosung der Jugend ist mit ein Kapitel, das die Lehrer in der Schule zu fühlen bekommen. In den letzten zwei Kriegsjahren mußten sie leider feststellen, daß die Sitten unter den Schülern, speziell in der Bürgerschule und unter den Kindern von 12 bis 14 Jahren, immer mehr zu wünschen übrig lassen. Insbesondere nach den Ferien, also in den ersten Wochen des Schuljahres, macht sich dieser Mangel an Disziplin der Kinder besonders bemerkbar.

Es war im Sommer trotz der Aktionen „Kinder aufs Land“ durchaus nicht möglich, genügend viel Kinder aus der Großstadt aufs Land zu schicken. In erster Linie wurden die Kranken und die kränklichen berücksichtigt. Der schwächlichen schon wurden nur mehr wenige aufs Land gesendet. Sie werden den Krankenstand der Schüler des kommenden Jahres bilden. Die gesunden Kinder der Armen der Großstadt aber — soweit sie gesund genannt werden können —, sie haben den Sommer in den Straßen der Stadt verbracht, ohne Aufsicht, sich selbst überlassen, in tollen, sinnlosen Spielen oder mit bösen Streichen die Zeit totgeschlagen, fern von Sitte und Moral, bar aller Disziplin. Diese Kinder kommen in vier Wochen zur Schule, undiszipliniert, verwildert, verroht, wie sie sind, und bilden eine Gefahr für die Mitschüler. Den Lehrern erwächst da schwere Arbeit. Sie sollen aus dieser Horde wieder eine gesittete Schülerschar machen, sie sollen Disziplin in eine des Befehls ungewohnte Gruppe von Cassenbuben bringen!

Die Misere des Anstellens um Lebensmittel wird wohl auch im vierten Kriegsjahr nicht aufgehört haben. Sie wird vielleicht noch ärger geworden sein. Es wird „Entschuldigungen“ in Menge, und matte und müde, lernarbeitsunfähige Kinder nicht weniger geben als in den Vorjahren, wenn nicht das Anstellen der Schulkinder strikte verboten, gleichzeitig aber auch unbedingt dafür gesorgt wird, daß die armen Kinder irgendwo — am besten in der Schule selbst — verköstigt werden. Denn mit dem Verbot allein wäre nichts getan. Die Eltern der Kinder werden sich irgendwie mit Essen versorgen, die Kinder müssen versorgt werden. Mit Essen in einem warmen Raum zur Winterszeit. Die Kohlennot ist die Gefahr, die ebenso rasch gebannt werden muß. Die Schulen müssen in erster Reihe reichlich mit Kohle versorgt werden, mit Kohle für Heiz- und Kochzwecke. Ja, auch für Kochzwecke. Denn es gibt im vierten Kriegsjahre nur ein System, das die armen Großstadtkinder vor der Verelendung, vor dem Verkommen schützen kann: die Schule als Heim und als Verköstigungsanstalt.

Es genügt nicht, den armen Kindern in der Schule nur das Frühstück zu bieten. Es müßten — das ist die Ansicht der Lehrerschaft — in den Schulen vielmehr Schülerkriessküchen errichtet werden, die für die Schüler Frühstück, Mittagmahl und Kause — wenn möglich sogar auch die Abendmahlzeit — bereiten. Die Erhaltung dieser Schülerkriessküchen soll nicht auf Ehenden angewiesen sein, sondern Staat und

Gemeinden hätten die Pflicht, für die Erhaltung dieser Küchen, für die Verköstigung der armen Stadtkinder — sowohl in Wien als auch in den größeren Städten der Kronländer — aufzukommen. Aus diesen Schulkriessküchen könnten aber nicht nur die Kinder, sondern auch die Lehrer und Lehrerinnen und ihre Familien verköstigt werden, die heute nicht mehr in der Lage sind, mit ihren Bezügen das Auslangen auch nur in ganz bescheidenem Maße zu finden. Die Lehrkräfte könnten ja einen monatlichen Pauschalbetrag für diese Verköstigung bezahlen. Lehranstalt, Beschäftigungsort, Heim und Verköstigungsanstalt — das alles muß die Schule im kommenden vierten Kriegsjahr den armen Schülern werden, wenn die Gefahr eines völligen körperlichen, geistigen und moralischen Verfalls der Schuljugend hintangehalten werden soll.

Die neue Prüfungsordnung für das höhere Lehramt.

Wie schon berichtet, hat der frühere Kultusminister kurz vor seinem Scheiden noch den Erlaß der neuen Prüfungsordnung für das höhere Lehramt, an dem gründlich und lange gearbeitet worden ist, vollzogen. 1914 wurde der erste Entwurf der Öffentlichkeit unterbreitet, nach den Vorschlägen der Lehrer an den Universitäten und höheren Schulen umgearbeitet — die Veränderungen sind an vielen Stellen beträchtlich — und 1918 neu herausgegeben. Noch vor kurzer Zeit fand eine Konferenz im Ministerium statt die sich abermals mit der Prüfungsordnung beschäftigte — jetzt endlich wird die endgültige Fassung herauskommen.

Es sollen im folgenden nur die hauptsächlichsten Unterschiede von der Prüfungsordnung von 1898 hervorgehoben werden: Da ist zunächst die grundlegende Aenderung der Zerlegung der Prüfung in einen theoretisch-wissenschaftlichen und einen praktisch-pädagogischen Teil. Dieser zweite wird erst am Schlusse der zweijährigen Probezeit abgelegt; die Prüfung wird dadurch denen der medizinischen und juristischen Fakultät (Physikum — Staatsexamen, Referendar — Assessor) einigermaßen angeglichen. Zugleich wird dem bis jetzt immer mit einem Schein der Berechtigung erhobenen Vorwurf entgegengewirkt, als ob der Lehrer nur mit dem Rüstzeug der Wissenschaft ausgerüstet ohne jede Kenntnis der Erziehungslehren als blasser Theoretiker auf die Jugend losgelassen würde. Es zeigt sich der Fortschritt der Zeit, die nicht mehr dem Philologen, sondern nur dem geschulten Pädagogen die Jugend anvertrauen will.

Weiter sind im wissenschaftlichen Examen die Anforderungen gesteigert und vertieft worden. Bis jetzt mußte der Prüfling in der sogenannten „allgemeinen“ Bildung (Religion, Deutsch und Philosophie) Genügendes leisten und außerdem die Lehrbefähigung in einem Fach für sämtliche Klassen und in zwei weiteren für die Mittelstufe erwerben. Nunmehr tritt an die Stelle der „allgemeinen“ Bildung eine gründlichere philosophische Vorbildung, ferner aber muß die Lehrbefähigung für zwei Hauptfächer und ein sogenanntes Nebenfach erworben werden. Das bedeutet einmal, daß das bloße „Pauken“ nach Möglichkeit beseitigt wird und an seine Stelle ein wirklich gründliches Eingehen auf ein Fach tritt. In Wahrheit war ja früher die „allgemeine“ Bildung ein Hohn auf die Bildung; man lernte sich mühsam die Kenntnisse wieder an, die man einmal auf der Prima äußerlich besessen hatte. Und doch kamen gerade bei diesem Teile die fürchterlichsten Dinge vor: es soll klassische Philologen gegeben haben, die sich bedauerliche Verwechslungen von Shakespeareschen und Schillerschen Dramen haben zu schulden kommen lassen. Dafür wird jetzt Beschäftigung mit den Grundlehren der Ethik und Psychologie sowie den Hauptlehren der Logik verlangt, weiter Vertrautheit mit einigen Hauptwerken eines Philosophen oder einem wichtigeren Problemkreise und Verständnis für die Geschichte der Philosophie.

Wenn im übrigen auch die Einrichtung der „Nebenfächer“ geblieben ist, so leuchtet es doch ein, daß, da es sich nur um eines handelt, dies leichter mit einem der Hauptfächer in inneren Zusammenhang gebracht werden kann als früher. Zudem ist die ganz neue Einrichtung der „Zusatzfächer“ getroffen, bei denen ausdrücklich verlangt wird, daß sie zur Vertiefung der anderen gewählten Fächer dienen sollen, z. B. Archäologie für eine der alten Sprachen, Kunstgeschichte für Geschichte, Mineralogie und Geologie zu Erdkunde, Physik, Chemie oder Zoologie. Hier tritt als ganz neues Fach dann auch die Pädagogik ein, die namentlich für die jungen Leute wichtig werden wird, die sich später der Verwaltung zuwenden wollen. Auch die philosophische Propädeutik kann künftig nur als Zusatzfach erworben werden.

In fast sämtlichen Fächern sind die Anforderungen vergrößert und mehr den Bedürfnissen der Schule, auf die fortwährend Bezug genommen wird, angepaßt. Die Koppelung von Lateinisch und Griechisch ist zwar aufgehoben, die Zusammengehörigkeit beider Sprachen aber so stark betont, daß schwerlich eine der alten Sprachen allein als Fach gewählt werden wird. Auch für Französisch und Englisch werden lateinische Vorkenntnisse vorausgesetzt, für Geschichte auch griechische oder — und das ist neu — englische.

Eine außerordentlich wichtige Bestimmung soll weiter der Vertiefung in ein Fach Vorschub leisten: Wenn nämlich die schriftliche Arbeit aus dem ersten Hauptfach — die zweite kann entweder aus dem zweiten Hauptfach oder der Philosophie entnommen werden — und die mündliche Prüfung im ersten Hauptfach und einem der anderen Fächer genügt, im übrigen aber der Prüfling nicht Genügendes leistet, so gilt er deshalb noch nicht als durchgefallen — vielmehr wird ihm eine Frist von einem Jahr gesetzt, innerhalb dessen er den „Schwanz“ nachmachen muß — wieder eine Annäherung an die medizinische Staatsprüfung.

In der Vorbereitungszeit auf das „pädagogische“ Examen ist jetzt zwischen dem Probe- und Seminarjahr kaum ein Unterschied mehr: die Übungen im Seminar treten zurück gegen die praktische Ausbildung. Die Kandidaten werden hervorragenden Fachleuten überwiesen und von ihnen eingeführt, wobei sie möglichst bald zu einer gewissen Selbständigkeit kommen sollen. Für ihre Ausbildung tragen der Direktor und die ausbildenden Lehrer die Verantwortung. In der Prüfung selber ist eine schriftliche Arbeit anzufertigen, die sich mit eigenen Unterrichtserfahrungen zu beschäftigen hat, ferner sind zwei Lehrproben abzuhalten und in einer „Besprechung“ Vertrautheit mit den Anforderungen des höheren Lehramts nachzuweisen. Das ganze Gewicht liegt hier also auf der Praxis.

29. VIII. 1918

176

H./IX. 1914

Die Gründung eines österreichischen Balkaninstitutes beschlossen. Wie wir aus akademischen Kreisen erfahren, hat über Anregung des bekannten Balkanforschers Freiherr v. Dungen das Professorenkollegium der juristischen Fakultät der Grazer Universität beschlossen, mit Unterstützung der dortigen philosophischen Fakultät ein Institut für die Balkanforschung zu errichten. Das neue Institut soll schon im kommenden Wintersemester seine Tätigkeit beginnen und hat den Zweck, den weitesten Kreisen eine genaue Kenntnis der für uns nach dem Kriege sicherlich bedeutungsvollen Verhältnisse in den Balkanländern zu ermitteln. Dieser Bestimmung zufolge werden Vorlesungen über die Geschichte, Geographie, die rechts- und volkswirtschaftlichen Verhältnisse, die Kulturzustände usw. abgehalten werden. Außerdem soll in allgemein zugänglichen Vorträgen auf den Wert der Handelsbeziehungen mit den Balkanländern hingewiesen werden.

Olmann

7/II. 1917

Schulbücher.

Zur großen Einkaufszeit.

Seit mehr als einer Woche ist der Schulbücherhandel wieder in sippigem Flor. Die Buchhandlungen sind zur Nachmittags- und Abendzeit vollgepfercht von Vätern, Müttern, älteren Schwestern und bebrüllten Knirpsen, die ihre vorgeschriebenen Wünsche von einem jener Bettel und Miniaturkataloge ablesen, die jetzt in unermeßlicher Zahl und als gefälliges Gratisangebinde vor den Schulgebäuden verteilt werden und bei der Luft an solchem Spielereckraum der „Wichtigkeit“ reisenden Absatz finden. Ja, wenn diesem Absatz nur auch der klägliche Einkauf entspräche! Aber gerade mit ihm ist es, je länger der Krieg dauert und je mehr er seine Folgen sowohl den Büchermarkt als die Eltern spüren läßt, immer ärger, er wird zu einem komplizierten, das ganze Buchhandlungsbereich der Innern Stadt in Kombination ziehenden Geschäft. Die Jagd nach dem antiquarischen Buch — mögen seine Einbanddecken noch so bellest, seine Blätter noch so vollgetribelt und mit Gekloren verunstaltet sein und etwa auch im Anhang ein paar Seiten fehlen — war noch nie so eigensinnig und hitzig. Die Käufer beschreiben geradezu auf der Landkarte des Wiener Buchhandels eine vorgezeichnete Pfadackkurve, indem sie für jedes einzelne Buch die Preis- und Gelegenheitsverhältnisse aufnehmen und am Ende dahin zurückkehren, wo es am billigsten war. Daß den Buchhändlern diese Anstufungs- und Verhandlungsstrapazen keineswegs angenehm sind, läßt sich denken. Darum ist auch ihr stereotypes Schlusswort bei auseinandergegangenen Käufen: „Sie werden schon wieder hierher zurückkommen!“ und ihre Begrüßung, wenn die Prognose zutrifft: „Nest ist es nicht mehr da!“

Es ist selbstverständlich, daß der Personal- und Materialmangel wie überall so auch im Schulbücherhandel seinen Ausschlag gibt. Es fehlt auf der einen Seite an Meistern, Pappe u. dgl., so daß die meisten Schulbücher, auch die für den unaufhörlichen Gebrauch bestimmten, wie die lateinischen, griechischen und französischen Übungsbücher, heuer bloß Broschüren, das heißt in leichter Kartonage, auf dem Markt gekommen sind, was natürlich ihre Haltbarkeit und antiquarische Verwendbarkeit im nächsten Jahre nicht erhöht. Es wird dadurch, namentlich für jene von den geschätzten Schulbuben, bei denen der Fleiß im umgekehrten Verhältnis zur Abnutzung des Lernmaterials steht, zuweilen nötig sein, daß sie ein und dasselbe Buch während eines Schuljahres zwei und mehrere Male anschaffen. Andererseits bewirkt der Mangel an Ablieferungsleuten, welche die Zustellung vom Buchbinder zum Verleger und vom Verleger zum Buchhändler besorgen, häufige Marktstochung. So waren zu Schulbeginn

viele der im Lehrplan vorgeschriebenen Bücher noch nicht einmal vorrätig. Am günstigsten steht es noch mit dem Preis. Dadurch, daß die Schulbehörde selbst die Kontrollinstanz für die festgesetzten Preise bildet, konnte eine der übrigen Teuerung entsprechende unverhältnismäßige Steigerung verhütet werden. Sie beschränkt sich im wesentlichen auf den fünfprozentigen Teuerungszuschlag, wodurch sich der Preis der Schulbücher dem Frieden gegenüber im ganzen um höchstens zehn Prozent erhöht hat. (Ein Schulbuch, das früher um 3 R. 20 S. verkauft wurde, kostet also heute etwa 3 R. 60 S.) Auch die Markumrechnung (Valuta) spielt beim Schulbücherverkauf keine Rolle, da mit Ausnahme einiger Mädchenkapeln, für die durchweg reichsdeutsche Lehrbücher vorgeschrieben sind, an den Wiener Schulen nur österreichische Bücher Verwendung finden. Sie sind übrigens, wozu auch die Zeitverhältnisse beigetragen haben, in diesem Jahre durchgänglich in keiner neuen Auflage erschienen. Nur weisen manche Lesebücher für die oberen Klassen eine Art Kriegsanhang auf, worin sich neben Lebensbildern großer Heerführer, Schlachtenbeschreibungen und mannigfachen Anekdoten Bruchstücke aus den diversen Blau- und Rotbüchern usw., aus Feldpostbriefen, Zeitungsfenilletons, Verichten namhafter Kriegsberichterstatter, ja sogar die Titel moderner Schulbücheraktualität — Neben aus dem deutschen Reichstag finden. Dieser Anhang gehört zwar nicht zum obligaten Stoff, aber die Professoren werden ihn gewiß berücksichtigen. Sie können hier statt aus der kalt-pädagogischen Vergangenheit aus dem frischen Tag schöpfen.

Was die antiquarischen Bücher betrifft, die im Vorjahre schon sehr begehrte waren, so ist — wie unser Gewährsmann meint — ihr Vorrat stark zurückgegangen. Einerseits haben sich die meisten schon am Ende des vorigen Schuljahres damit vorgelesen, und andererseits hat sich der Preis der gebrauchten Schulbücher im Wege des Tauschhandels oder des internen Verkaufes vor Kollegen zu Kollegen um besseren Preis losgeschlagen, schon zu stark eingebürgert. Die Herren Schüler, die vom Buchhändler oft mit langer Nase abgezogen und für ihren ganzen voluminösen Bücherbesitz bestenfalls mit einem Drittel des Anschaffungspreises zufrieden sein mußten, fahren ja damit besser. Aber man darf sich dann wieder nicht wundern, wenn nun noch neue Bücher zu haben sind.

Der junge Buchverkäufer, der mit feinem juristisch anfahrbaren Besitz entgegen allen um die Weckung des „praktischen Sinnes“ besorgten Vorurteilen außerhalb der Schule zum erstenmal als selbständiger Geschäftsmann und „Verdiener“ auftritt und dabei doch jene schuldbewusste Scham empfindet, die den Verlehr mit Trödlern und

Wartierern kennzeichnet, ist heuer eine vielumworbene Person. Man läßt ihn nicht mehr mit scheinharter Mißachtung im Lokal herumstehen, rührt seine Bücher nicht mit vielsagender Angst vor Beschmutzung an, wirft sie auch nicht nach ihrer Wertminderung geringfügig aufs Pult hin, um den nächsten feridösen Kunden vorzunehmen, sondern man erweist ihm alle gleichwertige Geschäftslehre. Auszahlen tut man ihm nicht mehr. Ueber sein „Drittel“ kommt er auch heuer nur selten hinaus. Es ist Tradition, und da kann man nichts machen. k.

Mehrbezüge für Professoren und wissenschaftliche Hilfskräfte an Hochschulen.
Da weder die Anfang des Jahres 1914 erlassene Dienstpragmatik für Staatsbeamte noch die vor einem Monat in Kraft getretene Lehrendienstpragmatik, welche mehrfache Verbesserungen in den Besoldungsverhältnissen der Staatsbeamten, der Lehrgenschaft bewirkten, auf die Professoren und wissenschaftlichen Hilfskräfte an Hochschulen Bedacht nehmen, hat das Unterrichtsministerium bezüglich der ihm unterstellten Hochschulen nunmehr Maßnahmen getroffen, durch die auch die Bezüge der Professoren und wissenschaftlichen Hilfskräfte an diesen Anstalten für das Verwaltungsjahr 1917/18 eine entsprechende Erhöhung erfahren. Hiernach erhalten die ordentlichen und außerordentlichen Professoren an den in Betracht kommenden Hochschulen jenen Mehrbezug, welcher sich an systemmäßigen Gehalt ergeben würde, wenn die ihnen gesetzlich gebührenden Gehaltserhöhungen nicht nach je fünf, sondern schon nach je vier vor oder nach dem 1. Juli 1917 zurückgelegten Dienstjahren anfallen würden, und die besoldeten außerordentlichen Professoren überdies noch einen Mehrbezug von K. 400. Die Adjunkten und Assistenten (Konstruktoren) bei den Hochschulinstituten erhalten einmalige Zuwendungen im Betrage von K. 200, beziehungsweise K. 400.

[Das Wintersemester an der Wiener Universität.] Der Lektionskatalog der Wiener Universität für das Wintersemester 1917/18 ist soeben erschienen; das Heft ist schmächtiger als in Friedensjahren, da viele Professoren und Dozenten im Felde stehen und keine Vorlesungen angekündigt haben. Bei manchen Namen steht: „Wird vielleicht später angekündigt“; sehr oft: „Wird in diesem Semester nicht lesen“. Selbstverständlich werden alle obligaten Kollegien, Übungen und Kurse abgehalten werden; an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät, ferner an der medizinischen, sind Parallelvorlesungen, zum Beispiel an allen drei medizinischen Kliniken, in den Lektionskatalog aufgenommen; in Wirklichkeit liegt, der beträchtlich verringerten Hörerzahl entsprechend, für jedes obligate Fach nur ein Professor, ein Kliniker. Einige Themen erinnern an den Weltkrieg und an die Zeit- und Streitfragen, die der Krieg im Gefolge hat. An der theologischen Fakultät wird zum Beispiel Hofrat Professor Heinrich Swoboda über „Das Problem des Geburtenrückganges in pastoralen und soziologischer Hinsicht“ sprechen. Der neuernannte Professor Seipel aus Salzburg hat noch keine Vorlesungen angekündigt. An der rechtswissenschaftlichen Fakultät liest unter anderem Professor Sperl über „Gerichtswesen und bürgerliches Recht des Islams und der modernen Türkei“, Dozent Pitamic über „Systeme von Staatenverbindungen“; für das obligate Kolleg über Nationalökonomie ist der Vortragende derzeit noch unbekannt, ebenso an der medizinischen Fakultät für Physiologie und für Pharmakognosie. Professor Stigler wird über „Rassenphysiologie“ lesen, Professor Panzer über „Ernährung“, Professor Doerr über „Seuchenbekämpfung im Kriege“, Professor Holzknicht über „Kriegsrontgenologie“, Dozent Blich über „Kriegsneurosen“, Professor v. Sagic über „Herzkrankheiten“, Dozent Glas über „Kriegsverletzungen an Hals und Nase“, Professor Spizy über „Brothesenbau“, Professor Viehl und Dozent Bedl über „Kriegsschäden des Ohres“, Dozent Bilz über „Kriegszahnärztliche Erfahrungen“, Professor Hanke über „Kriegsverletzungen des Sehorgans“. An der philosophischen Fakultät können wichtige Arbeiten nur bedingungsweise aufgenommen werden (wenn das zur militärischen Dienstleistung einberufene Institutspersonal den Dienst im Laboratorium wieder aufgenommen haben wird). Professor Uebersberger wird über „Russische Geschichte des achtzehnten Jahrhunderts“ und

über „Geschichte der Bauernfrage in Rußland“ lesen, Hofrat Professor Kubitschek über „Heerwesen, Kriegstechnik und Grenzschutz der Römer“, Professor Tausla über „Das Kriegswesen unserer Monarchie seit 1715 vom verfassungsrechtlichen Standpunkte“, Professor Wilhelm Bauer über „Politik auf geschichtlicher Grundlage“. Im letzten Sommersemester waren 3032 ordentliche und 476 außerordentliche Hörer inskribiert. Von den ordentlichen Hörern waren 160 Theologen, 862 Juristen, 996 (darunter 512 Frauen) Mediziner und 1014 (darunter 552 Frauen) Philosophen. Das Wintersemester wird früher als sonst beginnen, da mit der Eventualität, daß der Unterrichtsbetrieb im Winter nicht im vollen Umfange aufrechterhalten bleiben könnte, gerechnet werden muß.

Die Schulgebäude für Unterrichtszwecke!

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses brachten die Abgeordneten **S i d e l, S t a r e t** und Genossen an den Unterrichtsminister folgende Interpellation ein:

Am 15. Juni d. J. brachten die Unterzeichneten eine Interpellation an den damaligen Unterrichtsminister **H u s s a r e l** ein, in der mit allem Nachdruck verlangt wurde, daß die Schulen, die für militärische Zwecke verwendet werden, mit Beginn des neuen Schuljahres ihrem eigentlichen Zwecke, dem Schulbetrieb, zugeführt werden sollen. Es wurde darauf verwiesen, daß keine Zeit verloren gehen dürfe, damit die notwendigen Räumungs- und Wiederherstellungsarbeiten so durchgeführt werden können, um den Unterricht in diesen Räumen im September dieses Jahres beginnen zu können.

Die außerordentliche Wichtigkeit dieser Angelegenheit kann wohl selbst von dem Unterrichtsministerium nicht bezweifelt werden. Die zunehmende Verwahrlosung und Verrohung unserer Jugend, die sich wohl zunächst am empfindlichsten an den armen Kindern rächen wird, die aber eine Schande für jene Faktoren ist, die für die Erziehung der heranwachsenden Generation die Verantwortung zu tragen haben, ist bereits zu einer großen Gefahr geworden. Wesentlich dazu die unglückselige Verfügung bei, die Schulräumlichkeiten für Heereszwecke bereitstellte. Wenn dies vielleicht in den ersten Wochen nach Kriegsausbruch nicht zu ungehen gewesen war, heute, nach mehr als drei Jahren, bedeutet dieser Zustand eine sträfliche Nachlässigkeit der Unterrichtsverwaltung in Erfüllung ihrer Pflicht, denn niemand kann, ohne sich lächerlich zu machen, behaupten, daß nicht genug Räumlichkeiten, die Luxusbedürfnissen dienen, zur Verfügung stehen würden, wenn man nur den Mut aufbrächte, den Schlossbesitzern beizubringen, daß schließlich auch sie sich einige Einschränkungen in ihrem Wohlleben gefallen lassen müssen, wo andere die Gesundheit und die sittliche Wohlfahrt ihrer Kinder in Gefahr sehen. Jedenfalls wäre es mäßig gewesen, durch Ausführung von Baracken einen viel zweckentprechenderen Ersatz für die Schulgebäude zu finden. Die Interpellation wurde bis zum heutigen Tage von dem Herrn Unterrichtsminister für nicht so wichtig befunden, um von ihm beantwortet zu werden. Der zufällige Umstand, daß in der Leitung des Unterrichtsministeriums ein Personenwechsel stattgefunden hat, ist kein stichhaltiger Grund für die Unterlassung einer Antwort, die nicht nur für die unterzeichneten Abgeordneten, sondern insbesondere für Hunderttausende besorgter Eltern von ganz besonderer Bedeutung ist.

Aus zufälligen Mitteilungen ist zu entnehmen, daß ein kleiner Teil der Schulen — in Wien etwa ein Drittel — nunmehr dem Unterrichtsbetrieb zugeführt werden soll. Diese Maßnahme ist völlig unzulänglich und fordert daher zum härtesten Angriff heraus. Nur völlige Verständnislosigkeit und unbegreiflicher Leichtsinns können die Ursache sein, daß das Unterrichtsministerium nicht alle Schulen ihrem Zwecke zurückgibt, wenn man nicht annehmen will, daß eine unvorzeihliche Schwäche gegenüber der Heeresverwaltung das Unterrichtsministerium bei seinem Vorgehen geleitet hat. Dazu kommt noch, daß die Verfügung so spät hinausgegeben wurde, daß zu Beginn des Schuljahres auch die zur Räumung bestimmten Schulen noch lange nicht für Unterrichtszwecke brauchbar sind. Bei dem jetzt herrschenden Mangel an Arbeitskräften wäre es notwendig gewesen, die Verfügungen sofort nach Einbringung der Interpellation zu treffen. Dadurch wäre dann vermieden worden, daß die freigegebenen Schulgebäude zum Teil erst nach Weihnachten benützlich sein werden. Die Folge davon ist, daß der Unterrichtsbetrieb in der doppelten Anzahl der freigegebenen Schulen eine außerordentliche Störung erfahren muß, daß die Kinder abermals empfindlich geschädigt werden, da naturgemäß der Unterrichtserfolg dadurch außerordentlich leidet.

Die Unterzeichneten fordern den Unterrichtsminister abermals mit allem Nachdruck auf, endlich in Erfüllung seiner Pflicht die sofortige Räumung aller Schulgebäude, die für militärische Zwecke mißbraucht werden, zu veranlassen. Sie werden immer wieder auf diese verhängnisvolle Unterlassungssünde der Unterrichtsverwaltung mit aller Entschiedenheit hinweisen, so daß es für die Dauer doch nicht rätlich sein dürfte, den Versuch zu unternehmen, diese Angelegenheit totzuschweigen.

Die Unterzeichneten richten daher an den Unterrichtsminister abermals die Anfrage: Ist ihm bekannt, daß noch immer ohne Not viele Hunderte von Schulen ihrem eigentlichen Zwecke entzogen werden? Ist der Unterrichtsminister entschlossen, mit allem Nachdruck darauf zu bringen, daß mit den Räumungs- und Wiederherstellungsarbeiten in den Schulen sofort begonnen wird? Ist der Unterrichtsminister bereit, endlich mitzuteilen, wie viele Schulen seit Kriegsbeginn für militärische und sanitäre Zwecke verwendet wurden und wie viele Schulen im Laufe des Krieges ihrer eigentlichen Bestimmung wieder zugeführt wurden? Ist der Minister bereit, mitzuteilen, ob und welche Stellen sich bei Zurückgabe der Schulen widersehen?

30/X. 1917

Was geschieht mit dem Akademischen Gymnasium?

Zu Kriegsbeginn wurden, wie man weiß, viele Wiener Schulen zu Spitälen umgewandelt. Mit lobenswerthem Eifer trugen Lehrer und Schüler die Beschränkung, den Unterrichtsbetrieb in unzulänglichen Räumen aufrecht zu erhalten und das vorgeschriebene Lehrziel zu erreichen, so gut es eben ging. Als dann unsere siegreichen Armeen den Feind immer weiter trieben, ging man daran, die Schulen allmählich wieder ihrer Bestimmung zu übergeben und bis auf wenige Ausnahmen herrschte zu Ruh und Frieden der Jugend wieder Ordnung in dem Chaos, das der Zwang eherner Notwendigkeit verursacht hatte. Unterrichtsverwaltung und Kriegsministerium haben dadurch gerechte Wünsche aus Lehrer- und Elternkreisen erfüllt.

Aber noch tranken zwei Musteranstalten der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien an diesem Provisorium: das Akademische Gymnasium und das Franz Joseph-Realgymnasium, die beide im Gebäude des letzteren untergebracht sind. Wie unheimlich dieser Zustand ist, geht aus folgender Aufzählung von Tatsachen hervor: Die Schüler haben abwechselnd die eine Halbwoche Vormittags- und die andere Nachmittagsunterricht, eine Unregelmäßigkeit, die Lehrer und Schüler gleich nachteilig empfinden. Von pädagogischen Betrachtungen abgesehen, würde die Not der Zeit viel leichter ertragen werden, wenn die Wirkung eines dürftigen Mahles am Schlusse des Vormittagsunterrichtes durch etwas Ausruhen am Nachmittag gehoben werden könnte. So aber müssen an drei Tagen der Woche Lehrer und Schüler zweier Mittelschulen nach geringer Kräftigung gesteigerten Anstrengungen eines Nachmittagsunterrichtes gewachsen sein. Die Klassenzimmer können nicht recht gelüftet werden, wodurch die sanitären Verhältnisse ganz besonders leiden. Alle Segnungen des modernen Unterrichtes gehen durch diese unheimliche Zusammenpferchung an nahezu tausend Mittelschülern Wiens spurlos vorüber. Der Turnunterricht ist vernachlässigt, die so wichtigen Kurse für die nichtobligaten Fächer Englisch, Französisch und Stereographie können überhaupt nicht abgehalten werden. Die Schüler des Akademischen Gymnasiums gemessen seit Kriegsbeginn den Unterricht fast ohne Anschauung, weil die gebiegenderen Lehrmittel im Gebäude der Anstalt müßig verfaulen.

Das alles könnte nun mit einem Schlage anders werden auf die einfachste Art, die man sich nur denken kann. Das Gebäude des Akademischen Gymnasiums wird wieder für Unterrichtszwecke frei und kein Gedanke liegt näher als der, daß die Anstalt wieder in ihr altes Heim überfiele und das Franz Joseph-Realgymnasium seines Gastrechtcs, das die Entwicklung der Schule so beengt hat, entbunden wird. Statt dessen geht man daran, die Lehrerinnen-Bildungsanstalt im Akademischen Gymnasium unterzubringen, ein Vorgang, der ein neuerliches „Fortwurseln“ bedingt. Denn das Gebäude am Beethoven-Platz ist in Anbetracht der großen Anzahl von Hörsalmen zu klein und man müßte aus der Bibliothek, den Räumen für die Sammlungen, vielleicht gar aus dem Turnsaal oder der herrlichen Kapelle Unterrichtsräume machen. Wenn die Lehrerinnen-Bildungsanstalt drei Jahre lang im Kriege bestanden hat, so wird sie sich auch weiter so lange halten können, bis das Gebäude in der Segelgasse aufgehört hat Spital zu sein, was ja hoffentlich nicht mehr gar so lange dauern wird.

Warum also einen Weg einschlagen, der keinem der Beteiligten hilft? Warum drei Provisorien schaffen, da ohne Mühe zwei ohneweiters aus der Welt geschafft werden könnten? Warum nicht tausend Schülern die Möglichkeit eines gestiegenen Bildungsganges gewähren und zwei Lehrkörpern die Lust und Freude am Schaffen wiedergeben?

2./X. 1917

[Beginn der Vorlesungen an der philo-
sophischen Fakultät der k. k. Universität Wien.]
Da infolge der Kohlenknappheit mit einer Unterbrechung des
Unterrichts an der Universität durch Kälteferien gerechnet werden
muß, ist der Beginn der Vorlesungen und Uebungen an der
philosophischen Fakultät einem Erlaß des Unterrichtsministe-
riums entsprechend auf den 9. d. festgesetzt worden.

2./X. 1917

[Die Dreiteilung des Studienjahres.]
Zu Beginn des Wintersemesters taucht abermals die wichtige Frage auf, wie die im Felde ehenden Hochschüler nach dem großen Kriege von den Hochschulen aufgenommen und behandelt werden sollen. Der Rektor der Wiener Universität, Hofrat Professor Reisch, hat bereits in seiner Inaugurationsrede darauf hingewiesen, daß es nur gerecht und billig sei, unseren Hochschülern, die im Felde sind, jene Erleichterungen beim Weiterstudium zu gewähren, die irgendwie möglich sind. Die juristischen und philosophischen Fakultäten wollen den Hochschülern ein bis zwei Semester der vorgeschriebenen Studienzeit, die medizinischen Fakultäten ein Semester unter der Bedingung erlassen, daß diese Zeit durch Konzentrierung des Unterrichtes oder durch Einschaltung von Spezialkursen eingebracht werden sollte. Nach einer beiläufigen Schätzung befinden sich derzeit 60.000 Hochschüler in der Armee des Deutschen Reiches. Der größte Teil der Hochschüler soll unmöglich nach dem Kriege seine Studien wieder aufnehmen. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit und der Dankbarkeit, daß der Staat diesen Kriegsteilnehmern Gelegenheit gibt, zum mindesten einen Teil der im Kriege zugebrachten Zeit wieder hereinzubringen. Die Hochschulen müssen die Studien und die Zukunft derer, die für das Vaterland Leben und Gesundheit eingesetzt haben, durch einschneidende Maßnahmen fördern. Dabei ist noch zu bedenken, daß für viele Jünglinge, die vor dem Abmarsch an die Front eine sogenannte Notmatura abgelegt haben, Ergänzungs-kurse in verschiedenen Disziplinen notwendig sein dürften. Man spricht von Ferien- oder Ersatzkursen, die als Ersatz eines oder zweier Semester dienen sollen. Gegen diesen Vorschlag werden gewichtige Bedenken erhoben, besonders in Beziehung auf die Mediziner. Ein Ferienkurs kann nur als eine kleine Entschädigung für ein normales Semester gelten. Neuerdings wird die Trimestrierung vorgeschlagen, das heißt, die Schaffung von drei Studienabschnitten per Jahr, welche dem Semester gleichwertig sind. Wenn dem Studierenden drei semestergleiche Abschnitte im Studienjahre geboten werden, kann die vorgeschriebene Semesterzahl erreicht werden, obgleich die ganze Studienzeit verkürzt erscheint. Selbstverständlich dürfte diese Trimestrierung nur den Kriegsteilnehmern zugute kommen. Dabei sollen die Ferien nicht ganz ausgeschaltet, sondern nur in etwas kleinerem Umfange für die Kriegsteilnehmer erhalten werden; es sind bei der Trimestrierung per Jahr zwölf bis dreizehn Wochen Ferien vorgesehen. Es bestehen gewiß Schwierigkeiten bei der von der bayerischen Staatsregierung zuerst vorgeschlagenen Trimestrierung, die Vorteile scheinen aber zu überwiegen. Als solche hätten zu gelten: Verkürzung der Studienzeit bei vollwertiger Ausbildung der Kriegsteilnehmer; Erhaltung der bisherigen Semesterzahl; Erhaltung etwas verkürzter, aber ausreichender Ferien. Es handelt sich bei der projektierten Einführung der Trimestrierung um eine Maßregel im Interesse der Kriegsteilnehmer, welche nur ein bis zwei Jahre nach Abschluß des Weltkrieges Geltung haben dürfte.

5./X. 1917

Für und wider die Einheitschule.

Die sogenannte „Einheitschule“ war gestern Abend Gegenstand ausführlicher Besprechung in einem Kreise von Psychologen und Schulmännern in der „Psychologischen Gesellschaft“, die im Fremdenheim „Atlas“ an der Weidendammer Brücke tagte. Parteipolitische Gesichtspunkte blieben dabei ganz aus dem Spiele. Der Hauptredner, Oberlehrer Wilhelm, beleuchtete vielmehr die Forderung der Einheitschule lediglich psychologisch und pädagogisch. Nicht an vergangenen Idealen und Forderungen wollte er dabei die Gründe für die Einheitschule beurteilt wissen, sondern nach den Erfordernissen der Gegenwart. Von hier aus aber kam er zu einer Ablehnung der Einheitschule. Was er zugestand, war nur die Preisgabe der Vorschule an den höheren Knabenschulen, und zwar lediglich aus pädagogischen Erwägungen. Weiter wollte er nicht gehen, kam vielmehr zu dem Ergebnis, daß die Einheitschule nicht nur kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt sein würde. Er legte das eingehend dar. Der Aufstieg der Begabten, der selbstverständlich mit aller Kraft gefördert werden muß, lasse sich auch erreichen, ohne daß erst unser Schulwesen in eine solche Umsturzabewegung hineingerissen werden müßte. Freilich solle man wohl unterscheiden, daß — wie die Erfahrung oft und deutlich beweist — Schulbegabung noch nicht Lebensbegabung und Schultüchtigkeit noch nicht Lebenstüchtigkeit ist. Die positive Auslese der Begabten müsse daher mit Vorsicht geschehen, dann den unbestimmtesten Ausgelesenen aber nachdrückliche Hilfe zuteil werden (Freistellen, Unterhaltsgelder und sonstige Beihilfen). Die negative Auslese müsse zum Wohle der Eltern und Kinder und der Schule gründlich geschehen. Für die allermeisten wäre die Mittelschule genügend, die das Einjährigzeugnis zu erteilen hätte. Die Möglichkeiten des Ueberganges von den niederen zu den höheren Anstalten müßten sehr ausgebaut werden. Es müßte allgemeine Erkenntnis werden, daß die Forderung: Recht auf gleiche Bildung richtig lauten müßte: gleiches Recht auf Bildung, so weit, wie es die Kräfte des Betreffenden zulassen und ihn selbst dem Staate gegenüber verpflichten.

Den Standpunkt der Freunde der Einheitschule vertrat demgegenüber Rektor Rother, der allen den dafür geltend gemachten bekannten Gründen die Gründe sozialer Art voranstellte, aus denen heraus allein schon man zu der Forderung der Einheitschule kommen müßte und die auch dieser Forderung zum Siege verhelfen würden. Wenn man auf der einen Seite eine Landschule sehe, in der ein Lehrer einklassig etwa 120 Kinder, Knaben und Mädchen aller Jahrgänge, unterrichte und auf der andern Seite ein Gymnasium in der Stadt, wo in einer Prima für zuweisen 7 Schüler 7 Lehrer tätig sind — so sei das eine gar zu große Ungerechtigkeit. Dieser soziale Grund für die Einheitschule sei so stark, daß er nicht unbeachtet bleiben könne.

Demgegenüber verblieb die Gegenseite bei ihrer psychologischen und pädagogischen Verurteilung der Einheitschule und dem Hinweis, daß die Forderung der Begabten ohne diesen Umsturz geschehen könne.

Pf.

Eine alte Forderung im Lichte neuer Zahlen.

Vor kurzem erschien der Bericht der städtischen Armenlernmittelverwaltung über das Schuljahr 1915/16. Er weist aus, daß einschließlich der vom k. k. Schulbücherverlag und von Privatverlegern an die Gemeinde gewährten Freistücken sowie der bereits von früher vorhandenen Lernmittel insgesamt 4.788.094 Stück im Gesamtwerte von 471.422 K zur Verfügung standen. Von den 240.014 Schülern wurden 127.287 mit den „Armenlernmittel“ beteiligt. Rechnet man die ersten und zweiten Volksschulklassen ab, in denen eine Beteiligung nur in Ausnahmefällen stattfindet, so ergibt sich, daß rund 70 v. H. aller Volks- und Bürgerkinder die Lernmittel von der Gemeinde Wien erhielten.

Diese Zahlen regen in mehrfacher Beziehung zum Denken an — sollten es wenigstens. Zunächst einmal läßt es gewiß sehr tief blicken, daß schon im Laufe des Schuljahres 1915/16 nahezu $\frac{3}{4}$ der Gesamtschülerzahl Wiens auf den Bezug der Lernmittel aus öffentlichen Geldern angewiesen war. Was das über die Lebensverhältnisse der in Betracht kommenden Familien ausagt, und wie sich diese Verhältnisse im abgelaufenen und im eben begonnenen Schuljahr gestaltet haben, bezw. gestalten werden, das sich auszumalen, dürfen wir dem Verständnis des Lesers überlassen. Aber eine andere Frage soll ihrer doch die Verhältnisse brennend gewordenen Dringlichkeit wegen hier behandelt werden: Wie lange will sich die Gemeinde Wien noch der seit Jahren, ja schon seit Jahrzehnten erhobenen Forderung der Lehrerschaft wie nicht minder aller Einsichtigen verschließen, daß die Lernmittel ausnahmslos allen Schülern unentgeltlich verabfolgt werden? So oft auch diese Forderung schon erhoben wurde, immer wieder wurde sie entweder kühl abgewiesen oder stillschweigend übergegangen — sehr im Gegensatz zu zahlreichen Städten des Auslandes. Nun haben sich aber die Verhältnisse in einer Art entwickelt, daß Geldbedenken unmöglich mehr vorgeschützt werden können. 70 v. H. aller Schüler erhalten die „Armenlernmittel“, Aufwand 472.000 K. Also würden sich die Mehrauslagen für die restlichen 30 v. H. (aus denen aber mittlerweile gewiß schon 25 oder 20 geworden sind) auf kaum mehr als 200.000 K stellen. Erscheint dieser Betrag schon in Anbetracht des Millionenaufwandes, mit dem unsere Gemeindeverwaltung zu rechnen hat, geringfügig, so wird die hier erzielte Ersparnis noch mehr in das rechte Licht gerückt, wenn man weiß, in welcher Art das Recht zum Bezuge der unentgeltlichen Lernmittel erworben wird. Zunächst müssen die Eltern den bekannten „blauen Bogen“ bei der Schulleitung beheben und ihn genauestens ausfüllen: Zahl der Familienmitglieder, genaues Alter eines jeden, Religion, Einkommen, Auslagen für Zins usw. usw. Nunmehr müssen diese Angaben vom — Hausbesorger bestätigt werden, ferner vom Arbeitgeber, und bei Gewerbetreibenden auch noch vom — Steueramt! Sind so alle diese Instanzen glücklich davon verständigt, daß der Betreffende die „Armenlernmittel“ (welch glücklich gewähltes Wort! welcher Anreiz zu erhöhter Kinderzahl!) für seine Kinder benötigt, so wandert nun der Bogen wieder zurück zum Klassenlehrer, der ihn genau zu überprüfen und nötigenfalls richtigzustellen hat.

Dann hat ihn der Schulleiter durchzusehen und mit seiner Unterschrift zu bestätigen, worauf er dem Ortschulrat zur weiteren Überprüfung übergeben wird. Scheint auch diesem alles zu stimmen (natürlich erst wieder nach neuerlichen Erkundigungen), so wird dann endlich in einer Sitzung feierlich über ja oder nein entschieden. Zur Vereinfachung der Sache trägt es natürlich wesentlich bei, daß sich der ganze Vorgang sowohl für jedes einzelne weitere Kind derselben Familie wiederholt, sobald dafür der Anspruch auf die Lernmittel erhoben wird, wie auch beim Übertritt in die Bürgerschule. Man könnte wahrhaftig der Meinung sein, daß schon die Vermeidung all dieser endlosen Lausereien und Schereereien, all dieser so überflüssigen Demütigungen vor Hausmeister und Arbeitgeber, dieser Behelligung der ohnedies mit Schreibkräften aller Art ungebührlich in Anspruch genommenen Lehrkräfte und Schulleitungen teuer genug bezahlt sei mit der schließlichen Ersparnis von kaum 200.000 Kronen, wenn nicht vielleicht die maßgebenden Herren, die diesen Vorgang angeordnet haben, der Gedanke geleitet haben sollte, durch diese lästigen Formalitäten aller Art manchen noch nicht ganz um sein Ehr- und Selbstgefühl gebrachten Bewerber abzuschrecken.

Über all diesen Erwägungen aber darf die ethisch-soziale Seite der Frage durchaus nicht übersehen werden, ja gerade sie scheint uns die wichtigste zu sein, wie ja auch gerade aus Gründen dieser Art von der Lehrerschaft immer gefordert wird, die Lernmittel ohneweiters allen Kindern zu geben. Muß es denn wirklich sein, auch nach den überdeutlichen Lehren des Weltkrieges, daß sogar bei einer solchen Kleinigkeit dem Minderbemittelten mit aller Schätze und Rücksichtslosigkeit bedeutet wird, daß man ihm nur eine Gnade gewähre, während er sein gutes Recht auf Bildung und Erziehung der Kinder geltend machen könnte, die doch den wertvollsten Besitz der Gesellschaft darstellen: muß es

wirklich sein, daß man schon Sieben- und Achtjährigen das Brandmal aufdrückt, sie in den Augen ihrer Kameraden durch den Empfang der „Armenlernmittel“ herabsetzt und sie schon in diesem Alter zu Parias stempelt? Muß das alles wirklich auch in alle Zukunft so bleiben, alles nur zu dem Ziel und Ende, damit — ja, damit die Gemeinde Wien jährlich ganze 200.000 Kronen, und vielleicht nicht einmal so viel, erspart? **Z u s s.**

♦ [Die lateinische und griechische Nachprüfung für Studierende.] Die Schwierigkeiten, die die Studenten und Studentinnen mit der Ablegung ihrer griechischen und lateinischen Nachprüfungen haben, werden durch einen neuen Erlaß des Kultusministers erheblich erleichtert. Bis jetzt mußten alle diejenigen, die das Reifezeugnis einer Oberrealschule, eines Realgymnasiums oder einer entsprechenden Studienanstalt besaßen, eine „Ergänzungsprüfung“ machen, wenn ihr Studium den Besitz von Kenntnissen in den klassischen Sprachen voraussetzte. Sie erhielten dann das Reifezeugnis eines Realgymnasiums bzw. Gymnasiums, aber die Forderungen der Prüfung entsprachen genau denen, die an die Abiturienten der betreffenden Anstaltstypen gestellt wurden. Für die Oberlyzealisten endlich, die den sogenannten „vierten“ Weg beschritten, also sich immatrikulieren ließen und Philologie studierten, war eine „Nachprüfung“ nötig, die noch mehr Fächer heranzog und wieder ebenso ausgedehnte Kenntnisse verlangte, wie sie von ihnen im Abiturientenexamen nachzuweisen waren. Nun hat der Minister für alle diese Kategorien erleichterte Forderungen aufgestellt: sowohl im Griechischen wie im Lateinischen werden von den Prüflingen lediglich eine schriftliche und eine mündliche Übersetzung aus der Fremdsprache, und zwar aus einem von ihnen selbst gewählten Schriftsteller, mit dem sie sich beschäftigt haben, verlangt; weiter wird Sicherheit in der Elementargrammatik gefordert. Natürlich wird dann überhaupt kein „Reifezeugnis“ verliehen, wohl aber ein Prüfungszeugnis, das den Betrieb des Studiums weiter ermöglicht. Die Humanisten werden diesen Erlaß mit einem weinenden und einem lachenden Auge begrüßen. Einerseits befreit er sie von den „salschen“ Gymnasialabiturienten, andererseits aber liegt auf der Hand, daß die

Kenntnisse in den klassischen Sprachen im allgemeinen um so schneller schwinden werden, je mehr der hier angegebene Weg befolgt wird.

Der Kampf um die Schulhäuser.

In der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses des Abgeordnetenhauses, der auch der Unterrichtsminister v. Cwinski und Hofrat v. Schädeler aus dem Unterrichtsministerium bewohnten, kam Glöckel auf den unerhörten Zustand zu sprechen, daß noch immer Schulgebäude für militärische Zwecke mißbraucht werden. Die Verwilderung junger Menschen schreie unaufhörlich fort, die physische, geistige und sittliche Verwahrlosung der Jugend müsse die schwersten Sorgen hervorrufen. Bereits auch in den ersten Wochen des Krieges Unterrichtsanstalten für militärische Zwecke herangezogen werden mußten, so dürfte das nur eine provisorische Maßregel sein. Es wäre die wichtigste Pflicht der Unterrichtsverwaltung gewesen, mit allem Nachdruck dafür zu sorgen, daß die Schulgebäude ihrem eigentlichen Zwecke so bald als möglich zugeführt werden. Ueber drei Jahre dauert der Krieg und aus der provisorischen in eine bleibende Maßregel geworden. Man suchte sich gerade die neuesten Gebäude für Kanzlei- und Spitalzwecke aus, nach kostspieligen Adaptierungen, wo als dürfte man überhaupt nie mehr daran denken, die Kinder in die Schulgebäude hineinzulassen. Niemand kümmerte sich um den Schutz des Gebäudes. Und wenn man heute diese „Reservehöfe“ ansieht, so trifft man sie in einem Zustand völliger Verwahrlosung an. Es kamen Fälle vor, daß Fensterrahmen herausgebrochen und zum Heizen verwendet wurden. Es ist eine Pflichtverletzung der Regierung, insbesondere des Unterrichtsministeriums, daß Hunderte von Schulen — in Wien allein 256 — ihrem Zwecke entzogen sind, daß Tausende von Kindern der erhöhten Gefahr der Verwahrlosung ausgesetzt werden. Es gibt dafür keinen Entschuldigungsgrund. Während der drei Kriegsjahre konnten genügend viele Baracken, zweckentsprechend eingerichtet, erbaut werden. Das Unterrichtsministerium kann nicht Unkenntnis der Sachlage vorschützen, wenn auch dies schon eine arge Anklage wäre. Gleich nach Zusammentritt des Hauses richteten die Sozialdemokraten eine Interpellation an den Unterrichtsminister, in der sie ihn aufforderten, sofort gegen diese Mißstände einzuschreiten, damit nicht abermals ein wertvolles Schuljahr verloren gehe. Bis zum heutigen Tage blieb die Interpellation unbeantwortet. Wir sind nicht in der Lage, über ein solches Vorgehen mit Stillschweigen hinwegzugehen. Hinter dieser Interpellation steht nicht nur eine große Partei, es sind auch Hunderttausende von Eltern an der Beantwortung lebhaft interessiert. Wohl sollen zu Beginn dieses Schuljahres in

12. IX. 1914 189

Wien 94 Schulen „freigegeben“ worden sein. Wir fragen den Minister, ob es wahr ist, daß sich der Bürgermeister Weiskirchner mit dieser Abschlagszahlung ausdrücklich begnügt hat; wir fragen, wie viele Schulen außerhalb Wiens noch immer für militärische Zwecke verwendet werden; wir fragen, warum selbst die „freigegebenen“ Schulen heute noch immer nicht dem Betrieb übergeben werden konnten, weil der Auftrag so spät hinausging. Die Regierung wird über diese Fragen nicht mit vornehmer Pässigkeit hinweggehen können, die im Unterrichtsministerium seit jeher geübte passive Resistenz muß endlich einmal aufhören.

Abgeordneter Glöckel führte nun eine Reihe von Tatsachen vor und besprach zunächst die Zustände in Stockerau, wo in dem neuen Schulgebäude die reichen ungarischen Bürgerkinder als Frequentanten der Kavallerie-Einjährig-Freiwilligen-Schule untergebracht wurden; in der Stadt Leoben bei Graz, wo gegenwärtig überhaupt keine Schule den Kindern zur Verfügung steht; in Wien, Koppstraße, wo entgegen dem Auftrag des Kriegsministers noch immer das ganze Gebäude von einem Spital beansprucht wird. Er verweist dann auf die Interpellation Bretschneider, in der die in der gestrigen Arbeiter-Zeitung geschilderten Zustände in Traisen dem Minister zur Kenntnis gebracht wurden. Es ist unglaublich, daß sich niemand magt, dem Gewaltmenschen Lenz entgegenzutreten und den Ort von der Schande zu befreien, daß die Schule als ein verrufenes Haus bezeichnet wird. Ganz besonders bedenklich ist aber der Umstand, daß die einzige k. k. Lehrerinnenbildungsanstalt in Wien seit Kriegsbeginn aus ihrem Gebäude hinausgetrieben wurde. In dem Hause der Lehrerinnenbildungsanstalt ist das Reservespital Nr. 2 untergebracht. 120 bis 300 Betten sind dort belegt. Teure Adaptierungen wurden vorgenommen und folgende Maßnahmen waren notwendig:

Vier Übungsschulklassen und vier Jahrgänge wurden im Juvivmädchenpensionat in der Josefstadt eingemietet. Dadurch wurde auch eine zweite Anstalt in ihrem Unterrichtsbetrieb gestört. Der Kindergärtnerinnen- und Handarbeitslehrerinnenkurs wurde in die Volksschule Johannesgasse verlegt; die Folge davon ist, daß zwanzigjährige Mädchen in Bänken, die für zehnjährige Kinder bestimmt sind, Schnittzeichnen lernen sollen! Die Bürgerschulübungsschule kam in die Segelgasse Nr. 12. Diese Kinder haben täglich von 2 bis 6 Uhr nachmittags Unterricht. Der Musterkindergarten wurde gar in einem früheren Spielwarenmagazin am Stephansplatz eingemietet. Kalte Räume, ohne Sonne, Licht und Luft sollen dazu dienen, den heranzubildenden Kindergärtnerinnen einen Begriff davon zu geben, wie ein Kindergarten aussehen soll. Die leiblichen Bedürfnisse müssen von den Kindern hinter einem Verschlag, der durch einen Vorhang abgetrennt ist, befriedigt werden. Die im Gebäude der Lehrerinnenbildungsanstalt untergebrachte Staatsgewerbeschule wurde nach Favoriten verlegt. Daraus kann man ersehen, was für Störungen diese einzige Beschlagnahme im Unterrichtsbetrieb hervorgerufen hat. Das alles sieht die Unterrichtsbehörde nicht, trotzdem es wahrhaftig nicht schwer wäre, diese Mißstände zu entdecken. Wo sind die Schuldigen? Haben die Landes- und Schulinspektoren ihre Pflicht nicht erfüllt? Besitzen sie nicht das notwendige Verständnis, haben sie nicht die Gewissenhaftigkeit oder mangelt es ihnen an Mut? Wir wollen es nicht glauben, daß der Umstand, daß eine Erzherzogin in diesem Reservespital dann und wann als Pflegerin erscheint, allein ausreichend sein kann, um nicht endlich das Gebäude der Lehrerinnenbildungsanstalt seiner Bestimmung zuzuführen. Wenn man bedenkt, daß ohnedies die Lehramtszöglinge schon aus dem zweiten Jahrgang ins Feld geschickt werden, daß die Lehrerinnenbildung dadurch an Wichtigkeit noch zunimmt, ist es unbegreiflich, daß sich die Unterrichtsverwaltung in diesen Fragen völlig passiv verhält. Wir Sozialdemokraten sind entschlossen, in dem Kampf um die Schulen mit aller Energie und wenn es sein muß, auch rücksichtslos vorzugehen. Wir verlangen, daß die Regierung sofort die Räumung aller Schulen verfügt und daß sie in kürzester Zeit die Interpellationen beantwortet oder im Parlament selbst die notwendigen Aufklärungen gibt.

Der Unterrichtsminister stellte die Antwort für eine der nächsten Sitzungen in Aussicht, er werde dann alle nötigen Daten bringen.

15./X. 1917

Zeitgemäße Unterrichts- reformen.

Von einem praktischen Schulmann.

Das Reformprogramm, das Ministerpräsident Dr. v. Seidler beim Wiederzusammentritt des Reichsrates entwickelte, hat auch einer Menge von „unpolitischen“ Fragen, die schon seit Jahren von weiten Kreisen mit allergrößtem Interesse abgert werden und deren endliche und richtige Lösung als wahres Bedürfnis empfunden wird, erhöhte Aktualität gegeben. Hierzu gehört nicht in letzter Linie die Frage zeitgemäßer Unterrichtsreformen.

Die volkswirtschaftlichen Probleme, deren Bewältigung das staatliche Wirken nach dem Kriege für lange Zeit ausfüllen wird, erheischen es, die heranwachsenden Generationen auf die ihrer harrenden Aufgaben entsprechend vorzubereiten. Dies hat zur Voraussetzung, daß unser Schulwesen einen erhöhten praktischen Einschlag erhalte. Damit muß aber nach den bisherigen Erfahrungen schon sehr früh, schon auf dem Gebiete der Volksschule, begonnen werden, die ja nach dem Reichsvolksschulgesetz auch die Aufgabe hat, die Kinder mit den zur weiteren Ausbildung für das Leben erforderlichen Kenntnissen und Fertigkeiten auszustatten und die Grundlage für die Heranbildung tüchtiger Menschen und brauchbarer Bürger zu schaffen.

An den Volksschulen auf dem Lande haben jedoch — wie oft geklagt wird — speziell die im Reichsvolksschulgesetze zugestandenen Schulbesucherleichterungen vielfach keinen günstigen Einfluß auf die erzielten Unterrichtserfolge ausgeübt, da sie teilweise die Kinder gerade in jenen Jahren der Schule entziehen, denen für die sittliche und geistige Ausbildung erhöhte Bedeutung zukommt. Bei aller Anerkennung des Umstandes, daß der Landwirt in der Zeit der Dienstbotennot der Hilfe der noch schulpflichtigen Hausgenossen in manchen Fällen nicht entbehren kann, darf doch nicht verabsäumt werden, das heranwachsende Geschlecht auch planmäßig und in einem ausreichenden Maße mit jenen Kenntnissen auszustatten, deren es gerade bei seinem ländlichen Berufe im Wettbewerb des Lebens so dringend bedarf. Um diesen dem Anscheine nach schwer zu vereinbarenden Forderungen gerecht werden zu können, müßte ein für beide Teile gangbarer Weg gefunden werden. Demnach wären Einrichtungen zu schaffen, die nicht nur einen Ersatz für den Entfall des Unterrichtes in den letzten Schuljahren bieten, sondern auch der so oft aus bäuerlichen Kreisen gestellten Forderung nach einer gewissen praktischen Vorbildung der Jugend entsprechen würden. In ähnlicher Art, wie bisher schon durch die sachlichen Fortbildungsschulen für den Gewerbebestand vorgesorgt ist, soll dem angehenden Landwirte in ländlichen Fortbildungsschulen Gelegenheit geboten werden, bei Vertiefung der in der Volksschule bereits erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten sich ein Wissen und Können zu erwerben, das unmittelbar auf seinen künftigen Beruf eingestellt ist. Der Besuch dieses Unterrichtes könnte wohl am zweckmäßigsten in den drei auf das siebente Schuljahr folgenden Winter-

dam, wenn die Lehrerbildungsanstalt nach
Gewährleistung des die Bürgerpflicht be-
treffenden Programmpunktes ihren Unterricht
auf den festgesetzten Bau einer vierjährigen
Unterstufe wird aufstellen können. Mit der
Gewährleistung der Bildungsdauer und der be-
sonders ermäßigten Erwerbsunterstützung und Ber-
eitung des Unterrichtes an der Stille selbst
müßte allerdings auch die Stillhaltung von
Stufen zur Fortbildung der bereits im Berufe
lehrenden Lehrkräfte, insbesondere von
Bürgerpflichtlehrenden, Land in Sand gehen.
Diese Unternehmungen mögen für die

19./X. 1917

Von unserem Schulhammer.

Uns Lehrerkreis wird uns geschrieben:

Die wenigen von der Militärbehörde freigegebenen Schulhäuser werden nun nach und nach eröffnet. Wer aber glaubt, daß damit auch ein regelmäßiger Unterricht beginnt, der kennt unsere Schulbehörden nicht. Als Beweis, wie diese ihre Pflicht, für das Wohl der Schuljugend zu sorgen, auffassen, bringen wir den Stundenplan einer 3. Klasse von einer wieder eröffneten Schule im 7. Bezirke.

Montag vormittags kein Unterricht, nachmittags von 1 bis 4 Uhr, Dienstag 8 bis 11 Uhr und 2 bis 4 Uhr, Mittwoch 8 bis 12 Uhr, Donnerstag 8 bis 11 Uhr und 2 bis 4 Uhr, Freitag vormittags kein Unterricht, nachmittags 1 bis 4 Uhr, Samstag 8 bis 11 Uhr. An zwei Vormittagen steht das Schulhaus leer und werden die Kinder der Straße überantwortet. Und warum? Einzig und allein wegen der Brotkommissionen. Die Schulinspektoren sind der Ansicht, daß diese dem Unterrichte vorangehen müssen. Die Jugend kann sittlich und geistig verwahrlosten, dafür kann man sie dann nach dem neuen Fürsorgegesetze in eine „Besserungsanstalt“ stecken, die allerdings Erziehungsanstalt heißen wird. Da hätten die Schulen auch weiterhin Kasernen und Spitäler bleiben können! Warum leht man den Parteienverkehr in der Brotkommission

nicht nach dem Unterrichte an, z. B. von $\frac{1}{2}$ 5 bis $\frac{1}{2}$ 8 Uhr? Diese Zeit wäre auch für die Bevölkerung die angenehmste. Ist denn unter unseren Schulaufsichtspersonen kein einziger Erzieher, der die geistigen und leiblichen Bedürfnisse der sechs- bis zehnjährigen Kinder versteht und auch beachtet!

(Vorträge über das ungarische Recht auf deutschen Universitäten.) Wir haben bereits des öftern über die Bestrebungen der deutschen Fachpresse berichtet, unsere Rechtsinstitutionen und Fachliteratur dem deutschen Publikum näher zu bringen. Nun lesen wir in der letzten Nummer der Juristischen Wochenschrift, daß an einer Anzahl von deutschen Universitäten (Göttingen, Königsberg, Leipzig) bereits mehrfach Gegenstände aus dem Gebiete der mitteleuropäischen Rechtsannäherung für den laufenden Wintersemester Kollegien ausgeschrieben wurden, und zwar Gegenstände aus dem Privat- und Strafrecht ebenso wie aus dem öffentlichen Recht. Ein besonderes Interesse hat es für uns, daß Prof. Dr. Klein auf der Königsberger Universität über „Einführung in die neuere Geschichte des ungarischen Privatrechtes unter besonderer Berücksichtigung des ungarischen All-

gemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches“ und Prof. Dr. v. Schwarz auf der Universität Leipzig über die „Grundzüge des ungarischen Rechtes“ liest.

26./X. 1917

Deutsche Einheitskurzschrift. Auf Veranlassung des Reichskanzlers war bereits vor dem Kriege ein aus 23 Vertretern der verschiedenen Kurzschrift-Lehrarten bestehender Ausschuss mit der Aufstellung von Richtlinien für eine deutsche Einheitskurzschrift beauftragt worden. Diese Arbeiten sind auch während der Kriegszeit gefördert worden und der zu diesem Zweck eingesetzte Unterausschuss ist zur Bearbeitung eines Entwurfs gelangt, der aus den bestehenden Kurzschriftschulen die wertvollsten und brauchbarsten Gedanken einheitlich zusammenfasste. Dieser Entwurf hat manche scharfe Kritik und stellenweise auch Ablehnung erfahren; die zahlreichen Abänderungsvorschläge sind von dem Unterausschuss beraten und verwertet worden und es ist daraufhin der erste Entwurf entsprechend umgestaltet worden. Der Hauptausschuss wird nunmehr zu diesem Entwurf in seinen in nächster Zeit stattfindenden Beratungen Stellung nehmen. Für den Fall, daß eine Einigung erzielt werden sollte, würden auch die Bundesregierungen die Einführung der Einheitskurzschrift unterstützen. Dem Hauptausschuss gehören auch Vertreter der Regierungen an.

* Die Zahl der Analphabeten in Oesterreich. Zu der im Auftrage Dr. Franz Sommerggers in Nr. 490 der „Reichspost“ vom 23. d. („Eine notwendige Voraussetzung für erfolgreiche Agrarpolitik“) enthaltenen Behauptung, daß in Oesterreich im Jahre 1900 zum letztenmale die Analphabeten gezählt worden seien, bei der Volkszählung 1910 habe man es unterlassen, schreibt uns der Vizepräsident der k. k. Statistischen Zentralkommission, Herr Hofrat Dr. v. Eisler: bei der Volkszählung 1910 war ebenso wie bei denjenigen von 1900 die Frage nach der Kenntnis des Schreibens und Lesens und auch der Kenntnis des Schreibens allein gestellt; die Ergebnisse sind in folgenden hieramtlichen Veröffentlichungen dargestellt: a) Im 2. Hefte des 1. Bandes Neue Folge der Oesterreichischen Statistik, Seite 35 und Seite 72; b) im 3. Hefte des 1. Bandes Neue Folge der Oesterreichischen Statistik, in Verbindung mit dem Alter, auf Seite 19 und Seite 82; c) im Oesterreichischen Statistischen Handbuche 32. Jahrgang 1913, Seite 20 und 33. Jahrgang 1914, Seite 10; d) in der Statistischen Monatschrift 1913, Seite 769 und 1914 Seite 589; in letzteren beiden Fällen handelt es sich um eine eingehende Besprechung von Adalbert Rom, die auch Vergleiche mit früheren Zählungen bringt. Die Kenntnis des Lesens und Schreibens der über 10 Jahre alten Personen Oesterreichs im Verhältnis zu der Gesamtzahl der über 10 Jahre alten Bevölkerung Oesterreichs ist nach politischen Bezirken in einer Karte dargestellt, die sowohl dem unter a angeführten Hefte, als auch dem Jahrgange 1913 des Oesterreichischen Statistischen Handbuchs und der Statistischen Monatschrift 1914 beigegeben war. Ferner enthält das unter b angeführte 3. Heft der Oesterreichischen Statistik auf Seite 21 eine Zeichnung, die die Verteilung der Analphabeten von je 100 Personen der einzelnen Umgangssprachen nach Altersstufen anschaulich darstellt. Die unter a, b, c genannten Werke sind im Kommissionsverlage Karl Gerolds Sohn in Wien erschienen, die Statistische Monatschrift im Verlage Friedrich Jirgung in Brünn.

Die Aufgaben der Technik in und nach dem Kriege.

Der „Deutsche Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine“ trat heute vormittag im Hause des Vereins Deutscher Ingenieure zu seiner Hauptversammlung zusammen. Vertreter der Reichsämtler, des Bundesrats, sowie der gesetzgebenden Körperschaften wohnten der Tagung bei. In seiner Begrüßungsrede entwickelte der Vorsitzende, Geheimrat Busley, die Ziele des Verbandes. Der Verband will die Vertreter der verschiedenen technischen Fachgruppen vereinigen und so eine enge Zusammenarbeit sämtlicher technischer Gebiete herbeiführen. Er will den jungen Nachwuchs vor einseitiger Ausbildung bewahren und tritt dafür ein, daß alle akademisch gebildeten Techniker zu allen Verwaltungsbehörden zugelassen werden. Ferner will der Verband mehr als bisher auf die gesetzgebenden Körperschaften einwirken, und bei der Vorbereitung von Gesetzen und Verordnungen mitwirken, da die technische Gesetzgebung in richtige Bahnen gelenkt werden muß.

Nachdem Dr. Diehl den Jahresbericht erstattet hatte, nahm Prof. Wildensfeld das Wort zu einem Vortrage über „Wirtschaft und Technik in und nach dem Kriege“. Der Vortragende führte u. a. folgendes aus:

Die Absperrung von der See hat Deutschland in die Notwendigkeit versetzt, die Grundlage seiner ganzen Wirtschaft, der industriellen Rohstoffe und seiner Nahrungsmittel ausschließlich aus Eigenem zu ergänzen. Die Technik ist dieser Aufgabe gerecht geworden, zum Teil unter Anwendung altbekannter Verfahren, bei denen die Rücksicht auf die hohen Kosten früher Deutschland zurückgehalten hat. So sind während des Krieges Unternehmungen, die vordem wegen der ausländischen Konkurrenz stilllagen, wieder in Betrieb genommen, die mehr zurückgegangene Gewinnung von Bodenschätzen ist im Kriege bedeutend gesteigert worden. Zum größeren Teil aber ist diese Aufgabe erfüllt worden durch Ausarbeitung neuer Gewinnungsweisen. Die Ausnutzung von Abfallstoffen, die wir schon vor dem Kriege in hohem Maße vorgenommen haben, ist ins Ungeahnte gesteigert worden, ebenso die

Herstellung von Ersatzstoffen, z. B. der Papiergewebe. Futtermittel gewinnen wir heute aus allen möglichen Stoffen. Dabei geht es bei einigen Stoffen allerdings auf die Substanz; hier muß nach dem Kriege eine größere Schonung der Bestände einsetzen. Bei den wichtigsten Stoffen jedoch können wir mit dauernder Gewinnung rechnen, die es auch nach dem Kriege zu erhalten uns wirtschaftlich zu ermöglichen gilt. So steht unserer Technik in dem weiteren Suchen nach Ersatzmöglichkeiten eine Fülle von Aufgaben bevor.

Eine Gefahr droht uns vom Auslande, insofern als dort starke Kapitalistengruppen Interesse daran haben, Deutschland in seiner Erzeugung nicht allzu hoch kommen zu lassen. Deshalb muß die Erhaltung unserer Erzeugungskraft neben den Schutz unserer nationalen Arbeit treten. So werden wir auch zu den Monopolen kommen, die allerdings keine Staatsmonopole zu sein brauchen. Der Vortragende bekannte sich als ein Anhänger des Monopolsystems, allerdings nur für Massenstoffe, nicht darüber hinaus. Man sage nicht, daß in Deutschland, dem Lande großer Syndikate, Monopole etwas Neues bedeuten. — Wir werden nach dem Kriege ohne die Rohstoffe des Auslandes nicht auskommen; durch die Größe unserer Bevölkerung sind wir auf die Weltwirtschaft auch weiter angewiesen. — Der Vortragende schloß mit folgenden Worten: Technik und Wirtschaft sind eng miteinander verbunden. So verschieden sie auch voneinander sind, so müssen sie doch gegenseitig Fühlung haben, da einer ohne den anderen nicht auskommen kann. —

Die drohende Schließung der Universitätsbibliothek.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hat Abgeordneter Glöckel wegen der drohenden Schließung der Wiener Universitätsbibliothek eine Anfrage an den Unterrichtsminister gerichtet, in der er unter anderem ausführt: In den letzten Tagen herrschte in den Räumen der Wiener Universitätsbibliothek eine Temperatur von 10 bis 12 Grad. Die Besucher der Bibliothek, größtenteils arme, aber fleißige Studenten, froren außerordentlich, da eine Heizung der Räume nicht durchgeführt werden konnte. In den nächsten Tagen soll nun gar mit der Schließung der Universitätsbibliothek vorgegangen werden. Die Ursache der unhaltbaren Zustände liegt darin, daß Dampfkessel fehlen, die von der Statthalterei, obwohl schon im Juni auf diesen Umstand hingewiesen wurde, nicht beschafft werden. Das Arbeitsministerium lieferte bisher nur eine Fuhre Kohle. Den Lesesaal sucht man zur Not in der Weise zu erwärmen, daß man tagsüber dreihundertzwanzig Gasflammen brennen läßt, eine ungemein kostspielige Beheizungs-methode. Sollte es wirklich zur Sperrung der Universitätsbibliothek kommen, würden die skandalösen Zustände vor aller Welt offenbar. Es würden dadurch nicht nur wissenschaftliche Interessen gefährdet, sondern auch das Studium vieler außerordentlich erschwert, wenn nicht ganz unmöglich gemacht. Das Unterrichtsministerium hat die Verpflichtung, dagegen einzugreifen, daß wegen der Unachtsamkeit und Frivolität der verantwortlichen Stellen eine wichtige Stätte der Fortbildung und wissenschaftlichen Forschung der Benützung entzogen wird. Der Minister wird deshalb gefragt, ob er geneigt ist, sofort alle Schritte einzuleiten, um die Benützung der Universitätsbibliothek auch in den Wintermonaten zu sichern, und die schuldtragenden Stellen zur Verantwortung zu ziehen. — Wie bereits Donnerstag im Kriegswirtschaftlichen Ausschuss wurde diese Angelegenheit gestern auch im Unterrichtsausschuss zur Sprache gebracht.

Die Fleischversorgung in dieser Woche. In dieser Woche mühten wir mit Rindfleisch besser versorgt sein, wenn man die Gesamtmenge der Rinderzufuhren als alleinigen Maßstab annehmen könnte. Da jedoch Obst auf den Märkten nahezu völlig mangelt und Gemüse nur schwer erhältlich ist, steigerte sich die Nachfrage nach Fleisch, die auch zunehmen mußte, weil die Preistreiber in Ungarn und im Inland es verstanden, auch alle Gänseorten erheblich zu verteuern. Heute kostet das Kilogramm einer mageren Gans 10 bis 12 Kronen und einer fetten Gans bis 15-50 Kronen und weit mehr. Das ist so viel, daß sich jeder bemüht, Volksrindfleisch für 8 Kronen zu bekommen. Davon wird in dieser Woche wieder wenig vorhanden sein, weil zuletzt 406 Rinder für diesen Zweck eingeführt wurden, gegen 568 vor einer Woche. Dagegen dürften die Mindestbemittelten eher zu einem Stückchen Fleisch gelangen, weil man zuletzt für sie 332 Rinder schlachtete, gegen 190 in der vorausgegangenen Woche. Auf dem Rindermarkt am Montag standen 1870 Rinder zum Verkauf (um 860 mehr), davon nahezu sämtliche aus Oesterreich. Außer Markt wurden 2850 Stück (um 1600 mehr) bezogen. Es waren demnach 5400 Rinder zur Verfügung gegen 3100 Stück eine Woche vorher. Diese bedeutende Steigerung bringt nun die Fleischvorräte annähernd auf die Höhe, die sie vor mehreren Wochen aufwiesen, als die Märkte Fleischüberschuß hatten. Ebenso besserten sich die Zufuhren von Fettschweinen, die nun auf 1007 Stück kamen, um 359 mehr als in der vorausgegangenen Woche. Nur die Bezüge von Fleischschweinen, die diesmal 500 erreichten, sind um 327 kleiner geworden. Man mußte demnach mehr Schweinefleisch bekommen können, weil die Selcher 907 Fettschweine und 431 Fleischschweine für die Zivilbevölkerung zugewiesen erhielten. Da auch der Stechviehmarkt, auf dem es 1578 Kälber, 692 geschlachtete Schweine, 588 geschlachtete Schafe und 151 Lämmer gab, besser besetzt war als der vorausgegangene Markt, sollte man meinen, daß diese Woche doch überall Fleisch erhältlich sein wird, weil die Gesamtzufuhren wesentlich günstiger ausfielen als vordem. Leider denkt man noch nicht daran, die nötige Herabsetzung der Preise für inländisches Vieh vorzunehmen. Wenn auch die Fleischhändler und ihre Zumittler billiger einkaufen, spürt man nichts davon. Sie schreien nur und schlagen weiter Preise auf, wenn sie etwas teurer ersehen. Man läßt dem Käufer freie Bahn und vertröstet das Volk mit leeren Reden.

Die Schulen in Kriegsnot.

Keine Kohlen für die Schulen. — Keine Lehrer. — Keine Schulgebäude. — Der Mißbrauch der Kinder zu Sammlungen. — Der Nachwuchs an Lehrern.

Der Unterrichtsausschuß des Parlaments hielt gestern eine Sitzung ab, in der Abgeordneter Max Winter mitteilte, daß Gefahr bestehe, daß während des heurigen Winters Schulen wegen des Kohlenmangels nur Vormittagsunterricht haben werden. Ihm sei erst gestern die Nachricht zugekommen, daß sich die Gemeinde Schwchat zu dieser Maßregel genötigt sehen werde. Es bestehe die Gefahr, daß die Kinder nicht nur schweren gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt werden — denn wenn die Schulen keine Kohlen haben, haben sie die Arbeiterfamilien noch weniger —, sondern daß auch die Verwilderung der Jugend noch mehr begünstigt werde. Die Jugend hat während des Krieges fortwährend des geregelten Unterrichts entbehren müssen, und sollen nun noch die Schulen auf halbe Tage geschlossen werden, dann muß die Verwilderung rasende Fortschritte machen. Er regt an, daß sich der Unterrichtsausschuß sofort mit dieser Sache befaße und mit dem Arbeitsminister in Verhandlung trete, um den Schulen an erster Stelle Kohlen zu sichern.

Anknüpfend daran entspann sich eine Debatte, die der Slovener Berstovscek mit der Forderung eröffnete, daß endlich die vielen Lehrer entzogen werden mögen, die zu Schreiberdiensten einberufen sind, die auch jeder andere leisten könne. Die Verwilderung der Jugend habe einen hohen Grad erreicht. Früher einmal haben die Eltern vor Schmerz geweint, wenn ihr Kind in eine „Besserungsanstalt“ abgegeben werden mußte, heute kommen die Mütter weinend bitten, man möge ihre Kinder in die Besserungsanstalt aufnehmen, wo es den Kindern wahrlich nicht gut geht. Volkert (deutscher Sozialdemokrat): Wegen die Verwilderung der Jugend aufzutreten sei eine der dringendsten Aufgaben. Das geschieht am besten, wenn wir die Lehrer ihrem Beruf wiedergeben. Im Ottakring sei schon seit zwei Jahren ein Lehrer eingerückt, der beim Militär zu nichts anderem verwendet werde, als daß er täglich mit herzranken Offizieren eine Stunde turnen müsse. Das würde auch ein anderer treffen und der Ottakringer Jugend wäre ein ausgezeichnete Lehrer und begabtester Führer der Jugend wiedergegeben. Kolesa, Spincic und Regner schildern die Verhältnisse in den Kampfgebieten und Glöckl erinnert daran, daß die Sozialdemokraten schon seit Wiedereröffnung des Parlaments einen Kampf gegen die Benützung der Schulen zu anderen Zwecken führen. Was zu Beginn des Krieges vielleicht nicht anders zu machen war, heute stellt es sich als ein Verbrechen an der Jugend dar. Tausende Schulgebäude sind den Kindern genommen und zu Kasernen und Spitalern geworden; die Lehrer müssen einrücken und die Uebrigbleibenden können nur im Nebenamt den Lehrberuf ausüben, denn im Hauptberuf sind sie Beamte für die Brot-, Fett-, Zucker-, Petroleum- und Kohlenarten. Der ganze Unterricht richtet sich nach diesem Hauptamt der Lehrer. Die Kinder werden zu öffentlichen Sammlungen bald von Altmetall, bald von alten Kleidern und vielfach zu Geldsammlungen auf der Straße mißbraucht; der Nachwuchs an Lehrern aber muß, ungenügend im Fache ausgebildet, aber doch mit dem Lehrbefähigungszeugnis in der Tasche, an die Front. Diesen durch den Krieg selbst verwilderten jungen Leuten wird nach dem Kriege unsere Jugend anvertraut werden müssen. Wir gehen den schlimmsten Zuständen entgegen. Er beantragt darum, den Unterrichtsminister und den Landesverteidigungsminister, den es auch angeht, zu einer Sitzung einzuladen, in der der Ausschuß über diese Dinge nach einem vorbereiteten Referat reden werde.

Der Ausschuß wählte eine aus den Abgeordneten Hofmann v. Wellenholz, Kolesa und Max Winter bestehende Abordnung, die sich noch im Laufe des Tages zum Minister für öffentliche Arbeiten v. Hofmann und zum Landesverteidigungsminister v. Czapp begab.

Minister Hofmann teilte der Abordnung mit, daß er den Kohlenbedarf auch für die Schulen kontingentiert habe. Früher standen die Schulen an dritter Stelle in der Kohlenversorgung, durch diese Maßregel seien sie gleichberechtigt mit allen Anstalten, die Kontingente haben. Sind Kohlen da, erhalten sie so viel ihnen zukommt, wie wenn sie an erster Stelle ständen. Das Unglück aber sei, daß wegen der Offensive abormal sehr empfindlicher

Waggonmangel eingetreten sei, der sich nun durch Kohlenmangel fühlbar mache. Diese Not werde leider noch durch Wochen andauern und es sei zu befürchten, daß der Bevölkerung die schwersten Leiden drohen. Er sagte zu, daß er dem Armeekorpskommando neuerdings die Verhältnisse und den ganzen Ernst der Lage darzustellen werde.

Der Minister v. Czapp sagte zu, daß er in jedem konkreten Falle gern alles tun werde, um Lehrer, die zu nebensächlichen Diensten beim Militär verwendet werden, zu entheben, und sie ihrem Beruf wiedergeben werde. Ueber die wachsende Verwilderung der Jugend sei er ganz genau unterrichtet, er kenne sie aus vielfacher eigener Beobachtung. Wenn er im Auto fahre, was sein Dienst nötig mache, so werde sein Wagen oft beworfen. Er bat zum Schluß, ihm Gelegenheit zu geben, der Sitzung des Unterrichtsausschusses beizuwohnen.

Diese Sitzung wird am 9. November stattfinden.

(Die Inskription militärpflichtiger Mediziner.) Die Abgeordneten Friedmann und Genossen haben vorgestern folgende Interpellation an den Unterrichtsminister gerichtet: „Ein großer Teil unserer akademischen Jugend steht unter den Waffen, und viele sind verwundet oder erkrankt im Sinterlande. Letzteren soll mit Zustimmung der militärischen Behörden die Möglichkeit geboten werden, ihre Studien fortzusetzen. Die Unterrichtsverwaltung hat erklärt, man werde den jungen Leuten alle zulässigen Erleichterungen gewähren. Während der Inskriptionsfrist an der Wiener medizinischen Fakultät wurden jedoch zahlreiche Inskribierende angewiesen. Der Herr Dekan scheint selbst ungenügend informiert zu sein, denn er hat wiederholt Inskriptionen gestattet, die dann am nächsten Tage widerrufen wurden. Auch kommt es vor, daß den Vätern der Studierenden Auskünfte verweigert werden. Der Herr Dekan sagt: „Ich habe mit den Studierenden und nicht mit den Eltern zu sprechen. Die Angelegenheit ist erledigt.“ Die Fragesteller verlangen, daß der Unterrichtsminister dem Dekan die entsprechenden Weisungen erteile.“

Der weibliche Handarbeitsunterricht im 4. Kriegsjahre.

Schwierigkeiten bei Materialbeschaffung. — Preise sinken und jetzt. — Unsere Schülerinnen im Dienste der Kriegsfürsorge.

Von sachmännlicher Seite geht uns nachstehender Bericht über den gegenwärtigen Unterrichtsbetrieb in dem für unsere Mädchen so überaus wichtigen Unterrichtsgegenstände der weiblichen Handarbeiten an den Wiener Mädchen-Volks- und Bürgerschulen zu, welcher besonders die Mütter dieser Kinder sicherlich sehr interessieren und wünschenswerten Einblick in die Unterrichtsverteilung in diesem Gegenstände ihnen bringen wird: Das Schuljahr 1917/18 hat zwar schon längere Zeit begonnen, aber mit dem Unterrichte in den weiblichen Handarbeiten, da gibt es heuer noch erhebliche Schwierigkeiten zu bestehen, die allem Anschein nach nicht so schnell überwunden sein werden. Die Schützinnen wollen von ihren Fachlehrerinnen, diese wieder von dem Leiter der Schule, der vom I. L. Bezirksschulinspektor und dieser letztere endlich von jener Stelle das Arbeitsmaterial zugewiesen erhalten, welches erstens von den Arbeiten laut Normallehrplan und zweitens von den an ufertragenden Kriegsfürsorgearbeiten erfordert wird. Im nachfolgenden sei heute an der Hand von Zahlen illustriert, wie sehr gegenwärtig von der Gemeinde Wien und anderseits von den Eltern unserer Wiener Schulmädchen in die Tasche wird gegriffen werden müssen, um, wenn einmal das Arbeitsmaterial tatsächlich zu haben sein wird, dasselbe anzukaufen.

Für die Arbeiten in der ersten bis einschließlich der fünften Volksschulklasse: 1. Ein kleiner Knäuel Strickwolle kommt jetzt auf eine Krone gegen früher 24 Heller zu stehen. 2. Ein Werttuch kostet zwei Kronen gegen früher 60 Heller. 3. Die erforderlichen Nadeln siebzig statt sechzehn Heller. 4. Ein Nähinch Nr. 280 statt sechzig Heller. Eine ganze Schachtel Wolle kommt jetzt auf Kr. 12.— gegen früher Kr. 24) zu stehen. Eine kleine Spule Zwirn, die 12 Heller kostete, notiert jetzt mit Kr. 170.— Für die Arbeiten der drei Klassen der Bürgerschule: 1. Klasse: 1. 3/4 Meter Rohseinen sollen über Kr. 12.— gegen früher Kr. 2.— 2. 2 Meter Schifon kommen auf Kr. 10.— bis 12.— gegen früher Kr. 3.60. Der erforderliche Zwirn kommt mindestens auf Kr. 2.— gegen früher 40 Heller. 2. Klasse: 1. 1¹/₂ Meter Schifon kosten jetzt gegen Kr. 8.— gegen früher Kr. 3.— 2. Schlingwolle statt 40 Heller jetzt Kr. 1.— 3. Klasse: 1. 2 Meter Josphir oder Baltisil werden für Kr. 20.— gegen früher Kr. 6.— kosten. 2. 2¹/₂ Meter Schifon jetzt Kr. 12.50 gegen früher Kr. 8.— Zwirn, der Anfangs Juli 1915 eine größere Spule noch 88 Heller kostete, kostet jetzt Kr. 18.— Speziell der Schneiderzwirn ist um 2100% im Preise gestiegen. Als Zwirnerlag kommt jetzt sogenannte „Unterwolle“ in Verwendung. Da es an dem notwendigen Arbeitsmaterial fehlt, so ist gegenwärtig die Erteilung eines Massenunterrichtes, wie selben der Lehrplan für die Volks- und Bürgerschulklassen vorschreibt, ein Ding der Unmöglichkeit. Und doch wird schon in allen Klassen fleißig gearbeitet.

Man muß unsere Wiener Volks- und Bürgerschülerinnen mit ihren Handarbeitslehrerinnen nur ein einziges Mal in der Schule jetzt an der Arbeit gesehen haben und man wird über ihre Leistungen und den Grad ihrer Produktionsfähigkeit erstaunt sein. Die Volksschülerinnen stehen mit ihren Kriegsfürsorgearbeiten ausschließlich im Dienste der Kriegspatenschaft und viele Tausende von Schülerinnen sind in jedem Wiener Bezirke beschäftigt „Bäuschen, Jäckchen, Socken, Wickelbänder und kleine Kinderhemdchen“ wieder nach vielen Tausenden von Stücken unter ihren kleinen Händen und Fingern entstehen zu lassen. Die Bürgerschülerinnen aller drei Jahrgänge fertigen Wäsche, Jarnituren, Schürzen für Pflegerinnen an und sind mit dem Ausbessern von Wäsche für Kriegerhime, Kellnerpalestenthäuser und Spitäler vollauf beschäftigt. Außerdem bringen die Mädchen in den einzelnen Volks- und Bürgerschulklassen eine Unmasse von Arbeit von zu Hause mit, in welcher das flicken, Stopfen, Stricken, Ausnähen und Ausbessern zur Erlernung und praktischen Anwendung gelangt.

Zeitweise hat man sich über die gegenwärtige Schwierigkeit in der Wollbeschaffung dadurch hinweggeholfen, daß man die alten Handarbeiten des abgelaufenen Schuljahres, zu welchen die Gemeinde Wien das Arbeitsmaterial beigelegt hat, den Schülerinnen mit Schluß des Schuljahres abnahm, während der Hauptferien wieder aufstrennte und die dadurch gewonnene Wolle heuer mit Beginn des neuen Schuljahres abermals zur Anfertigung verschiedener Arbeiten verwendete. Es ist eine Freude, die Mädchen an der Arbeit zu sehen, an einer Arbeit, die sie, man sieht es ihnen an, gerne und mit einem gewissen Stolz für ihre Väter und Brüder wie überhaupt für alle unsere tapferen Soldaten im Felde leisten.

* (Eine nachahmenswerte Einführung.) Der Rektor der tierärztlichen Hochschule macht die Studierenden in einer Kundmachung aufmerksam, daß das Rektorat, mit Rücksicht auf die leider auch im kommenden Winter zu gewärtigenden Schwierigkeiten in der Petroleumversorgung und der jedenfalls knapp bemessenden Rationen — im Einvernehmen mit der Bibliotheksleitung die Verfügung getroffen habe, daß die beiden Lesesäle der Bibliothek an der tierärztlichen Hochschule in Wien an Wochentagen bis halb 10 Uhr abends geöffnet bleiben werden, um angesichts der Belichtungsschwierigkeiten den Studierenden nach Kräften entgegenzukommen.

30. IX. 1917

Sofrat Dr. Ritter v. Wetstein

Wirt aus: Je rascher wir an die Wiederherstellung unseres zerstörten Schulwesens schreiten, je rascher wir mit einer entsprechenden Ausgestaltung unseres Unterrichtswesens vorgehen, um so früher werden wir auch in der Lage sein, die furchtbaren Schäden des Krieges zu mildern und eine zeitentsprechende Entwicklung anzubahnen. Unser Schulwesen hat nicht nur im engeren und weiteren Kriegsgebiet, sondern auch im Hinterland sehr gelitten. Wir alle können ja beobachten, welsch hohen Grad die Vermilderung und Verrohung und auch die Kriminalität unserer Jugend schon erreicht hat. Je mehr das Elternhaus versagt und in dieser Zeit versagen muß, um so dringender tritt die Aufgabe der Schule hervor, in dieser Hinsicht erziehlisch einzugreifen. Redner richtet an alle staatlichen und autonomen Behörden den dringenden Appell, alles aufzubieten, um so rasch wie möglich unsere Schulen wieder in einen halbwegs normalen Gang zu bringen. Redner bringt sodann einige Wünsche in bezug auf das Volksschulwesen zum Ausdruck. Er wolle nicht so weit gehen, eine Verantwortlichkeit des Volksschulwesens als Ziel

hinzustellen. Wohl aber soll sich der Staat nicht die Heranbildung der Lehrerschaft und die Schulaufsicht bis hinunter zur letzten Volksschule entgehen lassen. Es ist nicht zu verstehen, warum in Oesterreich im weitesten Maß die Ausbildung der Lehrer verschiedenen autonomen Behörden und Privatschulen überantwortet wurde, wodurch man provoziert hat, daß der Lehrer in viel weiterem Maße, als es wünschenswert und im Interesse des Staates ist, der politischen Agitation ausgesetzt wird. In einer Zeit, in der das Wort „Autonomie“ auch zur Bezeichnung erster und weitgehender Programme geworden ist, ist die Betonung des staatlichen Einflusses auf dem Gebiet des Volksschulwesens von der allergrößten Wichtigkeit. (Beifall.) Heute, Jahrzehnte nach Schaffung des Reichsvolksschulgesetzes, wäre es an der Zeit, über die in diesem Gesetze vorgesehenen Grundzüge hinauszugehen. Redner denke dabei nicht an eine Verlängerung der Schulpflicht, bezeichne es aber als unzureichend, daß ein großer Teil der Bevölkerung schon mit dem vierzehnten Lebensjahre den gesamten Schulunterricht abschleße. Er befürwortet die Einrichtung der Fortbildungsunterrichtsanstalten für diejenigen Kreise der Bevölkerung, die auf den Volksschulunterricht angewiesen sind, und tritt in diesem Zusammenhang namentlich für eine Ausgestaltung der landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen ein. Er beklagt es, daß die Bürger- und Volksschule in Oesterreich das Stiefkind der gesamten Unterrichtsverwaltung geworden sei. Das Interesse unserer Unterrichtsverwaltung hat sich in den letzten Jahrzehnten ganz auf die Mittelschulen konzentriert, und diese Entwicklung mußte verhängnisvolle Folgen zeitigen.

Redner begrüßt in diesem Zusammenhang namentlich die Stelle der Regierungserklärung über die Bürger- und Volksschule.

Die Hochschulen sind nicht auf der Höhe ihrer Entwicklung in den Krieg eingetreten. Die Gründe für diese tief bedauerliche Erscheinung sind mannigfacher Art, alle gehen aber auf die Eigenart unseres ganzen Volkes zurück, das nicht geneigt ist, überhaupt etwas ernst zu nehmen. Kleinliche Verhältnisse schaffen immer nur kleinliche Menschen, sie hemmen den Bedeutenden, bis er schließlich, dem Widerstand nachgebend, sich verbittert und vergrämt ins Unvermeidliche fügt. Großzügigkeit in der Hochschulpolitik hat das Deutsche Reich zu jener imponierenden Stellung auf dem Gebiete der Wissenschaft gebracht, die von Freund und Feind anerkannt wird. Kleinlichkeit und Niskalismus auf dem Gebiete des Hochschulwesens ist auch in finanzieller Hinsicht die allerschlechtesten Politik. (Lebhafte Zustimmung.) Was auf dem Gebiet der Ausgestaltung der Hochschulen in den letzten Jahren durch die Unterrichtsverwaltung geleistet wurde, muß zwar anerkannt werden, aber leider ist man an die Ausgestaltung viel zu kleinlich und zu zögernd herangetreten. Während alle Kaffeehäuser und Vergnügungsetablissemments mit Kohle genügend versorgt sind, steht die Wiener Universität bei Eintritt einer Temperatur unter Null vor der Schließung, da sie über kein Heizmaterial verfügt.

In Besprechung des Frauenstudiums bemerkt Redner, die Anfüllung der Hochschulen mit studierenden Mädchen, denen nicht die Möglichkeit gegeben wird, zu irgendeinem Lebensziel zu gelangen, heißt nur, die Zahl des akademisch gebildeten Proletariats durch ein Element vermehren, dem man diese Mittelschulbildung hätte ersparen können. Der Krieg hat gezeigt, daß sich entsprechend gebildete Frauen und Mädchen zu zahlreichen Funktionen im öffentlichen Dienste unter der Voraussetzung eignen, daß sie eine über die normale Bildung einer Mittelschule hinausgehende Bildung besitzen, für die eine vollständige Hochschulbildung durchaus nicht notwendig ist. Es müßte also im Rahmen der Universität ein etwa zweijähriger juridischer oder medizinischer Unterricht eingeschaltet werden, in denen solchen Frauen die entsprechende Vorbildung gegeben wird.

Redner streift das Gebiet der Fürsorge für die aus dem Krieg heimkehrenden Studenten und schließt: Während des Krieges hat an den Hochschulen ein Prozeß riesige Fortschritte gemacht, der schon vor dem Kriege mit Bedauern konstatiert werden mußte: der Abfluß unserer Kräfte nach dem Ausland und die große Schwierigkeit des Ersatzes der entstandenen Lücken durch Berufung. Das Deutsche Reich, beziehungsweise seine Hochschulen, haben den Krieg sehr gut auszunutzen verstanden, um aus Oesterreich hervorragende Kräfte nach Deutschland zu ziehen, und wenn es sich darum handelt, die entstandenen Lücken zu füllen, so bereitet es der Unterrichtsverwaltung außerordentliche Schwierigkeiten, überhaupt eine Berufung durchzuführen. Das muß einen Grund haben. Dieser Grund ist vor allem in der finanziellen Lage der Hochschulpromessoren in Oesterreich zu suchen. Von dem Zeitpunkte der Abschaffung des Kollegiengeldes an hat der allmähliche Verfall des österreichischen Hochschulwesens begonnen. Wenn Oesterreich die Konkurrenz mit dem Auslande, ja wenn Wien sie mit den Provinzuniversitäten aufnehmen will, dann bleibt nichts anderes übrig als neuerdings an die Regelung dieser Frage zu schreiten. Als vor vier Jahren die Gehalte der Staatsbeamten reguliert wurden, gingen die Hochschullehrer leer aus, weil die Vorlage eines Gesetzes in Folge der politischen Ereignisse unterbleiben mußte. Er halte es für seine

Pflicht, die Aufmerksamkeit des Hauses auf diese Angelegenheit zu lenken und hoffe, daß der Unterrichtsminister, dem diese Verhältnisse sehr gut bekannt sind und der sein Interesse für diese Frage wiederholt bekundet hat, dem Hause bald Gelegenheit geben werde, zu einer entsprechenden Vorlage Stellung zu nehmen. Er erklärt, für das Budgetprovisorium zu stimmen. (Lebhafte Beifall und Handklatschen.)

(Rassenhygiene und Bevölkerungspoli-
 tik.) Rassenhygiene ist die Lehre von den bestmöglichen Ent-
 wicklungsbedingungen der Rasse, des von Geschlecht zu Ge-
 schlecht dauernd fortlebenden Volkskörpers. Diese vom
 Münchner Gelehrten Dr. Alfred Ploetz gegebene, trocken
 klingende Begriffsbestimmung umfaßt unabsehbare Arbeits-
 möglichkeiten, die im Auslande die namhaftesten Gelehrten,
 eine Anzahl von Vereinen und Gesellschaften und mit großen
 Stiftungen ausgestattete Forschungsanstalten in ihren Dienst
 gestellt haben. Das aus dem Nachlasse Francis Galtons
 geschaffene Eugenische Laboratorium in London sammelt Ver-
 erbungsdaten, um aus ihnen mit der statistischen Methode, der
 Biometrie, die verworrenen Vererbungsgesetze aufzudecken.
 Zahlreiche Anstalten in den Vereinigten Staaten von
 Amerika, an ihrer Spitze die großartige Anstalt zum Sammeln
 und Aufarbeiten eugenischer Daten in Cold Spring Harbor
 bei New York, beschäftigen ein ganzes Heer von eigens hiezu
 vorgehaltenen Sammlern, die rassenhygienisch interessante Fa-
 milien und Sippschaften an Ort und Stelle untersuchen. In
 Amerika sind auch weitgehende Gesetze in praktischer Beziehung
 auf diesem Gebiete geschaffen worden, so zum Beispiel Gesetze
 zum Unfruchtbarmachen von Minderwertigen (Fallsüchtige,
 Geistesranke, Geisteschwache, rückfällige Verbrecher usw.),
 sowie Gesetze, die die Verheiratung von Minderwertigen ver-
 bieten. Dieser englisch-amerikanischen Eugenik gegenüber um-
 faßt der deutsche Gedankkreis der Rassenhygiene ein weiteres
 Gebiet. Es schließt die Eugenik in sich ein, sucht jedoch nicht
 ausschließlich auf der Vererbungslehre, sondern berücksichtigt
 auch die Umwelteinflüsse, die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen,
 sittlichen usw. Umstände. Die Eugenik will tüchtige Menschen
 förmlich züchten, was ihr beim heutigen Stand der Wissen-
 schaft in Wirklichkeit nicht gelingt, wohingegen die Rassen-
 hygiene die Wohlfahrt des als dauernd fortlebende Einheit auf-
 gefaßten Volkskörpers mit allen Mitteln anstrebt. Den etwas
 voreiligen amerikanischen Gesetzen steht sie skeptisch gegenüber.
 Die deutsche Auffassung des Gegenstandes ist der englisch-ame-
 rikanischen zweifelsohne überlegen. Auch bei uns ist das Inter-
 esse für diese Fragen erwacht, wohl auch unter dem Einflusse
 der Kriegsergebnisse, da es gilt, die ungeheuren Menschenver-
 luste sowohl der Menge als auch der Güte nach zu ersetzen.
 Im Jahre 1914 setzten die auf sozialem und gesundheitlichem
 Gebiete führenden Gesellschaften einen gemeinsamen Ausschuß
 für Rassenhygiene unter dem Vorsitze des Grafen Paul
 Teleki ein. Der Ausschuß mußte seine in Angriff genom-
 menen Arbeiten insofern des Krieges einstellen. Nach wieder-
 holten Versuchen erfolgt nun die Umgestaltung des Ausschusses
 zu einer Ungarischen Gesellschaft für Rassen-
 hygiene und Bevölkerungspolitik, die ihre
 öffentlich zugängliche Gründungsversammlung am 24. d. M.,
 um 6 Uhr, im kleinen Sitzungssaale der Akademie der
 Wissenschaften abhält. Fachmännische Vorträge werden die Ziele
 der Gesellschaft und den Gedankkreis der Rassenhygiene und
 Bevölkerungspolitik erläutern. Die Gesellschaft bezweckt sowohl
 die wissenschaftliche Pflege der rassenhygienischen Theorie als
 auch die praktische Durchführung bevölkerungspolitischer Maß-
 nahmen. Da der Gedankengang der Rassenhygiene bei uns
 weniger bekannt ist, sei auf eine für jeden Gebildeten verständ-
 liche, lehrreiche kurze Zusammenstellung hingewiesen:
 Hermann Stenens, „Die biologischen Grundlagen der
 Rassenhygiene und Bevölkerungspolitik“ (Verlag F. F. Leh-
 mann, München, 1917). Ein Werk in ungarischer Sprache zu
 empfehlen, ist nicht möglich, da noch keines geschrieben worden
 ist, die Herausgabe solcher Arbeiten zu fördern, wird mit eine
 der Aufgaben der neuen Gesellschaft sein.

[Erweiterungspläne für die Wiener medizinische Fakultät.] Aus Universitätskreisen wird uns mitgeteilt: Der große Krieg hat die Leistungen und die Bedeutung des ärztlichen Standes neuerdings in das hellste Licht gestellt; insbesondere die so erfolgreiche Bekämpfung der Kriegskrankheiten und die bewundernswürdigen Fortschritte der Chirurgie kamen sowohl den Kriegern im Felde als auch der gesamten Bevölkerung zugute. Der Dank an alle Ärzte, den der Kaiser bereits zweimal ausgesprochen hat, soll in Einrichtungen zur Fortbildung der Ärzte im Frieden und zur Verbesserung der Standesverhältnisse der Militärärzte zur Geltung kommen. Für die in der allgemeinen Praxis stehenden Ärzte werden an der Universität Fortbildungskurse eingerichtet werden; die Systemisierung von Studienstipendien wird es allen Ärzten ermöglichen, diese Fortbildungskurse gruppenweise zu frequentieren. Auch die für jeden Arzt wichtige Titelfrage soll nach einem neuen, auf der Zahl der Arbeitsjahre und der Leistungen basierenden Prinzip geordnet werden. Für die Militärärzte wird in Wien, wahrscheinlich auch in Budapest, eine militärärztliche Akademie eingerichtet werden. Das Josefinum, das im Jahre 1785 gegründet, in den Jahren 1824 und 1854 wiedereröffnet und im Jahre 1874 endgültig aufgelöst wurde, wird als moderne militärärztliche Fakultät oder Akademie Studenten aufnehmen, die sich dem aktiven militärärztlichen Berufe widmen. Das derzeit bestehende Prinzip der militärärztlichen Stipendien hat sich als nicht entsprechend erwiesen. Neu wird die Teilung der Akademie in eine österreichische und eine ungarische Abteilung sein. Der Palast des Josefinums in der Währingerstraße, in welchem sich derzeit das Militärsanitätskomitee und die militärärztliche Applikationsschule befinden, wird für die Zwecke der neuen Akademie adaptiert werden; an der Stelle des Garnisonsspitals Nr. 1, das sich an das Josefinum anschließt, werden die Wohn- und Unterrichtsräume für die Akademiker erbaut werden. Das Garnisonsspital wird an die Peripherie Wiens gelegt; ob die neue militärärztliche Fakultät neben den Instituten für Anatomie, Physiologie und andere theoretische Fächer, auch Kliniken (nach dem Vorbilde des alten Josefinums) erhalten soll, ist noch Sache der Beratungen und derzeit nicht spruchreif. Die Majorität der maßgebenden Persönlichkeiten vertritt die Ansicht, daß nur die theoretischen Fächer für die militärärztlichen Akademiker eigene Institute und Vorstände erhalten sollen; daß hingegen die Kliniken und praktischen Fächer die bereits derzeit an der Wiener Universität systemisiert sind, von den Akademikern frequentiert werden sollen. Die Entscheidung dieser wichtigen Unterrichtsfrage hängt mit der wichtigeren Frage des Ausbaues des Neuen Allgemeinen Krankenhauses und mit der Behebung der Wiener Spitalsnot durch rasche Errichtung von Spitälern an der Peripherie der Stadt zusammen.

Ein Seminar für Heimatkunde.

Das Wirrsal des Krieges mag schuld gewesen sein, daß man eines wichtigen Gedenktages im Unterrichtswesen vergessen hat: Am 10. November 1916 waren es 10 Jahre, daß das geographische Seminar der Wiener Lehrerbildung unter der Leitung des damaligen Professors, des jetzigen Landeschulinspektors Dr. Anton Beder seine Tätigkeit begonnen hat.

An dem geographischen Seminar sind zehn Jahre nicht spurlos vorübergegangen: Zunächst hat sich die Zahl der ständigen Teilnehmer trotz des Krieges ungefähr verdoppelt — nur hat in den Kriegsjahren das schöne Geschlecht das Übergewicht gewonnen — auch in dem Stoff der Vorträge hat sich ein Wandel vollzogen, indem die Heimatkunde immer mehr in den Vordergrund getreten ist. Nicht als ob der Meister sich anfänglich des Wertes der Heimatkunde nicht bewußt gewesen wäre und erst, im Strome der Zeit schwimmend, die Heimatkunde, diesen Hauptträger der „vaterländischen Erziehung“, in sein Programm aufgenommen hätte, als es die Öffentlichkeit forderte. Im Gegenteil, er mußte ja, vielfach gegen den Strom ankämpfend, der sich in eine unerlöste Ferne auszubreiten drohte, der Heimatkunde zum Siege verhelfen, indem er seine Hörer die Heimat oft genug entdecken ließ und sie besonders auf solche Teile Niederösterreichs hinwies, welche nicht von der großen Masse aufgesucht und daher auch häufig geographisch vernachlässigt werden. Dr. Anton Beder ist ja auch der Hauptvertreter der geographischen Seite der Heimatkunde im Verein für Landeskunde von Niederösterreich und die zahlreichen Vorträge, welche er und seine Anhänger in diesem althergebrachten Vereine im angeführten Sinne hielten, haben gewiß dazu beigetragen, daß das Vereinsleben eine vorher nie geahnte Blüte erreichte. Wer von den älteren Mitglieðern dieses Vereines gedächte nicht jener Zeiten am Beginn unseres Jahrhunderts, als man entzückt war, wenn im Prälatensaal des niederösterreichischen Landhauses 60 Lehrer einem Vortrage lauschten! Heute kann oft der größte Hörsaal unserer Universität die Zahl der Zuhörer nicht fassen. An der Hörerschaft mußte das Interesse für heimatkundliche Vorträge erst geweckt werden und dies getan zu haben, ist eines der größten Verdienste Beders. Ebenso mußte auch bei der Lehrerschaft dieser wichtigste Zweig geographischer Kenntnisse von den schönen Worten der Konstruktion in die weil schwierige, aber auch viel gewinnbringendere Tat umgesetzt werden. Da, vielfach mußte überhaupt erst der heimatkundliche Stoff gesammelt, geordnet und für den Schulgebrauch hergerichtet werden. In dieser keineswegs leichten, aber überaus verdienstvollen Arbeit hat die Lehrerschaft unter der Führung Beders Geschmacks gefunden. Wie ihm das mühselige Werk gelungen ist, erkennen wir, wenn wir in die theoretische Kassenkammer blicken, indem wir die Reihe der Vorträge mustern, welche im Seminar seit dem 10. November 1906 gehalten wurden: In der Vortragsreihe des Jahres 1906/07 finde ich noch kein einziges heimatkundliches

Thema: 1907/08 tritt als erstes ein Referat über Grundveränderungen der Topographie im Wiener Becken auf, im zweiten Halbjahr mehrten sie sich schon: da ist ein Vortrag über Heimatschutz, einer über die Landschaftsformen an der Grenze zwischen der böhmischen Masse und dem Alpenlande, ein anderer über das Waldviertel, ein dritter über das Hügelland und die Ebene unter dem Manhartsberg und ein Bericht über einen Ausflug nach Reg. Von da an bilden sie ungefähr die Hälfte der Vorträge und Berichte und nehmen vor allem auf das Ziel der Ausflüge und größeren Studienreisen Bedacht, indem sie entweder die wissenschaftliche Verbreitung für dieselben bilden oder das Erschaute berichtend zusammenfassen. Diese Ausflüge und Studienreisen — großartig und bis ins Einzelne genau vorbereitet — bilden seit Jahren den praktischen Teil der Heimatkunde. Hier wird das Schauen und Erkennen geübt, hier kann selbst der geübte Lehrer, angeregt durch Fragen, noch manches lernen. Wer gedächte nicht trotz vorübergehender Anstrengungen mit Vergnügen an die Durchquerung Niederösterreichs von Schrems bis Mariazell, von Bayerbach bis Horn, der Wanderung in der „Bucklichten Welt“, der Ausflüge nach Ernstbrunn, Stillfried, Reg, Pulkau, Staaz und Gaimburg! Man lernt hierbei Land und Leute kennen, richtig beurteilen und dann meist auch schätzen. Nicht nur in der Lehrerschaft wird das heimatkundliche Interesse geweckt, sondern auch in den Bewohnern der besuchten Gegend gehoben und die Freude der Leute, daß selbst die „gelehrten“ Stadtleute sich so eingehend mit einem abgelegenen Erdwinkel beschäftigen, ist unerkennbar. So dienen diese Ausflüge und Wanderungen nicht bloß zur Bereicherung des Wissens, sondern sie sind auch ein vorzügliches Mittel, um den Kostengeist zu beseitigen und die Scheidewand, welche Stadt und Land so häufig trennt, niederzureißen. — Dabei wird das allgemeine geographische Wissen nicht vernachlässigt und den in der Heimat genügend geschulten Hörern wurde auf den Reisen zur Adria (1913) und Hohe Tatra (1914) Gelegenheit geboten, Entferntes und Nahes zu vergleichen.

Daß die Zahl der für die Heimat begeisterten Lehrer und Lehrerinnen so stark zugenommen hat, hängt aber nicht bloß mit der Wirkung des heimatkundlichen Interesses im allgemeinen zusammen, sondern auch ganz besonders mit der Eigenart des Lehrers, der es in glänzender Weise versteht, Ernst und Humor in glücklichen Einklang zu bringen, um dadurch die schwere Arbeit angenehmer zu machen.

Die kommenden Friedensjahre werden voraussichtlich recht bald den vortrefflichen Einfluß Beders und seines geographischen Seminars auf die Lehrerschaft Niederösterreichs erkennen lassen. Wenn diese Lehrerschaft, gestützt auf das reiche Wissen und die gründliche Erfahrung, die sie im Seminar erworben hat, die Heimatkunde nicht bloß zum Mittelpunkt des geographischen, historischen und naturgeschichtlichen Unterrichts, sondern des ganzen Unterrichts nehmen wird, dann wird es verhältnismäßig leicht sein, die Ideen durchzuführen, welche den Männern vorschweben, die neuestens die „vaterländische Erziehung“ begünstigen, Ideen, von deren Vortrefflichkeit ich überzeugt bin. Um so mehr wundert es mich, daß man den 10. November 1916 in der Öffentlichkeit ganz sang- und klanglos vorüberziehen ließ. Nemo propheta in patria kann man in diesem Falle doch nicht sagen, denn Dr. Beder ist einer der wirkksamsten Propheten geworden. Da die Behörden vergessen haben, sei es einem begeisterten Mitarbeiter und Freunde erlaubt, des 11. Jahrestages zu gedenken, und Beder zu bitten, auf der betretenen Bahn fortzuschreiten zum Nutzen der lieben Heimat und seiner Bewohner.

Dr. Julius Mayer.

Sammel-Hilfsdienst der Schuljugend.

Eine neue Frankfurter Organisation. Aus Frauenhänden macht man Treibriemen und Fett, aus Klüppeln Schußhaken, aus Lumpen Schießbaumwolle, aus Gellwoll-Explosivstoffe, aus Altpapier Weißblech, aus Lederabfällen Kaminbündler. Wie — das ist Sache der Schuljugend, das alles was beschafft wird. Heute gilt nicht mehr, daß alles was beschafft wird, wert ist, daß es zu Grunde geht, es soll ungeformt seine Aufzucht finden und weiter wirken.

In dieser rauen Zeit im Dienste des Krieges. Unsere Hände haben uns von vielen Möglichkeiten der Welt völlig abgeschloffen und hoffen darauf, daß uns der Atem ausgehe. Sie sollen und werden sich kaufen. Nach dreieinhalb Jahren Krieg teilt Deutschland noch gewaltige Schätze aus, baut es nach Hinterseebooten, fertigt Granaten und Flugzeuge, plant aus Westfalen Tuch für Mäntel, schafft sich mit jedem Klüppelmittel Ertrag und hat noch. Der Tag wird kommen, an dem die gegen uns verbündete Welt den Erfindergeist der Deutschen bewundern wird. Eintrüben verwinde sie ihn und uns liegt alles daran, daß sie das auch ferner tue. Dazu heißt es freilich: Alle Mann an Bord. Wir haben beschlagene und enteignet, wir erfassen jede Kartoffel, die in Deutschland gebaut wird und den letzten Zweckgeräten, wir sammeln Küchenabfälle, Altpapier und Korkstopfen. Tausende von Zentnern verpackten und wertvollen Strams sind aus den Kellern ehrwürdiger Mäntel schon ans Licht gebracht und sollen im Krieg, aber Millionen Zentner sind noch zu haben. Sie müssen heraus! So will es das Gebot der Stunde. Keiner, der sein Vaterland liebt, darf sich ihm entziehen, keiner die Unbequemlichkeiten scheuen, die damit verbunden sein können, keiner über die Organisation trostlos sein, die alle Hände in Bewegung setzen will, um die verborgenen und verteilten Schätze zu fassen. Schätze sind es, Schätze im geblühenden Sinn und im idealen. Denn an ihren Besitz hettet sich für uns der Sieg.

Die auf Veranlassung des stellvertretenden Generals Kommandos errichtete Sammelzentrale tritt mit einem von Herrn Direktor Rinsler entworfenen Plan vor die Öffentlichkeit, der den neuen Sammel-Giltsdienst regelt. 50 000 Schulkinder werden für ihn mobilisiert. Die Liebe zum großen Wert, Ehrgeiz und die Freude am Werk werden durch ihn angeblasen. Jedes Kind bekommt ein Sammel-Gilts für 1000 Marken. Eine Einheitsmarke gibt den Markstab der Bewertung des Eingebachten. So wird eine Marke geliebt für 1 Kilogramm Zeitungspapier, 1000 und ähnlichem Papier, oder für 2 Kilo Altpapier, eine Marke gibt es für jede ganze Weinschale, für jedes halbe Kilo trockener Lumpen für 100 Gramm Metall, für 10 Gramm Brauchholz, für 150 Gramm Grammophonplatten, für 20 Gramm Strohhalme, für 10 Schwämmchen, eine Marke für 8 Glühbirnen mit Glühbirne, eine für 250 Gramm Gummi, für 1 Selt, oder 10 Weinschale, für 1 Kilo Lederabfall, für 200 Gramm Stahl,

für 50 Gramm Silberpapier, zehn Sammelmarken für jeden Klüppel. Und was bedeutet die Marke? Jeder 100 bringen dem Sammler einen Preis, der mit der Markenzahl steigt, vom Schüler im Preisbüro selbst ausgewählt werden darf und etwa ein Buch ist, oder 100 Knochenbrühen, oder eine Epimermermarke, 1000 Marken bringen den Preis und als höchste Auszeichnung eine Knopfloch-Schürze; das Frankfurter Ehrenzeichen für Sammel-Hilfsdienst.

Was sein, daß unerschöpfliche Begleiter, einander bei der Entfaltung junger Bedenken nicht ausbleiben. Der Wettbewerb wird nicht immer lauter sein, es wird Preis, Preis, Wettbewerb und Tränen geben und mancher Bub wird wohl lieber im Keller sitzen und Hausaufgaben veranlassen, als an seine Aufgaben denken. Sache der Lehrer und Eltern wird es sein, solchen Anstellern zu helfen. Manche Familie wird sich über Befähigung beklagen. Sei es. Die Schätze, die der Sammel-Giltsdienst anreicht, sind in weichen gering im Vergleich zu dem Nutzen, den er nicht nur den Sammlern selbst, die im Kleinen des Großen fördern lernen, sondern auch der Allgemeinheit, dem Vaterlande bringt. So viel auch schon an verpackten, in den Haushaltungen überflüssigen und doch so wertvollen und freiwillig abgeliefert worden ist: unanschätzbar ist Bedeutung und Wert der Dinge, die noch im Gerümpel verstreut sind, in den Gewässern von Kaufmannsgeschäften, Banken, Bürgerhäusern liegen und täglich neu sich häufen.

Ein Beweis: Schüler eines hiesigen Gymnasiums sammeln in einigen Tagen: 1208 Kilo Zeitungspapier, 514 Weizen, 489 Kilo Wasser, 900 Weizenkörner, 15,8 Kilo Lumpen, 1,6 Kilo Cellulose, 5,6 Kilo Brauchholz, 127 Glühbirnen, 98,2 Kilo Gummi, 1660 Weinschale, 0,9 Kilo Leder, 7,14 Kilo Stahl, 3,70 Kilo Silberpapier, 27 Klüppel, 45 Krüge, 9,3 Kilo Metall. Wer auch nur ein ganz klein wenig in Ertrag-Angelegensheiten und der Wiederverwendung alter Stoffe Bescheid weiß, der ist und der weitere "im Hilde" und macht sich einen Begriff von dem Umfang der zu erwartenden Mittel für die Feldgrane, wie für die Heimfront. Wenn das eine Schule in einer Woche leistet, wieviel Tausende von Kilogramm werden bei unabhätig betriebener Sammelarbeit aus den Sammelräumen aller Schulen hervorquellen! Und wie gewaltig wird die Menge des eingeschobenen Materials erst sein, wenn alle Schüler Frankfurter "erfassen" werden! Eintrüben, nämlich haben die Schüler nur zu Hause und bei Bekannten gespart. Nun aber wird die Stadt in Bezirke aufgeteilt, jedem Schüler werden bestimmte Häuser aufgegeben, in denen er sich auf vorzufinden und die er reichlich durchgucken hat. Man darf von der Gültigkeit der Verordnung erwarten, daß sie die jugendlichen Hausbesitzer freundlich annehmen und ihnen willig abliefern werde, was an wertvollem Zeug vorhanden ist. Um-Geldwert wird es sich bei kleinen Mengen wie sie sich in bürgerlichen Haushalten finden, meist nicht handeln.

Aber viele Wenig machen ein Viel. Die Zentralstelle auf den Schülern in ihrem Verband, also der Schule, das eingebrachte Material ab und überweist der Schule die ihr zukommende Summe. Die Schule kann mit dem so erworbenen Gelde machen, was sie will: eine Bibliothek errichten oder bedürftigen Schülern einen Badeaufenthalt ermöglichen, ein Bild für die Aula stiften oder Prieger beschaffen — sie ist Herr ihres von Schülern ererbten Vermögens und es wird wohl seinen Schülern gehen, dem die Möglichkeit, daß seine Anstalt in schwerer Zeit sich ein Ehrenmal für alle Zeiten stifte, nicht willkommen wäre. Bringt jeder der 50 000 Schüler nur 100 Marken zusammen, so werden sich die Frankfurter Lehrer anhalten damit — schätzungsweise — ein Kapital von einer halben Million Mark aufzubringen. Das Mehrfache dieser Summe wäre für unseren Krieg gewonnen und wandelte sich zu Waffe und Kos und Schuh, diente dem Vaterlande im A-Boot und im Lagerraum, würde Werkzeug für den Arbeiter, würde Befehl irgend einer Industrie, würde Hilfe für ein Kind, Labial für einen Kranken.

Bei dem Sammel-Dienst der Frankfurter Schulkinder, wird es nicht bleiben. Viele Städte werden ihn einführen, ganz Deutschland wird er umfassen. Dann wird — schätzen ge-nug, daß es sein muß — jedes Kind im vaterländischen Hilfsdienst stehen und den Krieg mit gewinnen helfen. Und wenn erst im nächsten Sommer, nach einem neueren Plan, die Umgebungen Frankfurts, Wald und Weingarten, gewannenweise eingeteilt und von den 50 000 Schülern an bestimmten Tagen das wilmachende Gemüse gesammelt und zu Märkte gebracht wird — auf dem Römerberg wird es Kostproben geben — jede Brennesteine soll "erfassen", jedes Weizenstück, jeder Brombeerstrauch abgeerntet werden und jeder Pflanz muß daran glauben, dann wird die Jugend auch die Ernährungstrage mit lösen. Bis dahin aber soll Jung-Deutschland zunächst einmal helfen, daß wir uns durch den vierten Kriegswinter durchheben.

10. XII. 1914 207

10./X. 1917

Rektorsinauguration an der Technischen Hochschule.

Die Gemeinde Wien ermöglicht einen großzügigen Ausbau der Wiener Technik.

An der Technischen Hochschule fand heute mittag die Inauguration des neuen Rektors, des Professors der Mechanik Bernhard Hirsch statt. Bei dieser Feier konnte der abtretende Rektor Professor Doktor Max Bamberger der Festversammlung die für das wissenschaftliche Leben in Wien höchst erfreuliche Mitteilung machen, daß die Technik durch die Munifizenz der Stadt Wien und der Industrie knapp vor der Erfüllung ihres langjährigen Wunsches nach Erweiterung ihrer Baulichkeiten durch die Herstellung neuer Institutsgebäude stehe.

Rektor Dr. Bamberger gedachte der Glanzzeit der Wiener Technischen Hochschule unter Kaiser Franz Josef, der ihre Gleichstellung mit den Universitäten bewirkte,

sowie der Deputation bei Kaiser Karl, der „die große Bedeutung der Technik für Wirtschaft und Wehrkraft“ würdigte. Er gedachte unter den Toten der Hochschule der gefallenen Studenten und besonders des Großadmirals Haus, des Ehrendoktors der Technik. In weitem Ausmaße sei die Wiener Technische Hochschule der Kriegsverwaltung zur Verfügung gestanden; die chemischen Institute leisteten kriegstechnische Arbeiten und solche für das Ernährungs- und Militärdienst für den Luftfahrtdienst und für elektrotechnische Arbeiten seien im Felde abgehalten worden. Redner erinnerte an den Bücherdienst für Kriegsgefangene, der in der Technik untergebracht ist, an die Gründung des Fürsorgefonds für kriegsbeschädigte Studenten.

Eine der wichtigsten Sorgen der Hochschule, fuhr der Redner fort, ist die ihrer Ausgestaltung. Es fehlt an wichtigen Laboratorien und Instituten, in anderen — so den chemischen — herrschen unhaltbare Zustände. Nach langjährigen Klagen der Professoren hatte die Unterrichtsverwaltung für die Erweiterung einen Teil des Lainzer Tiergartens in Aussicht genommen. Da fand Baudirektor Goldemund einen großen Baugrund in der Nähe des Arsenal. Die Gemeinde Wien schenkte den Grund im Werte von 600.000 Kronen. Weitere zwei Millionen wurden über Anregung des Bürgermeisters von der Großindustrie aufgebracht. Die Verhandlungen wegen der Erwerbung der Gründe werden hoffentlich in Kürze beendet sein. Da die Baupläne vollendet sind, wird die jetzt von auswärtigen, ja von Provinzhochschulen überflügelte Wiener Technik wieder den ersten Platz einnehmen können. Die Rede Professor Bambergers fand lebhaften Beifall.

Der neue Rektor Professor Hirsch hielt seine Antrittsrede aus einem Gebiete seines Faches, das er als eine ganz neue Wissenschaft bezeichnet: „Die Mechanik der zähen Körper“.

Erbaudt 209
10./X. 1917

Schulen als Kasernen und Spitäler.

Erklärungen des Unterrichtsministers.

Während der Kriegszeit sind sowohl in Wien und Niederösterreich wie auch in den andern Kronländern zahlreiche Schulgebäude für militärische Zwecke in Anspruch genommen worden, was manche Unzukömmlichkeiten im Unterrichtsbetrieb zur Folge hatte. Die Abgeordneten Glöckel und Genossen haben deshalb in wiederholten Interpellationen an die Unterrichtsverwaltung dem dringenden Wunsche Ausdruck gegeben, daß die betreffenden Schulgebäude ehestens wieder ihrem ursprünglichen Zweck zur Verfügung gestellt werden.

Unterrichtsminister Dr. v. Cwiliński hat nun diese Interpellationen in eingehender Weise beantwortet. Im Hinblick auf das Kriegseinstellungsgesetz führt der Minister aus, konnte die Unterrichtsverwaltung die Herausziehung der Schulgebäude für militärische Zwecke nicht verweigern, mußte vielmehr ihr Augenmerk seit Kriegsbeginn darauf richten, den Unterricht durch Beschaffung anderer Unterkünfte und, wo dies nicht anging, durch Zusammenziehung von Schulen und Klassen aufrechtzuerhalten.

Unter diesen schwierigen Verhältnissen haben die Schulbehörden und die gesamte Lehrerschaft getrachtet, ihren Pflichten gegenüber der Schuljugend gerecht zu werden. In treuer Pflichterfüllung hat sich die Lehrerschaft die reiblichste Mühe gegeben, der Jugend auch während der Kriegszeit Unterricht und Erziehung zuteil werden zu lassen und der so häufig beklagten Verwahrlosung der Jugend in jeder möglichen Weise entgegenzuwirken. Auf Grund der eingelangten Berichte der Landesstellen und Landeslehrer wurden Verhandlungen mit der Militärverwaltung wegen Freigabe der angeforderten Schulgebäude eingeleitet, auf Grund deren alle Militärkommandos angewiesen wurden, eingehend zu erwägen, wie und in welchem Umfange dieser Forderung Rechnung getragen werden könnte, und sodann die Freigabe der Schulgebäude, wo nur immer möglich, durchzuführen. Im Bereiche der Armee im Felde wurde die gleiche Verfügung getroffen.

Die Durchführung dieser im Frühjahr begonnenen Aktion war mit mannigfachen Schwierigkeiten verbunden und erforderte naturgemäß eine geraume Zeit, weil vorerst anderweitige Ersatzunterkünfte ausgemittelt und sodann mehrfache Verschiebungen von Truppentörpem und dergleichen vorgenommen werden mußten. Die Auswahl der freizugebenden Schulgebäude erfolgte im Einvernehmen mit den lokalen Schulbehörden. Speziell in Wien wurde diesbezüglich im engsten Einvernehmen mit der Gemeinde vorgegangen, deren Wünschen, soweit nur möglich, Rechnung getragen wurde. Im ganzen wurden bisher in allen Ländern 414 Schulgebäude von der Militärverwaltung freigegeben. In Niederösterreich, Oberösterreich, Böhmen, Mähren und Schlesiens verbleiben noch 345 Gebäude in Benützung für militärische Zwecke. Ohne unabweisliche Notwendigkeit werden Schulgebäude von der Militärverwaltung weder belegt noch als Unterkunft beibehalten werden.

Was speziell die in der Interpellation erwähnte Verwendung der Volksschule in Stoderau für die Zwecke einer Kavallerie-Einjährig-Freiwilligen-Schule anlangt, gibt der Minister bekannt, daß laut Mitteilung der Militärverwaltung nur das Gebäude der alten, nicht aber das der neuen Volksschule in Benützung der Kavallerie-Reserveoffizierschule stand; auch dieses Schulgebäude wurde aber mit 1. September 1917 der Stadtgemeinde Stoderau zurückgestellt. Das Schulgebäude

in Wien, 16. Bezirk, Koppstraße Nr. 73, wurde dieser Tage der Stadtgemeinde übergeben. Die Rückgabe war mit Rücksicht auf die anderweitige Unterbringung der bisher dort befindlichen Kranken und Verwundeten früher nicht möglich. Mit der Wiederaufnahme des Unterrichtes in diesem Schulgebäude muß jedoch bis zur Durchführung umfangreicher Herstellungsarbeiten zugewartet werden.

Hinsichtlich der Freigabe des Gebäudes der Lehrerinnenbildungsanstalt in Wien wurden die weiteren Erhebungen von der Militärverwaltung bereits eingeleitet, und wird diese, wenn es die Verhältnisse zulassen, in Aussicht genommen. Zum Schluß versichert der Minister, die Unterrichtsverwaltung werde es sich im vollen Einverständnis mit der Militärverwaltung auch weiterhin angelegen sein lassen, die Hemmnungen, welche gegenwärtig noch den Schulunterricht beeinträchtigen, tunlichst zu beseitigen.

Die Kriegsschäden im Schulwesen.

Ein Bericht an den Unterrichtsausschuß.

Der Reichsratsabgeordnete Otto Glöckel hat an den Unterrichtsausschuß des Abgeordnetenhauses einen umfassenden Vorbericht über die Kriegsschäden an unseren Schulen erstattet. In eingehender Weise bespricht er in diesem nunmehr im Druck vorliegenden Bericht die Verwendung der Schulgebäude für militärische Zwecke und fordert dringend die Enthebung der Lehrpersonen vom militärischen Dienst, um durch ihr Wirken der Jugendverwahrlosung entgegenzuarbeiten.

Ueber den Mißbrauch von Schulgebäuden heißt es in dem Bericht: Einige Fälle aus Wien zeigen, daß Schulgebäude für Zwecke in Anspruch genommen werden, wozu sich leicht Ersatzräume hätten finden lassen. So hat man im 5. Bezirk, Castellgasse, die Offiziersbekleidungsstelle, im 7. Bezirk, Burggasse, eine Kanzlei des Kriegsministeriums, im 2. Bezirk, Weintraubengasse, ebenfalls, und zwar nur in einem Stockwerk, Kanzleien des Kriegsministeriums untergebracht, während alle anderen Stockwerke leer stehen. Die Schule in Meidling, Rudergasse, wurde unter großen Kosten in ein Spital mit allem Komfort eingerichtet, dann freigegeben. Das Schulgebäude wurde darauf in seinen früheren Zustand wieder zurückgebracht, doch betrat keines Schülers Fuß das Gebäude, man ließ es leer stehen, um es dann wieder unter großem Kostenaufwand in ein Spital zu verwandeln. In der Schule Salsburgerplatz in Ottakring wurden ebenfalls die Räumlichkeiten für Spitalzwecke hergerichtet, dann ließ man sie zwei Jahre leer stehen, nie wurde

die teure Spitalsanrichtung auch nur einmal benützt! Welche Planlosigkeit und Geldverschwendung!

Einige besonders krasse Fälle von Mißbrauch der Schulen werden in dem Bericht mitgeteilt. So wurden in einer Schule in Brunn Einjährig-Freiwillige untergebracht. In diesem Gebäude befand sich auch die sehr wertvolle Bibliothek der Lehrervereine. Von dieser Bibliothek sind heute ein paar armselige Reste übrig geblieben. Das unter Verschluss gehaltene Zimmer und die ebenfalls verschlossenen Kasten wurden einfach erbrochen, und die Freiwilligen benützten die wertvollsten Bände als Wurfgeschosse. Ebenso erging es einem Raum, in dem der Lehrerverein für Naturkunde kostbare Stopferemplare und Studiensammlungen aufbewahrte. Einem prachtvollen Steinadler wurden die Schwanzfedern ausgerissen und zur Reinigung von Weisentröhrchen benützt. In Wiener Schulgebäuden kam es vor, daß man Fensterrahmen herausbrach und die Räumlichkeiten in barbarischster Weise verwüstete.

In erschreckendem Maße zeigen sich auch die Folgen einer furchtbaren Unterernährung. So werden aus Gräbfern bei Graz, aus Wamtsdorf und Wien Fälle gemeldet, wo Kinder gestorben sind und als Todesursache Unterernährung konstatiert wurde.

Schließlich verlangt Abgeordneter Glöckel den Abbau der Kriegspädagogik (Kriegsmatura, Ersatzkurse u. v. a.) und gelangt dann zur Aufstellung einer Anzahl von Leitfäden, deren wichtigste folgende sind: Jede Art von Geldsammlungen, Mitgliederwerbungen, Verkauf verschiedener „Fürsorgegegenstände“, Kurz, jede Aktion, die die Schulkinder dazu mißbraucht, den Eltern Geldopfer aufzuerlegen, ist sofort einzustellen. Sammlungen von Gegenständen, insbesondere solche, die von Haus zu Haus, auf der Straße oder in öffentlichen Lokalen von Schulkindern durchzuführen sind, sind ausnahmslos zu verbieten. Alle nicht frontdiensttauglichen Lehrer sind unverzüglich vom Militärdienst zu entheben und ihrer wichtigen Berufstätigkeit zurückzugeben. Es ist eine Vereinfachung der Arbeiten in den Brotkommissionen anzustreben, und es sind diese Arbeiten entsprechend zu entlohnen. Bei der Kohlenversorgung ist in erster Linie auf die Schulen Rücksicht zu nehmen. Die Zahl der freien Schultage ist einzuschränken und für einen geregelten Schulbesuch zu sorgen. Es sind sofort Schulküchen zu errichten, die den Kindern mindestens das Frühstück und das Mittagessen bieten. Die Bezirkslehrerkonferenzen sind ehestens einzuberufen. Die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel ist raschestens durchzuführen; während der Kriegszeit dürfen keine neuen Bücher zur Einführung gelangen.

Die Not der Schule.

Im Unterrichtsausfall des Abgeordnetenhauses sind die schweren Schädigungen, die unser Bildungswesen durch den Krieg erleidet, zur Sprache gekommen, und ein dem A. S. H. vorgelegter Bericht des Abg. Glöckel ist davon ein zusammenfassendes Bild, das leider mit Grund in den düstersten Farben gehalten ist. Es gehört zu den beliebtesten Tröstungen, die man dem mitlebenden und mitleidenden Geschlecht dieser harten Zeit zu spenden pflegt: daß der Krieg uns zu einer ruhigeren, freieren, besseren Zukunft hinüberleiten werde. Aber wie soll die heranwachsende Jugend die Segnungen dieser Zukunft genießen und ihren Aufgaben gewachsen sein, wenn sie mit einer schlechteren geistigen Ausstattung hinaustritt, als wir Älteren sie mitbekommen haben? Wir, die ältere Generation, haben nicht gerade unter den erfreulichsten politischen und sozialen Zuständen gelebt, aber wir haben wenigstens was Ordentliches lernen können, und jeder hat den Bildungsgang, den er wählte oder der ihm vorgezeichnet war, von Anfang bis Ende gründlich durchmachen können. Die lernende Jugend der Kriegszeit hingegen empfängt einen fragmentarischen Unterricht und geht einen äußerst lückenhaften Bildungsweg. Das gilt sowohl von der Volksschule als von den mittleren und höheren Lehranstalten. Der erste Schlag, den die Schule durch den Krieg erhielt, bestand in der Beschlagnahme einer großen Anzahl von Schulgebäuden für militärische Zwecke. Die Militärverwaltung hat zu Anfang des Krieges den allerdings naheliegenden Fehler begangen, vor allem auf städtische Schulgebäude, die sich aus Verkehrsgründen und wegen ihrer baulichen

Einrichtungen am leichtesten zu solchen Zwecken adaptieren ließen, die Hand zu legen. Es hätte auch andere brauchbare Gebäude, zum Beispiel unbewohnte oder wenig benützte Paläste, Landschlösser, Villen und Jagdhäuser, in Fülle und Fülle gegeben. Aber die Schulen lagen näher, waren rascher zu haben und einzurichten, und so griff man auf sie, wobei freilich nur mit einer kurzen Verwendungszeit und daher mit einer nicht allzuempfindlichen Störung des Unterrichtsbetriebes gerechnet wurde. Die Störung erstreckte sich aber unvorhergesehenweise auf Jahre hinaus, und die ganze österreichische Unterrichtspflege ist dadurch in heillosste Unordnung gestürzt worden.

Zu der Entziehung der Schulgebäude kam die Entziehung der Lehrkräfte infolge der Masseneinberufung der Lehrer. Daß für die Frontdiensttauglichen unter den Lehrern keine Ausnahme gemacht werden konnte, versteht sich von selbst; aber die Mindertauglichen hätten bei Fortübung ihres bürgerlichen Berufes dem Vaterland gewiß viel bessere und wichtigere Dienste geleistet als etwa in militärischer Kleinkleidung. An vielen Volksschulen blieben überhaupt nur weibliche Lehrkräfte übrig, und diese sind nicht nur durch den Dienst in überfüllten Schulen und bei Vor- und Nachmittagsunterricht reichlich überlastet, sondern überdies noch durch die Amtsführung in den Brotkommissionen in täglich steigendem Maße in Anspruch genommen. So verringert sich die Leistungsfähigkeit der Schule — und gleichzeitig nimmt auch die Aufnahmsfähigkeit der Schulkinder ab. Geringere Überwachung im Elternhause, wo zumeist der Vater fehlt, schlechtere Ernährung, vielfache Verwendung der Kinder zur Lebensmittelbeschaffung und zum Anstellen, man braucht kein Pädagoge zu sein, um zu ermessen, was bei dem Zusammenwirken dieser Faktoren herauskommt.

Sind es bei der Volksschule die Lehrer, so sind es bei den höheren Anstalten vor allem die Lernenden, die durch den Krieg aus dem Unterrichtsbetrieb gerissen werden. Es ist allerdings ein ganzes System von Nachsichten, von Notprüfungen, Ersatzkursen und dergleichen herausgebildet worden, das den jungen Leuten Erleichterungen gewährt, um sie in den Besitz der vorgeschriebenen Zeugnisse zu setzen und ihr späteres Fortkommen nicht

zu behindern. Aber ist uns damit gedient, wenn unsere Söhne gute Zeugnisse empfangen, ohne daß sie die darin bezugten Kenntnisse tatsächlich erworben haben und besitzen? Von der Elementarschule bis zur Universität hinaus: eine ganze Kriegsgeneration ohne solid erarbeitete und gründlich fundierte Schulbildung! Muß das für das künftige Geistes- und Erwerbsleben, für die Gesamtleistung der künftigen Volkswirtschaft und Volkskultur nicht die übelsten Folgen haben? Es gibt Kulturschädigungen, die der Krieg erzeugt und die nicht abwendbar sind, auch nicht durch die weisesten Vorkehrungen der fürsorglichsten Staatsverwaltung. Was aber abwendbar ist, was geschehen kann, um jene Schädigungen auf ein Mindestmaß einzuschränken, das muß geschehen. Die Militärverwaltung denkt an die Gegenwart, das liegt in der Natur ihrer Aufgaben; die Unterrichtsverwaltung aber muß an die Zukunft denken und an die Wahrung der Güter, die ihrer besonderen Pflege anvertraut sind.

187/11 1917

213

Die Errichtung des Konviktes für bulgarische Studierende in Wien gesichert.

Das Bündnis mit Bulgarien, das in diesem Kriege durch das Blut der Söhne beider Staaten besiegelt worden ist, soll auch in der kommenden Friedenszeit durch eine kulturelle Annäherung der Völker eine weitere Vertiefung erfahren.

Unter diesem Gesichtspunkte hat die österreichische Regierung dem Plane, in Wien ein Konvikt für bulgarische Studierende zu errichten, ihr Interesse zugewendet und es wurde ein österreichischer Verein zur Errichtung und Erhaltung eines Konviktes für bulgarische Studierende in Wien errichtet. Das vorbereitende Komitee, welchem Prinz Franz von und zu Liechtenstein, Minister a. D. Dr. Baernreither, Oberstkämmerer Graf Berchtold, I. I. Unterrichtsminister Dr. Cwiklinski, Bgm. Dr. Weiskirchner, Direktor Broch, Generaldirektor Kestranek und I. I. Ministerialrat Dr. Maurus angehören, ist bereits nach kurzer Tätigkeit in der Lage, seinen Bericht mit der vollkommenen finanziellen Sicherstellung dieses Kulturinstitutes vorlegen zu können.

Dem Institute sind heute schon Jahreseinnahmen von 151.000 Kr. für mehrere Jahre gesichert, überdies haben die einmaligen Einnahmen an Spenden, Stifter- und Gründerbeiträgen, aus welchen ein Stiftungsfonds gebildet werden soll, den Betrag von 500.000 Kr. überschritten. Die Kasseneingänge bis 12. November haben bereits die Summe von 675.000 Kr. erreicht.

Dieser Erfolg ist in erster Reihe der hochherzigen Förderung unseres Kaisers zu danken, der als Erster eine Spende von 10.000 Kr. überwiesen hat, weiters haben Feldmarschall Erzherzog Friedrich, Feldmarschall Erzherzog Eugen, Prinz Philipp von Sachsen-Coburg-Gotha und Kardinal-Fürsterzbischof Dr. Friedrich Wiffl dem Unternehmen namhafte Beträge gewidmet.

Die Gemeinde Wien hat das Institut mit 20.000 Kr. jährlich subventioniert, auch die bulgarische Regierung läßt diesem Kulturwerk ihre besondere Fürsorge zuteil werden. Sie hat einen Stiftungsbeitrag von 25.000 Kr. gezeichnet und dem Unternehmen überdies für eine Reihe von Jahren eine jährliche Subvention von 15.000 Kr. zugesichert. Weiters haben das Unterrichtsministerium, das Handelsministerium, der niederösterreichische Landesauschuß, der regierende Fürst Johann von und zu Liechtenstein, Botschafter Prinz Franz von und zu Liechtenstein, zahlreiche Industrielle und Banken Jahressubventionen von 5000 Kr. auf eine Reihe von Jahren bewilligt. Als Stiftungsbeiträge sind bis jetzt 265.000 Kr., als Gründerbeiträge 183.000 Kr. eingegangen. In den führenden Kreisen der österreichischen Industrie besteht die Absicht, im besonderen die innere Einrichtung des Konviktes zu widmen. Der innige Zusammenhang des Institutes mit der österreichischen Industrie soll in der bevorstehenden Generalversammlung durch die Wahl führender Persönlichkeiten der österreichischen Industrie in das Kuratorium seinen äußern Ausdruck finden. Aus dem Bulgaren-Konvikt, das in nächster Zeit als Schöpfung des Krieges in den Mauern Wiens erstehen wird, werden alljährlich eine größere Zahl junger Bulgaren in ihre Heimat zurückkehren, welche, aus dem Geistes- und Gemütsleben Wiens hervorgegangen, das Band freundschaftlicher Annäherung zwischen beiden Staaten fester und inniger knüpfen werden.

Die konstituierende Generalversammlung wird Samstag, den 24. November, um 5 Uhr nachmittags, im Festsaale des I. I. Unterrichtsministeriums unter Teilnahme der Mitglieder der österreichischen Regierung in solenner Weise abgehalten werden.

22./XI. 1917

214

Magyarischer Sprachunterricht an den Wiener städtischen Schulen.

Im heurigen Frühjahr beschloß der Wiener Stadtrat, den Magistrat aufzufordern, die Einführung des magyarischen Sprachunterrichtes als Nebenfach in sämtlichen Wiener Volkss- und Bürgerschulen vorzubereiten.

Hgm. Dr. Weiskirchner hat nun, wie wir erfahren, an den Magistrat einen Erlaß gerichtet, in dem er die rascheste Fertigstellung der Vorarbeiten anordnet. Der Bürgermeister legt größten Wert auf die baldige Durchführung und Verwirklichung dieser Schulpläne, die dazu beitragen sollen die Schwesterstädte Wien und Budapest näher aneinander zu bringen. Hgm. Dr. Barczy von Budapest hat seinerseits die Einführung des deutschen Unterrichtes an den Kommunal-schulen in Budapest angeordnet.

25./XI. 1917

217

* Klagen der Mittelschulprofessoren. Man schreibt uns aus Mittelschulkreisen: Endlich hat man die Beförderung in höhere Rangklassen vorgenommen, aber wie? Gerade noch im Kriegsjahre 1917 — Ende November! und mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Oktober! Gesehlich soll die Einreihung in die 8. Rangklasse mit dem Anfallstage der Zuerkennung der 2. Quinquennalzulage erfolgen. & euer, wo man mit jeder Krone rechnen muß, hat man an den Lehrpersonen, die dem Staate die Beamtenerschaft erziehen, sparen wollen: für die 60, 80, 100 Kronen usw., die das Finanzministerium auf diese Weise an uns erspart hat, hätte man sich oder einem Familienmitgliede ein Paar Schuhe kaufen können, dem Staate ist wohl damit kaum geholfen, doch Unzufriedenheit ist die Folge einer solchen Zurücksetzung, da es doch in einer Zeit geschieht, wo die Dienstpragmatik, gesehlich genehmigt, die Zeitvorrückungsfrist in einer Rangklasse auf 7 Jahre herabsetzt. Die Landesvereine sollen sich der Sache annehmen. Wir bitten darum.

27/XI. 1917.

Deutsche Einheitskurzschrift.

Ueber die langwierige Entwicklung, die nun in kurzer Zeit zu einer Vereinheitlichung der deutschen Kurzschrift führen soll, schreibt uns der Vorsitzende des Verbandes Stolze-Schrey, Mag. Bädler:

Mehr als elf Jahre sind verstrichen, seit die Vertreter von neun stenographischen Gemeinschaften dem Reichskanzler den Plan vortrugen, durch Berufung eines Sachverständigenausschusses eine deutsche Einheitskurzschrift zu schaffen, in der Ueberzeugung, daß nur dadurch die Vorteile der Kurzschrift bei den Behörden und im Verkehr voll ausgenützt werden könnten. Im Jahre 1907 erklärte der Reichskanzler sein Einverständnis und ernannte die von den stenographischen Gemeinschaften vorgeschlagenen 23 Personen zu Mitgliedern des Sachverständigenausschusses. Reichstag und Abgeordnetenhaus setzten sich für eine Förderung des Planes ein. Aber erst zum April des Jahres 1912 wurde dieser Ausschuss zu seiner ersten Sitzung berufen.

Im Juni 1914 lag ein fertiger Entwurf vor, der mit einigen Änderungen von allen 23 Ausschussmitgliedern als eine geeignete Grundlage gebilligt wurde. Seitdem trat durch Krankheit der von der Regierung beauftragten Ausschussleiter eine Störung ein. Entsprechend den behördlichen Gepflogenheiten, die aber in diesem Falle wenig angebracht waren, sollte der Entwurf geheimgehalten werden. Diese Absicht wurde nicht erreicht. Immer mehr Einzelheiten sickerten durch; schließlich kam der ganze Entwurf ans Tageslicht, und es machte sich in den verschiedenen Kurzschriftschulen ein immer stärkerer Widerstand dagegen geltend, da in der Tat die Vorlage recht erhebliche Unvollkommenheiten aufwies. Als vor einigen Wochen der Sachverständigenausschuss zu einer neuen Tagung berufen wurde, erschien deshalb das Schicksal der Einheitskurzschrift recht zweifelhaft. Noch an seinem dritten Verhandlungstage verblieb es bei der Ungewißheit. Da gelang es, fast im letzten Augenblick, unter Mitbenutzung der bisherigen Vorlage eine neue Grundlage zu finden, die aussichtsreicher erschien. Ein eigens eingesetzter Ausschuss legte am vierten Tage einen Entwurf vor, der die große Mehrheit fand, und dem vor allem die elf Vertreter der beiden bedeutendsten kurzschriftlichen Gemeinschaften, Stolze-Schrey und Gabelsberger, ausnahmslos zustimmten. Einem kleinen Ausschusse wurde die Aufgabe zugewiesen, bis zum Schlusse dieses Jahres die letzte Feile anzulegen und zugleich noch einen anderen Entwurf zu bearbeiten, dessen Einreichung von den Anhängern einer bestimmten Richtung bis zum 1. Dezember d. J. in Aussicht gestellt wurde. Somit ist anzunehmen, daß in drei bis vier Monaten ein abgeschlossener Entwurf dem Reichskanzler vorgelegt werden kann. Sache der Bundesregierungen wird es dann sein, zu entscheiden, ob diese Einheitskurzschrift angenommen und dem Schulunterricht zu Grunde gelegt werden soll.

29. XI. 1917

Die „Kompromißuniversität“ und der katholische Universitätsverein in Salzburg.

Die Versammlung des Universitätsvereins
am 25. November.

Sonntag, den 25. d., ist von Seite des katholischen Universitätsvereins das entscheidende Wort über die sogenannte „Kompromißfrage“ gesprochen worden. Präsident Fürstbischof Dr. Valthasar Kaliner gab in eingehender Würdigung der Sachlage ein klars Bild über die bisherigen Verordnungen des Vereines. Die Entscheidung des Verwaltungsrichtshofes in Angelegenheit des Testaments des Erzbischofs Kohn für eine ischekische Universität wird auch für die Frage einer freien katholischen Universität von großer Bedeutung sein. Bei der bisher ständig ablehnenden Haltung der Regierung suchte der Verein sein Ziel wenigstens teilweise zu erreichen, indem er die Errichtung einer Volluniversität sowie die Einrichtung eines katholischen Forschungsinstitutes ermog. Die in Deutschland üblichen Parallelprofessuren für Katholiken und Protestanten wiesen einen weiteren Weg für die wenigstens teilweise Erreichung des Vereinszweckes. Diese Lehrstühle haben sich in Deutschland als eigentliche „Bestanschaungslanzeln“ entwickelt. Deutschnationale Politiker und Professoren der Czernowitzer Universität traten nun im Frühjahr dieses Jahres an die Leitung des Vereines mit dem Vorschlag heran, in Salzburg eine staatliche Universität mit katholischen Parallelprofessuren anzustreben. Die Regierung erklärte, weder eine katholische, noch eine gegnerische Hochschule in Salzburg zuzulassen, war aber bereit, nach erfolgter Einigung der beiden Teile eine staatliche Universität mit garantierten katholischen Professuren zu unterstützen. Bei der großen Wichtigkeit der Frage wandte sich die Vereinsleitung an eine Reihe von Gelehrten und Politikern Oesterreichs und Deutschlands, darunter

auch an den gegenwärtigen deutschen Reichskanzler Grafen Hertling, den ersten katholischen Parallelprofessor in München. Einstimmig sprachen sich alle befragten Persönlichkeiten für die Annahme des dem Vereine gemachten Vorschlages aus. Daraufhin nahm der Zentralausschuß sowie die Konferenz der österreichischen Bischöfe den Vorschlag an. Die in dem geschlossenen Uebereinkommen den Katholiken vorbehaltenen Ranzeln sind folgende: Eine für Missionswissenschaften an der theologischen Fakultät, eine für politische Oekonomie an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, eine für Philosophie und Pädagogik an der philosophischen Fakultät, eine für allgemeine Geschichte an der philosophischen Fakultät, eine für Geschichte der bildenden Kunst im Zusammenhange mit der Kulturentwicklung an der philosophischen Fakultät, eine für Biologie an der medizinischen, vorläufig an der philosophischen Fakultät. Die Vorschläge für die Besetzung der Vertragsprofessuren an das Ministerium werden wie auch sonst mit Rücksicht auf die wissenschaftliche Befähigung der Anwärter von den Professorenkollegien gemacht, die diesbezüglichen Vorschläge des Ministers an den Kaiser aber haben in Uebereinstimmung mit dem Fürstbistume Salzburg zu erfolgen. Für die finanziellen Erfordernisse der Vertragsprofessuren (Institute, Seminare usw.) hat das Fürstbistum Salzburg aus dem Fonds des katholischen Universitätsvereines im Einvernehmen mit der k. k. Regierung durch eine jährliche Pauschalsumme aufzukommen.

Bei der folgenden Debatte über Annahme des Kompromisses entwickelte sich eine längere Wechselrede. Universitätsprofessor Dr. Eberharter bearbeitete seinen ablehnenden Standpunkt damit, daß jedes Kompromiß große Gefahren in sich schließt, und daß auch im vorliegenden Falle keine rechte Garantie für die Einhaltung gegeben sei. Andererseits sei es gutes Recht der Katholiken, an den Hochschulen eines zum größten Teil katholischen Reiches entsprechend berücksichtigt zu werden. Auch ohne Kompromiß könne diese Berücksichtigung erzwungen werden, wenn die Katholiken nur ernstlich zusammenstehen. Das Kompromiß könnte auch leicht gemeingefährlich und verflachend auf das Rechtsbewußtsein wirken, wie es bei so manchem Kompromiß schon tatsächlich der Fall war. Er halte somit das Kompromiß für nicht gut, doch werde er gerne seinen Irrtum zugestehen, wenn es trotzdem zum Guten ausschlagen sollte. Universitätsprofessor Dr. Filzer bemerkte hierzu, daß die Unsicherheit doch nicht so groß sei. Wir schließen das Kompromiß nicht mit einer politischen Partei, sondern mit der Regierung. Wenn den Katholiken nur die sechs Professuren erhalten würden und sonst gar nichts, so wäre das Kompromiß etwa als beschämend und schädlich zu bezeichnen. Das ist aber hier nicht der Fall. Wir wären vielmehr besser daran als in Deutschland, wo die Doppelprofessuren auf keiner rechtlichen Grundlage stehen. Zu bedenken ist ferner, daß uns ein vertragliches Recht eingeräumt wird, nicht etwa auch dem antikeritalen Hochschulverein, der sich über seine Zurückziehung ohnehin bitter beklagt. Die übrigen Professuren der geplanten Universität müssen durchaus nicht katholikenfeindlich sein, wie manchmal behauptet wird. Würden die vertraglichen Rechte seitens der Regierung verlehrt, so hat es der Verein in der Hand, die weiteren Zahlungen einzustellen.

Im Schlußworte bemerkt Präsident Fürstbischof Doktor Kaliner, daß eine Zahlung seitens des Universitätsvereines berechtigt erscheine, da derselben seit vertragliche Rechte gegenüberstehen. Der Verein braucht auch nicht die eigentliche Besoldung der Professoren nebst Ruhegehältern usw. zu übernehmen sondern hätte eine jährliche Pauschalsumme für Salzburger Universitätszwecke an die Regierung zu entrichten. Wenn die Petrusblätter in Lrier sagen, daß es in der gegenwärtigen Zeit ein ungeschriebenes Gesetz zu sein scheint, daß auf irdischen Gebieten keine Vereinigung mit rein katholischen Grundfahen, Zielen und Mitteln zustandekommen darf, so verweise er darauf, daß ja auch der deutsche Kulturkampf durch ein Kompromiß zwischen Papst und Regierung beigelegt wurde und man könne dabei doch wahrlich nicht von einer Schädigung der deutschen Katholiken sprechen. Wie protestantische Gelehrte selber sagen, hat sich auch die Stellung der Katholiken Deutschlands im wissenschaftlichen Leben seit der Einführung der Parallelkanzeln außerordentlich gehoben. Der § 1 wird hierauf von der Generalversammlung einstimmig angenommen; gegen den den Kompromißantrag enthaltenden Punkt war eine Stimme dagegen. Anschließend wurde der ganze Statutenentwurf in seiner Gesamtheit einstimmig angenommen. Das Kaiserlied durchbraute nach Schluß der durchwegs streng sachlich verlaufenen Versammlung den Saal.

Die Kriegsschäden an unserem Schulwesen.

Wie von uns bereits berichtet wurde, hat der Reichsratsabgeordnete Otto Glöckel an den Unterrichtsausschuß einen Vorbericht über die Kriegsschäden erstattet, welche an unserem Schulwesen mit Wissen der Unterrichtsverwaltung teils verübt worden sind, teils noch angerichtet werden. Die Hauptschäden betreffen die Verwendung der Schulgebäude für Militärzwecke; trotz wiederholter Bemühung der Schulerhalter sind in Niederösterreich, Oberösterreich, Böhmen, Mähren und Schlessien noch 345 Schulgebäude in Beschlag genommen. Von den anderen Kronländern konnte die genaue Zahl bisher nicht einmal festgestellt werden. Der Berichterstatter führt einige besondere krasse Fälle an und kommt zu der Frage, wer sich eigentlich gegen die Freigabe der Schulen wehrt. Als gewesener Schulmann verurteilt er die wiederholten Sammlungen und Betteleien in den Schulen, wodurch meistens die Kinder der ohnedies arg betroffenen Mittelklasse in Mitleidenschaft gezogen wurden. Dann die Entziehung der zum Frontdienst untauglichen Lehrer, die Kinderarbeit, die hungernden Schulkinder, die Verwahrlosung der Schuljugend, der Kohlenmangel in den Schulen, die Arbeiten in den Brotkommissionen und mehrere Schülerlässe, wovon einige geradezu eine Kulturschande für unsere Zeit sind.

Zum Schlusse des lesenswerten Berichtes heißt es: Wir fragen: Wo waren die Bezirks-, wo waren die Landeschulinspektoren? Haben sie ihre Pflicht erfüllt und über den bedauerlichen Zustand des Schulwesens berichtet? Wenn ja, welche Behandlung erfuhren diese Berichte? Wir wollen den Schuldigen kennen lernen! Für die Kinder der reichen Kriegsgewinner ist gesorgt! Die doppelt Leidtragenden sind die Kinder der Armen, die eine

schwere Erbsünde auch in Zukunft zu tragen haben werden. Es handelt sich hier um keine untergeordnete Frage. Eine Unterschätzung der heraufbeschworenen Gefahren könnte verhängnisvoll werden! Der Vater im Felde, die Mutter im Kampfe um die Lebensmittel, die Kinder verwahrlost: eine etwas zu arge Belastungsprobe! Wir wollen die Anwälte der armen Kinder sein. Mit dieser Debatte soll die Aktion nicht abgeschlossen, sondern erst begonnen werden. Wir wollen darüber wachen, ob die Schulbehörden nunmehr ihre Pflicht erfüllen und unsere Forderungen berücksichtigen werden. Wir klagen alle Faktoren an, die die ohnedies entsetzlichen Leiden des Krieges aus Sorglosigkeit, Unfähigkeit oder Streberei ohne Not verschärfen. Es ist die höchste Zeit zur Umkehr! Hoffentlich hat das Unterrichtsministerium den Willen, den Mut und die Kraft, sofort planmäßig einzugreifen, damit es ehestens in die Lage versetzt wird, uns durch Vorführung wirklicher Tatsachen, die geeignet sind, das Schulleid zu mildern, etwas zu beruhigen. Dann werden eine Reihe von Leitungen vorgeschlagen, welche die Debatte in geregelte Bahnen lenken soll. So heißt es unter anderem: sämtliche Schulgebäude sind unverzüglich ihrer Bestimmung zurückzugeben. Jede Art von Geldsammlungen, Mitgliederwerbungen, Verkauf verschiedener „Fürsorgegegenstände“, kurz jede Aktion, die die Schulkinder dazu mißbraucht, den Eltern Geldopfer aufzuerlegen, ist sofort einzustellen. Alle nicht frontdiensttauglichen Lehrer sind unverzüglich vom Militärdienst zu entheben und ihrer wichtigen Berufstätigkeit zurückzugeben. Bei der Kohlenversorgung ist in erster Linie auf die Schulen Rücksicht zu nehmen. Die Bezirkslehrerkonferenzen sind ehestens einzuberufen. Als Termin

zur Berichterstattung der Unterrichtsverwaltung über die durchgeführten oder vorbereiteten Maßnahmen wurde der 15. Jänner bestimmt. Man kann auf das Ergebnis dieser Aktion gespannt sein. Jedenfalls muß jeder Schulfreund dem Abgeordneten Glöckel für sein ebenso sachliches als mannhaftes Eintreten in dieser hochwichtigen Frage dankbar sein.

* * *

(Organisierung von Professoren.) Im Kreise der Mittelschulprofessoren ist seit langer Zeit eine Bewegung im Zuge, die eine Regelung der Professorengelälter bezweckt. In einer heute abend abgehaltenen Konferenz des Landesklubs der Mittelschulprofessoren, der Dr. Martin Schmidt vorsah, machte Generalsekretär Marcel Benedek Mitteilung von den Antworten auf die Rundfragen, die in bezug auf Honorierung der Nebenbeschäftigung der Professoren an diese gerichtet worden waren, eingelaufen sind. Der Berichtstatter beantragte, daß das Honorar der Privatstunden in Budapest für diplomierte Professoren mindestens 10 Kronen, in den Privatschulen pro Jahr mindestens 200 Kronen betragen möge. Dr. Bilner urgierete die Organisation der Professoren, da ihre Beschlüsse sonst keine Sanction hätten. Dr. Czukor sprach über die Notwendigkeit der Errichtung einer Professorenkammer. Hätten die Professoren nicht nur moralische, sondern auch wirtschaftliche Körperschaften, sagte der Redner, so würde die unmögliche Situation aufhören, daß mit Professoren so demütigend umgegangen würde, wie dies zuletzt die Hauptstadt getan hat, die in einer Verordnung mitteilte, sie habe für die Professoren einen — Schuhmacherlehrling errichtet. Nach mehreren ziemlich heftigen Ausfällen beschloß die Konferenz, daß das Minimalhonorar pro Privatstunde 10 Kronen, in den Privatschulen das jährliche Stundenhonorar für Privallektionen mindestens 250 Kronen zu betragen habe. Es wurde auch ausgesprochen, daß die Einhaltung dieses Beschlusses eine moralische und Ehrenpflicht jedes Professors und Lehramtskandidaten sei.

*** (Die Lehrer im Kriegsdienste.)** Der Unterrichtsminister hat in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses eine Reihe von Interpellationen beantwortet, welche die Enthebung mindertauglicher Lehrpersonen vom Kriegsdienste verlangen. Die Unterrichtsverwaltung, betonte der Minister, war sich der Fortführung eines möglichst geregelter Unterrichtsbetriebes stets bewußt. In dieser Erkenntnis haben auch die kompetenten militärischen Zentralstellen bereits im Jahre 1915 eine sehr große Anzahl frontdienstuntauglicher Lehrpersonen vom Militärdienst enthoben. In der Folge hat sich das Ministerium behufs Erreichung einer weiteren und raschen Abhilfe gegen den Lehrermangel mit dem Landesverteidigungsministerium in Verbindung gesetzt, um die Frage der generellen Enthebung frontdienstuntauglicher Lehrer zu erörtern. Der Minister für Landesverteidigung hat nun in Willfährigkeit dieser Anregung mit dem Erlasse vom 29. November d. J. verfügt, daß die im Hinterland in militärischer Dienstleistung befindlichen frontdienstuntauglichen Lehrpersonen der Staats-, Landes- und Kommunallehranstalten, welche dem Mannschaftsstand angehören und als dauernd frontdienstuntauglich und nur zu Hilfsdiensten geeignet befunden werden, mit 1. Dezember 1917 bis 15. Juli 1918 provisorisch enthoben werden, sofern dieselben durch Dokumente nachweisen, daß sie staatslich für das Lehramt geprüft und im Besitze eines Anstellungsdekretes sind. Falls eine Weiterenthebung

dieser Lehrkräfte über den gedachten Termin sich in den konkreten Fällen als notwendig erweisen wird, werden die Unterbehörden rechtzeitig vorchriftsmäßige Enthebungsansuchen einzubringen haben. Der generellen provisorischen Enthebung werden jedoch die zu Bewachungsdiensten qualifizierte Lehrpersonen und die zu Hilfsdiensten qualifizierten Präsenzdenkpflichtigen nicht zugeführt.

Die Salzburger Universität.

Die Einzelheiten des Kompromisses.

Salzburg, 3. Dezember. (Privattele-gramm.) Dem „Salzburger Volksblatt“ wird von gutunterrichteter Seite mitgeteilt: In der letzten Zeit sind verschiedene Ausstreunungen über die Errichtung der k. k. Kaiser Karl-Universität in Salzburg ins Publikum gelangt, die geeignet sind, eine irrige Auffassung über das zustande gekommene Kompromiß auskommen zu lassen. Wie uns schon seinerzeit von autoritativer Seite mitgeteilt wurde, soll die in Salzburg zu errichtende Universität in ganz gleicher Weise eingerichtet sein wie die deutschen Universitäten in Prag, Innsbruck, Graz, Wien und Czernowitz.

Es soll eine k. k. Universität mit deutscher Vortragsprache errichtet werden. Nur in einer Beziehung ist eine Abänderung dahin geplant, daß fünf Lehrfächer an den weltlichen Fakultäten doppelt besetzt werden, eines an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät, drei an der philosophischen und eines an der medizinischen Fakultät. Für jedes Fach werden zwei Professoren ernannt. Einer davon ist ein sogenannter Vortragsprofessor, der zweite ein rein staatlicher Professor, so daß jedes von diesen Fächern von zwei Lehrern vorgetragen wird. Beide Lehrkräfte sollen gleichberechtigt sein.

Auch die Vorschläge für die Besetzung der Vortragsprofessuren an das Ministerium werden wie bei den übrigen Professuren durch das Professorenkollegium gemacht, und diesfalls ist die wissenschaftliche Befähigung der Anwärter maßgebend. Erst auf die diesbezüglichen Vorschläge des Ministers an den Kaiser hat die Ernennung der Vortragsprofessoren in Uebereinstimmung mit dem Fürsterzbischof von Salzburg zu erfolgen. Außerdem ist noch eine Lehrkanzel an der theologischen Fakultät, die bereits in Salzburg besteht, als Vortragsprofessur in Aussicht genommen. Die wesentliche Voraussetzung für die Errichtung und jeweilige Besetzung einer Vortragsprofessur ist ferner, daß die betreffende Lehrkanzel bereits von einem vom Staate ernannten Lehrer besetzt ist. Dieser Lehrer muß ebenfalls Ordinarius oder Extraordinarius sein und diese Professur ist eine vollkommen gleichwertige Einrichtung. Dasselbe gilt auch bezüglich der Institute, der Seminarier und der Prüfungskommissionen. Der Aufwand für die Vortragsprofessoren wird vom Fürsterzbischof Salzburg im Einvernehmen mit der k. k. Regierung bestritten.

Das Blatt teilt mit, daß in dem Kompromiß von freierlicher Seite nahezu dreißig Vertrauensmänner, die öffentliche Stellungen einnehmen, mitgearbeitet haben. Es sind dies die Reichsratsabgeordneten des Landes Salzburg, zahlreiche Landtagsabgeordnete, die Vertreter des Landesauschusses, die Vertreter der Handelskammer und des Handelsgremiums, die Vertreter des Gemeinderates und auch Vertreter der Hochschulkurse, die viele Jahre lang die Kurse in Salzburg geleitet haben. Nur ein beauftragter Vertreter des Hochschulvereines war nicht zugegen, weil sich der Obmann des Hochschulvereines grundätzlich gegen jedes Kompromiß ausgesprochen hatte. Ueberdies war eine ganze Reihe von Universitätsprofessoren, die sich für das Zustandekommen des Projektes interessiert hatten, ebenfalls den Kompromißverhandlungen zugezogen worden.

Förderung begabter Landkinder.

Ein Vorschlag nach Berliner Muster.

Die Förderung der begabten Volksschüler ist der Leitgedanke der künftigen Schulreform. Nur wenn fortdauernd Kräfte aus den unteren Schichten für die höheren gewonnen werden, ist überhaupt ein Weiterstreiten des Volkes, eine wirkliche Auslese der Tüchtigsten möglich. Fast sämtliche Schulreformer aber sehen die Dinge nur von den städtischen Verhältnissen aus an, ohne zu bedenken, daß es in Preußen zwar 1276 Städte, dafür aber 85 970 Landgemeinden und 15 368 Gutsbezirke im ganzen gibt. (Die Zahlen vom 1. Dezember 1910, Statistisches Jahrbuch von 1915.) Sollte da nicht die Wahrscheinlichkeit dafür sprechen, daß ebensoviele begabte Kinder auf dem Lande wie in den Städten geboren werden? Wie steht es nun um ihren Aufstieg?

Zunächst kann dieser nur gewährleistet werden, wenn auch auf der Unterstufe genügender Unterricht (etwa 22 Wochenstunden) erteilt wird. Das aber ist erst bei dreiklassigen Volksschulen — es gibt auch ein- und zweiklassige und sogar Halbtagschulen — und auch bei diesen nur, wenn drei Lehrkräfte an ihnen unterrichtet, der Fall. Und nun ist das Wunderliche, daß es in Preußen eine Statistik der Volksschulen nicht gibt. Man tappt also, will man die Frage für den ganzen Staat lösen, im Dunkeln. Prof. Werbter, der bekannte Statistiker, untersucht daher in dem heute erschienenen „Deutschen Philologenblatt“ das Vorkommen der einzelnen Volksschularten in einem vorwiegend ländlichen Regierungsbezirk Hildesheim — seine Zahlen muß er aus dem Jahre 1902 nehmen.

Da zeigt sich nun, daß erst in Gemeinden von 1000 und mehr Einwohnern derart ausgestattete Volksschulen vorausgesetzt werden können, daß von ihnen der Uebergang zu Mittel- und höheren Schulen ohne Zeitverlust überhaupt möglich ist. Weiter aber ergibt sich, daß in den vorwiegend ländlichen Gebieten Preußens allerhöchstens die Hälfte aller Kinder derartige Anstalten besucht, bzw. besuchen kann. Endlich können auch nur an den Orten die Kinder ungehindert aufsteigen, an denen Mittel- und höhere Schulen vorhanden sind: auch dieser Umstand beschränkt die Aufstiegsmöglichkeiten erheblich.

Werbter fordert daher — und diese Lösung ist völlig neu —, daß nach dem Beispiel Berlins die einzelnen Provinzialverwaltungen die Pflege der Förderung begabter Landkinder übernehmen sollen. Dazu sollen sie Sonderschulen schaffen, in die diese Schüler übertreten, und in denen sie ohne grundstürzende Änderungen unseres Schulsystems für sich unterrichtet und weitergebracht werden. Nur dadurch, daß man diese Aufgabe auf die Schullern der leistungsfähigen Provinzialverbände legt, die zudem durch ihre Verschiedenartigkeit die nötige Mannigfaltigkeit der Einrichtungen gewährleisten, wird auch das Land in den Strom der Aufwärtsbewegung mit hineingezogen werden. **Hi.**

Wissenschaft und Hochschule.

* **Wolle staatswissenschaftliche Fakultäten nach dem Kriege?**
Eine wichtige Anregung wird, anscheinend von bedeutsamer Seite, in der „München-Mugsburger Abendzeitung“ an leitender Stelle des Blattes gemacht. Es werden für die Entwicklung nach dem Kriege volle staatswissenschaftliche Fakultäten für alle Universitäten gefordert. In der Anregung heißt es: „Die gesamte Verwaltungswissenschaft — wie sie jetzt sich auszugestalten im Begriffe ist — muß auf unseren deutschen Hochschulen vertreten sein, also Verwaltungspolitik, Verwaltungslehre und Verwaltungsrecht. In der staatswissenschaftlichen Fakultät müssen Verwaltungspolitik und Verwaltungslehre als Lehrfächer vertreten sein, und was das Verwaltungsrecht anlangt, so wird bei Belassung desselben in der juristischen Fakultät durch Verstaatlichung der beiden Fakultäten dafür zu sorgen sein, daß in einem besonderen der staatswirtschaftlichen Fakultät anzugliedernden Seminar auch die verwaltungswissenschaftlichen Übungen ihre Stelle finden. Es ist hohe Zeit, daß die bayrischen Universitäten und vor allem München hier zugreifen. Einerseits macht sich das wohl nicht berechnete Verlangen nach Zentralfikation des Unterrichts in der Verwaltungswissenschaft in einer besonderen deutschen Universität geltend; anderseits sind einzelne Hochschulen mit Erfolg am Werk, so z. B. Breslau. Bayern darf da nicht zurückbleiben, der Verwaltungswissenschaft die ihr gebührende Stelle im Hochschulunterricht einzuräumen.“

5./XII. 1917

Schulen als Kriegseleistungsobjekte. S. M. Schneider legte in der letzten Sitzung des Stadtraates einen Bericht über die mit der Militärverwaltung geflohenen Verhandlungen wegen Rückstellung städtischer Schulgebäude an die Gemeinde Wien vor. Seit Kriegsbeginn bis Mitte November wurden der Gemeinde Wien 83 Schulgebäude (111 Schulen) zurückgestellt. Gegenwärtig stehen noch 123 Schulgebäude (161 Schulen) in militärischer Verwendung. Als Entschädigung für die Benützung der bereits übergebenen Schulen wurden von der Militärverwaltung 529.601 Kr. angewiesen, wobei die nicht unbedeutlichen Kosten der in den Kriegseleistungsobjekten durch die Militärverwaltung in natura erfolgten häuslichen Herstellungen nicht mitveranschlagt sind. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

* Förderung hochbegabter Volksschüler. Zur Förderung hochbegabter Volksschüler hat der Rat der Stadt Leipzig ein jährliches Berechnungsgeld von 50 000 M. bewilligt und die Stadtverordneten hierzu um ihre Zustimmung ersucht. In der Ratsvorlage heißt es: Um hervorragend begabten Knaben nach Abschluß der Volksschulbildung den Uebergang in eine höhere Schule zu ermöglichen, wird mit der Nikolaischule (Reformschule) und der Oberrealschule je eine Untertertia verbunden, in die hervorragend begabte Schüler der Volksschule nach deren Vollendung aufgenommen werden. In dieser Sonderklasse wird nach einem besonderen Lehrplane unterrichtet, der sich — soweit nicht neue Fächer auftreten — eng an den der Volksschule anschließt, und in dem Deutsch und zunächst Französisch als Fremdsprache im Vordergrund stehen, letzteres mit mindestens 12 Wochenstunden. Die Stunden in den übrigen Fächern sind so weit zu beschränken, daß sie nur als Wiederholung des in der Volksschule Gelernten dienen. Zu den Sprachen kommt Mathematik mit vier Stunden zur Erweiterung und Vertiefung der bereits gewonnenen Kenntnisse. Nach dreiviertel Jahren wird das Französische auf sechs Stunden herabgesetzt, und die frei gewordenen sechs Stunden werden auf die zweite Fremdsprache (Latein oder Englisch) verwendet. Diese Klasse wird als Obertertia als Sonderklasse fortgesetzt; nach zweijährigem Besuche der Sonderklassen tritt der Schüler in die Normalklasse seiner Anstalt ein. Die Aufnahme in diese Sonderklasse erfolgt ohne Aufnahmeprüfung. Es sind Mittel bereitzustellen, damit den in die Sonderklasse Eintretenden auf Antrag der Erziehungspflichtigen im Bedarfsfalle Schulgeldfreiheit und Freiheit der Lehrmittel, sowie ein jährlicher Unterhaltsbeitrag gewährt werden können. Für die Schüler sind im Schulgebäude Arbeitsstunden einzurichten, wo sie frei von allem Zwang unter Aufsicht eines Lehrers ihre Schularbeiten erledigen können.

13./XII. 1914

230

• (Neuerliche Demonstrationen an der Universität.) Bei einer Friedenskundgebung kam es gestern zu neuen Ruhestörungen an der Universität. Der Rektor erließ hierauf folgende Kundgebung: Neuerlich ist am gestrigen Abend die Ordnung an der Universität durch eine Gruppe von Studierenden gestört worden, die unter dem Titel einer Friedenskundgebung in der Vorhalle der Universität eine lärmende Ansammlung bereiteten. Ich rüge das dem akademischen Anstande widersprechende Benehmen der Ruhestörer auf das strengste. Die wegen Unverschämtheit gegen die amtlichen Organe zur disziplinären Verantwortung gezogenen Studierenden werden der gebührenden Bestrafung zugeführt werden. Die Vorfälle geben mir Anlaß, daran zu erinnern, daß die Veranstaltung von Versammlungen in den Höfen, Gängen, Stiegen und Vorhallen der Universität, das Absingen von Liedern und das Halten von Reden daselbst verboten ist. Dieses bestehende Verbot wird neuerlich zur Darnachachtung nachdrücklich eingeschärft. Ich ordne an, daß bis auf weiteres die Aula der Universität für den Verkehr gesperrt bleibe, wodurch der Zugang zum Universitätshauptgebäude auf die Seitentore beschränkt wird, und behalte mir vor, erforderlichenfalls die Vorweisung der Legitimationen an diesen Toren zu verfügen. Für die Dauer der Sperrung der Aula wird die Ansfolgung der Post und der Verkauf der Druckarten durch den Universitätsportier nur in der Zeit von 10 bis 12 Uhr vormittags im Hochparterre des Juristentraktes (am Fuße der Hauptstiege) stattfinden. Der Zutritt zu den Quästurräumen für Parteien wird

auf den rückwärtigen Eingang (neben dem Einreichungsschalter) und auf dieselben Stunden beschränkt. Der Rektor: Doktor
S. S. Meyer m. p.

Ausgestaltung der Wiener Technik.

Zweieinhalb Millionen Kronen für das Projekt gesichert.

Eine für die österreichische Technikerenschaft überaus erfreuliche Nachricht geht uns aus Industriellentreifen zu. Die Wiener Technik, durch ihre beschränkten Räumlichkeiten seit vielen Jahren ein Sorgenkind der Stadt, des Landes und der Regierung, hauptsächlich aber der Technikerenschaft, wird den notwendigen Ausbau in absehbarer Zeit erhalten. Mit finanzieller Hilfe aus industriellen Kreisen und einer Schenkung der Gemeinde Wien wird es ermöglicht werden, nahe der Mutteranstalt der Technik, im 3. Bezirk, den für die Technische Hochschule so notwendigen Zubau zu errichten.

Ueber dieses Projekt erfahren wir folgendes: Der Ausbau der Technik wie die Neuschaffung von Laboratorien war seit langem ein sehnlicher Wunsch der österreichischen Technikerenschaft. Immer wieder hat man aufs Ausland verwiesen, wo man dem Ausbau der Technik große Aufmerksamkeit schenkte, was zur Folge hatte, daß unsere jungen Techniker nach fremden Hochschulen sich wandten und dem Vaterlande so verloren gingen. Wiederholt hat man sich an die Unterrichtsverwaltung mit der Bitte um Abhilfe gewendet, die Hilfe blieb aber lange aus. Endlich entstand das Projekt, der Technik eine Nebenschule in Lainz bei Wien zu erbauen. Diesem Projekt des Finanz-

ministeriums lag die Billigkeit des Areals außerhalb Wiens zugrunde. Der Plan fand aber nicht die Zustimmung des Professorenkollegiums, da man die Entfernung von der Mutteranstalt bis Lainz viel zu weit fand. Und es blieb wieder bei den alten Mühen und Beschwerclichkeiten in der Wiener Technik.

Nun hat am Dienstag über Veranlassung des Bürgermeisters Dr. Richard Weiskirchner eine Sitzung im Rathause stattgefunden, an der hervorragende Vertreter aus industriellen und finanziellen Kreisen teilgenommen haben, die sich mit dem Ausbau der Technik befaßten. Bei dieser Beratung waren zugegen: der Rektor der Technik Professor Bamberger, Generaldirektor Wilhelm Rastanek, Bergrat M. Ritter v. Gutmann, Abgeordneter Max Friedmann, Präsident Dr. Josef Kranz, Friß Baron Liebig, Zuderindustrieller Dr. Heinrich Frieß, Großindustrieller Urban, Sektionschef Brosche, Baumwollindustrieller Semberger und Direktor Ehrhardt vom Dreher.

Der Bürgermeister legte in einem einleitenden Referat die Bedeutung der Ausgestaltung der Technik dar, ein zweites Referat erstattete Rektor Professor Bamberger. Nach diesen beiden Referaten wurde aus industriellen Kreisen der Antrag gestellt, einen Betrag von zwei Millionen Kronen für den Ankauf von Gründen auf dem Landstraßergürtel, Eigentum der Austro-belgischen Gesellschaft, zu widmen. Daraufhin erklärte Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die Gründe der Gemeinde Wien, die sich an die Gründe der Austro-belgischen Gesellschaft anschließen, im Namen der Stadt der Millionensiftung anzugliedern.

Ueber Antrag des Bergrates Ritter von Gutmann wurde darauf beschlossen, die Widmung zu benennen: „Kaiser Karl-Widmung der Industrie und der Gemeinde Wien zur Ausgestaltung der Wiener Technik“.

Abg. Dr. Friedmann über das Projekt.

Ueber den Ausbau der Technik äußerte sich Abg. Max Friedmann zu einem unserer Redakteure:

Daß die Räumlichkeiten der Technik vollkommen unzureichend waren, ist eine allbekannte Tatsache. Es bestand wohl seit einigen Jahren das Projekt, für die Lehrbehelfe der Technischen Hochschule ein großes Gebäude zu errichten, aber dieser Bau sollte in Lainz, nahe bei Mauer, errichtet werden, wogegen sich aber das Professorenkollegium der Technik wie auch andere Gelehrtenkreise aussprachen, da ihnen die Entfernung zu groß schien. Zwar wollte man mit einer zu erbauenden Untergrundbahn nach Lainz die Bedenken der weiten Entfernung beschwichtigen, doch konnte sich der Plan auch so nicht durchsetzen.

Dadurch, daß unsere Technik mit dem fortwährenden Ausbau anderer technischer Hochschulen, zum Beispiel der Berliner Technik, nicht Schritt zu halten vermochte, gingen unserer Industrie, unserm Vaterland viele junge Talente verloren. Es wandten sich viele Studenten dem Auslande zu, und so könnte man wohl manche technische Verbesserung und Erfindung in Oesterreich verbuchen, die von einem Oesterreicher im fremden Land heute verwertet und diesem gutgeschrieben wird.

Nun hat die Zweimillionenwidmung der Industrie wie die Grundschenkung der Gemeinde Wien im Wert von 600,000 Kronen den Ausbau der Technik in nahe Erfüllung gebracht. Der Platz, der für den Neubau in Aussicht genommen wurde, ist in der Nähe des Maria Josefa-Parks auf dem Landstraßergürtel. Alle Anwesenden waren darüber einer Meinung, daß dieser Platz den Wünschen der Professoren an der Technischen Hochschule wie auch den Hören vollkommen entspreche. Der Plan des Ausbaues der Technik wird demnächst der Regierung vorgelegt werden.

Die Institute im Neubau.

Ueber den Neubau der Technik erfahren wir aus Professorentreisen noch folgendes:

Für den Neubau soll der Grund zwischen Arsenal und Alpbahnbahn erworben werden, der vollkommen entsprechend, schön und ziemlich groß ist. Allerdings kostet er viel Geld. Eine Erweiterung des Bauplatzes, auf dem sich die Technik gegenwärtig befindet, ist ganz un-

möglich; die Grundpreise sind hier viel zu teuer. Man muß daher an einen Grund denken, der auch eine weitere Ausgestaltung des aufzuführenden Neubaus in der Zukunft gestattet. Mehnlich lagen die Verhältnisse für die Berliner Technik; sie wurde nach Charlottenburg verlegt, weil der Grund dort billiger war; auf dem neuen Platz sind die Grundpreise nun wieder gestiegen, und nun wird die Technik nach Plöbensee verlegt. Das Emporgehen der Grundpreise auf dem alten Platz ermöglichte dann immer den Ankauf neuer, wenn auch weiter gelegener, aber geräumigerer Bauplätze.

Im Neubau der Technik sollen zunächst die chemische Schule und die Maschinenbauerschule untergebracht werden; alle andern Institute verbleiben vorerst im alten Gebäude.

Was mit diesem alten Gebäude nach vollständiger Ueberfiedlung in die neue Technik geschehen soll, darüber bestehen noch Meinungsverschiedenheiten; ein endgültiger Beschluß konnte demnach noch nicht gefaßt werden.

Vorzeitige Schulferien.

Wie wir erfahren, ist es infolge des Kohlenmangels notwendig geworden, in einzelnen Kategorien von Wiener Schulen vorzeitig die Weihnachtsferien eintreten zu lassen. Alle gewerblichen Lehranstalten stellten mit dem gestrigen Tage den Unterricht ein und werden erst am 2. Januar wieder den Unterricht aufnehmen. Was die Realschulen anlangt, so ist an einzelnen Anstalten der Unterricht ebenfalls bereits eingestellt worden, weitere Schulanstalten werden in den nächsten Tagen Ferien eintreten lassen. Dieser vorzeitige Ferienbeginn ist eine Folge des Kohlenmangels in den betreffenden Schulen. In den Volksschulen ist bisher keine Verfügung bezüglich eines früheren Ferienbeginnes getroffen worden, und es dürfte der Schluß normal eintreten. Von vielen Schülern wird über die unerträglich niedrigen Temperaturen in den Schulzimmern geklagt. Zahlreiche Kinder sind auch bereits infolge der ungenügenden Heizung erkrankt.

Die Weihnachtsferien der Schulen.

Entgegen der vielfach verbreiteten Meinung, daß ein genereller Erlaß des Landes Schulrates die Erstreckung der Weihnachtsferien an den niederösterreichischen Mittelschulen bis inclusive 6. Januar kommenden Jahres vorsieht, wird uns vom Landes Schulrat Baron Czapska des niederösterreichischen Landes Schulrates versichert, daß ein Erlaß in dieser generellen Form nicht vorliegt. So sehr es einerseits das Bestreben der Schulbehörden ist, den Unterrichtsbetrieb nicht durch neuauftauchende schulfreie Tage oder durch Verlängerung der gesetzlich vorgeschriebenen Ferien zu stören, so mußte doch auf den Mangel an Kohlen und Heizmaterial auch im Zusammenhang mit den Weihnachtsferien Rücksicht genommen werden. Das Unterrichtsministerium sah sich daher veranlaßt, die Frage einer Verlängerung der Weihnachtsferien dem Landes Schulrat zur individuellen Behandlung freizugeben. Auf Ansuchen der einzelnen Schulleitungen sowohl von Mittelschulen als auch von Lehrerbildungsanstalten, Bürger- und Volksschulen und im Einvernehmen mit diesen Schulleitungen wurden daher für einzelne Unterrichtsanstalten die Ferien bis zum 6. Januar erstreckt. Es wurde dabei insbesondere darauf Rücksicht genommen, daß diese Ausdehnung der Ferien dort eintritt, wo ein großer Prozentsatz von Schülern während der Weihnachtszeit in die Heimat abgereist ist. Aber auch an anderen Anstalten, die vornehmlich von der heimischen Bevölkerung besucht werden, wurde es den Schulleitungen freigestellt, einzelne, außerhalb des Schulortes wohnende Ködlinge bis zum 7. Januar zu beurlauben. Man nahm hierbei speziell darauf Bedacht, die Schüler nicht dem Verkehrsandrang, der zwischen Weihnachten und Neujahr zu gewärtigen war, auszuweichen. Die Frage der verlängerten Weihnachtsferien ist somit einer durchaus individuellen Behandlung anheimgestellt.

Die „Rechtsakademie für Frauen“. Aus dem Felde erhalten wir folgende Zeilen: Verehrliche Redaktion! Aus den Wiener Zeitungen, die wir hier und da durch Zufall jetzt bekommen, lesen wir, daß vor einigen Tagen in Wien mit dem üblichen Gepränge die Eröffnung einer Rechtsakademie für Frauen stattgefunden hat, die der Vorläufer der Zulassung der Frauen zum Rechtsstudium sein soll, und daß Hofrat Bernacki und andere Universitätsprofessoren die Anreger und Förderer dieser „so bedeutamen Schöpfung“ sind. Also, während so viele brave junge Juristen im Felde stehen, für das Vaterland kämpfen, hungern und frieren, haben ihre akademischen Lehrer und „Führer“ keine anderen Sorgen, als ihren Schülern nach der Rückkehr aus dem Kriege ihr Fortkommen durch neue Konkurrenz möglichst zu erschweren. Es ist für die vielen im Felde stehenden Studenten der Fortbetrieb der Universitäten schon ein großes, nicht wieder gutzumachendes Unrecht, durch das so viele Untaugliche oder sagen wir solche, die sich den richtigen Befund zu verschaffen wissen, einen mehrjährigen Vorsprung vor denen erlangen, die dem Vaterlande, also dem Staate, indessen so schwere Dienste leisten müssen. Gar mancher von diesen einst Untauglichen, die im Kriege ihre Studien beendeten, ist in ein Amt eingetreten, und als er dann tauglich befunden wurde, als unentbehrlich enthoben worden. In Deutschland bemühten sich die Universitäten, ihren Hörern an der Front Wiederholungs- und Einführungskurse abzuhalten, die mit größter Begeisterung von den Betroffenen begrüßt und auch besucht wurden. Unsere akademischen Lehrer scheinen sich dessen gar nicht bewußt zu sein, daß viele ihrer einsiligen Hörer gegenwärtig am Kriege einigermaßen beteiligt sind und daß diese schwere Nachteile in ihrer bürgerlichen Existenz — ganz abgesehen von allen anderen Opfern — schon durch das bald vierjährige Herausgeworfensein aus dem Studium erleiden. Auch ins Feld ist der Aufruf gesandt worden, in dem viele Universitätsprofessoren für das Weiterkämpfen bis zum Siegfrieden eintreten und dadurch die jetzige Tätigkeit dieser ihrer Hörer als weiterhin notwendig bezeichnen. Zum Dank für alles aber werden noch ein paar hundert Wiener Damen, die infolge ihrer Beziehungen späterhin leicht ihr Unterkommen als juristische Kräfte finden werden, als wirksame Konkurrenz herangebildet. Es hieß doch vor dem Kriege immer, wir haben zu viel Juristen, und der Krieg dürfte ja außer bei dem jungen Nachwuchs nicht viel geändert haben — daher wird unter Patenschaft der Universitätsprofessoren ausgerechnet im Kriege eine weibliche Rechtsakademie in Wien gegründet! — Vivat academia! Dr. d. R., Oberleutnant i. d. R. und Kommandant einer Infanterie-Maschinengewehrkompanie.

29. VII. 1917

Der Militärdienst der Hochschüler. Im Unterrichtsministerium fand heute unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Johann v. Löth eine Konferenz statt, die sich mit der Frage befaßte, wie der Militärdienst leistenden Jugend die Fortsetzung ihrer Studien erleichtert werden soll. Die Konferenz nahm die Mittheilung zur Kenntniß, daß mit dem Kriegs- und Gesundheitsministerium Verhandlungen gepflogen werden, damit wenigstens jenen Hochschülern, die bereits

ein Jahr Militärdienst geleistet haben und die im Sinne der einschlägigen Vorschriften Prüfungen (Mgrosen) ablegen könnten, zu diesem Behufe in Turnussen vierwöchige Urlaube gewährt werden. Jene Hochschüler, die noch ein oder mehrere Semester hören müssen, um zur Ablegung der Mgrosen befähigt zu sein, sollen in Turnussen für je drei Monate nach dem Siege einer Hochschule transferirt werden.

„Der Friedensschluß mit unsern Söhnen.“ Unter diesem Titel veröffentlicht das „Berl. Tageblatt“ zu der Frage, ob die „Matura“ noch Existenzberechtigung habe, Stimmen hervorragender Geister auf dem Gebiete des deutschen Unterrichtswesens, die sich alle, und zwar zum Teil mit dem lebhaftesten Ausdruck innerer Ueberzeugung für die Abschaffung des Abiturientenexamens aussprechen. Der bayerische Unterrichtsminister Dr. v. Knilling führt unter andern aus, daß der achtsjährige Besuch des Gymnasiums und nicht die Prüfung das Zeugnis für die Reife oder Unreife des Schülers gebe. Lehrer und Schüler würden sich auch mit größerer Freiheit und Ruhe dem eigentlichen Ziele des Unterrichtes in den oberen Klassen hingeben, wenn ihnen nicht das Schreckgespenst der Reifeprüfung drohend vor Augen stünde. Der berühmte Psychologe Geheimer Rat Professor Doktor Wilhelm Wund (Leipzig) erklärt, daß es gute Schüler gebe, die schlechte Examinanten seien, weil sie leicht verwirrt werden und dann nur schwer aus sich heraus können. Das Kollegium der Lehrer müßte aber auch ohne spezielle Prüfung beurteilen können, ob ein Schüler zum Universitätsbesuch reif sei oder nicht. Der bekannte geniale Mathematiker und Philosoph Albert Einstein hält die Maturitätsprüfung nicht nur für unnütz, sondern auch für schädlich und weist darauf hin, daß viele Männer durch die überstandenen Schrecken der Maturitätsprüfung noch bis ins späte Mannesalter hinein von Angsträumen verfolgt würden. Professor Dr. Friedrich Kraus (Berlin) wendet sich in einer scharfen Polemik gegen die bestehenden Unterrichtsmethoden, die durch ein Prüfungssystem auf der Basis überflüssigen Gedächtnisstoffes nicht verbessert würden. „Nicht prüfen“, ruft er aus, „sondern besser unterrichten!“ Der Münchner Universitätsprofessor Dr. Franz Munder erklärt, daß schon der Gewinn, der durch Vermeidung der anstrengenden Vorarbeiten für die Reifeprüfung erwächst, lebhaft zu begrüßen wäre und alle andern etwaigen Bedenken reichlich aufwiegen würden. In einem Schlußworte betont der Schriftsteller Thomas Mann, daß die letzten Jahrzehnte ein freies, modernes Lehrgeschlecht hervorgebracht hätten und jede Umfrage unter diesen Pädagogen wohl zu einer Katastrophe für die Einrichtung des Abiturientenexamens werden würde.

29./XII. 1912.

29
239

Studienreferendar, Studienassessor und Studienrat.
Durch einen Erlaß des Unterrichtsministers werden, wie die „Germania“ zu melden weiß, für die preussischen Oberlehrer neue Amtsbezeichnungen eingeführt. Die Kandidaten des höheren Lehramts und die wissenschaftlichen Hilfslehrer führen fortan den bei den Justiz-, Berg-, Forst- und Postbehörden üblichen Referendar- und Assessorstitel. Die geprüften Philologen also, die ihr Seminar- und Probejahr durchmachen, werden jetzt als „Studienreferendare“, die wissenschaftlichen Hilfslehrer als „Studienassessoren“ bezeichnet. Der „Oberlehrer“-Titel bleibt. Dagegen werden die älteren Oberlehrer nicht mehr zu Professoren, sondern zu „Studienräten“ ernannt; ältere Professoren und Schulleiter werden wie bisher auch weiter den Titel „Geheimer Studienrat“ erhalten, während der Professortitel nur ausnahmsweise für besondere wissenschaftliche Leistungen an Angehörige des Oberlehrerstandes verliehen werden wird.

30./XII. 1917

240

* **Reform der Schule.** Wir erhalten von sehr geschätzter Seite folgende Zuschrift: Die während der Kriegszeit gemachten Erfahrungen haben die Notwendigkeit ergeben, daß vor allem die Lehrerbildungsanstalt gehoben werden muß. Es ist geplant, dieselbe auf sechs Jahre auszudehnen, vier für die theoretische Ausbildung und zwei besonders für die praktische Schulung; sie soll sogleich an die Bürgerschule angeschlossen und mit einer Volks- und Bürgerschule verbunden werden. Auch eine Abänderung der Befähigungsprüfung ist erforderlich; die praktische Verwendbarkeit wird maßgebend sein. Die Volks- und Bürgerschule wird den Lebensverhältnissen und Lebensbedürfnissen angepaßt werden. Die Schule am Lande unter der ackerbautreibenden Bevölkerung wird ein anderes Lehrziel haben als die Schule an einem Industriorte. Am Lande werden die Kinder im 7. und 8. Schuljahre vertraut zu machen sein mit der Arbeit im Obst-, Gemüse- und Blumengarten, auf einem Versuchsfelde. Sie werden können lernen die einzelnen Maschinen der Landwirtschaft. Sie sollen die Heimat lieb gewinnen und dort ihr Fortkommen suchen. Die Kinder in einem Industriorte werden durch einen entsprechenden Handfertigkeitunterricht sich die manuellen Fertigkeiten für den betreffenden Industriezweig aneignen müssen. Diesbezüglich werden die Lehr- und Lern-, besonders aber die Lesebücher abzuändern sein. Neben der Muttersprache wird eine zweite erforderliche Reichssprache gelehrt und geübt werden. Auf die patriotische und religiöse Erziehung wird eine besondere Sorgfalt anzuwenden sein. Bei Schaffung des Lehrplanes für die jetzige Schule galt der Grundsatz „Wissen ist Macht“; man strebte ein allgemeines Wissen an; bei der Reform der Schule muß ein spezielles Wissen dem Bedarf entsprechend erzielt werden. Ueberproduktion von rein geistigen Arbeitern ist von Nachteil. Unser Vaterland muß in Zukunft reichlich produzieren auf dem Gebiete der Landwirtschaft und der Industrie und dazu müssen die entsprechenden Kräfte herangebildet werden.

Abhandlung
9. I. 1917

Der Schulbücherunfug.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Sehr verehrliche Redaktion! Im Abendblatt der „Reichspost“ vom 3. d. M. hat ein ungenannter Verfasser das erste Heft des vom Unterzeichneten mit Unterstützung des Herrn Handelschulinspektors Doktor Fr. Streinz herausgegebenen Unterrichtswerkes „Aus dem großen Kriege“ einer Besprechung unterzogen und dabei gegen den Inhalt dieses Heftes so starke Vorwürfe erhoben, daß es dem Hauptverantwortlichen dieses Unternehmens, eben dem Unterzeichneten, wohl gestattet sein muß, seine Gegeneinwände zu machen.

Wenn der Verfasser jener Besprechung, vermutlich ein Schulmann, nicht das Erscheinen aller sieben Hefte abwarten wollte, auf die das besprochene Werkchen verteilt ist, so hätte er sich über Plan und Absicht des Ganzen leicht aus einem Vortrag unterrichten können, den der Verfasser am 11. Dezember 1915 im Verein „Mittelschule“ in Wien hielt und der im 80. Jahrgang der Zeitschrift „Oesterreichische Mittelschule“, S. 11 bis 22, abgedruckt ist. Er hätte daraus ersehen, daß die in Rede stehenden Hefte nichts anderes sein wollen, als eine vorläufige Ergänzung zu den deutschen Lesebüchern, die die Möglichkeit gewährt, in dem regelmäßigen Gang des Unterrichtes ab und zu, je nach dem Ermessen des Lehrers, auch solche Lesestücke durchzunehmen, die unmittelbar vom Geiste der Gegenwart, des großen Krieges erfüllt sind. Durchaus waltete bei der Auswahl die Rücksicht auf den praktischen Schulbetrieb vor; die einzelnen Hefte müssen der Altersstufe der Schüler und dem Lehrplan angemessen sein. Dieser schreibt für die erste Klasse „leicht verständliche, kleine erzählende Gedichte, Märchen, Sagen, Fabeln, Erzählungen“ vor, die schon beim Anhören erfaßt werden können; Anschaulichkeit, Frische ist Hauptfordernis.

Demgemäß umfaßte das Programm für die erste Klasse nach den Worten jenes Vortrags „Kriegsaneddoten harmlos heiterer Art, lustige und ergreifende Berichte über Heldentaten und Taten der Menschenliebe im Kriege“, Tiergeschichten, für welche die Kinder bekanntlich große Vorliebe haben, wenig Gedichte, höchstens ein paar kleine Abschiedslieder, Situationsbilder, einfachsten Ausdruck des Vaterlandsgefühls. Ob die Auswahl eine richtige war, darüber wird sich eine Einigung schwerlich erzielen lassen; der Herausgeber kann jedenfalls versichern, daß er jedes Stück gewissenhaft geprüft und sich auch praktisch von seiner Wirkung auf die kleinen Ruben überzeugt hat; er könnte mit Ausdrücken wärmster Zustimmung aufwarten. — Eines aber hätte der Verfasser jener Besprechung doch nicht unterlassen sollen, er hätte doch auch das zweite, mit dem ersten gleichzeitig veröffentlichte Heft ein wenig ansehen sollen; vielleicht hätte es die Leser der „Reichspost“ interessiert, daß von den 23 in diesem Heft enthaltenen Lesestücken 5 — der „Reichspost“ entnommen sind!

Gegen einen Vorwurf besonders muß sich der Verfasser ganz entschieden verwahren: daß nämlich in der Anordnung des Heftchens, dessen zweiter Abschnitt „unseren Verbündeten“ gilt, während erst der dritte von „unseren Soldaten“ erzählt, eine Geringschätzung der Taten unseres Heeres liege. Der Hauptgrund für diese, wenn vielleicht auch nicht glückliche, so doch mindestens lang und gewissenhaft überlegte Anordnung ist im Gegenteil der, daß nach Meinung des Herausgebers die Schlussteile des Buches den stärksten und nachhaltigsten Eindruck machen; er hätte, wenn er die Taten der Deutschen auf die der Unseren hätte folgen lassen, gefürchtet, den Eindruck der österreichischen Leistungen etwas zu verwischen. Weniger wichtig war eine zweite Erwägung, daß nämlich der Lehrer vielleicht schon in der ersten Klasse eine gewisse Uebersicht über den Verlauf der Kriegereignisse geben wird, und bei jedem solchen Versuch wird es sich schon mit Rücksicht auf den chronologischen Verlauf, dann aber auch der größeren Einfachheit halber empfehlen, mit den Ereignissen im Westen zu beginnen.

Uebrigens umfaßt der Abschnitt „Unsere Verbündeten“ sechs Lesestücke, von denen zwei zusammengehören, eines gleichzeitig den Oesterreichern gilt, der Abschnitt „Unsere Soldaten“ acht Lesestücke; der erstgenannte nimmt sechs, der zweite neun Seiten des im ganzen 18 Textseiten zählenden Heftchens ein.

Noch sei vermerkt, daß von den 3 Stücken des letzten Abschnittes „Nach dem Streit“ zwei nicht, wie der Rezensent behauptet, den Feinden, sondern der menschlichen Gesinnung unserer Soldaten gegenüber den Feinden gelten.

In der Erwartung, daß diese Zeilen in Ihrem geschätzten Blatte Aufnahme finden werden, zeichnet mit ausgezeichneter Hochachtung

Dr. Val. Pollak,
Professor am k. k. Staatsgymnasium
in Wien III.

Hierzu einige Bemerkungen: Selbstverständlich muß die Auswahl der Kriegsaufsätze und Gedichte dem Lehrplan und der Altersstufe angepaßt sein. Daß aber ausgerechnet im „Simplizissimus“ die geeignete Quelle für solche Kriegsgedichte gefunden wird und außer dem eines unbekanntem Verfassers und zwei Gedichte von Leo Leipziger und Leo Heller als passend entdeckt werden konnten, ist doch wohl kein bloßer Zufall. Der Verfasser sucht die auffallende Anordnung, daß an erster Stelle die Aufsätze über die „Verbündeten“ gesetzt sind, damit zu begründen, daß in dieser Reihenfolge eine Steigerung der Wirkung gegen den Schluß hin gelegen sei. — Das erste Ergänzungsheft zu dem Mittelschullehrbuch ist der Einführung des Knaben in den Weltkrieg gewidmet. Daß der Knabe die richtige Wertung für die Leistungen seines Vaterlandes dadurch empfängt, wenn ihm in der ganzen ersten Hälfte seines Leseheftes und bei den ersten Eindrücken, die er durch die Mittelschule vom Weltkrieg empfängt, immer nur von anderen erzählt wird, ist schwer anzunehmen. Wenn ein anderes Leseheft besser ist als das erste, so vermag dies an dem Urteil über das erste, das für eine ganze Klasse bestimmt ist, nichts zu ändern.

Akademische Zukunftsfragen.

Mit ernster Sorge schauen weite akademische Kreise aller Fachberufe auf die kommende Gestaltung der Lage ihres Nachwuchses. Vier Fünftel der akademischen Jugend steht unter den Fahnen, die Mehrzahl von ihnen ist seit zweieinhalb Jahren von ihren Studienanstalten getrennt und hat in den allermeisten Fällen den theoretischen Wissensstoff der früheren Arbeit nicht nur nicht ergänzen können, sondern ihn wieder in erheblichem Umfange aus dem Gedächtnis verloren. Einmal wird ja der Krieg schließlich doch zu Ende gehen, und dann werden die Zehntausende von jungen Akademikern Verhältnisse vorfinden, die für sie in keiner Hinsicht ermutigend sein können. Alle anderen Stände sind dann in einer wesentlich günstigeren Lage, weil sie alle in ihrer Berufsvorbereitung unmittelbar von der Praxis ausgegangen sind und sofort wieder in diese zurückfinden können. Der junge Offizier hat nur in seine Garnison heimzukehren, der junge Kaufmann wird bei der Neuorganisation unseres Wirtschaftslebens sofort seinen Posten finden, und des Landwirts harren Aufgaben von hoher Allgemeinbedeutung, denen er sich ohne Verzug widmen kann. Bei dem Studierenden dagegen ist die Aussicht auf ein Vorwärtskommen durch vielerlei Gesichtspunkte erheblich beeinträchtigt. Er ist um mehrere Jahre älter, der Körper ist vielleicht weniger widerstandsfähig, das Gedächtnis ist aus seiner Übung gekommen, und der Geist hat mancherlei von der ach so notwendigen Bücherweisheit über Bord geworfen. So steht er also ungünstiger da als vor Kriegsbeginn. Nun heißt es also lernen, lernen, nachholen. Das kostet aber zunächst viel Geld und viel Zeit. Was nun zunächst die finanzielle Seite angeht, so kann man darauf hinweisen, daß ein großer Teil der Studierenden während des Krieges zum Offizier befördert ist und sich im Felde von den Gehältern ein Erkleckliches zusammengespart hat, das für Studienzwecke nunmehr angewandt werden kann. Sodann wäre es sehr zu erwägen, ob man den Kriegsteilnehmern nicht die Vorlesungsgebühren und sonstigen Universitätsabgaben erlassen könnte, ein Vorschlag, der meines Wissens noch nirgends gemacht worden ist und doch sicherlich eine ganze Reihe von Gründen für sich hat.

Sehr viel schwieriger liegt die Sache mit der Zeitfrage und den Problemen, die mit ihr aufs engste verknüpft sind. Rechnet man das Hochschulstudium zu 9 Semestern, so müßten diejenigen, die kurz vor dem Krieg ihre akademische Ausbildungszeit begannen, schon fast vor den abschließenden Prüfungen stehen. Diese also beginnen mit den viereinhalb Jahren wieder von vorn und hätten noch einmal etwa vier Jahre zu laufen, ehe sie überhaupt seitens der Prüfungskommissionen die Möglichkeit erhalten, sich zum Abschlußexamen zu melden. Wer vor dem Kriege schon in höherem Semester stand, erwirbt sich zwar die Berechtigung zur Ablegung der Prüfung sehr viel eher, doch nützt ihm das gar nichts oder wenig, da er nicht das verlangte Maß an Vorkenntnissen aufbringen kann. Gewiß werden die vor dem Krieg Immatrikulierten in den Listen der Universität weitergeführt, die Semester ihnen also gewissermaßen trotz ihrer Abwesenheit angerechnet, aber ein Anspruch auf normale Zulassung kann, wie die Universitätsbehörden ausdrücklich betonen, daraus nicht hergeleitet werden. Daß man innerhalb der dehnbaren Grenzen aller Bestimmungen in den Einzelfällen Rücksicht nehmen würde, ist selbstverständlich; damit kann aber den Studierenden nicht geholfen sein, denn sie haben es nach den großen Leistungen im Dienste des Vaterlandes nicht nötig, sich von dem Wohlwollen oder der Willkür der Prüfenden abhängig zu machen. Ist nun selbst die erste Vorbedingung für eine spätere Anstellung, das bestandene Examen, glücklich erledigt, so beginnt eine sich über Jahre ausdehnende, durch Vorschriften und Verordnungen genau umschriebene Vorbereitungszeit, in der viele der Kriegsteilnehmer bereits das dreißigste Lebensjahr erreichen werden, ohne daß sie über die Lernjahre hinausgekommen sind und feste Aussichten für eine besoldete Anstellung haben. Vor dem Kriege ließ die ungeheure Auswahl der Bewerber in allen akademischen Berufen solche Zustände vielleicht unvermeidlich und im Interesse der Gesamtheit sogar angebracht erscheinen, nach dem Kriege aber muß dieser ganze bürokratische Apparat geradezu als sinnwidrig erscheinen. Deutschland wird nicht so reich an jungen, den Nachwuchs der nationalen Intelligenz darstellenden Männern sein, daß es jahrelang die brauchbarsten Kräfte in Vorbereitungsdienssten herumwerfen kann, ohne ihnen eine Existenz zu schaffen. Es ist von allerhöchster Wichtigkeit für die Zukunft der Nation, daß die in Betracht kommenden Stellen schon jetzt daran gehen, das alte System von Grund auf umzubilden, anstatt an kleinen Einzelpunkten mit unbedeutenden Wiberungen und geringfügigen Zugeständnissen herumzuflicken.

Das Tor der Zukunft.

Vortrag des Reichsratsabgeordneten Otto Gabel in der Hauptversammlung des Vereines Freie Schule im Kongresshausaal am 7. Jänner 1917.

Ein schönes Stück froher Zuversicht, aber auch bitterster Resignation liegt in den Worten: „Das Tor der Zukunft.“ In Zeiten, wo man auf und unter der Erde, auf und unter dem Wasser und in der Luft sich zu treffen sucht, um Verderben und Tod zu verbreiten, von der besseren und glücklicheren Zukunft zu reden, das erfordert einen unverwundbaren Glauben an die Menschheit, unbegreifliche Zuversicht: Voraussetzungen, die uns allein über die Trostlosigkeit der jetzigen Stunden, über die unendliche Trauer, die jedes Menschenherz erfüllt, hinwegbringen können. Und Resignation? Wir würden uns schlimm belügen, glaubten wir, daß für uns je ein Tag anbrechen werde, an dem wir uns auch nur für kurze Zeit von dem Druck des Krieges befreien könnten. Nie werden wir von dem Anblick krüppelhafter Menschen, von den langen Flügen der Waisenkinder erlöst sein, furchtbare finanzielle Lasten werden auf die Lebenshaltung jedes einzelnen ihren Einfluß ausüben. Der Generation nach uns müssen wir den Weg ebnen, nicht aus Erbarmen, nicht aus gutem Herzen, sondern weil wir zu sühnen versuchen müssen, was unsere Generation an der Menschheit verbrochen, weil wir den Weg der Erlösung suchen müssen von der furchtbar drückenden Erbsünde, die wir unseren Kindern erwirtschaftet haben. Unseren Kindern müssen wir den Weg weisen, wie man rasch und sicher aufsteigt von der Wildnis unserer Tage in den Garten der Zivilisation, wie man klüger wird, damit man nicht das Gebahren und die Gebräuche der Naturvölker zum Muster nimmt, die in der Anwendung brutaler Gewalt die einzige Art der Schlichtung ihrer Interessengegensätze erblickten.

Die Schule ist die bedeutungsvollste Vorbereitungsstätte für das Leben. Sie dem Leben dienstbar zu machen, sie zeitgemäß zu gestalten, das ist das Ziel jeder wirklichen Schulreform. Vielleicht wird es dem Kriege zum Teil zu danken sein, wenn der Staat in Zukunft der Entwicklung der Schule mehr Aufmerksamkeit zuwendet als bisher. Wäre es schrankenlos nach dem Wunsche der Merkanten gegangen, wir hätten heute eine Schule, in der nur Lesen, Schreiben, Rechnen und Religion gelehrt würde, und die Heeresverwaltung würde vergeblich nach geeigneten Leuten suchen, die sie beim Telegraphen-, Telefon-, Brückenbau, Flugzeug und Automobil verwenden könnte. Die heutige Form der Kriegsführung verlangt von jedem einzelnen Selbständigkeit im Handeln, Kaltblütigkeit, Anpassungsfähigkeit. Dort, wo es den Merkanten gelang, ihre Schulwünsche reslos durchzusetzen, sieht man auch die traurigen Folgen. Sie haben die Schulbesuchserleichterungen eingeführt, die bäuerliche Bevölkerung zum Mißtrauen gegen jede Neuerung erzogen und so bewirkt, daß unsere landwirtschaftliche Produktion lange nicht auf der Höhe steht. So kommt es, daß die Spekulation der Entente auf die Aushungerung der Mittelmächte eine Stütze findet in der Rückständigkeit unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung. Nach den Regierungserhebungen entfallen auf hundert Bewohner in Mähren 5,1 Analphabeten, der Reinertrag einer bestimmten Bodenfläche beträgt dort 40-41 Kronen, in Gallizien steigt die Zahl der Analphabeten auf 56 und der Reinertrag fällt auf 8-20 Kronen. Das eine hat der Krieg gelehrt: die erhöhte Bildung ist ein volkswirtschaftlicher Schatz, sie stärkt die Wehrhaftigkeit und Widerstandskraft des Staates, und wer sich zum Träuer und Organisationsrückenstärker

licher Tendenzen hergibt, dem wird es in Zukunft wohl schwer fallen, das Doppelspiel eines Patrioten und Schulstürmers zu wagen!

Man wird sich in Zukunft viel mehr um die schwächeren, schwer arbeitenden Mütter, um die Säuglinge, die vielfach der Engelmacherei preisgegeben werden, kümmern müssen, will man die 140.000 alljährlich lebensfähig geborenen Säuglinge dem Staate erhalten. Welch eifrige Kälte strömt uns aus dem letzten Hirtenbrief entgegen, wo der Herr Kardinal v. Serbsky ausruft, ob es ungerecht ist, wenn jetzt Gott den einzigen Sohn den Eltern nimmt, die ihm so viele andere Kinder vorenthalten? Die Säuglingsfürsorge wird auch an den Ergebnissen der Statistik eine kräftige Stütze finden. Rußland vermehrt sich jährlich um 1.800.000 Menschen, Oesterreich um 240.000. Dazu sei bemerkt, daß die Zahl der Analphabeten im russischen Heere von 60,4 Prozent im Jahre 1903 auf 30,7 Prozent im Jahre 1911 zurückgegangen ist.

Ist das Säuglingsalter überwunden, so überläßt man das Kind Profitmachern, die aus den zarten Kinderfingerchen reichen Gewinn ziehen. Wie gerecht sind die Lose verteilt! Die eine Kindergruppe erzeugt im Erzgebirge die Puppen und Kinderregel in geisttöbender Arbeit, bis sie ermüdet einschläft, die andere umjubelt den Weihnachtsbaum und geht mit dem ersehnten Spielzeug überglücklich zu Bette! Das Fest der heiligen drei Könige erinnert daran, daß einst Könige vor dem Kindlein im Stalle knieten und ihm mit Gold, Weihrauch und Myrrhen huldigten; heute kümmert man sich nur dann um die Kinder, die im Stalle geboren werden, wenn man aus ihnen mit der Erwerbsarbeit Geld exprimieren will. Wir haben die brennende Schande zu tilgen, daß bei uns fast die Hälfte der Schulkinder erwerbsmäßige Kinderarbeit verrichtet, daß es hungernde und stierende Kinder gibt. Wie viel bisher gesündigt wurde, zeigt sich jetzt im Kriege, wo man sich plötzlich der Kinderfürsorge erinnert. Nun wurde vieles überfüllt, wenig überlegt angeordnet — widerrufen, viele rührende Artikel in den Zeitungen geschrieben: die Leistungen bleiben weit hinter dem Mindestmaß zurück.

Schulen wurden zu Spitalern und Kasernen umgewandelt. Die Kinder erhielten Halbtags-, ja Drittelunterricht. Am Anfang des Krieges mag das vielleicht nicht zu umgehen gewesen sein, aber jetzt im dreißigsten Kriegsmonat ist es unfassbar, daß man noch nicht so viele Baracken und geeignete Gebäude für die militärischen Zwecke einrichten konnte, um den Kindern einen geregelten Unterricht zu sichern. Es gibt weidäufige, leerstehende Palais genug, die sich schon darum für Spitalzwecke ganz außerordentlich eignen würden, weil sie mitten in prächtigen Gärten stehen; man ist an ihnen achtlos vorbeigegangen! Die geistige, körperliche und sittliche Verwahrlosung der Jugend schreitet beängstigend fort. Es ist höchste Zeit, daß planmäßig eingegriffen wird. Was man jetzt Kriegskinderfürsorge nennt, ist nicht nur völlig unzureichend, sondern geeignet, die Dessenlichkeit zu täuschen. Die Absicht, den Kindern beispielsweise ein Frühstück zu bieten, ist sicherlich aller Ehren wert. Wenn man aber den Vorhang ein wenig zur Seite zieht, wie diese Aktion durchgeführt wurde, so ist man über die Ungültigkeit des Gebotenen entsetzt. Man schied alle Kinder aus, die auch nur ein Stückchen irdisches Brot zum Frühstück erhielten, und heute gibt es Schulen, wo diesen ganz hungrigen Kindern einmal in der Woche eine Tasse Kaffee geboten wird, die anderen Tage müssen sich die Kinder auf den Festtag durch Fasten vorbereiten. Es gibt nur eine Legitimation zum Empfang der Frühstück-, Mittags- und Abendkost für das Kind und das ist der Hunger. Nie kann Privatwohlthätigkeit wirkliche Erfolge auf diesem Gebiet erzielen. Staatliche und kommunale Mittel, reichlich gegeben, großzügig verwendet, sind unerlässlich.

Aber auch an geistiger Kraft wird an unseren Kindern Raubbau getrieben. Durch den Umstand, daß viel zu viele Schüler einem Lehrer überantwortet werden, bekommt das ganze Schulwesen einen kasernenmäßigen Anstrich, der äußere Schein überwiegt den inneren Wert. Dem Lehrer ist es unmöglich, sich mit der Seelenforschung des Kindes zu beschäftigen. Er muß mechanisieren. Die reiche Fülle, die das tägliche Leben bietet, muß ebenso in dem Schulbetrieb verwendet werden wie die großen historischen Ereignisse. Dadurch wird Lernfreudigkeit erzielt, wird der Unterricht interessant, zeitgemäß und wertvoll für das Leben.

Je mehr die Familie als Erziehungsfaktor durch die wirtschaftlichen Verhältnisse in den Hintergrund gedrängt wird, um so wichtiger sind die öffentlichen Erziehungsanstalten. Dort sollen tüchtig vorgebildete Lebenskundige, warmherzige Lehrer und Lehrerinnen wirken, die den Kindern Achtung vor der Arbeit einflößen. Nicht das beschauliche Leben erhält die Gesellschaft, nicht die zum Gebet verschlangenen Hände schaffen Werte, sondern auf die Tüchtigen, Aufrechten kommt es an! Der Herr Bischof irrt, wenn er die Erfolge unserer Heere auch auf den Gebetssturm zurückführt. Das wäre eine wenig opferreiche Art der Kriegsführung, wozu man zur Vorbereitung allerdings nichts anderes als die Konfordschule brauchen würde.

Es ist eine Existenzfrage für jeden Staat, ob es ihm gelingt, so rasch als möglich die durch den Krieg bewirkten Schäden auszufüllen, Ersatz zu schaffen und auf allen Gebieten die größtmögliche Leistungsfähigkeit zu erreichen. Kein Talent darf verloren gehen! Das Ziel muß sein, die geistige Blüte der Nation zu erfassen und sie auf jene Posten zu stellen, die dem Talent des einzelnen einen ihm entsprechenden Wirkungsbereich und daher Schaffensfreude sichern.

Wollen wir ein modernes Schulwesen, die ungehinderte Entwicklung unserer Jugend in geistiger Beziehung, dann müssen wir die Schule von der liebevollen Umklammerung durch die Kirche befreien. Wir verlangen die Freiheit der Kirche, die Freiheit der Schule, die Voraussetzung dazu ist die Trennung von Kirche und Schule. Es soll jedem Elternpaar freigestellt sein, seine Kinder religiös erziehen zu lassen. Unsitlich ist es, einen Zwang in religiösen Dingen auszuüben. Wenn der Religionsunterricht nicht im Elternhause eine

Stütze findet, muß er wurzellos werden. Das Kind gerät oft in einen Gegensatz zu den Eltern und wird dann in Konflikte hineingetrieben, die entweder für die erzieherische Wirksamkeit der Schule oder des Elternhauses verderblich sein können. Sind die Kinder reifer geworden, merken sie bald die Schwierigkeiten, die sich aus der Oberaufsicht der Kirche über die Schule ergeben. Entweder sie lächeln verständnisvoll oder sie suchen den Katecheten oder den Lehrer durch geschickt gestellte Fragen in Verlegenheit zu bringen. Wie viele Lehrer wurden schon in Disziplinaruntersuchung gezogen, weil sie eine günstige Äußerung über Darwin machten, wie viele Konflikte ergaben sich im Geschichtsunterricht, wenn über Mohammed, Luther, Calvin gesprochen wurde. Warum dies alles? Wir wollen nicht die Priesterherrschaft in der Schule und nicht im öffentlichen Leben, wir wollen keinen Mißbrauch der Religion für politische Dinge, wir wollen keine Verküpfung des Wissens unter lauter Rücksichtnahme auf Moses und die Kirchenväter. Der Staat soll der alleinige Herr der Schule sein, die Eltern, Fachleute und Ärzte die berufenen Verwalter. Wir sind Gegner jedes Merkantilismus. Er zeigt sich in allen Kirchen, dort, wo die betreffende Kirche an der Macht ist. Der katholische in Oesterreich, der protestantische in Deutschland; der jüdische Merkantilismus ist besonders unduldsam und versucht es überall, sich durchzusetzen.

Es ist ein Zeichen der Zeit, daß sowohl der russische Ministerpräsident Trepow in der Duma einen Gesetzentwurf ankündigte, der die Volksbildung auf die breiteste Grundlage stellen soll, als auch die österreichische Regierung Glavin-Martinic-Urban in ihrer offiziellen Erklärung die Ausgestaltung des Volkserziehungswesens verspricht. Die Schulreformbewegung hat begonnen! Es wird unsere Aufgabe sein, dem österreichischen Unterrichtsminister Gelegenheit zu bieten, neben dem geheimen Laborat, das im fürstbischöflichen Palais entstanden ist, das in voller Öffentlichkeit vertretene, aller Kritik zugängliche Schulprogramm der Freien Schule zu überprüfen. Wenn die Tapferen, die die großen Opfer brachten, an den heimatischen Herd zurückkehren, werden ihnen die weitestgehenden Erfolge, die erreichten großen Ziele nicht so ins Bewußtsein kommen wie die Erwägung, ob der Staat, für den sie gekämpft, ihren Kindern die unerlässliche Sorgfalt zuwenden, ob er der unter uns Lebenden Zukunft die Möglichkeit gibt, den immer opferreicher werdenden Lebenskampf leichter bestehen zu können. Nur das Glück des Kindes läßt jedes Opfer vergessen!

Für den Bürokraten ist das Kind Altematerial, für den Geistlichen eine Seele, um die gerungen werden muß, für den tagelöhnernden Schulmeister ein Mittel zum Erwerb: uns aber soll das Kind die Erfüllung unserer Hoffnungen und Wünsche sein, die Fortsetzung und siegreiche Vollendung unseres Kampfes. Wir stellen unser Ringen unter den Schutz der großen Geister aller Jahrhunderte, die unter harten Opfern kulturelle Werte geschaffen, vermehrt und uns vererbt haben mit der Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß weiter gearbeitet, weiter gebaut werde von den Menschen, die nach uns kommen. Wir wollen unsere Pflicht erfüllen, reslos und freudig, wir wollen weisen das Tor der Zukunft und es zu öffnen suchen mit starker Hand!

Abdruck der Originalaufsätze verboten.

Gefechtsstand vor Verdun.

Von Paul Dohms.

Spät traf bei uns, die wir in Brigaden-Regimenten in vorberster Linie ein. Als Gefechtsstand dieses Regiments wurde nicht weit hinter der Kampffront eine Waldecke bezeichnet, die — da sie sich nur noch auf der Karte befand, zur Nachtzeit zu finden Anweisungen an den Spürhund des Führers stellte. Elektrische Glühbirnen verrieten auch nicht den Standort des Stabes, denn hier um Verdun herum standen nach alten Regeln des Festungstriebs die Kämpfer unter der Erde. —

Und schon am kommenden Tage sollte eine neuer Angriff vorbereitet werden.

Schaffen gemeldet hatten, unterwegs liegen. Wir haben die braven Kerle nicht wiedergesehen. Sie sind unter der Erde begraben, andere kamen in Lazaretts. —

Um die Winternachtsstunde durfte der Kommandeur in dem Stollen auf den nackten Brettern sich ein wenig Ruhe gönnen, daneben quetschte sich der Adjutant.

Der Fernsprecher und ich kauerten im Loch und wachten. Der Nichtstumpf qualmte. Wir hockten im verkörperten Unterseeboot unter der Erde und dachten an Helma . . . Berlin . . . und andere Zeiten. Ab und an fiel der Kopf nickend nach vorn und schneite schnell wieder in die Höhe. . . Und allerhand Träume umgaukelten einen im Halbschlaf. Träume vergangener Tage. Um das Kerzenlicht starrten sie wie die Nachtfalter; die lustige Mezzo . . . die singende, trillernde Nachtgall . . . die schwarzhäutige Gina mit den dunklen träumerischen Augen, die tanzende Senia, leicht wie eine Libelle, die Lucia . . . die Käthe . . . die Hanni . . . Geschnürte Sätze, in gleißend Licht gebadet, heimliche Ecken in Räumen mit schweren Teppichen und kostbaren Möbeln . . . Und Blumen . . . Blumen . . . Und unter ihnen wie wechselnde Jahreszeiten der bunte Flor lachender und weinender Mädchen, große und kleinere, jung und schön und lieb, die einen treu, die andern nicht . . . doch alle umhüllt von zarten Schleiern weiblicher Anmut bis zu der letzten Liebsten, Treuesten in schwarzem Haar . . .

Da gibts einen Knapps gegen den Kopf.
„Heda, aufgepaßt . . .“
„Wie . . .? Ja . . . Wo sind sie . . .? Rief da nicht wer? . . . Ja, so . . .“ „Hier Regiment.“
„Ein Fernspruch bitte . . .“
Drachenscheren und Flammenwerfer zum Ausräubern feindlicher Nester nach vorn . . .

Und draußen heulen die Granaten mit dem plärrenden Regen, der bis zu uns hineindringt, um die Wette hinaus in die Nacht, raus auf die Panzerwerke, hinein in die Gräben zwischen den Feind!

Die Stellungen werden feuerfrei gemacht — für den kommenden Tag.

Krieg und höhere Schulen.

Von Geh. Studienrat Dr. Rudolf Lange.

Ein uraltet Wort des weisen Heraklit von Ephesus nennt den Kampf den Vater aller Dinge; er nennt zunächst nicht den Kampf mit den Waffen; aber auch für diesen gilt das Wort — und wir erleben's. Der Krieg tötet und vernichtet und dringt unendliches Unheil, aber er weckt auch Mut und Kraft und schafft überall neues, frisches Leben. Und so ist es denn kein Wunder, daß er auch im Schulwesen Neues zum Vorschein fördern will. Wir wollen darüber nicht klagen und wollen nicht, wie viele es tun, verlangen, daß man trotz dem Kriege nachher ruhig in den alten Gleisen des Schulwesens weiter wandeln solle; denn das hieße Unmögliches fordern. Wenn die Erde in ihren Fugen tracht, wenn das Ungeheure, das geschieht, alle Geister und Gemüter im Tiefsten aufrüttelt, alles umgestaltet; soll dann die Schule allein davon unberührt bleiben? „Der Krieg ist für die Pädagogik nicht nur der Prüfstein bisheriger Leistungen, sondern ein Förderer lange gehogter Wünsche, ein Erzieher zu scharfem Erfassen, ein Licht, das manchen dunkeln Winkel des Schullebens erhellt, manche Erfordernisse der Zukunft deutlicher werden, manches Ziel klarer erkennen läßt“, so heißt es im Schlußwort des trefflichen und überaus lehrreichen Buches^{*)}, dem diese Zeilen gelten. Es bringt in der Hauptsache eine außerordentlich reichhaltige, man kann wohl sagen vollständige, kritische Uebersicht über die in der Kriegsliteratur bisher zur Darstellung gelangten pädagogischen Ansichten, Wünsche und Forderungen, soweit sie die höheren Knabenschulen betreffen; und will zeigen, „was an Wertvollem und Bleibendem etwa für die Zwecke der Schule aus der Kriegsliteratur entnommen werden kann“.

Vier Schulmänner haben sich zu diesem Zweck vereint; jeder behandelt das Fach oder die Fächer, die er als Lehrer vertritt, und eine Erörterung allgemeiner Schulfragen, die der Krieg besonders in den Vordergrund gedrängt hat, schließt sich daran an. So werden die militärischen Übungen, die Schulzeit, die Berechtigungen und Prüfungen, das Verhältnis zwischen Schule und Haus und zwischen Schule und Universtität, die Schulfeste und die Schulaufsicht besprochen. — Sehr dankenswert ist es, daß am Schluß jedes Teils, in dem natürlich die verschiedensten, sich oft widersprechenden Ansichten zum Teil oft nur berichtigend, zum Teil auch zustimmend oder ablehnend dargestellt oder wenigstens gestreift werden, die wichtigsten Ergebnisse, die der betreffende Verfasser alledem entnimmt, in Form von Thesen dargeboten werden. Wenn sich dabei auch eine vollständige Uebereinstimmung der Ansichten der vier Bearbeiter natürlich nicht erreichen ließ, so zeigt doch das Schlußwort, daß sie im wesentlichen derselben Ansicht sind.

Recht lesenswert ist auch der Anhang, in dem der Herausgeber, Prof. Dr. Janell, „Kriegspädagogisches aus der Schweiz und dem feindlichen Ausland“ zusammenstellt und einige sehr lehrreiche Proben französischer und englischer Erziehungsart im Kriege gibt.

Ein außerordentlich reichhaltiges, nicht weniger als 58 Seiten umfassendes Verzeichnis der schon jetzt gewaltig angeschwollenen pädagogischen Kriegsliteratur macht den Schluß.

Das Buch ist ein Wert echt deutschen, zähen Fleißes und großer Sorgfalt. Es ist erstaunlich, was hier alles zusammengetragen ist; nicht nur ausführliche Bücher und kleine Schriften sind berücksichtigt, sondern auch eine Menge von Aufsätzen aus Tageszeitungen und allerhand Zeitschriften. Und doch ist es der Geschicklichkeit des Herausgebers gelungen, diesen überreichen Stoff in einem handlichen Buch zusammenzufassen. Das Urteil der Verfasser ist fast überall

ruhig, besonnen und maßvoll. Sie stehen nicht auf dem Standpunkt, den nicht wenige haben, daß im höheren Schulwesen, weil sich die gebildete Jugend im Krieg so trefflich bewährt hat, überhaupt nichts zu ändern sei. Aber sie sind eben so weit davon entfernt, das Kind mit dem Bad auszu-schütten und nun auf einmal völlig neue Bahnen zu empfehlen, die in ein ganz unbekanntes Land führen. — So erklärt sich z. B. v. Hauff gegen die Stürmer, die aus lauter falsch verstandener Vaterlandsliebe die neueren Fremdsprachen völlig abschaffen wollen; bei solchen Deuten, meint er, müsse wohl der Gedanke bestehen, wir täten den Franzosen und Engländern einen Gefallen, wenn wir ihre Sprachen lernten. Von deren Bildungswerte überzeugt, will er sich auch nicht mit einer neueren Fremdsprache begnügen; ja, er geht so weit, wenigstens für größere Städte, die mehrere höhere Schulen haben, auch andere Fremdsprachen außer Französisch und Englisch, und zwar zunächst Russisch, dann auch Spanisch und Türkisch, zur Einführung vorzuschlagen; und zwar denkt er sich das so, daß zunächst mit dem Englischen begonnen wird und erst in den oberen Klassen andere neue Sprachen nach Wahl der Schüler hinzukommen.

Es ist natürlich nicht möglich, auf alle Fragen, die im unserem Buch behandelt werden, hier genauer eingegangen; nur einiges, was mir besonders nahe liegt und vor allem wichtig erscheint, mag noch ablehnend oder zustimmend erwähnt werden.

Zunächst einige Punkte, in denen ich anderer Ansicht bin als die Verfasser. Wenn unser Buch ausdrücklich mehr Zeit für Deutsch, für Geschichte und Erdkunde, für Zeichnen und auch für die Leibesübungen verlangt, andererseits aber für das humanistische Gymnasium ebenso ausdrücklich fordert, daß die Stundenzahl der alten Sprachen nicht verringert werde, und auch sonst nur bei wenig Fächern eine geringe Verminderung der Stundenzahl zulassen will, so erhebt sich natürlich die sehr wichtige Frage, woher die Zeit für die stärkere Berücksichtigung der oben genannten Fächer genommen werden soll — und auf diese Frage finde ich keine irgendwie ausreichende Antwort. Sie wird um so schwerer zu beantworten sein, als im ganzen sogar eine Verminderung der Stundenzahl, wofür dann eine Konzentration der Fächer erfolgen soll, verlangt und sogar, wenigstens zur Probe, die Freigabe eines ganzen Tages in jeder Woche empfohlen wird; denn die Schüler, meint v. Hauff, würden mehr lernen, „wenn sie etwa am Mittwoch und Donnerstag sich körperlich in der freien Luft gründlich austoben und die Grammatik und Rechenbücher einen gesunden Schlaf hielten“.

Wenn Janell in dem Abschnitt über die alten Sprachen die Uebersetzung der Schriftsteller als Ersatz für die Urtexte im allgemeinen sehr entschieden ablehnt und meint, aus Uebersetzungen würden die Jünger der Schule, die zu wissenschaftlicher Arbeit hinführen will, gewissermaßen nur den Wiederhall vernehmen, nur den Hauch sehen, so geht es meiner Ansicht nach darin etwas zu weit. Es sind durchaus nicht alle Uebersetzungen Gips gegenüber dem Marmor des Originals, und Janell selbst gibt ja auch zu, daß man für die antiken Dichter — warum gerade für diese, ist mir unverständlich — in den Uebersetzungen etwa von Wolf gerade der kommt uns aber doch heute schon etwas altfränkisch vor! — Droyßen, Bellermann, Barbé, R. A. Schröder einen gewissen Ersatz für das Original fände.

Auch in den Klagen über den Mangel an wirksamen Schülerstrafen, der deutlich beweise, daß wir auf eine falsche Bahn geraten seien, kann ich den Ausführungen des Buches nicht zustimmen. Die Schulzucht ist, meiner Ansicht nach, besser geworden als früher, und ich habe nichts von „Rotschreien der Lehrer“ gehört, „die schwer unter der Disziplinlosigkeit der höheren Schulen leiden“. Eine Erziehung ohne viel Strafen braucht doch deshalb noch lange nicht verweidlichend zu sein, wie v. Hauff, der Verfasser des Abschnittes über die Schulzucht, meint. Auch darin muß ich widersprechen, daß er in den Ausführungen über die militärischen Übungen äußert, man sei sich ziemlich einig darüber, „daß es wünschenswert wäre, wenn diese Übungen auch nach dem Krieg fortgesetzt würden“. Diese Einigkeit besteht keineswegs; vielmehr erheben sich immer mehr Stimmen gegen die militärischen Übungen in ihrer jetzigen Form, und sie verdienen durchaus nicht als „schüchterne Stimmen aus einer längst verschwundenen Zeit“ einfach überlesen abgelehnt zu werden. Im Gegenteil; es gibt sehr viele durchaus neuzeitlich gesinnte Männer und nicht nur Lehrer und Erzieher, sondern auch viele Offiziere, die zwar auf die körperliche Ausbildung den allergrößten Wert legen und durchaus nicht wünschen, daß die Schüler „von morgens bis abends hinter ihrer Grammatik sitzen“, und die doch nichts davon wissen wollen, daß die militärischen Übungen zur dauernden Einrichtung auch nach dem Krieg werden; auch ich bin dieser Ansicht. Gewiß sollen, wie unsere Jugend überhaupt, auch die Schüler unserer höheren Lehranstalten, wie ich es schon einmal in dieser Zeitung ausgesprochen habe, auch ihre Körperkräfte aufs gründlichste üben und stärken, um stark und wehrhaft zu werden für die kommende Zeit, die trotz allem Berede keine Zeit des Friedens werden wird; sie sollen turnen, Kriegsspiele treiben, sollen schwimmen und wandern, rudern und rodeln und so alle Vorbedingungen erfüllen, die für einen guten Soldaten nötig sind, — aber sie brauchen deshalb nicht das Soldatenspiel in der bisherigen Weise weiter zu treiben. Gar manche durchaus nicht altfränkisch geartete Männer urteilen aus gründlichen, auf langen und eingehenden Beobachtungen beruhenden Erfahrungen heraus erstaunlich ungünstig über das, was die Mitglieder der Jugendkompagnien der höheren Lehranstalten später als Soldaten leisten. Sie haben sich vielfach keineswegs tüchtiger als die nicht in ihnen Ausgebildeten gezeigt, im Gegenteil. Der Umstand, daß sie vieles, was sie nur halb kennen, zu beherrschen glauben, hat ihre schnelle und gründliche Ausbildung oft genug beeinträchtigt. Freilich werden solche Urteile selten an die Öffentlichkeit gebracht, denn viele scheuen sich, sie in dieser Zeit offen aus-

^{*)} „Kriegspädagogik.“ Berichte und Vorschläge. In Verbindung mit Dr. Walter v. Hauff, Georg C. Ril, Dr. Otto Rothburdt herausgegeben von Prof. Dr. Walter Janell. Leipzig 1916, Akademische Verlagsgesellschaft v. d. B.

Eine einheitliche Schule durch vaterländische Erziehung.

Von Geheimrat Dr. Blumberger in Köln.

Es ist noch nicht lange her, daß das Gymnasium, wie vorher die Lateinschule, als einzig möglicher Weg auf die Höhe der Geistesbildung und zunächst zur Hochschule galt. Gewiß war es eine schöne Zeit, als die leitenden Kreise sich noch in der Gemeinsamkeit der genossenen Jugendbildung und der daraus entsprossenen Lebensanschauungen eins fühlten. Mit Rücksicht auf ihre grenzenlose Empfänglichkeit und ihre Harmlosigkeit gegenüber der Wertschätzung des Nützlichen wie in bezug auf das Anspruchslose in den persönlichen Bedürfnissen darf man sie als das Knabenalter der gegenwärtigen Kultur bezeichnen.

Vom Schoße der Mutter, aus der schlichten Bohnstube, aus dem Kreise altväterlicher Familienmitglieder wurde der Knabe in das ehrwürdige Gebäude geführt, wo er unter Mühen und nicht ohne manchmal zu straucheln eine Sprache erlernen sollte, die denen zu Hause fremd war. Allein, es war die Sprache der Kirche und der Gelehrten. Das erfüllte ihn mit Stolz, das umgab ihn mit einem achtungabnötigenden Schein und stärkte dadurch seinen Eifer wie sein Selbstbewußtsein. Mit der fremden Sprache wurden ihm die Heldengestalten längst entschwundener großer Zeiten, die Weisheit ihrer gelehrten Männer, die Schöpfungen einer in sich abgeschlossenen Dichtkunst vorgeführt. Er lernte einen Himmel kennen, der nichts mit demjenigen gemein hatte, von dem ihm die Mutter zu erzählen wußte, ein Göttergeschlecht mit den Leidenschaften erbabener Herrenmenschen, die sich alles erlauben durften, und denen man alles verzieh. Er hörte und las von dem Land mit dem ewig sonnigen Himmel, unter dem der heilige Ölbaum, der Lorbeer und die Myrte still und hoch gedeihen, wo süßere Trauben, wo die Feige, die Zitrone und die goldnen Äpfel der Hesperiden reifen. Von dem Festland wurde sein geistiges Auge über das dunkle Meer zu den Eilanden der Nymphen und der gastlichen Könige geführt, von denen der göttliche Dulder Odysseus so rührend zu erzählen weiß. Da schweifte sein Blick über die blaue Flut, auf deren Rücken die Schiffe der Ägypter, der Griechen und der Karthager ihrer Heimat die Schätze der Welt zutrug, wo aber auch so mancher Streit um Weltgeltung und Welt Herrschaft ausgefochten und der Kampf schließlich zugunsten des stolzen Roms entschieden wurde. Wohl empfand es der Knabe, daß sich sein Denken und sein Sehnen immer weiter vom Elternhaus und von der schlichten Heimat entfernten, aber er war nun einmal auf die Stufen zu einer höhern Kultur getreten, und wenn er später als Bursche mit Band und Mütze durch die Straßen schlenderte, war das Horazische: „Ich hasse das gemeine Volk und halte es mir vom Leibe“ bereits in seine Denkart übergegangen. Schlimmer in den Folgen gestalteten sich gewisse Trugschlüsse, denen er mit dem gesamten Stand seiner Bildungsgenossen unterlag. Im Lateinischen hatte er eine Sprache kennengelernt, deren Formen und Satzgefüge von scharfsinnigen Gelehrten bis ins einzelne durchforscht und in einer festen grammatischen Ordnung gekennzeichnet waren. Das verleitete ihn zu dem Wahn, daß auch die Muttersprache zu einer höhern Vollkommenheit gebracht werden müsse, wenn ihre Ausdrucksform dem Lateinischen möglichst angenähert werde. So entstand der mit lateinischen Fachausdrücken gespickte und undeutschen Satzbau benutzende Beamten- und Gelehrtenstil, der bis in unsre Zeit ein Hemmnis zur Verständigung mit der breiten Volksmasse geblieben ist. Auf dem Gebiet der Kunst hatte das wiedererwachte Studium der Antike wie eine Offenbarung gewirkt. Die Natürlichkeit und die freudige oder auch heroische Lebensbejahung in der Dichtung, die auf die Darstellung des Erhabenen gerichtete leicht verständliche bildende Kunst mit ihrer gefälligen Linienführung und dem anjünglichen ~~Abmaß der natürlichen Verhältnisse hatten nicht~~ etwa das aus dem heimatischen Boden und aus dem deutschen Empfinden geborene Kunstschaffen geläutert und befruchtet, sondern darin nur rohe Fehlschläge oder bestenfalls wertlose kindische Versuche erblickt, die keiner Beachtung, geschweige denn einer Weiterbildung für würdig zu halten seien. Im römischen Recht lernten die Hochschüler eine Rechtsordnung kennen, die zwar aus fremdländischen Anschauungen entsprossen, aber mit bewundernswürdiger wissenschaftlicher Schärfe in strengster Folgerichtigkeit nach allen Seiten durchdacht und in feste Formen gebracht war. Das verleitet dazu, diese Ordnung für das Recht an und für sich zu halten, nach welchem auch das eigne Volk geleitet und gerichtet werden müsse, wenn dadurch auch dem bodenständigen Rechtsempfinden Gewalt angetan werde. Dadurch wurde die Entwicklung der alten heimatischen Satzungen abgerissen, aber auch eine Kluft zwischen den richterlichen Sprüchen und dem Volksempfinden aufgetan.

Auf dem naturwissenschaftlichen Gebiet, besonders in der Verwendung der Naturkräfte im Dienst des Menschen, waren die Alten trotz Aristoteles und Archimedes nicht aus den Kinderschuhen herausgekommen. Das erste durch Wasser bewegte Rad sahen die Römer zur Zeit des Augustus, die ersten Windmühlen erschienen im Abendland im Mittelalter. Als nun mit dem Aufleben der experimentellen Forschung die Erfindungen und Entdeckungen in rascher Folge das Leben der Kulturvölker umgestalteten, wuchs ein neues Geschlecht auf, dessen Denken nicht mehr ausschließlich in den klassischen Studien wurzeln konnte. Jetzt erhob der Fabrikant, der Techniker, der Kaufmann Anspruch auf besondere Schulen für die engern Bedürfnisse seines Standes. Es entstanden höhere Lehranstalten mit vorherrschend neusprachlichem und mit mathematisch-naturwissenschaftlichem Gepräge, und alsbald begann auch der Kampf um die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung mit dem Gymnasium. Es ist bekannt, wie er geendigt hat. Bekannt ist auch, daß die wiederholten Bestrebungen, wieder zu einer einheitlichen Schulbildung zurückzukehren, zu der Überzeugung geführt

heißt. Und der Pascha trank. Es mundete, er nickte. Da sagte General v. E...: „Das ist Türkenblut!“ ... Der Pascha lehnte sich in den Stuhl zurück, dann rieb er sich die Hände, und ein helles Lachen sprang auf sein Gesicht; er schüttelte sich, denn er verstand den Scherz, lachte und rief: „Das ist ein feuriger Trank! Profit Ew. Excellenz!“ Das Türkenfest ist ein langer, fröhlicher Abend geworden, ein Abend echter waffenbrüderlicher Kameradschaft; er war uns ein Auftakt für die dann mit dem nächsten Tag kommende Jahreswende, an die von unserm Kommandierenden General ein Markwort, fest wie ein Wegstein, gesetzt wurde, als er mit dem vollen Glas in der Hand ausrief: „1917 Anfang, Mit und Ende, Herrgott zum Besten wende! Vorwärts ins neue Jahr mit Gott für Kaiser, König und Vaterland zu Ruhm und Sieg, und, so Gott will, zu einem ehrenvollen Frieden! Hurra!“

Der Leipziger Universitätsprofessor Dr. Hugo Selter nahm einen Ruf an die Universität Königsberg als Ordinarius für Hygiene an. Professor Trendelenburg in Gießen hat den Ruf als Direktor des Physiologischen Instituts der Universität Tübingen angenommen.

Theater und Musik.

Barmen. In der Oper führte sich Erich Orthmann, der Nachfolger des zum Heeresdienste berufenen Wilhelm Reuß, mit Vorhings Waffenschmied sehr günstig ein. Die Sauberkeit und Genauigkeit der gesamten Wiedergabe erweckte die günstigste Meinung von der Befähigung des jungen Künstlers. Von den Mitwirkenden sind Emma Hoern als Marie, Paula Morro als Truentraut, Dr. Pit und Robert Böh als Staudinger und Liebenau lobend zu erwähnen. Erneute lebhafteste Zustimmung fand die Leitung von Webers Oberon durch Orthmann. Nach langer Pause erschien das schon so oft neu bearbeitete Märchenstück, und zwar in einer Neufassung von Franz Mannstädt. Diese Neufassung hat zur Herstellung einer ein-

Denkmal wendete, anzutasten oder gar zu zerstören. Und wenn die Familie des Helden längst ausgestorben, würde eine dankbare Nachwelt diese Zeugen einer großen Zeit als eine Sache der Allgemeinheit betrachten und unter öffentlichen Schutz stellen.

Welche Anregungen die bildende Kunst aus dieser Geistesgegenwart gewöhne, welche lohnenden Aufgaben, lohnend in künstlerischer wie in materieller Hinsicht, ihr daraus erwachsen, braucht hier nur angedeutet zu werden. Die Vorbildungen für die Herrichtung solcher Erinnerungsstätten sind Legion. Ein Stein, ein Kreuz, eine Bank, ein Altar, eine einfache Tafel an einem Baum, eine Jünglings- oder Mannesgestalt, ein trauernder Genius, eine weinende Frau — nicht gerade die vedova dogliante selbst wie auf italienischen Kirchhöfen — ein Relief, das vom Abschied oder vom Kampfe handelt oder das den Mann darstellt bei seiner Friedensarbeit, etwa wie er hinterm Pfluge geht, dann ferner ein Bitter um einen zur Erinnerung gepflanzten Baum, die Einfriedigung einer Quelle am Bleiblingsplätzchen des Verstorbenen, nun, ich glaube, die Plastik dürfte um geeignete Vorwürfe hier nicht in Verlegenheit sein. Und das Geld wird auch nicht fehlen. Nicht selten wird wohl gar eine Gemeinde oder ein Verein zu den Kosten das Seinige beitragen helfen.

Ich weiß nicht, ob solch ein Vorschlag wie der meine schon irgendwo gemacht worden ist. In den Blättern, die zu mir in den Schützengraben kommen, habe ich jedenfalls nichts davon gelesen. Ich entsinne mich, daß Hans Thoma von Kriegerdenkmälern in einer besonderen Art heiliger Haine gesprochen hat. Diese wären ein Ding für sich. Sie beziehen sich auf eine Gesamtheit oder doch eine größere Zahl von Gefallenen, meine Denkmäler in memoriam dienen der Trauer des einzelnen, und nur dadurch, daß diese private Trauer jetzt mehr oder weniger eine solche aller gemütvolleren Deutschen ist, würden sie sich zur Höhe eines Symbols der Allgemeinheit, ja der Menschheit erheben.

Die deutsche Schule und die deutsche Zukunft.

Von Geh. Studienrat Dr. Rudolf Bange.

Verwandt mit Janells Kriegspädagogik, die ich vor kurzem hier besprochen habe, ist das vom Lübecker Stadtschulrat Dr. Jakob Wächgram herausgegebene Werk: „Die deutsche Schule und die deutsche Zukunft“, Beiträge zur Entwicklung des Unterrichtswesens (Leipzig 1918, Verlag von Otto Neumann). Während aber dort die vier Verfasser die gesamte Literatur besprechen, legen hier eine Anzahl kundiger Männer und Frauen — es sind nicht weniger als 83 — selbst ihre Ansichten über die Wirkungen dar, die der Krieg vermutlich auf das deutsche Unterrichtswesen haben wird. Wächgram hatte sie darum gebeten in der sehr richtigen Ueberzeugung, daß ein einzelner nicht imstande sei, den ungeheuren Stoff, den die Verlagsbuchhandlung von ihm besprochen zu sehen wünschte, auch nur einigermaßen gründlich zu behandeln. Er selbst hat sich auf ein Vorwort beschränkt, das uns vor allem das Einladungsschreiben an die Mitarbeiter bringt, in dem er die Hauptpunkte anführt, zu denen sie Stellung nehmen sollen. Sie betreffen den Aufbau unseres Schulwesens, die Einheitschule, Lehrplanfragen, die sittliche Erziehung, die obligatorische Fortbildungsschule, die Vorbildung der Volksschullehrer, die staatsbürgerliche Erziehung, die höhere Bildung der weiblichen Jugend u. a.: „Eine unendliche Fülle von Fragen und Entwicklungsmöglichkeiten taucht dem Schauenden auf“.

Die Auswahl der Mitarbeiter ist vorzüglich und mit bewundernswerter Unparteilichkeit getroffen. Angehörige aller Fakultäten (mit einziger Ausnahme der medizinischen), Mitglieder von Ministerien, Schulaufsichtsbehörden und politischen Körperschaften, Vertreter der Universität und der Technischen Hochschule, der höheren Lehranstalten für beide Geschlechter, der Seminare, der Volks-, Fach- und Privatschulen, der Turnanstalten und Organisationen für Volkswohlfahrt und Körperpflege, der Leiter großer Buchhandlungen und Fabriken finden sich hier zusammen; keine politische Partei ist ausgeschlossen, und es ist erfreulich, daß auch ein Sozialdemokrat zu Worte kommt. Ungern vermißt der Leser nur Georg Kerksensteiner, den trefflichen Münchener Stadtschulrat; der allzu stark Beschäftigte hat leider wegen Arbeitsüberlastung — wenn auch ungern — auf die Mitarbeit verzichtet.

Die Beiträge sind natürlich ganz verschiedener Art, nicht nur ihrem Inhalt und ihrer Form, sondern auch ihrer Ausdehnung und ihrem Werte nach. Am kürzesten faßt sich Herr v. Heydebrand, der, auch hier durchaus konservativ, wie mancher andere auch die Ansicht äußert, daß angesichts der herrlichen Erfolge unserer Truppen, „die zum großen Teil auf der erziehlischen und unterrichtlichen Basis beruhen, welche wir unseren Schulen — niederen, wie höheren und höchsten — ihrem System und ihren Resultaten verdanken“, wohl keine genügende Veranlassung zu starken Veränderungen in unserem Schulwesen vorliege. Doch will auch er auf eine allmähliche Entwicklung nicht ganz verzichten und wünscht mit vielen anderen stärkere Pflege besonders des Deutschen und der neueren vaterländischen Geschichte.

Im Gegensatz zu ihm sind andere der Ansicht — und ich teile sie —, daß Tüchtigkeit und Leistungen unserer Truppen, der Offiziere wie der gemeinen Soldaten, keineswegs ohne weiteres der Schule als Verdienst anzurechnen sind. Das betont sehr richtig besonders Prof. Dr. Sprengel vom Lessing-Gymnasium in Frankfurt a. M. „Auch die Jugend der Freiheitskriege“, meint er, „und des Kampfes um das Reich hatte gewiß ihre Probe bestanden, und doch hat man danach die Lehrverfassung der höheren Schulen geändert und hat wohlgetan. — Der Geist der Freiheitskämpfer vor hundert Jahren stammte gewiß nicht aus der alten Lateinschule, deren abschreckendes Bild uns Morizens Anton Weiser entwirft,

Charakteristisches Pflichtfach; für das Gymnasium das Griechische, für das Realgymnasium das Englische, für die Vorkurs-Mathematik oder Naturwissenschaften.

Das sind Vorschläge, die wohl der Erwägung wert sind, so sehr man auch im einzelnen abweichender Ansicht sein kann. Reizvoll ist es, damit Kerksensteiners Plan „über die aufsteigende Differenzierung der Einheitschule“ (Deutsche Schulerziehung in Krieg und Frieden, Seite 208 f.) zu vergleichen, zu dem er eine klare bildliche Darstellung in Stammbaumform gibt. Der Gedanke der größeren Freiheit des Unterrichts und der damit zusammenhängenden weitgehenden Gabelung („Differenzierung“) berührt besonders erfreulich. Mag sich dann der Unterricht in den oberen Klassen der höheren Lehranstalten noch so verschiedenartig gestalten, so bleibt, wenn Deutsch und Geschichte die Bedeutung gewinnen, die sie verdienen — freilich auch nur dann —, noch genug des Gemeinsamen. — Auch in dem Punkt stimme ich Wilmar vollkommen zu, daß eine äußere und innere Neuordnung unseres gesamten Unterrichtswesens nach dem gewaltigen Kriege notwendig ist. Sie ist es meiner Ansicht nach schon deshalb, weil mit dem Vielerlei-Lernen endlich einmal gebrochen werden muß. Schon Mommsen hat einmal das treffende Wort gesprochen: „Unser ganzer Jugendunterricht ist ruiniert worden und wird noch weiter ruiniert durch das Zwielf; wenn man die Gänse mudelt, statt sie zu füttern, so werden sie krank.“

Wenn eine solche Neuordnung des Schulwesens wirklich vorgenommen werden soll, so müssen natürlich vorher Vertreter der verschiedensten Richtungen gehört und ihre Ansichten gründlich geprüft werden. Die Entscheidung aber darf nicht nach den Zufallsbeschlüssen wechselnder Mehrheiten gefällt, sondern muß zuletzt in allem Wesentlichen gegeben werden von einem klaren und starken, überragenden Willen.

Die nächste Nummer des „Fremden-Blatt“ wird Montag nachmittags ausgegeben.

Unser heutiger Nummer ist die illustrierte Sonntagsbeilage
Das „Welt-Bild“
beigebunden, die wöchentlich erscheint.

Die „Literatur-Zeitung“ befindet sich auf Seite 26.

Feuilleton.

Abbau zweier Weltsprachen.

Wenn man in späteren, unermittelten Tagen in allen Ländern beschauen wird, die verschiedensten Phänomene dieses Krieges aufzuzeigen, wird man nicht umhin können, neben dem Verfall der Demokratie, neben der Haltung der Sozialisten oder der Frauen — um nur einige Beispiele zu nennen — auch die Stellungnahme der Professoren ins Auge zu fassen. In allen Ländern hat es bedauerlicherweise sich ereignet, daß, wenn auch zum Glück nur vereinzelt, Köpfe der Nation den Kopf verloren, oder ihr zumindest, unheimlich ausgedrückt, in Zerstretheit verlegt haben. Der weltverlorene Professor der „Fliegenden Blätter“, der seinen Schirm und seine Brille unentwegt festhalten und liegen ließ, hat in unseren fliegenden Zeiten ein Gegenstück erhalten, das allerdings weniger harmlos in seinen Verfassungen und Wirkungen ist, da es Weltanschauungen, Menschheitswerte und -Bewertungen stehen

läßt. Weltverloren haben sich einige Männer der Wissenschaft bloß erwiesen in ihrer Kurzsichtigkeit. Darf man gegenüber und in ihrer Weisheit von der Wirklichkeit, die Ideale, also unerfüllbare Forderungen aufstellen, ohne Rücksichtnahme auf die unmittelbaren Erfordernisse der Welt und der Menschheit, die in erster Linie weiter nichts als leben will. Die Beschlüsse der wissenschaftlichen Verbände der Elemente sind bekannt; leider hat es aber auch auf unserer Seite einen oder anderen Abfall vom Boden der Vernunft gegeben, und vielleicht ist noch erinnerlich, daß im preussischen Herrenhaufe vor kurzem ein Universitätsprofessor aus Breslau einen Antrag eingereicht hat, welcher bezweckt, die englische und französische Sprache in Zukunft aus dem Lehrplan als obligaten Gegenstand zu streichen und an ihre Stelle das Studium orientalischer Sprachen, gemeint sind wohl vorerst die Idiome unserer Verbündeten, zu setzen.

Wenn dieser Antrag jemals Gesetz werden würde, so dürfte schon die kommende Generation ohne Kenntnis des Französischen und Englischen heranzuwachsen. Es wäre dies die Nachkommenschaft jener Männer, die für Deutschland gestreut, die Deutschland mit beispielloser Kraft verteidigt und siegreich erhalten haben und die in ihrem Durchschritt die französische Sprache beherrschten und die englische fließend sprechen konnten. Die Franzosen und Engländer allerdings haben bisher bekanntlich nicht gern Deutsch gelernt (sie haben es dem Ansehen nach in diesem Kriege schon bitter bereut); nun sagen einige Deutsche: „Setz nehmen wir Deutsche —ardon — Verzeihung — Vergeltung.“ Diese Vergeltung setzt aber in etwas vorzeitiger und selbstamer Ausgestaltung der Idee „Mittelteleuropa“ die Vollenbung einer chinesischen Mauer voraus, zu deren Aufriehung jeder, der sein Vaterland aufrichtig liebt, nur mit Vorliebe die Steine

es umgebung ist, den zstehund niederklingen.

dingetragen sollte. Sehen wir uns doch ein wenig genauer an, welchen Schaden uns bisher die Kenntnis der englischen und französischen Sprache gebracht hat! Und wagen wir dagegen die Vorteile einer Beherrschung des Deutschen, Persischen, Bulgarischen usw. ab! Diese Wägung ist nicht so leicht keine Münderwägung unserer Verbündeten. Daß wir sie in unserem gewaltigen Ringen nach Luft als Vorteile gefunden haben, kann allein schon das Ausmaß unserer Würdigung und Dankbarkeit bezeichnen. Aber wir müssen in unserem abendländischen Denken und Fühlen erst fundamentale und, wie die Möglichkeit dieses Krieges ja beweisen hat, unbedenkliche Änderungen erzwingen, bevor wir ein persischer oder bulgarischer Sänger William Shakespeares, ein türkischer Dichter Molières und alle Affirmationen, die diese heiligen Namen einschließen, ersetzen kann.

Wenn ein Mann im preussischen Herrenhaufe aufgestanden wäre und dem Breslauer Professor das ein Wort „Röme“ zugerufen hätte, so würde der Antrag kaum einer Prüfung unterworfen worden, sondern sofort auf Nummerwiedersuchen in die Versenkung gefallen sein. Die „Röme“ fuhr im Weltmeer herum, in abenteuerlicher Verlebung, fügte dem Feinde beträchtlichen Schaden zu, belästigte und verwirrte ihn und entran den Verfolgten immer wieder. Eigentlich durch nichts anderes als durch den Umstand, daß Kommandant, Offiziere und Mannschaft in vollendet englisch sprachen, daß sie das scharfe Ohr der Feinde täuschen konnten. Die höhere Bildung, die besser Kenntnis waren wieder einmal die Waffe, die den Deutschen befähigte, seine Rivalen zu überbumpeln, zu erntaffen und zu schlagen. Im Kriege hat es sich an hundert und Hunderten von Beispielen gezeigt, welche unschätzbare Arbeit der viel gereifte Deutsche, der Deutsche mit Sprachkenntnissen, setzen

21.1.1917

21. I. 1917

Schulfragen im Abgeordnetenhaus.

53. Sitzung, Sonnabend, 20. Januar, Fortsetzung.

Am Ministertisch: Kommissare.

Die Beratung eines Antrages Dr. Heß (Str.) auf Beseitigung jeder Bevorzugung von Vorschülern bei der Aufnahme in die Sexta wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Heß (Str.) begründet den Antrag. Jede Bevorzugung bei aus den Vorschulen kommenden Schülern vor den Volksschülern muß wegfallen.

Abg. Iderhoff (rtl.) hebt einige Bedenken hervor, die gegen den Antrag sprechen. Wenn die Vorschüler bisher eine Bevorzugung vor den Volksschülern genossen, so lag das eben an den besseren Unterrichtsleistungen der Vorschulen. Das möge in einer Ausschußberatung geprüft werden.

Abg. Wallée (konf.): Wir teilen diese Bedenken.

Abg. Rünzer (ntlb.): Begabte Volksschüler müssen ohne Zeitverlust in höhere Schulen gelangen können.

Abg. Hoff (Bpt.): Wir stehen dem Antrag sympathisch gegenüber. Schon vor Jahren haben wir die gleiche Forderung erhoben. Im Kultusministerium ist man noch zu keiner endgültigen Stellungnahme gekommen. Dabei begrüßen wir den Antrag, der uns Gelegenheit gibt, unser Ziel einer völligen Gleichstellung hier erneut aufzustellen. Nur 30 v. H. der Sektaner kommen aus den Volksschulen. Es ist also zweifellos, daß in vielen Städten die Vorschulen als Sperre wirken gegen die Aufnahme von Volksschülern. Die Vorschulen sind ganz ungleichmäßig gestaltet und werden vielfach nur aus rein äußeren Gründen aufgesucht. Unbegabte Vorschüler gelangen in die Sexta, begabte Volksschüler aber können nicht hineinkommen. Die Vorschule trifft nicht die geringste Auslese auf Grund der Leistungen. Die Volksschule muß der Unterbau des höheren Schulwesens sein.

Abg. Hänisch (Soz.): Wir sind in der seltenen Lage, dem Zentrumsantrag rückhaltlos zustimmen zu können. Leider sind Bestrebungen am Werk, die Bevorzugung der Vorschulen noch zu erweitern, indem man für Kinder vermögender Eltern eine Art Vorschulzwang schaffen will. Solche Klassebildung ist unvaterländisch.

Der Antrag geht an den Unterrichtsausschuß.

Kriegssekundaner.

Ein Antrag Dr. Beumer (ntlb.) regt an, die Vergünstigung, daß die im wehrpflichtigen Alter stehenden Schüler, die ins Heer eintreten, sechs bis neun Monate früher ihre Reifeprüfung ablegen oder verlegt werden dürfen, auch auf diejenigen Schüler von Untersekunda auszudehnen, die zu einem technischen oder landwirtschaftlichen Berufe übergehen wollen.

Abg. Beumer (ntlb.): Eigentlich hätten wir von „ausgehobenen Schülern“ und „Fähnleuten“ sprechen müssen. Auf sie bezieht sich unser Antrag. Eine Bildungsschädigung ist nicht zu befürchten. Das rein schulmäßige Wissen darf jetzt nicht auf Kosten der praktischen Erfordernisse überschätzt werden. Ein Schulmann hat in der „Abn. Ztg.“ mit Recht zum Ausdruck gebracht, wie sehr das Formale noch überwiegt. Man denkt höheren Orts nicht daran, wie sehr das Leben Schule sein kann. Gebildete junge Leute können wir sehr gut in Landwirtschaft und Technik brauchen. In dem Wort Dr. Heims „Erst Ernährung, dann Bildung“ liegt ein starkes Korn Wahrheit. Wir müssen stark bleiben auf den Gebieten der Ernährung und des Kriegsbedarfs.

Abg. Dr. Leeder (konf.): Es kommt zwar nicht auf die Menge des verarbeiteten Lehrstoffs an, aber die Bildung von Geist und Herz darf keinen Schaden leiden. Auch Hindenburg hat das Wort geprägt: „Jungens, lernt eure Botafeln, ich werde die Russen schlagen.“

Abg. Wildermann (Str.): Trotz mancherlei Bedenken stimmen wir für den Antrag. Auch die höheren Schulen müssen sich am vaterländischen Hilfsdienst beteiligen.

Abg. Haenisch (Soz.) stimmt der Ausschlußberatung zu.

Der Antrag geht an den Unterrichtsausschuß.

Präsident Graf von Schwerin-Löwitz schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten am Montag, 2 Uhr: Fideikommissgesetz.

Abg. Waldftein (Fortsschr. Bpt.): Wir erheben dagegen Widerspruch, daß dieses Gesetz schon am Montag auf die Tagesordnung kommt. Es liegt erst seit zwei Tagen in unserer Mappe und umfaßt 300 Paragraphen. Eine ganz neue Materie ist hinzugekommen: die Stamgulter. Die seit 1914 neu eingetretenen Abgeordneten konnten sich noch nicht damit befassen. Wenigstens hatten die in Betracht kommenden Herren unserer Fraktion jetzt im Kriege Besseres zu tun, als sich mit der einschlägigen Literatur zu beschäftigen. Auch konnte man ja nicht daran denken, daß man beabsichtigen würde, die Sache zu überstürzen. Wir beantragen, das Gesetz nicht am Montag zu behandeln, sondern gegebenenfalls nach der kurzen bevorstehenden Pause. Das wird doch die Sache vertragen, wenn Sie nicht etwa andere Gründe haben, die Angelegenheit zu beschleunigen. Vielleicht wollen Sie aber verhindern, daß erst die Öffentlichkeit auf die Frage aufmerksam wird. (Lachen rechts.)

Präsident Graf von Schwerin-Löwitz: Die Montagsitzung soll ja erst um 2 Uhr beginnen, damit die Fraktionen noch beraten können.

Abg. Dr. Paschke (Fortsschr. Bpt.): Wir haben für unseren Antrag sehr ernste und wichtige Gründe (Lachen rechts), die auch für Sie von der Rechten wichtig werden können. Im Seniorenkonvent wurde beschlossen auf unsere Anregung, daß das Fideikommissgesetz als letztes von allen Gesetzen auf die Tagesordnung kommen soll. Ich appelliere an Ihre Loyalität, an die Loyalität der Herren, die das mit mir beschlossen haben. Verschaffen wir den Beschlüssen des Seniorenkonvents diejenige Beachtung, die wir alle wünschen.

Das Haus beschließt gegen die Stimmen der Fortschrittlichen Volkspartei, der Polen und der Sozialdemokraten, das Fideikommissgesetz am Montag zu behandeln.

Schluß 2¼ Uhr.

panzerschiffs Deodoro zu verschärfen.

Zum Kapitel: Vaterländische Erziehung.

Jeder, der sich, nicht erst infolge des Weltkriegs, mit der Frage der Erziehung unsrer Jugend zu tüchtigen deutschen Staatsbürgern befaßt hat, wird die Ausführungen des Herrn Geheimrats Dr. Blumberger in Nr. 36 der Kölnischen Zeitung mit höchstem Interesse gelesen haben. Was Geheimrat Blumberger über die Notwendigkeit der Schaffung der Unterrichtsfächer: Deutsche Sprachlehre und Kulturkunde ausführt, wird allgemeine Billigung finden. Hier ist eine Lücke in dem Lehrplan unsrer Erziehungsanstalten gekennzeichnet, die schon längst hätte ausgefüllt werden müssen und auf die auch früher bereits hingewiesen worden ist, von Männern des praktischen Lebens, aber auch von Schulmännern. Die Bestrebungen, unserm gesamten Schulwesen durch Vereinheitlichung seines Aufbaues und systematische Berücksichtigung seines Oberbaues den Charakter einer großartigen Geschlossenheit zu geben (Bestrebungen, die infolge der furchtbaren Verluste an jungen Menschenleben durch den Weltkrieg und der dadurch geschaffenen Notwendigkeit, das Erziehungswesen im Sinne einer möglichst zuverlässigen, Zeit und Mühe sparenden Auswahl und Gruppierung des Nachwuchses nach den Fähigkeiten und Anlagen zu vervollkommen, an Wichtigkeit für unser gesamtes Volksleben von wenigen andern übertroffen werden), spielen dabei nicht die Hauptrolle. Auch wenn unser Schulwesen sonst in Aufbau und Gliederung unverändert bleiben würde, die Lücke im Unterrichtsplan, die Geheimrat Blumberger aufgezeigt hat, müßte so schnell wie möglich geschlossen werden. Es kann nur strittig sein, in welcher Form das genannte Unterrichtsfach dem Lehrplan des alten oder des umgestalteten Schulwesens einzufügen wäre.

Aber der Dezember nimmt mehr als er gibt. Er machte es auch in diesem Jahre nicht anders. Am ersten Weihnachtstage hatte der alte Herr Vilschopp das Schimmelzählen aufgegeben und der nächsten Generation still lächelnd Platz gemacht. — Als Fräulein Gisbeth ins Haus zog, hieß das Firmenschild schon Vilschopp jun. Und kurz, eh das Jahr zu Ende war, und die Tage schon um einen Kagensprung zunahmen, fand man den Besenbinder erfroren im Graben.

Die Ursula, sein Kind, weinte so verzweifelt und hilflos an seinem Grab, als wäre er der beste Vater gewesen. Michael Hornschuh sagte, daß der, der nichts hinterläßt, am meisten betrauert werde. Wo es was zu erben gäbe, da weine man nur mit einem Auge. Mit dem andern messe man die Größe des Erbguts.

Die alte Frau Geheimrätin, die viel Gefallen an Ursulas Fleiß und Geschicklichkeit gefunden, umarmte sie und sagte, sie solle nun ihre Tochter sein. Denn auch sie wäre allein. Ihrem Kind wären die Wilden in Afrika mehr ans Herz gewachsen als die eigne Mutter. Winter um Winter wartete sie hier einsam und voll Sehnsucht.

Es wurde ein strenger Winter. Die Kälte biß die Kittelsroder in Arm und Bein wie ein toller Hund. Der Bach stand starr, als könnte er nie wieder schwagen.

Nur der alte Valentin Schenk, Hornschuhs neuer Knecht, war zufrieden. Er laute Tabak und pellte vorm Ofen vom Morgen bis zum Abend Bohnen aus. Er sagte, er wisse es am besten, daß auf die schlimmen Tage die guten kämen, und schob die ganze Kälte auf die unglückliche Jahreszahl: 1913. Närrisch genug, daß man diese Teufelszahl nicht einfach aus dem Kalender herausstrich und der Zwölf einfach die Bierzehn folgen ließ. Warum machten die gelehrten Herren überhaupt einen Kalender, wenn sie die Natur nicht ein wenig zu verbessern verständen.

Hornschuh saß gern mit dem Alten zusammen. Einer, der bald achtzig ist, hält einen, der erst siebzig werden will, für einen unvernünftigen Kindskopf. Und Michael, der sich schon beinahe für alt gehalten hatte, ließ sich das Schulmeistern des Alters nicht ungern gefallen.

Hierin gab er ihm aber nicht recht. Er sagte, daß es gleich sei, auf welche Art die Menschen ihren Kalender zubereiteten. Der Herrgott mache das Wetter nach eigenem Belieben.

„Ganz recht,“ antwortete Valentin, „und darum wird es auch im neuen Jahr neue Rosen geben. Und wenn die Kälte bis Johanni dauern sollte.“

Wer recht behalten will, muß Beweise führen, auf die er sich verlassen kann...

(Fortsetzung folgt.)

25. / 11. 1917

solche. Wie aber einen solchen sichern? Bei dieser Frage dachte der Amerikaner Wilson natürlich an die Monroe-Doktrin, die — bis

nur eine fremde Sprache gelehrt werden, und zwar die einigige wirkliche Weltsprache, die englische. „Es ist nicht richtig, das heutige England bei dieser Frage gegen die englische Sprache anzuführen.“ Ein begründetes Wort, ein tapferes Wort bei dem heute in Mitteleuropa tobenden Englischwahn, der zwar erstarrt und versteinert, aber unerschütterlich ist. Indes paßt sein Wort doch bloß für Handelschulen. Abgesehen von dieser unzulässigen Erweiterung eines Schulprogramms zum allgemeinen Mittelstufeprogramm und vom Ueberdeutstum des Verfassers, ist sein Werk: „Die deutsche Schule auf deutscher Grundlage“ (Schulveritätsverlag, Leipzig, 1916), ein gutes Buch, das Unterricht und Erziehung in die Gesamtkultur organisch einfügt und viele beachtenswerte Gedanken enthält.

Humanisten und Realisten, Humanisten und Germanisten erscheinen durch unüberbrückbare Klüften voneinander getrennt auch in dem Sammelwerk, das der Mädchenchulndirektor und Scholrat Jakob Wychgram herausgegeben hat: „Die deutsche Schule und die deutsche Zukunft.“ (Bei Otto Lemmich in Leipzig, 1916.) Es ist in doppeltem Sinn weit umfassender als das von Horrenberg. Es enthält eine weit größere Zahl von Beiträgen, und zwar sind die vierundachtzig Autoren nicht sämtlich Schulmänner, sondern gehören den verschiedensten Berufsgruppen an; auch die Volksther und die Führerinnen der Frauenbewegung sind in größerer Zahl vertreten. Und es werden nicht bloß Unterrichtsfragen erörtert, sondern auch die Jugenderziehung außerhalb der Schule und die Volkserziehung durch Literatur und Presse.

Deutsche Schulziele.

Glückliche Jugend! Wie in den Tagen Parisis und Dickens bemühen sich nicht allein die Schulfürer, sondern auch die Staatsmänner, die Autoritäten der Wissenschaft, alle Politiker um dich! Oder sollen wir lieber sagen: arme Jugend! Eine Volkserziehung ist ja die Schule nicht mehr, aber als Paradies wird sie auch nicht geliebt von den Kennälern, die ihr beim frühlichen Abschied keine Träne nachweinen, und es ist sehr die Frage, ob die Reform, wenn eine auskünde kommt, die Annehmlichkeiten des Schullebens erhöhen würde. Keine alten Sprachen mehr, das wäre den meisten — nicht allen — schon recht. Aber da hört man rufen: die Volkserziehung Deutschlands und sein mehr und mehr ostwärts sich richtender Weltverkehr fordern, daß der angehende Diplomat, Kaufmann, Fabrikant, Ingenieur tüchtig, vielseitig, praktisch, fleißig, Persifal, Indisch, Chinesisch lerne. Das Latein vermag ein begabter und verständiger Gymnosist lieb zu gewinnen, um der eigenen Schönheit dieser Sprache willen und als Probe zu den romanischen Sprachen und ihrer reichen Literatur; für diese Sprache ein halbes Dutzend Barbarensprachen einzulernen wird ihm sicherlich Gewinn dünken. Doch aus einem dritten Lager scheint wirkliche Erlösung zu winken. Zwar Wilhelm Shakespears Lösung: fort mit allem Sprachenlernen, das ja nur verdammt! wird nicht durchbringen, aber Wilhelm Schrammer will ernst genommen werden, und der fordert, es solle auf allen Mittelstufen

insolge zweimaligen Kommens herabgesetzten Geschwindigkeit ungeschindert vom Feinde einen sicheren Stützpunkt zu erreichen.

lernen haben, das ist die geistige Arbeit, die dem jugendlicher widerwärtige Sit-, Gese- und Schreibearbeit, die das harte Leben nun einmal fordert, das Fortschreiten durch die Entzifferung schwieriger Schriftwerke, durch die wissenschaftliche Herausforderung der Erscheinungen und die Aufdeckung ihres Zusammenhanges; sie müssen Streitfälle entscheiden, statische Ermittlungen und Berechnungen anstellen lernen. Das alles lernt sich beim Studium der Sprachen, besonders der alten Sprachen, der Mathematik und Physik. Doch in der Muttersprache Dramen, klassische Gedichtwerke, Neben und geistreiche Essays oder Humoresken lesen, das ist keine Arbeit, sondern Erholung; zur Erholung aber wird nicht Schule gehalten. Nur zwei, höchstens drei solche Erholungsstunden, in die Stunden strammer Arbeit zum Atemholen eingeschoben, lassen sich rechtfertigen, die ja nicht reines Vergnügen sind, sondern zugleich den Zweck erfüllen, die Schüler in die vaterländische Literatur einzuführen, was ohne Zweifel zu den Aufgaben der Schule gehört. So fast die Sache auch einer der Autoren des Sammelwerkes auf, Walter Klaffen: „Neben der harten Arbeitsschule, die das Erlernen der alten Sprachen bedeutet, seien Deutsch und Geschichte Fächer der Freude.“ Aber, schreibt ein anderer, Sollwürk, auf die Menge der Stunden kommt's beim Deutsch nicht an, sondern auf den Geist der Sprache, und der wird sich einfinden, wenn der Schüler in allen Unterrichtsstunden geübt wird, klar zu denken und das, was er gelernt hat und ordentlich andrerseits würde auch die Literatur schlecht fahren, wenn sie in der Schule breitgetreten würde. Durch den vllähtmäßigen Betrieb würde

Die Lage ist unüberändert. Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.“ (Wiederholt.)

Man könnte aus diesen Abhandlungen ein ganzes System der Pädagogik und der pädagogischen Psychologie zusammenstellen. Großen Maß wegen mußten die Beiträge durchsichtlich fürer gehalten werden als in dem Buche von Horrenberg; der fürer, nur eine nativen Parlamentarier Herrn v. Sendebrand. Er besweifelt, daß durchgreifende Änderungen des deutschen Schulwesens notwendig und ratsam seien; das Befestende habe sich in der fürerbaren Prüfung des Krieges gut bewährt, und es sei bedenklich, von so bewährten Grundlagen sich in wesentlichen Punkten zu entfernen. Daß eine grundförende Änderung nicht notwendig ist zur Erzeugung deutscher Gesinnung und daß eine bedeutende Vermehrung der deutschen Unterrichtsstunden weder für diesen Zweck erfordert wird, noch sich vom pädagogischen Standpunkt aus empfiehlt, habe ich in der oben erwähnten Nummer geäußert. Ein paar kurze Bemerkungen mögen den Beweis ergänzen. Mit reichlichem deutschen Schrifttum wollen die Germanisten die deutsche Gesinnung nähren, das heißt also, es soll in der Schule massenhaft deutsche Literatur gelehrt werden. Das wäre Literatur wegen. Der Schüler als auch der vom Uebel sowohl der Schüler wegen, denn diese sollen — das ist ein Hauptzweck des Schulunterrichts — durch ihn arbeiten lernen; spricht man doch gerade heute so viel von der Arbeitsschule. Und zwar darf man den zukünftigen Forschern, Gelehrten, Juristen, Medizinern, Verwaltungsbearbeitern nicht zumuten, daß sie Schulstunden mit Handarbeit verträdeln, die ja als geordnete Erholung außerhalb der Schule sehr zu empfehlen ist. Was sie in der Schule zu

(Schluß folgt)

Struktur des Einkommens geht. Erziehung ist Bildung und Arbeit nach einem Vorbild, das erst die Einkommens- und Vermögensverhältnisse und die Stellung der Ehepartner mit den großen Mitteln und zur Bildung der Nation. Ohne ein neues berufliches Merkmal werden die Aufgaben der Nation nicht erfüllt. Die Einkommensverhältnisse sind die Grundlage der Nation. Die Einkommensverhältnisse sind die Grundlage der Nation. Die Einkommensverhältnisse sind die Grundlage der Nation.

„Kriegspädagogik.“

Von Prof. Dr. G. A. D. Collischonn.

I.

Auch unter Pädagogen ehrte man nach Ausbruch des Krieges das große Gehehen durch Schweigen. Gute liegen bereits ganze Sammelwerke von „Kriegspädagogik“ vor. *) Was ist das, Kriegspädagogik? Pädagogik zur Vorbereitung auf den Krieg? Pädagogik, gewonnen aus den Erfahrungen des Krieges? Jedenfalls haben wir, die zu Hause geblieben sind, doch nur die eine Hälfte der Erfahrung. Und es wäre doch noch vorsichtig die Frage zu stellen, ob denn der Krieg überhaupt einen objektiven Einschnitt für das pädagogische Denken bildet, ob er vor allem Führer und Ratgeber in pädagogischen Dingen sein kann? Man führe nicht die Zeit vor hundert Jahren an mit ihrer pädagogischen Fruchtbarkeit. Sie war die Folge der Niederlage und Not, nicht des Krieges an sich. Wie sieht es denn mit dem Geiste in selbst aus, die in diesen Sammelwerken die Stimme erheben? Hat der Krieg zunächst in ihnen selbst etwas grundlegend Neues gewirkt, das sie berechtigte, im Namen des Krieges Reformen zu verlangen? Haben sie die pädagogischen Fragen wesentlich anders sehen gelernt als vorher? Kurz vor dem Kriege tagte in München ein Kongreß von Reformern aus dem ganzen Reiche. Wer damals die widerstreitenden, sich wechselseitig aufhebenden Forderungen las, mußte voll Bangen ausrufen: Das ist das Chaos! Nun, heute nach mehr als zwei Jahren des furchtbarsten Krieges wiederholt sich daselbe Schauspiel in d'ieser „Kriegspädagogik“. Die Erkenntnis hätte doch der Krieg, der ein Exprober der Lebenswerte ist, vor allem bringen müssen, daß die pädagogische Frage keine Frage der besten Lehrtätigkeit und Organisation ist, sondern eine biologische Frage, biologisch in dem weiten Sinne gefaßt, der das Leben des Geistes wie des Leibes, des Individuums wie der Nation umfaßt, daß es sich hier nicht um eine „Fülle von Fragen“ handelt, sondern um d'ie e i n e, alles umfassende Grundfrage nach der Förderung des Lebens. Dann hätte man auch erkannt, daß, um Reformen zu fordern, erst ein neuer Mensch da sein muß, wenigstens ein biologisch neu Formender, daß es von gar keinem Belang ist, was der Krieg dem pädagogischen Nachdenken für glückliche Einfälle schenkt, sondern allein, als was für Menschen wir, biologisch veranschlagt, aus dem Kriege kommen werden. Deshalb haben wir auch abzuwarten, was die sagen, die von draußen heimkommen. Dann sie vor allem werden ein neues Lebensgefühl und Wesen mitbringen, und aus diesem heraus werden sie auch allen Kultur- und Bildungsfragen auf den Herzensgrund leben.

Der Krieg ist nur ein examen rigorosum. Wohin es führt, ihn zum Berater des kulturellen Lebens zu machen, lehrt die Kulturgeschichte Spartas. Wir wissen heute wieder intensiv, daß es im Kriege leichter ist, tapfer, gesund, stark zu sein als im Frieden. Die Erziehung muß daher wesentlich auf den Frieden orientiert bleiben. Uns biologisch so stark zu machen, daß wir im F r i e d e n durchhalten, das ist die Aufgabe der Erziehung. Erziehung für den Schützengraben? Nein, für die Zukunft der Nation. Umlernen? Nein, wir haben im Grunde gar nichts umzulernen. Was der Krieg mit dem Hammer erphilosophiert hat und mit lauter Stimme in das Volk ruft, es ist daselbe, was die Schule immer als ihre Aufgabe erkannt und verfolgt hat: biologisch gesicherte und wissenschaftlich geschulte Menschen zu erziehen. Das ist die Grundlehre des Krieges und im Grunde auch seine einzige Lehre. Ratgeber und Führer für die innere und äußere Gestaltung von Erziehung und Unterricht dagegen kann er nicht sein.

Die Aufgaben der Pädagogik eines alten Kulturvollkes mit einer großen kulturellen Geschichte lassen sich überhaupt nicht gewinnen aus dem Querschnitt einer Gegenwart. Diese Aufgaben werden aus der Vergangenheit herübergereicht. Als Wachstum bedarf der Tradition. Der ethisch-kulturelle Wille der Vorfahren und die selbsterhaltenen nationalen Richtlinien der kulturellen Entwicklung sind die Wegweiser der Zukunft. Wenn Geschichte überhaupt etwas für das Leben zu bedeuten hat, so hat sie es nicht als Uebermittler von Erfahrungen, sondern von Aufgaben. Die biologische Einheitsachse der Nation ist der Längsschnitt von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Dieser Längsschnitt darf aber auch nicht verarmt werden durch Einengung unseres Horizontes.

*) Dr. J. Norrenberg: Die deutsche höhere Schule nach dem Weltkriege. Beiträge.

Prof. Dr. W. Janell: Kriegspädagogik. Berichte und Vorschläge.

J. Ansharam: Die deutsche Schule und die die deutsche Zukunft. Beiträge.

Versammlung auf der Wieden.

II. Kunschak über die Rede des Abg. Glöckel in der „Freien Schule“ und die Papierteuerung für unsere Presse.

Nach zweijähriger Kriegspause hielt letzte Woche die Männerortsgruppe Wieden des Piusvereins im Feisanzal des Gemeindehauses ihre Jahresversammlung ab. In Vertretung des Vereinspräsidenten Excellenz Graf Franz Walter-Sirchen eröffnete die gut besuchte Versammlung Vizepräsident Sektionsrat a. D. Dr. Scheimflug und begrüßte u. a.: Landesauditor Kunschak, Stadtrat Regierungsrat Professor Schimid, Professor Schnerich, Bezirksvorsteher Charwat, Kommandeur Psoh, die Monsignori Professor Schranzhofer und Direktor Glawati, Pfarrer Gh, die Gemeinderäte Langer und Panosch, die Bezirksräte Hackenberg und Mertz, zahlreiche Kooperatoren usw. Der Vorsitzende dankte den Mitgliedern und Funktionären für ihre Tätigkeit und bat sie auszuhalten in der Erstarlung des Vereines, der bei den gegenwärtigen Verhältnisse in Wien mehr denn je nötig sei. Nach der Erstattung des Kassa- und Rechenschaftsberichtes durch Herrn Brunner und der Vornahme der Neuwahlen be sprach II. Kunschak in längerer Rede Haus, Schule und Kirche als Erziehungs faktoren. Er betonte, wie sehr das Erziehungs werk unserer Jugend in letzter Zeit gelitten habe und zeigte, wie heute die Erziehung des Volkes zum Großteil die freimaurerische Presse in Händen habe. Das Haus sei durch den Krieg von der eigentlichen Erziehung fast ausgeschaltet worden. Aber auch die Schule habe viel an Wert dadurch eingebüßt, daß sie nur Halbtags- oder gar Vierteltagsunterricht erteilen kann. Polizei- und Schulberichte geben leider erschreckende Bilder der Verwahrlosung der Jugend.

Trotzdem wage es in dieser Zeit die „Freie Schule“ gegen die sittlich-religiöse Erziehung der Jugend, als dem einzigen einhaltgebenden Mittel gegen die weitere Verwahrlosung, aufzureiten. Die „große“ Versammlung, die kürzlich im Konzerthausaal tagte, wurde mit einem Riesenaufwand an Geldmitteln in bombastischer Weise ange kündigt, sagte Redner. Ein großer Künstler hat sogar einen Entwurf für ein Plakat gemacht, aber ein geistiger Zwerg hat das Motto da u geschrieben. Man wir gespannt, was uns hinter dem „Tor der Zukunft“, wenn es vom Abg. Glöckel in der Versammlung geöffnet wird, erwartet. Aber es war nichts Neues, es war der alte Haß gegen alles, was christlich ist und heißt. Glöckel forderte stolz erhabenen Hauptes die Trennung von Kirche und Schule. Damit hat er allerdings nicht das Tor der Zukunft geöffnet, sondern einfach ein bereits geöffneter Tor eingerannt. Seit dem Staatsgrundgesetz und dem Reichsvolkschulgesetz ist längst schon der Kirche kein anderer Anteil an der Schule geboten als einzig die Erteilung des Religionsunterrichtes und Beaufsichtigung der Erziehung, was im Jahre 1873 auch noch eine Aenderung erfuhr, indem es als im Wesen des Unterrichtes gelegen bezeichnet wurde, daß der Landeschulinspektor auf den Unterricht einzuwirken das Recht habe. Es bleibt von der Gewalt der Kirche in der Schule also nichts übrig als der bloße Unterricht ohne Einfluß von Kirche auf Schule. Daraus erzieht man, daß das eigentliche Ziel der Eröffnung des „Tores der Zukunft“ die Ent fernung des katholischen Religions unterrichtes überhaupt ist. Wenn es nach dem Willen der Kirche und der „Klerikalen“ ginge, meinte Glöckel würden die Leute nur Lesen und Schreiben lernen nicht aber zu denkenden Menschen erzogen werden. Geb's Gott, daß das ganze Volk nur wenigstens Lesen und Schreiben könnte; aber es ist nicht bloß in Galizien, sondern auch vielfach in Wien der Fall, daß es noch immer Leute gibt, die weder Lesen noch Schreiben können und dann den gewissen Kriegswucherern um Opfer fallen. Glöckel fragt so naiv, wo geht der Staat seine Soldaten hergenommen hätte, wenn es nach dem Willen der Kirche gegangen wäre! Nach dem Jahre 1866 sagte man, daß der preussische Schulmeister den Krieg gewann und flugs besaßte man sich auch bei uns einen gleichen Schulplan einzuführen. Deutschland hat die konfessionelle Schule; in protestantischen Gemeinden dürfen eben nur protestantische Kinder von nur protestantischen Lehrern, in katholischen Ortschaften nur katholische Kinder von katholischen Lehrern unterrichtet werden. In Deutschland hat nicht einmal der Oberlehrer die Aufsicht über die Schule, sondern der Pfarrer tragt seines Amtes. So ist es in Sachsen, Bayern, Württemberg usw., wo es nach dem Willen der Kirche und der konfessionellen Schule geht, und nur Lesen und Schreiben gelehrt wird; und dennoch ist Deutschland nicht bangte um seine Helden, seine Unteroffiziere und hat sogar Leute gefunden für die stärkste Waffe, den U-Boot-Krieg! (Lebhafte Beifall.)

Wer daher ein Führer des Volkes sein und über die Schule reden will, darf nicht bei jeder Gelegenheit das alte Schlagwort vom Klerikalismus aus irgend einer Numpellammer hervorzuziehen, wer ein wirklich geistiger Führer seines Volkes sein will, muß ein feuriges Ross reiten, nicht ein inhumpe liges Steckenpferd, sonst wirkt er nur als lächerliche Figur. (Beifall.)

Im weiteren Verlauf seiner Rede kam II. Kunschak auch auf Presse und Organisation zu sprechen und sagte: Die Gegner haben die Bedeutung einer starken, christlichen Presse viel besser erfasst als wir selbst. Deshalb rüstet man sich heute schon zum Vernichtungskrieg gegen sie und gegen alles, was christlich ist. Der Beamten- und Gewerbestand verschuldet, der christliche

Mittelstand verschwindet in diesem Kriege. An seine Stelle tritt das größtenteils jüdische Großkapital in den Banken und Großhandlungsunternehmungen, dem die christliche Presse ein Dorn im Auge ist. Man gräbt im Stillen eine Bedingung ihrer Existenz ab: Man verteuert ihr das Papier. Das Papier ist zwar nicht für die christliche Presse allein teurer geworden, aber für sie vielfach am meisten, denn die großen gegnerischen Blätter besitzen selbst Papierfabriken und es fließt das Geld nur von der einen in die andere Tasche. So also arbeitet man gegen unsere Presse, daraus schon müssen wir erkennen, wie notwendig es ist, unsere christliche Presse zu unterstützen und ihr das wirtschaftliche Aushalten zu ermöglichen; wir dürfen nicht mürrisch werden, wenn das Abonnement abermals erhöht wird und an allen Knöpfen abzählen, soll ich — oder soll ich nicht das Abonnement erneuern? Redner schloß: „Wer Mitglied des Piusvereines ist, muß Soldat des Vereines sein und hinausgehen in die Schützengräben, wo noch vielfach Indolenz herrscht. So wie der Staat seine Mittel sich durch Kriegsanleihen beschafft, müssen auch wir den Piusverein durch Preßanleihen unterstützen, wo wir nur können, damit die Organisation zum Triumph kommen und im Sieg auch eingeschlossen sei das christlich arbeitende Volk. (Minutenlangem begeisterten Beifall.)“ Hierauf wurde die Versammlung geschlossen. In den Zwischenpausen fanden unter Leitung des Dirigenten Edlinger Gesangsvorträge des Pöchlener Kirchenchores statt, u. a. der 1. Teil des 1. Finales aus Mozarts „Zauberflöte“, wozu Prof. Schnerich einige Erläuterungen gab.

Der Zeitschrift

Dellsblatt.

(Neue Frankfurter Zeitung.)

Polld Sonnemann.

Für Auswärts: Amt Fernzimmer 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:

Kolonialzelle 60 d. Abendsbl. 75 d.
Reklaman. 2. Abendsbl. 42.50
Familienanzeigen 41. - zuzüglich
10% Kriegszuschlag. Platz- und
Daten-Vorschritt, ohne Verbind-
lichkeit. - Anzeigen nehmen an:
Unsere Expeditionen in Frankfurt
a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37
Schillerstr. 20. Mainz: Schillerpl. 3.
Berlin: Mauerstraße 16/18 Dresden: A.
Waisenhausstr. 25. München: Per-
sistr. 6. Osnabrück: Biöbererstr. 14.
Stuttgart: Poststr. 7. Zürich: Nord-
straße 62. Uns übrg. Agentur,
u. d. Annonc.-Expedit. Ferner in
New York: 20 Broad Street.
Verlag u. Druck der Frankfurter
Societäts-Druckerei G. m. b. H.
Fascheckkonto Frankfurt (Main) 4430

„Kriegspädagogik“.

Von Prof. Dr. G. U. O. Collischonn.

II. (Schluß).*)

Wenden wir uns nun zur Schulung. Um die Aufgaben der Schulung zu erfüllen, die sich mit steigender Kultur nicht mehr in einem Schultypus bewältigen lassen, hat sich schrittweise aus den dürftigen Anfängen der Gelehrten- und Pflanzenschule unser ge-³ differenziertes Schulwesen entwickelt, kein auf dem Papier ausgeklügeltes Konstruktionskunststück, sondern ein den herandrängenden Bedürfnissen angepaßter Wuchs. In mannigfaltigen Schultypen vermittelt es den einzelnen Begabungen die ihnen verbottenen Kenntnisse in einer beschränkten, dem Bewältigungsvermögen des Einzelnen angepaßten Zahl von Hauptfächern; in der Zusammensetzung aller dieser Typen aber schult es das Gesamtvolk auf allen Gebieten der Kultur. Und nun will man diese ganze, für die Schulung der Nation unentbehrliche Entwicklung rückgängig machen und an ihrer Stelle wieder einen Typus der höheren Schule setzen, um damit die Kulturinheit der Nation zu sichern. Eine wahre Reaktion im Namen des Fortschritts. Für die Einheit der Kultur ist dieser eine Typus aber weder eine Bürgerpflicht, noch eine Notwendigkeit, denn die Einheit der Kultur beruht nicht auf gleichem Wissen, sondern auf gleichem Wollen, nicht auf der Gleichheit der Schulung, sondern auf der Einheit der Erziehung. Die Aufgabe der Erziehung ist allen Böglingen gegenüber die gleiche, also auch in den verschiedensten Schultypen lösbar, für die Schulung der Nation aber, die es mit den subjektiven differenzierten Begabungen und mit den objektiven differenzierten Schulungsaufgaben zu tun hat, sind diese verschiedenen Schultypen unerlässlich, eine höhere Schule wäre dazu gänzlich unzulänglich, zumal sich immer neue objektive Aufgaben melden, die im Gegenteil nach immer neuen Schultypen verlangen. Wir brauchen keine Organisationsreform, die diese Differenzierung aufhebt, sondern Zusatzorganisationen, die sie noch erhöhen. Es müssen den bestehenden Typen neue angegliedert, es müssen neue Versuche gemacht werden z. B. auch der eines deutsch-humanistischen Gymnasiums; alle Bestrebungen dagegen, die die alten notwendigen Typen verdrängen wollen, sind unnachlässig abzuweisen.

Für die Schulung der Nation ist zunächst eine Grundforderung, die getrennte Schultypen verlangt, ganz unerlässlich: die Scheidung in wissenschaftliche und praktische Schulung. Die erstere ist aber wieder zu spalten in eine humanistisch-historische Richtung, die sich in die Quellen unserer Kultur und Wissenschaft vertieft, und eine modern mathematisch-naturwissenschaftliche Richtung, die der praktisch-wissenschaftlichen Gegenwart dient. Für diese Bedürfnisse ist bereits hinlänglich gesorgt. Für die Ausgestaltung der praktischen Schule ist dagegen noch so viel wie alles zu tun. Es ist hier eine große Lücke in unserem Schulwesen auszufüllen, die entstanden ist, als man die alten Bürger Schulen in wissenschaftliche Schulen umwandelte, ohne für gleichzeitigen Ersatz für das Aufgegebene zu sorgen. Die Förderung aller Begabungen, die mit dem Rufe „Wahne frei dem Talent“ heute mit Recht verlangt wird, wird nur dann keine Schädigung unseres Wirtschaftslebens und unserer Wissenschaft zugleich bedeuten, wenn es gelingt, einen praktischen höheren Schultypus neben die wissenschaftlichen zu setzen. Es ist keineswegs erwünscht, daß alle Begabungen in die wissenschaftliche Schule gezwungen werden, mögen sie begütert oder unbegütert sein, was bei nur einem Schultypus unvermeidlich wäre; sondern es ist notwendig, daß man die ungerechtfertigt hohe Einschätzung der Universitätsbildung, in die alle höhere Schulwesen seither mündet, herabmindert, die unangehörten Berufe dagegen höher einschätzen lernt und für höhere Schulen sorgt, die ihren Bedürfnissen entsprechen. Sonst entsteht einerseits eine höchst unerwünschte geistige Verarmung der praktischen Stände durch Abwanderung der Begabungen und wird andererseits die wissenschaftliche Schulung aufs höchste geschädigt, wenn der Aufbau der wissenschaftlichen Schulen noch anderen, praktischen oder sozialen, Zwecken angepaßt werden soll als denen der wissenschaftlichen Schulung allein. Daß dieser praktische höhere Schultypus in Anlehnung an das Mittel- und Fortbildungsschulwesen auszubauen ist, dessen weitere Entwicklung sich als unabweisbares Bedürfnis gerade während des Krieges herausgestellt hat, liegt auf der Hand.

Unter den Vorschlägen, die die Hand abbauend an unser bestehendes Schulwesen legen wollen, sind es besonders zwei,

*) Vergl. I. Morgenblatt vom 28. Januar.

die eine große Gefahr bedeuten, zumal ihre Befürworter sich nicht von der Einsicht in die sachlichen Notwendigkeiten lösen lassen, sondern sich an zwei mächtige Gefühle wenden: das nationale und das soziale Empfinden. Die Gefahr ist um so größer, als die Vertreter dieser beiden Vorschläge im Begriff sind, sich zu gemeinsamer Organisation die Hand zu reichen. Es sind die Befürworter der deutsch-nationalen Einheitschule und die Aufbautechniker der sozialen Höhe der Einheitschule. Man sollte in der Tat mit der deutsch-nationalen Schule, allerdings nicht Einheitschule, einen Versuch machen, er dürfte aber nicht, wie man vorschlägt, in einen deutschen Ultraquismus und in pädagogischen Materialismus münden, die aus dem deutschen Unterricht einen Kursus in germanistischer Fachphilologie machen und die Arbeit der Universitäten in die Schule verlegen. Ist die deutsch-nationale Einheitschule eine Gefahr besonders für die Weite und Tiefe der deutschen Kultur, so ist es die soziale Einheitschule für die deutsche Wissenschaft. Beide wirken aber dadurch gleich verderblich auf die Organisation der höheren Schule, daß sie, um ihr Ziel zu erreichen den Unterbau dieser Schule ungebührlich ausdehnen müssen auf Kosten des Oberbaus. Diesen Mißstand sucht man von Seiten der linderpsychologischen Pädagogik damit annehmbar zu machen, daß man auf die Ergebnisse der experimentellen Pädagogik verweist, die das Maß der zu fordernden Leistungen, allein festzustellen habe und gerade für die Unterlassen eine Ermäßigung der Zielleistungen nicht nur rechtfertige, sondern verlange. Demgegenüber ist erstens festzustellen, daß die natürliche Leistungsfähigkeit des Schülers, ohne daß damit Ueberanstrengung der Kräfte verbunden sein müßte, in hohem Maße bestimmbar wird durch die Höhe der Anforderungen selbst, daß sie mit dem wachst. Nicht was das Kind in experimenteller Lage leistet, wo die Leistungen unter seelisch ungunstigen Bedingungen erfolgen, sondern was es unter natürlichen Umständen leistet, ist das wahre Maß seines Könnens. Zweitens aber ist es überhaupt undurchführbar, die Höhe der Leistungen einseitig nach der Durchschnittsbegabung der Schüler bemessen zu wollen, sie wird vielmehr gefordert, rücksichtslos gefordert von den Bedürfnissen des Ganzen, von dem Stande von Wirtschaft und Wissenschaft, der auf der Höhe erhalten und sogar gesteigert werden muß, wenn wir nicht die Existenz der ganzen Nation aufs Spiel setzen wollen. Wir können nicht in der Tiefe bauen, unbestimmert um die Forderungen, die die Höhe stellt. Der Unterbau hat sich zu richten nach der Höhe, die erreicht werden muß, und diese Höhe wird bestimmt durch den Stand der Weltkultur. Wird das Tempo der Unterlassen so verlangsamt und ihr Perium so herabgesetzt, wie diese Reformen vorschlagen, so verkümmern dabei gerade die begabten Kinder, das Gedächtnis wird in seiner stärksten Zeit nicht gehörig ausgenutzt, die geistige Zucht leidet, die Oberlassen werden dagegen so überlastet und die Zeit für die wissenschaftliche Arbeit so kurz bemessen, daß die Erziehung zu Arbeit, Konzentration, selbständiger geistiger Arbeit, Wissenschaftlichkeit unmöglich gemacht und so die Wissenschaft selbst, bei so mangelhafter Vorbereitung der Studenten, unüberwindlich geschädigt wird. Und dies zu einer Zeit, in der der Wettbewerb der Nationen mehr als je Wissenschaft verlangt, in der die Wissenschaft unsere stärkste Waffe im friedlichen Wettkampf gewesen und unsere Rettung im Weltkampf geworden ist.

Die Vorbereitung auf die Wissenschaft bleibt die unverrückbare und unerlässliche Aufgabe der höheren Schule, die auf die Gefahr des Untertagens der Nation hin keinen, auch noch so bestechenden nationalen oder sozialen Zielen geopfert werden darf, die auf andere Weise zu befriedigen sind. Alle Reformen, die die Gefahr in sich schließen, daß die höhere Schule der Aufgabe der wissenschaftlichen Schulung nicht mehr gerecht werde, kann, sobald damit die Höhe, Weite und Vielseitigkeit der Wissenschaft selbst gefährdet wird, sind unerlässlich zu bekämpfen. Die Erhaltung und Erhöhung des Standes der Wissenschaft, nicht nur der Naturwissenschaft, sondern jeder Art von Wissenschaft, des wissenschaftlichen Geistes der Nation verbürgt allein unsere Existenz. Das hat der Krieg schlagend bewiesen. Weder darf die praktische Schulung in die falsche Bahn wissenschaftlicher Schulung umgelenkt, noch die wissenschaftliche Schulung durch praktische Nebenrücksichten geschädigt werden. Die saubere Scheidung aller höheren Typen ist unerlässlich, damit in jedem einzelnen mit der ihm eigenen Schulung auf der untersten Stufe begonnen werden kann. Denn noch einmal: Die Schulung bedarf eingehender Differenzierung, die Einheit der Kultur aber, die keine Schulung garantieren kann, ist Sache der Erziehung, die unter Leitung gleichgebildeter und einseitlich wollender Lehrer das

Schule in der Hörnesgasse Mädchenlyzeum und Real-
schulen überlassen. Das Volkshaus in der Vereinsgasse
erhielt den Sommerturnplatz der benachbarten Schule als
— Wäschetrockenplatz; hätte man hier nicht etwa einer
Eislaufplatz für den Winter einrichten können? Der
körperlichen Erziehung ist nicht mit Schlagwörtern, sondern
nur mit praktischen Taten gebietet; nach dem Kriege
müssen Baden, Schwimmen, Eislaufen u. s. w. in der
Wirkungsweite der Schule aufgenommen werden. Ueber
den gegenwärtigen Betrieb des Turnens, da einer Lehrerin
oft fünfzig bis sechzig Knaben zugewiesen sind, wollen
wir lieber gar nicht sprechen. Uebrigens ist es überhaupt
derzeit unmöglich, die unterernährten und hungernden
Kinder durch — Turnen körperlich erfrischen zu wollen!
Da man nach zwei Jahren endlich die Unzulänglich-
keit des Halbtags- und Drittelunterrichts einzusehen
begann, den einzigen Weg aber, um den Schulbetrieb
wieder im vollen Umfang aufnehmen zu können: die
Freigebung der Schulen, nicht beschreiten wollte, so verfiel
man auf die sogenannte „Frankfurter Kurztunde“.
Um mehr Lehrplanstunden zu erhalten, verkürzte man
einfach die einzelnen Stunden um 15 bis 20 Minuten!
Die Erhöhung des Stundenmaßes an Bürgerschulen
um drei Stunden ist natürlich durch diese 25prozentige
Verkürzung wieder ermöglicht. Die Reform kostete freilich
nicht einen Heller, ihr Erfolg entspricht selbstverständlich
den Kosten. Mag vielleicht die Kurztunde in den unteren
Klassen der Volksschule noch in mancher Hinsicht nicht
unschädlich sein, so beeinträchtigt sie ganz gewiss an der
Bürgerschule die Gründlichkeit des Unterrichts. Der Lehr-
stoff einer Stunde kann weder langsam entwickelt noch
gehörig eingeübt werden, es kommt ein Hasten und dadurch
auch Oberflächlichkeit in den Unterricht. Der Frankfurter
Kurztunde darf natürlich auch die wienerische Absonderlich-
keit nicht fehlen. Die einen Schulen haben vormittags,
die anderen nachmittags die Kurztunden; beides wird
mit „hygienischen“ Erwägungen begründet, ja es kommt
vor, daß in Schulgebäuden, wo gleichzeitig zwei Schulen
Unterricht haben, die eine Schule in vollen, die
andere in verkürzten Stunden arbeitet: das gibt ein
stetiges Läuten und Abläuten der Pausen, eine stete Störung
des Unterrichts der einen Schule durch die in den Pausen
lärmenden Schüler der anderen Schule! Wenn schon
Kurztunden sein müssen, so sind sie höchstens am Nach-
mittag am Plage, da die geistige Spannkraft der Schüler
und Lehrer von 1 Uhr mittags bis 6 Uhr abends einfach
nicht erhalten werden kann und die letzten Stunden daher
in der Regel wertlos sind, während vormittags ganz gut
und nutzbringend vier volle Stunden gehalten werden
können.

Arbeiterzeit

Das Wiener Schulwesen im Kriege.

Die Wirbungen des Krieges äußerten sich zunächst
gemaltig im äußeren Schulbetrieb, da viele Tausende
Lehrer der Schularbeit entzogen wurden. Sie eilten be-
waffnet an unsere bedrohten Grenzen, schrieben in Kanzleien
oder bewachten Eisenbahnbrücken. So trat ein plötzlicher
Mangel an Lehrkräften ein, der eine empfindliche Unter-
richtsverkürzung zur Folge hatte. Nach einem Jahre kam
man zu der Ueberzeugung, daß die Arbeit des Lehrers in
der Schule für den Staat auch im Kriege wertvoller sei
als der mechanische Wacht- und Kanzleidiens, der schließ-
lich auch von weniger qualifizierten Personen geleistet
werden kann, und so wurden die nicht frombildenstauglichen
Lehrer entlassen. Es waren allerdings bereits im Frieden
Bestimmungen vorhanden, nach denen den Schulbehörden
alljährlich das Recht zusieht, die erforderlichen Enthebungen
zu beantragen, aber Bezirks- und Landesschulrat verab-
säumten dies im Frieden und machten auch im Kriege
anfangs von ihrem Rechte keinen Gebrauch, nur elliche
— Schuldiener sollen angeblich anfangs als unentbehrlich
reklamiert worden sein. Die Gemeinde Wien behielt sich
nun zunächst durch Anstellung von Lehrerinnen an
Anabenschulen: wieweit sich diese — besonders in den

oberen Anobeklassen bei der immer mehr überhand-
nehmenden Verwilderung der Jugend — bewährt haben,
darüber fehlt wie überhaupt über alle Maßnahmen im
Kriegsschuljahr ein Bericht der Schulaufsicht.

Die erhebliche Verkürzung der Unterrichtstätigkeit
ist ferner dem Mangel an Schulgebäuden
zuzuschreiben. Die Beschlagnahme von Schulgebäuden
durch die Militärverwaltung war im Anfang des
Krieges gewiß eine unbedingte Notwendigkeit. Die
Auswahl der Gebäude zeigte das hohe Maß der mili-
tärischen Fürsorge, denn es wurden besonders die
neueren, moderneren Schulgebäude, wie sich solche meist
in den äußeren Bezirken finden, vor allem in Anspruch
genommen. Es war dann natürlich unvermeidlich, daß
die Kinder mehr in den älteren, den hygienischen An-
forderungen minder entsprechenden Schulhäusern arbeiten
mußten, in denen überdies meist mehrere Schulen unter-
gebracht werden mußten. So gibt es Gebäude, in denen
gleich sieben Schulen sind, in denen also vom frühen
Morgen bis zum späten Abend unterrichtet wird; da-
hinter weder ausgiebig gelüftet noch gründlich gereinigt
werden kann, mag im Interesse der Gesundheit der
Kinder wohl bedauerlich, aber unter diesen Verhältnissen
leider nicht zu vermeiden sein. Auf den weiter daraus
folgenden Uebelstand, daß viele der kleinen Kinder nun
einen weiten Schulweg haben, ja sogar oft mit der
Straßenbahn ihre Schulstätte erreichen müssen, sei des-
halb hingewiesen, weil er — abgesehen von den Gefahren
des Straßenverkehrs und vom erhöhten Verbrauch der
teuren Schuhe — auch die Ursache vieler Schulversäum-
nisse ist. Vermeidbar wäre aber vielleicht gewesen, daß
Schulgebäude gar nicht, weder vom Militär noch von der
Schule benützt werden; so soll zum Beispiel die Schule
am Habsburgplatz länger als ein Jahr ganz Leer-
gestanden sein. Vielleicht hätte die Schulverwaltung,
wenn sie sich zur Wahrnehmung der ihr anvertrauten
Schulinteressen auch im Kriege entschlossen hätte, doch er-
reichen können, daß Schulen, in denen nur eine Klasse
ist — wie zum Beispiel in der Burggasse — oder in
denen nur wenige Klassenbesitzer, die gewiß auf
dem Lande rascher ihre Erholung finden würden,
untergebracht sind, wieder ihrer Bestimmung zuge-
führt werden. Es verdient alle Anerkennung, daß
die Militärverwaltung in den zwei Kriegsjahren durch
Ausführung riesiger Barackenbauten das Bestreben zeigte,
die beschlagnahmten Gebäude allmählich für militärische
Zwecke entbehrlich zu machen. So wurden zum Beispiel
das große Bürohaus und der Rita-Hof in der Mariahilfer-
straße bereits geräumt; die Hoffnung aber, daß auch die
Schulen wieder ihrer Bestimmung zurückgegeben werden,
hat sich leider nur zum geringsten Teil erfüllt. Die Schul-
verwaltung scheint eben verabsäumt zu haben, auf leer-
stehende Privatgebäude oder auf die vielen nicht voll aus-
genügten Paläste, Schlösser und Villen aufmerksam zu
machen, wodurch vielleicht die schwerer entbehrlichen
Schulen freigeworden wären.

Erfreulich ist, daß die Militärverwaltung in den von
ihnen benützten Schulen Bäder und Küchen einrichtete;
durch die Beibehaltung dieser Einrichtungen können endlich
die alten Forderungen der Lehrerschaft nach Schulbädern
und Schulküchen leicht verwirklicht werden. Weniger er-
freulich jedoch ist der ablehnende Standpunkt des Magistrats,
der sogar die vom Militär bereits eingerichteten Bäder
und Küchen in freigegebenen Schulen wieder entfernen
lassen will, wie dies zum Beispiel von der Schule
Anstaltgasse gemeldet wurde! Dieses Verhalten ist um so
befremdlicher, als der Kostenstandpunkt gar nicht in Betracht
kommen kann: so bequem und billig kann die Gemeinde
nie wieder zu Bädern kommen! Es ist um so un-
begreiflicher, da die Gemeinde in anderer Beziehung bei
der Ausstattung von Schulgebäuden nicht so sparsam ist;
hat sie doch dank einem Einfall des Stadtrates Scherzer
in einer Schule eine — Petrusstatue um 7800
Kronen aufstellen lassen! Da sich voraussichtlich auch die
anderen frommen Stadtväter um himmlische Fürsprecher
umsehen werden, so ist zu erwarten, daß bald alle fünf-
hundert Schulen ihren Heiligen haben werden, und es ist
wirklich nur beruhigend, daß die Zahl der Heiligen der
großen Nachfrage genügen dürfte. Ob sich die Kirchen
durch Aufstellung von Statuen der großen Schulmänner
Dittes, Pestalozzi u. s. w. revanchieren werden, ist aller-
dings noch nicht bekannt. Doch lehren wir zum Ernst der
Zeit zurück.

Der Halbtags- und gar der
Drittelunterricht hatten eine empfindliche
Verkürzung im Stundenmaß der einzelnen Lehr-
gegenstände zur Folge. Während sich aber die Haupt-
gegenstände und die Realien diese erhebliche Einschränkung
gefallen lassen mußten, so mußte vom zweiten Kriegs-
schuljahr an der Religionsunterricht wieder
im normalen Ausmaß erteilt werden, obwohl man durch
die Verlegung der Religionsstunde in die Kirche, wohin
nach unserer Anschauung dieser Unterricht seit je gehörte,
Raum für die weltlichen Lehrgegenstände gewonnen hätte.
Man hätte ferner in der Bürgerschule, besonders in
der dritten Klasse, die überflüssige Schreibstunde einem
wichtigeren Gegenstand überlassen können; auch die
Gesangstunde der dritten Klasse, wo die meisten Schüler
ohnehin nicht singen können, da sie gerade mutieren,
hätte den Realien zugewiesen werden können. Aber die
Gesangstunden sind eben notwendig, um die zehn Kirchen-
lieder und das umfangreiche Meslied einzulernen; für
das heimatische Volkslied und für die „vaterländischen“
Lieder bezeugt der Klerikalismus keine Zeit mehr übrig.
Bezeichnend ist auch das Verhalten unserer Schul-
verwaltung zum Turnunterricht. Der Krieg hat
kargelegt, wie notwendig die körperliche Erfrischung der
Jugend ist. Aber man leierte gedankenlos das Schlag-
wort von der „militärischen Erziehung“ nach, doch das
Wichtigste, was die Schule zur körperlichen Erfrischung
beitragen kann, den Turnunterricht, streicht man an-
fangs ganz, gibt ihm dann im zweiten Kriegs-
jahr eine und endlich im dritten Kriegsjahr zwei
Stunden. In Berlin hat man den Turnunterricht
niemals verkürzt, da ist er auch für Mädchen
obligat. Den Brockkommissionen hätte man wohl auch
andere Räume als gerade den Turnsaal zur Verfügung
stellen können. Während an Bürgerschulen der Turn-
unterricht entfiel, hat man am Beispiel den Turnsaal der

Aber nicht nur die äußeren Schulverhältnisse
wurden durch den Krieg unwägend beeinflusst, er
strahlte seine Wirkungen auch auf den inneren
Unterrichtsbetrieb aus. Besonders im Anfang
machte sich, von einigen Inspektoren übereifrig gefördert,
das Bestreben geltend, den ganzen Unterrichts-
gegenstand mit ihm in Beziehung zu bringen. So wird
von der Direktion einer Mädchenschule erzählt, daß die
Lehrkräfte alles, was sie in den einzelnen Gegenständen
auf den Krieg Bezügliches vorgebracht hätten, im Wochen-
buch eintragen und rot unterstreichen mußten. Da gab es
in Deutsch nur „Kriegsaufsätze“, Geographie und Geschichte
waren auch sehr leicht mit dem Kriege zu verbinden,
selbst in Naturgeschichte gelang die Verbindung; es
stand im Wochenbuch: „Die Regetiere“ und daneben
rot unterstreichen „Das Hamstern im Kriege“! Uebrigens
hat der Landesschulinspektor den kriegerischen Unterricht
der tapferen Mädchenschule bald eingestellt. Ein als
„Krebsphysiker“ bekannter Inspektor verlangte von allen
Lehrkräften detaillierte Lehrpläne über die Einteilung des
Lehrstoffes im ersten Kriegsschuljahr. Es mußte also das
Wochenbuch fein säuberlich abgeschrieben werden, eine
Arbeit für den — inspektoralen Papierkorb, denn es ist
natürlich sehr unwahrscheinlich, daß der Inspektor alle
Abschriften auch nur gelesen habe. Ein Erlaß forderte, daß
der Zeichenunterricht Interesse für die —
Marine erwecken solle, und zwar schon von der
Elementarklasse an! Ob die Kleinen mehr Dreadnoughts
oder mehr Unterseeboote zeichnen sollen, wurde nicht an-
geordnet.

Trotz der Papiernot und der steigenden Heft-
preise wurde keine Einschränkung der schriftlichen
Arbeiten veranlaßt. Es wurde nur bestimmt, daß
für Haus- und Schularbeiten nur ein Heft geführt
werden: wieso bei gleichbleibender Zahl der schrift-
lichen Arbeiten hiedurch ein Ersparnis erzielt werden
kann, ist wohl nicht recht verständlich. Bedauerlich ist,
daß der Landesschulrat nicht nur die beträchtliche Erhöhung
er Heftpreise zugestanden hat, sondern sogar gestattete,
daß von einer Angabe der Platzzahl und des Preises
abgesehen werden könne, wodurch der schamlosen Preis-
erhöhung Vorschub geleistet wird. Nach dem Kriege muß
er Ausbeutung der Kinder durch den Papierhandel ein-
gebrochen werden, es muß einer alten Forderung
der Lehrerschaft entsprechend vollkommene Verarmittel-
reichheit eingeführt werden, der unpädagogische und
soziale Unterschied zwischen Armen- und Nichtarmen-
schülern muß endlich verschwinden. Bei der Gelegenheit
bemerkte, daß der jetzige Zustand der Armenlehrlinge
nächst schauerlich ist, und wir müssen fordern, daß da-
vor dem nächsten Schuljahr Ordnung gemacht
erde.

Der Krieg hat uns auch die Einstellung der
Schülerbibliotheken gebracht. Trostdem sich
ver im Verlauf des Krieges ergeben hat, daß dank dem
ortschrift der ärztlichen Wissenschaften eine Verbreitung
r Suchen nicht zu befürchten ist, wurde bis heute das
erbot noch nicht aufgehoben. Die Kinder lesen
a her mehr Schulbüchern denn je.
an könnte glauben, daß die Schülerbibliotheken ganz
rgeffen wurden. Es kam aber ein Erlaß, der eine Re-
tjion der Schülerbibliotheken anordnete, ob sich nicht
va Bücher vorfinden, die in staatsbürgerlicher oder
tlich-religiöser Richtung Bedenken“ erregen. Es ist natür-
h von vornherein bestimmt kein staatsgefährliches oder
nsittliches Buch in unseren zahmen Büchereien — es
ird in dem Erlaß auch kein einziges angeführt — und
wird natürlich der Ton auf die sittlich-religiöse Rich-

15. / 11. 1917

Landakademien für Kriegsprümaner.

Ein Vorschlag von

Dr. Bernhard Hell. Wickersdorf.

Zum Problem der Studienvollendung der Kriegsprümaner gibt hier einer der führenden Lehrer des Landesoberstudienkollegs Wickersdorf einen sehr beachtenswerten Vorschlag.

Man schätzt die Zahl der jungen Leute, die von den höheren Schulen weg jetzt Soldat geworden sind, auf 20.000, und jeder Monat des Krieges vergrößert diese Zahl noch weiter. Die Schulzeit dieser jungen Menschen konnte nicht oder nur notdürftig zu Ende gebracht werden. Sollen diese jungen Leute nach Beendigung des Krieges wieder auf die Schulausbildung zurück? Sollen sie ohne weiteres zum Studium auf einer Hochschule zugelassen werden? Sollen besondere Kurse eingerichtet werden? Wo sollen diese Kurse stattfinden, auf der Hochschule oder Mittelschule? Die verschiedenen Bundesstaaten, zu deren Hoheitsrecht die Ordnung des Schulwesens gehört, haben bisher die verschiedensten Vorschläge gemacht. Jetzt soll die ganze Angelegenheit einheitlich vom Reich aus geregelt werden, und allem Anschein nach wird der kaiserliche Vorschlag, daß die Preimareise ohne weiteres für die Hochschule berechnete, angenommen werden. Nicht gefordert ist aber dann für die jungen Kameraden, die aus der Unterprima oder gar Obersekunda zum Militär mußten, denen also zwei bis drei Jahre an ihrem normalen Bildungsgang fehlten.

Es ist wohl anzunehmen, daß sehr viele ihrem früher begabten Lebensziele entfremdet zurückkommen werden. Viele werden beim Militär bleiben, andere werden, durch äußere Verhältnisse gezwungen, so rasch wie möglich Geld verdienen müssen und darum eine Laufbahn einschlagen, die kein längeres geldloftendes Studium voraussetzt. Die Zahl derer aber, die ungenügend vorgebildet eine Hochschule besuchen wollen, um dort zu studieren, wird immer noch recht beträchtlich werden.

Alle Erleichterungen hier, die die Strenge der Forderung an den jungen Studenten aufheben, bergen große Gefahren in sich. Man will jetzt den jungen Kameraden, die ihre Zeit, ihre Gesundheit, ihr Leben dem bedrohten Vaterlande zur Verfügung gestellt haben, selbstverständlich möglichst wenig weitere Zeit in Beschlag nehmen, damit sie nicht benachteiligt werden ihren Schulgenossen gegenüber, die nicht das Glück hatten, unmittelbar dem Vaterlande

zu dienen. Und ganz sicherlich kann und muß vieles einfacher werden. Bei den Abschlußprüfungen wird unnötig viel und vielerlei verlangt, wobei von selber der Schwerpunkt in der Schule auf Receptivität statt Aktivität zu liegen kommt. Also in mancher Hinsicht weniger verbildet werden unsere „Kriegsprümaner“ sein, in mancher aber auch wirklich weniger gebildet. Besonders der Sinn für abstraktes Denken, das ruhige wissenschaftliche Forschen, das bewußte Lernen hat nachgelitten. Und wo der strenge Geist wissenschaftlicher Forschung fehlt, da droht als Ersatz sich das wohlklingende Wort, die herausgehende Phrase einzustellen. Disziplin des Denkens, wissenschaftliche Methoden, ein Organ für leberstimmliches und zu untercheiden das Wichtige von dem Wertlosen, ein Sinn für große weltumspannende Zusammenhänge bilden sich nicht von selber. Sie dürfen darum auch nicht dem Zufall des Lebens überlassen bleiben, sondern müssen in besonderen Einrichtungen, als welche uns die Schulen gelten, gekernt und geübt werden. So stellen diese die richtige Vorbereitung für das weitere Studium dar. Und wer einmal gesehen hat, in welchem Zusammenhang seine Arbeit steht, der schöpft aus dieser Erkenntnis die Kraft, festig zu werden mit allen entgegenstehenden Schwierigkeiten. Innerlich gebildet wird er seinen Mann stellen, wohin ihn das Schicksal führt.

Auf diese ganze Bildung des Menschen kommt es an. Darum helfen auch die „Pressen“ nichts, die das von dem Buchstaben des Gesetzes verlangte in kurzer Zeit eingepauktet versprechen und jetzt als Ersatz für die Schule angepriesen werden. Sie geben gerade das, was den geringsten Wert hat: die abstragbaren, fragwürdigen Kenntnisse, und geben sie in einer Form, die wieder keinen Wert hat: als tote im Gedächtnis aufgestapelte Masse, nicht als lebendige Erweiterung des Ichs, nicht als frei verfügbaren Reichtum.

Was kann also helfen, wenn ein Wiedertritt in die Schule und Pressen abgesehen werden müsse, eine Aufnahme auf die Hochschule aber nicht ohne weiteres erfolgen kann? Es müssen besondere Anstalten gegründet werden, wo die unerlässliche Vorbereitung in enger, wissenschaftlicher Weise gegeben wird und auf das nachfolgende Hochschulstudium systematisch hingeführt wird. Was wird die Universität von Aufgaben befreit, die nicht ihrem Wesen entsprechen, und die jungen Leute werden nicht an Methoden gebunden, denen sie längst entwachsen sind, wie sie aber meist noch von der Schule befolgt werden. Aber nicht bloß um die Ausbildung des Berufandes, des wissenschaftlichen Organes des Men-

schen, darf es sich handeln, sondern um die Gestaltung des ganzen Lebens. An Platonische Wirklichkeit und Fröhtische Ideen anknüpfend, können wir diese das ganze Leben umfassenden Anstalten Akademien nennen und nun die Forderung nach Akademien als jugendliche Kulturgemeinschaften erheben, in denen ein wirkliches Kulturleben gelebt werde.

Wenn von den zwanzigtausend auch nur fünfshundert dafür in Betracht kommen, so würden schon zwei solcher Akademien nützlich sein, wovon die eine in Verbindung mit einer Universität, die andere mit einer technischen Hochschule stehen würde. Die Grundlage des geistigen Lebens muß eine weitestgehende philosophisch-religiöse Bildung sein. Für alle verbindlich ist jener der Unterricht in Geschichte, Erdkunde und Gesellschaftslehre, die ähnlich wie in Seminaren in Verbindung mit Vorlesungen vorgetragen werden. Fragen, die jetzt durch den Gang der wissenschaftlichen Ereignisse uns brennend nahe gerückt sind, bilden den Ausgangspunkt. Für sie ist ein natürliches Interesse ohne weiteres vorauszusetzen.

Zu diesen einer allgemeinen Bildung dienenden Fächern kommen: die schon auf den späteren Beruf hingelenden Wissensgebiete. In einer dreifachen Einteilung tritt der besondere fachliche Unterricht auseinander: Abteilungen für Mathematik, für alte und neuere Sprachen. Jede Abteilung wird in drei nebeneinander herlaufenden Kurfen gegeben, einer für Anfänger, einer für Vorgeleitete und einer für die Abgehenden, so daß der Anfänger in drei Semestern mit dem ganzen Stoff fertig wird, wenn er den vorgeschriebenen Gang eingehalten imstande ist. In diesen Fächern, wo es sich um den Nachweis umfangreicher Kenntnisse handelt, findet eine Abschlußprüfung statt, die über den Stand des Wissens ausweist. In den allgemeinen Fächern dagegen entscheidet der Lehrer auf Grund der Beteiligung am Unterricht, dem Verständnis für die auftauchenden Fragen und der Fähigkeit ihrer selbständigen Lösung.

In jeder Abteilung sind zwei verschiedene Fächer zu belegen, also beispielsweise ein französischer und ein englischer Kurs, oder einer für Differentialrechnung und einer für analytische Geometrie. Bisdieser solcher Gruppen zur Auswahl gestellt werden können, richtet sich einerseits nach den Forderungen der Hochschulen und andererseits nach den zur Verfügung stehenden Lehrkräften. Man wird sich aber auf die Teilnahme an zweien in der Regel beschränken, damit über der Mannigfaltigkeit nicht die Gründlichkeit verloren gehe. An dem einen Beispiel kann man auch die Wirkung



Zeitung.)

r. 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen

Kolonelzeile 60 A. Abendbl. 75 A.
 Reklamen 42. —, Abendbl. 42.50.
 Familienanzeigen 41. —, zuzügl.
 10% Kriegszuschlag. Platz- und
 Daten-Vorschrift, ohne Verbind-
 lichkeit. — Anzeigen nehmen an:
 Unsere Expeditionen in Frankfurt
 a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37.
 Schillerstr. 20. Mainz: Schillerpl. 3.
 Berlin: Mauerstraße 16/18. Dresden A.
 Waisenhausstr. 25. München: Pern-
 sastr. 6. Offenbach: Biebererstr. 34.
 Stuttgart: Poststr. 7. Zürich: Nord-
 strasse 62. Uns. übrigg. Agentur
 u. d. Annonc.-Exped. Ferner in
 New York: 20 Broad Street.
 Verlag u. Druck der Frankfurter
 Societäts-Druckerei G. m. b. H.
 Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4138

Uebergangsklassen der Volksschule und die Förderung der Begabten.

Von Stadtschulrat Dr. Sickingen (Mannheim).

Das Bestreben, dem Tüchtigen freiere Bahn zu schaffen, hat zu allerlei Vorschlägen angeregt, wie gut begabten Volksschülern selbst noch am Ende der Volksschulbahn ohne großen Zeitverlust der Weg zu einer höheren Bildung eröffnet werden könne. Die Schwierigkeit einer solchen Weiterführung ist im tiefsten Grunde darauf zurückzuführen, daß Volksschule und höhere Schule in Deutschland sich völlig unbekümmert neben einander entwickelt haben, im Widerspruch zu der Tatsache, daß beide Schulgattungen Kinder ein und desselben Volkes erziehen und nicht bloß im Erziehungsziel, sondern auch in Unterrichtsstoff und Methode gar naturgemäß sehr vieles gemein haben. Dieser Mangel der gegenseitigen Fühlungnahme, der angesichts der gegenwärtigen wunderbaren Geschlossenheit unseres Volkes doppelt befremdlich, ja peinlich berührt, prägt sich u. a. darin aus, daß in gewissen Ländern (so in Baden), der Schuljahrsbeginn der beiden Schulgattungen heute noch um nahezu ein halbes Jahr differiert. Um so erfreulicher ist jedes tatkräftige Vorgehen, durch organisatorische Maßnahmen über die die beiden Schulgattungen trennende Kluft Brücken zu schlagen. Hierunter fällt der in jüngster Zeit viel erörterte Frankfurter Vorschlag der Errichtung einer auf der Volksschule aufgebauten Uebergangsklasse, die hervorragend begabte Volksschüler nach achtjährigem Besuch der Volksschule in einem Jahr zur Reife der neunstufigen Mittelschule und weiterhin auch zum Anschluß an die höhere Schule (Oberschule) führen soll. Der Antrag des Frankfurter Magistrats ist auf alle Fälle dankenswert, weil wir auch auf dem Gebiete der Schule nicht durch Reden, sondern durch Taten, hier praktische Versuche, vorwärts kommen. Dieser Antrag fällt zeitlich zusammen mit ähnlichen Bestrebungen in Berlin und Hamburg, und es ist für die Klärung über den gangbarsten Weg durchaus erwünscht, daß an den verschiedenen Orten nicht in völlig gleicher Weise vorgegangen wird.

Während indessen in den genannten Städten ein Versuch mit der Uebergangsklasse erst geplant wird, ist die Stadt Mannheim über das Stadium des Versuchs schon hinausgekommen, sie hat die fragliche Uebergangsklasse mit Genehmigung des Unterrichtsministeriums schon als feste Einrichtung dem Mannheimer Schulsystem organisch eingegliedert.^{*)} Mannheim hat mit seinen Maßnahmen allerdings nicht das Ziel der Mittelschule im Auge, sondern verfolgt damit den Zweck, besonders begabten und willensstarken Knaben und Mädchen den Uebergang in eine höhere Lehranstalt zu ermöglichen. Das Ziel der Mittelschule kann in Mannheim jeder begabte Volksschüler innerhalb der unentgeltlichen Volksschule jetzt schon erreichen. Die Mannheimer Volksschule, die nicht nur kein Schulgeld erhebt, sondern auch jedem Schüler auf Wunsch der Eltern die Lernmittel unentgeltlich verabreicht, hat vor mehreren Jahren dem reichen Kranz von Einrichtungen zur individuellen Förderung der verschiedenen Begabungsgrade sogenannte Sprachklassen eingerichtet mit dem Lehrziel der badischen Bürgerchule, das ungefähr dem der preussischen Mittelschule entspricht. Ueber die Zweckmäßigkeit einer derartigen erweiterten Volksschulbildung mit anschließender fachlicher Ausbildung kann angesichts der gesteigerten Ansprüche von Handwerk und Industrie, Handel und Beamtenchaft kein Zweifel bestehen. Um so dringender ist zu fordern, daß über die Zulassung zu diesem gehobenen Volksschullehrgang nicht die Fähigkeit der Eltern, Schulgeld zu bezahlen, sondern die persönliche Fähigkeit und Würdigkeit des Kindes entscheidet. Der gehobene Lehrgang der Mittelschule muß deshalb ein Vorrecht der tüchtigsten Volksschüler werden, gleichgültig, aus welcher sozialen Schicht diese stammen. Die Eröffnung des Mittelschullehrgangs allen innerlich dazu Berufenen ist ohne Zweifel das umfassendste und rationellste Mittel zur Förderung der Begabten, weil hierdurch im Rahmen erschwinglicher öffentlicher Mittel einer sehr großen Zahl von Familien der gesündeste soziale Aufstieg, der stufenweise in der Aufeinanderfolge von zwei bis drei Generationen erwirkt wird. Auch die Städte Straßburg i. G., Charlottenburg und Schöneberg haben sich der neuzeitlichen Auffassung von der Zweckbestimmung des Mittelschullehrgangs zugewandt und zwar haben sie diesen auf dem dreistufigen Volksschulunterbau errichtet, eine Organisationsform, die auch in den Bestimmungen über die Neuordnung des Mittelschulwesens in Preußen vom Jahre 1910 vorgesehen ist. Wo

^{*)} Vgl. Petersen, Der Aufstieg der Begabten, Seite 152 (Leipzig, Teubner) und Lewis, Die deutsche Einheitschule, Seite 104 (Leipzig, Klinkhardt).

wusste, dank ihrem unglückseligen irreführenden Namen recht nebelhafte Vorstellungen umfassen, und ferner weil Hamburg außerhalb aller Verbindung mit den großen Brennpunkten der organisierten Wissenschaft Deutschlands zu stehen schien. Hinzu kam die für praktische Auslandskunde besonders günstige Eigenart Hamburgs machten demgegenüber wenig Eindruck. Aber auch da, wo der Ausbau des orientalistischen Seminars nicht für die beste Lösung der Frage angesehen wurde, galt doch die Gründung einer besonderen Fachanstalt, einer „Auslandshochschule“, einer „Kolonial-Akademie“, einer „Hochschule für Weltwirtschaft und Weltwirtschaftspolitik“, einer „Völkerrechts-Akademie“ oder wie die Namen sonst lauten mochten, fast ganz allgemein als das Erstrebenswerte, wenn auch die einen die neue Anstalt mit den handels-hochschulen, andere mit den technischen Hochschulen verbinden, wieder andere etwas von Grund auf Neues schaffen wollten. Nur ganz vereinzelte Stimmen erinnerten an die Universitäten, die doch schließlich immer noch die wichtigsten Stätten unserer nationalen Bildung seien und bei der Frage auch in Betracht gezogen zu werden verdienten. So wogte der Streit der Meinungen, und nur die Stelle, die in erster Linie davon berührt werden mußte, die preussische Unterrichtsverwaltung, hielt mit ihren Auffassungen zurück, obwohl sie sich seit langem mit der Frage beschäftigt und neben der Entwicklung des orientalistischen Seminars auch die des Hamburgischen Kolonialinstituts sehr sorgfältig beobachtet hatte. Als dann aber am 24. Februar 1914 im Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses eine Aussprache über die Frage erfolgte, legte der Kultusminister zum ersten Male die Grundzüge der von ihm gewonnenen Auffassungen dar. Wenn wir bei den großen Aufgaben einer nationalen Kulturpolitik bisher verjagt haben, so führte der Minister aus, so trifft die Verantwortung dafür die allzu binnenländische Orientierung unserer Bildung. In unserm akademischen Leben müssen Einrichtungen geschaffen werden, die zum gründlichen Studium des Auslandes Gelegenheit bieten, und zwar nicht bloß zum Studium fremder Sprachen, sondern zum Studium der gesamten fremden Kulturverhältnisse. In solchem Umfang gefaßt, geht aber die Aufgabe über das orientalistische Seminar, so sehr es sich für die praktische Schulung zum unmittelbaren Auslandsdienst bewährt haben mag, weit hinaus. Es erscheint überhaupt ausgeschlossen, daß eine besondere Anstalt als Auslandshochschule sie zur Durchführung zu bringen vermöchte. Ihre Verwirklichung ist vielmehr im Rahmen unserer Universitäten zu suchen, die zu allen Zeiten Brennpunkte unserer nationalen Bildung gewesen sind.

Diese grundlegenden Gedanken klärten mit einem Schlage die verworrene, durch Mißverständnisse aller Art geschaffene Sachlage. Die ganze Problemstellung bisher war falsch gewesen, sie ging von irrigen Voraussetzungen aus und kam deshalb zu verkehrten Schlüssen und Forderungen. Wenn unsere Weltpolitik und Weltwirtschaft den neuen Aufgaben gegenüber vielfach verjagt hatte, so war es zwar bequem, aber nicht richtig, die Schuld daran lediglich den nicht genügend „technisch“ vorgebildeten Beamten zuzuschreiben. Was nützen die besten Beamten mit den gründlichsten Spezialkenntnissen, wenn ihre Anregungen in der Heimat auf unbeherrschbare Verständnislosigkeit bei den Zentralbehörden wie in der breiten Öffentlichkeit stoßen! Hier liegt die Hemmung alles guten Willens, und hier muß der Hebel angelegt werden. Nicht darauf kommt es in erster Linie an, daß ein paar Dutzend Beamte und Kaufleute auf einer „Fachanstalt“ fachmäßig für das Ausland herangebildet werden, sondern daß zunächst die ganze gebildete und führende Oberschicht unsers Volkes durchdringt wird mit besserem weltgeschichtlichen, weltpolitischen und weltwirtschaftlichem Verständnis, daß sie eine zuverlässige Kenntnis erhält von den großen fremden Kultursystemen und ihren Lebensbedingungen, und daß sie so die Fähigkeit gewinnt zu eigenem Urteil über die neuen weltumspannenden Fragen der Gegenwart. Von dieser nicht mehr „binnenländisch orientierten Bildung“ ist dann zu hoffen, daß sie den Gesichtskreis und das politische Denken unsers ganzen Volkes allmählich so erweitern wird, daß es den Forderungen der Zukunft nicht mehr so ungeschickt gegenübertritt wie bisher. Um aber die gebildete und führende Oberschicht zu erreichen, muß die Auslandskunde dahin gebracht werden, wo die meisten und aufnahmefähigsten Vertreter der ersten beisammen sind, d. h. auf die Universitäten. Das also, was bei den neuen Bildungsbestrebungen erst als zweites Ziel in Betracht kam, hatte die Erörterung bisher in die erste Reihe gestellt, das erste und wichtigste Ziel aber war fast durchweg überhaupt übersehen, zum mindesten in ferner Bedeutung verkannt worden. Die Forderung einer Sonderanstalt war die Folge hiervon gewesen, während die breite Grundlage, auf der eine solche allein bestehen kann, nicht in Betracht gezogen war.

Die Gedanken des Kultusministers, die — das sei gleich im Voraus bemerkt — offenbar an den Erfahrungen im Hamburgischen Kolonial-Institut eine starke Stütze gefunden hatten, sind nunmehr ausführlich in der „Denkschrift über die Förderung der Auslandsstudien“ dargelegt worden, die vor wenigen Tagen dem Hauke der Abgeordneten zugegangen ist. Dieses Schriftstück behandelt die ganze für die weltpolitische Zukunft des Deutschlands so ungeheuer bedeutungsschwere Frage in einer so klaren, so warmherzigen, so lebensvollen und so überzeugenden Art, daß hier einmal der große Gegenstand an der entscheidenden amtlichen Stelle ganz zu seinem Recht gekommen ist. Die Denkschrift stellt den Auslandsstudien drei getrennte Aufgaben: 1. Wissenschaftliche Auslandsstudie, d. h. wissenschaftliche Forschung, wie sie immer schon in unsern Universitäten und Akademien getrieben worden ist; 2. praktische Schulung von Beamten oder Privaten, die ins Ausland wollen, d. h. das, was bisher auf dem Seminar für orientalistische Sprachen ausschließlich getrieben wird; 3. Weckung außenpolitischer Interessen und Verständnisses in der Heimat, d. h. das, was bisher zusammen mit der praktischen Schulung auf dem Hamburgischen Kolonial-Institut angestrebt worden ist. Nun ist es klar, daß die unter 2 genannte Aufgabe allein sehr wohl an Fachanstalten gelöst werden kann, aber wenn man nicht wenigstens ein Dutzend solcher Fachanstalten über das Reich verteilt, wird diese Ausbildung immer nur verhältnismäßig wenigen bevorzugten Personen zugute kommen, der große Rest der Interessenten kann es sich nicht leisten, eine „Auslandshochschule“ oder dergleichen in Berlin oder Hamburg für ein Jahr oder mehr aufzusuchen. Auch muß eine solche Anstalt, wenn sie nur den sogenannten praktischen Zwecken dienen soll, unter allen Umständen den Charakter einer bloßen Sprachen- oder andern Mittelschule behalten, denn für eingehendere Studien selbst den „Praktikern“ erfahrungsmäßig die Zeit, die Neigung und oft auch das Verständnis. Die dritte Aufgabe, die für absehbare Zeit noch als die wichtigste erscheint, würde durch solche Fachanstalten also überhaupt nicht berührt, es sei denn, daß man, wie in Hamburg, diese Anstalten bedeutend erweitert, was bei der notwendigen Anzahl mit unerschwinglichen Kosten verbunden sein würde, und auch dann wäre es sehr zweifelhaft, ob man auf diesem Wege den Zugang zu den vor allem in Betracht kommenden dereinst führenden Schichten finden würde; in Hamburg hat man ihn jedenfalls nicht gefunden.

Aus diesen Erwägungen heraus möchte ich die Bemerkung der Denkschrift: „Gewiß werden Fachanstalten wie das Seminar für orientalistische Sprachen oder das Hamburgische Kolonial-Institut nie entbehrt werden können“, für eine höfliche Übertreibung halten: wünschenswert mögen solche Anstalten für gewisse Sonderzwecke der Aufgabe 1 und 2 sein, unentbehrlich sind sie nicht, sobald der vom Ministerium vorgezeichnete Plan über die ersten Anfänge hinaus ist. Die Denkschrift bezieht sich denn auch hinzuweisen, daß die Voraussetzung dabei ist, daß „auch unsere Akademie sich mit weltpolitischem Denken erfüllt, nur dann wird in der Heimat der unentbehrliche Resonanzboden für die Arbeit der deutschen wirtschaftlichen und kulturellen Vorkämpfer im Auslande geschaffen“. Die akademische Jugend also ist es, die vor allem gewonnen werden muß, denn „die Erziehung zum Weltvolke erfolgt nicht durch Konsuln und Diplomaten, sondern durch eine den neuen Aufgaben unserer Weltstellung gerechtwerdende Erweiterung unserer Bildungsinhalte“, und „jeder Akademiker muß es als eine Ehrenpflicht ansehen, sich staatswissenschaftlich, sei es wirtschaftlich, rechtlich oder politisch zu belehren und innerlich zu den großen Problemen der Weltwirtschaft und Weltwirtschaft Stellung zu nehmen“. „Mit Sonderinstitutionen aber ist hier nichts zu erreichen, wenn nicht das Bildungsideal eines ganzen Volkes dahinter steht. Das ergibt man jedoch nicht auf Auslandshochschulen, sondern nur dadurch, daß man den Auslandsstudien ihren organischen Platz gibt im lebendigen Fluß unsers akademischen Lebens.“ Mit andern Worten: Die Universitäten und daneben die technischen Hochschulen sind es, wo die Auslandsstudien ihre Stätte zu finden haben, und nur diese, denn sie allein sind imstande, alle drei Aufgaben gleichzeitig zu erfüllen; für die 1. und 3. kommt überhaupt keine andere Anstalt in Frage, und die 2. läßt sich umso mehr in den großen Rahmen mit hineinnehmen, sehr zum Vorteil der Zugangsmöglichkeiten.

Ist man sich über diese Grundgedanken erst einmal klar, hat man die Eingliederung der Auslandsstudien in die Universitäten und Hochschulen erst als das allein richtige und mögliche erkannt, so bietet die Art, wie diese Eingliederung zu erfolgen hat, keine unüberwindlichen Schwierigkeiten mehr. Die Hamburger Erfahrungen werden auch hier mit Erfolg benutzt werden können, namentlich was Methode und Zusammenstellung der Kurse und Vorlesungen anlangt, die vermutlich nach Kulturtreifen gruppiert werden müssen. Es ist selbstverständlich, daß zu den allgemeinen

Vorträgen Studierendende aller Fakultäten zuzuziehen sind, wie dies auch die Denkschrift ausdrücklich vorseht. „Es wird nicht leicht sein“, bemerkt sie dazu, „in den Studierplänen die Möglichkeit zu schaffen, daß diese staatsbürgerliche Erziehung ihren Platz an der Sonne erhält. Es wird hier viel von der Einsicht der Vertreter der bloßen Privatstudienfächer und von dem guten Willen der Studenten abhängen. Ob es nötig sein wird, hier mit Examenbestimmungen oder durch Beschneidung der oft über Gebühr großen Stundenzahl einzelner Vorlesungen einzugreifen, kann erst der Erfolg der ersten Versuche erweisen.“ Diese Versuche sollen, wie jetzt nicht anders zu erwarten, in sehr kleinem Maße beanstanden werden. Es werden 50 000 M. gefordert, nicht um feste Stellen zu schaffen (von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen), denn dazu ist die Zeit noch nicht reif, sondern um „beauftragte Dozenten“, die nicht dem akademischen Lehrkörper angehören, sowie Professoren von andern Universitäten zu Kursen und Einzelausführungen vorübergehend heranzuziehen; unter den erstern sollen sich auch „Männer der Praxis für bestimmte Fragen, sei es aus dem Wirtschaftsleben, sei es aus dem Außendienst des Reichs“ befinden (hier ist das Hamburger Beispiel deutlich erkennbar.) Jedenfalls soll ohne feste Bindungen, ohne „Grundsätze“ vorgegangen werden, „vor allem wird ein langsames, organisches Wachstum erstrebt, ein Sichanpassen an die erst allmählich entstehenden Bedürfnisse, kein Brücken mit weit hin sichtbaren Organisationsformen und vorklingenden Namen, sondern eine bewußte Förderung des Willens zur Sache, ein Suchen und ein Erziehen von sachverständigen Lehrern, ein rasches Ergreifen sich bietender Lehr- und Lerngelegenheiten.“ Das Ganze wird soviel wie möglich dezentralisiert, indem den einzelnen Universitäten geschlossene Kulturtreifen oder nach andern Gesichtspunkten abgetrennte Gebiete der Auslandskunde überwiesen werden, wenigstens Berlin als Mittelpunkt naturgemäß das Gesamtgebiet der Auslandsstudien umfassen soll. Die übrigen Bundesstaaten mit Hochschulen werden ihren Teil an dem neuen Werk übernehmen, eine Verständigung darüber hat bereits begonnen. Die Frage, ob das Reich, wie mehrfach verlangt worden ist, die neue große Bildungsaufgabe bearbeiten sollte, ist damit endgültig erledigt.

Daß das Unternehmen der preussischen Unterrichtsverwaltung seinen vollen Erfolg finden wird, dürfte der am wenigsten bezweifeln, der Jahre hindurch in den Hamburger Entwicklungen gestanden hat. Es war eine Zeitlang fast zur Mode geworden, unsere Universitäten zu schmäheln, sie als verjagt und veraltet, als nicht „praktisch“ genug zu verzeichnen und ihnen alles Erstes amerikanische Vorbilder vorzuhalten. Was in den Anschauungen mancher Fakultäten sich als rückständig zeigte — und es mag zugestanden werden, daß es nicht wenig war —, das hatte seine Ursache immer in bestimmten Persönlichkeiten und deren Stellung, niemals im System der Universitäten selbst; nur kurzfristige Urteile konnten hier summarisch verurteilen, um dann um so lauter nach „Fachschulen“ zu rufen. Das Kultusministerium hat unsern altbewährten, viel geübten Bildungsstätten ein glänzendes Zeugnis ausgestellt, indem es ihnen die neue Aufgabe anvertraute, von deren Lösung die weltpolitische Zukunft unsers Volkes abhängt. Niemand weiß besser als wir in Hamburg, daß der Weg, den die preussische Regierung beschritten, allein zum Ziel führen kann. Die meisten von den Gedanken, die in der Denkschrift ihren Ausdruck gefunden haben, sind auch in Hamburg gedacht worden, und nicht ohne ein Gefühl der Behmut sehen wir jetzt in Preußen zur Tat werden, was in Hamburg geplant und gehofft wurde. Wir haben es gründlich erfahren, was aus einer „Spezialanstalt“ werden muß, wenn sie vom „lebendigen Fluß unsers akademischen Lebens“ abgeschnitten ist, wenn sie in die Weite und in die Tiefe wirken möchte, aber sich nur an ein Häuflein „Praktiker“ wenden kann. Hamburg steht jetzt, nachdem es den Entschluß zu einer Universitätsgründung, wie der Senat sie vorgeschlagen, nicht hat finden können, vor einem kritischen Wendepunkt in der Entwicklung seiner wissenschaftlichen Einrichtungen: entweder es paßt sich dem allgemeinen deutschen Bildungsrahmen an und zieht daraus die organisatorischen Folgerungen, oder sein Kolonialinstitut sinkt zu einer Fachschule herab, auf der ein paar Dutzend junge Kaufleute Sprachübungen treiben, soweit es ihre stark beschränkte Zeit gestattet. Ob der hier und da gehegte Lieblingsgedanke, ein großes Forschungsinstitut daraus zu machen, das gewaltige Kosten erfordern würde, sich nach dem Kriege verwirklichen lassen wird, ist sehr zweifelhaft. Auch dem neuen Institut würde bei der wissenschaftlichen Abgeschlossenheit Hamburgs natürlich eine Wirkung in die Weite verjagt sein, von der neuen großen Aufgabe der Zukunft wäre es ausgeschlossen.

Einstweilen ist die letztere in die Hände der preussischen Regierung gelegt worden. Inmitten einer gewaltigen, furchtbar lastenden Zeit hat die Unterrichtsverwaltung die Mühe und den Mut gefunden, das neue Werk zum Frommen des künftigen Deutschlands zu beginnen, und sie ist damit den besten und stolzesten Überlieferungen der Vergangenheit gefolgt. Ihre Denkschrift zeigt, wie sie von der Bedeutung ihres Tuns durchdrungen ist, es ist die Morgenluft der neuen Zeit, die ihre Worte atmen. Glück zu auf den Weg!

Kölnische Zei

Die Auslandsstudien in Deutschland und die Denkschrift des Preussischen Kultusministeriums.

Von Prof. Dr. D. Franke in Hamburg.

Die Erkenntnis von der Notwendigkeit, entsprechend der wachsenden Weltgeltung des Deutschen Reichs auch die Kenntnis der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse des Auslands, namentlich des „überseeischen“, zu vertiefen, hat während des letzten Jahrzehnts in Deutschland immer weitere Kreise erfaßt und ist in immer stärkerer Weise laut geworden. Gewisse politische und wirtschaftliche Fehlschlüsse schrieb man der unzulänglichen Auslandskenntnis der dabei mitwirkenden Beamten zu; für die Vertreter von Handel und Industrie wurde eine bessere Schulung für ihre überseeischen Tätigkeitsgebiete als notwendig erachtet. So entstand ein immer eindringlicheres Verlangen nach besondern Studienanstalten für die Kunde des Auslands, auf denen die Beamten des diplomatischen, konsularischen und kolonialen Dienstes, Kaufleute, Techniker, Missionare und alle sonstigen Persönlichkeiten, deren Beruf eine Vertrautheit mit ausländischen Verhältnissen zur Voraussetzung hatte, die geeignete Fach-Ausbildung erhalten sollten. Ein erster Anfang hiermit war bereits viel früher, aus unmittelbaren Bedürfnissen des Auswärtigen Amtes heraus, gemacht worden durch die Gründung des Seminars für orientalistische Sprachen im Jahre 1887, das zwar dem Namen nach zur Universität Berlin gehörte, tatsächlich aber niemals irgendwelche sachliche Beziehungen zu ihr gehabt, sondern immer ein vollkommenes Sonderdasein geführt hat. Das Seminar sollte ursprünglich nichts anderes sein als eine Sprachschule zur Ausbildung von Dolmetschern für das Reich; natürlich hatten auch sonstige Interessenten ohne große Weiterungen Zutritt zu den Unterrichtsstunden. Obwohl es im Lauf der Jahre, namentlich infolge der mannigfachen kolonialen Bedürfnisse, allmählich über den Rahmen hinauswuchs, den sein Name anzudeuten schien, konnte es den Ansprüchen, die infolge der weltpolitischen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts, wie im Eingang angedeutet, hinsichtlich neuer Bildungsmöglichkeiten gestellt wurden, doch nicht mehr genügen. Auch die im Jahre 1908 erfolgte Gründung einer neuen wissenschaftlichen Anstalt mit wesensähnlichen Zielen, aber freieren, schulgemäßigsten Formen, des Hamburgischen Kolonial-Instituts, machte den neuen Forderungen nach vertiefter Auslandskunde eine Befriedigung, vielmehr verursachte sie, daß diese Forderungen immer dringlicher, die öffentlichen Erörterungen der Frage immer allgemeiner wurden. Eine ganze Literatur entstand während der letzten Jahre vor dem Krieg, die Parlamente, der Reichstag wie das Preussische Abgeordnetenhaus und Herrenhaus, beschäftigten sich damit, und die Regierungen wurden durch Beschlüsse der gesetzgebenden Körperschaften veranlaßt, Stellung dazu zu nehmen. Die Erörterungen gingen, was nicht zu verwundern ist, fast räumlich von den Anschauungen aus, die mit der Gründung und Entwicklung des orientalistischen Seminars verknüpft waren: einer großen Sonderanstalt sollten die im Auslande zu verwendenden Beamten, Techniker, Missionare usw. zweckmäßig vorgebildet werden, sollte der Kaufmann, der über See tätig sein will, seine sachliche Ausrüstung erhalten, und sollten sonstige interessierten Ausländer oder Vorbereitungen für ihre besondern Bedenken empfangen. Von diesem Standpunkte aus gesehen, erschien weiterer Ausbau einer der beiden vorhandenen Sonderanstalten die einfachste und natürlichste Lösung des Problems. So wurde die Umgestaltung des orientalistischen Seminars zu einer „Auslandshochschule“ oder zu einer „Oriental- und Kolonial-Akademie“ von mehreren Seiten angeregt, und der Reichstag machte sich diesen Gedanken zu eigen, indem er am 16. April 1908 den Reichskanzler um Vorlage einer Denkschrift über einen Ausbau ersuchte. Vom Hamburgischen Kolonialinstitut bei den ganzen Erörterungen nur selten die Rede, einmal über das Wesen dieser Anstalt, soweit man überhaupt von ihr

Erkenntnis des großen kulturellen Wertes des österreichischen Deutschtums auch für die Staatsverwaltung einzuwirken. Der Verfasser der Denkschrift ist seit dem Jahre 1893 Universitätsprofessor und hat in dieser Zeit — dreißig Jahre — nichts von einem für das Deutschtum und für die Monarchie wertvollen Wirken der Universität in Czernowitz gehört.

Die Denkschrift zerfällt in zwei Teile. Der erste gibt eine Uebersicht über die historische Entwicklung einer theologischen Hochschule zu einer Universität mit philosophischer und rechtswissenschaftlicher Fakultät in Salzburg, die von der österreichischen Verwaltung eingerichtet wurde. In den Kriegen gegen die Franzosen und die mit ihnen verbündeten Bayern ging Salzburg an Bayern verloren. Diese hoben die Universität auf. Seitdem besteht nur das Gebäude Mirabellsschloß und eine Bibliothek. Alle maßgebenden Persönlichkeiten traten für die Verlegung der deutschen Universitätsanstalten von Czernowitz nach Salzburg ein. Die Lehrsäle und die Bibliothek sind vorhanden. Die letztere wird durch die Bibliothek deutscher Werke in Czernowitz vermehrt. Es entfielen also fast gar keine Kosten für den Staat. Hingegen würde die Errichtung der Hochschule zweifellos Erfolge zeitigen aus Gründen, die ich am Schluß dieser Darstellung mitteilen werde.

Die deutsche Universität in Czernowitz ist im Jahre 1875 eröffnet worden. Es war wohl der Gedanke die Ursache, daß dadurch der Zusammenhang mit der Monarchie den fremden, Rumänien, zum Teil Rußland nahestehenden Intelligenzschichten der Bukowina zum Bewußtsein käme und sie durch Pflege deutscher Wissenschaft enger an die Monarchie angegeschlossen würden.

Daß dieser Erfolg nicht eingetreten ist und niemals eintreten wird, ist in dem zweiten Teil der Denkschrift in sehr beweisender Art durch Schilderung des psychologischen Zustandes der Teile der Bevölkerung klargestellt, aus denen die Studenten stammen. Religion und Rationalbewußtsein trennen die Hörer, mangelhafte Vorbildung der Studierenden läßt keinen Erfolg aufkommen. Ueber die Zusammenjerkung der Hörer teilt die Denkschrift folgendes mit: „Die Studentenschaft der Alma mater Czernovicensis setzt sich zusammen aus Deutschen, Ruthenen, Rumänen, Polen, verschiedenen Ausländern und Juden, die in der Bukowina als eigene Nation auftreten. Letztere werden in den statistischen Ausweisen der Universität aber nicht getrennt geführt. Die Tabellen geben nur die Muttersprache und nicht die Nationalität an. Teilt man die Hörer nach dem Religionsbekenntnis, so waren von den 1198 Hörern im letzten Wintersemester vor dem Kriegsbeginn: römisch-katholisch 165, griechisch-orientalisch 455, armenisch-katholisch 7, evangelisch 7, israelitisch 481. Die Israeliten gaben sich bei der Erhebung nach der Muttersprache als Deutsche aus, daher gibt es angeblich 456 Deutsche, 310 Rumänen, 263 Ruthenen, 86 Polen, 36 Serben, Russen, Bulgaren und Tschechen. Dieses ganze Studentenmaterial hat, nach der Uebersetzung des Verfassers der Denkschrift, eine sehr mangelhafte Bildung. Die Mehrzahl der Studierenden findet in ihrem Familienkreis weder in ethischer noch in intellektueller Hinsicht ein Mittel, höhere Bildung zu erhalten. Zwar bestehen Gymnasien, aber die Vor- und Ausbildung ist nicht verleiherbar mit den Gymnasien in den anderen Kronländern. Es ist gar nichts Seltenes, daß Rigorosanten keine Ahnung davon haben, wer Napoleon I. war; wer die Mutter Kaiser Joseph II. oder wer Vorgänger des Kaisers Franz Joseph war, es ist vorgekommen, daß ein Kandidat für das Doktorat nicht wußte, ob die Donau ein Meer oder ein Fluß ist und Ähnliches.“ Da kann die Universität nicht mehr in der allgemeinen Bildung weiterhelfen.

Auch die materiellen Verhältnisse einer großen Zahl der Studierenden sind ungünstig:

„Tatsächlich lebt ein beträchtlicher Teil der Studentenschaft von Czernowitz in so dürftigen Verhältnissen, daß sie nicht einmal in der Lage sind, die Kosten eines Aufenthaltes außerhalb ihres Heimatortes in der Universitätsstadt zu bestreiten. Vielfach sind sie daher aus ökonomischen Gründen genötigt, während des größten Teiles der Studienzeit ihrer Kommissie bei der Landarbeit, in der Werkstatt oder im Geschäft zu helfen. Nach ihrer eigenen Aussage sind viele gezwungen, Unkraut zu jäten oder Stiefel zu verkaufen. Um die Prüfungen zu bestehen, leihen sie sich Lehrbücher oder Nachschriften der Vorträge aus und lassen sich einpausen.“

Die Denkschrift macht auch auf zwei entscheidende Tatsachen aufmerksam. Es ist eine durch den Krieg mit Rußland von neuem erhärtete, aber schon früher bestandene Tatsache, daß der, eigentlich bei der Lage der Bukowina mit einer gewissen Notwendigkeit sich vollziehende Verkehr der Bewohner der Bukowina mit Rußland und Rumänien den Einfluß einer Ausbildung an einer deutschen Universität beseitigt. Es wird in der Denkschrift auch darauf aufmerksam gemacht, daß im Laufe der Jahre, offenbar in der Erkenntnis der geringen Bedeutung, die die deutsche Universität in Czernowitz hat, die materielle Ausstattung der Universität sehr geringfügig wurde.

Die Aufhebung der Universität in Czernowitz und die Errichtung einer Universität in Salzburg würden, da keine Baukosten damit verbunden sind, keine Vermehrung der Professoren — wenigstens in den ersten Jahren — notwendig ist, keine neuen oder mindestens keine Kosten von Bedeutung hervorrufen. Das Bürgertum in Salzburg hat das größte Interesse an dem Wiederaufbau der alten Universität. Ich möchte auch noch persönlich einen Grund für die Wahrscheinlichkeit eines guten Verhältnisses der Zahl von Studierenden an einer Universität in Salzburg anführen. Salzburg liegt nahe an Deutschland. Besonders die Studenten, die München besuchen, kommen in Betracht. Der Besuch von mehreren Universitäten ist bei den deutschen Studenten, deren Einkommen im Durchschnitt viel höher als bei unseren ist, eine alte Gewohnheit. Ich kann ein Beispiel dafür geben. Ich wurde 1885 an die Universität Freiburg i. B. im Großherzogtum Baden berufen. Die Stadt hat eine wunderschöne Lage, sie ist — von dem alten Teil abgesehen — eine Gartenstadt; die Möglichkeit, durch die Bahnverbindung Ausflüge in die schönen Gebiete des Schwarzwaldes zu machen, das wirkt zusammen, um die Studierenden anzuziehen. In der Zeit meines dortigen Aufenthaltes, bis Ende 1893, also in acht Jahren, stieg die Hörerzahl von weniger als tausend auf mehr als tausend nach wenigen Jahren, nach einigen weiteren auf mehr als zweitausend. Diese Imponderabilien werden auch in Salzburg wirken. Die philosophische, die medizinische Fakultät und die staatswissenschaftliche Abteilung der juristischen Fakultät können die Berechtigung der gehörten Vorlesungen bei der Staatsprüfung und bei den Bedingungen zur Erlangung des Doktorats in Deutschland verlangen. An keiner Universität in Deutschland haben die Fakultäten formelle Vorschriften über das Hören bestimmter Vorlesungen. Man überläßt die Wahl der Vorlesungen der inneren Notwendigkeit, für die Ablegung der Doktor- und Staatsprüfungen bestimmte Vorlesungen gehört zu haben. Wenn unsere Professoren auch noch Rücksicht auf die Bedürfnisse von Hörern aus Deutschland nehmen, wird Salzburg als Universitätsstadt einen großen Erfolg haben.

Die Verlegung der Universität von Czernowitz nach Salzburg.

Von Hofrat Prof. Dr. Eugen v. Philippiwitsch.

Herr Prof. Dr. Hans v. Frisch hat mir eine Denkschrift der deutschen Professoren der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät in Czernowitz überreicht. Sie umfaßt zwei Teile. Auf den einen, der die Möglichkeit der Errichtung einer Universität in Salzburg darstellt, weil dort schon die äußeren Bedingungen, Gebäude, Bibliothek, vorhanden sind, komme ich noch zurück.

Es ist wichtiger, zunächst die Gründe für die Verlegung klarzulegen, die den zweiten Teil der Denkschrift ausfüllen. Er enthält hauptsächlich eine Darstellung des psychologischen Zustandes der Bevölkerungsteile, aus denen sich die Hörer der Vorlesungen an der Universität zusammensetzen. Die Denkschrift drückt die Uebersetzung der Professoren aus — alle bis auf einen sind dieser Ansicht —, daß eine Wiedereröffnung der Universität nicht möglich sei. Sie wurde 1875 von der Regierung ins Leben gerufen, damit das im wesentlichen von nichtdeutschen Völkern bewohnte Ostgebiet der Monarchie Gelegenheit zur Pflege deutscher Wissenschaft erhalte und daß auf diesem Wege für den intelligenteren Teil der dortigen Bevölkerung ein Mittel geschaffen würde, auf ihre Anhänglichkeit an die Monarchie und zur

renzbote

Motto: Freiheit und Fortschritt!

Mit täglicher Postzufendung.

Für das Inland:

| | |
|-------------------------|-----------|
| monatlich | fl. 3.— |
| vierteljährig | fl. 8.80 |
| halbjährig | fl. 17.60 |
| ganzzjährig | fl. 35.20 |

Für das Ausland:

| | |
|-------------------------|----------|
| vierteljährig | fl. 15.— |
|-------------------------|----------|

Mit der dazugehörigen

„Austriertien Sonntags-Beilage“
monatlich . . . 20 Heller mehr

Bozouy, Donnerstag, 8. März 1917.

46. Jahrgang.

Gefechte an der Tiroler Front.

Berdun.

na und Deutschland.

Nährstand und Lehrstand.

In einer zahlreich besuchten Repräsentantenberatung, deren Gegenstand die Beitragsleistung für die geplante Bauanlage der Elisabeth-Universität bildete, gab es vor kurzem eine interessante Auseinandersetzung über das Thema „Lehrstand und Nährstand“. Eines der ältesten und verdienstvollsten Mitglieder unseres Weingärtnerstandes meinte, es sei nicht notwendig, daß die Stadtgemeinde in so schweren Zeiten zu neuen großen Opfern für die Universität verhalten werde. Der Kultusminister möge sich mit den schon zur Verfügung stehenden Baugründen bescheiden. Ueberhaupt sollte die Regierung endlich einmal mit der fast ausschließlichen Bevorzugung des Lehrstandes, will sagen der wissenschaftlichen Erwerbszweige, brechen. Denn auch der *Nährstand* habe seine Berechtigung. Das sehen und fühlen wir in dieser langen, schweren Kriegszeit auf Schritt und Tritt. Die praktischen Berufe, besonders das Handwerk, der Acker- und Weinbau bieten der heranwachsenden Jugend noch immer eine ziemlich sichere Existenz und sind für das Gemeinwohl gerade jetzt viel wichtiger als die fortwährende Züchtung des Gelehrtentums, wobei das geistige Proletariat immer mehr überhandnimmt.

Ungefähr so lautete die Begründung, womit Repräsentant Michael Dax für die Abweisung des ministeriellen Ansuchens um Bewilligung eines Aunderthalbmillionenbeitrages zu Universitätszwecken eintrat. Nach ihm erhob sich der Vorstand des Bürgervereines J. Andreas Bäumler, der unlängst in voller Frische des Geistes und bei körperlicher Gesundheit seinen siebenzigsten Geburtstag erlebte und bei dieser Gelegenheit von den Mitbürgern noch Verdienst gefeiert wurde. Bäumler blickt auf ein erfolgreiches Leben der Arbeit zurück. Nachdem er jahrzehntelang ein blühendes Fleischhauergeschäft geleitet und daneben nicht allein zu einer vielseitigen, dankenswerten Betätigung auf öffentlichen Gebieten, sondern als Autodidakt sogar zu intensiven botanischen Forschungen Zeit und Mühe gefunden und sich damit in Fachreisen einen geachteten Namen gemacht hatte, zog er sich in den wohlverdienten Ruhestand zurück. Daß er seinen geistigen Idealen treugeblieben, bewies er durch die Art und Weise, wie er der Auffassung seines Vorredners entgegentrat. Als gewesener Handwerker, der sich schon lange auch mit Wissenschaft befaßt und der auch seine Erholung stets nur in der Arbeit suchte, verfochte er die Ansicht, daß die Gelehrtenberufe zum richtigen Fortschritt einer Nation

entschieden notwendig seien. Ohne ihre tüchtigen Schulleister wären die Deutschen niemals das geworden, was sie heute sind. Ihre Techniker, ihre Chemiker und sonstigen Männer des gründlichen Wissens haben Deutschland zu den beispiellosen Erfolgen befähigt, die sie, unterstützt von ihren treuen Bundesgenossen, in diesem schrecklichen Ringen mit einer Welt von neiderfüllten Feinden fortgesetzt und endgiltig aufzuweisen haben. An ihnen bewährt sich — so schloß Bäumler seine Ausführungen — auf das glänzendste die Wahrheit des Sprichwortes: Wissen ist Macht.

Unser Rathaus war anlässlich dieser Debatte der Schauplatz eines geistigen Duells, wie es die Beratungen der heutigen Repräsentanz leider nur selten zu Tage fördern. Die Gegensätze der Meinungen plakten diesmal so anregend und lehrreich auf einander, daß man daran seine Freude haben konnte und auf das Niveau unserer Stadtvertretung wieder einmal stolz sein durfte. Beide Gegner hatten — Jeder auf seine Weise — recht. Der eine Standpunkt ist ebenso berechtigt wie der andere. Ihr zielbewußter Ausgleich bildet von jeher den Gipfelpunkt aller wahren Staatskunst und die Wahrheit liegt auch hier auf dem goldenen Mittelweg.

Herr Dax hat vom Standpunkte der werktätigen Berufsclassen entschieden recht, indem er die Zurückgebliebenheit des Nährstandes in unserem Vaterlande als ein öffentliches Uebel bezeichnet, worunter das wirtschaftlich-soziale Leben gerade jetzt sehr bitter zu leiden hat. Das Handwerk hat einen „goldenen Boden“, es wird aber allzu oft nur von geistig minderwertigen ausgeübt. Wer zum Studieren keine Lust hat oder nicht die Fähigkeit besitzt, wird auf einige Jahre „in die Lehre“ geschickt und dann freigesprochen. Der Mangel an geistiger Fortbildung macht sich gar bald in der Weise fühlbar, daß er seinen Beruf nicht intensiv auszunützen versteht. Er kann nur notdürftig lesen und schreiben, die Buchführung und die Korrespondenz sind ihm urspanische Dörfer und auch sein Handwerk selbst hat er nur selten so gründlich erlernt, daß er der Konkurrenz des großindustriellen Fabriksbetriebes auf die Dauer standzuhalten vermag. Unsere Bauern hinwieder sind auch nur in den seltensten Fällen imstande ihren Boden gehörig auszunützen. Dazu mangelt es auch ihnen an der notwendigen Intelligenz. Es ist als sicher anzunehmen, daß die Geldmittel, welche sich unser Landvolk während des Krieges in reichem Maße erworben hat, nach Friedensschluß nur in sehr geringem Maße zur Verbesserung des Bodens und zur Erhöhung der Betriebsfähigkeit verwendet werden wird. Die Söhne der Bauern werden sich, nachdem ihre Eltern die materiellen Sorgen losgeworden, mehr als vorher den sogenannten Intelligenzberufen zuwenden und der kleine Grundbesitz wird vom Großkapital des reichgewordenen Lieferanten-

Bezugspreis: in Köln 7.4 50 h, in Deutschland 8.4 vierteljährlich.
Preis für die Anzeigenzeile oder deren Raum 60 h } zuzüglich 10%
für die Reklamezeile oder deren Raum 3.4 } Kriegszuschlag

Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder in
bestimmt bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen.
Haupt-Expedition: Breite Straße 64. — Postschneck-Konto 250.

Haupt-Agenturen: Koblenz C. Heidenheim, Löhstr. 129. Krefeld J. F. Houben
Lennep Ad. Mann, Mainz Mainzer Verlagsanstalt, Mannheim D. Frenz, Mühlheim
(Ruhr) H. Baedekers Buchhdl. M. Gladbach E. Schellmann, Neuss H. Garenfeld.
Nouwed Felix Trumm, Remscheid C. A. Kochenrath, Rhaydt O. Berger, Ruhrort
Andre & Co. Saarbrücken 3 C. Schäfer, Sulzbachstr. 15. Singburg A. Fritz,
Zeughausstr. 4. Solingen Ed. Eiven, Wiesbaden H. Gieß. — Sonst. Vertret.
in Deutschland: in allen grös. Städten: Haasenstein & Vogler, Rud. Mossé,
Daube & Co., G. m. b. H., Invalidendank. Bremen Herm. Wülker, Wih. Scheller.

Neue Bahnen im Schulwesen der Stadt Berlin.

Von Dr. August Maurer (Wiesbaden).

Im preussischen Abgeordnetenhaus waren bei der Beratung des
vorjährigen Haushalts Beschlüsse gefasst worden, durch welche es
beantragten Schülern der Volksschule ermöglicht werden sollte, in
höhere Schulen überzutreten und ohne vermehrten Zeitaufwand
die Reifeprüfung abzulegen. Nun hat die Stadt Berlin in der
Richtung jener Beschlüsse auf Anregung des Abgeordneten Cassel
einen Plan ausgearbeitet, der jetzt dem Magistrat vorliegt und
Aussicht hat, verwirklicht zu werden. Danach wird folgendes
beabsichtigt:

An die vollendete erste Volksschulklasse — nicht die sogenannte
Oberklasse —, das ist also in dem Alter von durchschnittlich
13 Jahren, soll sich unmittelbar eine höhere Schule von sechs Jahr-
gängen anschließen, so daß die Schüler mit 19 Jahren die Reife-
prüfung machen können. Es entspräche das genau der Zeit, die
jetzt in der Regel gebraucht wird, wenn dem neunjährigen Lehr-
gang der höhern Schule ein Besuch der vier untersten Volksschul-
klassen vorausgeht. Die neue sechsklassige höhere Schule soll alle
drei Arten der höhern Schulen umfassen. Sie ist ein Reals-
gymnasium, von dem nach zwei Jahren ein Gymnasium abzweigt
wird. Daneben wird eine Realschule mit einem dreijährigen
Kursus geschaffen, an die sich eine Oberrealschule mit drei weiteren
Jahren anschließt. Hier will man durch die Teilung ein Zweifaches
erreichen. Einmal nach den ersten drei Jahren eine Ausbildung
von Schülern für Handwerk, Handel und Gewerbe (der Unterricht
soll auch Buchführung und Handelskunde umfassen), dann daran
anschließend die Reife der Oberrealschule. Der Aufstieg zur Ober-
realschule ist übrigens in Berlin schon jetzt wesentlich leichter, weil
in den Berliner Realschulen der Unterricht in den fremden Sprachen
erst in Quarta einsetzt, so daß ein begabter Volksschüler auch noch
nach fünfjährigem Volksschulunterricht in die Realschule bzw. die
Oberrealschule übergehen kann.

Hier soll also der Versuch einer systematischen Förderung der
begabten Schüler aus den breitesten Volksschichten gemacht werden,
der noch besondern Wert dadurch erhält, daß (allerdings nur bei
nachgewiesener Bedürftigkeit) Freischule und freie Lehrmittel be-
willigt werden und bei besonderer Würdigkeit vom zweiten Jahre
an auch eine Unterhaltungsbeihilfe von 300 M. gewährt werden
soll. Es handelt sich hier also um einen Versuch, der deswegen
ganz neuer Art ist, weil durch ihn begabte Schüler der Volksschule
gleich bis zur Reifeprüfung aufsteigen können. Volksschülern eine
ihrer Begabung entsprechende erweiterte Schulbildung und dadurch
die Möglichkeit eines Aufstiegs auf der sozialen Leiter zu gewähren,
ist schon an vielen Orten angestrebt worden. Das System der
Stadt Mannheim ist hier vielfach vorbildlich geworden. In
Straßburg i. E. wie in Berlin-Schöneberg hat Oberbürgermeister
Dominicus die Mittelschule als Begabtenerschule ausgebildet. Aber
hier soll eine neue Art der höhern Schule begründet werden, die
unmittelbar an die Volksschule anschließt. Der Gedanke liegt
nahe, daß sich in weiterer Konsequenz dieser sozialen Fürsorge für
den Aufstieg Begabter auch die Gewährung von Studienmitteln
und Unterhaltungsbeihilfen zur Vollenbung eines Hochschul-
studiums als erforderlich ergibt.

Es ist zunächst zu fragen, ob es möglich sein wird, in sechs
Jahren den Lehrgang einer höhern Schule zu erledigen. Da die
Schüler beim Eintritt bereits sieben Volksschuljahre hinter sich
haben, da sie ferner durchgängig begabt sein sollen, so darf man die
Möglichkeit der Erwerbung einer vollwertigen Schulreife wohl an-
nehmen, vollwertig insoweit sie sich neben den Leistungen der neun-
jährigen höhern Schulen wird sehen lassen können. Denn wie sehr
in diesen die Menge der schwach Begabten und Unbegabten einen
gleichmäßigen Fortschritt und eine gründliche Vertiefung des Lehr-
stoffs hindert, ist offenkundig. In der neuen Berliner Schule aber
soll eine Auswahl der besten Volksschüler getroffen werden; die
Zulassung geschieht nur auf den Vorschlag der Direktoren durch
die städtische Schuldeputation; es wird sich also mit einem solchen
Schülermaterial ganz anders arbeiten lassen als in den Normals-
schulen, zumal der Lehrer wohl eine ganz andre Handhabe haben
wird, auf den stetigen Fleiß der Schüler hinzuwirken.

Es wird auch nicht an geeigneten Lehrern mangeln, die sich der
losenden Aufgaben widmen wollen. Wird dann nicht bloß für
die äußere Organisation der Klassenstufen, sondern dafür gesorgt,
daß derselbe Lehrer eine Reihe von Jahren mit den Schülern auf-
steigt, wodurch ihm — wenn anders er sein Fach beherrscht —
eine ganz andre Möglichkeit der Befestigung und Vertiefung des
Lehrstoffs und der Erziehung zu geistiger Arbeit gegeben ist, so
sind die Bedingungen für ein Gelingen des geplanten Versuchs
durchaus günstig. Die preussische Schulverwaltung dürfte drum
auch keinen Anstoß nehmen, das Reifezeugnis der neuen Schule
als ein den andern gleichwertiges anzuerkennen. Gegenüber unserer
Überorganisation kann aber die Bedeutung der lebendigen
Persönlichkeit des Lehrers nicht genug betont werden. Bei den
vielen Plänen zur Schulreform sieht man immer wieder, wie ein-
seitig der Organisationsgedanke vorherrscht. Man glaubt die
Schüler wirklich wie die Materie (Schülermaterial!) von einem
System zu einem andern schieben zu können, man hat bei all den
neuen Schulsystemen zahllose Übergänge von einer Schulart zu einer
andern geschaffen und vergißt immer wieder, daß das Beste nicht

3

89

77

land. So klar und deutlich hat sich noch keine Regierung zu dem Gedanken des Rechtsfriedens bekannt, und was es für den Weltkrieg bedeutet, daß sich das russische Riesenreich von ihm abwendet, liegt klar zu Tage. Die Revolution ist in aller Wahrheit der Friede, und die Menschheit wird den Tag, der diese neue Kraft ins Leben rief, als einen Tag ihrer Befreiung segnen.

Wenn wir zum Frieden gelangen sollen, müssen wir entschlossen auf der Bahn fortschreiten, die mit dieser gewaltigen Friedenskundgebung eröffnet wird. Wer den Frieden will, muß auf Annexionen verzichten, und wer auf Annexionen beharrt, will den Frieden nicht und hindert ihn: das ist die Wahrheit und von den Völkern wird sie nun auch in ihrem ganzen Gewicht begriffen, wenn sie zu verfälschen die siegestrunkenen und annexionslüsternen „Heimkrieger“ sich auch unermüdlich bemühen. Das revolutionäre Rußland erklärt in einer jede Verdunkelung und Trübung ausschließenden Weise, daß es zu Friedensverhandlungen sofort bereit sei, wenn alle Kriegführenden auf Annexionen verzichten; und so ist dieser Verzicht tatsächlich zu der Grundlage des überhaupt möglichen Friedens geworden; ihm nicht willfahren zu wollen,

friedens endlich bekennen wollte! Vielleicht wird dieses Bekenntnis, das unerläßlich ist, wenn wir dem Frieden näherkommen sollen, in der Antwort, die der Reichskanzler auf die Kriegszielinterpellationen angekündigt hat, laut werden. Denn darüber ist nun eine Täuschung unmöglich: solange der Wahnsinn fort dauert, daß man den Frieden diffieren werde können und sich darin, was man annectieren will und sich bezahlen lassen mag, keine Schranken aufzuerlegen braucht, so lange werden sich die heißesten Friedensbemühungen um einen toten Punkt bewegen. Deutschland muß sprechen; und das rechte Wort, das es spricht, könnte die Erlösung werden.

Das Salzburger Universitätskompromiß.

Von L. W. Hartmann.

Das alte Oesterreich soll erneuert werden. Mit diesem zweideutigen Worte verteidigen die Politiker von rechts und links ihre Zukunftspläne. Was faul ist im Staate, soll zugrunde gehen, und die hoffnungsvollen Knospen mögen sich entfalten. Nur schade, daß, was dem einen faul, dem anderen als lebenskräftig — was dem einen Knospe, dem anderen als abfallreif erscheint.

Das erste sichtliche Zeichen für die politische Erneuerung war die Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Deutschen Nationalverband und den Christlichsozialen, allerdings nur der Schlupfwinkel einer langjährigen Entwicklung, da schon längst die Nationalverbändler das, was der ganzen Nation zugute kommen sollte, Entwicklung der Schule und dergleichen Lappalien, „zurückgestellt“ hatten und die Christlichsozialen ihrerseits alles, was von sozialer Bedeutung war. Noch vor dem dritten Bahnschrei hatten diese Deutschen ihr Deutschtum durch die berüchtigte Forderung nach der Entwicklung der Länderautonomie verraten, dann verrieten sie die Verfassungsmäßigkeit durch ihr Bündnis mit Stürgkh auf Grund der Forderung nach Otkronisierung der „nationalen Belange“; und jetzt haben sie durch das Salzburger Kompromiß in der Universitätsfrage den heiligen Geist der freien Forschung und Wissenschaft verraten.

Der Deutsche Hochschulverein, der zum weitaus überwiegenden Teile aus Deutschnationalen besteht, hat jegliche Gemeinschaft mit dem Kompromiß bereits deutlich und energisch abgelehnt. Er war für die Errichtung einer staatlichen Universität in Salzburg eingetreten und hatte die Versuche des Erzbischofs und der Klerikalen, eine pfäffische Universität als Truks-

... die Universität in Salzburg zu errichten, als ein Verbrechen gegen die Wissenschaft angesehen. Die Universität in Salzburg ist ein heiliges Heiligtum, das nicht durch einen Kompromiß mit dem Klerus zu veräußern ist. Die Universität in Salzburg ist ein heiliges Heiligtum, das nicht durch einen Kompromiß mit dem Klerus zu veräußern ist. Die Universität in Salzburg ist ein heiliges Heiligtum, das nicht durch einen Kompromiß mit dem Klerus zu veräußern ist.

Die Universität in Salzburg.

Von Hofrat Professor Dr. Richard v. Wettstein.

Wien, 10. Mai.

Die Worte, welche der Kaiser am 23. Juni zu einer vor ihm erschienenen Huldigungsabordnung des Landes Salzburg sprach, stellen die Wiedererrichtung der vormalig bestandenen Universität in Salzburg durch Angliederung weltlicher Fakultäten an die schon bestehende katholisch-theologische Fakultät in Aussicht.

Die kaiserliche Botschaft hat nicht nur im Lande Salzburg, sondern auch in den akademischen Kreisen ganz Oesterreichs freudigste Aufnahme gefunden; hat doch der Gedanke der Errichtung einer staatlichen Universität gerade in Salzburg in den letzten Jahren immer mehr Anklang und Freunde gefunden.

Die Art der Beantwortung der Salzburger Universitätsfrage, die damit in den Vordergrund tritt, ist auch in anderer Hinsicht geeignet, Genugthuung hervorzurufen. Die Frage drohte nämlich in den letzten Jahren immer mehr zu einer politischen zu werden. Wir haben in den letzten Jahrzehnten genug unter dem Hervortreten politischer Gesichtspunkte bei der Beurteilung von Hochschulfragen zu leiden gehabt, ich sage nicht zu viel, wenn ich behaupte, die ruhige Entwicklung des österreichischen Hochschulwesens und damit die Wissenschaft hat in den letzten Jahrzehnten durch das Hineinspielen politischer Rücksichten und Erwägungen schweren Schaden erlitten. Durch eine Vereinsgründung des ehemaligen Abgeordneten Lienbacher im Jahre 1884 wurde die Gründung einer katholischen Universität in Salzburg in Anregung gebracht, wodurch die auf die Errichtung einer staatlichen Universität gerichteten Bestrebungen auch gegen ihren Willen den Charakter eines Kampfes gegen die katholische Universität annahmen.

Die nunmehr angebahnte außerordentlich zu begrüßende Einigung aller an der Salzburger Universitätsfrage beteiligten Faktoren in dem Wunsche nach Errichtung einer staatlichen Universität kann geeignet sein, diesem Streite ein Ende zu bereiten und die ganze Angelegenheit einer rein sachlichen Erledigung zuzuführen.

Tendenzenuniversitäten sind mit dem Wesen eigentlicher Hochschulen unvereinbar; ihre Gründung hat auch weder in Belgien noch in Frankreich und Nordamerika zu Hochschulen von allgemein anerkannter Bedeutung geführt. Der freie Wettbewerb aller Strömungen des geistigen Lebens, die Konkurrenz der Geister, an der jede Richtung ihre besten Kämpfer stellt, das allein kann den Universitäten die Bedeutung von Zentren der Kultur geben. Auch der Geltendmachung speziell katholischer Anschauungen ist durch ihre Vertretung an allen Universitäten besser gedient als durch die Errichtung einer katholischen Kampfuniversität, welche selbsttätig Reaktionserscheinungen an den anderen Universitäten hervorgerufen hätte.

In den letzten Tagen wurde die Freude über die in Aussicht gestellte Wiedererrichtung der Salzburger Universität getrübt durch Nachrichten über den Inhalt der erzielten Einigung. Danach wurde die Vereinbarung getroffen, daß die Besetzung mehrerer Lehrkanzeln der philosophischen und juristischen Fakultät jeweils von der Zustimmung kirchlicher Behörden abhängig gemacht werden soll. Dies wäre eine Vereinbarung, welche den bestehenden Bestimmungen und vor allem dem Geiste der modernen Universität durchaus widersprechen würde, der kein Unterrichtsminister zustimmen könnte, dem es um ungestörten Betrieb einer Universität zu tun ist. Die Besetzung der Lehrkanzeln der Universitäten erfolgt auf Grund der Vorschläge der Fakultäten über Antrag des Unterrichtsministers durch den Kaiser. Es ist unvereinbar mit dem staatlichen Charakter der Fakultäten und mit den Prinzipien ihrer Wirksamkeit, daß irgendwelchen anderen Faktoren da ein Einspruchsrecht eingeräumt werde. Wenn Vereinbarungen in dem erwähnten Sinne von den Kreisen, welche sich in Salzburg für die Errichtung der Universität bemühen, getroffen wurden, dann liegt nicht eine Einigung der Interessen aller beteiligten Kreise vor, sondern ein für alle schädliches Kompromiß. Haben wir in Oesterreich in den letzten Jahrzehnten nicht genug unter solchen politischen Kompromissen gelitten, die keinen der Beteiligten

befriedigten, sondern zu Ausgangspunkten für neue Konflikte wurden? Also kein Kompromiß, sondern eine sachliche, allseits befriedigende Einigung!

Ich würde eine Vereinbarung, wie die erwähnte, um so weniger begreiflich finden, als sie in ihren Konsequenzen die katholischen Kreise durchaus nicht befriedigen, sondern sie nur schädigen könnte. Das, was ich oben über Tendenzenuniversitäten sagte, gilt auch mutatis mutandis für Tendenzenlehrkanzeln. Wäre nicht die Gefahr naheliegend, daß bei der Existenz von den kirchlichen Behörden abhängiger Lehrkanzeln an den weltlichen Fakultäten die davon unabhängigen Parallellehrkanzeln ganz von selbst den Charakter antikirchlicher Lehrkanzeln annehmen würden? Wäre nicht das Bestehen von zweierlei Lehrkanzeln, deren Verschiedenheiten infolge eines verschiedenen Vorganges bei der Besetzung grundsätzliche wären, geeignet, dem harmonischen Zusammenarbeiten, der so erstrebenswerten Ausgleichung der Gegensätze geradezu entgegenzuarbeiten? Würden dadurch nicht geradezu künstlich Gegensätze geschaffen, die auch von ungünstigstem Einfluß auf die Hörerschaft, auf den akademischen Nachwuchs wären? Mir wäre eine derartige Vereinbarung um so unverständlicher, als es ja einen anderen Weg gibt, um den katholischen Kreisen die Erfüllung ihrer Wünsche zu gewährleisten: die Erweiterung der theologischen Fakultät durch Errichtung entsprechender Lehrkanzeln, die auch Hörern aller Fakultäten zugänglich wären. Es wäre dringend zu wünschen, daß durch eine solche sachliche Einigung und nicht durch ein fehlerhaftes Kompromiß die Voraussetzung für die Errichtung der Universität geschaffen und Gefahren vermieden würden, welche die Durchführung erschweren und die Entwicklung hemmen müßten. Möge es den beteiligten Kreisen gelingen, diese Schwierigkeiten zu überwinden und die Möglichkeit zu schaffen, daß alles einmütig für die neue Universität in Salzburg wirke. Salzburg ist eine der wenigen Städte Oesterreichs, in denen die sachlichen Voraussetzungen für das Gedeihen einer Universität durchaus gegeben sind; sie bietet durch ihre Lage und ihre sozialen Verhältnisse viel von dem, was den kleineren Universitäten des Deutschen Reiches ihren Reiz, aber auch ihre Bedeutung verlihen hat. Nicht mit Unrecht wurde schon mehrfach darauf hingewiesen, daß Salzburg ein „österreichisches Heidelberg“ werden könnte.

Gelegen in einem Kronlande, in dem nationale Streitfragen glücklicherweise keine Rolle spielen, kann die Salzburger Universität nicht der Gegenstand nationaler Kompensationspolitik werden; sie wird sich daher — zumal nach einer Einigung der um ihre Begründung sich bemühenden Parteien — ruhig ihren sachlichen und kulturellen Arbeiten widmen können.

Eine Reihe von Einrichtungen, welche sich in Salzburg schon befinden, würden die Errichtung einer Universität sehr erleichtern. Die Stadt besitzt bekanntlich eine vollständige katholisch-theologische Fakultät und beherbergt eine reiche und gut geführte Studienbibliothek und einen botanischen Garten; das der Stadt gehörende Mirabellenschloß würde sich als Kollegiengebäude — wenigstens für den Anfang — sehr gut eignen; einige gut ausgestattete Krankenanstalten kämen einer medizinischen Fakultät zugute.

Die Stadt Salzburg hat auch einen historischen Anspruch auf eine Universität. Sie war schon Universitätsstadt von 1623 bis 1810. Die Aufhebung dieser Universität erfolgte im Jahre 1810, gerade in dem Moment, in dem ein neuer Aufschwung sich vorbereitete, nicht durch den österreichischen Staat, sondern durch die bayerische Regierung, als das Land an Bayern fiel. Bei der Wiedervereinigung des Herzogtums mit Oesterreich im Jahre 1816 lebte der Wunsch nach Reaktivierung der Universität sofort auf und im Jahre 1817 stellte Kaiser Franz I. ausdrücklich in Aussicht, daß eine kaiserliche Entschließung wegen der Wiederherstellung der Universität zu erwarten sei. Seither ist die Hoffnung auf Erfüllung dieses kaiserlichen Versprechens im Lande nie aufgegeben worden und dankbarst wird man im Lande Salzburg die Kunde vernehmen, daß nun dieses jahrhundertlange Hoffen der Erfüllung sich nähern will.

Vom allgemeinen Universitätsstandpunkt muß die Errichtung einer staatlichen Universität in Salzburg nur

begrüßt werden. Der Besitz einer größeren Anzahl von Universitäten ist nicht nur der Ausdruck der Bildungshöhe der Bevölkerung eines Staates, sondern auch die Voraussetzung für eine Verbreiterung des geistigen Lebens. Je größer die Zahl der Hochschulen, desto größer die Möglichkeit der Entfaltung der vorhandenen Kräfte, desto geringer die Wahrscheinlichkeit eines Stillstandes oder einer Rückständigkeit. Die große Zahl der Universitäten des Deutschen Reiches hat in erster Linie die Weltstellung Deutschlands auf wissenschaftlichem Gebiete bewirkt. Im Kriege hat Deutschland die neue Universität in Frankfurt am Main begründet und Ungarn hat in Erkenntnis des Wertes einer größeren Universitätszahl unmittelbar vor dem Kriege die Errichtung von zwei neuen Universitäten beschlossen. Nicht die Vergrößerung der Gesamtzahl der Studenten wollen wir durch die Vermehrung der Zahl der Universitäten bewirken, sondern deren gleichmäßigere Verteilung. Die geringe Zahl der österreichischen Universitäten hat unter anderem die enorme Ueberlastung der Wiener Universität zur Folge gehabt, auf deren unheilvolle Rückwirkung auf Forschung und Lehre hinzuweisen ich bei einem anderen Anlaß Gelegenheit hatte. Die Universität Salzburg wird der natürliche Sammelpunkt für die studierende Jugend des Herzogtums Salzburg und der benachbarten Kronländer sein, sie wird die nächstgelegenen Universitäten in Innsbruck und Graz nicht schädigen, sie wird Wien zum Teil entlasten und vor allem im Sommersemester ein Anziehungspunkt für Studenten aus aller Herren Länder sein.

Die Möglichkeit der Errichtung einer neuen Universität in Oesterreich drängt mich, noch kurz einem schon mehrfach berührten Gedanken Ausdruck zu verleihen. Es ist naturgemäß, daß gewisse Lehrkanzeln allen Universitäten gemeinsam sein müssen; es sind jene Lehrkanzeln, welche dem „normalen“ Studienbetriebe der Mehrzahl der Studierenden zu dienen haben. Mehr aber, als es bisher geschah, sollten einzelne Hochschulen mit Lehrkanzeln ausgestattet werden, welche der Eigenart des Landes, seiner Natur, seinen national-ökonomischen Verhältnissen usw. Rechnung tragen. Dies würde nicht nur die Pflege der betreffenden Disziplinen sehr fördern, sondern auch der Universität eine besondere Anziehungskraft verleihen. Gerade bei der Wiedererrichtung der Universität Salzburg könnte darauf geachtet werden; ich möchte diesbezüglich nur auf die Lage Salzburgs am Nordfuß der Alpen, auf seine Beziehungen zu den großen mitteleuropäischen Verkehrsstraßen, auf seine musikhistorischen und künstlerischen Traditionen und anderes mehr hindeuten.

Die kaiserlichen Worte vom 23. April d. J. eröffnen den österreichischen Alpenländern, die in diesem Kriege so Hervorragendes leisteten, und den österreichischen Universitäten die Hoffnung auf Erfüllung eines lange gehegten und berechtigten Wunsches. Möge es allen beteiligten Kreisen gelingen, durch sachliches Vorgehen die Verwirklichung dieser Hoffnung zu ermöglichen und zu erleichtern!

Unsere Universitäten nach dem Kriege.

Wien, am 10. Mai.

Heinrich v. Enbel hat in einer Marburger Rede vom Jahre 1847 von unseren Universitäten gesagt, daß zwar ihre alte Form unverändert geblieben sei, daß sie sich aber elastisch genug gezeigt hätten, den neuen Inhalt jeder Zeit in sich aufzunehmen. „Sie haben sich, die Zeitentwicklung begleitend, von innen heraus verwandelt und die herrschenden Richtungen jedes Jahrhunderts ganz angeeignet. Darin haben sie immer neu erfrischten Ruhm gefunden und sich zu allen Zeiten in den Mittelpunkt des geistigen Lebens Deutschlands gesetzt.“ Was der Historiker rühmend von der Vergangenheit sagte, um einige Richtlinien über das Verhältnis der Universitäten zum öffentlichen Leben aufzustellen, erscheint so recht als eine Forderung der Gegenwart und nächsten Zukunft, denn wie alle Gebiete unseres öffentlichen Lebens verlangen auch unsere Universitäten nach einer „Neuorientierung“ oder vielmehr die Neuorientierung ist, um ein Wort des deutschen Reichskanzlers anzumenden, schon da, denn wir alle sind in diesem ungeheuren Erleben andere geworden, nur unsere Einrichtungen haben sich diesen geänderten Verhältnissen anzupassen. In der Tat wird das Schicksal der Universitäten und ihre Stellung im öffentlichen Leben dadurch entschieden, inwiefern sie fähig sind, den neuen Geist in sich aufzunehmen und sich so in den Mittelpunkt des öffentlichen Lebens zu stellen.

Wir sind in den letzten Jahren zu einer Erstarfung des Staatsgedankens gekommen. Wir haben erkannt, daß wir Kulturgüter verteidigen, die uns allen gemeinsam und teuer sind und die zu erhalten in unser aller Interesse liegt. Diese Erkenntnis der weitgehenden Gemeinsamkeit unserer kulturellen Bestrebungen muß auch in den Frieden hinüber gerettet werden und das geistige Leben des Staates, seiner Angehörigen und seiner Institute regeln. Wir wollen keine Uniformierung der Meinungen und der Parteien anstreben; aber wir werden uns vor Augen halten müssen, daß unsere Gegensätze zwar Gegensätze, aber nicht so sehr in den Zielen als in den Wegen sind, auf denen wir die Ziele zu erreichen suchen. Ein Werk wie das des Bibliotheksdirektors des preussischen Herrenhauses Friedrich Thimme: „Vom inneren Frieden des deutschen Volkes. Ein Buch gegenseitigen Verstehens und Vertrauens“, kann auch für uns, die wir ein ähnliches Bekenntnisbuch der Führer der österreichischen Parteien leider nicht besitzen, den Ton angeben. Kein Abschwächen der Richtungen, der nicht wegzuleugnenden Gegensätze wird befürwortet, aber ein gewisses Verstehen verschiedener Standpunkte und ein vornehmes Austragen der notwendigen Geisteskämpfe. Wenn wir uns dieses Geistes besleißigen, werden unsere Universitäten nicht mehr Kampfobjekte der Nationen und Handelsobjekte der politischen Parteien sein dürfen. Der Staat muß seinen Nationen die Universitäten geben, deren und wo ihrer die Nationen bedürfen, nicht weniger, aber auch nicht mehr; und er wird die Kraft haben, durch die Betonung des staatlichen Charakters der Universitäten jeden Mißbrauch der höchsten Bildungsstätten zu politischen, insbesondere staatsfeindlichen Zwecken hintanzuhalten. Die Universitäten dürfen nicht mehr den Schauplatz wilder nationaler und religiöser Kämpfe abgeben. Diejenigen, die gemeinsame Kulturbüter dem Feinde gegenüber ver-

in der Studentenschaft entfacht Feuer noch regelmäßig auf die Presse und die politischen Parteien übergegriffen und nicht nur den Unterrichtsbetrieb gestört, sondern auch die Tätigkeit der gesetzgebenden Faktoren lahmgelegt oder gehindert. Das Wort „jedem Tüchtigen die Bahn frei“, das im deutschen Reichstag gesprochen wurde, ist auch für unsere Verhältnisse gesprochen. Wir haben nicht wenige tüchtige Kräfte im Kriege verloren. Darum muß jedem, der die Vorbedingungen mitbringt, die Universität offen stehen und es muß ermöglicht werden, daß nicht nur die Söhne begüterter Familien die Privatdozentur erlangen und bis zur Professur durchhalten können, wie es jetzt infolge der sozialen Verhältnisse leider vielfach der Fall ist; denn die Lehrkanzel soll nicht nur *de jure*, sondern auch *de facto* allen Gesellschaftsschichten offen stehen. Es muß überhaupt gesorgt werden, daß nach wie vor dem Unbemittelten die Universität zugänglich bleibe und daß nicht etwa durch eine aus andern Gründen gewiß zu befürwortende Kollegiengebühren der Universitätsbesuch dem armen Studenten unmöglich gemacht oder erschwert werde.

Die Universität wird in Zukunft ihre Hörer im staatsbürgerlichen Geiste erziehen müssen. Die neueren Kräfte nach Schulreform gehen ja überhaupt dahin, die Willens- und Charakterbildung wieder mehr in den Vordergrund der Erziehung zu stellen. Die Universität muß mehr pädagogischen Geist in sich aufnehmen. Der derzeit bestehende Gegensatz zwischen der Gebundenheit der Mittelschule und der völligen Ungebundenheit des Universitätslebens ist ein pädagogisches Übel, aber dieser unvermittelte Sprung könnte durch die Einführung eines milden Zwanges in den ersten Semestern überbrückt werden, wodurch auch dem Studenten der von ihm selbst erwünschte Halt geboten würde. Auch mehr staatsbürgerlichen Geist wird die zukünftige Universität vermitteln müssen. Auf der Juristenfakultät wird sich das durch die schon lange geforderte stärkere Betonung der staatswissenschaftlichen Disziplinen gleichsam von selbst ergeben; aber ebenso notwendig ist ein staatsbürgerlicher Unterricht für die philosophische Fakultät. Ihre Angehörigen wenden sich ja in weitaus den meisten Fällen dem Professorenberuf zu. Wie sollen sie nun in der Mittelschule in staatsbürgerlichem Geiste wirken, wenn sie nicht selbst in diesem Geiste gebildet wurden? Ja selbst auf der theologischen und medizinischen Fakultät wird man die staatsbürgerliche Erziehung nicht missen wollen. Dieses Erfüllen der Studentenschaft mit staatsbürgerlichem Geiste ist um so wichtiger, als sich gerade in den Kreisen der Gebildeten vor dem Kriege der bekannte staatsmüde Zug mit seiner krankhaften, unfruchtbareren Nörgelei breit gemacht hat, den zwar der Krieg verschleucht hat, der aber nur zu leicht wieder, wenn man den Volkscharakter in Erwägung zieht, seine Aufstehung finden kann.

Die Universität wird mehr als bisher auf die Erzielung eines praktischen Sinnes Wert legen müssen. Schon vor Jahren ist aus dem Kreise der Verwaltungsreformer der Ruf nach einer praktischen Schulung der Juristen vernehmlich geworden. Freilich hat die juristische Fakultät mit Recht betont, daß die Universität als solche immer nur Theorie, nie aber Praxis geben könne. Aber der praktische Sinn ist nicht nur für den Verwaltungsbeamten wichtig, sondern auch für alle andern Berufszweige, in denen der Jurist Verwendung findet. Und der praktische Sinn muß nicht durch eine Praxis erzielt werden. In manchen Fällen wird es genügen, beim Fakultätsvorschlag zu bleiben und das praktische Leben mehr als bisher als Beispiel oder Ausgangspunkt heranzuziehen. In anderen Punkten aber wird man noch

Montag, 14. Mai 1917

Zeitung

1704

und gelehrten Sachen

Haupt der Morgen-Ausgabe aufgeführt

22-26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801 bis 11 850, 16 280, 15 281 bis 15 291. Zentrum 8690

Bullecourt.

ntins — Geschützkampf in der Champagne

Im werdenden Polenstaat.

Von

Rudolf Rothert.*)

Schulelend und deutsche Schularbeit.

Zur Bewichtigung der Souveränitäts-Ungebuld des polnischen Staatsrats wurde ihm im Grundsatz die baldige Uebergabe des Schul- und Gerichtswesens unter seine Leitung in Aussicht gestellt. Natürlich ist eine solche Uebertragung nicht von heute auf morgen zu bewerkstelligen. Es ist nicht deutsche Art, unbekümmert um das Schicksal des begonnenen Werkes, eine halbfertige Arbeit aus der Hand zu geben. Doch länger, als unbedingt erforderlich, soll dem Staatsrat die Freude und Pein der selbständigen Führung eines Teiles der Staatsgeschäfte nicht vorenthalten bleiben. Man verhandelt bereits über die Einzelheiten der Ueberantwortung.

Es will scheinen, als hätten sich auf dem Gebiet des Schulwesens gewisse Annäherungswerte ergeben. Die Leistungen der deutschen Schulverwaltung in Polen springen doch zu sehr in die Augen, als daß Mißgunst ihnen standhalten könnte. Im ewigen Kampfe um die Schule lagen die Polen mit den Russen. Russifizierung und Vernachlässigung waren die beiden Angelpunkte der russischen Schulpolitik. Ihr folgt eine national selbstlose, kräftig in die Wege geleitete Förderung der polnischen Volksbildung durch die Deutschen. Man braucht nur die bekümmerten Mienen deutscher Schulmänner, die jetzt in Polen wirken, zu sehen, wenn die Rede auf das polnische Analphabetentum kommt. 60 bis 70 v. H. Analphabeten! Der bloße Gedanke daran bereitet jedem deutschen Schulmann einen wahren Seelenschmerz, und die Parole lautet: was getan werden kann, muß und wird getan!

Dem Eindruck der bloßen Ziffern des bisher Geleisteten können sich die Polen nicht entziehen. Mit 5152 Volksschulen (7120 Klassen) begann das Schuljahr 1915; mit 7578 Volksschulen (10 448 Klassen) trat man in das Schuljahr 1916. Also in einem Jahre deutscher Schulverwaltung eine Vermehrung der Volksschulen um 47 v. H. Wie sich von selbst versteht, entfällt die große Mehrzahl dieser Anstalten auf das flache Land. Man versichert, daß die Bauern und die älteren Lehrer dem deutschen Eifer zur Hebung der Volksbildung Verständnis entgegenbringen und dafür — sofern nicht neue Geldeausgaben angefordert werden — auch Dankbarkeit empfinden. Einer der leitenden deutschen Schulmänner äußerte sich darüber: „Ich bin überzeugt, daß es uns durchaus gelingt, gerade in ländlichen einfachen Bezirken mehr als in den Großstädten, wo dem Volke die politische Richtung gegeben wird, Verhältnisse anzubahnen, an denen wir unsere Freude haben können und die der Schule zum Segen gereichen.“ Eine Bauernabordnung erklärte einem deutschen Kreis Schulinspektor: „Das deutsche Land ist ein so kleines Land und hat das große Rußland und Frankreich und England besiegt. Das kann nur daran liegen, daß Ihr Allger seid als wir.“ Solche Züge brauchen nicht überschätzt zu werden, auch zeigen wahrscheinlich nicht alle Gegenden das gleiche Bild, immerhin mag es der Mühe lohnen, sie in Anmerkung zu nehmen.

Ob und welche zweite Sprache neben dem Polnischen später in den Lehrplan eingestellt werden soll, das überläßt man ganz den Polen. Die Deutschen mischen sich in diese Frage nicht hinein. Dagegen sollen, ehe der Staatsrat in die Lage versetzt wird, nach eigenem Ermessen zu schalten, Sicherheiten zum Schutz von Minderheitschulen geschaffen werden. Von 7125 Volksschulen, die am Schlusse des Schuljahres 1915-16 bestanden, waren 4710 katholisch, 324 evangelisch, 2058 jüdisch, 33 mariavitisch. (Die Mariaaviten sind eine von der katholischen Kirche abgefallene Sekte.) Die Unterrichtssprache war in 4568 Schulen polnisch und 400 deutsch, in 198 gemischt, in 1904 jüdisch. Den deutschen und jüdischen Schülern soll der Fortbestand gewährleistet, der Errichtung neuer Minderheitschulen kein Hindernis bereitet werden. Ganz leicht scheint es nicht zu sein, mit den Polen darüber ins Reine zu kommen.

Wie in allen anderen Verwaltungszweigen macht auch im Schulwesen der Mangel an geeigneten Personen das meiste Kopfzerbrechen. Nach russischem System konnte jedes männliche oder weibliche Menschenkind nach Zurücklegung von vier Klassen einer öffentlichen, d. h. russischen Mittelschule ohne weiteres das Rätcher einer Volksschule besteigen. Männlichen Lehrkräften winkten dabei hinsichtlich der Militärpflicht schätzenswerte Vorteile. So

*) Siehe die Aufsätze in der „Rossischen Zeitung“ (Abendausgabe) vom 10. und 11. Mai.

Das Salzburger Hochschulkompromiß.

Eine Massenversammlung der Freien Schule.

Gestern fand im großen Konzerthausaal in Wien eine von 2000 Personen besuchte Versammlung des Vereines Freie Schule statt. Die Tagesordnung lautete: Freie Forschung — Freie Wissenschaft!

Der Obmann der Freien Schule, Reichsratsabgeordneter Freiherr v. Hoch, eröffnete die Versammlung und begrüßte alle, die gekommen seien, gegen den neuen Vorstoß der Merikalen zu protestieren. Die Freie Schule habe jetzt einen Kampf gegen einen neuen Bierverband zu führen: gegen den in Kulturfragen sehr imperialistischen Vatikanismus, gegen den sonderbaren Nationalismus der Salzburger Nationalverbändler, gegen die mit den stumpfen Massen des alten Ruhland verglichenen, auf Erwerb bedachten Salzburger Philister und — er könne zwar nicht glauben, daß auch dieser Kampf notwendig sein werde — gegen die österreichische Regierung, die, wenn sie sich das Salzburger Kompromiß zu eigen machen würde, der Hochschule gegenüber die Rolle des treulosen Italien übernehmen müßte, das nach dem Ausspruch seines eigenen Königs die Ehre seines Wappenschildes besetzte. Es sei erstaunlich, daß sich nur ganz vereinzelt Widerspruch gegen den neuen ungeheuerlichen Angriff auf die Freiheit der Wissenschaft erhoben habe. Heute aber sei die Elite des freieitlichen Wien versammelt zu einer mächtvollen Kundgebung gegen die Verkümmernng des wissenschaftlichen Lebens. Schande über jene, die nicht den Mut haben, für ihre Ueberzeugung einzutreten, Ehre jenen, die es tun.

Professor Hans Grammer, der Obmann des Salzburger Hochschulvereines, sprach im Auftrag dieses Vereines in der mächtigen Versammlung. Die Salzburger Deputation, die am 22. April beim Kaiser gewesen sei, stand unter der Führung des Salzburger Erzbischofs, dem der Landeshauptmann von Salzburg Prälat Winkler, der klerikale Reichsratsabgeordnete Baron Fuchs und die sogenannten Freiheitlichen, der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Sglvestfer, der Landeshauptmannstellvertreter Dr. Stözel und der Bürgermeister von Salzburg Ott folgten. Der Redner erklärte aber, daß die Herren Sglvestfer und Genossen weder zu dieser Wiener Fahrt noch zu den vertraulichen Besprechungen, die nach dem Bericht des Kanonikus Eder in Salzburg beim Erzbischof stattfanden, von ihren Parteigängern ein Mandat besaßen. Sie konnten also nicht im Namen der Freiheitlichen Salzburgs handeln, denn zur einzigen vertraulichen Besprechung der Freiheitlichen Salzburgs waren nur jene Herren geladen, von denen man wußte, daß sie im Sinne der Kompromißler stimmen werden. Auch der Salzburger Hochschulverein wurde zu keiner Besprechung geladen. Der Redner zeigt dann an verschiedenen Aeußerungen hervorragender klerikaler Männer die Ziele der katholischen Universitätsbewegung und erklärt, daß der katholische Hochschulverein seinen Wunsch nach einer rein katholischen Universität nur deshalb zurückgestellt habe, weil für diesen Zweck zu wenig Geld einging und die schon gesammelten fünf Millionen Kronen zum größten Teil als Darlehen an die „Reichspost“ und andere katholische Institutionen vergeben seien. Deshalb begnügen sich die Herren vom katholischen Hochschulverein mit einer staatlichen Universität mit entscheidendem Einfluß der katholischen Hierarchie. Der Salzburger Hochschulverein aber werde auf der Wacht stehen und mit allen gesetzlichen Mitteln kämpfen für die freie Forschung und die freie Wissenschaft.

Universitätsprofessor Dr. Julius Zandler erklärt, er spreche weder im Namen einer Hochschullehrervereinigung noch etwa im Namen einer Fakultät, sondern nur als Lehrer der Hochschulkjugend. Es berühre ihn sonderbar, daß dieser Vorstoß gegen die Staatlichkeit der Hochschulen zu einer Zeit einsehe, wo die Leidtragenden dieses Prozesses, die akademische Jugend, in den Schützengräben an der Verteidigung des Vaterlandes seien, daß die Merikalen zu dieser Zeit, in der sie alle Mittel für sich haben, während die Jugend, um deren Schule es geht, abwesend ist, einen Teil ihrer Universitätspläne durchsetzen wollen. Er unterschätze die Bedeutung einer Universität nicht, doch wären jetzt in Oesterreich sicher dringendere Aufgaben zu erledigen. Auch stamme er darüber, daß die Czernowitzer Universität, die doch als ein Bollwerk des Deutschtums im Buchenlande des fernem Ostens errichtet wurde, jetzt so leichtem Herzens aufgegeben und nach Salzburg verlegt werden soll. Er sei überhaupt gegen jede Verquickung der Schule mit der Politik. So wie man in Oesterreich nicht Tarifpolitik, sondern politische Tarife mache, keine Eisenbahnpolitik treibe, sondern politische Eisenbahnen baue, betreibe man auch keine Universitätspolitik, sondern errichte politische Universitäten. Doch habe ja der Kaiser die Kompromißdeputation selbst auf den Weg der Verfassung verwiesen und die Frage werde sicher nicht im Sinne der Merikalen erledigt werden, wenn nur die freieitliche Bevölkerung machtgebietend hinter ihren parlamentarischen Vertretern stehe. Die überwiegende Mehrheit der Universitätsprofessoren stehe dort, wo Verfassung und Recht ist, zum Wohle der Hochschule, zum Heile der Jugend.

Gemeinderat Dr. v. Dorn bedauert, daß er die Versammlung nicht im Namen der Wiener Gemeindevertretung begrüßen könne. Er kennzeichnet den Standpunkt der Merikalen, die für ihr Geld Seelen eintauschen möchten. Wenn es sich nur um die Seelen ihrer Anhänger handeln würde, so könnte man sich vielleicht beruhigen; aber die Merikalen machen immer den Versuch, durch die Ausbreitung ihrer Herrschaft über alle Schulen die gesamte Jugend zu sich hinüberzuziehen. So wie sie schon vor einem Jahre im fürsterzbischöflichen Palais zu Wien Pläne für die Reform der Volksschule in ihrem Geiste und für die Beeinflussung der Fürsorge-Institutionen geschmiedet haben, versuchen sie jetzt auch in der Zeit des Burgfriedens einen Vorstoß auf dem Gebiet der Hochschule. Der Redner bespricht die Folgen und Wirkungen, die von der Salzburger Universität, die unter klerikalem Einfluß stehen soll, ausgehen würden. Die Herren, die dort wirken, werden sicher nicht in Salzburg bleiben, sondern werden, wenn sie sich dort ihre klerikale Nahrung geholt haben, weiter wandern und an allen Universitäten Oesterreichs austauschen. Wir brauchen aber, wenn wir in Oesterreich vorwärtskommen wollen, eine Historik und Philosophie, die nicht tendenziös entstellt ist, wir brauchen eine unabhängige Wissenschaft, die den nötigen Antrieb zu Oesterreichs Fortschritt gibt, und daher muß im Parlament alles aufgeboten werden, um den Angriff auf die Freiheit der Hochschulen siegreich abzuwehren.

Reichsratsabgeordneter Leutner fährt aus, es sei ungemein überraschend gewesen, mit welchem Gleichmut die breite Oeffentlichkeit die Nachricht von dem ungeheuerlichen Universitätskompromiß auf sich nahm. Darin läge der Beweis, daß wir den Feind nicht so sehr in der List und der Kraft der Merikalen als in unserer eigenen Lauheit und Schlassucht zu suchen hätten. Aber haben sich denn dieselben Eigenschaften der österreichischen Bevölkerung nicht auf dem dem Massenempfinden weit zugänglicheren Gebiet der Politik geoffenbart? Als noch vor dem Kriege die Regierung das Parlament mit einer lästigen Handbewegung beiseite schob, rührte sich da Widerstand im Volke? Nicht einmal dann, als der Krieg seine blutigen Fluten über Oesterreich ergoß, als alle Staaten das Schauspiel boten, daß die Regierungen an den Parlamenten Stärkung und Stütze suchten, nicht einmal da wurde Empörung nach über die Parlamentslosigkeit, über den autokratischen Zustand

128

17

Volkshilfungsfragen.

Von Hermann Geringel.

II. *

Die Aufgabe der Volkshilfungsfragen innerhalb der Volkshilfungsfragen.

Trotz der umfangreichen Literatur und trotz der verschiedensten Zentralstellen ist, soweit ich weiß, noch nirgends festgestellt worden, daß das Volkshilfungsweesen verschiedenartige Aufgaben umfaßt, die nicht auf dieselbe Weise und in derselben Veranlassung eine Lösung finden können. Das ist der Grund, daß die praktischen Programme, obwohl sie demselben Ziele dienen sollen, soweit von einander abweichen, da sie halb diese, halb jene Aufgabe in den Mittelpunkt stellen und ihr vorzüglich angehört sind.

Innerhalb des Volkshilfungsweesens sind drei deutlich unterscheidbare Aufgaben auseinanderzuhalten: Unterhaltung, Belehrung, Bildung.

Die Volkshilfungsfragen suchen in der Regel die ersten beiden Aufgaben zu vereinigen und glauben damit der dritten zu dienen. Allein bei den meisten kommt schon die zweite zu kurz, denn wie die Ausleihstatistiken zeigen, lesen die meisten Volkshilfungsfragen alles, das nicht gerade Romane sind, wie die beliebten Reisebeschreibungen, Memoiren usw., 80 bis 90 v. H. unterhaltende Bücher aus. Wenn man die Praxis kennt, so ist das nicht verwunderlich. Einmal leben die meisten Volkshilfungsfragen in der dauernden Zuneigung ihrer Mutterhand, so ist das nicht verwunderlich. Einmal leben die meisten Volkshilfungsfragen in der dauernden Zuneigung ihrer Mutterhand, so ist das nicht verwunderlich. Einmal leben die meisten Volkshilfungsfragen in der dauernden Zuneigung ihrer Mutterhand, so ist das nicht verwunderlich.

Andereorts entspricht diesem Angebot die regste Nachfrage. Es ist selber wahr und muß immer wieder gesagt werden, daß die meisten Leser in der Volkshilfungsfragen nur Unterhaltung suchen und daß Bildungsinteressen nur im geringsten

*) Vergl. Erstes Programmblatt vom 5. März

Maße vorhanden sind. Dieser Tatsache gegenüber die Augen zu verschließen, wie gerade die begeistertsten Träger der Volkshilfungsfragen vielfach tun, heißt der Volkshilfungsfragen den denkbar schlechtesten Dienst erweisen. Denn positive Volkshilfungsarbeiten wird nur da geleistet, wo der Arbeit der Volkshilfungsfragen die Empfänglichkeit der Leser entgegenkommt. Durch Förderung der maßlosen Vervielfachung, wie sie in den meisten Volkshilfungsfragen üblich ist, wird aber die schwache Empfänglichkeit für Wertunterstützung vollends erschöpft. Es ist eine eitle Hoffnung, daß sich die Leser allmählich an dem Schund satt lesen. Offenbar sind sich die wenigsten recht bewußt, welchen Schaden sie damit der ernsthafte Volkshilfungsarbeiten zufügen, und wie groß die Gefahr ist, ihre Vervielfachung ganz zu untergraben. Die Unterhaltungsbibliotheken berufen sich demgegenüber darauf, daß in der leicht eingänglichen Form des Unterhaltungsromanes, mag er auch leicht sein, doch manches Gute ins Volk getragen wird, das da und dort haften bleibt; ferner daß die Leser, die ihr Lesebedürfnis in der Bibliothek befriedigen, dem Schundroman über in anderen Fällen der Reize, dem Spiel usw. entgangen werden. Das mag gelten, inwieweit es in Bezug auf den Schundroman noch zweifelhaft ist, denn die Unterhaltungsbibliothek hat mit der Zunahme der Bibliotheken und der von ihnen gezüchteten Lesern eher an statt abgenommen.

Allein das alles sind nur negative Erfolge! Wo ein positiver Erfolg, eine wirkliche Förderung des Lesens durch ein Buch vorliegt, darf er nicht als eine bloße Wirkung des Buches aufgefaßt werden, sondern als Leistung des Menschen, der es gelesen und so aufgenommen hat, daß es in ihm fruchtbar wurde. Es gilt allgemein: jedes Buch kann nur da fruchtbar werden, wo es von einem Menschen aufgenommen wird, der für seinen Wert empfänglich ist. Aus diesem Grunde ist es auch eine Illusion, daß man durch literarische Mittel, etwa durch gute Kinovorstellungen, die Volkshilfungsfragen fördern könne. Realisiert im Menschen wird nur das, was aufgenommen wird; Interesse wird nur das, wofür Empfänglichkeit, Interesse vorhanden ist. Das Interesse der meisten Menschen und gerade bereit, an die sich die Volkshilfungsarbeiten wendet, ist fast nur auf das Sinnliche gerichtet. Somit ist das notwendige Ergebnis, daß das Gute tot bleibt und nur die Sensationslust des Publikums neue Nahrung erhält.

Die Unterhaltungsbibliotheken sollen indes darum keineswegs abgeschafft werden, schon nicht um ihrer negativen Erfolge willen, die sie unbestritten haben. Aber man sollte sich allmählich darüber klar werden, daß sie mit Volkshilfungsarbeiten nichts zu tun haben, weil sie auf diesem Gebiete nur

dem Staatsdepartement einen Besuch ab.

negative Erfolge haben. Ihren positiven Erfolgen nach gehören sie zur öffentlichen Wohlfahrtspflege. Wenn sie aber nichts nützen, so soll man ihnen Schaden, wie auch den des Kinobereichs und auch der sogenannten Schundliteratur doch nicht überstreuen. Ernsthafte Vorbildung sind sie wirklich nur da, wo sie unter dem Namen der Unterhaltung werden und nicht Sensation hat ihr eigenes Recht, das nicht bestritten werden darf, wenn sie nichts anderes sein will. Wenn diese Unterhaltung leicht ist und oberflächlich, so bleibt sie auch bei dem, der sie genießt, an der Oberfläche. Wie wäre es sonst möglich, daß das Volk, das seit Jahrhunderten von Schundliteratur lebt, im Kern noch gesund geblieben ist! Damit wird selbstverständlich der Schundliteratur nicht das Wort geredet, sondern nur versucht, auch diese Erziehung ins Ganze einzufügen. Das Volk, das allein von Schundliteratur lebt, ist noch Bruchland, das erst später Träger des Weltbewußtseins und damit der Kultur werden kann.

Unterhaltung vermögen die Bibliotheken also wohl zu geben; allein es ist immer die Gefahr damit verbunden, daß ein Mißbrauch daraus wird, dem gegenüber sie wehrlos sind, und daß dadurch die Arbeit an den wichtigeren Aufgaben beeinträchtigt wird. Keinesfalls darf es aber zur Hauptaufgabe der Bibliothek werden, die Unterhaltungsbedürfnisse zu befriedigen, da eine positive Bildungsarbeit auf diesem Gebiete unmöglich ist, weil die Unterhaltungsleser in der Regel nur Sensation suchen und keine aktiven Interessen haben.

Bei ihrer zweiten Aufgabe: Belehrung zu vermitteln, hat es die Bibliothek mit Lesern zu tun, die mit ihrer Lektüre irgendwelche praktischen Zwecke verfolgen. Hierbei rechnen wir alle berufliche Weiterbildung, politische Erziehung, schließlich auch die sogenannte allgemeine Bildung. Von vielen werden gerade für die Zeit nach dem Kriege diese Aufgaben in den Vordergrund gestellt. Man denkt dabei an den strebsamen Arbeiter oder Handwerker, an die Bedürfnisse der Industrie, die eine qualifizierte Arbeiterschaft braucht, oder auch an die politischen Aufgaben, die nach dem Kriege vorliegen und die Mitarbeit aller Staatsbürger erfordern.

Die Bedürfnisse, die hier vorliegen, vermögen die Bibliothek zwar nicht vollkommen, aber doch zu einem großen Teil zu befriedigen, jenseit sie eben bereit sind, daß sie durch die aus einem Buch gezogene Belehrung befriedigt werden können. Die Gefahr eines Mißbrauches der Bibliothek ist auf diesem Gebiete ausgeschlossen, da es keine Sensationen bietet. Es wird daher auch keine Leser anlocken, die nur Sensationen suchen und denen es das leichtgängliche, weltliche Buch zu erhalten. Da es nach der Natur der Bedürfnisse

die Engländer berechtigt.

nisse auf diesem Gebiet keine maßlosen Leser gibt, wird ihr Verhältnis zur Bibliothek ein ganz anderes, denn die Bibliothek steht hier mehr oder weniger subjektiv gegenüber, jedenfalls aber objektiv bestimmten Interessen gegenüber, die sie befriedigen kann. Hier ist daher das wichtigste Arbeitsgebiet für den betrieblichen Bibliothekar. Wo der Leser nur ganz allgemein Sensation sucht, wo es ihm auf in den weitesten Grenzen gleichgültig ist, welches Buch er liest, — und bei den typischen Romanlesern und -Lehrerinnen ist das Regel, wenn man die Urtitelreihe: „Spannenb-Langweilig“ ausnimmt, — findet der Bibliothekar für eine beratende Tätigkeit gar keinen Anknüpfungspunkt. Wie soll der Bibliothekar wählen, wenn der Leser gar nicht wählerisch, sondern omnivore ist? Er kann doch nur da für den Leser wählen, wo der Leser zwar weiß, was er will, aber nicht weiß, welches Buch ihm das bieten wird, was er sucht. Der typische Fall ist etwa der, daß ein Mechaniker ein Buch über ein größeres Werk aufschreibt, das bestimmte Vorkenntnis eines größeren Wertes aufweist, das bestimmte Vorkenntnis des Lesers voraussetzt, das bestimmte Vorkenntnis des Lesers voraussetzt, das bestimmte Vorkenntnis des Lesers voraussetzt.

Sindes sind die Bedürfnisse, um die es sich hier handelt nicht alle so gleichartig, daß sie auf dieselbe einfache Weise wie in dem angegebenen Fall befriedigt werden könnten, sondern sie gehen allmählich über in Bedürfnisse, deren Befriedigung schon zur dritten Aufgabe gehört. Ein Buch, das man einfach studieren und auswendig lernen kann, befriedigt nur dann höher, wenn es sich um eine gleichsam greifbare Wissensmaterie handelt. Je tiefer aber die Interessen gehen, desto unbestimmter, weil irrationaler werden sie. Schon in der Geistesgeschichte, bei politischen Fragen, vollends bei eigentlichen Weltanschauungsfragen, um die es sich oft bei denen handelt die „Aufklärung“ suchen, ist es nicht mehr möglich, den Leser einfach mit einem Buch nach Hause zu schicken, wenn er wirklich gefördert werden soll. Hier liegt schon die obere Grenze der Möglichkeit bibliothekarischer individualisierender Beratung und damit bibliothekarischer Volkshilfungsarbeiten überhaupt. Wo der Leser nur „Aufklärung“ sucht, d. h. Rat

Die Salzburger Hochschulvereinbarungen.

Abgewiesene Hezer.

Weber der Salzburger Katholische Universitätsverein, noch die Salzburger Deutschfreiheitlichen haben bisher den genauen Inhalt der zwischen ihnen getroffenen Abmachungen bekanntgegeben, welche beiden Teilen die Zustimmung zur Errichtung einer staatlichen Universität in Salzburg ermöglicht, die Gutheißung des Kaisers gefunden und die Zusage der Regierung bewirkt haben, daß die Hochschule ehestens errichtet werden solle. Die Oeffentlichkeit weiß bisher mit Zuverlässigkeit nur so viel, daß beide Teile feierlich erklärt haben, sie hätten sich bei den Vereinbarungen gar nichts vergeben, nichts von ihren Grundsätzen geopfert und der Inhalt der Abmachungen gereiche keinem der Vertragsteile zur Unehre. Von katholischer Seite wird noch außerdem betont, daß der Universitätsverein noch in die Lage kommen werde, zur Vereinbarung endgültig Stellung zu nehmen. Alles, was sonst noch über das Salzburger Hochschulkompromiß erzählt wird, beruht auf Informationen, Erzählungen Eingeweihter, Vermutung, Gerüchten, und ist kaum höher zu werten denn als halbe Wahrheiten. Ob zur Sicherung eines gewissen Einflusses bei den Besetzungen der Lehrstühle der künftigen Universität wirklich genau jene Form vereinbart wurde, die seither in den Erörterungen der Presse und der Versammlungen die Kunde machte, darüber stehen zuverlässige Mitteilungen noch aus. Ob der Stein, an dem die erste gegnerische Kritik Anstoß nimmt, wirklich genau mit den Voraussetzungen der Kritiker übereinstimmt, bliebe somit erst festzustellen, ebenso ob bejahendenfalls nicht auch diese Klippe durch ein gegenseitiges Einvernehmen zu umfahren möglich wäre, zumal auch in katholischen, insbesondere akademischen Kreisen gegen die angeblich gewählte Form der Sicherung schwerwiegende Bedenken geltend gemacht werden. Wenn die richtige beide Teile befriedigende Form der Verständigung wirklich noch nicht gefunden worden sein sollte, so muß und wird sie sich finden lassen, da nun einmal der Wille zur Verständigung da ist. Und dieser Wille ist — nicht nur für Salzburg, das nach seiner Universität ruft, sondern auch für den Staat und besonders für das deutsche Volk in Oesterreich, das nach langer Selbstzerfleischung durch Kulturkämpferien nach dem Kriege dringend eines Kulturfriedens bedarf — das Wichtigste.

Aber gerade dieser so hoffnungsreiche Verständigungswille ist für die unernste Kritik, für die Kulturkämpfer und Hezer, denen Verträglichkeit, gegenseitige Duldung ein Greuel ist, für jene Kreise, deren Weizen nur dann gedeiht, wenn die arischen Hochschüler einander die Köpfe blutig schlagen, der wirkliche Stein des Anstoßes. Was sie am Salzburger Kompromiß auszusehen haben, ist nicht sein angeblicher Inhalt, der für sie nur der Punkt ist, um den Hebel anzusetzen, sondern die Vereinbarung überhaupt, der Verständigungswille als solcher. Was soll aus ihren Sonderinteressen, die während des Krieges sich bergehoch aufgestürzt haben, nach dem Kriege werden, wenn das Salzburger Beispiel Nachahmung findet und vielleicht gar zur allgemeinen Richtschnur wird und so die raffinierte Divide et impera-Taktik einer kleinen, aber derzeit fast allmächtigen Minderheit zuschanden wird? Wenn die arischen Akademiker anfangen, sich zu vertragen und um sich zu sehen? Nur unter dem Gesichtspunkte dieser Fragen sind die Treibereien der „Freien Schule“ und ihrer geistigen Verwandtschaften gegen das Salzburger Abkommen zu verstehen.

Es gehört zu den erfreulichen Zeichen der Zeit, daß sich diesmal die deutsch-nationale Akademikerschaft nicht von den Berufshehern, welche die gekennzeichnete Interessentenschaft gegen das Salzburger Kompromiß losgelassen hat, ins Schlepptau nehmen ließ. Sie merkte, aus welchem Boche der Wind pfiß, der sie mitreißen wollte. Die vom Wiener Les- und Redeverein deutscher Hochschüler „Germania“ namens der deutschvölkischen Hochschülerchaft am 31. v. M. an den akademischen Senat gerichtete Kundgebung besleißigt sich einer eindeutigen Zweifeltigkeit, von der die Hezer schwerlich erfreut sein dürften; es heißt da:

Angeichts der Erörterungen, die sich aus Anlaß der bevorstehenden Errichtung einer Universität in Salzburg in der Presse wie in der sonstigen Oeffentlichkeit entsponnen haben, sieht sich der Les- und Redeverein deutscher Studenten in Wien „Germania“ als die größte Vereinigung der deutschen Hörerschaft und als Zusammenfassung der meisten völkisch gesinnten Körperschaften der Wiener Hochschulen im Einvernehmen mit vielen und vielen anderen völkisch-akademischen Körperschaften veranlaßt, bei dem Gewirre von Gerüchten und Meinungen für alle Fälle seinen grundsätzlichen Standpunkt für alle Fälle seinen festzusetzen. Die deutschvölkische Hochschülerchaft Wiens begrüßt die Errichtung einer staatlichen Universität in Salzburg als die Erfüllung einer alten Forderung der deutschösterreichischen Hochschulfugend und hofft, daß diese Hochschule eine dauernde Stätte für Wissenschaft und Forschung werden wird. Die Vertreter der deutschvölkischen Hochschülerchaft Wiens legen jedoch Verwahrung gegen die Möglichkeit ein, daß bei der Besetzung von Lehrstühlen die staatlichen Rechte verletzt werden könnten und bitten sonach den hohen akademischen Senat der Universität Wien als oberste Behörde der ersten Hochschule des Reiches, den ganzen ihm zustehenden Einfluß dafür einzusetzen, daß zum Nutzen der Freiheit und Selbstständigkeit der deutschösterreichischen Hochschulen von außen kommende nicht-akademische Einflüsse auf die Besetzung von Lehrstühlen und andere in die Selbstverwaltung der Hochschulen fallende Angelegenheiten mit aller Entschiedenheit ferngehalten werden mögen, kommen sie von welcher Seite immer.

Zur Erläuterung dieser Stellungnahme wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt, daß das Salzburger Abkommen in den Kreisen der Wiener deutschvölkischen Hochschüler aus folgenden Gründen „starke Erregung“ hervorgerufen habe:

weil einerseits eine Gefährdung des Selbstbestimmungsrechtes der zu errichtenden Hochschule durch das von allerlei Sagenbildungen umwobene Abkommen mit dem Katholischen Universitätsverein, andererseits aber das Verhalten der jüdisch beeinflussten Oeffentlichkeit zeigt, wie gerne man seitens dieser sogenannte „freisinnigen“ Geschäftspolitiker einen kleinen „Kulturkampf“ anzetteln möchte, um die immer reger werdende Aufmerksamkeit der völkisch und vaterländisch gesinnten Bevölkerung von ihrem Treiben abzulenken. Der Hinweis auf den Fall Barány, der sich vor kurzem zutrug, genügt wohl, um zu zeigen, daß die jüdische Presse vor geradezu erpresserischen Versuchen, die Besetzung von Lehrkanzeln zu beeinflussen, durchaus nicht zurückrecht, und um die Heuchelei jüdisch-sozialistischer Organisationen, wie die berüchtigte „Freie Schule“, bei ihrem angeblichen Eintreten für die „Freiheit der Wissenschaft“ zu kennzeichnen. Die deutschvölkische Hochschülerchaft hat denn auch die tieferen Beweggründe dieses Treibens durchschaut.

Wir können uns angesichts dieser deutlichen Sprache damit begnügen, den Wunsch anzufügen, daß an dem Salzburger Einigungswerk alle Versuche der Hezer, es zu einer Quelle neuerlicher Veruneinigung zu machen, zerfallen mögen.

Daß gegen die angeblich gewählte Form der Einigung auch in katholischen Akademikerkreisen Bedenken bestehen, wurde schon erwähnt; in nachfolgender Zuschrift wird diesen Besorgnissen, von denen wir annehmen möchten, daß sie vor der Wirklichkeit nicht zu bestehen vermögen, Ausdruck verliehen:

Die katholischen akademischen Kreise haben bisher angesichts der Wendung in der Salzburger Hochschulfrage Zurückhaltung zu üben für zweckmäßig erachtet. Man hat dies nun auf der Gegenseite fälschlich als Zustimmung gedeutet, die aber von uns näher kennenden Hochschulkreisen als nicht glaubwürdig bezeichnet wurde. Wenn je, so ist der Spruch Cum tacent, clamant in diesem Falle bei uns nicht berechtigt.

Daß man unsererseits noch nicht öffentlich Stellung genommen hat, rührt daher, daß wir alle — ob noch studierende oder bereits im Berufsleben tätige — Akademiker überrascht wurden und wir angesichts der bloß aus Zeitungsnachrichten ersichtlichen Vertragsbestimmungen Zurückhaltung bewahrten; wir erhofften uns baldigen hinreichenden Einblick in den Stand der Dinge, der aber noch immer nicht gegeben wurde. Die veruchte Lösung, wie sie aus den Blätterstimmen erschlossen werden kann, hat gewiß Gegnerschaft gefunden. Auch bei uns lehnt man, wie ich dies in einem bereits Ende April abgefaßten Aufsatz betonte, der demnächst in dem Verbandsorgan der katholischen Studentenverbindungen („Academia“) erscheinen wird, vom akademischen Standpunkt aus die Besetzung von Lehrstühlen an den staatlichen Universitäten durch außenstehende Kreise ab. Auch wir befürchten aus dem Kompromisse, in voller Uebereinstimmung mit dem aus seiner Rektoratszeit her auch den katholischen deutschen Studenten Wiens in guter Erinnerung befindlichen Hofrat Dr. v. Wettstein, eher eine Schädigung der ohnehin schlechten Lage der Vertreter katholischer Weltanschauung an den Hochschulen, besonders aber an der wieder zu errichtenden Salzburger Universität. Wir katholischen Akademiker scheuen keineswegs den gesunden Wettstreit der wissenschaftlichen Forschung und ihre Vertreter. Daß wir mit dem bisherigen System der Lehrstuhlbesetzungen und des Zugangs des Dozententumes nicht einverstanden waren, wird uns auch von ruhig denkender gegnerischer Seite nicht verübelt; auch diese sehen erfreulicherweise immer mehr ein, daß die bisherigen Zustände dem deutschen Wesen unserer Hochschulen mehr geschadet haben, als sie der „freiheitlichen Sache“ nützten. Diese fortschreitende Erkenntnis sowie die Tatsache an sich, daß man in der so heißen Salzburger Universitätsfrage eine Einigung — ungeachtet seines Inhaltes — anbahnen konnte, gibt uns die Hoffnung, daß eine Besserung an den Hochschulen möglich wird. Wir dürfen aber die Fehler früherer Jahrzehnte nicht erneuern, die dem Gegner schließlich sogar den erwünschten Anlaß gaben, die Gleichberechtigung der katholischen theologischen Fakultäten in Oesterreich zu bestreiten. Die Geschichte der periodischen Uebergebung der Innsbrucker theologischen Fakultät bei der Rektoratswahl ist in dieser Hinsicht besonders lehrreich und zugleich eine ernste Warnung an uns.

Wir Akademiker verlangen in getreuem Festhalten an unserer Ueberlieferung die volle Rücksichtnahme auf die allgemeinen Interessen unserer Weltanschauung und der an den weltlichen Fakultäten arbeitenden Studenten und Professoren katholischer Ueberzeugung. Die anscheinend beabsichtigte Form der Besetzung weltlicher Lehrstühle findet nicht unseren Gefallen, da wir daraus schädlichen Widerspruch und eine Isolierung der betreffenden Lehrkräfte befürchten.

Wir haben bisher — oft ganz allein dastehend — unsere recht prekäre Lage an den Hochschulen zu verteidigen und zu bessern gewußt. Dr. Josef Peßl

Morgenblatt.

Reichspost.

3 Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

Bezugspreise:
 am täglich zweimaliger Zustellung für Wien:
 monatlich K. 4.20
 vierteljährlich . . . 12.—
 halbjährlich . . . 24.—
 für Oesterreich-Ungarn:
 monatlich K. 5.—
 vierteljährlich . . . 14.50
 halbjährlich . . . 29.—
 Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt ausbleibt mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärts:
 monatlich K. 4.20
 vierteljährlich . . . 12.—
 halbjährlich . . . 24.—
 für Deutschland:
 viertelj. Kreuzbandend. K. 18.—
 und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.
 Länder des Weltpostvereins:
 viertelj. Kreuzbandend. K. 22.—
 und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.
 Einzelpreise für auswärts:
 Morgenblatt 14 h
 Sonn- und Feiertage . . . 16
 Nachmittagsblatt 6.

Wien, Sonntag, den 17. Juni 1917 XXIV. Jahrgang

Slawischen Angriffe an der Suganer Front. Kämpfungs-geschentes durch den Herrscher für gerheimstätten in Ungarn.

An der mazedonischen Front hielt sich die Gefechts-tätigkeit in mäßigen Grenzen.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Berlin, 16. Juni.
 Das Wolffsche Bureau meldet:
 „16. Juni 1917. Abends.
 In einzelnen Abschnitten der flandrischen und Artoisfront sowie an der Aisne und in der Champagne lebhafter Artillerielampf. Die Vormittagsangriffe der Engländer bei Monchy und Klich von Croisilles wurden abgewiesen; sie haben eine Aenderung der Lage nicht herbeigeführt.
 Vom Osten nichts Neues.“

Die Universitätsfrage.

Zu den Protesten gegen das Salzburger Hochschulkompromiß.

Wien, am 16. Juni.
 Eine Abteilung des Vereines „Freie Schule“ fordert derzeit akademische Studentenverbände zu Protesten gegen das Salzburger Hochschulkompromiß auf. Man kann über die Form, die den Katholiken an der zu errichtenden Salzburger Universität gewisse Sicherungen schaffen soll, sehr verschiedener Meinung sein. Auch Katholiken kann eine direkte kirchliche Einflußnahme auf die Besetzung etlicher Lehrstühle wenig empfehlenswert scheinen; viele dürften sich daran stoßen, daß im christlichen Oesterreich freiheitliche Professoren vom Staat, christliche Gelehrte aber aus einer „Sondersteuer“ der christlichen Bevölkerung besoldet werden sollen. Aber es ist weniger diese Form des Kompromisses, dessen Einzelheiten übrigens noch gar nicht bekannt, welche die Protestler auf den Plan rufen, als vielmehr die Sache. Man protestiert dagegen, daß dem christlichen Kulturgebanten Heimatrecht in etlichen neuen Hörsälen geschenkt werden soll. Man protestiert dagegen, daß an Stätten der Wissenschaft Leute mit christlichen Ideen neuerdings wissenschaftliche Berechtigung haben sollen. Man protestiert gegen die Gefahren des „Dunkelmännertum“, das alles echte Wissen verdächtige, alles wahre Fortschreiten hintanhaltet, alles ehrliche Suchen erdrückt, das fortgeschrittene Zeiten auf überwundene Vergangenheit zurückschrauben wolle.
 Sind sich die Protestler ihrer Rücksichtslosigkeit und Geistesarmut bewußt? Soll die christliche Bevölkerung Oesterreichs ausschließlich ein Professorentum besolden, das ihre Ueberzeugungen mißachtet, wenn nicht mit Füßen tritt? Sollen die Jünger einer weitausend-jährigen christlichen Kultur ausschließlich bei Kindern des Alten Testaments in die Schule gehen oder bei solchen, deren Denken mit Vorliebe aus altgermanischer Mythologie schöpft? Ist die „freie“, „voraussetzungslose“ Wissenschaft wirklich die wahre Wissenschaft; oder ist das Professorentum mit der Freiheit und Voraussetzungslosigkeit nicht in das absolute Chaos, in den Sumpf gekommen, aus dem nur das Wiederanknüpfen an erprobte Lebensweisheit, an unwandelbare Ideen herausführen kann? Droht der Wissenschaft vom Christentum Gefahr oder ist nicht Rechristianisierung des Professorentums der einzige Weg zur Gesundung der eigentlichen höheren Wissenschaft?

Warenhaus, in eine Maschinenhalle, in ein großes Sanatorium zu gehen; man braucht nur an moderne Dyantrien, an die drahtlose Telegraphie, an die Rotationsmaschine letzten Typs zu denken, um staunend sich von den Triumphen des Menschengesistes zu beugen. Auch auf dem Gebiete humanistischer Spezialdisziplinen sehen wir große Erfolge: Kostlos war das Studen und Vergleichen von Denksäulen und Schriftstücken, von früheren philosophischen Systemen und neuen psychologischen Tatsachen. Aber hat mit all dem die Wissenschaft ihr Ziel erreicht? Ist den Köpfen und Herzen Jugend genug getan mit Chemie und Technik? Mit dem Vorlegen von Texten, Beobachtungen, Meinungen? Will die Jugend nicht vor allem Beantwortung der großen Lebensfragen: woher, wohin, wozu? Will sie nicht Aufschlüsse über die Probleme Mensch, Weltall, Gnade, Ewigkeit, Seele? Will sie nicht einheitliche, großzügige Lebensweisheit, um sich an ihr zu großzügiger Lebensstat zu entzünden?

Hier liegt das große Versagen der neuen Universität, ihr vollständiger Bankrott. Ich appelliere an die Erfahrung jedes einzelnen, der irgendwo — ob in Wien oder Berlin, Strassburg oder Graz — die Universität besuchte: Haben wir, alles zusammengenommen und von Ausnahmen abgesehen — erhabene Lebensweisheit erlöster Persönlichkeiten gefunden? Haben uns z. B. die Philosophen gefragt, welche Gedanken über den Sinn von Welt und Menschendasein schöpferisch und welche lösend waren? Welche völkerumgestaltend wirkten und welche nur in Bibliotheken ihr Dasein fristen? Welche als Ewigkeitswerte zu schätzen, welche als Stundeneinsätze zu verachten sind? Haben uns die Philologen plastische Bilder vom Griechen und Römer, vom Geiste seiner Literatur und dem Werte seiner Sprache gezeichnet? Haben uns die Geschichtsschreiber die Vergangenheit in ihrem wesentlichen Aufbau durchsichtig gemacht, uns über die großen Gesetze und mutmaßlichen Ziele im Völkerleben unterrichtet? Nein! Zuerst meist unendlich viel Detail, Hin- und Herchaukeln von Zahlen, Hypothesen, Lesarten — letzten Kleinkram; Aristophanes würde spotten: Untersuchungen über die Spannmomente von Flohschritten und darüber, „ob die Schwämme mit dem Munde gelgen oder durch das Hinterfeil“. . . . Und wenn Synthese, Philosophie sich zeigte, entweder willkürliche, aus irgendeinem Modeprinzip gezogene, von Katheder zu Katheder und beinahe von Jahr zu Jahr wechselnde Pseudophilosophie, die jeder Blick in uns oder um uns als nicht stichhaltig erwieß; oder nur unsichere Andeutungen — vorgetragen mit herben Lächeln aus dem Geiste des Montaigneschen: „Que sais-je“ — Was kann ich wissen? So konnten wir uns, wenn wir uns rein an das von der Hochschule nach ihrem Gesamtgeist Gebotene hielten, beim Abschied von ihr mit Carlshe über das herbe Geschick beklagen, „wie man uns nach aller Mühe, die wir uns gegeben, in das Leben hinausschide — von unseren Vätern abgesehen, ohne auch nur eines der Attribute wahrer Mannheit, ohne Grundätze, nach denen wir zu handeln unterwiesen worden waren, ohne eine Spur von dem, was man Glanben hätte nennen können.“

Die Studentenerfahrung wird vom Gang des realen Lebens bestätigt. Das hat dies „Geistesleben“ der modernen Universität so gut wie ganz als positiven Kulturfaktor ausgeschaltet. Die großen Zeitungen, zumeist verlegt von lediglich finanziell interessierten Kapitalisten, zu drei Vierteln von Semiten nach den Grundrissen schlummer Vorkämpfer redigiert, mit leichtester, an die griechischen Sophisten und an die Enzyklopädisten des 18. Jahrhunderts gemahnender Aufklärungsphilosophie gefüllt, sind weithin tonangebend für die Massen ge-

Uebergangsbereitungen nach dem Kriegsende.

Von H. W. Tarkus u. Senfendorf.

Wir lesen in den Tagesblättern verschiedene Anregungen betreffend den Uebergang von der jetzigen Kriegs- zur Friedenszeit hinsichtlich wirtschaftlicher, finanzieller und anderweitiger Vorsehungen. Ueber das wichtigste Kapitel, unsere Schulen für die männliche Jugend und die Verwertung von Kriegserfahrungen bei denselben, verlautete bisher unseres Wissens noch nichts. Es sollen zwar auch diesbezügliche Beratungen stattgefunden haben, doch sind uns keine Andeutungen hierüber in der Presse bekannt, obwohl gerade dieses Thema alle Berufs-kreise interessieren muß, weil die gute Kinderfrühe und die Schule die Grundlage für alle bilden. Die Veröffentlichung der angebotenen Beratungen wäre aber sehr erwünscht, weil hiedurch mancherlei nützliche Anregungen erfolgen dürften, die noch vor Festlegung geplanter Beschlüsse berücksichtigt werden könnten.

Trotz vielfacher Ueberraschungen, welche der noch tobende Weltkrieg nicht nur den militärischen, sondern fast allen Kreisen brachte, trotz des von Eingeweihten längst erkannten (aber wie in so vielen Dingen im allgemeinen zu wenig beachteten) Einflusses, welchen die fortschreitende Wissenschaft, insbesondere auf den Gebieten der Technik, der Naturwissenschaften, der Landwirtschaft und Industrie, auf die moderne Kriegsführung ausüben mußte, blieb der alte Erfahrungssatz, daß der Mensch das kostbarste, am schwersten erscheidbare Gut des Staates sei, un-

erschüttert. Es ist daher auch selbstverständlich, daß fast in allen Staaten Vorbereitungen getroffen werden, um die Zunahme der Bevölkerung durch Säuglingsfürsorgen, Kriegspatenenschaft, Kinderheime, Steuerbegünstigungen, in einzelnen Staaten sogar Prämien für kinderreiche Familien, in weit intensiverer Art zu fördern und zu sichern, als dies vor dem Kriege der Fall war.

Die erhöhte, zweckmäßige Pflege der zartesten Jugend wäre aber nur eine halbe Maßregel, wenn ihr nicht unmittelbar eine erhöhte Fürsorge während des schulpflichtigen Alters und darüber hinaus folgen würde. Für unsere Jugend, als der Hoffnung unserer besseren Zukunft, sollten daher auch die Erfahrungen des Weltkrieges möglichst voll und ganz verwertet werden.

Diese Erfahrungen bestätigen neuerdings den hohen Wert der „individuellen“ Erziehung des Menschen, die auch seit jeher erkannt und angestrebt wurde, aber im allgemeinen ein unerreichbares Ideal bleiben wird! Schon in einer gut besetzten Kinderstube ist die individuelle Erziehung schwer durchführbar, weil sie verständnisvolle Eltern und ein pädagogisch durchgebildetes Erziehungspersonal voraussetzt. Erstere sind zumeist durch auswärtigen Beruf oder häusliche Arbeiten zu sehr beansprucht, letzteres doch nur vermögenden Kreisen zu erwerben möglich, in denen aber verständnisvolle Eltern auch nicht die Regel bilden. In den Schulen wieder beansprucht der Unterricht und dessen stets zunehmender Umfang bei stetigem Anwachsen der Schülerzahl die Lehrkräfte zu sehr, als daß noch besondere Rücksichten auf individuelle Veranlagungen genommen werden könnten. Wir bleiben demnach auch künftighin im allgemeinen auf eine „Massenerziehung“ der Jugend angewiesen, wobei wohl die Individualisierung tunlichst angestrebt werden soll, am ehesten jedoch bei körperlichen Übungen (Turnen und Leibesport) erreichbar sein dürfte, doch gerade diese haben ihre hohe Bedeutung im jetzigen Kriege dargeboten!

Dem früher vielfach angefeindeten „Leibesport“ sind zahlreiche Heldentaten unserer Kämpfer an der Front, ihre oft an Menschenunmögliches grenzenden Leistungen im Ertragen von Strapazen und Witterungseinflüssen, den nervenzermürenden Einwirkungen des Trommelfeuers, der Minenwerfer u. zu verdanken. Die sportlichen Übungen haben auch das Ertragen leiblicher Entbehrungen, eine naturgemäß einfache Lebensweise, die Enthaltensamkeit vom Uebergenuß des Alkohols u. begünstigt und unsere Vaterlandsverteidiger gelehrt, ihre Geistesgegenwart in gefährlichen Situationen und die Herrschaft über ihre Nerven zu behalten. Diese Übungen boten auch Anregungen zur Mithilfe bei Verhütung von Unglücksfällen und zu gegenseitiger verständnisvoller Unterstützung in Notlagen.

Diese äußerst wertvollen Ertrungenschaften müssen auch nach dem Kriege durch intensive Weiterpflege des „Leibesports“ in allen Schulen, dem Alter der betreffenden Jugend entsprechend angepaßt, erhalten und mit allen Mitteln gefördert werden; sie gehören mit Recht zur wichtigsten Vorbereitung unserer Jugend für den Kriegsfall, heben den Wert der Individualität und sind von bestem Einfluß auf die Erhaltung der Gesundheit an Leib und Seele!

Betreffs Verwertung der anderweitigen Kriegserfahrungen, insofern sich dieselben auf unsere Schulen beziehen, erscheint es uns am zweckmäßigsten, bei den nachstehend erwähnten Schulgattungen auf jene Fürsorgen und Lehrfächer hinzuweisen, welche einer Ergänzung bedürftig oder nun einzuführen wären. Hierbei leitet uns das Bestreben, bei vollster Beachtung und nicht der geringsten Einschränkung der wissenschaftlichen Fächer, besonders jener realer Natur, unsere künftigen Vaterlandsverteidiger schon in der Schule für den feinerzeitigen Wehrdienst besser orientiert und tunlichst auch besser vorbereitet zu wissen.

A) Volks- und Bürgerschulen. Die wichtigste Maßnahme sollte sich auf Reinhaltung des Körpers und die Gesundheitspflege beziehen, und weil die Schule — besonders auf dem Lande — in dieser Hinsicht von der häuslichen Erziehung nicht genügend unterstützt wird und eine Ueberbürdung der Lehrer vermieden werden soll, wären eigene, durch ärztliche Organe geleitete Kurse, oder jährlich zu wiederholende Wanderlehrkurse zu errichten.

Wo die Volksschule zugleich den Abschluß des Schulunterrichtes bildet, wären die Schüler der letzten Klasse, bei Bürgerschulen alle Klassen (in entsprechend erweitertem Umfang) über die Grundzüge der Wehr- und Kriegsdienstgesetze sowie ihrer Einflüsse auf die Landwirtschaft, das Gewerbe, auf wirtschaftliche Vorbereitungen der Familie u. zu orientieren. Hierbei wären auch die geschlichen Fürsorgen betreffs Familien der zur Kriegsdienstleistung Eingetragten, für ihre Witwen, Waisen und für Invaliden einzubeziehen, dann die Verwundungs- und Kasperleitmedaillenanzugew. — Die besonderen Be-

dingungen, welche von einzelnen Truppengattungen und Heeresanstalten u. beim vorzeitigen Eintritt in dieselben gestellt werden, zu erläutern. Schließlich wären die sanitären Vorsehungen der Wehrmacht ganz kurz zu erklären und die Notwendigkeit zu betonen, daß die staatliche Fürsorge allein nicht hinreichen kann, sondern immer auf die patriotische Opferfreudigkeit der Allgemeinheit (Rotes Kreuz, Liebesgaben für die Vaterlandsverteidiger, Unterstützungen für Spitäler u.) angewiesen bleiben wird. Auch könnten die großen Schäden berührt werden, welche durch verbrecherische Preistreiberie, das Samstern, insbesondere mit unentbehrlichen Lebens- und Bedarfsartikeln, und durch Zurückhaltung des Kartgeldes usw. verursacht werden.

Diese nur scheinbar weitauffigen Belehrungen könnten in einem kurz gefassten Beheft aufgenommen werden, welcher, im Einvernehmen der betreffenden Ministerien verfaßt, an die Schulen auszugeben und von den Lehrern während einiger im Stundenplan vorzusehender obligatorischer Lehrstunden zu erläutern wäre. Diesem Beheft könnte ein Uebang über besondere Leistungen und Waffentaten von Truppen, welche dem betreffenden Kronland entstammten, dann über hervorragende Taten einzelner Personen des Heimatsbezirktes (Bezirkshauptmannschaft) angegliedert werden, um zur patriotischen Aneignung der hierfür empfänglichen Jugend beizutragen.

Besonders nötig wäre es, die Schulen unbedingt von allen Parteinteressen und separatistischen Tendenzen fernzuhalten, damit sie ihren hohen Zweck, der Pflege des Wissens, Denkens und künftigen Wirkens ihrer Schüler für den „Gesamtstaat“, zu erfüllen vermag. Als das geeignetste Mittel hiezu erscheint uns die Verstaatlichung aller Schulen (die dem allgemeinen Unterricht gewidmet sind, mit Ausnahme von Handwerks-, Gewerbe- und Spezialschulen), wodurch auch der Lehrstand die nötige Unabhängigkeit von Personen, Gemeinden u. erreichen, hinsichtlich seiner hochwichtigen Stellung gehoben und schließlich auch materiell gleichmäßig und tunlichst auch besser gestellt werden könnte.

B) Mittelschulen. Außer den unter A) gestellten Anträgen, welche in entsprechend erweitertem Umfang zu berücksichtigen wären, sollte noch, aber von der letzten Klasse der unteren Mittelschulen an, die obligatorische Einführung von praktischen Kursen im Schießwesen und Handgranatenwerfen (mit imitierten Ladungen) stattfinden, wobei sich das erstere unter Ausschluß zeitraubender und verfrühter militärischer Exerzitien auf eine kurze Erläuterung des Armeegewehrsystems, dann das Zimmergewehrschießen und entsprechend später auf scharfe Schießübungen des einzelnen auf Gemeinde- oder Militärschießplätzen zu beschränken hätte. Diese Kurse, geleitet von militärischen Organen, könnten ohne Störungen des Unterrichtes in eigens fixierten Zeitabschnitten, zum Beispiel im Anschluß an Semestral-, Weihnachts-, Oster- und Pfingstferien abgehalten werden.

Im theoretischen Unterricht werden folgende Ergänzungen beantragt:

Geographie — eingehendere Behandlung der Bodenbeschaffenheit, Kommunikationen, Ressourcen, Industrien u. innerhalb des eigenen Staatsgebietes und der Nachbarländer, unter ausgiebiger Benützung der Lehrbücher über Militärgeographie. Erläuterung des Lesens von Spezial- und Generalkarten (am zweckmäßigsten jener über die Umgebung des eigenen Schulortes), wodurch nebst besserer Vorbereitung für den künftigen Militärdienst auch die in Jugendkreisen zu pflegenden touristischen Ausflüge zweckmäßig unterstützt würden.

Geschichte. Gründliche Erläuterung der Entwicklung unseres Staatswesens, dann der Kriege seit Beginn des 20. Jahrhunderts, wobei die Geschichte des Altertums entsprechend restringiert werden könnte.

Naturwissenschaften. Besondere Würdigung der für Kriegszwecke benötigten Natur- und Kunstprodukte, ihrer Eigenschaften und Verwertung. (Naturprodukte: Holz, Steingattungen, Schotter, Erde, Sand — hinsichtlich ihrer Verwendbarkeit beim Bau von Schützengräben und Unterständen; Kunstprodukte: Zement, Beton, Eisen, dann chemische Produkte, speziell Schieß- und Sprengpräparate, schädliche Gase und Schutzmittel gegen letztere. Allgemeine wichtige Verleidungs- und Ernährungsmittel sowie der Erträge hiefür.)

Geometrie. Einführung des praktischen Unterrichtes im Distanzschäßen in Verbindung mit sonstigen Übungen der Schule im Freien.

Beim Turnunterricht wäre die Ueberwindung von Hindernissen: Gräben, Barrieren, Mauern, Mauerwänden usw., in den oberen Klassen besonders zu pflegen.

O) Hochschulen — deren Hörer ohnedies die ad B) gestellten Anforderungen erfüllt sind.

meistenteils das Freiwilligenjahr schon absolviert haben oder im Begriff stehen, dies zu tun, bleiben im allgemeinen unberührt. Es wäre jedoch sehr erwünscht, wenn das unter B) für den theoretischen Unterricht beantragte in den einschlägigen Fächern der technischen und Naturwissenschaften eine entsprechend erweiterte Berücksichtigung fände.

An den technischen Hochschulen insbesondere wären auf Grundlage der von der Wehrmacht bereits systematisierten technischen Einrichtungen und Organisationen die ihren Zwecken dienlichen maschinellen Kommunikationsmittel und Objekte eingehender zu behandeln, um insbesondere jene Hörer, welche sich „freien Berufen“ widmen, welche letzteren die meisten Anregungen und Erfindungen zu verdanken sind, zu weiteren Anstrengungen im Interesse der Wehrmacht anzuspornen.

Wir schließen unsere Anregungen mit der Hoffnung, daß die Wissenschaft, deren hoher Wert und deren unentbehrliche Mithilfe sich in diesem Weltkriege glänzend erwiesen haben, über alle Gegenströmungen jener selbststichtigen, fruchtlosen Auswüchse der Plutokratie, die den jetzigen Krieg teilweise erweitert und verlängert hat, siegreich hervorgehen und die höchste Stufe der Macht im Interesse der Menschheit und des Fortschrittes erreichen und behaupten möge!

Weltkrieg und Wissenschaft.

Von Dr. Dr. Josef Kammerer, Naumburg in Hessen.

Ein Blick in das vor kurzem von der Münchner Redaktion der „Hochschulnachrichten“ herausgegebene Vorlesungsverzeichnis für das Sommersemester 1917 zeigt, daß selbst in der Siedehitze des Weltbrandes das wissenschaftliche Streben bei uns auf der Höhe steht. Wie im tiefen Frieden konnten Deutschlands und Oesterreichs Universitäten selbst gegen Ende des dritten Kriegsjahres ihre Pforten öffnen, die Vorlesungen ankündigen und ohne merkliche Störungen durchführen. Aus diesem Anlaß der Zubelausgabe der Münchner „Hochschulnachrichten“ dürfte es von Interesse sein, kurz über unsere wissenschaftlichen Zentren zu orientieren. Es werden insgesamt 86 eigentliche Universitäten Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz aufgezählt, deren Vorlesungen das Verzeichnis übermitteln. Elf Universitäten entfallen auf Preußen, eine, Straßburg, auf die Reichslande; drei auf Bayern, das außerdem vier Lyceen besitzt: Bamberg, Dillingen, Passau und Regensburg, während Preußen noch die Kgl. Akademie Braunschweig aufweist. Von den übrigen Bundesstaaten hat Baden zwei Universitäten zu verzeichnen: Freiburg in Breisgau mit einer katholisch-theologischen und Heidelberg mit einer evangelisch-theologischen Fakultät. Das Königreich Sachsen ist mit Leipzig vertreten; die thüringisch-sächsischen Staaten mit Jena als gemeinsamer Landesuniversität; Württemberg mit Tübingen, das Großherzogtum Hessen mit Gießen, Mecklenburg mit Rostock. Vom österreichischen Kaiserstaate werden aufgeführt Wien, Innsbruck, Graz und Prag, während Czernowitz zurzeit von den Russen besetzt ist. Da die französisch-schweizerischen Universitäten Genf, Lausanne und Neuenburg ihre Anordnungen aus nationalen Gründen im Laufe der Kriegszeit zurückgezogen haben, sind nur die Vorlesungen Basel, Bern und Zürich registriert. Leider wird seit vielen Jahren die Universität Freiburg in der Schweiz totgeschwiegen, was schon aus statistischen und wissenschaftlichen Gründen sehr zu bedauern ist. Sollte nicht auch der Weltkrieg neuorientierend Wandel schaffen können? Mächtige doch die Redaktion der „Hochschulnachrichten“ großzügig verfahren, alle Kleinlichen Bedenken schwinden, Gerechtigkeit walten lassen und zu ihrem früheren Usus zurückkehren!

Auch acht technische Universitäten haben in diesem Semester wieder ihre Pforten geöffnet: Aachen, Breslau, Danzig, Darmstadt, Dresden, Hannover und Stuttgart.

Die Jahreskurse der hier fehlenden österreichischen technischen Hochschulen von Brünn, Graz, Prag und Wien werden nur im Herbst angekündigt. Es reihen sich an fünf tierärztliche Hochschulen: Berlin, Dresden, Hannover, Wien und vier landwirtschaftliche: Berlin, Bonn-Poppelsdorf, Hohenstein und Weihenstephan. Die Forstakademien Tarant, Oberwalde, Hann.-Münden und Eisenach sind während des Krieges geschlossen. In Bergakademien werden aufgeführt: Freiberg in Sachsen und Leoben; Chausthal ist zurzeit geschlossen.

Von sonstigen Hochschulen, Akademien und wissenschaftlichen Instituten sind zu verzeichnen:
 Das Institut für Gärungswesen in Berlin;
 die Fachhochschulkurse für Wirtschaft und Verwaltung in Anlehnung an die Universität Breslau;
 die Hochschule für Kommunale und Soziale Verwaltung in Köln, die Frauenhochschule für Soziale Berufe an der Hochschule für Kommunale und Soziale Verwaltung in Köln;
 die von der Stadt Düsseldorf errichtete, staatlich genehmigte Akademie für Kommunale Verwaltung;
 das Kolonialinstitut der Freien und Hansestadt Hamburg, die Königl. Akademie zu Polen, deren ganzes Festungsbezirk in Anspruch genommen und als solches auch eingerichtet ist, weshalb die Vorlesungen im Vortragssaal der Kaiser-Wilhelm-Bibliothek stattfinden, schließlich die Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums, welche Vorlesungen aus den Gebieten der Bibel, des Talmud, der jüdischen Geschichte des Gottesdienstes sowie der Religionsphilosophie unentgeltlich bietet.

Im Laufe der verfloffenen 50 Semester wurden einige wissenschaftliche Anstalten zu vollwertigen Universitäten ausgebaut. Wie nicht anders zu erwarten war, sind in diesem Zeitraum von fünf Kustren die Vorlesungen namentlich gewachsen und haben durch Ausbildung des Spezialistentums namentlich in der medizinischen und philosophischen Fakultät immensen Umfang angenommen. Der rascheren Orientierung halber ist es dankbar zu begrüßen, daß die verschiedenen Zweige des an und für sich unter die philosophische Fakultät im weiteren Sinne fallenden Stoffes bei manchen Universitäten selbständig abgegrenzt wurden, so daß von der ursprünglichen Vierzahl der Fakultäten keine Rede mehr ist. So finden wir an der Seite der eigentlichen philosophischen Fakultät selbständig abge-

grenzt aufgeführt die Naturwissenschaftliche, Staatswirtschaftliche, Tierärztliche oder Veterinär-Medizinische „Fakultät“. Diese Entwicklung dürfte im Verwaltungstechnischen Sinne insofern von praktischer Bedeutung sein, als die betreffenden „Fakultäten“ nunmehr einen in sich abgeschlossenen Kreis bilden und, abgesehen von anderen Unzulänglichkeiten, die Arbeiten der der Philosophischen Fakultät im engeren Sinne angehörenden Doktoranden nicht mehr bei sämtlichen Mitgliedern der „Philosophischen Fakultät“ zu zirkulieren brauchen. So erinnere ich mich, daß meine ins Gebiet der Ägyptologie einschlagende Doktorarbeit nach erfolgter Rezension des diesbezüglichen Fachgelehrten nicht nur den Vertretern der semitischen, klassischen, romanischen und englischen Philologie, sondern auch sämtlichen übrigen ordentlichen Professoren der Philosophischen Fakultät Bonn zur Begutachtung überandt wurde, obwohl letztere Mitglieder der Philosophischen Fakultät in diesem Spezialfach sich für inkompetent erklären müßten. Es liegt auf der Hand, daß eine derartige Formalität große Verlangsamung und nutzlose Erschwerung des Betriebes zur Folge hat, indem die Promotionsarbeit unter Umständen ein ganzes Semester lang „unterwegs“ zu sein verurteilt wird. Daß die Zeitströmungen von großem Einfluß auf die Wahl des Vorlesungsstoffes waren, konnte nicht ausbleiben. Abgesehen von neuen Erfindungen und Entdeckungen, welche die letzten Jahrzehnten namentlich auf dem Gebiete der Naturwissenschaften gezeigt haben, ist auch der Weltkrieg von hoher beeinflussender Bedeutung für den Universitätsbetrieb gewesen.

Als spezifisch neuartige Vorlesungen sind diejenigen anzusprechen, welche das Gebiet der Missionswissenschaft zum Gegenstand haben und seit einigen Semestern zuerst im Hamburgischen Kolonialinstitut für beide Konfessionen gehalten wurden. Als Vertreter der katholischen Missionskunde wirkte seinerzeit in Hamburg namentlich an der Seite des evangelischen Missionsinspektors Lic. theol. Schlunz, der auf diesem Gebiete besonders erfahrene und verdiente Professor Dr. Schmidlein aus Münster i. W., für den eigens jetzt eine Professur für Missionskunde an der Universität Münster errichtet ist. Als Themata wurden bislang von den genannten Dozenten behandelt: Mission und Kultur, das Schulwesen in den Missionen der betreffenden Konfessionen, Mission und Kolonialpolitik in den deutschen Schutzgebieten, die evangelische Mission in Deutsch-Ostafrika, die katholische Mission, die wichtigsten Aufgaben der kolonialen Missions-

arbeit, altchristliche und mittelalterliche Missionsgeschichte, Einführung in die Missionswissenschaft, katholische Begründung der Mission, Missionslage und Aufgabe der Gegenwart. Auch in Würzburg findet dieses neue Feld der Lehrtätigkeit Beachtung, indem dort Professor Krug doziert über Missionsweisen und Missionsarbeit unter besonderer Berücksichtigung der Missionen in den deutschen Schutzgebieten und der durch den gegenwärtigen Krieg für die Missionen geschaffenen Lage. Erfreuliche Beachtung erfährt im Kolonialinstitut die Pflege der Missions-sprachen. Neben der wissenschaftlichen Einführung in das linguistische Gebiet der Phonetik mit besonderer Berücksichtigung der afrikanischen Sprachen nebst Hör- und Artikulationsübungen werden in Theorie und Praxis gelehrt: Von afrikanischen Sprachen Duala, Ewe, Suaheli, Nama, Herero, die Bantusprachen. Auch die Verkehrssprachen der Südseeinseln, die melanesischen und Karolinen-sprachen werden behandelt. Ganz wie am Berliner orientalistischen Seminare, werden auch in Hamburg eingeborene Sprachgehilfen bei den praktischen Übungen verwendet. Die orientalischen Sprachen des islamitischen Orients, Türkisch, Persisch und Neuarabisch sowie die Idiome Indiens, Mittel- und Ostasiens, Sanskrit, Chinesisch und Japanisch haben ebenfalls ihre wissenschaftlichen Vertreter und Lesoren. Auf vielen Universitäten wird seit dem Wiedererwachen des Polenstaates der polnischen Sprache und slavischen Literatur mehr Aufmerksamkeit geschenkt und regeres Interesse entgegengebracht. Bei der heutigen Freizügigkeit und Zerstreuung der Polen über alle deutsche, Gaue und ganz Oesterreich, sollte eigentlich in jeder katholisch-theologischen Fakultät auch in jeder bischöflich philosophisch-theologischen Lehranstalt Gelegenheit gegeben werden, sich wenigstens die notdürftigsten Kenntnisse in der polnischen Sprache anzueignen.

Das neuerdings anstrengende, vermehrte Studium des Türkischen dürfte nur in seltenen Fällen zu greifbaren praktischen Resultaten führen. Das klägliche Fiasko in manchen türkischen Sprachkursen beruht hauptsächlich darauf, weil das Osmanisch-Türkische eine Mischsprache darstellt, die mit arabischen und persischen Elementen und Konstruktionen vielfach verweben ist und so große Schwierigkeiten bietet. Dazu ist ein tiefgreifender Unterschied zwischen der Schrift- und der Konversationsprache, zwischen dem geschriebenen und gesprochenen Türkisch. Ich glaube während meines zweijährigen Aufenthaltes in der asiatischen Türkei den Eindruck gewonnen zu haben, daß die türkische

Sprache von verhältnismäßig wenigen Eingeborenen des Türkischen Reiches gesprochen wird und daß das Arabische wohl die Hauptsprache bleiben wird trotz der eifrigen Pflege und Bevorzugung des osmanischen Idioms in unseren Tagen.

Von sonst aktuellen und allgemein interessierenden Gegenständen ist zu erwähnen das von dem Professor der evangelisch-theologischen Fakultät zu Bern angekündigte Kolleg über Glockenkunde, Geschichte, Bau und musikalische Beschaffenheit von Glocken und Geläuten nebst Inschriften und Volkskundlichem. Religion und Weltkrieg behandelt Kirchenrat Wonne in Heidelberg. Ueber die Bedeutung Tolstois und Dostojewskys für die russische Kirche unterrichtet Professor Haase von der katholisch-theologischen Fakultät der Universität Breslau. Geheimrat Sturb, der von Bonn nach Berlin übergesiedelte Kirchenrechtslehrer kündigt Vorträge an über den Codex juris canonici ecclesiastici. Leider ist die neue Kodifikation des kanonischen Rechts bis jetzt noch nicht im Buchhandel erschienen.

Es kann nicht in den Rahmen einer knappen Skizze fallen, auch nur annähernd die speziell vom Weltkrieg beeinflussten Vorlesungen hier anzuführen. Hervorgehoben sei nur, daß Vorträge, wie: „Der große Krieg“, „Verzerrte und volkshygienische Fragen“, „Die Chemie im Kriege“, „Stickstoffgewinnung“, „Explosivstoffe“, „Organisation der deutschen Kriegswirtschaft“, „Deutschlands wirtschaftliche und politische Weltstellung vor und nach dem Kriege“ auf unseren akademischen Nachwuchs belehrend und befruchtend einwirken werden.

Der gegebene Ueberblick beweist zur Genüge, daß Künste und Wissenschaften auch jetzt im Kriege blühen, ja nicht nur blühen, sondern daß die Wissenschaft das mächtigste Medium in unserer Hand ist, einerseits die Waffen schmieden zu helfen, die uns zum endgültigen Siege führen, andererseits aber auch zugleich die Ideale zu wecken und zu pflegen, das heilige Feuer der Begeisterung zu entfachen zum Schutze von Thron und Altar, Fürst und Volk, Kaiser und Vaterland.

Keiner hat das von den Engländern geprägte Wort mehr empfinden müssen, als dieser selbst: Knowledge is power, Wissen (Schafft) ist Macht. Under Lat. dasjenige Volk, das die Wissenschaft achtet und liebt, begt und pflegt, trägt Krieg und Frieden in den Falten seiner toga. Der Weltkrieg ist davon lebendiger Zeuge, liefert dafür den glanzendsten Beweis.

Promotionen zu Ehrendoktoren an der Wiener Technischen Hochschule.

Wien, 23. Juni.

Im Anschlusse an die Feier des hundertjährigen Bestehens der Wiener Technischen Hochschule wurden heute um 12 Uhr mittags folgende Persönlichkeiten zu Ehrendoktoren der technischen Wissenschaften ernannt: Ungarischer Hofrat Titus Blathy, Professor Ferdinand Braun in Straßburg, Geheimer Hofrat Professor Hans Bunte in Karlsruhe, Geheimer Hofrat Professor Sebastian Finsterwalder in München, ungarischer Ministerialrat Julius Geduly de Selskömösz, Stadtbauinspektor Heinrich Goldemann, Generaldirektor der Oesterreichischen Berg- und Hüttenwerkgesellschaft Georg Günther, Geheimer Baurat Ludwig Hoffmann in Berlin, Direktor Paul Julius in Ludwigshafen, Herrenhausmitglied Artur Krupp, Sektionschef Ernst Ritter v. Lauda, Generaldirektor Gustav v. Lenbecke, Geheimer Professor Karl v. Linde in München, Professor Rudolf Rehmle in Stuttgart, Großindustrieller Heinrich v. Miller zu Micholz, Direktor der Oesterreichischen Siemens-Schuckert-Werke Ferdinand Neureiter, Generalschiffbauingenieur Siegfried Popper, Direktor der Oesterreichischen Daimler-Motoren-Aktiengesellschaft Ferdinand Porstche, Begründer des Ersten Instituts für Feinmechanik in Oesterreich Gustav Starke, Geheimer Hofrat Professor Friedrich Ritter v. Thiersch in München und Professor Richard Adolf Zsigmondy in Göttingen.

Rektor magnificus Professor Dr. Bomberger begrüßte die Festversammlung im großen Saale, an der Vertreter der Unterrichtsbehörden, die Rektoren der Wiener Hochschulen, beider wissenschaftlichen und technischen Institute, zahlreiche Offiziere, die Familien der zu ernennenden Ehrendoktoren, Damen und Studenten teilnahmen. Der Rektor gedachte zuerst der Techniker, die im Felde stehen, der Tapferen, die in ewiger Ruhe zur Mutter Erde heimgelehrt sind. Er erinnerte an die Gründung des Polytechnischen Instituts in Wien, an den ersten Vortrag von Direktor Prechtl am 6. November 1815 und an die Neuorganisation der Technischen Hochschule im Zeitalter Kaiser Franz Josefs I.

Die Technische Hochschule ist freudig bewegt und stolz, die großen Verdienste der zu promovierenden Persönlichkeiten auf dem Gebiete der reinen und angewandten sowie der Ingenieurwissenschaft ehren zu können. Wir wollen hoffen, daß sich unsere technischen Hochschulen im zweiten Jahrhundert ihres Bestehens kräftig weiterentwickeln mögen; dazu ist aber nötig, daß ihnen das gegeben wird, was dringendst zur Ausgestaltung benötigt wird, moderne chemische Laboratorien und die noch gänzlich fehlenden Maschinenbau- und Bauingenieurlaboratorien. Der Weltkrieg hat gezeigt, daß für die moderne Kriegsführung die Technik unentbehrlich ist; daher wird der Staat nur seine vitalsten Interessen durch Förderung des technischen Hochschulwesens wahrnehmen. Innige Verbindung von Wissenschaft und Industrie ist anzustreben; die gegenseitige Befruchtung wird reichliche Früchte tragen. Der Techniker bedarf der Anregung der Industrie und letztere kann des wissenschaftlichen Beirates nicht entbehren — die Zeit der Empirie ist vorbei. Im feindlichen Auslande mehren sich die Stimmen, welche die Ausgestaltung des Hochschulunterrichtes sowie das Zusammenarbeiten von Industrie und Wissenschaft fordern, um die Industrie der Mittelmächte zu unterbinden. In einer jüngst erschienenen Schrift des Engländers Roy Illingworth heißt es: „Das „Made in Germany“ ist zwar für viele Engländer ein rotes Tuch; würden sie aber tiefer nach den Gründen dieser Monopolstrenge schauen, so würden sie finden, daß dieses Schlagwort richtiger lauten würde: „Made by scientific Germany“. Der Krieg als treibende Kraft hat die ganze Menschheit zur angestrengtesten Arbeit gebracht. Alles ist von Arbeit beseelt, die Frauen haben sich in großer Mehrheit in den Dienst derselben gestellt; wir leben, wie Felix Stahl sehr richtig bemerkt, in einem Dienestaat, in welchem für Drohnen kein Platz mehr ist.

Hoffen wir, daß die Energien, welche der Mensch durch seinen Geist zu händigen versteht, wieder in den Dienst friedlicher Arbeit gestellt werden, daß Bahnen, Tunnel, überhaupt Verkehrswege, neu geschaffen werden, welche die Völker einander wieder näher bringen. Die Wissenschaft, die erhaben über allen menschlichen Interessen steht, wird dabei mitwirken, und ich verweise auf den Ausspruch Pasteurs: „Es ist der Mangel an Kennniss, welcher die Menschen trennt und die Wissenschaft, welche sie vereint!“ Es wird im Frieden ein Wettarbeiten aller Kulturvölker eintreten; auch diejenigen, welche bis jetzt nicht von dem Geiste der Arbeit beseelt waren, werden sich derselben nicht mehr entziehen können. Der Krieg, dieses große Geschehen, wird zu der Anbahnung eines Gleichgewichtes führen und die Worte des altgriechischen Philosophen Heraklit: „Alles fließt!“ haben auch hier ihre

Serialgedanken.

Ein Wort an die Unterrichtsverwaltung.

Von Dr. Wolfgang Madjera.

Die Zeit der Sommerferien ist wieder da. Und wenn auch diese Zeit schon lange nicht mehr von jenem wohlthätigen Zauber umgeben ist, der ihr sonst eigen war — gänzlich unterdrückt und aus der Welt getilgt konnte er doch auch durch den alles verzehrenden Muthauch des Krieges nicht werden. Wohl arbeitet das gewaltige Räderwerk des öffentlichen Lebens nicht langsamer und leiser als sonst, wie dies in früheren Jahren der Fall war, und vielen, die im Dienste der Allgemeinheit stehen, ist die einzige Gelegenheit im Jahre, sich auf sich selbst zu besinnen und sich selbst zu hören, geraubt, ja von vielen fordert gerade diese Sommerzeit eine erhöhte Opfertätigkeit auf der Wacht fürs Vaterland, in den Schützengräben und auf den sonnendurchglühten Schlachtfeldern, und mancher verbringt die Tage im Pulverdampf und in nordwestzitternder Ausspannung aller Kräfte, die er sonst, wonnervoll rastend, im kühnen Schatten rauschender Buchen oder dunkler Tannen verträumte. Aber dennoch: die Ferien sind geblieben, die erfrischende Vorstellung von Freiheit und Lebensfreude ist nicht erloschen, die der Klang dieses Wortes auslöst, und das verdanken wir der Jugend, jener Jugend, die noch nicht berufen ist, im Blütenalter ihres Daseins das ernste, eiserne Waffenhandwerk zu üben, sondern die erst heranreift, einer hoffentlich froheren, schöneren Zukunft entgegen. Diese Jugend hat hener wie sonst den Schulstaub erleichtert von den Füßen geschüttelt und sie atmet wie sonst, befreit von der Bürde der Pflicht, auf, die ihre zarten Schultern zehn Monate lang zu tragen hatten. Wenn auch keineswegs gänzlich von den Wirkungen der Kriegsnot verschont, kann sich die Schuljugend heute wie in den Jahren des tiefsten Friedens dem freudigen Gefühl hingeben, daß nicht nur der Arbeit und Anstrengung, sondern auch der Ruhe und Erholung ihr Recht wird, und wenn sie einst, herangereift, es durchzusehen vermag, daß diese einzig vernünftige und moralische Zweiteilung, deren hohe Bedeutung für die menschliche Seelenkultur wie für die körperliche Gesundheit noch

längst nicht richtig geschätzt wird, auf dem ganzen Gebiet des gesellschaftlichen Lebens zur Durchführung gelangt, dann wird sie der Menschheit einen großen Dienst erwiesen haben.

Aber von der glücklichen Schuljugend hinweg, der noch gegönnt ist, sich des Feriengeistes zu erfreuen, gleitet unser Blick hinüber zu jenen anderen jungen Leuten, denen das Zauberwort „Ferien“ nur mehr wie ein Ton aus einer längst verschollenen Märchenwelt klingt und die von der Schulbank hinweg in das härteste, rauheste Leben hinausgerissen wurden. Wir gedenken jener jungen Leute, die, dem unausweichlichen Gebote der Zeit folgend, ihre Studien verlassen mußten und die nun ein, zwei, drei Jahre lang unter den Fahnen stehen. In dieser Zeit sind kostbare Jahre ihres Lebens verfloßen, ungenützt für ihre Berufserziehung, ungenützt für die Vorbereitung zu nützbringender Tätigkeit. Wenn diese jungen Leute — niemand vermag noch zu sagen, wann — zurückkehren, werden sie den Faden ihrer Studien dort aufnehmen müssen, wo ihn die Kriegsgöttin ihren Händen entwunden hat; und nun wird es gelten, ihn weiterzuspinnen. Leicht wird die Arbeit nicht sein, nach so langandauernden, gewaltjamen, erschütternden Ablenkungen; aber, immerhin: die jungen Leute haben kennen gelernt, was es bedeutet, ernstesten Anforderungen mit allen Kräften und rücksichtsloser Pflichttreue zu entsprechen, und es ist daher anzunehmen, daß sie auch dort, wo es nun gilt, ihre eigene Zukunft zu gestalten, mit Eifer, Hingebung und vorgeschrittenem Verständnis am Werke sein werden. Um den guten Willen der Jugend ist uns also nicht bange. Allein eine andere Sorge beschäftigt uns und sie wird, je länger der Krieg sich hinzieht, um so schwerer und dringender. Die jungen Leute haben Jahre ihres Lebens verloren: Sollen diese Jahre für sie dauernd verloren sein? Sollen ihre ganze Zukunft sich um diese Jahre verzögern? Soll es ihnen erst um so viele Jahre später gegönnt sein, einen Beruf auszuüben, zu erwerben und einen Hausstand zu gründen? Und soll der Staat, soll die Gesellschaft, denen tausend und abertausend von Arbeitskräften vom feindlichen Feuer dahingerafft oder untauglich gemacht worden sind, so lange zuwarten, bis nach dem umständlichen Lehrsystem der Friedenszeit, das darauf angelegt war, eine Ueberflutung des Arbeitsmarktes hintanzuhalten, der notwendige Ersatz gemächlich herangezogen sein wird?

Nein. Wir müssen es laut und deutlich bekennen: Die Studieneinteilung aller höheren Lehranstalten wird gründlich geändert werden müssen, wenn nicht der Jugend wie dem Staat beträchtlicher Schaden erwachsen soll. Die Zahl der Studienjahre wird unbedingt ausgiebig herabzusetzen sein, und als Ziel wird zu gelten haben, daß es den jungen Leuten wenigstens annähernd ermöglicht werde, eine nützliche Erwerbstätigkeit in demselben Lebensalter zu beginnen, in dem dies unter gewöhnlichen Umständen der Fall gewesen wäre. Der Weg hierzu wird sich finden lassen, weil er gefunden werden muß. Es wird so mancherlei gelehrt, was wissenschaftlich wertvoll ist, aber als Rüstzeug für eine praktische Tätigkeit vollkommen unbrauchbar ist; und es wird sehr viel Gewicht auf ein unverseltes Wissen gelegt, wo im Einzelfalle ein spezielles genügen würde. Beschränkung auf das praktische Erfordernis und Spezialisierung, das werden die beiden Gesichtspunkte sein, nach denen sich insbesondere die Hochschulen den gebieterischen Forderungen der geänderten Zeit anzupassen haben. Ihre wissenschaftliche Tätigkeit bleibe unangetastet; aber deren Ausmaß soll nur von demjenigen gefordert werden, die sich dem Dienste der Wissenschaft widmen wollen. Den vielen, die genötigt und willens sind, sich praktischen Berufen zuzuwenden, möge die Hochschule nur jene Ergebnisse der Wissenschaft vermitteln, deren sie zu solcher Betätigung bedürfen. Gelehrtenschule einerseits, Praktikerschule andererseits — so muß sich der künftige Typus der Hochschule gestalten.

Und nun zum Schluß eine Bitte an die Unterrichtsverwaltung: Sie beruhige die zahlreichen jungen Söhne des Vaterlandes, die im Felde stehen, sie beruhige aber auch die vielen Eltern, deren Herzen um die Zukunft dieser Söhne bangen, ja deren eigene Zukunft oft von jener der Söhne abhängt und die in völliger Unwissenheit der Entwicklung ihres Schicksals entgegensehen! Sie biete uns schon jetzt die Versicherung, daß nicht graue Theorien über die gebieterischen Forderungen der Zeit hinweggehen und die Lebensinteressen von Tausenden jahabigen werden, und sie gebe der Öffentlichkeit Gelegenheit, rechtzeitig zur Lösung einer Frage Stellung zu nehmen, von der nicht nur das Wohl einzelner, sondern auch jenes der Gesamtheit aufs empfindlichste berührt wird!

8. IX. 1917

179

die den Krieg versinnbildliche, baldigst zugrunde gehe.

(Das Ende des Frauengitters im englischen Unterhause.) Bevor noch die Frauen ihren Einzug in den eigentlichen Sitzungssaal des englischen Unterhauses halten werden, soll schon das Gitter, das die ihnen vorbehaltenene Galerie abschloß, beseitigt werden. Die Mitglieder des Parlaments haben den Beschluß gefaßt, das „beschämende, mittelalterliche und unzeitgemäße“ Hindernis, hinter dem die Damen den Sitzungen folgten, entfernen zu lassen. Dieses Frauengitter hat eine merkwürdige Geschichte, die im Gaulois erzählt wird. Wenn die englischen Frauen zuerst vollständig von dem Schauspiel der parlamentarischen Kämpfe ausgeschlossen und dann in einen Käfig gesperrt wurden, so waren sie selbst schuld daran. Bis zum Jahre 1778 konnten sie unbeschränkt das Unterhaus betreten, und sie machten von ihrer Freiheit so ausgiebig Gebrauch, daß der Platz, den sie den Parlamentariern ließen, von Tag zu Tag mehr eingeschränkt wurde. In einer Sitzung vom 2. Februar 1778 hatten die Damen, als ein wichtiger Verhandlungsgegenstand auf der Tagesordnung stand, den ganzen Saal überschwemmt und ließen überhaupt keinen Sitz mehr frei. Das ging einem der Parlamentarier doch zu weit, und er beantragte ärgerlich, die Frauen ganz und gar von den Sitzungen auszuschließen. Sein Antrag wurde sofort angenommen. Fünfzig lange Jahre hatten nunmehr die englischen Parlamentarier den Mut, Gesetze zu machen und sich über die öffentlichen Angelegenheiten zu unterhalten, ohne die Frauen als Zuhörerinnen ihrer großen Reden zuzulassen. Dann aber scheint ihnen diese Maßregel selbst unangenehm geworden zu sein, und sie gestatteten den Frauen, den Sitzungen beizuwohnen — aber unter dem Dach des Unterhauses. Es wurde ihnen nämlich erlaubt, die Gasse durch die Öffnungen für die Lüftung im Sitzungssaal zu betrachten; eine furchtbare Hitze drohte sie hier fast zu erstickten, und sie hatten auch nur das zweifelhafte Vergnügen, die Schadel der Herren anzusehen, deren Worte sie sehr schlecht verstanden. Im Jahre 1834 fand durch den Brand des Unterhauses diese Marter der Frauen ihr Ende. Eine neue Ueberraschung war ihnen vorbehalten, als sie in dem neuen Gebäude die für sie bestimmte Tribüne betraten. Sie lag über dem Sitz des „Speakers“, zweifellos ein ganz ausgezeichnetes Platz, und über der Presseribüne, aber sie war gegen den Sitzungssaal unbarmherzig durch ein Gitter abgeschlossen — ein Gitter wie in einem Kloster oder auch wie im Zoologischen Garten! Was sich die Parlamentarier dabei gedacht haben, als sie ihre Zuhörerinnen in dieser Weise von sich trennten, ist nicht recht klar. Trotzdem hat sich dieses Gitter erhalten, bis der große Krieg kam, der so viele Dinge in England umgestürzt hat. Nun wird es durch Mehrheitsbeschluß endgültig beseitigt und als historische Merkwürdigkeit seinen Platz im Londonmuseum unter anderen Erinnerungen an das alte England erhalten.

(Spante Arrhenius über die Ausbreitung des Lebens im Weltraum.) Der große schwedische Physiker Svante Arrhenius veröffentlicht in der Zeitschrift Vetenskaps och literaturvetenskapliga Vetenskapskapet einen bemerkenswerten Aufsatz, der sich mit der Verbreitung des Lebens im Weltraum beschäftigt und zeigt, daß der Uebergang von Lebewesen von einem Himmelskörper zum anderen nicht nur möglich, sondern durchaus wahrscheinlich ist. Die Erde und alle übrigen bewohnten Planeten streuen, davon geht Arrhenius aus, ständig die Keime der niedrigsten Lebewesen aus; sie verbreiten sich durch die Luftschicht in dem Weltraum, die Mehrzahl von ihnen geht infolge der Kälte zugrunde, aber einige von ihnen werden lebend auf einem

Verhandlungen mit den Schuhmachern der Stadt aber rücksichtsvollere Preise, man möchte sagen: natürlich ergebnislos waren, die Errichtung einer kommunalen Schuhmacherverstätte beschloßen. Diese wird die Arbeit bereits in den nächsten Tagen aufnehmen. Der Tarif ist folgender: Sohlen von Herrenschuhen mit Kriegssohle und Anbringung von Absätzen 10 Kronen, dasselbe bei Damenschuhen 9 Kronen, bei Kinderschuh 7 Kronen. Sonstige Ausbesserungen nach einem billigen Abkommen, das der Magistrat mit dem Unternehmen traf, berechnet. Der Reinertrag kommt Kriegsfürsorgezwecken zugute.

(Das Kriegswaisensanatorium in Balatonföldvár.) Sämtliche Plätze des Kriegswaisensanatoriums des Sophienvereins in Balatonföldvár sind den Waisen gefallener Angehörigen der k. u. k. Armee vorbehalten. Ungeftempelte Aufnahmsgesuche sind an die Zentralstelle des Sanatoriumvereins (Budapest, VIII., Stáhlly-utca 15) zu richten. Beizuschließen sind außer dem ärztlichen Zeugnis, dessen Formular bei der Zentralstelle zu beschaffen ist, ein Armutszeugnis und die Bescheinigung, daß der Vater des Stellenwerbers in dem Weltkriege den Tod erlitten hat.

(Einstellung der Separatfahrt zwischen Budapest und Dömös.) Die Direktion der königlich ungarischen Fluß- und Seeschiffahrt N. G. gibt bekannt, daß die an Sonn- und Feiertagen von Dömös nachmittags 4 Uhr nach Budapest fällige Separatfahrt für die heurige Saison mit 9. September eingestellt wird.

Bücher und Musikalien zu ermäßigtem Preise enthält ein neues Angebot der bekannten Versand-Buchhandlung Anton Reimanns Nachf., Wien, I., Stubenbastei 12, das im Zusatzenheft unseres heutigen Blattes enthalten ist und dessen Beachtung bestens empfohlen wird. Ausführliche Kataloge versendet die Firma über Verlangen kostenlos.

Wiener Austauschschüler in Segesvár.

Von Dr. Fritz L. Miklau (Wien).

Um ein anderes Volk nun achten zu können, muß man es von Grund aus kennen und verstehen lernen. Das Haupthindernis dabei bildet die fremde Sprache. Wenn daher der Deutsche nach Ungarn kommt, Land und Leute kennen lernt und die Sprache studiert, so ist ihm die beste Möglichkeit geboten, in den Geist und Charakter des ungarischen Volkes einzudringen. Mit allen Vorzügen und Fehlern etwas Fremdes kennen lernen, ist der beste und kürzeste Weg, dieses Fremde sympathisch zu finden, es lieben zu lernen. Eine Reihe von zusammen verbrachten glücklichen Tagen feiner Freundschaft ebenfalls oft fürs Leben aneinander. Beide Teile lernen jedoch nicht nur das Fremde kennen, sondern sich selbst auch im neuen Spiegelbilde des andern. Das eigene Volk in allen Vorzügen und Fehlern lernt man vielfach im Ausland besser kennen als daheim. Die Differenzen lassen das Individuelle scharfer hervortreten — man sieht auch unbefangener seine eigenen Mängel und weiß, in welcher Richtung man sich selbst in acht nehmen und gewissermaßen bessern muß. So hat das Studium des Auslandes, die Beschäftigung mit dem

17./XI. 1917

Vom Tage.

Friedensversammlungen.

Zandtraha. Montag den 19. d. präzise 1/2 8 Uhr abends im großen Dreher-Saal Versammlung. Tagesordnung: Die Sozialdemokratie und der Friede. Redner Abgeordneter Rudolf Müller.

Ottakring. Morgen Sonntag um 1/2 10 Uhr vormittags im Bachlehnners großem Varietesaal, Ottakringerstraße Nr. 223. Referenten: die Abgeordneten Anton David und Albert Sener und Marie Kunda.

Der Artikel IV.

Dr. Viktor Rosenfeld schreibt uns:

Sie werden mir sicherlich gestatten, zu der in Ihrem Blatte vom 16. d. erschienenen Polemik unter dem Titel: „Der Artikel IV“ das Wort zu ergreifen. Ich werde mich bemühen, sachlich die Angelegenheit zu besprechen.

Daß die fraglichen kaiserlichen Verordnungen das Staatsgrundgesetz verletzt haben, das habe ich in meinen Artikeln, wie ich glaube, mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit ausgeführt. In dieser Beziehung ist es also überflüssig, auch nur ein Wort zu verlieren. Sie sagen aber weiter, daß von einem Erlöschen der kaiserlichen Verordnungen ex tunc (Sie drücken irrigerweise ex nunc) nicht die Rede sein kann, weil es im Gesetz heißt, daß die kaiserlichen Verordnungen provisorische Gesetzeskraft haben (also: Gegenwart). Sie verzeihen, daß ich auch Ihnen sage, daß Sie das Gesetz nicht bis zum Schluß gelesen haben; denn sonst müßten Sie im letzten Absatz des § 14 das Perfektum gesehen haben, wo es heißt: „Das Gesamtministerium ist dafür verantwortlich, daß solche Verordnungen, sobald sie ihre provisorische Gesetzeskraft verloren haben, sofort außer Wirksamkeit gesetzt werden.“ Wenn also die Verordnungen ihre Gesetzeskraft verloren haben (Perfektum), so ist es ganz unverständlich, wenn es heißt, daß das Gesamtministerium unter seiner Verantwortung die Verordnungen außer Wirksamkeit zu setzen hat und dies nichts anderes bedeuten soll, als die betreffenden amtlichen Stellen zu verständigen, daß die Verordnungen erloschen sind. Das hätte der § 14 wahrlich viel einfacher ausgedrückt. Der § 14 hätte einfach gesagt, das Gesamtministerium hat die betreffenden Stellen von dem Erlöschen des Gesetzes zu verständigen. Oder: Das Gesamtministerium hat das Erlöschen des Gesetzes im Reichsgesetzblatt kundzumachen. Hier heißt es aber, daß das Gesamtministerium das Gesetz außer Wirksamkeit zu setzen hat. Und nun entsteht die Frage, ob das Gesetz nicht noch wirksam ist, wenn jemand auf Grund des Gesetzes im Kerker sitzt.

Allerdings fasse ich, im Gegensatz zum Abgeordnetenhaus, die Wirkung der Nichtgenehmigung viel schärfer an. Die Nichtgenehmigung sagt keineswegs bloß, daß die Verordnungen nicht weiter wirken dürfen, sondern die Nichtgenehmigung sagt, daß die Verordnungen niemals zu Recht bestanden haben; denn es kann nichts zu Recht bestehen, was im Gegensatz zum Staatsgrundgesetz in die Welt gesetzt wurde. Gestatten Sie mir ein Beispiel: Eine kaiserliche Verordnung würde einen neuen strafbaren Tatbestand schaffen. (Bekanntlich ist dies tatsächlich vielfach geschehen; man braucht nur an die Preistreibeckengesetze, an die Konkursordnung und an das Buchergesetz zu denken.) Auf Grund einer solchen kaiserlichen Verordnung wird nun zum Beispiel jemand zu mehrjähriger Kerkerstrafe verurteilt. Das Abgeordnetenhaus verweigert nun dieser kaiserlichen Verordnung die Genehmigung und die provisorische Gesetzeskraft ist erloschen. Kann man wirklich annehmen, daß dann ein auf Grund einer solchen kaiserlichen Verordnung Verurteilter eine solche Strafe abzuhängen hat? Kann man glauben, daß ein Verurteilter, der zum Beispiel die Strafe noch gar nicht angetreten hat, die Strafe wird antreten müssen wegen eines Tatbestandes, der vom Abgeordnetenhaus gar nicht genehmigt ist? Hier sieht man so klar den Unterschied zwischen „Erlöschen der Gesetzeskraft“ einerseits und „Außerwirksamkeitsetzen“ andererseits.

Ich begreife nicht, warum man sich bemühen will, das Wort „Erlöschen“ so ungenau auszulegen. Ich will, kaiserliche Verordnungen mit provisorischer Gesetzeskraft zu erlassen, wenn darauf keine andere Sanktion steht, als daß vom Zeitpunkt der Nichtgenehmigung ab das Bestehen der Verordnung aufhören soll? Wieder und wieder werde ich sagen, daß die mißbräuchliche Anwendung des § 14 die Köpfe verwirrt hat. Man vergißt, daß der § 14 ein Notgesetz für den (unvorhergesehenen) Fall ist, daß der Reichsrat nicht versammelt ist. Die Wirkung solcher Notverordnungen, wenn sie wirklich im Sinne des Staatsgrundgesetzes angewendet werden, hat ja zu der Zeit, als sie dem Reichsrat zur Genehmigung vorgelegt werden, gewöhnlich schon aufgehört. Was würde in einem solchen Falle dann die Nichtgenehmigung bedeuten? Was hätte in diesem Falle das Gesamtministerium zu tun? Der § 14 sagt klipp und klar, daß dasjenige, was das Gesamtministerium auf Grund einer kaiserlichen Verordnung, welcher die Genehmigung des Abgeordnetenhauses versagt wurde, veranlaßt hat, soweit dies noch möglich ist, außer Wirksamkeit und außer Kraft zu setzen ist.

Meine juristische, aber noch mehr, um mit Ihnen selbst zu sprechen, meine moralische Ueberzeugung geht dahin, daß es ausgeschlossen ist, daß jemand, der auf Grund einer staatsgrundgesetzlich unhaltbaren kaiserlichen Verordnung verurteilt wurde, die Strafe bis zum Ende abzuhängen hat. Meine juristische und moralische Ueberzeugung geht dahin, daß am 7. Juli 1917 alle von den Ausnahmsgerichten gefällten Urteile aufgehoben wurden und daß keines dieser Urteile weiter vollzogen werden darf. Nur der Schrecken vor der ungeheuren Arbeitslast, die dadurch den Gerichten aufgebürdet würde, hat den klaren Blick getrübt. Dafür ist eben das Gesamtministerium verantwortlich und dieses hat zu sehen, wie es damit fertig wird.

Wie es um die Jugend steht. Das Versagen der Unterrichtsverwaltung im Kriege.

Der Unterrichtsausschuß im Abgeordnetenhaus beschäftigte sich in seinen letzten Sitzungen mit den unerhörten Zuständen in unserem öffentlichen Schulwesen. Er beauftragte den Abgeordneten Otto Glöckle, einen Bericht über die „Kriegsschäden an unserem Schulwesen“ zu erstatten, der zur Unterlage der weiteren Debatte werden soll. In der Sitzung vom 8. November entrollte Abgeordneter Glöckle in einer zweistündigen Rede das ganze Glendebild unserer heutigen Schule; seine Ausführungen machten einen außerordentlich tiefen Eindruck; sie liegen jetzt in einem an den Ausschuß gerichteten „Vorbericht“ im Auszug vor. Einiges daraus soll hier wiedergegeben werden. Glöckle stand Berichte aus Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark, Mähren, Borsarlberg, Schlesien und Tirol zur Verfügung. Zunächst verweist er abermals auf die mißbräuchliche

Verwendung der Schulgebäude für militärische Zwecke.

Nach dreieinhalb Jahren Krieg besteht keine Notwendigkeit mehr, Schulgebäude zu requirieren und dadurch den Unterrichtsbetrieb schwer zu schädigen. Drei Interpellationen haben die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten bereits in dieser Sache an den Unterrichtsminister gerichtet. In seiner Antwort mußte der Unterrichtsminister zugeben, daß er trotz der bereits im März 1917 an die Landeslehrer hinangegangenen Aufforderung im November noch immer nicht in der Lage ist, mitzuteilen, wie viele Schulen ihrer eigentlichen Bestimmung entzogen sind, er eröffnet uns nur, daß „in ganzen in allen Ländern 414 Schulgebäude von der Militärverwaltung freigegeben wurden und daß in Niederösterreich, Oberösterreich, Böhmen, Mähren und Schlesien noch 345 Gebäude in Benützung für militärische Zwecke verbleiben“.

Die angeführten Länder liegen weitab vom Kriegsgelände, es ist also überhaupt auch nicht der Schein einer Notwendigkeit vorhanden, diese Gebäude nicht ungenützlich für den Schulbetrieb wieder verwendbar zu machen. Der Herr Unterrichtsminister wendet auf die Forderung nach Errichtung von Baracken ein, daß „zur Ausführung umfangreicher Barackenbauten auch eine bedeutende Fläche kultivierbaren Bodens in Anspruch genommen werden müsse, deren Entfall um so nachteiliger wäre, als es sich gerade um Grundstücke handelt, die sich in oder zunächst von größeren Orten befinden, wo gerade jeder halbwegs geeignete Bodenteil im Interesse der Bevölkerung dormalen zum intensivsten Anbau herangezogen werden muß“.

Diese rührende Fürsorge des Unterrichtsministers für die Anbauflächen unterscheidet sich ganz außerordentlich von seiner Fürsorge für die heranwachsende Jugend!

Einige Fälle aus Wien zeigen, daß Schulgebäude für Zwecke in Anspruch genommen werden, für die sich leicht Eriagräume hätten finden lassen. So hat man in der Castelligasse die Offiziersbekleidungsstelle, in der Buggasse, eine Kaserne des Kriegsministeriums, in der Weintraubengasse, ebenfalls, und zwar nur in einem Stockwerk, Kaserne des Kriegsministeriums untergebracht, während alle anderen Stockwerke leerstehen. Die Schule Meidling, Rudergasse, wurde unter großen Kosten als Spital mit allem Komfort eingerichtet, dann freigegeben. Das Schulgebäude wurde darauf in seinen früheren Zustand wieder zurückgebracht, doch betrat keines Schülers Fuß das Gebäude; man ließ es leer stehen, um es dann wieder unter großem Kostenaufwand in ein Spital zu verwandeln! In der Schule in Ottakring, Habsbürgerplatz, wurden ebenfalls die Räumlichkeiten für Spitalzwecke hergerichtet, dann ließ man sie zwei Jahre leer stehen; nie wurde die teure Spital Einrichtung auch nur einmal benützt! Welche Planlosigkeit und Geldverschwendung!

In einer Schule in Brunn wurden Einjährig-Freiwillige untergebracht. In diesem Gebäude befand sich auch die sehr wertvolle Bibliothek der Lehrervereine. Das unter Verschluss gehaltene Zimmer und die ebenfalls verschlossenen Kisten wurden einfach erbrochen, ihr Inhalt ausgeräumt und die Herren Freiwilligen benützten die wertvollsten Bände als Burgeschoffe. Ebenso erging es einem Raume, in dem der Lehrerverein für Naturkunde kostbare Stopferemplare und Studienaufstellungen aufbewahrte. Einem prachtvollen Steinadler wurden die Schwungfedern ausgerissen und zur Reinigung von Pfeifenrohren benützt. Wir wollen wissen, wer sich eigentlich gegen die Freigabe der Schulgebäude wehrt; wir wollen wissen, wie lange die Schulverwaltung noch zaudern wird, endlich alle Schulgebäude zurückzufordern, da auch die Bestimmungen des Kriegsausleistungsgesetzes nunmehr nicht mehr zutreffen, da der „Bedarfsfall“ längst nicht mehr gegeben ist.

Bezeichnend ist eine Aeußerung des Gemeindefekretärs in Göffern. Sie lautet: „Hier wurden für militärische Zwecke keine Schulgebäude verwendet. Bei einigem guten Willen ließen sich auch andere Gebäude für Spitalzwecke finden. Von einer eigentlichen Jugendverwahrlosung kann glücklicherweise bis jetzt hier noch nicht gesprochen werden. Wenn man auch die Abwesenheit der Väter verspürt, so kamen doch Kriminalfälle bei Jugendlichen nur äußerst vereinzelt vor.“ Eigentlich eine wirkungsvolle Anklage!

Was in unseren Schulen gearbeitet wird.

Die einzige Aufgabe der Schule ist in Friedens- und insbesondere in Kriegszeiten, den Kindern einen geordneten Unterricht zu bieten und sie erzieherisch zu beeinflussen. Es ist ungläublich, wie sich die Schulverwaltung während der Kriegszeit über diese selbstverständliche Aufgabe hinwegsetzt. Für alle möglichen Zwecke, die an und für sich ja sehr wichtig und unterstützungswert sein mögen, wurden die Schulkinder mißbraucht. In erster Linie verwendete man Schulkinder für Sammlungen der verschiedensten Gegenstände, die von Wohnung zu Wohnung durchgeführt werden mußten. (Woll- und Kautschuksammlung, Austragen von Werbeschriften für das Rote Kreuz und Einsammlung nach fünf Tagen, Blumentage etc.) Die Kinder kommen in Wohnungen, in denen sich Leute mit ansteckenden Krankheiten befinden, sie kommen oft zu häuslichen Szenen zurecht, die keineswegs geeignet sind, das Kind sittlich zu erheben, sie sind sogar Insulten ausgesetzt, Umstände, die leicht voraussehen waren und die Schulverwaltung hätte bestimmen müssen, nie ihre Zustimmung zu dieser schweren Verflüchtigung an unserer Jugend zu geben.

wieder aufgenommen, und heute kann man die Wahrnehmung machen, daß nicht nur Englisch und Französisch, sondern auch Italienisch wieder zumindest ebenso eifrig studiert wird wie in Friedenszeiten.

Freilich läßt sich von der neuerlichen Ausbreitung des Sprachenstudiums kein umfassendes ziffermäßiges Bild geben, denn es fehlt an dem entsprechenden statistischen Material. Recht interessante Aufschlüsse aber, aus denen sich Schlußfolgerungen allgemeiner Natur ableiten lassen, gewähren die Aufzeichnungen eines der bekanntesten Wiener Sprachlehrinstitute, der Berlitz-Schule. Aus diesen Aufzeichnungen, die allerdings für das laufende Jahr noch nicht abgeschlossen sind, läßt sich vor allem entnehmen, wie sehr das Studium fremder Sprachen in Wien im ersten und zweiten Kriegsjahr zurückgegangen war. Die Schule erteilte Unterricht im Englischen im Jahre 1913 an 1540 Schüler, im Jahre 1914 an 1200 Schüler, im Jahre 1915 aber nur noch an 200 Schüler, deren Zahl bis 1916 wieder auf 300 anstieg. Ähnlich stark war der Abfall im französischen Unterricht. Im letzten Friedensjahr bezifferte sich die Schülerzahl noch auf 1175, fiel im Jahre 1914 auf 725, sank 1915 weiter bis auf 300, stieg aber 1916 wieder auf 480. Die Frequenz der italienischen Sprachkurse weist ähnliche Schwankungen auf. Sie bezifferte sich 1913 auf 430, 1914 auf 360, 1915 auf 80 und 1916 auf 117 Schüler.

Im laufenden Jahre nun ist der normale Stand annähernd wieder erreicht worden. Das zeigt sich, trotzdem abschließende Ziffern noch nicht vorliegen, doch an einem Vergleich der im Oktober dieses Jahres und im Oktober des vergangenen Jahres erteilten Unterrichtsstunden. Die französischen Unterrichtsstunden stiegen von 298 auf 456, die englischen von 117 auf 329; die Unterrichtssteigerung bewegt sich also annähernd zwischen 50 und 100 Prozent.

Recht eigenartige Mißverhältnisse hat der Krieg jedoch in der Frage der Lehrkräfte hervorgerufen. In Friedenszeiten befaßten sich weit mehr als tausend Ausländer und Ausländerinnen französischer und englischer Staatsangehörigkeit mit der Erteilung des Sprachunterrichtes. Diese ausländischen Lehrkräfte haben seit 1914 unser Reichsgebiet zum großen Teil verlassen, trotzdem sie als feindliche Ausländer keinen allzu empfindlichen Ausnahmungs- und Uebervachungsbestimmungen unterworfen waren. Wohl aber wurde ihnen mit Kriegsbeginn die Erlaubnis entzogen, an öffentlichen Schulen Unterricht zu erteilen; es blieb ihnen als freies Betätigungsfeld lediglich der Privatunterricht überlassen. Die Schulen und Lehranstalten hingegen mußten sich mit einheimischen mit reichsdeutschen oder neutralen Lehrkräften behelfen. Die wenigen in Oesterreich verbliebenen und dem feindlichen Ausland angehörenden Lehrkräfte haben nun seit Beginn des heurigen Jahres keineswegs über Mangel an Schülern zu klagen. Im Gegenteil, sie können häufig den ihnen zukommenden Unterrichtsaufträgen kaum noch nachkommen. Am empfindlichsten fühlbar macht sich bei uns der Mangel an sprachkundigen reichsdeutschen Gouvernanten, die derzeit in ihrer deutschen Heimat als Hilfslehrerinnen an öffentlichen Schulen an Stelle der einberufenen männlichen Lehrkräfte eine gut bezahlte und natürlich gern akzeptierte Position finden.

Wie sehr die rein praktischen Erwägungen für die Wiederbelebung des Interesses an fremden Sprachen maßgebend wurden, erahnt sich übrigens aus einem Detail, das Erwähnung verdient. Vor dem Kriege beschäftigte sich in Wien nur eine verschwindend geringe Zahl von Einheimischen mit dem Studium der bulgarischen Sprache. Derzeit aber ist die Zahl der Unterrichtsuchenden so gewachsen, daß die Lehrkräfte auch nicht annähernd den Anforderungen nachkommen können. Es wird nämlich derzeit in Wien der Sprachunterricht im Bulgarischen nur von vier Personen erteilt: einem berufsmäßigen Sprachlehrer, einem bulgarischen Beamten und zwei bulgarischen Studentinnen. Sie werden mit Anträgen überhäuft, denn weit mehr als hundert Personen wünschen in die bulgarische Sprache

eingeführt zu werden. Mein wirtschaftliche Interessen sind es, die hier das Bedürfnis nach Unterricht wecken.

Fremde Sprachen.

Wiedererwachendes Interesse am Sprachunterricht.

Es gab eine Zeit, und das war zu Beginn des Krieges, da war der Gebrauch der französischen und der englischen Sprache geradezu verpönt. Hatte es vorher in den Kreisen der Begüterten zum guten Ton gehört, die Kinder Sprachunterricht nehmen zu lassen, so betrachtete man es im Herbst 1914 und auch noch im folgenden Jahre als eine Art von patriotischer Anstandssache, die Sprache der Feinde in Acht und Bann zu tun. Man vermied es, auf der Straße sich des Französischen oder des Englischen zu bedienen, ja die plötzlich erwachte Antipathie gegen alles Fremdsprachliche ging so weit, daß selbst die Geschäftswelt sich besleißigte, alle die wohlbekannten und längst populär gewordenen französischen und englischen Fachbezeichnungen von Firmenschildern, Geschäftstafeln oder Schaufensterscheiben zu entfernen. Wo aber die Sprachreinigung auf dem Reklamegebiet nicht ohne weiteres durchzuführen war, begnügte man sich mit ein paar Leinwandladnen, mit denen man verschämt die paar fremdsprachigen Ankündigungen zu verhüllen suchte. Das war, wie gesagt, zu Beginn des Krieges.

Es hat sich seither unsere Anschauung und unser Urteil über das, was gut und böse ist, in so mancher Hinsicht wesentlich geändert, und auch die mit der Kriegsbegeisterung jäh aufflammende Abneigung gegen das Französische und Englische ist allmählich wieder gewichen. Mehr noch: Langsam keimte doch wieder die Erkenntnis auf, daß der Kampf gegen die Feinde nichts zu schaffen hat mit der Beherrschung der feindlichen Sprache, ja, im Gegenteil, daß wir unsere Ueberlegenheit nur stärken, wenn wir uns die Kenntnis fremder Sprachen zu eigen machen. Der kurz nach Kriegsbeginn plötzlich abgebrochene Sprachunterricht wurde

22. XI. 1917

Die Katholiken-Autonomie.

Die Organisation der Autonomie. — Der siebenbürgische katholische Status. — Der Religions- und Studienfonds. — Die katholischen Mittel- und Hochschulen. — Die Budapestener Universität.

Der in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses durch den Kultus- und Unterrichtsminister Grafen Albert Apponyi eingereichte Gesetzentwurf über die katholische Autonomie enthält folgende Bestimmungen:

Die katholische Autonomie wird auf Grund der prinzipiellen Erklärung des G.-A. XX:1848 im gegenwärtigen Gesetze inartikularisiert.

Die ungarländische katholische Kirche verfügt selber kraft ihres Autonomierechtes, ohne Verletzung der Rechtsinstitution des obersten Patronatsherrn und der staatlichen Rechte, in einer mit ihrer Organisation und Verfassung übereinstimmenden Weise in kirchlichen, Vermögens- und Schulangelegenheiten, sie disponiert über ihre sämmtlichen kirchlichen, Unterrichts-, Erziehungs- und Wohlthätigkeitszwecken dienenden Fonds und Stiftungen; sie kann Elementar-, Mittel- und mit königlicher Genehmigung Hochschulen errichten, zur Deckung ihrer Bedürfnisse Vermögen sammeln, die materiellen Beträge ihrer Gläubigen im Verhältnis ihrer Leistungsfähigkeit in Anspruch nehmen, zu diesem Zwecke eine Kirchensteuer und andere Leistungen auswerfen, die im administrativen Wege geltend gemacht werden können.

Zum Zwecke der Ausübung des Autonomierechtes ist auf Grund des Auftrags Sr. Majestät des apostolischen Königs als obersten Patronatsherrn, mit Einbeziehung von kirchlichen und weltlichen Männern eine auf ihrer Mitwirkung beruhende Autonomieorganisation zu schaffen. Die detaillierten Statuten der Autonomieorganisation werden mit Zustimmung der kirchlichen Oberbehörden und Genehmigung des apostolischen Königs durch die von Sr. Majestät einberufenen Organisationsversammlung, bei Berücksichtigung des obersten Patronatsrechtes und innerhalb der Schranken der bestehenden Gesetze, besonders aber des gegenwärtigen Gesetzes festgestellt. Das Organisationsstatut bestimmt jene Angelegenheiten des autonomen Wirkungsbereiches, welche der Genehmigung Sr. Majestät vorbehalten sind. In diesen Angelegenheiten hat das zuständige Organ der Autonomie die Entscheidung Sr. Majestät im Wege des Kultus- und Unterrichtsministers zu erwirken.

Durch die solcherart erfolgende Bestimmung des Wirkungsbereiches der Autonomie werden die in verschiedenen Gesetzen und allerhöchsten Entschliessungen wurzelnden autonomen Rechte des siebenbürgischen römisch-katholischen Status nicht berührt. Der siebenbürgische römisch-katholische Status bildet einen ergänzenden Bestandteil der katholischen Landes-Autonomie und wird, ohne Verletzung seiner erworbenen Rechte und bei Wahrung seiner für zweckmäßig befundenen lokalen Organisation, in die Organisation der Landes-Autonomie einzufügen sein.

Auf Grund der prinzipiellen Bestimmung des §. 1 sind aus der Verwaltung des Kultus- und Unterrichtsministers der katholischen Autonomie zu übergeben der ungarländische katholische Religions- und Studienfonds und die daraus erhaltenen oder subventionierten, wie auch die unter der Verfügung des Ministers stehenden katholischen Mittel- und Hochschulen. Bezüglich der Mittelschulen steht der Autonomie der Staatsregierung gegenüber derselbe Wirkungsbereich zu, welchen das Gesetz hinsichtlich der Mittelschulen der autonomen Konfessionen feststellt. Bezüglich der katholischen Hochschulen verfügt der Minister im Verordnungswege, daß dieselben bei Respektierung der erworbenen Rechte seitens der Staatsverwaltung ebenso zu behandeln sind, wie die autonomen konfessionellen Hochschulen.

Der zur Erhaltung der Budapestener Universität dienende Universitätsfonds ist im gegenwärtigen Zustand solange zu belassen, bis der Kultus- und Unterrichtsminister bezüglich der künftigen Verwaltung und der Art und Weise der Verwendung der Einkünfte des mit einer autonomen Organisation ausgestatteten Fonds eine endgiltige Vereinbarung erzielt hat.

Die übrigen der Disposition des Kultus- und Unterrichtsministers unterstehenden Fonds, Stiftungen, Unterrichts-, Erziehungs- und sonstigen Anstalten werden einer eingehenden Prüfung unterzogen und diejenigen, welche katholischen Charakters sind, der autonomen Organisation übergeben, falls eine

Vereinbarung nicht erzielt wird, sind die strittigen Fragen, sowie sämtliche aus der Uebergabe der Fonds und Stiftungen entstehenden, wie auch die von Einzelnen erhobenen Forderungen vor den ordentlichen Gerichten geltend zu machen. Diese Prozesse gehören, ohne Rücksicht auf den Werth des Prozesses, zur ausschließlichen Kompetenz des Budapestener königlichen Gerichtshofs.

So lange die Katholiken-Autonomie die allerhöchste Genehmigung nicht erlangt hat, ist der gegenwärtige Zustand beizubehalten. Der Kultus- und Unterrichtsminister ist jedoch verpflichtet, sofort nach Promulgierung dieses Gesetzes an höchster Stelle um die Einberufung der Organisationsversammlung einzukommen. Innerhalb eines Jahres von der allerhöchsten Genehmigung des neuen autonomen Organisationsstatuts hat der Minister den Religions- und Studienfonds der Verwaltung der Autonomie zu übergeben und auch die Uebergabe der übrigen Stiftungen stufenweise durchzuführen.

Die Wirksamkeit dieses Gesetzes erstreckt sich, mit Ausnahme der Bruderlande, auf das ganze Gebiet des ungarischen Reiches. Mit der Durchführung wird der Kultus- und Unterrichtsminister beauftragt.

Der Motivenbericht des Gesetzentwurfes bietet eine pragmatische, geschichtliche Zusammenfassung der bisherigen Bestrebungen und Versuche zur Schaffung der Autonomie und erläutert sodann eingehend die einzelnen Bestimmungen der Vorlage.

Die Dotierung der Konfessionen

Durchführung des G.-A. XX:1848. — Eine staatliche Foundation von 200 Millionen. — 25 Millionen für die israelitische Religion.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses reichte Kultus- und Unterrichtsminister Graf Albert Apponyi einen Gesetzentwurf über die stufenweise Durchführung des G.-A. XX:1848 ein. Derselbe enthält folgende Bestimmungen:

Der ungarische Staat errichtet auf Grund der im §. 3 des G.-A. XX:1848 enthaltenen prinzipiellen Bestimmung an Stelle des bisherigen Dotierungssystems für die reformirte, evangelische und unitarische Kirche eine Foundation von 200 Millionen Kronen. Dieses Stiftungskapital vertheilt sich folgendermaßen: für die reformirte Kirche 126.600.000 Kronen, für die ungarländische evangelische Kirche A. K. 51.600.000 Kronen, für die evangelische Landeskirche A. K. in Siebenbürgen 12.000.000 Kronen und für die unitarische Kirche 6.800.000 Kronen. Das Stiftungskapital wird durch das Staatsräar theils in Baaren, beziehungsweise Staatspapieren und theils in Realitäten ausgefolgt.

Bis zur Ausfolgung des Stiftungskapitals wird den erwähnten Kirchen eine Jahresrente zugesichert und zu diesem Zwecke werden in das Budget 1918/19 sechs Millionen, in das Budget 1919/20 sieben Millionen, und vom Budgetjahr 1920/21 angefangen alljährlich ständig acht Millionen Kronen eingestellt. Die Rente wird unter den Konfessionen nach dem angeführten Verhältnis vertheilt.

Das Stiftungskapital und dessen Zinsen dürfen ausschließlich nur für folgende Zwecke verwendet werden: Regelung der Kirchensteuern, Kosten der kirchlichen Administration und Unterstützung des Pensionsfonds der Seelsorger. Die einzelnen Kirchen haben die Rechnungsabschlüsse dem Kultus- und Unterrichtsminister zu unterbreiten.

Zum Zwecke der Dotierung der mittels G.-A. XLII:1895 rezipirten israelitischen Religion errichtet der Staat eine Foundation von 25 Millionen Kronen, deren vierprozentige Zinsen, 1 Million Kronen, vom Budgetjahr 1920/21 angefangen in das staatliche Budget einzustellen sind. Die in das Budget 1917/18 eingestellte Dotation kommt diesem Zinsbetrage gleich, ist im Budget 1918/19 um 260.000 und von da ab jährlich um 250.000 Kronen zu erhöhen, bis sie im Budget 1920/21 die 1 Million erreicht hat.

Solange die Autonomieorganisation der israelitischen Religion gesetzlich nicht geschaffen wird, kann das Kapital nicht ausgefolgt werden. Der Zinsbetrag wird nach Anhören der vorhandenen provisorischen Organisationen unter ihnen durch den Kultus- und Unterrichtsminister vertheilt.

In Folge der im G.-A. XX:1848 für sämtliche rezipirten Konfessionen festgestellten völligen Gleichheit und Reziprozität können die Gläubigen der einen zu Gunsten oder für die Zwecke einer anderen Konfession unter keinerlei Titel besteuert werden. Die vollständige Durchführung dieses Rechtsprinzips ist bis 1. Januar 1921 zu vollenden.

Dieses Gesetz tritt sofort nach der Promulgation ins Leben, mit seiner Durchführung werden die Minister für Kultus- und Unterricht, Finanzen und Inneres beauftragt.

In der Begründung der Vorlage wird darauf hingewiesen, daß der §. 3 des G.-A. XX:1848 bestimmt, daß die kirchlichen und Schulbedürfnisse der anerkannten Konfessionen aus öffentlichen Staatsmitteln zu decken seien und hierüber ein ausführlicher Gesetzentwurf der nächsten Legislative unterbreitet werden wird. Dieser Gesetzentwurf werde bis auf den heutigen Tag nicht eingebracht, die Gesetzgebung war aber bestrebt, in einzelnen Gesetzen die im 1848er Gesetze niedergelegten Prinzipien zu verwirklichen. Nach Aufzählung der einschlägigen Gesetze wird erwähnt, der Minister habe sich schon 1907, zur Zeit seiner ersten Ministerchaft, davon überzeugt, daß die protestantischen Kirchen ihre Bedürfnisse nur mit Hilfe einer größeren staatlichen Dotierung zu decken im Stande seien und deshalb habe er zu diesem Zwecke in das 1907er Budget 1 Million, in das 1908er Budget 2 Millionen und in das 1909er Budget 3 Millionen eingestellt, mit der Absicht, diese Summe allmählich auf 6 Millionen zu erhöhen. Von der Wichtigkeit der im 1848er Gesetze enthaltenen Prinzipien durchdrungen, wünsche der Minister die Rechtsansprüche der protestantischen Kirchen in einem besonderen Gesetze fundationsartig zu sichern, damit die Befriedigung der Interessen dieser Kirchen nicht der Willkür der einander abwechselnden Regierungen unterworfen sei. Durch die Errichtung einer Foundation von 200 Millionen Kronen gewinnen die Kirchen nicht nur eine staatsrechtliche, sondern auch eine privatrechtliche Garantie für die staatliche Subvention und dieses Recht bleibt ihnen solcherart ein für allemal gesichert. Die den einzelnen Kirchen zugewendeten Beträge werden an der Hand von amtlichen Ausweisen und statistischen Daten eingehend begründet.

Bezüglich der Dotierung der israelitischen Religion heißt es im Motivenberichte: Die mittels G.-A. XLII:1895 für rezipirt erklärte israelitische Religion besitzt noch keine gesetzlich fertiggestellte autonome Organisation. Die Schaffung derselben wurde bisher durch die zwischen den Bekennern dieser Religion bestehenden Differenzen verhindert. Dieser Anstand darf jedoch dem nicht im Wege stehen, daß die im Vergleiche zu den Bedürfnissen der israelitischen Religionsgemeinden unverhältnismäßig geringe Dotation nicht im Geiste des 1848er Gesetzes bis zum Maße des wirklichen Bedarfes erhöht und stiftungsartig gesichert werde. Hiedurch leidet der Staat nur die Konsequenzen der Rezeption ab. Die Feststellung des Betrages erfolgte auf Grund der von den bestehenden israelitischen Organisationen gelieferten Daten.

schon vor Jahrzehnten mit Worten schärfster Anklage festgestellt. Neuerdings sind auch Vertreter der Universitäten selbst am Mode gewordenen Wissenschaftsbetrieb irre geworden: ein Dilthey, von der Lehgen, Spranger, Scholz, Scheler usw.

Weiteren Kreisen aber ist der Verfall des neueren Wissenschaftsbetriebes so recht durch die Offenbarungen des Weltkrieges klar geworden. Als es die große Probe galt, ergab sich so ziemlich immer das Gegenteil des Erwarteten. Vorher hieß es Vorurteilslosigkeit; nun sah man die traffen Vorurteile der sogenannten Vorurteilslosen, nun ihre schreckliche Abhängigkeit von den Leidenschaften der Stunde. Vorher hieß es Autonomie, Selbstherrlichkeit, Selbstbestimmung, Individualismus; nun sah man mit Entsetzen den babylonischen Sprachewirrwarr. Vorher hieß es: Fortschritt der Menschheit im Reichen des freien Gedankens. Nun sehen wir, wie Hand in Hand mit den Triumpfen des freien Gedankens die Verflavung an das Stoffliche, an den Mammonismus, an die Launen der Bank- und Börsencäsaressen. Vorher schienen die Vertreter des Darwinismus mit der Theorie von der Auslese der Besten im Kampf ums Dasein, die Vertreter des Monismus, die Vertreter mechanistischer Weltanschauung, die Leugner der Willensfreiheit, die Leugner der Seele und Unsterblichkeit die Weisen der Stunde. Nun sieht man, daß die bloß natürliche Zuchtwahl im Kulturleben eher zur Auslese der Schlechtesten führt; nun sieht man das Walten von Seelen- und Sittenkräften in Soldaten der Schlachtfelder und Selbinnen des Lazarettis, das aller mechanistisch-materialistischen Weltdeutung Hohn lacht. Nun sieht man die Könige des freien Willens, nun ist der Glaube an Seele und Unsterblichkeit zu einem Trost- und Kraftmittel geworden, dessen erhabene Wirksamkeit jeden Zweifel niederzuschlägt. Kurz und gut: die ganze innere Lüge neuerer Wissenschaft wurde offenbar. Und es gibt keine neuerer Wissenschaft wurde offenbar. Und es gibt keine neuerer Wissenschaft, der nicht zum Schluß gezwungen würde: auch die Wissenschaft braucht Erlösung. Wahre Philosophie, erzieherische Weltweisheit erwächst nur auf dem Boden der großen, aufbauenden Kulturtraditionen. Die Forschung braucht das Licht und die Inspirationen der Offenbarung. So wie all das Große im Weltkrieg: Selbdenntum, Opferkraft, Treue, Pflichtgefühl letztlich religiös-sittlichen Motiven entspringt, so gibt es auch für die Wissenschaft eine Auferstehung zur Größe, zu Großzügigkeit, Harmonie, begeisternder Kraft erst dann, wenn sie wieder dort anknüpft, wo die Väter und Scholastiker angeknüpft haben; wenn sie sich wieder verankert im Christentum.

Aufgabe der führenden Kreise aber ist es, dieses Erkenntnis bei Neubefetzung von Universitätslehrkanzeln Rechnung zu tragen. Was wir heute an den Universitäten brauchen, sind nicht bloße Wisser, sondern Weise, nicht bloße Fachjünger, sondern großzügige Philosophen, sind Charaktere, sind Christen. Ihnen muß der Weg frei gemacht werden: im Interesse der Wahrheit, die nicht länger geknebelt sein will, im Interesse der Jugend, die nicht länger bloßen Lehrmeinungen und Experimenten ausgeliefert werden darf; im Interesse des Neuaufbaues der Gesellschaft, der unmöglich ohne Anerkennung und Verehrung der positiven Religion durch die geistigen Führer der Gesellschaft.

Die Unterrichtsverwaltung wird da stärkste Eingriffe machen müssen. Denn die zum Tode verurteilten Gelehrtentypen, die zum Abgang Verdammten, die Ueberholten, notwendig aus der Mode Kommenden werden alles tun, um ihren Geist und ihre Richtung zu erhalten werden bei der Notwendigkeit von Neuberufungen immer nur Gleichgesinnte, gelehrige Schüler in Vorschlag bringen. Gewisse Professorenklubs sind nicht vorurteilslos und selbstloser als die Chefs jüdischer Kriegszentralen Sie protegieren nur einen Nachwuchs, der auf ihre Sähe schwört; einen Nachwuchs, in jener Ehrfurcht ihnen zugebeten, die vor 25 Jahren schon einen Aufstehenden Sähe schreiben ließ: „Der schlimme Geist der Menschheit“

Die Neubefetzung von Universitätslehrstühlen.

Wien, am 22. Dezember.

Die Zeit der wirtschaftlichen Not infolge der Knappheiten und Teuerungen der Kriegsjahre ist auch zu einer Zeit besonderer Not vermögensarmer Studenten geworden. Sonst freiteten sie sich durch mit Stipendien, Freitischen, dem Lohn für Stundengeben; nun sind viele Freitische gesperrt und die Gelder von Stipendien und Lektionen haben nur einen kleinen Bruchteil der früheren Kaufkraft mehr. So lernen manche junge Akademiker Hunger und Not in den bösesten Formen kennen. — Aber schlimmer als diese Not ist eine andere, ist die geistige Not. Und sie ist auch unendlich mehr verbreitet als die wirtschaftliche; sie betrifft schlechthin den Großteil der heutigen akademischen Jugend. Es ist erschütternd, junge Universitätsstudenten unserer Lage auszufragen. Sturm und Drang sind ein Kennzeichen der Jugend und es sind nicht die schlechtesten Denker, die durch herbe Zweifel zum erhabenen Credo sich durcharbeiten. Aber alles muß seine Grenzen haben. Hinter dem Hin und Her der Fragen dürfen nie die großen Ideen und Ideale der Menschheit verlöschen. Inmitten der Zweifel sollte der Akademiker nie sein Lebens-, sein Berufsziel verlieren, sollte er nie das feste Arbeitssystem aufgeben. Das aber ist heute vielfach der Fall. Der Zweifel vieler junger Menschen wird zur Verzweiflung an aller Wahrheit, an allen festen Grundsätzen der Ethik. An Stelle geordneter Arbeit tritt ein ungeordnetes Tasten und Suchen, ein ruheloses Nippen an allen Brunnen. Soll man diese Studenten zur Verantwortung ziehen für ihre Art, soll man sie verdammen? Nicht eigentlich. Denn sie sind nur die natürlichen Früchte des heutigen Universitätsbetriebes, die Wiederbilder so mancher ihrer Lehrer, der natürliche Ausdruck des Bankrotts neuerer Universitätsbildung. Man soll sich nicht wundern, daß die Köpfe so vieler unserer Studenten voll Chaos und Zweifel, wenn die Universität selbst von Katheder zu Katheder andere Ansichten über alle wichtigeren weltanschaulichen und sittlichen Fragen verkündet. Man soll sich nicht über die Verzweiflung vieler junger Menschen wundern, wenn es bei den typischen heutigen Universitätsprofessoren Mode geworden ist, auf die tiefste Frage der Menschheit mit Pilatus zu antworten: Was ist Wahrheit?; wenn es bei ihnen Mode geworden ist, über ewige Dinge entweder skeptisch im Sinne des Montaigne'schen *Que sais-je?* oder lästernd im Stile

von Voltaire, Heine, David Friedrich Strauß zu antworten.

Die moderne, „autonome“ Wissenschaft schuf sich die stärkste Position an der neueren Universität, sie erlangte weithin geradezu das Monopol. Getragen von den Hoffmannarufen der freisinnigen Presse eroberte sie für sich, ihr enGeist und ihre Methoden die unbezweifelte Achtung des großen Publikums. Wagte einer Einwände und Zweifel, so wurden die großen Leistungen der neueren Wissenschaft in Naturkunde, Technik, Medizin als Gegenbeispiele in Anspruch genommen und der Zweifler als Dunkelmann dem Gelächter der Massen überantwortet. Aber Irrtümer werden durch Allgemeinankennung nicht zu Wahrheiten; sie müssen sich eines schönen Tages doch als Lügen und Kraftlosigkeiten entlarven. Das tiefere Denken der Menschheit anerkennt die Religion und speziell das Christentum als die höchste kulturgestaltende erzieherische Kraft der Menschheit. Unmöglich kann eine Wissenschaft auf die Dauer blühen, die diese Tatsache mißachtet. Das tiefere Denken erkennt den Zusammenhang des Einzelmenschen mit den Nebenmenschen, erkennt die Abhängigkeit der Gegenwartsgeschlechter von der Geschichte, erkennt die Bedeutung der Tradition, die Herrschaft ewiger unbezweifelter Ideen, bezw. Dogmen als nicht zu entbehrende Voraussetzung höherer Geisteskultur und menschlicher Solidarität. Unmöglich kann eine Wissenschaft blühen und Segen stiften, die diese Tatsachen mißachtet, die vom Einzelmenschen in seiner Isolierung ausgeht und den Einzelmenschen zum Maß aller Dinge macht. So ist denn auch die Arbeit der neueren Wissenschaft weithin nur Auflösung der Wissenschaft. Sie vermag Siege zu gewinnen auf dem Gebiet der Analyse, in der Durchforschung und Verknüpfung des unmittelbar Gegebenen, in der Dienstbarmachung der Natur und ihrer Kräfte. Aber sobald es sich um Nichtstoffliches, Höheres, Geistiges handelt, sobald die Angelegenheiten unserer Seele, die Sehnsüchten unseres Verstandes und Gemütes in Frage stehen, sobald wir nach den obersten Gesetzen und tragenden ideellen Kräften des Weltalls fragen, sobald wir nach dem Woher, Warum, Wozu der Dinge und Menschen fragen, versagt sie, oder besser: sie führt hier jenen geistigen Niedergang herbei, jene Zweifel und Widersprüche, die schließlich zur Lähmung alles Geistigen in der Praxis führen. Scharfblickende Geister ahnten und erfahnten den Niedergang neueren Wissenschaftsbetriebes allzu gut: Persönlichkeiten wie Carlisle, Lagarde, Dühring, der Membrandtdeutsche, Schopenhauer, Nietzsche, Eduard v. Hartmann haben ihn

furcht ist in der Regel aufs höchste konzentriert da, wo es heißt 'akademische Karriere'. Da ist diese Lustart so dick, daß man sozusagen Pflastersteine daraus machen könnte.“

In Wien steht die Neubefetzung von wichtigsten Universitätslehrkanzeln bevor. Jobl und Philippovich sollen Nachfolger bekommen. Hoffentlich widmen die führenden christlichen Kreise der Angelegenheit das strengste Augenmerk. Die Freisinnigen schweigen aus begreiflichen Gründen. Jahrzehntelang führten sie erbitterten Kulturkampf, bis sie das Monopol in ihrem Sinne erreichten. Den *beati possidentes* — glücklichen Inhabern könnte jetzt jeder Lärm gefährlich werden. Um so mehr müssen wir reden. Die tiefsten Denker der Gegenwart fanden nicht deshalb zu Gott und Christus zurück, um nun wieder an den Universitäten das Heilige von feichten Köpfen bezweifeln und verlästern zu lassen. Unser Volk brachte nicht unendliche Opfer für Gott und Vaterland, um sich neuerlich von freisinnigen, dem Zweifel verfallenen Professoren belehren zu lassen, beide Werte seien eigentlich Chimären. Dr. E.